ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.)

Research Report

Weiter auf Wachstumskurs. Jahresgutachten 1986/87

Jahresgutachten, No. 1986/87

Provided in Cooperation with:
German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1986) : Weiter auf Wachstumskurs. Jahresgutachten 1986/87, Jahresgutachten, No. 1986/87, Bundestag, Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/75257

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/6562

25. 11. 86

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein dreiundzwanzigstes Jahresgutachten vor [2]).

2. Die deutsche Wirtschaft bleibt weiter auf Wachstumskurs. Die Beschäftigung steigt. Ende 1987 werden 800 000 Menschen mehr erwerbstätig sein als im Herbst 1983; diese Entwicklung braucht den Vergleich mit dem Beschäftigungsanstieg im Aufschwung nach 1975 nicht zu scheuen. Die Kaufkraft ist stabil, und bei vernünftigem Verhalten aller bleibt die Preisstabilität auch im nächsten Jahr erhalten.

Erneut müssen wir darauf bauen, daß die Tarifparteien das Ganze im Blick behalten und zu einem Kompromiß über Lohnerhöhungen und Arbeitszeit finden, der die Chancen für eine Fortsetzung des Aufschwungs nicht verbaut. Die Bundes-

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121(42) — 600 06 — Gu 23/86 — vom 25. November 1986 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

bank ist ohnehin in einer sehr schwierigen Situation. Sie hat unter massivem Druck von außen eine starke Expansion der Geldmenge zugelassen und ist darauf angewiesen, daß ihr Versuch, den wirtschaftlichen Schaden aus einer allzu drastischen Höherbewertung der D-Mark zu begrenzen, im eigenen Land nicht zum Schaden des Binnenwertes ausgenutzt wird. Mit einem erneuten Import von Preisstabilität, vergleichbar mit dem des Jahres 1986, ist im kommenden Jahr jedenfalls nicht zu rechnen.

Der eingetretene Rückgang bei den Exportaufträgen ist ernst zu nehmen. Vielen ist noch nicht bewußt, daß 1986 das schwierige Jahr der Anpassung an die veränderten Wechselkurse war. Für 1987 rechnen wir im Export wieder mit einem Umschwung zum Besseren. Der Test auf die Robustheit des Aufschwungs in der Bundesrepublik wird nach unserem Urteil gut ausgehen. Der Zuwachs des Sozialprodukts wird im Verlauf des Jahres 1987 mit $2^1/_2$ vH nicht geringer sein als in diesem Jahr. Eine zyklische Ermüdung ist nicht in Sicht. Wegen der Vorbelastungen aus diesem Jahr wird der Zuwachs im Jahresdurchschnitt 1987 aber nur wenig mehr als 2 vH betragen.

Wenn der Deutsche Bundestag zu Beginn des nächsten Jahres in die neue Legislaturperiode eintritt, steht er vor großen Aufgaben. Eine Reihe von Reformen duldet keinen Aufschub. Dazu gehört die Steuerreform einschließlich einer Initiative zur Reform der Gemeindesteuern. Dazu gehören die Reform des Gesundheitswesens und die Einstellung der Rentenversicherung auf die vor uns liegenden demographischen Veränderungen. Die Menschen heute sowie auch die nächste Generation werden von solchen Reformen berührt werden, weshalb Lösungen gefunden werden müssen, die auf lange Sicht Bestand haben. Daneben gibt es andere, nicht weniger schwierige Aufgaben: Die Fehlentscheidungen in der Agrarpolitik müssen bald korrigiert werden, wenn nicht die Wirtschaft im ganzen Schaden nehmen soll. Schaden abzuwenden gilt es auch durch einen Kurswechsel in der Kohlepolitik, durch eine verstärkte Marktöffnung in regulierten Branchen und nicht zuletzt durch weitere Anstrengungen, zusammen mit den Tarifparteien die Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Zeit für Reformen ist in vielen dieser Fälle knapp geworden.

3. Am 23. Februar 1986 hat Professor Dr. Dieter Mertens, Erlangen, aus gesundheitlichen Gründen durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten sein Amt als Mitglied des Sachverständigenrates niedergelegt. Wir haben dies sehr bedauert. Herr Mertens hat dem Sachverständigenrat zwei Jahre angehört.

Als Nachfolger von Kollege Mertens berief der Bundespräsident am 5. Juni 1986 Professor Dr. Rüdiger Pohl, Hagen, gemäß § 7 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes, für die Zeit bis zum 28. Februar 1989 in den Sachverständigenrat.

Die Amtsperiode von Professor Dr. Dieter Pohmer, Tübingen, war am 28. Februar 1986 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Der Sachverständigenrat führte mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit ein ausführliches Gespräch über aktuelle und grundsätzliche Fragen des Arbeitsmarktes.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften führte der Rat Gespräche über wirtschaftliche Fragen und Probleme der Gemeinschaft.

5. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaft an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Professor Dr. Dieter Reuter, Kiel, stand dem Sachverständigenrat in einer Diskussion über rechtliche Möglichkeiten, den Arbeitsmarkt besser an Veränderungen der wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, zur Verfügung.

Professor Dr. Manfred J. M. Neumann, Bonn, hat dem Sachverständigenrat für die Neuberechnung der Zentralbankgeldmenge wertvolle Anregungen vermittelt.

Mit Diplom-Physiker Lothar Hahn, Darmstadt, Professor Dr. Peter Hennicke, Mannheim, Dr. Hans-Heinz Hennies, Karlsruhe, Dr. Hermann Krämer, Hannover, und Senator Professor Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Hamburg, führte der Sachverständigenrat ein Gespräch über die energiewirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Fragen der Kernenergienutzung und kerntechnischen Sicherheit.

6. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns wieder die Ergebnisse seiner Herbstumfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

7. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Werner Graßl, München, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, Pro-

fessor Dr. Otmar Issing, Würzburg, Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel, und Professor Dr. Carsten Thoroe, Göttingen. Ihnen allen gilt ein besonderer Dank des Sachverständigenrates.

8. Die volkswirtschaftliche Abteilung und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat auch durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Unterstützung erhalten.

9. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Neben dem Leiter, Herrn Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und seinem Stellvertreter, Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler, haben als ständige Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Regierungsinspektorin Barbara Gutzmann, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein und Herr Peter Leonhardt den Rat mit Tatkraft und Anregungen unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstatten können.

Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an:

Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Michael Heise, Dr. Hans Jäckel, Diplom-Volkswirt Thomas Koch, Dr. Jürgen Pfister, Diplom-Volkswirt Joachim Recktenwald, Dr. Rolf Schneider.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Ernst-Moritz Lipp, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 18. November 1986

Ernst Helmstädter **Helmut Hesse** **Rüdiger Pohl** **Dieter Pohmer** **Hans Karl Schneider**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage 18

Teil A: Der internationale Rahmen 18
I. Ölpreissturz und Korrektur des Dollarkurses 18
II. Vereinigte Staaten: Vor der Korrektur 20
III. Japan: Unter Anpassungszwang 27
IV. Europa: Kräftiger privater Verbrauch, gedämpfte Ausfuhr 31

Teil B: Die Binnenkonjunktur im Jahre 1986 47
I. Überblick 47
II. Markanter Wechsel der Auftriebskräfte 49
Stärkste Senkung der Importpreise seit den fünfziger Jahren 49
Kräftigung der Verbrauchskonjunktur 52
Höherbewertung der D-Mark dämpft Ausfuhr 57
Weiter gute Investitionsbedingungen 58
Höhere Güternachfrage des Staates 63
III. Unausgeschöpfter Expansionsspielraum? 63
IV. Bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt 66
Höhere Beschäftigung — leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit . 67
Starke Bewegungen am Arbeitsmarkt 69
Steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften 71
Der Arbeitsmarkt für Akademiker 73
V. Geldpolitik im Konflikt 74
Beschleunigte Expansion der Zentralbankgeldmenge 74
Zur Geldmarktsteuerung 80
Kapitalimport trotz hohem Leistungsbilanzüberschuß 82
Zinsen unter Einflüssen von außen und von innen 83
Höherer Außenwert der D-Mark 83
VI. Finanzpolitik: Steuersenkung und hoher Ausgabenzuwachs 86
Verhaltener Anstieg der Steuereinnahmen 89
Konjunktureller Impuls mäßig expansiv 91
Die Haushalte der Sozialversicherungen 93

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1987 98
I. Zur Ausgangslage 98
II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1987 99
III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 101

Seite

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1987 und danach 112

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten 112
I. Ziele und Wirklichkeit 112
Der empirische Befund 112
Stabilität des Geldwertes: das Erreichte sichern 113
Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in Gang gekommen 114
Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung 114
Stetiges und angemessenes Wachstum? 114
II. Vermehrt rentable Arbeitsplätze schaffen 115
Der Weg zum Erfolg 115
Alle sind gefordert 117
Dynamischer Wettbewerb: Leitbild und Motor 118
III. Reformen jetzt anpacken 119
IV. Deutsche Aufgaben in der internationalen Wirtschaftspolitik 121
Eine andere Meinung 126

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen 130
I. Internationale Währungspolitik: Warnung vor falschen Weichenstellungen 130
Forderungen nach einem System gestalteter Wechselkurse 132
Forderungen führen auf falsche Wege 133
Worauf es ankommt: Stetige Wirtschaftspolitik 134
II. Geldpolitik 135
III. Finanzpolitik: Zeit für Reformen 137
Haushaltsentwicklung 1987: Steuerpolitischer Handlungsspielraum in Gefahr 137
Wie der Handlungsspielraum wiedererlangt werden kann 139
Spielräume für eine kraftvolle Steuersenkung 142
Steuerreform fortführen 143
Kommunale Finanzreform dringend 145
IV. Tarifpolitik in neuem Umfeld 148
Die Tarifrunde 1986 im Rückblick 148
Lohnpolitik für mehr Beschäftigung 149
Tarifrunde 1987: Schwierige Aufgaben für die Tarifparteien 151
Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung seit 1984 152
V. Sozialversicherung — Zeit für Reformen 153
Reformbedarf in der Alterssicherung 154
Reformbedarf im Gesundheitswesen 157
VI. Energiepolitik unter Druck 159
VII. Agrarpolitik: Auf falschem Kurs 162
Grundsätze 163
Fehlentwicklungen 163
Reformbestrebungen 165

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 171

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 173

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 174

IV. Methodische Erläuterungen 176

V. Statistischer Anhang 187

Sachregister 295

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Sparen und Investieren in vH des Bruttosozialprodukts	21
2	Kapitalimporte der Vereinigten Staaten	22
3	Zur Außenhandelssituation der Vereinigten Staaten	24
4	Entwicklung des Außenwerts ausgewählter Währungen	28
5	Reale Außenwerte wichtiger Währungen	30
6	Industrieproduktion ausgewählter Länder	32
7	Aufschwungsphasen in Europa	33
8	Verbraucherpreise in Europa	34
9	Geldpolitik und Wechselkurse	36
10	Zur Zinsentwicklung in ausgewählten Ländern	38
11	Energiepreise auf Weltmärkten und im Inland	50
12	Austauschverhältnis	52
13	Verfügbares Einkommen und privater Verbrauch	55
14	Zur Struktur des privaten Verbrauchs	56
15	Zur Entwicklung des Außenhandels	57
16	Weltausfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland	58
17	Zur Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe	59
18	Reallohnposition und Zinskosteneffekt	62
19	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	64
20	Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	68
21	Die Lage am Arbeitsmarkt	70
22	Zur Zielvorgabe der Bundesbank	76
23	Zur Zielvorstellung des Sachverständigenrates	77
24	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	78
25	Zur Entwicklung des Geldvolumens	79
26	Entwicklung ausgewählter Zinsen	81
27	Saldo der Leistungsbilanz	82
28	Kommunale Ausgaben für soziale Leistungen	88
29	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	106
30	Wechsel der Auftriebskräfte	110
31	Amtlicher Devisenkurs an der Frankfurter Börse für den US-Dollar	131

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	19
2	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	39
3	Zur Entwicklung der Lohnquote	53
4	Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	54
5	Zur Entwicklung der Reallohnposition	60
6	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	67
7	Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt	71
8	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	72
9	Zur Struktur der Zugänge und Abgänge von Arbeitslosen	73
10	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	75
11	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	80
12	Emission und Erwerb von Wertpapieren	84
13	Zum Europäischen Währungssystem	85
14	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	87
15	Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	90
16	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	92
17	Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	94
18	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	96
19	Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	100
20	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	104
21	Einnahmen und Ausgaben des Staates	109
22	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1987	138
23	Zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte	143
24	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	150

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	193
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	194
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	195
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	196
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	197
6*	Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	198
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	199
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	200
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	201
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	202
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	204
12*	Wechselkurse	205
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	206
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	208
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	210
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	211
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	212
18*	Wirtschaftszahlen der neuen EG-Mitgliedsländer	213
19*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	216
20*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	217
21*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	218
22*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	220
23*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	222
24*	Verteilung des Volkseinkommens	224
25*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	225
26*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	226
27*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	227
28*	Verwendung des Sozialprodukts	228
29*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	230
30*	Bruttoinvestitionen	232
31*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	234
32*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	236
33*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	238
34*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	239
35*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	240
36*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	244
37*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	246
38*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	247
39*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	248
40*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	250

		Seite
41*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	252
42*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	253
43*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	256
44*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	259
45*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	260
46*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	262
47*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	263
48*	Baugenehmigungen	264
49*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	265
50*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	267
51*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	268
52*	Einzelhandelsumsatz	269
53*	Zahlungsbilanz	270
54*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	272
55*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	274
56*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	275
57*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	276
58*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	277
59*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	278
60*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	279
61*	Index der Grundstoffpreise	280
62*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	281
63*	Index der Ausfuhrpreise	282
64*	Index der Einfuhrpreise	283
65*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	284
66*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	285
67*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	286
68*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	287
69*	Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	288
70*	Löhne und Gehälter	289
71*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	290
72*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	291
73*	Energieverbrauch nach Bereichen	292
74*	Entwicklung im Mineralölbereich	293

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Die Lage
(Ziffern 37 bis 149)

1*. In der Bundesrepublik hat sich der Aufschwung 1986 fortgesetzt. Nachfrage und Produktion sind das Jahr über zwar nicht stetig, im ganzen aber weiter deutlich gestiegen. Mit 2½ vH war der Zuwachs des realen Sozialprodukts im vierten Aufschwungsjahr etwa so hoch wie im dritten. Dabei sind die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht nur besser ausgelastet worden, sondern sie sind auch verstärkt gewachsen. Der Beschäftigungsanstieg hielt unvermindert an, und die Anzahl der Arbeitslosen ist, anders als in den Jahren davor, leicht zurückgegangen. Das Preisniveau — und das sticht unter allem anderen besonders hervor — ist in diesem Jahr stabil geblieben. Noch einmal zugenommen hat der Überschuß im Leistungsverkehr mit dem Ausland.

2*. Was aus diesem Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung nicht sichtbar wird, ist der markante Wechsel bei den Auftriebskräften (Ziffern 48 ff.). War es 1984 vornehmlich und 1985 noch zu einem guten Teil die Auslandsnachfrage gewesen, die der Konjunktur Schub gab, so war es 1986 die Binnennachfrage. Besonders kräftig hat sich der Anstieg des privaten Verbrauchs beschleunigt. Die Investitionen in Ausrüstungen und gewerbliche Bauten sind zusammen etwas stärker gestiegen als im Vorjahr. Im Wohnungsbau gibt es nach dem ausgeprägten Rückgang in den Jahren zuvor Anzeichen einer Erholung. Die Ausfuhr hat sich dagegen nicht mehr erhöht; wären nicht noch Aufträge aus dem letzten Jahr zu erledigen gewesen, wäre sie sogar niedriger als 1985 ausgefallen, denn die neuen Bestellungen aus dem Ausland sind hinter dem vorjährigen Umfang zurückgeblieben. Von daher ist die deutsche Wirtschaft unter Anpassungsdruck geraten (Ziffern 59 ff.).

3*. In erster Linie haben die außergewöhnlichen außenwirtschaftlichen Einflüsse diesen Wechsel der treibenden Kräfte bewirkt. Wie in anderen Ländern haben auch in der Bundesrepublik private Haushalte und Unternehmen aus dem Preiseinbruch auf dem internationalen Ölmarkt erheblichen Vorteil gezogen; sie sparten Geld, das sie für den Kauf anderer Güter verwenden konnten. Nur in wenigen Ländern sparten sie jedoch so viel Geld, wie es in der Bundesrepublik der Fall war. Denn zu der allgemeinen Verbilligung des Öls ist hier die kräftige Höherbewertung der D-Mark gekommen; sie hat die Einfuhrpreise zusätzlich stark gedrückt. Gegenüber dem Dollar hat die D-Mark besonders viel an Wert gewonnen. Aber auch wenn man andere wichtige Währungen dazunimmt, ist der Außenwert der D-Mark binnen Jahresfrist um mehr als ein Zehntel gestiegen, und dies nicht nur in nominaler, sondern auch in realer Rechnung.

4*. So sind die Einfuhrpreise für Mineralölprodukte auf die Hälfte, für Rohöl sogar auf ein Drittel ihres Standes vom letzten Herbst zurückgegangen. Auch andere Einfuhrgüter haben sich spürbar verbilligt; das gilt nicht nur für Vorprodukte, sondern auch für viele Fertigwaren. Im Durchschnitt kosten Einfuhrgüter derzeit rund 20 vH weniger als vor einem Jahr. Das ist die größte Importverbilligung seit den fünfziger Jahren.

Diese wirkt nun durch die Volkswirtschaft durch. Noch nie hat es mitten in einem Aufschwung eine Senkung der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise gegeben. Es wäre falsch, hinter diesen Preissenkungen deflatorische Tendenzen zu sehen. Vielmehr sind die Preissenkungen ein Indiz dafür, daß der Wettbewerb stark genug ist, bei einem Rückgang wichtiger Einstandspreise eine Senkung der Abgabepreise zu erzwingen, von den Importeuren über die Verarbeiter auf den verschiedenen Stufen bis hin zum Handel. Die Chance, die Preissteigerungen weiterhin sehr niedrig zu halten, ist durch den zusätzlichen Wettbewerbsdruck, den die Aufwertung der D-Mark geschaffen hat, größer geworden.

Diesen Druck spüren allerdings auch die Exporteure. Auch sie mußten ihre Preise senken, um wechselkursbedingte Verluste von Marktanteilen in Grenzen zu halten. Ganz haben sie Einbußen nicht vermeiden können, obwohl ihre Gewinnmargen größere Preissenkungen zur Verteidigung von Marktanteilen zuließen. Zum Teil ist der verhaltene Auftragseingang aus dem Ausland indes auch im Zusammenhang zu sehen mit dem vorübergehend schwächeren konjunkturellen Auftrieb bei wichtigen Handelspartnern und dem Rückgang der Bestellungen aus den OPEC-Ländern. Die Importe sind hingegen beschleunigt gestiegen. In der Leistungsbilanz schlug indes die Veränderung der Außenhandelspreise noch stärker zu Buche als die der Außenhandelsmengen; so ist der Überschuß nochmals größer ausgefallen.

5*. Die starken außenwirtschaftlichen Einflüsse haben auf den monetären Märkten der Bundesrepublik einen deutlichen Niederschlag gefunden. Die lebhafte Nachfrage internationaler Kapitalanleger nach deutschen Wertpapieren hat ganz wesentlich dazu beigetragen, die Zinsen am Kapitalmarkt auf 6% sinken zu lassen. Die Bundesbank hat dem Zinssenkungsprozeß in diesem Jahr keine nennenswerte Führung mehr gegeben; ihre eigenen Zinsen hat sie nur noch wenig zurückgenommen. Um die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar nicht noch größer werden zu lassen, hat sie jedoch eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zugelassen, die erheblich über den von ihr angekün-

digten Rahmen und noch mehr über eine mittelfristig normal zu nennende Expansion hinausgeht. Der Stabilität des Preisniveaus hat das 1986 keinen Abbruch getan, es sind jedoch Irritationen hinsichtlich der künftigen Entwicklung von Preisen und Zinsen entstanden (Ziffern 107 ff.).

6*. Die Lohnpolitik hat in diesem Jahr zwar die Grundlinie moderater Tarifabschlüsse nicht verlassen; mit gut 4 vH fiel die Anhebung der tariflichen Arbeitsentgelte im Durchschnitt aber etwas höher aus als im Vorjahr. Offenbar hat für die Bemessung der Lohnforderungen ebenso wie für die Bereitschaft der Arbeitgeber, diesen entgegenzukommen, nicht der von der Importverbilligung und von der Aufwertung ausgehende Druck auf die Verbraucherpreise den Ausschlag gegeben, sondern der Spielraum, der sich von der Ertragslage her bot. Der Zuwachs bei den Effektivverdiensten ging noch leicht über den der Tarifverdienste hinaus. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität hat sich etwas verlangsamt. Die Folge aus beidem ist, daß die Lohnstückkosten nach einer Phase annähernder Stabilität um 2½ vH zugenommen haben. Im laufenden Jahr war die Kostensenkung aufgrund der verbilligten Einfuhr indes von größerem Gewicht. Die Stückgewinne haben sich sogar noch einmal erhöht, jedenfalls im Durchschnitt der Unternehmen. In die Zukunft läßt sich diese Entwicklung jedoch nicht fortschreiben (Ziffern 292 ff.).

7*. Die Finanzpolitik ist 1986 wieder auf leicht expansivem Kurs gewesen. Mit der ersten Stufe der Einkommensteuersenkung, die zu Beginn des Jahres in Kraft trat, flossen in diesem Jahr rund 10 Mrd DM weniger Steuern in die öffentlichen Kassen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Indes zielte diese Minderung der Abgabenlast weniger darauf, mehr private Nachfrage anzuregen, als vielmehr darauf, Familien zu entlasten und Leistungshemmnisse abzubauen. Sie hätte von daher durch entsprechende Zurückhaltung bei den staatlichen Ausgaben neutralisiert werden können. Die Ausgaben sind jedoch um 4½ vH gestiegen, und damit nicht weniger, sondern mehr als im Vorjahr. Das von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam verabredete Ziel, den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben auf durchschnittlich 3 vH zu begrenzen, wird zwar nach wie vor bekräftigt; vor allem Länder und Gemeinden tun sich aber immer schwerer, es einzuhalten (Ziffern 126 ff.).

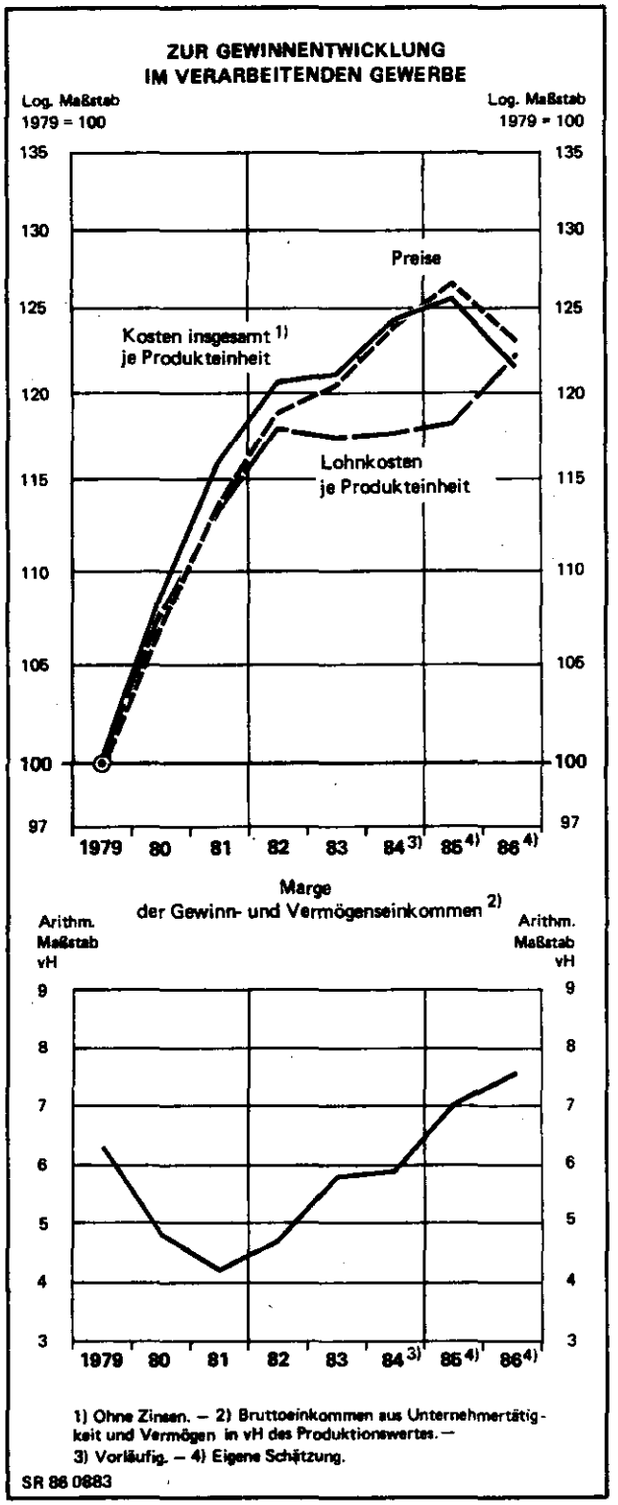
8*. Stark gefallene Preise für Heizöl und Benzin, stabile Preise für die meisten anderen Güter, höhere Lohnsteigerungen, Steuersenkungen — all dies kommt zusammen und macht die privaten Haushalte zu den Hauptgewinnern, auch wenn sie vom Zinsrückgang bei ihrem Einkommen mehr Nachteile als Vorteile haben, weil sie mehr sparen als Kredit aufnehmen. Rund 50 Mrd DM haben sie an Einkommen in diesem Jahr mehr zur Verfügung. Der Einkommenszuwachs ist damit um ein Viertel größer als in den beiden Jahren davor, und erstmals entspricht ihm ein Kaufkraftzuwachs in voller Höhe, das heißt durch Geldwertschwund ist nichts vom Mehreinkommen verlorengegangen. Für etwas mehr als 50 Mrd DM — statt nur für 20 Mrd DM, die in den Jahren 1984 und 1985 jeweils nach Abzug der Preissteigerungen blieben — haben die privaten Haushalte somit 1986 mehr Waren kaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Wie sich zeigt, haben sie zunächst aber einen etwas größeren Teil ihrer Einkommen als im Vorjahr gespart, ihre Verbrauchsausgaben also nicht im Gleichschritt mit dem verfügbaren Einkommen gesteigert. Gleichwohl hat die Verbrauchsnachfrage gegenüber dem Vorjahr real um 4 vH zugenommen, und das heißt so stark wie lange nicht. Etwas mehr Mittel sind offenbar auch wieder für den Erwerb und für die Modernisierung von Wohnungseigentum aufgewandt worden.

9*. Von den Veränderungen, die außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Einflüsse 1986 bei Kosten und Preisen bewirkt haben, sind die Unternehmen im einzelnen zwar in unterschiedlicher Weise betroffen, im ganzen zählen jedoch auch sie zu den Gewinnern. Selbst in der Industrie, die der Konkurrenz ausländischer Anbieter stärker als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche ausgesetzt ist, hat die Kostenentlastung bei den Importen die Preiszugeständnisse wettgemacht, zu denen die Aufwertung zwingt (Schaubild 1*). Unternehmen, die vornehmlich auf Binnenmärkten mit geringem Wettbewerb von außen tätig sind, profitieren doppelt; sie ziehen Vorteil aus dem Rückgang der Vorleistungskosten und aus dem Anstieg der Binnennachfrage. Das gilt insbesondere für große Teile des Dienstleistungssektors, aber auch für Handel und Verkehr. Hier sind sowohl die Gewinnmargen als auch die Gewinne der absoluten Höhe nach nochmals kräftig gestiegen.

An Mitteln zum Investieren fehlt es nicht, weder an eigenen noch an fremden. Von daher hat die Investitionstätigkeit weiterhin eine gute Basis. Daß der Investitionsbedarf beträchtlich ist, hat das laufende Jahr erneut bewiesen. Die Unternehmen haben in Ausrüstungsgüter und in Bauten jeweils um 5½ vH mehr investiert als 1985 (Ziffern 65 ff.).

10*. Vieles spricht dafür, daß mit der Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Produktionsanlagen zunehmend auch ein stärkerer Kapazitätsausbau einhergeht, so daß der Fortgang des Aufschwungs nicht schon bald an Angebotsengpässen scheitern muß. Das Bild variiert freilich von Branche zu Branche. Das hat nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe. Während die Hersteller von Investitionsgütern zu einem guten Teil an der Kapazitätsgrenze arbeiten, ist die Auslastung im Verbrauchsgütergewerbe zumeist geringer. In der Bauwirtschaft liegen Kapazitäten noch in erheblichem Umfang brach; möglicherweise werden sie, wie in anderen Branchen mit großen Strukturanpassungsproblemen, nie mehr voll genutzt werden können. Insofern ist nicht auszuschließen, daß die Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials den tatsächlichen Umfang der Produktionsmöglichkeiten etwas überzeichnen. Mit dem verstärkten Ausbau des Kapitalstocks ist das Produktionspotential wieder etwas mehr ge-

Schaubild 1*



wachsen (Ziffern 78 ff.). Inzwischen dürfte die Wachstumsrate 2 vH erreicht haben; gemessen an den Raten der siebziger und erst recht der sechziger Jahre ist das allerdings immer noch eine nur mäßige Ausweitung. Da die gesamtwirtschaftliche Produktion abermals etwas stärker gestiegen ist, entspricht der Auslastungsgrad des Produktionspotentials inzwischen wieder annähernd dem langfristigen Durchschnitt (Ziffern 84 ff.).

11*. Mit der Auslastung der Sachanlagen hat auch die Beschäftigung weiter zugenommen. Insgesamt gesehen wurden im bisherigen Verlauf dieses Aufschwungs kaum weniger Arbeitskräfte neu eingestellt als in der vergleichbaren Zeit des letzten Aufschwungs. In der Industrie hat sich der Personalbedarf 1986 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, und in der Bauwirtschaft, die 1985 noch einmal rund 90 000 Arbeitskräfte freigesetzt hatte, ist der Rückgang zum Stillstand gekommen. Am stärksten wächst die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen; im öffentlichen Dienst sind in diesem Jahr ebenfalls mehr Stellen als in den Vorjahren geschaffen worden, vor allem Teilzeitstellen. Am Jahresende dürften insgesamt rund 250 000 Personen mehr beschäftigt sein als Ende 1985 und 570 000 mehr als im Herbst 1983, am Beginn des Beschäftigungsanstiegs (Ziffern 89 ff.).

Noch immer sind aber annähernd so viele Arbeitslose gemeldet wie damals. Auch 1986 reichte das Stellenangebot längst nicht für alle, die Arbeit suchten, und das sind nicht nur die arbeitslos Gemeldeten, sondern vor allem auch die Jugendlichen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, und Frauen, die erstmals oder nach längerer Unterbrechung wieder berufstätig sein wollen. Die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, haben sich gleichwohl für alle verbessert. Ein Teil der Stellensuchenden hat gleich Arbeit gefunden und Arbeitslose sind rascher vermittelt worden; im Jahresverlauf ist deren Anzahl immerhin um gut 100 000 zurückgegangen, zum Teil freilich auch, weil die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgedehnt und mehr Personen mit staatlichen Mitteln weitergebildet oder umgeschult werden. Nach wie vor ist der Arbeitsmarkt der wichtigste Problembereich.

Die Prognose für 1987
(Ziffern 150 bis 186)

12*. Die Perspektiven für 1987 bleiben günstig. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Der Wechsel zu einer kräftigeren Binnenkonjunktur ist in vollem Gange. Anstelle des Exports ist der private Verbrauch, neben den Investitionen, zur Stütze der Konjunktur geworden. Von Bedeutung ist dabei, daß der Aufschwung nun auch auf die Bauwirtschaft übergreift.

13*. Es mag sein, daß derzeit nicht überall unsere zuversichtliche Einschätzung für die Fortsetzung des Aufschwungs geteilt wird. In letzter Zeit sind die Konjunkturindikatoren nicht mehr einheitlich aufwärts gerichtet, einige weisen sogar nach unten. Nachdem die Auslandsnachfrage schon längere Zeit rückläufig war, ist im verarbeitenden Gewerbe auch der Anstieg der Produktion ins Stocken geraten. Es gibt Stimmen, die darin Anzeichen sehen, daß die Auftriebskräfte erlahmen. Mit Nachdruck sagen wir dazu: Dieses Urteil teilen wir nicht. Man kann eine Prognose nicht an dem Bild festmachen, das sich jeweils am aktuellen Rand zeigt; denn kurzzeitige Veränderungen in statistischen Daten sind nichts Ungewöhnliches. Eine Prognose muß

sich auf das Urteil gründen, das man sich über die Konstitution der Volkswirtschaft im ganzen bildet. Selbst wenn man dazu neigen sollte, die Entwicklung seit dem Sommer als Schwächephase zu deuten, erscheint es uns nicht gerechtfertigt, diese zu extrapolieren. Erinnert sei nur daran, daß die überaus zögerliche Erholung der Produktion nach den Arbeitskämpfen vom Frühjahr 1984 damals zu verbreiteten Spekulationen darüber Anlaß gab, ob sich der Aufschwung verlangsamte.

Wir übersehen keinesfalls, daß die kräftige Höherbewertung der D-Mark viele Unternehmen, die im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern stehen, einer schweren Belastungsprobe aussetzt. Die Sorgen, die daran im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geknüpft werden, darf man nicht gering schätzen, insbesondere wenn der außenwirtschaftliche Druck sich verschärfen sollte. Aber eine Gefährdung gibt es bei der insgesamt guten Investitions- und Verbrauchskonjunktur im Inland derzeit nicht. Im übrigen darf man die Höherbewertung der heimischen Währung nicht nur als Negativposten betrachten. Bei den Unternehmen steht dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit als Gegenposten die Verbilligung der Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten gegenüber, die sie in der Kostenrechnung entlastet und ihre Position im Preiswettbewerb wieder stärkt. Und bei den privaten Haushalten ist es die Verbilligung von Mineralöl und importierten Konsumgütern, die die Kaufkraft der Einkommen erhöht. In der gegenwärtigen Konjunkturphase, in der die Binnennachfrage gefestigt ist und die heimischen Kapazitäten gut ausgelastet sind, kann für die Bundesrepublik eine Höherbewertung der eigenen Währung sogar hilfreich sein. Denn dadurch wird es möglich, mehr Güter im Inland zu konsumieren und zu investieren — Güter, die anderenfalls ins Ausland gehen. Dies erleichtert es, die Preise stabil zu halten. Die Bundesrepublik leistet damit aber auch einen Beitrag, die großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt zu beseitigen und baut so der Ausbreitung protektionistischer Tendenzen vor, die der deutschen Wirtschaft abträglich wären.

14*. Eine anhaltend gute Binnenkonjunktur, die ihre Impulse von steigenden Investitionsausgaben und Konsumausgaben erhält, weiter zunehmende Beschäftigung und ein nahezu stabiles Kosten- und Preisniveau — dies werden voraussichtlich die Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1987 sein. Der Aufschwung behält somit sein solides Fundament. Das läßt die Perspektiven auch für die Zeit nach 1987 günstig erscheinen. Die Chancen bleiben gut, daß die Beschäftigung weiter steigt und der Abbau der Arbeitslosigkeit vorankommt.

15*. Im folgenden kennzeichnen wir zunächst die Annahmen, auf denen unsere Prognose beruht:

— Die Geldpolitik schwenkt auf einen weniger expansiven Kurs ein. Das bedeutet: Ende 1987 wird die Zentralbankgeldmenge etwa 5 vH höher sein als Ende 1986. Gravierende außenwirtschaftliche Spannungen, auch ein weiterer Kursverfall des Dollar, die den Kurs der Bundesbank erneut stören könnten, gehören nicht zu den Annahmen der Prognose. Dies schließt eine moderate Höherbewertung der D-Mark nicht aus, die etwas stärker ist als die Zunahme im Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland (reale Aufwertung). Der Spielraum für Zinssenkungen ist unter den genannten Bedingungen im Ausland und in der Bundesrepublik vermutlich klein.

— Die Finanzpolitik bleibt auf leicht expansivem Kurs. Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben erneut um 4 vH ausweiten. Nach den derzeit verfügbaren Informationen zu urteilen, wäre es unrealistisch, eine niedrigere Steigerungsrate anzusetzen. Bei den Steuereinnahmen rechnen wir mit einem Zuwachs von 5 vH. Der konjunkturelle Impuls wird annähernd so hoch sein wie 1986.

— Die Lohnpolitik steuert einen Kurs, der die Chancen für mehr Beschäftigung weiter offenhält. Zu den Annahmen der Prognose gehört jedenfalls die Erwartung, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen, bei denen nicht nur die Anhebung der Löhne, sondern in einer ganzen Reihe von Bereichen auch die Verkürzung der Arbeitszeit wieder zur Diskussion steht, Lösungen gefunden werden, die nicht zu einer Belastung des Investitionsklimas führen. Dazu zählen unter anderem weitere Fortschritte in der Frage einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir unterstellt, daß das kostenwirksame Gesamtergebnis (Anhebung der Tariflöhne unter Einschluß des Lohnausgleichs für eine Verkürzung der Arbeitszeit) etwas unterhalb von dem liegen wird, was für 1986 vereinbart wurde. Dabei haben wir uns von der Erwartung leiten lassen, daß die Tarifparteien die veränderte Lage richtig einschätzen: Das Einkommensgeschenk der Importpreissenkung kann im kommenden Jahr nicht noch einmal verteilt werden. Ähnlich hohe Lohnabschlüsse wie in diesem Jahr blieben unter den absehbaren Bedingungen nicht ohne Schaden für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — für Wachstum und Beschäftigung sowie für das Preisniveau.

— Der Ölpreis wird sein derzeitiges Niveau — etwa 15 Dollar pro Faß — nicht wesentlich über- oder unterschreiten.

16*. Die deutsche Wirtschaft wird auch 1987 nicht auf ein kräftiges Exportwachstum setzen können. Die Unternehmen haben durch die Höherbewertung der D-Mark viel von ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Vorteile, die ihnen durch die vorangegangene Abwertung zugefallen waren, sind damit zu einem großen Teil wieder verlorengegangen. Dies hat sich schon seit längerem in rückläufigen Bestellungen und seit kurzem auch in rückläufigen Lieferungen niedergeschlagen. Konjunkturphasen, in denen die Exporte stagnierten oder gar schrumpften, hat es auch früher gegeben, allerdings nur in einer weltweiten Rezession und nicht, wie derzeit, in einem weltweiten Aufschwung. Insofern machen die deutschen Unternehmen augenblicklich ganz neue Erfahrungen.

17*. Die Erfahrungen mit der D-Mark-Aufwertung in den frühen siebziger Jahren haben gezeigt, daß die Unternehmen nichts unversucht lassen, Auslandsmärkte notfalls auch mit Preiszugeständnissen zu halten. Nach Jahren mit guten Gewinnspannen im Exportgeschäft dürfte das diesmal erst recht so sein. Die wenigsten Unternehmen, die in den vergangenen Jahren das Auslandsgeschäft auf- und ausgebaut haben, taten dies in der Erwartung, der hohe Dollarkurs werde von Dauer sein. Nach der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages im Herbst 1986 schätzt die überwiegende Zahl der Unternehmen die Aussichten für das nächste Jahr mit verhaltener Zuversicht ein: Das Exportgeschäft bleibt ohne Schwung, aber es wird auch keinen Einbruch geben.

Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß der Rückgang der Auslandsnachfrage schon bald von einem Anstieg abgelöst wird. Unter dieser Voraussetzung brauchen die Unternehmen die noch vorhandenen und nicht geringen Auftragsreserven nicht zu strekken. Die Exportlieferungen dürften dann wieder zunehmen, wenn auch keinesfalls spektakulär. Um diese Vorstellungen in eine Größenordnung zu bringen: Wir erwarten, daß die Warenausfuhr im Verlauf des Jahres 1987 wieder mit der Rate expandiert, mit der die Märkte deutscher Unternehmen im Ausland voraussichtlich wachsen (3 vH). Wegen der rückläufigen Entwicklung in der zweiten Hälfte dieses Jahres wird die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1987 allerdings nur halb so hoch sein (Tabelle 1*).

18*. Unstreitig ist: Die Schwäche der Exportkonjunktur ist ein Test für die Stärke der Binnenkonjunktur. Man darf aber nicht nur die belastenden Faktoren ins Bild rücken. Es mag sein, daß von den im Exportgeschäft tätigen Unternehmen, die eine Erweiterung der Kapazitäten ins Auge gefaßt haben, sich ein Teil veranlaßt sieht, diese zu unterlassen oder hinauszuschieben, wenn die erwartete Nachfrage ausbleibt. Dem stehen freilich andere Unternehmen gegenüber, für die sich die Absatzchancen auf dem Binnenmarkt verbessert haben. Zusätzlicher Nachfrage und höheren Erträgen hier werden auch zusätzliche Investitionen folgen.

Überdies:

- Die Unternehmen müssen unter den neuen Bedingungen verstärkt investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die Gewinnlage der Unternehmen wird weiter günstig bleiben. Die Stückgewinne werden sich in der Industrie sicherlich zurückbilden, aber dann vermutlich kaum niedriger sein als im Jahre 1985.
- Umfragen bei Unternehmen nach ihren Investitionsplänen für 1987 signalisieren eine weiterhin hohe Investitionsneigung.
- Der Anteil der Unternehmen, die für 1987 die Erweiterung ihrer Kapazitäten ins Auge fassen, ist abermals gestiegen.

19*. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen im Verlauf des Jahres 1987 wieder etwas stärker zunehmen werden als im Verlauf des Jahres 1986. Wir interpretieren also den schwächeren Anstieg seit Mitte dieses Jahres nicht als eine Wende im Investitionsverhalten; dagegen sprechen auch eindeutig die bekannt gewordenen Pläne und Absichtserklärungen der Investoren.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen veranschlagen wir die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1987 auf $7^1/_2$ vH nach $5^1/_2$ vH im Jahre 1986. Beide Raten bringen die konjunkturelle Grundtendenz allerdings nicht voll zum Ausdruck. In der Rate für 1986 wird die Entwicklung etwas unterzeichnet, in der Rate für 1987 hingegen etwas überzeichnet (Schaubild 2*).

20*. Nach dem gewerblichen Bau hat inzwischen auch der Wohnungsbau wieder Tritt gefaßt. Die Erholung von Nachfrage und Produktion kommt allerdings nur schleppend voran; angesichts des reichlichen Wohnungsangebots kann man nicht viel mehr erwarten. Aufwärts geht es überdies nur beim Bau von Eigenheimen. Hier haben die günstigen Konditionen für Hypothekarkredite und die positiven Einkommenserwartungen vielen Bauwilligen wieder Mut gemacht. Im Geschoßwohnungsbau zeichnet sich dagegen keine Wende zum Besseren ab; hier drückt ein großes Angebot auf den Markt.

Die Bauwirtschaft kann nicht nur mit höheren Aufträgen für Neubauten, sondern auch für Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten rechnen. Wegen des steigenden Durchschnittsalters der vorhandenen Wohngebäude bekommt die Bestandspflege ein immer größeres Gewicht, zumal sich hier in den letzten Jahren ein Nachholbedarf aufgestaut hat; der härtere Wettbewerb um Mieter zwingt viele Wohnungseigentümer, die Qualität der angebotenen Objekte zu steigern. Schließlich: Wegen der gesunkenen Immobilienpreise werden der Erwerb und die Modernisierung eines älteren Hauses einem Neubau vielfach vorgezogen.

Alles in allem gehen wir davon aus, daß es bei den Wohnungsbauinvestitionen nach zwei Jahren des Rückgangs im Jahre 1987 wieder zu einem Anstieg kommt, wenn auch zu keinem großen. Wir veranschlagen den Zuwachs auf etwa 2 vH.

21*. Durch höhere Investitionen entstehen zusätzliche Arbeitsplätze, und es verbessert sich die Rentabilität der vorhandenen Arbeitsplätze. Insofern ist die anhaltend hohe Investitionsbereitschaft auch ein Indikator für den Arbeitskräftebedarf.

Die bisherige Entwicklung stimmt uns zuversichtlich. Der Anstieg der Beschäftigung hat sich bis zuletzt fortgesetzt, trotz des flacheren Konjunkturverlaufs seit den Sommermonaten. Gegen Ende des Jahres 1986 dürfte die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 250 000 und die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 15 000 bis 20 000 höher sein als vor einem Jahr. Wir rechnen damit, daß 1987 ein zusätzlicher Arbeitskräftebedarf besteht, der nicht viel niedriger sein wird als

Tabelle 1*

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
Schätzung für das 2. Halbjahr 1986

Absolute Werte

	Einheit	1985	1986	1987	1986		1987	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 041,8	1 076,5	1 121,5	519,3	557,5	539,0	582,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	365,7	382,0	401,0	176,0	206,0	185,0	216,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	359,3	376,5	403,5	169,8	207,0	183,5	220,0
Ausrüstungen	Mrd DM	153,9	163,5	178,5	74,5	89,0	80,0	98,0
Bauten	Mrd DM	205,5	213,0	225,5	95,3	117,5	103,5	122,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 7,5	+ 9,0	+11,5	+18,7	− 9,5	+18,5	− 7,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+72,7	+107,0	+93,5	+47,9	+ 59,0	+46,5	+47,0
Ausfuhr	Mrd DM	647,3	636,5	641,5	316,6	320,0	314,5	326,5
Einfuhr	Mrd DM	574,6	530,0	548,0	268,8	261,0	268,0	279,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 847,0	1 951,5	2 031,0	931,6	1 020,0	972,5	1 058,0
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	866,9	900,5	929,5	432,8	468,0	448,0	481,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	315,5	322,5	329,5	155,9	166,5	159,5	170,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	313,9	324,5	342,0	146,6	178,0	156,0	186,0
Ausrüstungen	Mrd DM	130,5	137,5	147,5	62,8	75,0	66,5	81,0
Bauten	Mrd DM	183,4	187,0	194,0	83,8	103,0	89,5	105,0
Ausfuhr	Mrd DM	545,8	544,5	552,5	269,6	275,0	271,0	281,5
Einfuhr	Mrd DM	466,9	482,0	509,0	237,9	244,0	250,5	258,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 580,8	1 618,0	1 653,5	784,0	834,0	800,5	852,5
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	1 563,7	1 645,5	1 687,5	793,1	852,5	819,5	868,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	120,2	119,5	120,5	120,0	119,0	120,5	121,0
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	116,8	120,5	123,0	118,8	122,5	121,5	124,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	118,1	118,5	120,5	117,5	119,5	118,5	122,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	25 482	25 745	25 975	25 529	25 955	25 770	26 175
Arbeitszeit[2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 574,9	1 615,0	1 649,5	783,3	831,5	800,0	849,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	969,4	1 038,5	1 084,5	487,0	551,5	509,5	575,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	433,9	476,0	492,0	231,7	244,0	241,5	250,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 423,3	1 514,5	1 576,5	718,7	795,5	751,0	825,5
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 205,0	1 277,0	1 310,0	611,9	665,0	633,0	677,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[3]	Mrd DM	534,8	561,5	582,0	266,9	294,5	277,0	305,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	363,7	404,0	418,0	196,8	207,5	205,5	212,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	Mrd DM	1 176,1	1 224,0	1 271,5	590,7	633,5	613,0	658,5

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 1*

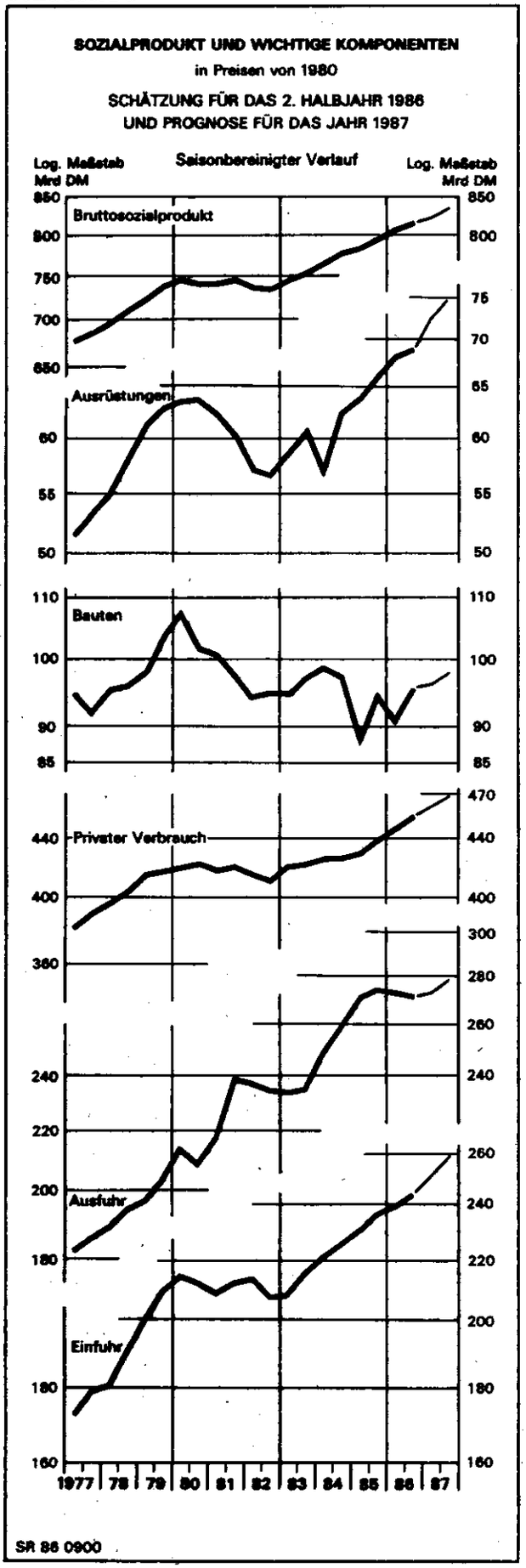
schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1987

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1985	1986	1987	1986		1987	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 3½	+ 4	+ 3,8	+ 3	+ 4	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 4,4	+ 4½	+ 5	+ 4,5	+ 4½	+ 5	+ 5
Anlageinvestitionen	+ 1,3	+ 5	+ 7	+ 5,2	+ 4½	+ 8	+ 6½
Ausrüstungen	+11,8	+ 6½	+ 9	+ 8,6	+ 4½	+ 7½	+10
Bauten	− 5,3	+ 3½	+ 6	+ 2,7	+ 4½	+ 8½	+ 3½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+10,1	− 1½	+ ½	− 0,6	− 2½	− ½	+ 2
Einfuhr	+ 6,9	− 8	+ 3½	− 6,7	− 9	0	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 5½	+ 4	+ 6,0	+ 5½	+ 4½	+ 4
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 1,8	+ 4	+ 3	+ 4,0	+ 4	+ 3½	+ 3
Staatsverbrauch	+ 2,2	+ 2½	+ 2	+ 2,2	+ 2½	+ 2	+ 2
Anlageinvestitionen	− 0,3	+ 3½	+ 5½	+ 3,8	+ 3	+ 6½	+ 4½
Ausrüstungen	+ 9,4	+ 5½	+ 7½	+ 7,7	+ 3½	+ 6	+ 8½
Bauten	− 6,2	+ 2	+ 4	+ 1,1	+ 3	+ 6½	+ 1½
Ausfuhr	+ 7,3	0	+ 1½	+ 0,3	− ½	+ ½	+ 2½
Einfuhr	+ 4,7	+ 3	+ 5½	+ 3,1	+ 3½	+ 5½	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 2,5	+ 2½	+ 2	+ 2,5	+ 2	+ 2	+ 2
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 2,7	+ 5	+ 2½	+ 5,4	+ 5	+ 3½	+ 2
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 2,1	− ½	+ 1	− 0,2	− 1	0	+ 1½
Bruttosozialprodukt	+ 2,2	+ 3	+ 2	+ 3,4	+ 3	+ 2	+ 1½
Letzte inländische Verwendung	+ 2,1	+ ½	+ 1½	+ 0,6	0	+ 1	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,7	+ 1	+ 1	+ 1,0	+ 1	+ 1	+ 1
Arbeitszeit[2]	− 1,3	− 1	− 1	− 1,2	− ½	− ½	− 1
Arbeitsvolumen	− 0,6	0	0	− 0,1	+ ½	0	0
Produktivität	+ 3,2	+ 2	+ 2	+ 2,5	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,8	+ 2½	+ 2	+ 2,7	+ 2½	+ 2	+ 2
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,8	+ 5	+ 4½	+ 4,9	+ 5	+ 4½	+ 4½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 9½	+ 3½	+12,1	+ 7½	+ 4½	+ 2½
Volkseinkommen	+ 5,3	+ 6½	+ 4	+ 7,1	+ 5½	+ 4½	+ 4
Reales Volkseinkommen[1]	+ 3,2	+ 6	+ 2½	+ 6,5	+ 5½	+ 3½	+ 2
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 2,3	+ 5	+ 3½	+ 5,2	+ 5	+ 3½	+ 3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+11	+ 3½	+13,4	+ 9	+ 4½	+ 2½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 3,9	+ 4	+ 4	+ 3,9	+ 4	+ 3½	+ 4

[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Schaubild 2*



in diesem Jahr. Gemessen an der voraussichtlichen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die wir für den Verlauf des Jahres auf $2^1/_2$ vH veranschlagen, wäre das ein respektables Ergebnis. Dabei übersehen wir nicht, daß die veränderte außenwirtschaftliche Konstellation viele Unternehmen zur Überprüfung ihrer Personalplanung zwingt; erste Auswirkungen zeigen sich in der vermehrten Kurzarbeit im Maschinenbau. Wir rechnen deshalb damit, daß die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe nicht mehr im gleichen Tempo wie bisher steigt, was nicht ausschließt, daß sich die Situation 1988 wieder ändern kann. Dafür gibt es jedoch in anderen Bereichen, die durch die Importpreissenkung begünstigt worden sind, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Verlagerung der Auftriebskräfte zur Binnennachfrage läßt ohnehin erwarten, daß es im nächsten Jahr vor allem die Dienstleistungsbereiche sind, die ihre Beschäftigung ausweiten werden. Ins Gewicht fällt schließlich auch, daß die Bauwirtschaft nicht noch einmal Arbeitskräfte freisetzen wird.

Wir hegen jedoch keine große Hoffnung, daß es 1987 gelingen könnte, die Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres unter zwei Millionen zu drücken. Wir rechnen lediglich mit einem Rückgang von 70 000 bis 80 000 Personen im Verlauf des nächsten Jahres. Anders gewendet: Nicht die Beschäftigungsentwicklung wird 1987 das Problem sein, sondern das Nebeneinander von zunehmender Beschäftigung und stagnierender Arbeitslosigkeit.

Eine Lösung ist für dieses Problem auch deshalb nicht in Sicht, weil die überwiegende Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze nicht dort entsteht, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten, sondern wo sie am niedrigsten ist. Die sich verschärfenden Probleme strukturschwacher Branchen in den Montanrevieren an Ruhr und Saar sowie an den Schiffbaustandorten an Nord- und Ostsee lassen befürchten, daß dort die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr sogar noch steigt, das regionale Gefälle auf dem Arbeitsmarkt sich mithin vergrößert. Der starke Anstieg der Kurzarbeit in den Kohlezechen und in den Stahlunternehmen ist dafür ein erstes Indiz.

22*. Im ganzen gesehen gehört die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wie sie sich in diesem Jahr ergeben hat und wie wir sie für das nächste Jahr erwarten, auf die Habenseite der wirtschaftlichen Bilanz. Jede Arbeitskraft, die zusätzlich eingestellt wird, bringt hier Entlastung, ob sich damit die sogenannte Stille Reserve verringert oder die ausgewiesene Arbeitslosigkeit. Jede zusätzliche Arbeitskraft ist aber auch ein Beitrag zur Kräftigung der Konjunktur: Denn mit wachsender Beschäftigung steigen die Einkommen in der Summe, und das schafft Spielraum für Mehrnachfrage, insbesondere Mehrverbrauch.

23*. Wir gehen davon aus, daß das Preisklima für den Verbraucher auch im nächsten Jahr günstig bleibt. Im einzelnen begründen wir dies wie folgt: Die Preise für Nahrungsmittel dürften angesichts der riesigen Überschüsse bei den wichtigsten Agrarprodukten und wegen der Schwierigkeiten,

Tabelle 2*

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1986 und Prognose für das Jahr 1987

	1985	1986	1987	1986	1987
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	855,0	888	921	+ 4	+ 3½
Steuern	459,5	474	497½	+ 3	+ 5
Sozialbeiträge	320,3	337½	351½	+ 5½	+ 4
Sonstige laufende Einnahmen	56,5	57	52	+ ½	− 8½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	18,7	19	20	+ 2½	+ 3
Ausgaben insgesamt	874,8	908	944	+ 4	+ 4
Staatsverbrauch	365,7	382½	401	+ 4½	+ 5
Einkommensübertragungen	377,9	390½	403½	+ 3½	+ 3½
Private Haushalte	306,2	315	324½	+ 3	+ 3
Unternehmen und übrige Welt	71,7	75½	78½	+ 5½	+ 4
Zinsen	55,3	58	60	+ 5	+ 3½
Vermögensübertragungen	33,8	31½	31½	− 6	− 1½
Investitionen	42,1	45	48½	+ 7½	+ 7
Finanzierungssaldo[2])	−19,8	−20	−23½	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	*45,3*	*44,8*	*44,9*	x	x
Abgabenquote[4])	*42,2*	*41,6*	*41,8*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	548,7	565	585	+ 3	+ 3½
Steuern	459,5	474	497½	+ 3	+ 5
Sonstige Einnahmen	89,2	91	87½	+ 2	− 4
Ausgaben	574,8	596½	621½	+ 4	+ 4
Finanzierungssaldo[2])	−26,1	−31½	−36½	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	*29,8*	*29,4*	*29,5*	x	x
Steuerquote[6])	*24,9*	*24,3*	*24,5*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	564,4	584	605	+ 3½	+ 3½
Steuern	437,0	453½	475	+ 4	+ 4½
Sonstige Einnahmen	127,4	130½	130	+ 2½	− ½
Ausgaben	603,4	630	653½	+ 4½	+ 4
Finanzierungssaldo[2])	−39,0	−46	−48½	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	*31,3*	*31,1*	*31,1*	x	x
Steuerquote[8])	*23,7*	*23,3*	*23,4*	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +; Defizit: −.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

diese zu lagern oder auf dem Weltmarkt zu verkaufen, nicht nennenswert steigen. Kaum verteuern dürften sich auch Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Hier ist die Verbilligung von Rohstoffen und Vorprodukten noch nicht voll auf der Verbraucherstufe angekommen; überdies bleibt der Importwettbewerb rege. Moderate Preissteigerungen sind lediglich bei Dienstleistungen zu erwarten. Bei den Lohnabschlüssen, die wir unterstellt haben, sollten die Verteuerungen aber nicht höher ausfallen als in diesem Jahr. Auch der Anstieg der Mieten wird sich, nachdem sich der Wohnungsmarkt weitgehend von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt gewandelt hat, in engen Grenzen halten und möglicherweise sogar noch verlangsamen.

Für den Index der Verbraucherpreise ergibt sich aus unseren Einzelschätzungen im ganzen lediglich eine leichte Erhöhung, die wir für den Verlauf des Jahres 1987 auf $1^1/_2$ vH und für den Durchschnitt des Jahres auf weniger als 1 vH veranschlagen.

Die Kaufkraft der Verbraucher wird im kommenden Jahr also wenig geschmälert, weshalb der private Verbrauch in realer Rechnung nach dem starken Anstieg in diesem Jahr um weitere 3 vH höher ausfallen wird.

24*. Unsere Annahmen zum Ausgabenverhalten des Staates lauten:

— Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben erneut um schätzungsweise 4 vH steigern.

— Die öffentlichen Investitionen werden um nominal 7 vH ausgeweitet.

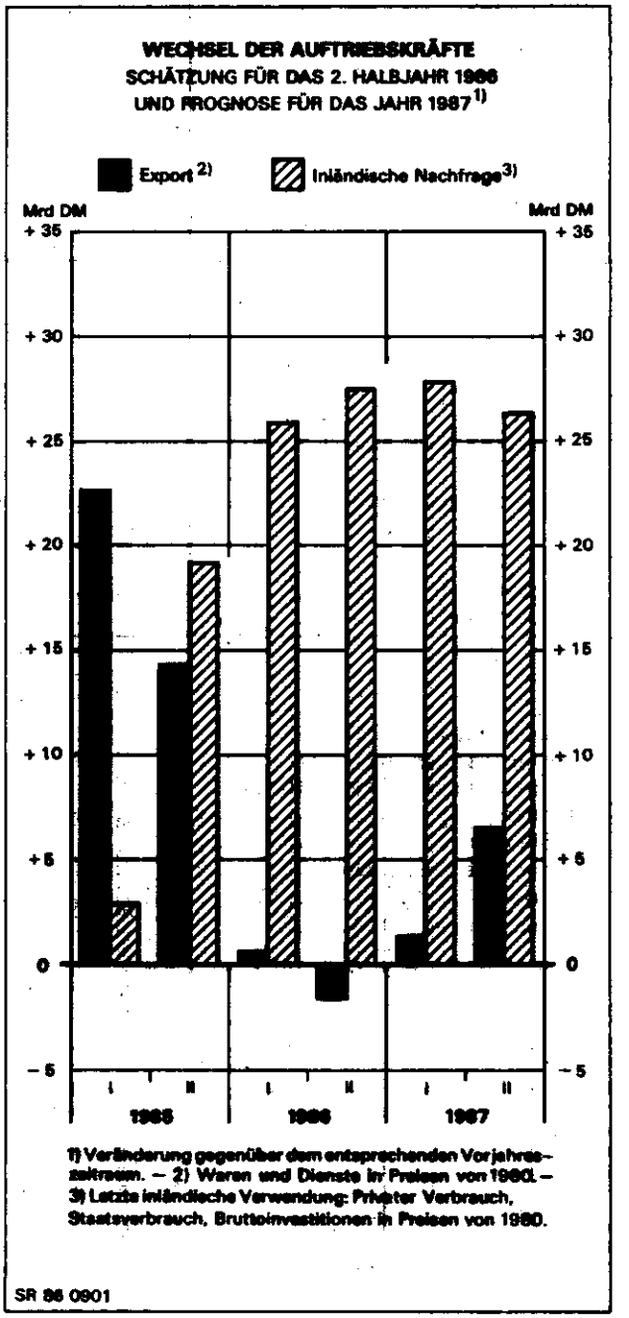
— Die Ausgaben der Sozialversicherungen werden mit einer ähnlichen Rate expandieren wie die der Gebietskörperschaften (4 vH); die Sozialrenten werden um 3 vH angehoben.

Bei einem solchen Verhalten der staatlichen Entscheidungsträger ergibt unsere Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die öffentlichen Haushalte eine Verschlechterung im Verhältnis der Ausgaben zu den Steuern und Abgaben. Das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden dürfte (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) noch ähnlich stark zunehmen wie in diesem Jahr, in dem eine Steuersenkung wirksam wurde, und zwar um 5 Mrd DM auf $36^1/_2$ Mrd DM; das sind 1,7 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Tabelle 2*). Eine weitere Verbesserung der Haushaltssituation wird sich bei den Sozialversicherungen einstellen. Ihr Überschuß, der im wesentlichen bei den Rentenversicherungen anfallen wird, dürfte um $1^1/_2$ Mrd DM auf 13 Mrd DM steigen.

25*. Mit der Verlagerung der Auftriebskräfte von der Export- zur Binnennachfrage wird sich der Leistungsbilanzüberschuß deutlich zurückbilden. Die Ausfuhr wird aufgrund der eingetretenen Höherbewertung der D-Mark dem Werte nach kaum steigen, wobei wir unterstellt haben, daß die Ausfuhrpreise noch einmal leicht sinken. Die Einfuhr wird dagegen wertmäßig kräftig zunehmen, zum einen weil die Inlandsnachfrage weiter expandiert und ein steigender Teil davon durch Lieferungen aus dem Ausland gedeckt wird, zum anderen weil die Importpreise nach dem starken Rückgang in diesem Jahr vermutlich wieder etwas fester tendieren werden. Beim Außenbeitrag wird dies zu einem Abbau von 107 Mrd DM auf $93^1/_2$ Mrd DM führen.

26*. Der kräftige Rückgang des Außenbeitrags macht noch einmal deutlich, wie groß die Anpassungsaufgabe ist, mit der die deutsche Wirtschaft im Augenblick fertig werden muß. Im Jahre 1986 hat sie keinerlei zusätzliche Nachfrageimpulse vom Ausland erhalten, im Gegensatz zu 1985, als die zusätzliche Nachfrage zum größeren Teil aus dem Exportgeschäft kam. Dies wurde zwar teilweise dadurch ausgeglichen, daß der Zuwachs an Inlandsnachfrage 1986 größer als 1985 war, aber — da ein

Schaubild 3*



Teil davon durch zusätzliche Importe gedeckt wurde — eben nur teilweise (Schaubild 3*). Es ist der Wechsel von der Export- zur Binnenkonjunktur, der in einzelnen Wirtschaftsbereichen den Anstieg der Produktion nach der Jahresmitte ins Stocken geraten ließ.

Bei der Interpretation unserer quantitativen Vorausschätzung für 1987 sollte man nicht übersehen, daß ein großer Teil der Anpassung schon im Jahre 1986 erfolgt ist, also hinter uns liegt. Es hängt vor allem mit der Arithmetik zusammen, daß sich die starke Abflachung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Produktion in den letzten Monaten auch noch im Ergebnis für das Jahr 1987 niederschlägt. Wir betonen nochmals: Unsere Prognose beschreibt keine Entwicklung, die sich als Verlangsamung des Aufschwungs interpretieren ließe. Wir erwarten vielmehr, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion 1987 im Verlauf um $2^1/_2$ vH zunimmt, nicht schwächer als in der ersten Jahreshälfte 1986 und stärker als in der zweiten Jahreshälfte. Diese Rate für den Anstieg im Verlauf des Jahres bringt unsere Einschätzung über das voraussichtliche Wachstumstempo besser zum Ausdruck als die Rate für den Durchschnitt des Jahres (gut 2 vH).

Im Vergleich zu 1986 gibt es 1987 jedoch einen entscheidenden Unterschied: Der Zuwachs an verteilbarem Einkommen, der Realwert des Sozialprodukts, wird nur halb so hoch sein wie in diesem Jahr. Der Vorteil, den die Verbilligung von Öl und anderen Importgütern der deutschen Wirtschaft gebracht hat, bleibt zwar erhalten, aber er trägt nicht noch einmal zur Steigerung der Realeinkommen bei. Im Gegensatz zu 1986 kann also 1987 nicht viel mehr verteilt werden, als im Inland produziert wird. Dies sollte im Blick gehalten werden, damit die Chancen für eine Fortsetzung des Aufschwungs über das Jahr 1987 hinaus gut bleiben.

Wirtschaftspolitik für 1987 und danach
(Ziffern 187 bis 356)

27*. Der Aufschwung geht nunmehr in sein fünftes Jahr. Die Chance, daß die deutsche Wirtschaft auf Expansionskurs, auch über das nächste Jahr hinaus, bleiben wird, halten wir für gut. Sie voll zu nutzen, fordert eine Wirtschaftspolitik, welche die günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sichert und den Weg für die weitere Entfaltung der Antriebskräfte frei macht und frei hält. Das gilt für die staatliche Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Lohnpolitik der Tarifparteien. Allein am Bewährten festzuhalten, das genügt nicht. Not tut vielmehr auch die Besinnung, wo wichtige Aufgaben unerledigt geblieben sind. Die Jahre 1987 und danach sollten für die Wirtschaftspolitik unter dem Zeichen stehen: Bewahren und Reformieren.

28*. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl seit 1984 ist beachtlich, und 1987 wird es zu einem weiteren Zuwachs kommen. Doch auch im nächsten Jahr werden sich die arbeitslos Gemeldeten mit den noch immer in großer Anzahl auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen und mit zahlreichen Arbeitsuchenden, die zuvor nicht erwerbstätig sein wollten oder die Suche aufgegeben hatten, in die Arbeitsplätze teilen müssen, die neu besetzt und zusätzlich geschaffen werden. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen wird daher 1987 zwar sinken, aber noch immer nicht viel. Gemessen an der Arbeitslosenquote wird keine wesentliche Annäherung an das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes verzeichnet werden können.

29*. Der Sachverständigenrat hat in seinen letzten Jahresgutachten wiederholt dargelegt, welche sozialen Kosten Arbeitslosigkeit mit sich bringt und welche Belastungen die durch Arbeitslosigkeit Betroffenen zu tragen haben. Die sozialen Kosten sind nicht nur in den finanziellen Aufwendungen zu sehen, die der Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit entstehen, sondern auch im Ausfall an Produktion, die vorhandenen Bedarf im privaten wie im öffentlichen Bereich befriedigen könnte, und in einer Belastung der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Was der Verlust des Arbeitsplatzes den jeweils Betroffenen auflädt, ist zudem weit mehr als ein Ausfall an Einkommen. Große Sorge bereitet daher die zunehmende Verhärtung der Arbeitslosigkeit. Wer längere Zeit arbeitslos ist, verliert Qualifikation, wird mutlos und besitzt schließlich immer geringer werdende Chancen, eine neue Stelle zu finden, selbst wenn er eigene Ansprüche zurückgenommen hat. Wer gesundheitliche Behinderungen aufweist, hat bei hoher Arbeitslosigkeit geringere Aussichten, eingestellt zu werden. Wer in einer wirtschaftlich schwach strukturierten Region lebt, kann weniger darauf hoffen, eine neue Stelle zu finden.

All dies unterstreicht die Wichtigkeit und die Dringlichkeit der beschäftigungspolitischen Aufgabe. Deshalb bilden die wirtschaftspolitischen Überlegungen, wie der hohen Arbeitslosigkeit dauerhaft beizukommen ist, auch in diesem Gutachten einen Schwerpunkt.

30*. Harmonie im Zusammenspiel der Politikbereiche fördert den Gesamterfolg. Jeder Bereich hat seinen Part zu übernehmen. Wenn dies geschieht, zieht jeder Bereich Nutzen vom anderen. Die Geldpolitik hat es leichter, wenn die Lohnpolitik ihren Beitrag zur Stabilität des Kostenniveaus leistet und die Finanzpolitik einem wachstumsfördernden Kurs folgt. Die Lohnpolitik muß sich bei stabilem Geldwert nicht um verteilungspolitische Nachteile sorgen, wenn sie sich am Produktivitätsanstieg orientiert. Und die Finanzpolitik entlastet es, wenn der Strukturwandel vorankommt, die Beschäftigung beschleunigt steigt und die Arbeitslosigkeit abnimmt.

Es ist daher von ganz wesentlicher Bedeutung, daß zwischen den für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen ein Grundkonsens darüber erreicht wird, der offensiven Strategie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Vorzug zu geben, und daß jeder Bereich den ihm darin zukommenden Part über-

nimmt. Von hier aus lassen sich auch die Begrenzungen erkennen, die einer Verfolgung partikularer Interessen gezogen sind.

Geldpolitik

31*. Die Aufgabe der Geldpolitik ist es, den Wert der Währung zu sichern. Das erfordert, das Geldangebot mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei annähernd stabilem Preisniveau entspricht. Eine in diesem Sinne stetige Geldpolitik trägt zugleich dazu bei, die Erwartungen an den Devisenmärkten zu stabilisieren.

Die Erfüllung der geldpolitischen Aufgabe war in diesem Jahr gefährdet, soweit es den Außenwert der Währung betrifft. Dies steht im Zusammenhang mit einer Veränderung des internationalen Stabilitätsklimas. Die Vereinigten Staaten könnten versucht sein, die Last der hohen Verschuldung im Inland und jetzt auch gegenüber dem Ausland durch eine neue inflatorische Welle zu erleichtern. Die expansive Geldpolitik in Amerika und das Drängen auf einen expansiveren Kurs in anderen Ländern stehen dafür. Um den Fall des Dollarkurses zu bremsen, sahen sich einige ausländische Zentralbanken veranlaßt zu intervenieren; damit tragen sie in bedenklicher Weise zur Finanzierung des amerikanischen Budgetdefizits bei. Tritt insoweit Zentralbankkredit an die Stelle privaten Kredits und führt dies zugleich zu vermehrter Geldschöpfung außerhalb der Vereinigten Staaten, würde ein neues internationales Inflationspotential entstehen.

Auch in der Bundesrepublik kam es im Zusammenhang mit der abrupten Aufwertung der D-Mark zu einer starken Anreicherung der Liquidität. Im Konflikt zwischen der Stabilisierung des Binnenwertes und des Außenwertes der Währung hat sich die Bundesbank für eine stärkere monetäre Expansion entschieden, um eine noch höhere Bewertung der D-Mark zu vermeiden. Die Fortsetzung dieses Kurses wäre nicht mit einem spannungsfreien Aufschwung vereinbar (Ziffern 260 ff.).

32*. Für den Binnenwert des Geldes ist 1986 durch den monetären Expansionskurs zwar kein akuter Schaden entstanden, wohl aber ein erhebliches Gefährdungspotential für die Zukunft. Inflatorische Tendenzen — würden sie auftreten — fänden im Geldangebot gegenwärtig keine Bremse, jedenfalls keine, die rasch greift. Was an Minderauslastung und Wachstumseinbußen in diesem Jahr durch Rücksichtnahme auf den Wechselkurs möglicherweise vermieden wurde, könnte sich im nächsten oder übernächsten Jahr als Folge monetärer Bremsmanöver einstellen, die unvermeidlich wären, wenn der entstandene Spielraum für stabilitätswidriges Verhalten genutzt würde; und der Verlust beim Geldwert käme hinzu.

33*. Von daher vor allem sind auch die Aufgaben zu sehen, die sich der Geldpolitik für 1987 stellen. Aus binnenwirtschaftlicher Sicht ist eine Verlangsamung der monetären Expansion unumgänglich. Die Geldpolitik würde ihre Kennzeichen der Verläßlichkeit und Stetigkeit verlieren, wenn dies nicht geschähe. Die Tarifparteien könnten sich in diesem Fall ermutigt fühlen, einen Inflationszuschlag bei den Tarifabschlüssen für 1987 einzurechnen; Inflationserwartungen würden verstärkt werden und Anlaß zu steigenden Kapitalmarktzinsen geben; Investoren müßten mit steigenden Löhnen und Kapitalkosten rechnen, ohne daß sie gleichzeitig — bei scharfer außenwirtschaftlicher Konkurrenz — entsprechende Überwälzungsmöglichkeiten sähen; internationale Kapitalanleger würden zusätzlich verunsichert werden.

Was das Ausmaß der Korrektur anbelangt, halten wir zunächst eine deutliche Verlangsamung des Expansionstempos auf eine mittelfristige Rate von etwa 4½ vH für geboten, was von der inzwischen gegebenen Geldversorgung ausgehend eine Entwicklung auf einem höher gelegenen Pfad bedeutet. Der mittelfristige Pfad bleibt aber verbindlich.

Ihn schon im nächsten Jahr zu erreichen, würde eine Zuwachsrate von 2 vH im Jahresverlauf erfordern. Das hieße Restriktionsdruck erzeugen. Anpassungsprobleme bei einem abrupten Tempowechsel in der Geldversorgung lassen sich dadurch vermeiden, daß die Rückkehr auf den Zielpfad allmählich vollzogen wird. Der Vorschlag des Sachverständigenrates, einen Zielpfad für mehrere Jahre anzukündigen, erweist sich bei einer starken Zielüberschreitung einem Verfahren überlegen, das jährlich neu ein Geldmengenziel festlegt und damit in bezug auf die Ausgangsbasis ein diskretionäres Element enthält. Die Selbstbindung an ein mehrjähriges Geldmengenziel verlangt von der Notenbank nicht mehr als die Selbstbindung an das Versprechen, den Geldwert stabil zu halten. Die Ankündigung, daß eine mittelfristige Ziellinie verbindlich bleibt, trägt dazu bei, daß eine Zielüberschreitung nicht zu einer Destabilisierung von Erwartungen führt. Keineswegs dürfen bei einer allmählichen Rückkehr auf einen mittelfristigen Pfad die Tarifpolitik und die Finanzpolitik aus ihrer im Jahre 1987 besonderen Mitverantwortung für die Wahrung der Preisniveaustabilität entlassen werden.

Finanzpolitik

34*. Die Aufgabe der Finanzpolitik im Rahmen der offensiven Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besteht zu einem wesentlichen Teil darin, Verzerrungen wirtschaftlicher Anreize zu mildern (Ziffern 267 ff.). Dies gilt zum einen für die drückende Steuerlast, insbesondere die hohen Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer; zum anderen gilt es für die vielfältigen staatlichen Finanzhilfen. Beide, Steuerlast und Finanzhilfen, mindern die Bereitschaft, mehr zu leisten und größere Risiken zu tragen. Die dringend notwendige Senkung der Steuerlasten darf jedoch nicht mit einer erhöhten Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben erkauft werden. Dies würde das mit großer Mühe wiedergewonnene Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen erneut in Frage stellen, wenn nicht gar zerstören. Spielraum

für eine Steuerentlastung wird nur dann gewonnen, wenn es gelingt, den Anstieg der Staatsausgaben entsprechend niedriger zu halten, so daß diese das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential weniger beanspruchen, die Staatsquote also sinkt. Das mitunter vorgebrachte Argument, die Staatsquote sei kein geeigneter Indikator für den Umfang der Staatstätigkeit, trifft nicht das, worauf es ankommt. Ohne eine Senkung der Staatsquote und ohne eine Kürzung von Steuervergünstigungen gibt es keinen Spielraum für große Steuersenkungen, wie man es auch dreht und wendet. Schwierig ist die politische Antwort auf die Frage, auf welchem Wege man zu einer Verminderung des Ausgabenanstiegs kommen kann. Der Sachverständigenrat hat in seinen Gutachten immer wieder Vorschläge gemacht, wo beispielsweise in den Subventionshaushalten gekürzt werden kann. Das betrifft zumeist den Bund, vielfach aber auch die Länder.

35*. Eine weitere Aufgabe ist es, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen und den Gemeinden eine verläßliche Einnahmenbasis zu schaffen. Hier geht es um das Bund-Länder-Verhältnis, um die landesrechtlichen Regelungen des kommunalen Finanzausgleichs und um die eigenen Steuerquellen der Gemeinden. Durch diese Reformen sollte im Rahmen des Möglichen zugleich versucht werden, bei Ländern und Gemeinden Grundlagen für eine zurückhaltende Ausgabenpolitik zu legen. Wenn lediglich der Bund den Ausgabenanstieg begrenzt, so reicht dies für eine deutliche Steuerentlastung nicht aus.

36*. Die vom Finanzplanungsrat für den Zeitraum bis 1990 erneut bekräftigte Empfehlung, das Ausgabenwachstum des öffentlichen Gesamthaushalts auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 vH, also deutlich unter den Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, zu begrenzen, wird auch 1987 nicht eingehalten werden. Der Ausgabenzuwachs bei Ländern und Gemeinden wird weit über dieser Vorgabe liegen, und es besteht Grund zu der Befürchtung, daß dies auch in den nächsten Jahren so bleiben könnte.

Einen Ausgabenanstieg von 3 vH halten wir für vernünftig. Die Finanzpolitik muß sich darauf einstellen, der Eigendynamik der Ausgabenentwicklung wirksam entgegenzutreten. Dazu gehört, daß der Subventionsabbau endlich angepackt wird. Doch dies allein genügt nicht. Man wird insbesondere der Entwicklung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst wegen ihres hohen Gewichts große Aufmerksamkeit widmen müssen. Im übrigen geht es bei einer Vielzahl von Ausgabenpositionen nicht um Kürzungen, sondern um eine Verbesserung der Struktur öffentlicher Ausgaben auf allen staatlichen Ebenen und um Reformen in den Bereichen, in denen es Fehlentwicklungen gibt.

Tarifpolitik

37*. Die Tarifparteien entscheiden mit darüber, wie sich der Aufschwung fortsetzt. Zu der Grundlinie unserer Vorstellungen über einen langen spannungsfreien Aufschwung gehört es, daß sie Vereinbarungen treffen, welche die Lohnstückkosten stabil halten. Anderenfalls käme es, weil mit einer erneuten Senkung der Importkosten nicht gerechnet werden kann, wieder zu einem Anstieg des Kostenniveaus. Damit geriete die Tarifpolitik in Konflikt mit der Geldpolitik, die das Stabilitätsziel gefährdet sehen müßte. Einbußen bei der Beschäftigung oder bei der Geldwertstabilität — wenn nicht sogar bei beiden Zielen — wären die Folge, und der Fortgang des Aufschwungs wäre in Frage gestellt.

38*. Die Tarifparteien können beim Abschluß des Jahres 1987 nicht das Verhandlungsergebnis des Jahres 1986 wiederholen, ohne die wirtschaftliche Entwicklung zu gefährden. Würde gleichwohl ein Lohnzuwachs von 4 vH bis 4½ vH vereinbart werden, ergäben sich Erhöhungen der Lohnstückkosten ähnlich wie in diesem Jahr (2½ vH), weil das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde 1987 nur um 2 vH zunehmen dürfte. Da die Importpreise 1987 nicht viel niedriger sein werden als 1986, fallen die gesamten Stückkosten mit dem Anstieg der Lohnstückkosten deutlich höher aus. Somit läßt sich mit einem Lohnzuwachs von 4 vH bis 4½ vH nicht noch einmal wie 1986 eine gleich hohe Steigerung der Realeinkommen sowohl beim Lohn wie beim Gewinn erreichen. Alle Informationen, die heute verfügbar sind, deuten darauf hin, daß der Spielraum für eine Steigerung der realen Einkommen sich in einem Maße verengt, wie dies in dem von uns berechneten Realwert des Sozialprodukts zum Ausdruck kommt. Es wäre verhängnisvoll, diese gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu verkennen.

In gleicher Weise wäre es verhängnisvoll, wenn bei den Tarifverhandlungen davon ausgegangen würde, daß im Jahre 1987 unabwendbare Preissteigerungen auftreten. Wer sich mit Lohnabschlüssen von 4 vH bis 4½ vH auf eine Grundtendenz des Preisauftriebs (underlying rate) von 1½ vH bis 2 vH glaubt einstellen zu müssen, übersieht, daß er damit solche Preissteigerungen selbst vorbereitet. Das muß nicht sein.

Bei Lohnabschlüssen, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen, wird sich herausstellen, daß es eine solche Grundtendenz nicht gibt. Die Auswertung von Erfahrungen zeigt, daß es die Entwicklung der Lohnstückkosten ist, die den Anstieg des Preisniveaus, insbesondere den der überwiegend binnenwirtschaftlich bestimmten Preise, kurzfristig stark beeinflußt.

39*. Es ist somit gut begründet, in der Tarifrunde 1987 von einem Zuschlag für die Erhöhung des Preisniveaus abzusehen. Wenn die Lohndaten von den Tarifparteien so gesetzt werden, daß die Lohnstückkosten stabil bleiben, gibt es keine Anzeichen dafür, daß ein weiterer Anstieg des Preisniveaus befürchtet werden muß. Die vereinbarten Nominallohnsteigerungen würden dann erneut in vollem Umfang kaufkraftwirksam. Nicht zuletzt der scharfe Wettbewerb, den die Aufwertung der D-Mark mit sich gebracht hat, wird für Preissenkungen — beispielsweise bei Industrieerzeugnissen

— sorgen, die Preissteigerungen, die es bei Dienstleistungen gleichwohl geben mag, ausgleichen. Im Falle einer stärkeren Aufwertung, als wir sie in den Annahmen zu unserer Prognose unterstellen, könnte das Niveau der Verbraucherpreise sogar nachgeben, die realen Lohnsteigerungen könnten also höher ausfallen, als es dem nominalen Lohnanstieg entspricht.

40*. Bei wichtigen Tarifverhandlungen im kommenden Jahr stehen auch die Arbeitszeitregelungen wieder zur Diskussion. Eine Entscheidung über eine kürzere Arbeitszeit muß in den engen Gesamtrahmen für Steigerungen des Stundenlohns eingepaßt werden. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38½ Stunden um eine Stunde bei vollem Lohnausgleich erhöht den Stundenlohn um 2,7 vH. Das ist mehr als der zu erwartende Anstieg der Stundenproduktivität (2 vH) ausmacht. Selbst wenn man einräumt, daß Verbesserungen in der Organisation der Arbeit und im Arbeitsablauf eine zusätzliche Produktivitätssteigerung bewirken können, ist der Spielraum dafür seit 1984 kleiner geworden. Es wird schwieriger sein als damals, Vereinbarungen über eine Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes zu treffen, die es den Unternehmen ermöglichen, die Arbeitszeitverkürzung und eine von den Arbeitnehmern ebenfalls gewünschte Steigerung ihrer Löhne und Gehälter kostenneutral zu gestalten.

Ausländische Forderungen an die deutsche Wirtschaftspolitik

(Ziffern 218 bis 233)

41*. Der Sachverständigenrat hat sich ausführlich mit den amerikanischen Forderungen an die deutsche Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt. In unseren Überlegungen kommen wir zu folgendem Schluß:

Die Bundesrepublik sollte sich derzeit nicht zu einer anhaltend expansiven Geldpolitik und zu höheren Budgetdefiziten bereitfinden. Dennoch bleibt es richtig, daß es zu den Aufgaben der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft gehört, das Wachstum zu stärken und dadurch einen Beitrag zur Beseitigung der internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte und des Verschuldungsproblems der Entwicklungsländer zu leisten. Doch läßt sich dieses Ziel letztlich nicht erreichen, wenn durch expansive Wirtschaftspolitik neue Schwankungen der Wechselkurse bewirkt und inflationäre Tendenzen ausgelöst werden. Vielmehr sollte dieses Ziel mit einer Politik angestrebt werden, die auf die Sicherung günstiger gesamtwirtschaftlicher Voraussetzungen für einen anhaltenden Aufschwung und auf eine Stärkung der Wachstumskräfte der Wirtschaft gerichtet ist. Mit einer solchen Politik ist dem Ausland mehr gedient als mit einer expansiven Nachfragepolitik.

Wir betonen noch einmal:

- *Eine stetige, verläßliche und glaubwürdige Wirtschaftspolitik im ganzen und in ihren Teilbereichen macht deutsche Wirtschaftspolitik auch für die Partnerländer kalkulierbar. Das trägt zu stabileren Wechselkursen bei und gibt dem Handel wie dem Kapitalverkehr eine bessere, weil zuverlässigere, Orientierung.*
- *Die Öffnung der heimischen Märkte und ihr Offenhalten, Elemente des dynamischen Wettbewerbs und damit Bestandteil einer auf Stärkung der Wachstumskräfte zielenden Wirtschaftspolitik, verschaffen auch ausländischen Produzenten mehr Chancen auf lohnenden Absatz.*
- *Für eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik gilt das gleiche. Vorstoßende inländische Wettbewerber öffnen inländischen wie ausländischen Anbietern den Raum für nachstoßenden Wettbewerb; das vergrößert die Gütervielfalt und drückt die Preise, und dies nicht nur auf den Inlandsmärkten, sondern auch im Export. Die Käufer, auch im Ausland, gehören damit allemal zu den Gewinnern.*
- *Und vor allem: Eine Stärkung der Wachstumskräfte im Inland fördert das Wachstum auch in den Partnerländern. Die Importnachfrage der Bundesrepublik steigt wachstumsbedingt. Ein kräftigeres Wachstum bei Stabilität führt zugleich zu einer Höherbewertung der D-Mark und erweitert auch dadurch die Absatzchancen für ausländische Anbieter.*

42*. Mit diesen Hinweisen auf die notwendige Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik ist bereits ein wichtiger ordnungspolitischer Aspekt betont worden. Er leitet zu den Aufgaben über, die von der Bundesrepublik in der internationalen Ordnungspolitik, das heißt im Rahmen der Bemühungen um verläßliche, sichere und klare Rahmenbedingungen für internationale Wirtschaftsbeziehungen zu übernehmen sind. Von stabilen Rahmenbedingungen, gar einer Ordnung, kann gegenwärtig weder auf dem Gebiet der Währung noch auf dem des Welthandels mit Waren und Dienstleistungen gesprochen werden. Wie in unserem Gutachten näher begründet ist, steht die Bundesrepublik bei der Fortentwicklung der Weltwährungsordnung vor der Aufgabe, entscheidend dazu beizutragen, daß die Wechselkurse sich nicht von Werten entfernen, die den fundamentalen Gegebenheiten der Volkswirtschaften entsprechen. Dazu bedarf es überall einer verläßlichen verstetigenden Stabilitätspolitik. Nicht die Einführung eines „Systems gestalteter Wechselkurse" ist geboten, sondern ein internationaler Konsens, der einen stabilitätsgefährdenden Einsatz der Geldpolitik und auch der Finanzpolitik ausschließt.

Reformen jetzt anpacken

43*. Der Deutsche Bundestag findet beim Eintritt in die neue Legislaturperiode gesamtwirtschaftliche Bedingungen vor, die akute konjunkturelle Probleme nicht aufwerfen. Das ist eine günstige Zeit, wirtschaftliche und soziale Reformen auf den Weg zu bringen.

Manche Reformen sind überfällig, beispielsweise die Reform der Agrarpolitik oder die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Weil sie immer wieder vertagt wurden, der Reformbedarf in der Zwischenzeit aber weiter wuchs, ist es zunehmend schwieriger geworden, sachgerechte und sozial akzeptable Lösungen durchzusetzen. Ein weiteres Hinausschieben macht die Probleme noch größer.

In anderen Bereichen sind Reformen deshalb dringlich, weil die geltenden Bedingungen einen schnelleren Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren. Das gilt für eine Reihe von Regelungen, die den Arbeitsmarkt unmittelbar betreffen. Es gilt ferner für die staatlichen Abgaben, weil hohe Steuern und hohe Lohnnebenkosten zu einer Belastung geworden sind, die sich nachteilig auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen auswirkt und den Anreiz zu höherer Leistung mindert.

Bei weiteren Reformaufgaben steht die Stärkung des dynamischen Wettbewerbs im Zentrum. Wo der Marktzugang oder der Marktaustritt versperrt oder erschwert ist, wo der Staat unrentable Arbeitsplätze erhält, wo er das Marktgeschehen im Übermaß reguliert und dadurch überhöhte Risiken oder Kosten für die Betroffenen verursacht, dort überall kann dynamischer Wettbewerb sich nicht voll entfalten, bleiben Kräfte des Marktes ungenutzt.

Einige Reformaufgaben schließlich stehen nur indirekt im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Aufgabe, die der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit stellt. Bei ihnen geht es in erster Linie darum, das Vertrauen in das rechtliche und soziale Rahmenwerk — etwa bei der sozialen Alterssicherung — wieder zu stärken. Aber auch bei solchen Reformen wollen die Auswirkungen, insbesondere auf die wirtschaftlichen Anreize, bedacht sein. Anderenfalls könnten die angestrebten Erfolge von ihrer wirtschaftlichen Grundlage her in Frage gestellt sein.

44*. Zu einer Reihe von Reformaufgaben hat sich der Sachverständigenrat in früheren Gutachten geäußert. Mit der folgenden Zusammenstellung will der Rat auf Reformen hinweisen, die er für besonders dringlich hält. Ausführlich erörtert werden in diesem Gutachten die Steuerreform sowie die wirtschaftspolitischen Reformaufgaben in der sozialen Sicherung und in der Landwirtschaft.

— Die **große Steuerreform** ist ein Kernstück der Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. In erster Linie zielt sie darauf ab, den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer kräftig zu senken; eine Nebenaufgabe ist, steuerliche Benachteiligungen zu beseitigen. Durch die Konzentration auf die Senkung der Tarifsätze sollen die wachstums- und beschäftigungspolitisch besonders schädlichen Hemmnisse für Innovationen, für Investieren und Sparen, für Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage gemindert werden. Die Tarifsenkung bei den direkten Steuern ist einer Steuerentlastung der Investitionen überlegen. Der unmittelbare Anreiz, mehr zu investieren, löst — anders als der mittelbare Anreiz einer Tarifsenkung — Substitutionsvorgänge im Einsatz der Produktionsfaktoren aus; er begünstigt den Kapitaleinsatz im Vergleich zum Arbeitseinsatz. Dadurch werden kapitalintensive, und das sind vielfach alte Produktionen, gegenüber arbeitsintensiven Produktionen, hauptsächlich im Dienstleistungsbereich, steuerlich besser gestellt. Die direkte steuerliche Entlastung von Investitionen fördert Innovationen nur insoweit, als diese sich in Investitionsausgaben niederschlagen, sie fördert sie also nicht, wie die Tarifsenkung, nach Maßgabe ihrer Erträge. All das verzerrt die Produktionsstruktur und leistet überdies zumindest tendenziell der Unternehmenskonzentration Vorschub.

  Die Entlastung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer muß kräftig sein. Sonst bliebe der stimulierende Effekt unzureichend. Wenig wäre auch gewonnen, wenn die Entlastung mit einer Zunahme der staatlichen Kreditaufnahme erkauft würde; sie verlangt vielmehr den Abbau der Staatsquote und zusätzlich eine Umschichtung bei den Steuern (Ziffern 277 ff.).

— Bei einer Reform der **gesetzlichen Rentenversicherung** geht es vornehmlich darum, Vorkehrungen gegen die sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Alterssicherung zu treffen, die aufgrund zunehmender Überalterung der Bevölkerung eintreten werden. Ab Mitte der neunziger Jahre werden immer weniger Menschen Konsumgüter im Erwerbsprozeß produzieren, aber immer mehr Nicht-Erwerbstätige Konsumgüternachfrage entfalten. Dieses realwirtschaftliche Verteilungsproblem kann eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung nicht aus der Welt schaffen, sie kann aber die sich daraus ergebenden Konflikte entschärfen und das Vertrauen in die Verläßlichkeit des Systems stärken. Es muß den Erwerbstätigen ein größerer Anreiz gegeben werden, mehr Eigenvorsorge zu betreiben (Ziffern 310 ff.).

— Eine Reform der **gesetzlichen Krankenversicherung** ist immer wieder hinausgeschoben worden, vor allem, weil die Auseinandersetzungen gescheut wurden, die sich mit jeder Änderung bestehender Regelungen verbinden. Das Gesundheitswesen, ein arbeitsintensiver und expandierender Wirtschaftsbereich, darf in seinem Wachstum nicht durch eine Politik der „Kostendeckelung" behindert werden. Es geht hier vielmehr um die Beseitigung von Regelungsfehlern. Das bestehende Regelsystem bietet weder den Anbietern noch den Nachfragern im Gesundheitswesen hinreichend starke Anreize, preis- und kostenbewußt zu handeln. Ohne solche Anreize wird es schwerfallen, den durchschnittlichen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung, der 1986 wieder die 12 vH-Marke überschritten hat, in erträglicher Höhe zu halten. Marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen müssen die Nachfrager kostenbewußter machen, müssen den Wettbewerb unter den Anbietern medizinischer Leistungen verstärken und

müssen ihn unter den Versicherern in größerem Umfang möglich machen (Ziffern 319 ff.).

— Mit ihrer Blockade marktwirtschaftlicher Anpassungsmechanismen hat die **Agrarpolitik** bewirkt, daß sich die Krisenlage in der Landwirtschaft immer weiter zuspitzte. Die Produktionsüberschüsse steigen anhaltend, sie beanspruchen immer mehr öffentliche Mittel, und sie belasten das handelspolitische Klima. Die durch falsche Preissignale im Übermaß gesteigerte Agrarproduktion verursacht Schäden an der natürlichen Umwelt. Dreh- und Angelpunkt der Reform muß eine Preispolitik sein, die sich am Markt orientiert. Sie kann und sollte von flankierenden Maßnahmen unterstützt werden, die es den Landwirten erleichtern, mit den schwierigen Anpassungsaufgaben fertig zu werden.

  Die unerläßliche Reform der Agrarpreispolitik weiter verzögern hieße bei den Landwirten Illusionen nähren. Wege einer schmerzfreien Zurückführung der Produktionsüberschüsse und der Strukturanpassung gibt es nicht (Ziffern 342 ff.).

— Durch eine Politik der **Marktöffnung** werden die Wachstumskräfte gestärkt. Bedingungen, unter denen jeder seine individuellen Fähigkeiten ausspielen kann, lassen mehr Erfolg bei der Suche nach Neuerungen erwarten und fördern so die wirtschaftliche Entwicklung. Am Beispiel der Telekommunikation läßt sich verdeutlichen, wie durch eine Marktöffnung mehr und nachfragegerechtere Investitionen hervorgerufen werden können (JG 85 Ziffern 337 ff.). Unabhängig davon, ob es private Mitanbieter beim Netzbetrieb gibt und ob die Post selbst Mitanbieter von Netzzusatzdiensten und Endgeräten ist, wird der Wettbewerb gefördert, wenn die Zulassung der Endgeräte vereinfacht wird und wenn sich die Tarife stärker an den Kosten statt — wie in der neuen Telekommunikationsordnung vorgesehen — an der politisch ausgerichteten Gestaltung der Fernmeldegebühren orientieren.

  Zu einer Politik der Marktöffnung gehört auch eine flexible Regelung der Betriebszeiten im Einzelhandel. Diese sind durch das Ladenschlußgesetz von 1956 mit nur wenigen Ausnahmen starr vorgegeben. Im Interesse der Verbraucher liegt diese Regelung zweifellos nicht. Sie versperrt auch eine Möglichkeit zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung, die in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Industrieländern ohnehin noch immer von geringer Bedeutung ist. Der festgelegte Ladenschluß begünstigt das Vordringen großer Verbrauchermärkte zu Lasten der kleineren Einzelhändler in wohnungsnahen Gebieten. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, daß die Zahl der Einzelhandelsunternehmen trotz ständig steigenden Pro-Kopf-Konsums so stark abgenommen hat. Erfahrungen im europäischen Ausland zeigen, daß der Konzentrationsprozeß bei freieren Ladenschlußzeiten weniger ausgeprägt ist und mehr Einzelhandelsbetriebe neu gegründet werden. Sie zeigen auch, daß von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit verstärkt Gebrauch gemacht wird.

45*. Ein hohes Maß an Beweglichkeit ist am **Arbeitsmarkt** gefordert. Angesprochen sind damit die Tarifparteien, die Verhandlungspartner auf der betrieblichen Ebene und ebenso der Gesetzgeber. Eine rasche technologische Entwicklung — wie beispielsweise das Vordringen der Mikroelektronik im Büro und in der Fertigung — verlangt einen Wandel in der Ausbildung und vermehrte Weiterbildung der Beschäftigten. Es ist Aufgabe der Personalpolitik der Unternehmen, aber auch der Tarifparteien und Wirtschaftsverbände, diesen Qualifikationserfordernissen mit geeigneten Ausbildungssystemen und Weiterbildungsangeboten Rechnung zu tragen. Wo mehr Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt durch arbeitsrechtliche Regelungen behindert wird, ist es am Gesetzgeber, Abhilfe zu schaffen.

46*. Die erneut stark gestiegene Subventionslast zugunsten der heimischen Steinkohle, die sich 1987 noch einmal erhöhen könnte, unterstreicht auch die Dringlichkeit der Aufgabe, in der **Kohlepolitik** einen neuen Kurs einzuschlagen, der sich besser in eine Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Marktkräfte einfügt (Ziffern 332 f.). Das bestehende System des Kohleschutzes bedarf einer grundlegenden Reform. Der Sachverständigenrat hat im Jahresgutachten 1983/84 zur Diskussion gestellt, die Aufrechterhaltung einer heimischen Steinkohlenförderung allein als einen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung anzuerkennen und dementsprechend die zu gewährende Subvention als Sicherheitsprämie zu bemessen. Die Sicherheitsprämie sollte sich nach unserem Vorschlag an der Sicherheitsleistung ausrichten, das sind die eingesparten Kosten für zeitweilige Unterbrechungen der Lieferungen von Importkohle. Das bisherige Vorgehen, bei der Bemessung der Kohlesubventionen die höheren Kosten der deutschen Steinkohlenförderung abzugelten, bietet nicht genügend Anreiz zu Kosteneinsparungen. Versorgungssicherheit ist ein öffentliches Gut. Deshalb müßte eine solche Sicherheitsprämie vom Steuerzahler aufgebracht werden. Der bei der Verstromung deutscher Steinkohle eingeschlagene Weg, die Mehrkosten dem Stromkunden nach Maßgabe seines Verbrauchs anzulasten, ist volkswirtschaftlich falsch, weil er die Preisrelationen und damit den Wettbewerb der Energieträger verzerrt (JG 83 Ziffern 535 ff.).

47*. Auch in der Umweltpolitik drängen Reformaufgaben auf Lösungen. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist die **Sanierung von Altlasten**, das heißt von Böden, die durch Müllablagerung oder Industriebetrieb stark mit Schadstoffen belastet sind. Altlasten gefährden über Sickerwässer das Grundwasser und tragen über Deponiegas zur Luftverunreinigung bei. Die finanziellen Lasten der auf 20 Mrd DM geschätzten Sanierungsaufwendungen müssen nach heutigem Rechtsstand weitgehend die Gemeinden tragen, was aber — insbesondere in altindustriellen Problemgebieten — die Gemeinden überfordert. Das Verursacherprinzip hilft bei der Sanierung von Altlasten vielfach nicht weiter, zum

einen weil der Verursacher oft nicht mehr herangezogen werden kann, zum anderen weil rückwirkend keine Verantwortlichkeit für abgeschlossene Zeiträume begründet werden darf.

Gleichwohl ist es nicht notwendig, die Beseitigung von Altlasten allgemein aus Steuermitteln zu finanzieren, auch wenn solche Fälle nicht ganz zu vermeiden sein werden und den betroffenen Gemeinden dann durch Finanzzuweisungen anderer Gebietskörperschaften geholfen werden muß. In vielen Fällen können jedoch Gebietskörperschaften und Industrie Gesellschaften gründen, die zeitlich, sachlich und finanziell begrenzte Sanierungsaufgaben erfüllen, von den Gesellschaftern Zuschüsse zur Finanzierung erhalten und im übrigen, soweit möglich, zur Zeit des Schadens haftende Verursacher zur Zahlung mit heranziehen. Dieses Konzept ist der Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln und Fondslösungen, die sich über Sondersteuern finanzieren, grundsätzlich vorzuziehen. Sonderfonds sollten für die Sanierung akuter Fälle reserviert bleiben.

48*. Bei allen Reformen muß das Ganze im Auge behalten werden. Es geht zum einen darum, wirtschaftliche Anreizstörungen zu beseitigen. Es geht zum anderen darum, Inkonsistenzen in der Wirtschaftspolitik auszuräumen und für mehr Kontinuität zu sorgen. Bei vielen der anstehenden Reformen werden Besitzstände in Frage gestellt. Mit Widerständen der Betroffenen ist daher zu rechnen. Wenn das sachlich Gebotene mit Rücksicht darauf nicht in Angriff genommen wird, geht das zu Lasten aller.

Eine andere Meinung
(Ziffern 234 bis 244)

49*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, kommt hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Gesamturteils zu einem anderen Ergebnis. Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während im Sachverständigenrat Einigkeit darüber herrscht, daß hierfür ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum erforderlich ist, gehen die Auffassungen auseinander, welche wirtschaftspolitische Konzeption das heute erfordert. Die Mehrheit ist der Meinung, daß „die Lösung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nur durch eine Stärkung der Marktkräfte bewirkt werden kann" (Ziffer 199).

Eine Stärkung der Marktkräfte ist in einer Wirtschaft im Grunde immer sinnvoll, ob nun Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung herrscht, ob das Wachstum schwach oder kräftig ist. Wenn hier dennoch für mehr, nämlich eine insgesamt expansivere Wirtschaftspolitik geworben wird, dann aus verschiedenen Gründen. Angebotspolitische Maßnahmen benötigen häufig viel Zeit, um durchgeführt zu werden und auf den Wirtschaftsprozeß zu wirken. Erst allmählich wird sich der Wachstumsprozeß beleben. Nachdem aber das Ziel der Vollbeschäftigung nun schon über zehn Jahre verletzt ist, bedarf es rascher wirkender Maßnahmen. Mit jedem Jahr, in welchem die Arbeitslosigkeit anhält, wird ihre Bekämpfung schwieriger, weil der Prozeß der strukturellen Verhärtung voranschreitet. Der Abbau der Arbeitslosigkeit duldet keinen Aufschub.

Hinzu kommt, daß dieses Ratsmitglied die Kraft des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs als weniger robust und seine Entwicklung über 1987 hinaus weniger optimistisch beurteilt als die Mehrheit.

Weiter wird argumentiert, daß Wachstumsreserven ungenutzt geblieben sind, die für einen rascheren Abbau der Arbeitslosigkeit hätten mobilisiert werden können; insofern war das Wachstumstempo bisher eindeutig nicht angemessen.

Es wird für eine Wirtschaftspolitik geworben, die — unabhängig vom angebotspolitisch Gebotenen — das Wachstum in der Wirtschaft alsbald zu stärken vermag und der Wirtschaft nicht weitere Belastungen, zum Beispiel durch eine restriktive Ausgabenpolitik des Staates oder durch steigende Zinsen, aufbürdet.

Zu der hier vertretenen Wirtschaftspolitik gehört — und hierin konkretisieren sich die Auffassungsunterschiede — eine schnellstmögliche Durchführung der Einkommensteuersenkung und eine Finanzpolitik, die nicht der Senkung der Staatsquote den Vorrang gibt. Dazu gehört eine Geldpolitik, die mehr auf das Zinsniveau und dessen Auswirkung auf das Investieren achtet, anstatt das Gebot der Stetigkeit auf eine stetige Entwicklung der Zentralbankgeldmenge zu verengen.

Die Ratsmehrheit gibt zu bedenken, daß die Schritte, die zu einer schnelleren Verringerung der Arbeitslosigkeit notwendig sind, langfristig die Wachstumskräfte auf der Angebotsseite schwächen könnten. Es darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß die Arbeitslosigkeit selbst eine wichtige, vielleicht die wichtigste konstitutionelle Schwäche des gegenwärtigen Wachstumsprozesses ist.

Die Arbeitszeitverkürzung wird von der Ratsmehrheit als eine „defensive" Strategie bezeichnet, die keine überzeugende Lösung des Beschäftigungsproblems böte. Aber ein rascherer Abbau der Arbeitslosigkeit ist mit den klassischen Instrumenten der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik allein und auch mit zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs an den Märkten nicht zu schaffen. Daher muß die Arbeitszeit weiter verkürzt werden. Zumindest ist hier an den Trend der Arbeitszeitverkürzung in den siebziger Jahren anzuknüpfen.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Ölpreissturz und Korrektur des Dollarkurses

1. Der Aufschwung in den Industrieländern hat sich im Jahre 1986 befestigt. In Europa beschleunigte sich die Entwicklung nach einer Stockung zu Beginn des Jahres; in den Vereinigten Staaten hielt die konjunkturelle Expansion an, in Japan dagegen verlangsamte sie sich. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Industrieländern um 2½ vH hat aber nicht ausgereicht, die sehr hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern (Tabelle 1). Noch immer werden mehr als 30 Millionen Arbeitslose gezählt. Für die Entwicklungsländer, vor allem die hochverschuldeten unter ihnen, war der Anstieg des Welthandels mit 3½ vH zu schwach, ihre prekäre Lage zu verbessern.

Die Halbierung des Preises für Rohöl und der drastische Wertverlust des Dollar gegenüber dem japanischen Yen und den europäischen Währungen haben die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr geprägt. Die Verbilligung des Öls hat die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Ölförderländer durch den zweiten Preisschub Ende der siebziger Jahre weitgehend korrigiert. Nebeneinander gab es Einkommensverluste für die Ölförderländer und Einkommensgewinne für die ölimportierenden Länder. Mit der Korrektur des Dollarkurses ist Produktion unrentabel geworden, aber es sind auch neue Produktionschancen entstanden. Auf kurze Sicht waren mit diesen Veränderungen Belastungen verbunden. Die Aussichten für eine Fortsetzung des Aufschwungs in den Industrieländern über das Jahr 1986 hinaus haben sich dadurch aber verbessert.

2. Der starke Rückgang des Ölpreises hat die Importrechnung der Industrieländer um etwa 60 Mrd Dollar entlastet. In Japan und in Westeuropa hat die kräftige Höherbewertung der Währungen gegenüber dem Dollar die Effekte niedrigerer Ölpreise verstärkt. Der Vorteil billigeren Öls ist aber — zumindest vorübergehend — geschmälert worden. Die ölexportierenden Länder haben ihre Nachfrage nach Produkten der Industrieländer eingeschränkt, und die von der Verbilligung Begünstigten haben ihre Nachfrage nicht so rasch und in gleichem Maße ausgeweitet.

Den ölfördernden Industrieländern brachte der niedrige Ölpreis 1986 eine Umsatzeinbuße von etwa 70 Mrd Dollar. Für die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und Norwegen bedeutet der Preisverfall, soweit die Förderung im Inland abgesetzt wird, eine Umverteilung zu Lasten des Ölsektors sowie des Fiskus und zugunsten der Käufer von Öl, also der privaten Haushalte und der Unternehmen. Soweit diese Länder Öl netto exportieren, verlieren sie im ganzen, da sie mehr eigene Güter zur Bezahlung ihrer Importe hergeben müssen.

Auch für die Entwicklungsländer haben sich die Preisrelationen im Außenhandel stark verändert. Begünstigt sind vor allem die Schwellenländer, weil sie Nettoimporteure von Öl sind und weil die Preise ihrer Exporte von Industriewaren gestiegen sind. Die übrigen Entwicklungsländer sind eher benachteiligt, weil sie in der Regel wenig Öl einführen und ihre Einfuhren aus den Industrieländern sich weiter verteuert haben. Die Masse ihrer Exporte besteht aus Rohstoffen, deren Preise kaum höher waren als im Vorjahr. Eindeutige Verlierer sind die OPEC-Länder und ölexportierende Entwicklungsländer.

3. Trotz der Korrektur des Dollarkurses sind die Spannungen in der Weltwirtschaft in diesem Jahr noch nicht geringer geworden. Zu nennen sind vor allem die hohen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Vereinigten Staaten und Japans und die weltweiten protektionistischen Tendenzen. Die Erhaltung eines freien Welthandels, der es den hochverschuldeten Entwicklungsländern erleichtert, ihre Last zu tragen, ist nicht gewährleistet.

Die kräftige Höherbewertung des Yen und der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar hat die Verzerrungen im Leistungsbilanzgefüge in diesem Jahr sogar noch vergrößert. Zum einen reagieren die Handelsströme nur mit Verzögerung auf Wechselkursänderungen, zum anderen hat die Verbilligung des Öls Länder wie Japan und die Bundesrepublik besonders begünstigt, Länder, die schon hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Überdies sind die hohen Leistungsbilanzsalden im Zusammenhang mit fundamentalen Faktoren, die das Sparen und Investieren bestimmen, zu sehen.

4. Die anhaltenden Verzerrungen im internationalen Leistungsbilanzgefüge haben Konflikte in der Handelspolitik verschärft. Das Schreckgespenst eines Handelskrieges geht um. In den Vereinigten Staaten ist wegen des starken Anstiegs der Importe

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt[1)2)]				Inlandsnachfrage[1)3)]				Ausrüstungsinvestitionen[1)]			
	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 2½	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,5	+ 3½	+ 1,3	− 0,5	+ 9,4	+ 5½
Frankreich	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2	+ 2,1	+ 0,7	+ 2,1	+ 3½	+ 2,6	+ 2,0	+ 6,2	+ 7
Großbritannien	+ 1,1	+ 3,0	+ 3,5	+ 2	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,8	+ 3½	+ 1,2	+ 9,1	+ 6,9	+ 2
Italien	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,1	+ 2½	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,2	+ 3	+ 1,4	+ 14,1	+ 10,0	+ 6½
Belgien	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1½	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 2	+ 0,7	+ 9,9	+ 3,6	+ 8½
Niederlande	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 1½	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,3	+ 2½	+ 0,8	+ 8,7	+ 11,5	+ 7
Schweiz	+ 0,5	+ 1,6	+ 4,0	+ 2	+ 0,6	+ 2,1	+ 2,6	+ 3½	+ 0,3	+ 4,3	+ 10,4	+ 9
Österreich	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 2	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 3	+ 1,9	+ 4,6	+ 10,1	+ 5½
Vereinigte Staaten	+ 2,2	+ 6,4	+ 2,7	+ 2½	+ 2,3	+ 8,3	+ 3,4	+ 3½	+ 3,2	+ 20,1	+ 10,1	+ 4½
Japan	+ 3,7	+ 5,1	+ 4,5	+ 2½	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,6	+ 4	+ 4,2	+ 13,9	+ 11,4	+ 5
Kanada	+ 3,2	+ 5,5	+ 4,0	+ 3	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,6	+ 3½	+ 6,0	+ 5,2	+ 2,9	+ 2½

Land	Ausfuhr[1)4)]				Arbeitslosigkeit[5)]				Verbraucherpreise[6)]			
	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,6	+ 8,2	+ 7,2	0	4,2	8,5	8,6	8½	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,0	− ½
Frankreich	+ 5,2	+ 7,2	+ 2,4	+ ½	5,8	9,7	10,1	10½	+ 10,6	+ 7,2	+ 5,5	+ 2½
Großbritannien	+ 3,1	+ 7,2	+ 6,2	+ ½	7,2	12,8	13,0	13½	+ 12,7	+ 4,8	+ 5,2	+ 4
Italien	+ 5,7	+ 6,5	+ 8,2	+ 4	7,5	10,2	10,5	11	+ 16,8	+ 11,1	+ 9,4	+ 6½
Belgien	+ 4,6	+ 4,5	+ 3,2	+ 3½	8,4	14,0	13,2	12½	+ 7,6	+ 6,1	+ 5,0	+ 1½
Niederlande	+ 2,8	+ 7,2	+ 4,6	+ 2	7,1	14,0	13,0	12½	+ 6,2	+ 2,5	+ 2,6	0
Schweiz	+ 2,9	+ 6,1	+ 8,3	+ 3	0,4	1,1	1,0	1	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,6	+ 1
Österreich	+ 5,3	+ 3,5	+ 10,4	+ ½	2,3	3,8	3,6	4	+ 6,1	+ 5,8	+ 3,4	+ 1½
Vereinigte Staaten	+ 4,0	+ 6,2	− 2,0	+ 2	7,2	7,4	7,1	7	+ 7,3	+ 3,8	+ 3,5	+ 2½
Japan	+ 10,1	+ 17,5	+ 5,9	− 5½	2,1	2,7	2,6	3	+ 6,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 1
Kanada	+ 4,4	+ 19,5	+ 5,8	+ 2½	8,1	11,2	10,4	10	+ 9,0	+ 4,4	+ 4,1	+ 4

Land	Leistungsbilanz[7)]				Staatsquote[8)]				Staatsdefizit[9)]			
	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]	1973–1984[a)]	1984	1985	1986[10)]
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,1	+ 4	47,3	47,8	47,1	46	− 2,6	− 1,9	− 1,1	− 1
Frankreich	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ ½	46,0	52,8	52,3	52	− 1,2	− 2,9	− 2,6	− 3
Großbritannien	− 0,0	+ 0,5	+ 0,9	0	45,2	45,6	44,3	44	− 3,6	− 3,9	− 2,6	− 3
Italien	− 0,9	− 0,8	− 1,1	+ 1	46,8	56,6	57,5	56½	− 10,1	− 13,0	− 14,0	− 13
Belgien	− 0,9	− 0,0	+ 1,0	+ 2	48,8	58,5	56,7	55	− 7,6	− 10,2	− 10,1	− 9½
Niederlande	+ 1,7	+ 4,1	+ 4,3	+ 4	55,5	60,5	59,8	59½	− 3,4	− 6,4	− 5,2	− 5½
Schweiz	+ 3,4	+ 3,9	+ 4,9	+ 6	27,9	29,6	29,4	29½	− 0,6	− 0,6	− 0,5	− ½
Österreich	− 1,3	− 0,3	− 0,0	0	47,7	50,5	50,5	51	− 2,0	− 2,0	− 2,1	− 2½
Vereinigte Staaten	− 0,3	− 2,8	− 3,0	− 3½	34,0	33,8	35,1	35½	− 1,6	− 2,7	− 3,4	− 3½
Japan	+ 0,6	+ 2,8	+ 3,7	+ 4	30,0	33,1	32,5	33	− 3,1	− 2,2	− 1,4	− 1½
Kanada	− 1,0	+ 0,8	− 0,1	− 2	41,4	46,7	46,7	46	− 2,6	− 6,6	− 6,6	− 5½

[1)] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[2)] Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan, Kanada.
[3)] Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung.
[4)] Waren und Dienstleistungen.
[5)] Arbeitslosenquoten. Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition des ILO) an den gesamten Erwerbspersonen.
[6)] Deflator des privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[7)] Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[8)] Staatsausgaben vermindert um empfangene Vermögensübertragungen; für die Schweiz und Vereinigte Staaten: laufende Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[9)] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[10)] Eigene Schätzung.
[a)] Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: OECD; für Bundesrepublik: Nationale Veröffentlichungen

und einer über Jahre rückläufigen Ausfuhr der politische Druck, die ausländischen Anbieter zurückzudrängen, besonders stark. Der Präsident hat zwar bislang weitgehende protektionistische Vorstöße des Kongresses abgewendet, er sah sich aber gezwungen, der Einführung einer befristeten Importabgabe zuzustimmen, und hat mehrfach dem Drängen auf bilaterale Vereinbarungen nachgegeben. Die Übereinkunft mit Japan über den Handel mit Halbleitern ist hierfür ein Beispiel. Der auf der GATT-Konferenz in Uruguay erklärten Absicht, eine neue Welthandelsrunde mit hochgesteckten Zielen einzuleiten, steht entgegen, daß die von Amerika ausgehenden protektionistischen Gefahren stärker geworden sind. Die Vereinigten Staaten, auf deren Initiative eine liberale Welthandelsordnung geschaffen wurde, sind kein Garant mehr für einen freien Welthandel.

5. Die Lage der hochverschuldeten Länder Lateinamerikas hat sich 1986 durch den Rückgang der Zinsen und durch die Verbilligung des Öls geringfügig verbessert. Für Mexiko jedoch, den mit einer Auslandsschuld von 100 Mrd Dollar größten Schuldner, hat sich die Situation erneut zugespitzt. Die Exporteinnahmen stammen überwiegend aus dem Verkauf von Öl. Allein dadurch ergaben sich in diesem Jahr Mindereinnahmen von schätzungsweise 7 Mrd Dollar. Auch für Venezuela und Ecuador hat der Ölpreisrückgang erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Der Weg, für einzelne Länder über mehrjährige Umschuldungsvereinbarungen die anstehenden Finanzierungsschwierigkeiten zu überwinden, hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Peru jedenfalls hat mit seiner einseitigen Begrenzung der Zinszahlungen kaum Widerhall gefunden. Die Forderung, die Zinslast zu verringern, wird aber immer drängender vorgetragen. Zum Teil konnte mit den Banken eine Verbesserung der Konditionen ausgehandelt werden. In Mexiko sollen die Zinsverpflichtungen an die Entwicklung des Ölpreises gebunden werden, was den Banken in den Vereinigten Staaten wegen der dortigen Bilanzierungsvorschriften Probleme bereiten könnte.

Im Kern ist die Schuldenkrise immer noch ungelöst, entscheidende Verbesserungen sind nicht absehbar. Die Erfahrung in den hochverschuldeten Ländern nach 1982 hat gezeigt, daß mit drastischer Einfuhrdrosselung, die überwiegend zu Lasten der Investitionen geht, und ohne neue Kredite eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung und damit die Voraussetzung für eine Verringerung der Schuldenlast nicht erreicht werden kann. Heute sind Zinszahlungen und Schulden im Verhältnis zu den Exporterlösen noch immer bedrohlich hoch. Diese Relationen liegen zum Teil über den Werten zu Beginn der achtziger Jahre. Der Plan des amerikanischen Finanzministers vom Herbst 1985 hat dem Rechnung getragen (Baker-Plan). Es wurde anerkannt, daß die hochverschuldeten Länder ihre Krise nur durch höheres Wachstum, strukturelle Reformen und den Zufluß neuer Mittel aus dem Ausland bewältigen können. Es bedarf neuer Anstrengungen der Schuldnerländer und der Industrieländer, diese Anregungen in die Tat umzusetzen.

II. Vereinigte Staaten: Vor der Korrektur

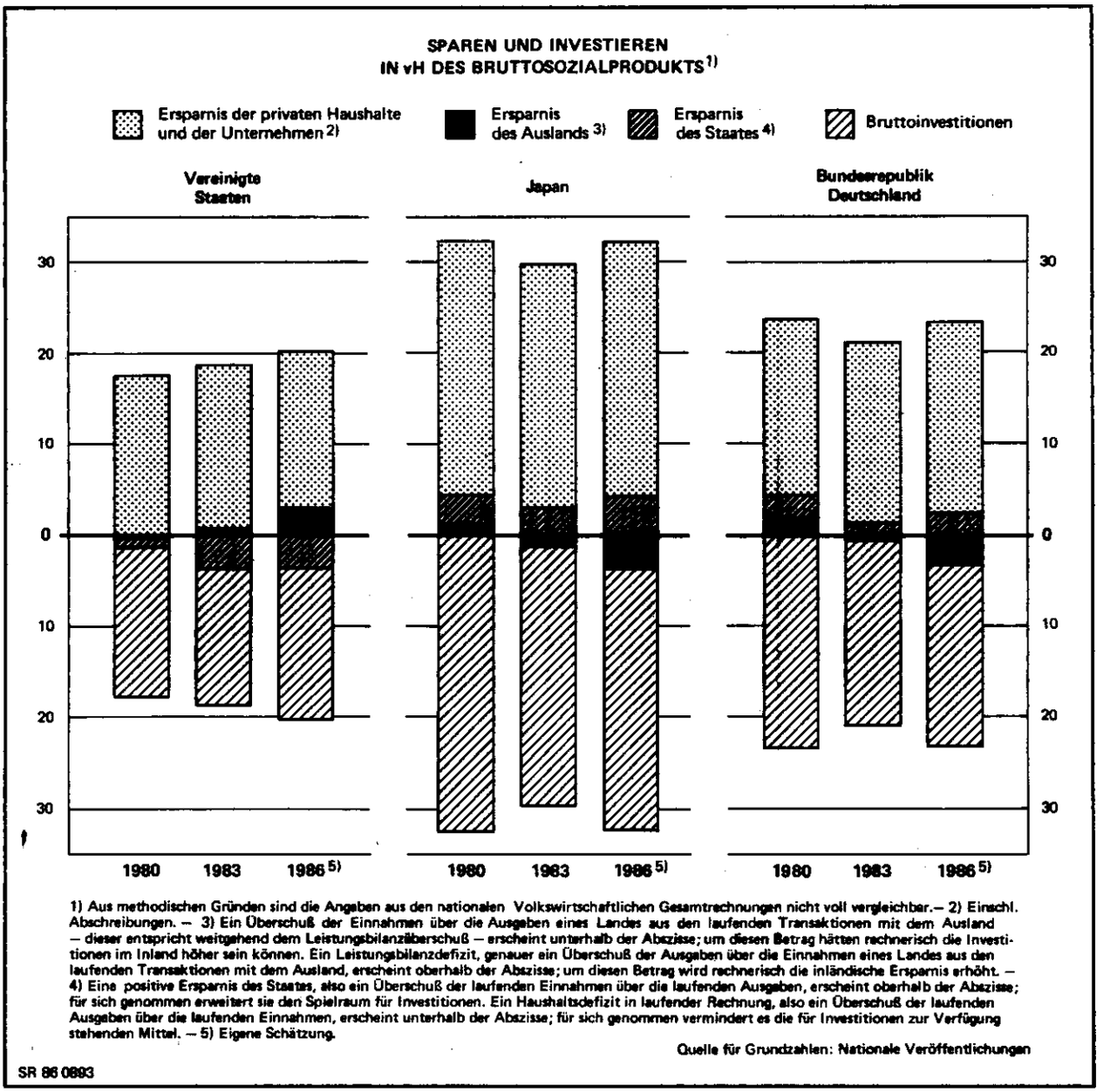
6. Der Fall des Dollar vollzog sich rasch. Es war nicht für möglich gehalten worden, daß sich eine solche Entwicklung ohne eine Flucht aus dem Dollar und ohne eine krisenhafte Zuspitzung auf den Finanzmärkten vollziehen könnte. Die rasche Korrektur war für die Vereinigten Staaten hilfreich, weil die lange Phase der Überbewertung die im internationalen Wettbewerb stehenden amerikanischen Unternehmen stark behindert hatte. Die Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf inländischen und ausländischen Märkten hat aber bis zum Herbst 1986 noch nicht zu einer stärkeren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion geführt, und dies, obwohl zugleich die Zinsen zurückgingen. Das Sozialprodukt nahm weiterhin mit dem seit Mitte 1984 zu beobachtenden Tempo von 2½ vH zu.

7. Mit der niedrigeren Bewertung des Dollar ist nur eine Voraussetzung für den Abbau des hohen Defizits in der amerikanischen Leistungsbilanz erfüllt; dies kann nicht allein von einer Änderung der Wechselkurse erwartet werden. Das Hauptproblem besteht fort: die hohe Beanspruchung der Ersparnis durch den Staat. Die Ersparnis von Haushalten und Unternehmen in den Vereinigten Staaten entsprach 1986 zwar dem Betrage nach den privaten Investitionen; die private Ersparnis hätte aber erheblich höher sein müssen, um auch die Kapitalnachfrage des Staates befriedigen zu können (Schaubild 1). So konnten Investitionen und Staatsausgaben in dieser Höhe nur dadurch aufrechterhalten werden, daß ausländische Ersparnis in Anspruch genommen wurde; Spiegelbild dessen ist das Defizit in der Leistungsbilanz. Die Lösung, die von der amerikanischen Regierung angestrebt wird, führt über eine verminderte Beanspruchung der Ersparnis durch den Staat. In diesem Jahr war das Defizit im Bundeshaushalt allerdings noch einmal höher als im Vorjahr; die Korrektur steht noch aus.

Vorstellbar ist der Weg über einen weiteren Fall des Dollarkurses: Vermehrte Exporte und Importsubstitution könnten die Leistungsbilanz ausgleichen, das Sozialprodukt steigern, die inländische Ersparnis erhöhen und das öffentliche Defizit über höhere Einnahmen vermindern. Wahrscheinlich würde diese Lösung über die Verteuerung des Imports zu steigenden Inflationsraten führen. Das Risiko, daß der Dollar bei schwindendem Stabilitätsvertrauen stark unterbewertet würde, wäre groß. Ein solcher Weg steht einem Land mit der bedeutendsten internationalen Anlage- und Reservewährung wegen des damit verbundenen Schadens für die Weltwirtschaft nicht offen.

8. Zum Fall des Dollarkurses hat — neben internationalen Unterschieden in der Stabilitätspolitik — vor allem die geänderte Einschätzung an den Devisenmärkten hinsichtlich der Fähigkeit der Vereinigten Staaten beigetragen, wirtschaftliches Wachstum bei hohen Defiziten im Bundeshaushalt und in der Leistungsbilanz aufrechterhalten zu können. In der ersten Phase des Aufschwungs über-

Schaubild 1



1) Aus methodischen Gründen sind die Angaben aus den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht voll vergleichbar. – 2) Einschl. Abschreibungen. – 3) Ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben eines Landes aus den laufenden Transaktionen mit dem Ausland – dieser entspricht weitgehend dem Leistungsbilanzüberschuß – erscheint unterhalb der Abszisse; um diesen Betrag hätten rechnerisch die Investitionen im Inland höher sein können. Ein Leistungsbilanzdefizit, genauer ein Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen eines Landes aus den laufenden Transaktionen mit dem Ausland, erscheint oberhalb der Abszisse; um diesen Betrag wird rechnerisch die inländische Ersparnis erhöht. – 4) Eine positive Ersparnis des Staates, also ein Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben, erscheint oberhalb der Abszisse; für sich genommen erweitert sie den Spielraum für Investitionen. Ein Haushaltsdefizit in laufender Rechnung, also ein Überschuß der laufenden Ausgaben über die laufenden Einnahmen, erscheint unterhalb der Abszisse; für sich genommen vermindert es die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel. – 5) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Nationale Veröffentlichungen

SR 86 0893

wog die Einschätzung, die hohen Zinsen, Folge hoher Staatsdefizite bei stabilitätsorientierter Geldpolitik, und ein hoher Dollarkurs könnten der Konjunktur nichts anhaben; manchen galten sie gar als Ausdruck hoher Wirtschaftskraft. Im vergangenen Jahr brachten die rückläufige Ausfuhr und die rasant steigende Einfuhr bei abgeschwächter Zunahme der Inlandsnachfrage amerikanische Anbieter zunehmend in Bedrängnis. Bei hohen und noch steigenden Haushaltsdefiziten wurde von einer expansiven Geldpolitik Abhilfe erwartet. Tatsächlich sind die Zinsen beträchtlich gesunken, das Ausbleiben einer Inflationsbeschleunigung — zunächst aufgrund des hohen Dollarkurses, danach infolge fallender Rohstoffpreise — hat dies ermöglicht. Die spekulativen Übersteigerungen des Dollarkurses bis zum Frühjahr 1985 korrigierten sich rasch. Die Vereinbarung der fünf großen Industrieländer im Herbst vergangenen Jahres, gegebenenfalls mit konzertierten Interventionen die Korrektur des Dollarkurses zu unterstützen, trug dazu bei.

In diesem Jahr haben noch höhere Defizite in der Leistungsbilanz Anlaß für Erwartungen einer weiteren Korrektur der Wechselkurse gegeben. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht hat am Devisenmarkt mehr Beachtung gefunden, ebenso eine vielfach als unbefriedigend eingeschätzte konjunkturelle Lage und Sorgen um deren weitere Entwicklung im Zusammenhang mit der angekündigten Haushaltskonsolidierung. Zeitweise haben auch offizielle Äußerungen über die Notwendigkeit eines weiteren Rückgangs des Dollarkurses für den Fall, daß Europa und Japan sich nicht zu einer expansiven Wirtschaftspolitik entschließen, zu Irritationen an den Devisenmärkten geführt.

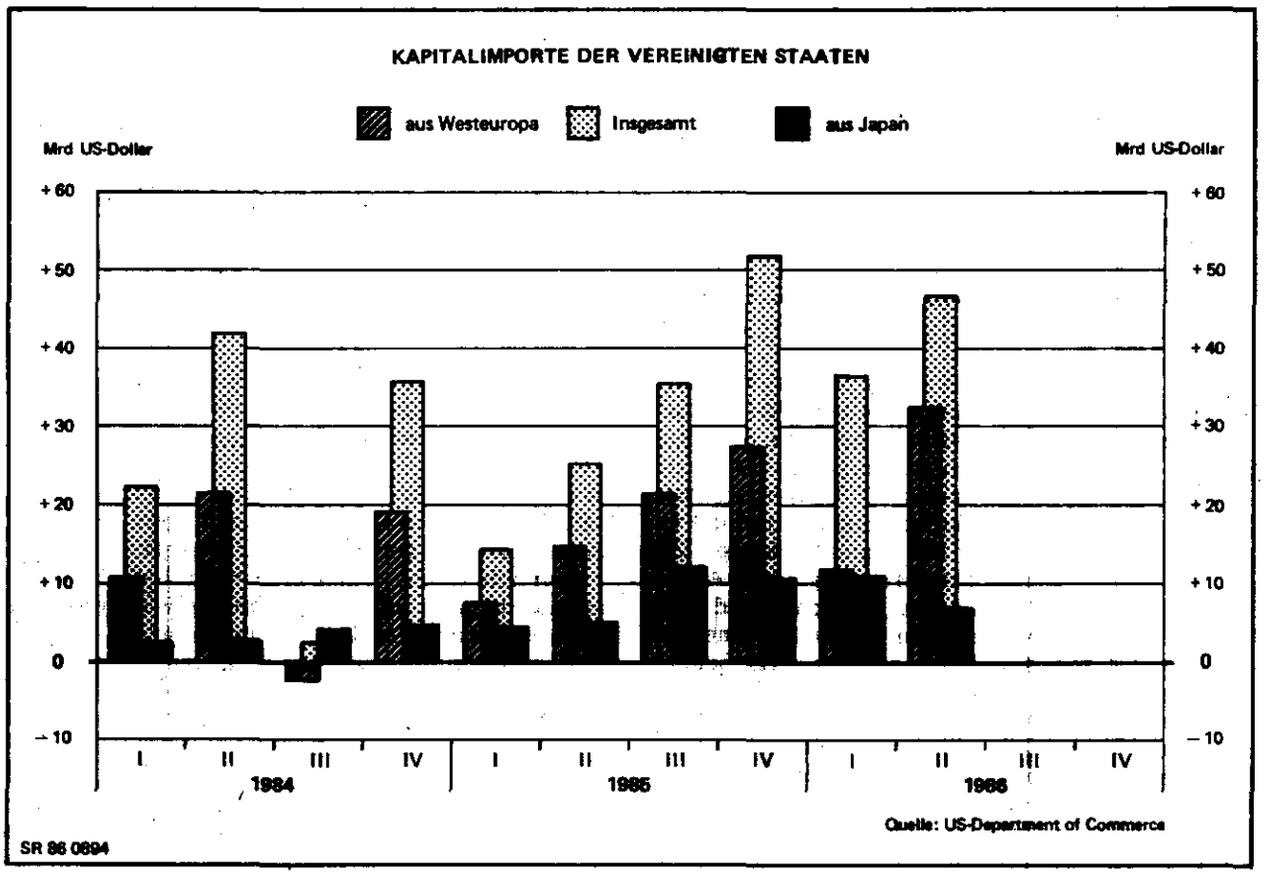
9. Trotz des fallenden Dollarkurses und sinkender Zinsen beziehungsweise einer verringerten Zinsdifferenz zu anderen Anlagewährungen hat die Bereitschaft des Auslandes, Dollarforderungen zu erwerben, angehalten. Japan und die westeuropäischen Länder haben ihre Kapitalexporte nach den Vereinigten Staaten aufrechterhalten und zum Teil beträchtlich ausgeweitet (Schaubild 2). Japanischen Versicherungen und Pensionsfonds kam es entgegen, daß sie aufgrund veränderter Vorschriften einen höheren Anteil ausländischer Papiere in ihren Portefeuilles halten dürfen. Auch andere institutionelle Hemmnisse für den Erwerb von amerikanischen Wertpapieren, wie die Besteuerung der Zinserträge und die Registrierung der Erwerber, sind abgebaut worden. Solche Veränderungen von Regelungen können jedoch nur einen einmaligen Anstieg des Ankaufs amerikanischer Wertpapiere erklären. Bei dem im zweiten Halbjahr 1986 erreichten Dollarkurs mag auch eine Rolle gespielt haben, daß eine weitere Höherbewertung des Yen und der europäischen Währungen weniger wahrscheinlich geworden ist, so daß die Kapitalströme wieder verstärkt den Zinsdifferenzen folgten, also Dollaranlagen bevorzugt wurden.

10. Die Zinsen in den Vereinigten Staaten sind vom Herbst vergangenen Jahres an noch einmal kräftig gesunken. Der Zins für langfristige Staatspapiere lag zuletzt bei 7½ %, das sind 5½ Prozentpunkte weniger als Mitte 1984 beziehungsweise drei Prozentpunkte weniger als im Herbst 1985.

Die Fortführung der expansiven Geldpolitik erklärt die Zinssenkung seit Herbst 1985 nur zu einem Teil. Die kurzfristigen Zinsen blieben bis zur Senkung des Diskontsatzes Anfang März 1986 weitgehend unverändert, die langfristigen Zinsen waren bis dahin aber schon um 1½ Prozentpunkte gefallen. Wichtig für den Rückgang der langfristigen Zinsen in der ersten Jahreshälfte 1986 war die Stabilisierung der Verbraucherpreise im Zuge der Ölpreissenkung. Die für Amerika ungewöhnliche Erfahrung, daß das Preisniveau zeitweilig sogar sinken kann, und die Tatsache, daß es im Herbst nur ½ vH höher lag als zu Jahresbeginn 1986, könnten zu einer raschen Anpassung der Inflationserwartungen nach unten geführt haben. Ohne die anhaltend hohe Bereitschaft des Auslandes, Dollarpapiere zu erwerben, wäre der Zinsrückgang allerdings nicht möglich gewesen. Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß das Gesetz zum Abbau des Haushaltsdefizits die Erwartungen günstig beeinflußt hat.

Es spricht einiges dafür, daß die Geldpolitik im Sommer an die Grenze der Möglichkeiten gestoßen war, die langfristigen Zinsen zu senken. Zwei weitere Ermäßigungen des Diskontsatzes haben kaum noch auf die Zinsen am langen Ende durchgeschlagen. Im Zusammenhang mit dem starken Wertver-

Schaubild 2



lust des Dollar und der schon über längere Zeit expansiven Geldpolitik gab es erste Hinweise auf erneuerte Inflationserwartungen.

11. Der private Verbrauch und der Wohnungsbau haben 1986 den Aufschwung in den Vereinigten Staaten getragen. Ein anhaltender Beschäftigungsanstieg, die starke Verlangsamung des Preisauftriebs auf der Verbraucherstufe sowie niedrigere Zinsen haben dies ermöglicht. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen haben im ganzen abgenommen, und die Ausweitung des Staatsverbrauchs hat sich im Vergleich zu 1985 stark abgeschwächt. Der Rückgang der Unternehmensinvestitionen hängt zum einen mit der Verringerung der gewerblichen Bauinvestitionen zusammen, ein anderer Grund ist der Einbruch der Investitionen im Ölsektor. Auch in anderen Branchen sind die Ausrüstungsinvestitionen zu Jahresbeginn zurückgegangen; wegen der zu erwartenden Steuerreform waren Investitionen Ende 1985 vorgezogen worden. Von der Auslandsnachfrage gingen in diesem Jahr noch keine Impulse aus, vielmehr kam abermals ein beachtlicher Teil der zusätzlichen Inlandsnachfrage ausländischen Anbietern zugute.

Die insgesamt befriedigende konjunkturelle Lage in den Vereinigten Staaten verdeckt die Spaltung der Konjunktur zwischen dem vom internationalen Wettbewerb bedrängten industriellen Sektor und den kräftig expandierenden Dienstleistungsbereichen. Die Industrieproduktion hat sich im Verlauf des Jahres 1986 zunächst abgeschwächt und nach der Jahresmitte leicht erholt; sie lag im Oktober knapp 1½ vH über dem Vorjahresniveau. Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten war im Herbst 2 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr. Die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ist seit Jahresbeginn leicht rückläufig. Die Anzahl der im Dienstleistungsbereich und in der Bauwirtschaft Beschäftigten hat demgegenüber weiter zugenommen; insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten dadurch im Jahresverlauf noch einmal um 2½ Millionen gestiegen.

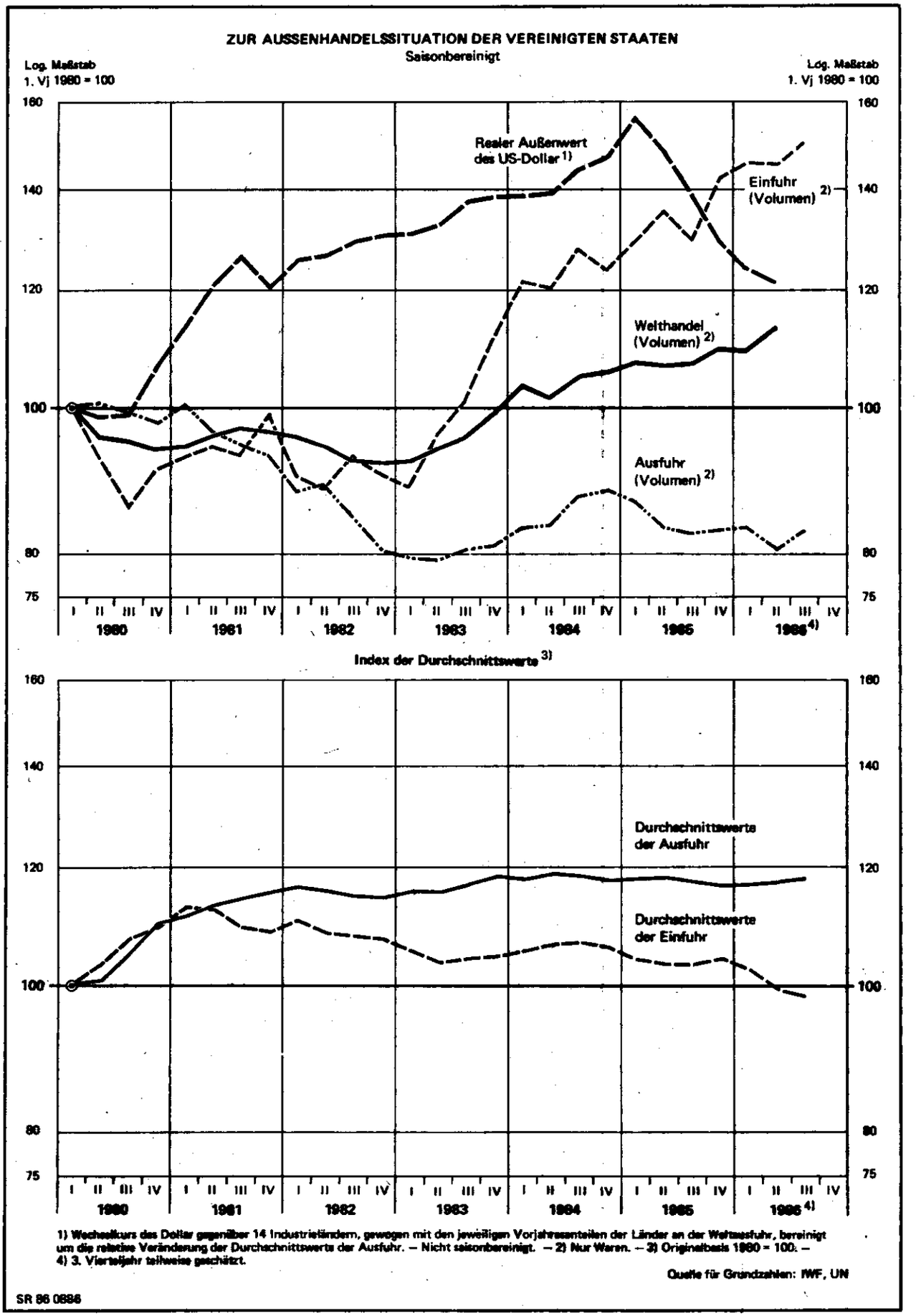
12. Im Außenhandel der Vereinigten Staaten hat sich die starke Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bisher kaum niedergeschlagen. Allerdings haben Sonderfaktoren verdeckt, daß die Anpassung im Gange ist. Die Warenausfuhr hat dem Volumen nach deutlich stärker zugenommen als 1985. Hierbei spielten aber umfangreiche Lieferungen von Gold nach Japan eine Rolle; ohne diese war der Anstieg der Ausfuhr noch schwach. Das Einfuhrvolumen hat sehr stark zugenommen, allein die Lieferungen von Öl sind um ein Fünftel gestiegen; auch ohne Öl gerechnet betrug die Zunahme noch gut ein Zehntel (Schaubild 3). Die schwache Reaktion der Einfuhr auf die niedrigere Bewertung des Dollar erklärt sich zum einen damit, daß die Dollarpreise eingeführter Waren bislang nur wenig gestiegen sind. Selbst ohne Öl gerechnet waren die Importe im Jahresdurchschnitt nur um etwa 3 vH teurer als 1985 und auch gegen Jahresende 1986 nicht viel mehr. Die ausländischen Produzenten und die Importeure haben ihre Gewinnmargen verringert, und zum Teil konnten die Firmen aufgrund von Kurssicherungen bis weit in das Jahr hinein mit für sie günstigen Wechselkursen rechnen. Zum anderen dürfte auch von Bedeutung gewesen sein, daß die Handelsströme, selbst wenn sich die Preise stärker verändern, erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung auf Veränderungen der Wechselkurse reagieren. Wenn — wie in diesem Fall — die hohe Bewertung der Währung sogar über mehrere Jahre angehalten hat, ist der Zeitbedarf für die Anpassung höher, weil es ausländischen Anbietern in dieser Zeit gelungen ist, sich fest im amerikanischen Markt zu etablieren und ihre Position auf Drittmärkten zu Lasten amerikanischer Konkurrenten auszubauen. In einigen Branchen sind Investitionen unterblieben, und die Produktion einzelner Güter ist ganz aufgegeben worden.

So ergab sich 1986 eine Zunahme der Wareneinfuhr, die sehr viel höher ausfiel als die der Ausfuhr. Das Defizit in der Handelsbilanz hat um 20 Mrd Dollar zugenommen und belief sich auf 145 Mrd Dollar. Die Leistungsbilanz wies einen Fehlbetrag von etwa 140 Mrd Dollar auf.

13. Bei der Frage, wann und in welchem Ausmaß der Außenhandel der Vereinigten Staaten stärker auf die niedrigere Bewertung des Dollar reagiert, ist zu berücksichtigen, daß der Dollarkurs hauptsächlich gegenüber dem japanischen Yen und den europäischen Währungen gefallen ist. Im vergangenen Jahr kamen nur zwei Fünftel der Wareneinfuhr aus Japan und Westeuropa. Nicht oder in sehr viel geringerem Ausmaß wurde der Dollar dagegen gegenüber dem kanadischen Dollar und den Währungen der Schwellenländer in Südamerika und in Südostasien niedriger bewertet. Der gewogene Außenwert, der in den meisten Rechnungen nur Währungen von Industrieländern berücksichtigt, überzeichnet daher die Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit.

In einer Phase starker Verschiebungen in den Kursrelationen können Unterschiede in der Vorgehensweise bei der Ermittlung gewogener Außenwerte, vor allem die Wahl des Wägungsschemas und die Zahl der einbezogenen Währungen, zu großen Unterschieden in den Ergebnissen führen. In den Vereinigten Staaten sind von verschiedenen Stellen Berechnungen für den gewogenen Außenwert des Dollar angestellt worden, die das in den achtziger Jahren stark gestiegene Gewicht der Entwicklungsländer im amerikanischen Außenhandel berücksichtigen. Solche Rechnungen liegen bisher nur für den nominalen Außenwert vor. Sie weisen im Vergleich zu den üblicherweise verwendeten Rechnungen, die nur Währungen von Industrieländern berücksichtigen, zwar eine ähnlich starke Höherbewertung für die Zeit von 1980 bis zum Frühjahr 1985 aus, aber einen sehr viel geringeren Rückgang des Außenwertes danach. Die geringe Korrektur ist durch die anhaltende nominale Höherbewertung des Dollar gegenüber den Währungen Lateinamerikas bedingt. Aufgrund der dort sehr hohen Inflation kann eine starke Höherbewertung des Dollar aber mit einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter verbunden sein, solange nämlich das Ausmaß der Höherbewertung hinter der Inflationsrate zurückbleibt. Dieses Argument gilt nicht gegenüber den Schwellenländern in Südostasien, deren Gewicht im amerikanischen Außenhandel dem Japans vergleichbar ist. Bezieht man nur diese Ländergruppe zusätzlich zu den Industrieländern in

Schaubild 3



1) Wechselkurs des Dollar gegenüber 14 Industrieländern, gewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr, bereinigt um die relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr. – Nicht saisonbereinigt. – 2) Nur Waren. – 3) Originalbasis 1980 = 100. – 4) 3. Vierteljahr teilweise geschätzt.

Quelle für Grundzahlen: IWF, UN

SR 86 0886

die Berechnung ein, so ergibt sich, daß die Höherbewertung des Dollar zwischen 1980 und dem Frühjahr 1985 bis heute etwa um die Hälfte zurückgegangen ist.

14. Das hohe Defizit im Warenhandel, die bislang schwache Reaktion der Ausfuhr auf die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowie eine abnehmende Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und zahlreiche Betriebsschließungen haben zu Befürchtungen Anlaß gegeben, der hohe Dollarkurs in der ersten Hälfte der achtziger Jahre habe in den Vereinigten Staaten eine Deindustrialisierung in Gang gesetzt. Träfe dies zu, wäre selbst bei verringertem Haushaltsdefizit und einer ausreichenden Korrektur des Dollarkurses nicht mit einem weitgehenden Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in den nächsten zwei oder drei Jahren zu rechnen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die Sorge, es sei die Überbewertung des Dollar, die zu einer Erosion der Exportbasis geführt habe, freilich kaum zu begründen. Zwar haben einige Branchen im verarbeitenden Gewerbe erhebliche Probleme, diese dürften überwiegend aber durch die scharfe Höherbewertung des Dollar bis Anfang 1985 nur verstärkt, nicht verursacht worden sein.

Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe lag im Herbst 1986 um 25 vH höher als im konjunkturellen Tief 1982 und 15 vH höher als 1979, auf dem Höhepunkt des letzten Aufschwungs. Dies ist sowohl verglichen mit dem Aufschwung in den Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, der mit einem Fall des Dollarkurses einherging, als auch verglichen mit der Entwicklung in Europa seit 1983, wo aufgrund der Exporterfolge und zum Teil hoher Handelsbilanzüberschüsse von Deindustrialisierung keine Rede ist, eine stärkere Zunahme. Trotz Vordringens von Importen und starker Ausweitung der Dienstleistungen ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Produktion heute nicht geringer als 1979.

Nicht so günstig sieht das Bild bei der Beschäftigung aus. Hier sind allerdings ein stärkerer Produktivitätsfortschritt im verarbeitenden Gewerbe als im Dienstleistungssektor und die dort größere Bedeutung der Teilzeitarbeit zu berücksichtigen. Die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe lag im Herbst 1986 um 250 000 oder 1½ vH höher als 1982, aber um 2 Millionen oder 9½ vH niedriger als am Ende des letzten Aufschwungs im Jahre 1979. Der Rückgang des Anteils des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigung, der seit langem zu beobachten ist, war zwar in der ersten Hälfte der achtziger Jahre stärker; dies ist aber der kräftigen Ausweitung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zuzuschreiben. Die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe hat außerdem kräftiger zugenommen als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Dies dürfte auch mit dem verschärften Wettbewerb von außen zu erklären sein. Ein Beschäftigungsrückgang signalisiert insoweit nicht Deindustrialisierung. Die hohen Produktivitätszuwächse deuten eher auf verstärkte Wettbewerbsfähigkeit hin. Die Investitionstätigkeit im ganzen stützt ebenfalls nicht die These von der Deindustrialisierung.

Diesem anhand von gesamtwirtschaftlichen Indikatoren gewonnenen Urteil steht nicht entgegen, daß es in einzelnen Branchen starke Produktionseinschränkungen, einen erheblichen Beschäftigungsabbau und zahlreiche Betriebsschließungen gegeben hat. In den meisten dieser Branchen haben sowohl die Produktion als auch die Beschäftigung seit Beginn der siebziger Jahre im Trend abgenommen. Die Höherbewertung des Dollar zwischen 1980 und dem Frühjahr 1985 hat den Anpassungsdruck verstärkt. Etwas anders liegen die Dinge beispielsweise in einigen Bereichen des Maschinenbaus: Diese gelten nicht als Verlierer im Strukturwandel, haben aber den Einbruch in der Produktion von 1982 noch nicht wieder wettgemacht.

15. In der Finanzpolitik sind 1986 Konsolidierungsbemühungen noch nicht wirksam geworden. Das Defizit im Bundeshaushalt lag im Haushaltsjahr 1986 mit 221 Mrd Dollar 8 Mrd Dollar höher als im Haushaltsjahr 1985 und 44 Mrd Dollar über dem im Gesetz zum Abbau des Haushaltsdefizits (Balanced Budget and Emergency Deficit Control Act of 1985) vorgesehenen Betrag. Für das erste Jahr der Gültigkeit dieses Gesetzes war ein Höchstbetrag für die Kürzungen festgesetzt worden. Außerdem sind die Einnahmen geringer ausgefallen als im Haushalt unterstellt. Das Verfassungsgericht hat das Verfahren zur Festlegung der Kürzungen im Bundeshaushalt für den Fall, daß eine Überschreitung der vorgegebenen Höchstgrenzen für das Defizit droht, für verfassungswidrig erklärt, das Gesetz bleibt im übrigen aber in Kraft. Nun muß der Kongreß gegebenenfalls Kürzungen beschließen, oder es muß ein neues Verfahren gefunden werden.

Die Budgetbüros des Präsidenten und des Kongresses haben im Sommer dieses Jahres für das Haushaltsjahr 1987 das Defizit auf 163 Mrd Dollar geschätzt. Aufgrund des Gesetzes zum Abbau des Defizits mußten daraufhin Ausgabenkürzungen oder Einnahmenverbesserungen im Bundeshaushalt von etwa 10 Mrd Dollar vorgenommen werden, damit das Defizit den Höchstbetrag für 1987 von 144 Mrd Dollar um nicht mehr als 10 Mrd Dollar übersteigt. Die getroffenen Maßnahmen können überwiegend nicht als Konsolidierungsschritte gewertet werden, weil sie nur zu einmaligen Mehreinnahmen führen; die vorgesehene Veräußerung von Bundesvermögen ist ein Beispiel hierfür. Zu den Maßnahmen zählt auch die Einführung einer zeitlich befristeten, allgemeinen Importabgabe. Der Hebesatz beträgt vom Dezember 1986 an 0,22 vH und für das nächste Haushaltsjahr 0,17 vH. Für 1987 wird ein Aufkommen von ½ Mrd Dollar erwartet. Die Importabgabe ist damit für die anstehende Konsolidierungsaufgabe unbedeutend. Alles in allem wird damit gerechnet, daß das Defizit, insbesondere wegen zu optimistischer Wachstumseinschätzung 1987 um 45 Mrd Dollar geringer ausfällt als im Haushaltsjahr 1986. Da Konsolidierungsmaßnahmen noch nicht ergriffen wurden, dürfte es entsprechend schwieriger werden, die im Gesetz vorgesehene Höchstgrenze für das Defizit für 1988 von 108 Mrd Dollar einzuhalten, zumal in dem Jahr Mindereinnahmen aus der Steuerreform erwartet werden,

während für das Jahr 1987 mit Mehreinnahmen von etwa 10 Mrd Dollar gerechnet wird.

16. Im Herbst 1986 ist in den Vereinigten Staaten eine Reform der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer beschlossen worden, an die sehr hohe Erwartungen geknüpft sind. Die Besteuerung soll nach den neuen Regelungen gerechter, einfacher und wachstumsfreundlicher sein. Die Grundidee bei der Reform der Einkommensteuer ist, steuerliche Abzugsmöglichkeiten zu beschränken und dadurch die Bemessungsgrundlage zu verbreitern und im Gegenzug die Steuersätze zu senken. Die Sätze der Körperschaftsteuer werden ebenfalls stark herabgesetzt, dafür werden aber die Steuergutschriften für Investitionen (Investment Tax Credit) gestrichen und die Abschreibungsregeln verschärft. Auf mittlere Sicht soll die Reform das Steueraufkommen nicht vermindern; die Steuerlast wird aber zugunsten der privaten Haushalte und zulasten der Unternehmen umverteilt.

17. Bei der Einkommensteuer des Bundes ist im einzelnen vorgesehen:

— Von 1988 an gelten zwei Steuersätze von 15 vH und 28 vH an Stelle von bisher 14 Steuerstufen mit Sätzen von 11 vH bis 50 vH. Bei höheren Einkommen werden unter anderem Freibeträge gekürzt. Deshalb erreicht hier die Grenzsteuerbelastung teilweise Sätze von bis zu 33 vH. Bei sehr hohen Einkommen sinkt sie auf 28 vH ab. Für das Jahr 1987 gelten Steuersätze, die zwischen den alten und den neuen Sätzen liegen.

— Die Freibeträge werden in Stufen 1988 und 1989 beträchtlich heraufgesetzt und zum Teil von 1990 an gemäß der Inflationsrate erhöht.

— Für Kapitalgewinne gelten die gleichen Steuersätze wie bei der Besteuerung von Einkommen.

— Die Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen wird eingeschränkt. Sie gilt nur noch für Hypothekenzinsen auf die erste und die zweite Wohnung; Zinsen für Konsumentenkredite sind nicht mehr abzugsfähig.

— Verluste bei bestimmten Einkunftsarten, etwa aus Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften, können nicht mehr mit anderen Einkünften verrechnet werden.

— Die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für die Altersvorsorge (Individual Retirement Account) bleibt nur für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen erhalten.

Die wichtigsten Änderungen in der Unternehmensbesteuerung sind:

— Der Höchstsatz in der Körperschaftsteuer wird ab 1987 von bisher 46 vH auf 34 vH herabgesetzt.

— Die Steuergutschrift für Ausrüstungsgüter von bis zu 10 vH des Investitionsbetrages entfällt vom Beginn des Jahres 1986 an.

— Die Abschreibungsfristen werden verlängert und betragen von 1987 an drei Jahre bis 31½ Jahre, statt bisher drei Jahre bis 19 Jahre.

— Die Bestimmungen für die Mindestbesteuerung werden erheblich verschärft.

— Die Möglichkeit, vor allem für Banken, Vorsorge für unsichere Forderungen zu treffen und dies steuermindernd geltend zu machen, wird stark eingeschränkt.

18. Bei der Einkommensteuer überwiegt der steuermindernde Effekt aus der Verringerung der Steuersätze und aus der Anhebung der Freibeträge den steuererhöhenden Effekt einer Ausweitung der Bemessungsgrundlage. Insgesamt wird hiervon ein Einnahmenausfall in Höhe von 120 Mrd Dollar im Laufe der nächsten fünf Jahre erwartet; im Durchschnitt sinkt die Belastung für die Steuerzahler um 5 vH. Etwa seths Millionen Haushalte werden Schätzungen zufolge keine Einkommensteuer mehr zu entrichten haben. Bezieher niedriger Einkommen werden relativ stärker entlastet. Einige Abzugsmöglichkeiten, die nun entfallen sind, wurden überwiegend von Beziehern höherer Einkommen in Anspruch genommen. Daraus kann sich für diese Einkommensbezieher trotz Senkung der Grenzsteuersätze eine höhere Steuerbelastung ergeben. Allerdings werden die Mehreinnahmen aufgrund eingeschränkter Abzugsmöglichkeiten nur auf reichlich 20 Mrd Dollar im Laufe von fünf Jahren geschätzt. Die wichtigsten Abzugsmöglichkeiten, unter anderem die für Zinsen auf Hypothekarkredite und für an Staat und Gemeinde entrichtete Einkommensteuer, sind erhalten geblieben.

19. Die Änderungen in der Unternehmensbesteuerung bringen Schätzungen zufolge trotz der starken Verringerung des Körperschaftsteuersatzes eine Erhöhung der Steuerlast um insgesamt ein Drittel oder 120 Mrd Dollar im Laufe von fünf Jahren mit sich; allein aus der Streichung der Investitionsprämie werden Mehreinnahmen von etwa 140 Mrd Dollar erwartet. Außerdem wird es zu einer beachtlichen Umverteilung der Steuerlast zwischen den Branchen kommen. Die Bauindustrie etwa ist in einigen Sparten durch den Wegfall von Steuervergünstigungen stark betroffen. Wegen der Streichung der Steuergutschrift für Investitionen und der Verlängerung der Abschreibungsfristen werden im allgemeinen kapitalintensive Branchen im Vergleich zur alten Regelung schlechter gestellt, arbeitsintensive Branchen besser. Schätzungen zufolge, denen Steuererklärungen von Unternehmen aus dem Jahre 1985 zugrunde liegen, gehören vor allem die Bekleidungsindustrie, Versicherungs- und Wertpapiermakler, Anbieter von Dienstleistungen für Unternehmen und Zeitungsverlage zu den Gewinnern, Eisenbahngesellschaften, die Automobilindustrie, Fluggesellschaften, Öl- und Gasunternehmen und der Telekommunikationssektor zu den Verlierern. Die Steuerreform, deren Grundzüge schon seit einiger Zeit bekannt sind, hat wegen der rückwirkenden Streichung der Steuergutschrift zur Abschwächung der Investitionstätigkeit in diesem Jahr beigetragen.

20. Was die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Steuerreform angeht, so lassen sich die von Veränderungen im Steueraufkommen ausgehenden Nachfrageeffekte leichter abgreifen als die Angebotswirkungen, also der Einfluß auf Arbeitsangebot, auf Sparen, Innovation und Investition und damit auf das Wachstum der Wirtschaft. Eine wachstumsfreundlichere Gestaltung des Steuersystems gehörte von Anfang an zu den wirtschaftspolitischen Zielen des amerikanischen Präsidenten (JG 81 Ziffern 307 ff.).

Auf mittlere Sicht soll die Steuerreform aufkommensneutral sein, das heißt, das gleiche Steueraufkommen erbringen wie bei den bisherigen Regelungen. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen werden also von Veränderungen der Steuerstruktur, einer Umverteilung der Steuerlasten, erwartet. Je nachdem, wie man diese Wirkungen einschätzt, fällt das Urteil über das Steueraufkommen unterschiedlich aus. Verschiedentlich wird bezweifelt, daß sich nach den neuen Bestimmungen ein gleich hohes Steueraufkommen ergibt. In jedem Falle ist nicht zu erwarten, daß die Steuerreform einen nennenswerten Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts in den Vereinigten Staaten leisten könnte. Für das kommende Jahr werden zwar aufgrund der verzögerten Einführung der neuen Regeln Mehreinnahmen von 10 Mrd Dollar erwartet, für 1988 aber Mindereinnahmen in ähnlicher Größenordnung.

21. Die drastische Verringerung der Grenzsteuersätze in der Einkommensteuer dürfte das Arbeitsangebot und die Ersparnis positiv beeinflussen. Auch die Abschaffung der Abzugsfähigkeit der Zinsen auf Konsumentenschulden wird das Sparen fördern. Die Einschränkung der Abzugsfähigkeit privater Aufwendungen für die Altersvorsorge mindert die Sparanreize; bei der alten Regelung hat es aber wohl in hohem Maße Mitnahmeeffekte gegeben. Fraglich ist, wie die Verlagerung der Steuerlast von den Haushalten zu den Unternehmen und die verschärfte Besteuerung von Kapitalgewinnen, die den Anreiz verringert, Gewinne einzubehalten und in Form von höheren Aktienkursen weiterzugeben, auf die Ersparnis wirken. Alles in allem dürfte der positive Effekt der Senkung der Grenzsteuersätze überwiegen. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten wichtiger wäre aber zweifellos, daß der Staat in Zukunft weniger private Ersparnis zur Finanzierung des Defizits beansprucht.

22. Bei der Beurteilung der Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung auf die Investitionstätigkeit ist zwischen zweifellos negativen Effekten auf kurze Sicht und positiven Wirkungen auf längere Sicht zu unterscheiden. Das Urteil hängt auch davon ab, ob es den Unternehmen gelingt, höhere Steuern in höheren Preisen zu überwälzen. Von der Streichung der Steuergutschrift für Ausrüstungsgüter und der Verlängerung der Abschreibungsfristen geht zunächst ein dämpfender Einfluß auf die Investitionen aus. Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes stellt zwar einen Gegenposten dar, es ist aber zu berücksichtigen, daß der effektive Steuersatz aufgrund von Privilegien für einzelne Branchen und zahlreicher Möglichkeiten zur Steuervermeidung bisher vielfach unterhalb des alten Tarifsatzes lag. Auch profitieren von der Senkung des Körperschaftsteuersatzes alle früheren Investitionen. Insgesamt wird die Steuerlast für die Unternehmen erhöht. Mit dieser Erhöhung wird die Entlastung der Unternehmen zu Beginn der achtziger Jahre aufgehoben. Der Anteil der Körperschaftsteuer war rapide zurückgegangen; dies ging mit einer sehr kräftigen Investitionskonjunktur einher. Die Streichung der Steuergutschrift für Ausrüstungen kann als Korrektur einer steuerlichen Begünstigung von kapitalintensiven Branchen gesehen werden; diese Steuergutschrift diente aber auch als Ausgleich für die steuerliche Begünstigung von Bauinvestitionen, die nun abgebaut wurde. Auf längere Sicht wird sich positiv auswirken, daß sich durch die Verringerung von Steuerprivilegien für einzelne Branchen und eine verschärfte Mindestbesteuerung der Gewinne eine effizientere Allokation des Kapitalstocks ergibt. Das hebt die Produktivität und fördert das Wachstum. Steuerliche Regeln sind aber nicht der einzige Bestimmungsgrund für die Investitionstätigkeit. Neben den Regeln selbst ist für die Investoren wichtig, daß sie sichere Planungsgrundlagen haben, also von Konstanz der Regeln ausgehen können. Angesichts der noch ungelösten Konsolidierungsaufgabe ist hiermit nicht zu rechnen.

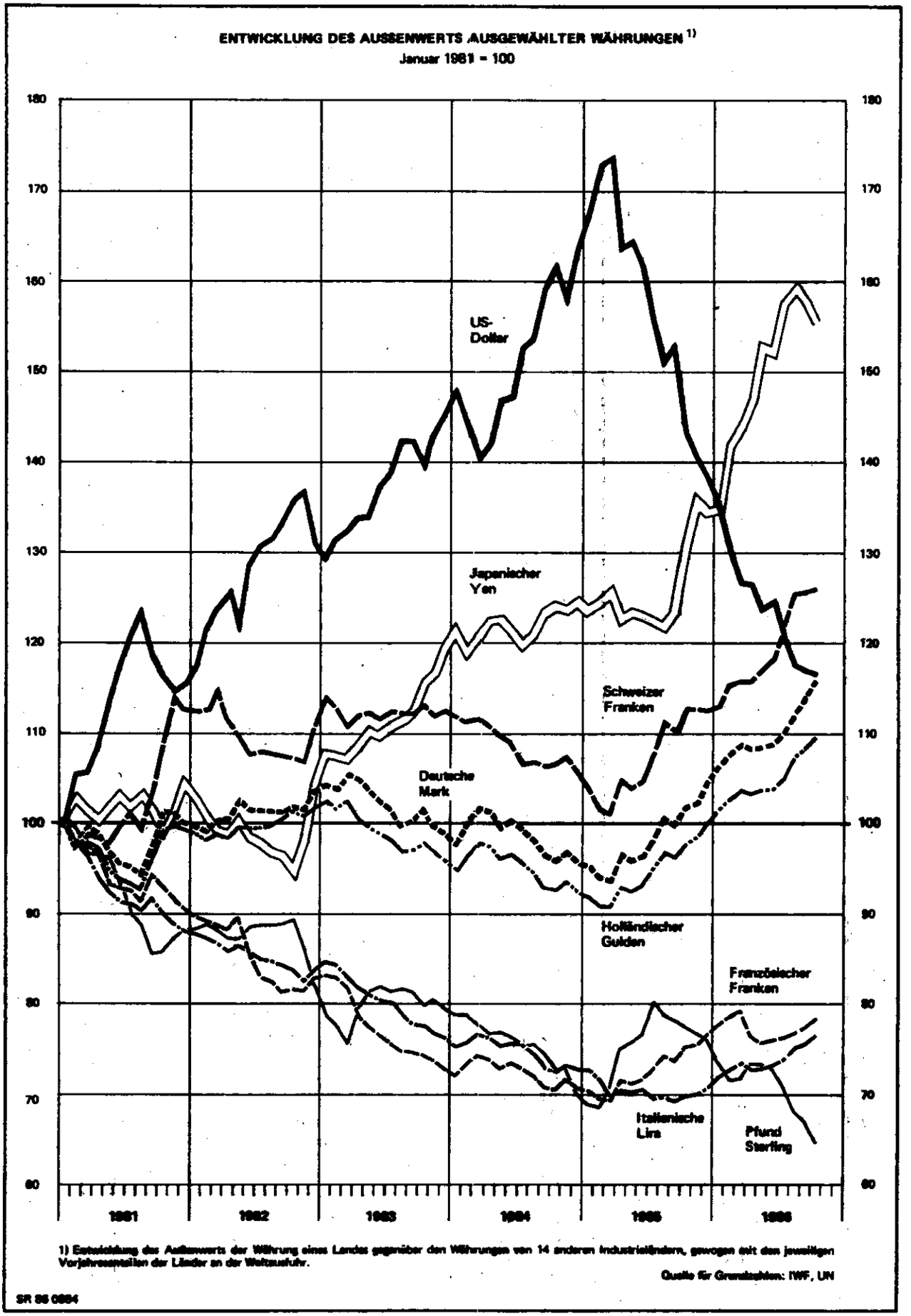
23. Die Steuerreform in den Vereinigten Staaten dürfte auf längere Sicht positiv auf Produktivität und Wachstum in Amerika wirken. Mit ihrem Standhalten gegenüber den Forderungen von Interessengruppen gibt die amerikanische Politik ein Beispiel für andere Länder. Zu den Aufgaben für die kommenden Jahre — Konsolidierung des Bundeshaushaltes und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — trägt sie dagegen nicht bei.

III. Japan: Unter Anpassungszwang

24. Für Japan stellt sich das Problem der Anpassung an eine höhere Bewertung der Währung in größerem Maße als für die Länder Westeuropas. Im Herbst 1986 lag der Außenwert des Yen 28 vH über dem Niveau zu Beginn des Jahres 1985, der Außenwert der D-Mark etwa ist im gleichen Zeitraum um 20 vH gestiegen (Schaubild 4). Bei diesem Vergleich ist außerdem zu berücksichtigen, daß der Yen — anders als die D-Mark — in der Phase der Dollarstärke in der ersten Hälfte der achtziger Jahre kaum niedriger bewertet worden war. Vergleicht man das gegenwärtige Kursniveau mit dem des Jahres 1983, so ist der Yen um 43 vH höher bewertet, die D-Mark lediglich um 11 vH.

Seit Mitte vergangenen Jahres geht die Warenausfuhr Japans der Tendenz nach zurück; das Ausfuhrvolumen lag zuletzt etwas unter dem Vorjahresstand. Zuvor waren die Exporte allerdings sehr kräftig gestiegen, allein um ein Drittel während der vom Aufschwung in den Vereinigten Staaten angeführten Belebung des Welthandels 1983/84. Daß der

Schaubild 4


ENTWICKLUNG DES AUSSENWERTS AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN 1)
Januar 1981 = 100
180
170
160
150
140
130
120
110
100
90
80
70
60
US-Dollar
Japanischer Yen
Schweizer Franken
Deutsche Mark
Holländischer Gulden
Französischer Franken
Italienische Lira
Pfund Sterling
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1) Entwicklung des Aussenwerts der Währung eines Landes gegenüber den Währungen von 14 anderen Industrieländern, gewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr.
Quelle für Grundzahlen: IWF, UN
SR 86 0884

Einbruch nicht noch schärfer ausfiel, lag unter anderem an der flexiblen Preispolitik der japanischen Anbieter. Im September 1986 waren die Ausfuhrpreise 17½ vH niedriger als vor Jahresfrist. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist also viel geringer, als es der Anstieg des nominalen Außenwertes des Yen anzeigt. Rechnungen zum realen Außenwert auf der Basis von Ausfuhrpreisen berücksichtigen dies. Soweit zur Preisbereinigung aber Großhandelspreise oder Verbraucherpreise verwendet werden, die weniger oder gar nicht gesunken sind, wird die zu erwartende Anpassung im Export überschätzt.

Die Herabsetzung der Ausfuhrpreise hat zu einer Verringerung der Gewinnmargen für die Exporteure geführt, obgleich die Importpreise kräftig gesunken sind; sie lagen im September 43 vH unter ihrem Vorjahresstand. Somit wurden die Unternehmen, soweit sie importierte Vorleistungen einsetzen, entlastet. Der Außenwert des Yen auf der Basis von Lohnstückkosten zeigt allerdings eine wesentlich stärkere Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit an als der auf der Basis von Ausfuhrpreisen errechnete (Schaubild 5). Dieses Auseinanderklaffen ist für Phasen stärkerer Veränderungen der Wechselkurse nicht ungewöhnlich. Entsprechend ist der Außenwert des Dollar auf der Basis von Lohnstückkosten stärker gefallen als der auf der Basis von Ausfuhrpreisen errechnete. Von daher hat sich die Rentabilität der Produktion für den Außenhandel in den Vereinigten Staaten verbessert, in Japan verschlechtert.

25. Außer durch eine Senkung der Preise ist der Rückgang der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten durch Bemühungen ausgeglichen worden, die Exporte in Regionen zu verstärken, deren Währungen gegenüber dem Yen nicht in so starkem Maße niedriger bewertet wurden. Dies gilt in erster Linie für Westeuropa. Tatsächlich waren die Lieferungen Japans nach Europa dem Volumen nach in den ersten neun Monaten 1986 um ein Viertel höher als ein Jahr zuvor.

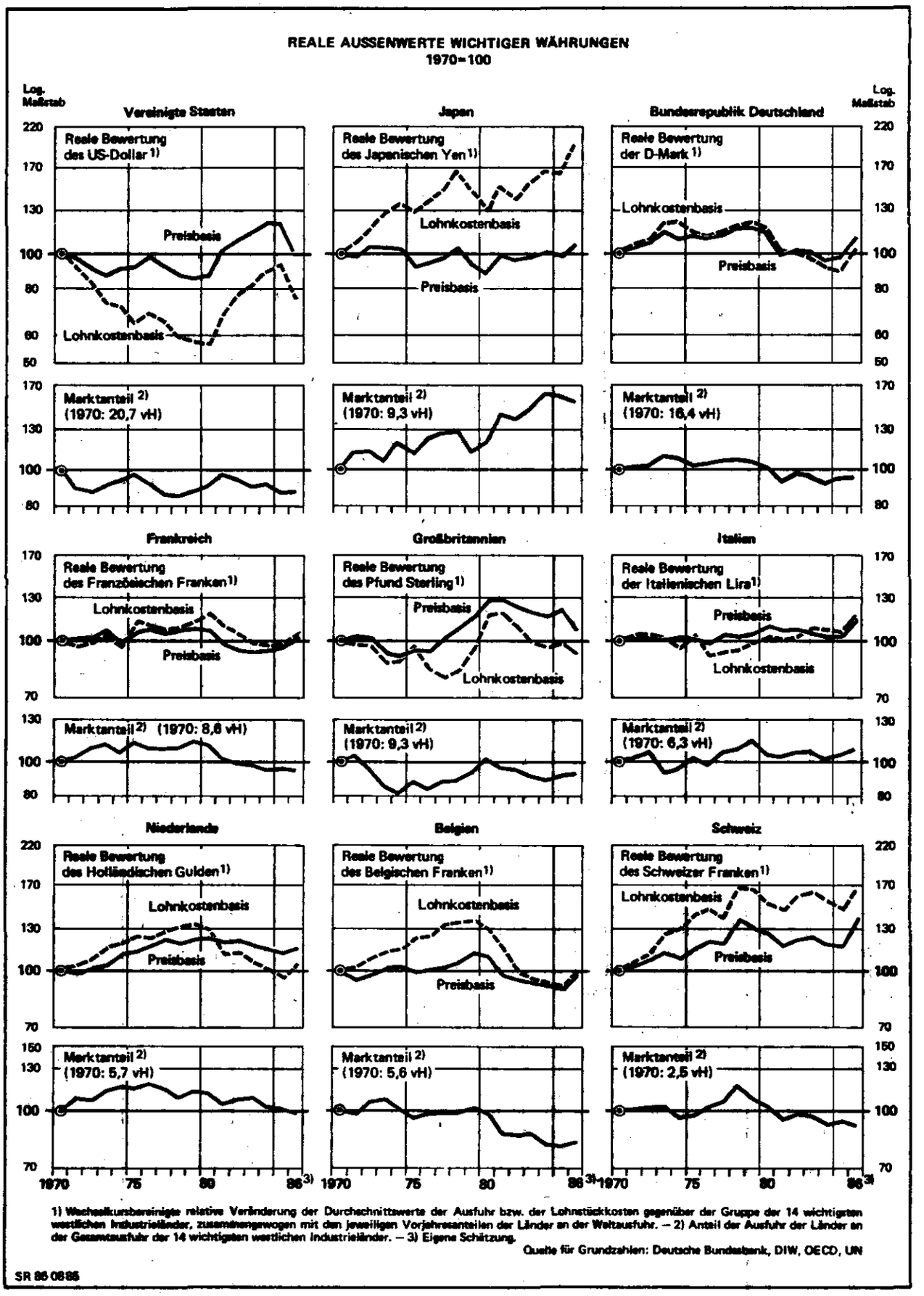
Bei der Frage, welche Anpassung in der Ausfuhr Japan bei den jetzt erreichten Kursrelationen zu erwarten hat, ist ferner zu berücksichtigen, daß die japanischen Exporte vielfältigen Mengenbeschränkungen unterliegen. Diese Beschränkungen des Angebots in den Importländern haben die Preise dort erhöht. Japanische Exporteure haben davon profitiert. So läßt sich erklären, daß die Automobilausfuhren nach den Vereinigten Staaten trotz der Höherbewertung des Yen kräftig gestiegen sind. Die japanischen Hersteller konnten die Yen-Preise senken — die Preise in Dollar sind nur wenig erhöht worden — und das von bisher 1,9 Mio Einheiten auf 2,3 Mio Einheiten pro Jahr heraufgesetzte Kontingent nutzen.

26. In Japan waren 1986 die dämpfenden Einflüsse auf die Konjunktur aus der Höherbewertung des Yen dominant gegenüber den anregenden Wirkungen aus der Verbilligung der Einfuhr, insbesondere des Öls. Die Ausfuhr von Waren und Diensten ging zurück (− 5½ vH). Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat deshalb nur noch um 2½ vH zugenommen nach 4½ vH im vergangenen Jahr. Die Industrieproduktion stagniert seit Mitte 1985. Für die Belebung der Nachfrage der privaten Haushalte kommt es darauf an, daß der Rückgang der Einfuhrpreise an die Verbraucher weitergegeben wird. In Japan ist dies bisher nur in geringem Umfang geschehen. Die Großhandelspreise lagen im September um 12 vH niedriger, die Verbraucherpreise aber auf dem gleichen Niveau wie vor einem Jahr. Selbst die Preise für Energieträger sind erst im Sommer gesunken und lagen zuletzt lediglich 8 vH unter dem Vorjahresniveau. Trotz der Abschwächung im Preisauftrieb, welche die Realeinkommensentwicklung begünstigte, hat der private Verbrauch nur allmählich an Kraft gewonnen und aufs Jahr gesehen kaum stärker zugenommen als 1985. Die wesentlich ungünstigeren Exportaussichten und die Gewinnkompression im verarbeitenden Gewerbe haben die Investitionsneigung beeinträchtigt. Nach zweistelligen Zuwachsraten 1984 und 1985 betrug die Zunahme der Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr noch 6 vH. Sie wäre noch niedriger ausgefallen, wenn die vom internationalen Wettbewerb nicht betroffenen Bereiche, insbesondere die Elektrizitätswirtschaft, ihre Investitionen nicht stark erhöht hätten. Einen gewissen Ausgleich hat die kräftige Ausweitung der öffentlichen Investitionen gebracht, die in den Jahren zuvor gekürzt worden waren. Zunächst wurden die im Haushalt 1986 vorgesehenen Projekte vorgezogen, später wurde ein Nachtragshaushalt verabschiedet, der ein Absinken der öffentlichen Investitionen in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres, also von Oktober 1986 bis März 1987, verhindern soll. Der Nachtragshaushalt enthält auch Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus. Insgesamt hat die Inlandsnachfrage mit gleicher Rate zugenommen wie im vergangenen Jahr. Der Anstieg der Einfuhr blieb abermals dahinter zurück.

In der Zahlungsbilanz Japans ist die Höherbewertung des Yen noch nicht zu erkennen: Die Überschüsse in der Handelsbilanz und in der Leistungsbilanz sind in Yen gerechnet noch gestiegen. In Dollar gerechnet zeigt sich ein sehr starker Anstieg der Überschüsse. In der Handelsbilanz belief sich dieser auf etwa 85 Mrd Dollar nach 56 Mrd Dollar im vergangenen Jahr; in der Leistungsbilanz nahm der Überschuß um etwa 30 Mrd Dollar auf 80 Mrd Dollar zu.

27. Leistungsbilanzüberschüsse, wie sie die japanische Volkswirtschaft traditionell aufweist, haben ihre Wurzel letztlich in der hohen Sparneigung der privaten Haushalte. Zu einem Teil wird die hohe Ersparnis in Japan mit geringer Freizeit und mit Einfuhrbeschränkungen erklärt, die das Angebot an Verbrauchsgütern knapp und deren Preise hoch halten. Aus diesen Gründen ist der Konsum geringer. Doch selbst wenn Japan ausländischen Anbietern den Zutritt zu japanischen Märkten erleichtert, wird es mehr Waren an die übrige Welt liefern als von dort beziehen, das heißt netto Kapital exportie-

Schaubild 5



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. – 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 86 0885

ren. Dies ist für eine hochentwickelte Volkswirtschaft durchaus normal. Gegenwärtig fließen Güter und Kapital allerdings vor allem in die Vereinigten Staaten. Den Entwicklungsländern, denen es in erster Linie an Sachkapital und an Arbeitsplätzen mangelt, kommt der hohe Kapitalexport bisher kaum zugute.

IV. Europa: Kräftiger privater Verbrauch, gedämpfte Ausfuhr

28. Der Wechsel zu einem von der Inlandsnachfrage getragenen Aufschwung hatte in Europa bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eingesetzt; diese Entwicklung setzte sich 1986 fort. Nach einer Abschwächung zu Jahresbeginn nahm in der Summe die Nachfrage der Haushalte, der Unternehmen und des Staates wieder kräftiger zu und lag Ende 1986 um 3 vH höher als ein Jahr zuvor. Wenn die Ausweitung der Inlandsnachfrage damit auch stärker war als 1983 und 1984, den ersten beiden Jahren des Aufschwungs, so hat doch überrascht, daß sich die drastische Verbilligung der Einfuhr, insbesondere des Öls, nicht stärker ausgewirkt hat, jedenfalls nicht schon in diesem Jahr. Immerhin, die Verbilligung der eingeführten Rohstoffe dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, daß die Investitionsneigung von den ungünstigeren Perspektiven für die Ausfuhr kaum beeinträchtigt wurde. Auch das weist auf die verbesserte Konstitution der europäischen Wirtschaft hin. Höhere Inlandsnachfrage bedeutete nicht zugleich auch höhere gesamtwirtschaftliche Produktion; deren Anstieg blieb mit 2½ vH im Jahresdurchschnitt 1986 einen Prozentpunkt hinter dem der Inlandsnachfrage zurück und war damit nicht höher als im vergangenen Jahr. Die Industrieproduktion in Europa lag im dritten Vierteljahr 1986 nur 1½ vH über dem Wert im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Schaubild 6).

29. Der private Verbrauch in Europa hat in realer Rechnung im Verlauf dieses Jahres um 3½ vH zugenommen, etwas stärker als im Vorjahr; im Jahresdurchschnitt liegt der Zuwachs mit 3½ vH merklich höher als 1985 (2 vH). Die Zunahme der Beschäftigung war mit reichlich ½ vH etwas höher als im Vorjahr; der Anstieg der Arbeitseinkommen pro Kopf fiel etwas niedriger aus, der der Realeinkommen gleichwohl deutlich kräftiger als 1985. Der Grund hierfür liegt in der Abschwächung im Preisauftrieb um 2½ Prozentpunkte. Der Rückgang der Zinsen dürfte die Nachfrage der Haushalte ebenfalls begünstigt haben. So stark wie in der Bundesrepublik (4 vH nach knapp 2 vH 1985) hat sich der private Verbrauch in den anderen Ländern Europas allerdings nicht gekräftigt (im Durchschnitt um knapp 1½ Prozentpunkte). Dies liegt nicht zuletzt daran, daß die Bundesrepublik zu den wenigen Ländern in Europa gehört, in der die Verbilligung von Treibstoffen und Heizöl ganz überwiegend dem Verbraucher zugute gekommen ist (Tabelle 2, Seiten 39 ff.).

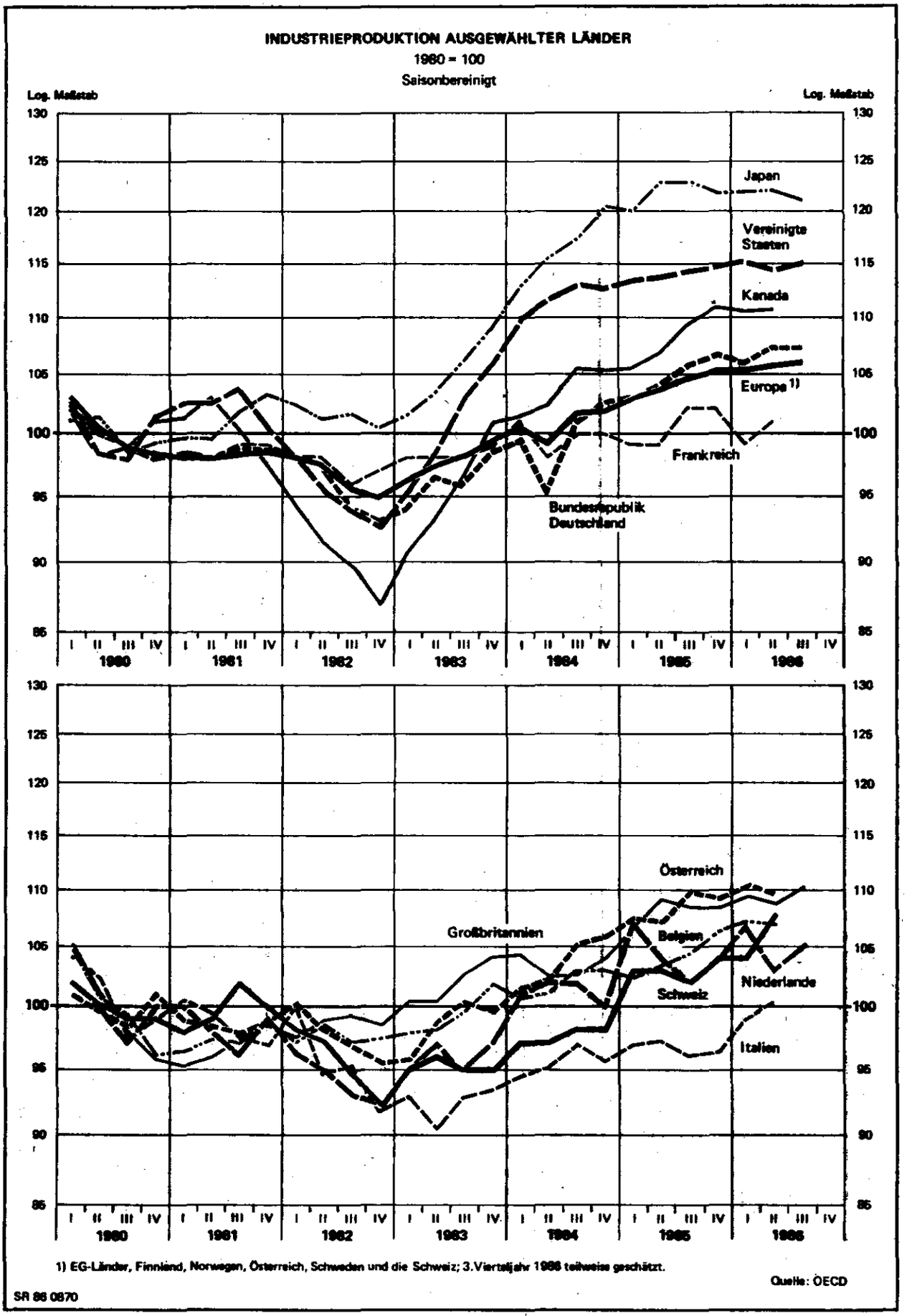
Der Anstieg der Ausfuhr der europäischen Volkswirtschaften hatte sich schon im vergangenen Jahr abgeschwächt, Anfang 1986 hat die Ausfuhr sogar abgenommen. Danach kam es zwar wieder zu einer leichten Belebung, im vierten Vierteljahr war das Vorjahresniveau aber nur um 1 vH übertroffen. Im Vergleich mit der Schubkraft, die die Auslandsnachfrage in den ersten beiden Jahren des Aufschwungs entfaltet hatte, ist dies sehr wenig. Ein überdurchschnittlicher Anstieg der Ausfuhr in einem Maße wie nach 1983 ist für einen Aufschwung keineswegs ungewöhnlich. In dieser Hinsicht ähnlich verlief beispielsweise der Aufschwung nach 1975 (Schaubild 7).

Der Vergleich der beiden Konjunkturaufschwünge zeigt aber auch Unterschiede. So ist die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenwärtig nicht im gleichen Maße gestiegen wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Maßgeblich hierfür war die vergleichsweise geringe Ausweitung der Nachfrage der privaten Haushalte in den Jahren 1983 und 1984.

30. Die Bedingungen für das Investieren in Europa haben sich im ganzen weiter verbessert. Die höhere Kapazitätsauslastung und die fortgesetzte Verbesserung der Ertragslage haben Voraussetzungen für höhere Investitionen geschaffen. Die Preise für importierte Vorleistungen sind gesunken, und die Kapitalkosten haben sich aufgrund niedrigerer Zinsen verringert. Die Ausrüstungsinvestitionen sind nach einer Zunahme in realer Rechnung um 8 vH im vergangenen Jahr erneut um 6 vH ausgeweitet worden. Der Zuwachs wäre wohl noch kräftiger ausgefallen, wenn der Ölpreisrückgang in den europäischen Ländern mit Öl- oder Gasgewinnung nicht eine Reihe von Investitionsvorhaben hätte unrentabel werden lassen. Auch führte der Wandel in den Auftriebskräften zum privaten Verbrauch erst nach und nach zu höheren Investitionen bei den begünstigten Unternehmen.

Die niedrigeren Zinsen sind wegen der langen Kapitalbindung vor allem den Bauinvestitionen, insbesondere dem Wohnungsbau, zugute gekommen. Allmählich geht es auch in diesem Sektor wieder aufwärts: Insgesamt lagen die Bauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres um 2½ vH über dem sehr gedrückten Niveau von 1985. Freilich hatte es in den letzten Jahren nicht in allen Ländern eine Krise in der Bauwirtschaft gegeben. Die sehr ungünstige Entwicklung in der Bundesrepublik, in Frankreich, in Belgien und in den Niederlanden hatte den Durchschnitt geprägt. Großbritannien, die Schweiz und einige skandinavische Länder dagegen hatten nach 1982 keinen Einbruch der Bauinvestitionen zu verzeichnen.

Schaubild 6

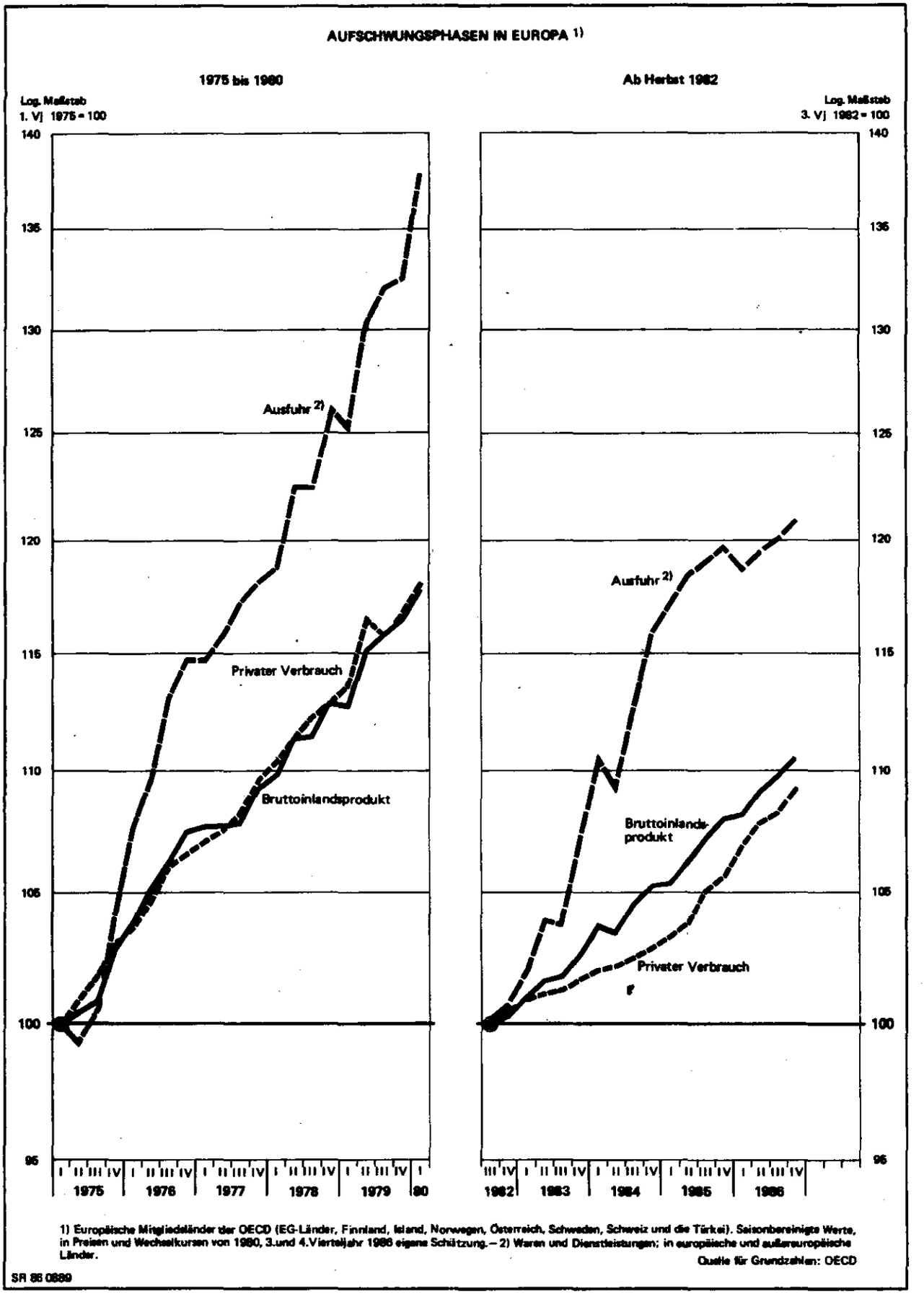


1) EG-Länder, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz; 3. Vierteljahr 1986 teilweise geschätzt.

Quelle: OECD

SR 86 0870

Schaubild 7

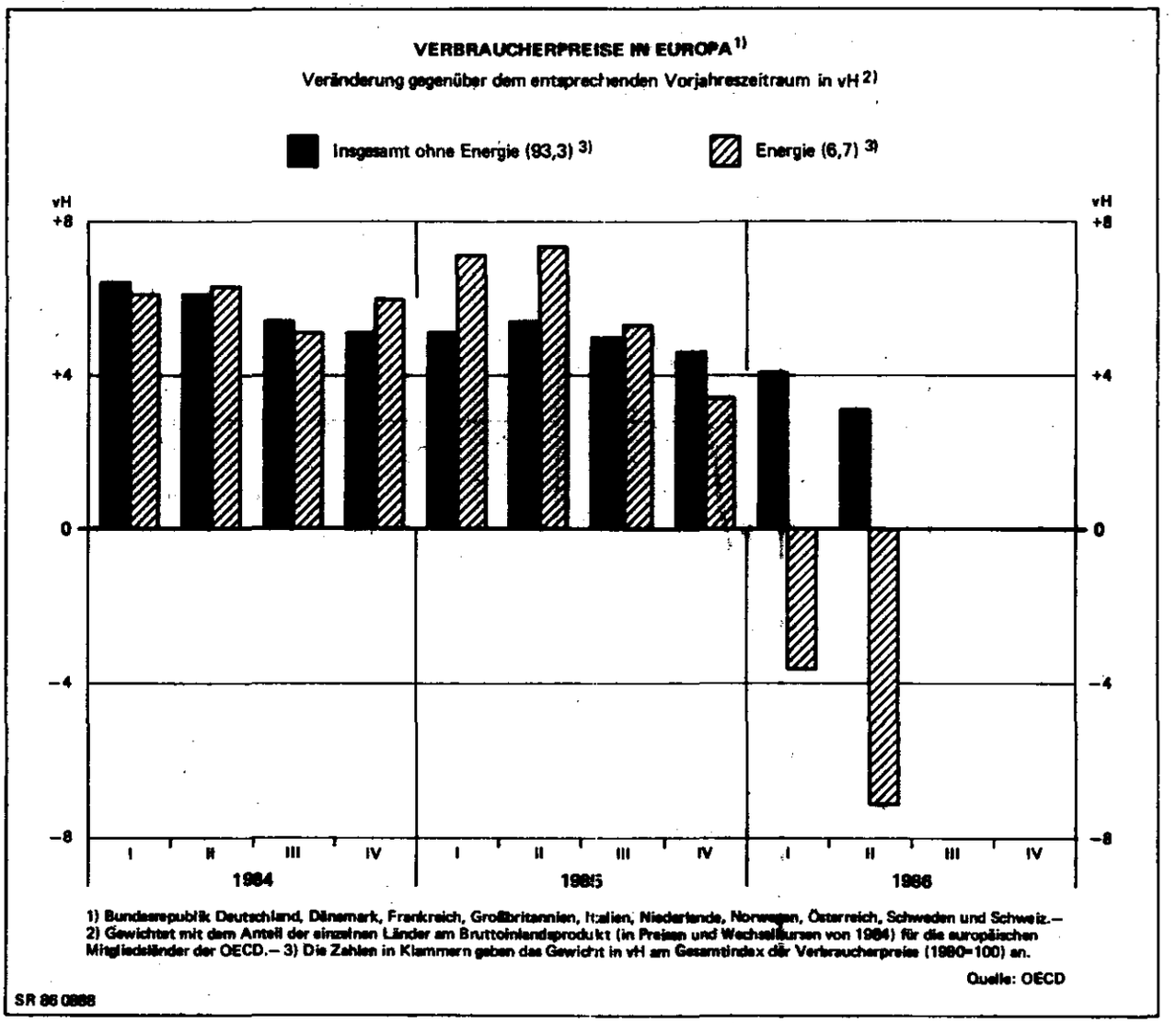


1) Europäische Mitgliedsländer der OECD (EG-Länder, Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und die Türkei). Saisonbereinigte Werte, in Preisen und Wechselkursen von 1980, 3. und 4. Vierteljahr 1986 eigene Schätzung. – 2) Waren und Dienstleistungen; in europäische und außereuropäische Länder.

Quelle für Grundzahlen: OECD

SR 86 0889

Schaubild 8



1) Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und Schweiz.— 2) Gewichtet mit dem Anteil der einzelnen Länder am Bruttoinlandsprodukt (in Preisen und Wechselkursen von 1984) für die europäischen Mitgliedsländer der OECD.— 3) Die Zahlen in Klammern geben das Gewicht in vH am Gesamtindex der Verbraucherpreise (1980=100) an.

Quelle: OECD

SR 86 0868

31. Für die Geldpolitik in Europa hat sich das Umfeld seit dem Frühjahr 1985 grundlegend gewandelt. Mit der niedrigeren Bewertung des Dollar ist ein Grund für eine knappe Geldversorgung entfallen. Die Preissenkung bei Rohstoffen, insbesondere beim Öl, hat zu unerwartet großen Fortschritten bei der Stabilisierung des Preisniveaus geführt, jedenfalls in den Ländern, die auf die Ölpreissenkung nicht mit Steuererhöhungen reagiert haben (Schaubild 8). Die Verbraucherpreise in Europa sind — selbst wenn man einige kleinere Länder mit sehr hoher Inflationsrate außer Betracht läßt — unter diesen Umständen 1986 noch um 3 vH gestiegen, nach 5½ vH im Vorjahr. Im Herbst betrug der Abstand zum Vorjahr noch 2½ vH. Von einem stabilen Geldwert ist unter den großen Ländern insbesondere Italien noch ein gutes Stück entfernt; aber auch dort sind beachtliche Fortschritte in der Stabilitätspolitik erzielt worden. Die in der Bundesrepublik weitgehend erreichte Stabilität des Preisniveaus übt einen Stabilisierungsdruck auf die Geldpolitik in anderen Ländern aus, sei es aufgrund der Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem, sei es durch das selbstgesetzte Ziel, den Wechselkurs zur D-Mark stabil zu halten.

Die relativ niedrigen Inflationsraten und die vielfach noch ungelösten Haushaltsprobleme haben in einigen Ländern allerdings dazu geführt, der Geldpolitik wieder stärker die Aufgabe zuzuweisen, dem Aufschwung Impulse zu geben und den Anstieg der Beschäftigung zu beschleunigen. Die expansive Politik in der Bundesrepublik mag dies erleichtert haben (Schaubild 9).

32. Im vierten Jahr des Aufschwungs in Europa hat die Zunahme der Beschäftigung nicht ausgereicht, die sehr hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Gekräftigt hat sich der Beschäftigungsanstieg 1986 in der Bundesrepublik; in Frankreich kam es zu keinem weiteren Rückgang, in Spanien und in Portugal nach einer mehrjährigen Abnahme wieder zu einem Anstieg. Schwächer im Vergleich zum Vorjahr war die Zunahme in Großbritannien und in einigen kleineren Ländern.

Nach wie vor sind 19 Millionen Menschen in Europa arbeitslos, etwa ein Drittel davon ist jünger als 25 Jahre. Unter den großen Ländern konnte lediglich die Bundesrepublik einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen. In Frankreich, in Großbritannien und in Italien hat diese weiter zugenommen. Einige Länder mit sehr hoher Arbeitslosigkeit wie Belgien und die Niederlande konnten Fortschritte erzielen. Die Bemühungen, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Probleme zu lindern, sind verstärkt worden.

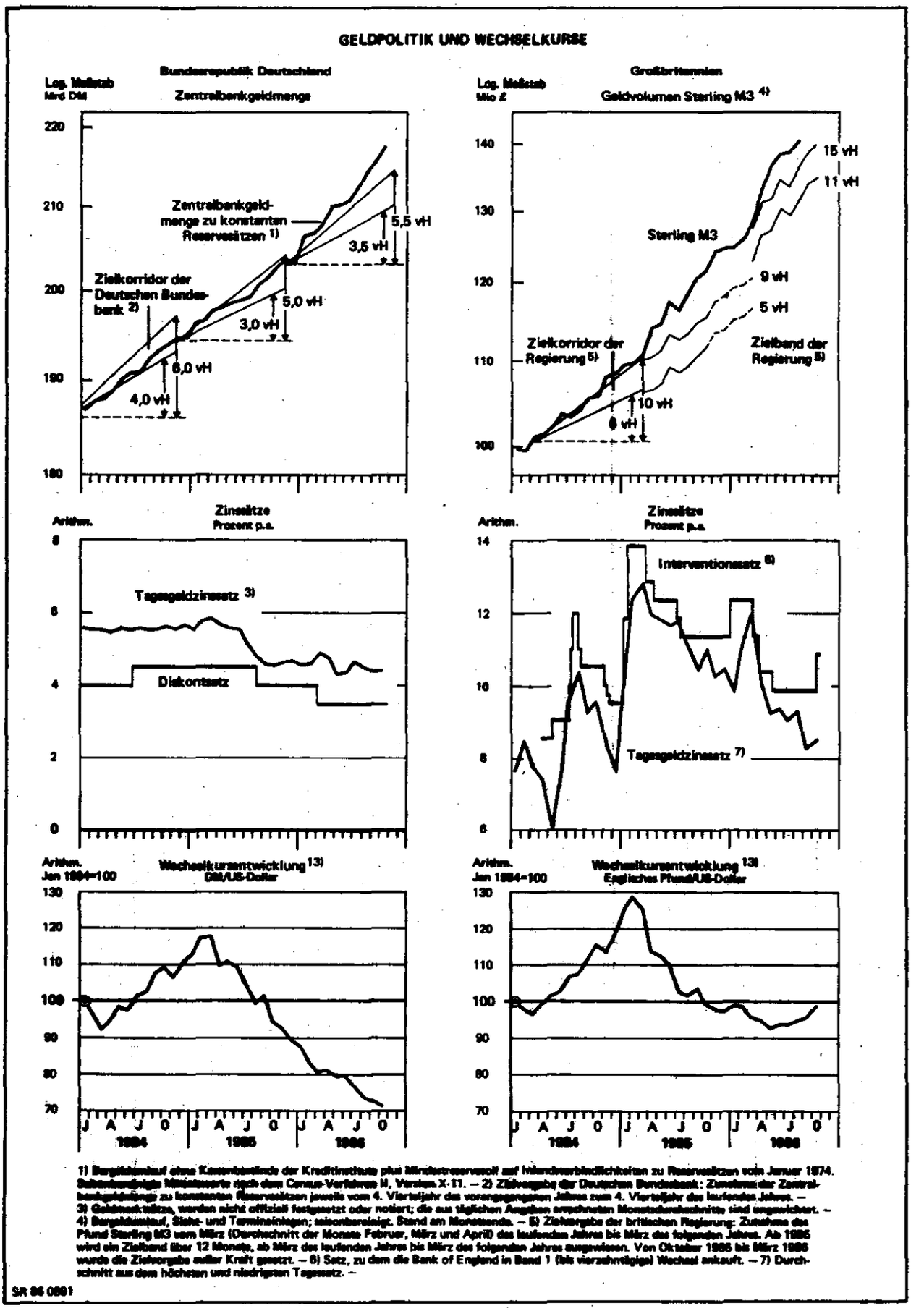
33. Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaftspolitik in Europa für den Aufschwung zusätzliche Impulse gibt, wäre, daß die Nominallohnsteigerungen selbst dann so niedrig bleiben wie bisher oder noch weiter zurückgehen. Auch im übrigen müßten Stabilitätserwartungen hinreichend gefestigt sein. Das ist jedoch nicht der Fall: Der Umstand, daß die Nominalzinsen nicht so stark gesunken sind, wie sich der Preisauftrieb verlangsamt hat — die unter Verwendung der aktuellen Preissteigerungsraten ermittelten Realzinsen also gestiegen sind —, gibt einen Hinweis darauf (Schaubild 10). Weiterhin müßten die Fehlentwicklungen in den öffentlichen Haushalten beseitigt sein. Auch diese Bedingung ist nicht erfüllt; die Wirtschaftspolitik ist noch mit der Beseitigung alter Fehlentwicklungen beschäftigt. Konsolidierungsaufgaben und hohe Realzinsen belasten den Fortgang des Aufschwungs in Europa.

Allein den erreichten Stabilisierungserfolg zu bewahren, wenn die preisdämpfenden Effekte der Höherbewertung der europäischen Währungen und der Verbilligung der Rohstoffe entfallen, könnte Restriktionsdruck verlangen, der die Expansion dämpfen würde. Viel hängt davon ab, ob die Lohnpolitik in ihren Forderungen für das kommende Jahr die Abschwächung im Preisauftrieb in Rechnung stellt. Die Sicherung der Stabilisierungserfolge ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wichtig, weil ein weiterer Rückgang der langfristigen Zinsen wesentlich davon abhängt, daß das Inflationstempo nicht wieder ansteigt. Großbritannien bietet ein Beispiel für anhaltenden Kostendruck. Nach größeren Stabilisierungsfortschritten zu Beginn der achtziger Jahre hat sich der Anstieg der Arbeitseinkommen und der Lohnstückkosten seit 1985 wieder verstärkt und lag in diesem Jahr bei 8 vH beziehungsweise 6 vH.

Von wenigen Ländern abgesehen, zu denen die Bundesrepublik gehört, hat es in Europa in den letzten Jahren trotz des erklärten politischen Willens hierzu keine größeren Konsolidierungsfortschritte gegeben; die Staatsquoten sind noch wenig gesunken, vorerst wurden Steuern und Sozialabgaben weiter erhöht. Das strukturelle Defizit ist nach Berechnung der OECD 1986 in Frankreich und in Großbritannien wieder gestiegen. Ein erster Schritt zur Verringerung des riesigen Haushaltsdefizits ist in Italien getan worden. In einigen kleineren Ländern Europas, wie etwa Belgien und den Niederlanden, ist das Defizit in den öffentlichen Haushalten noch immer sehr hoch. Berücksichtigt man die günstige konjunkturelle Entwicklung und die dadurch entstandenen Mehreinnahmen, ist der strukturelle Teil der Defizite in den kleineren Ländern insgesamt 1986 etwas zurückgegangen. Dänemark dagegen ist es in spektakulärer Weise gelungen, das Haushaltsdefizit abzubauen: Noch 1982 hatte es, gemessen am Sozialprodukt, 9 vH betragen; in diesem Jahr entstand ein Überschuß von 3 vH. Begleitet war der Konsolidierungsprozeß von einer im Vergleich mit Europa günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung und einer starken Verringerung der Inflationsrate.

34. Mit der starken Verbesserung der Terms of Trade ging in diesem Jahr ein Anstieg des Überschusses in der zusammengefaßten Handelsbilanz der europäischen Länder um 35 Mrd Dollar einher. Großbritannien, Italien, die Schweiz, Österreich, Dänemark, Norwegen und einige südeuropäische Länder weisen allerdings Fehlbeträge auf. Die Bundesrepublik hat zu dieser Aktivierung drei Viertel beigetragen. Hinter der insgesamt günstigen Bilanz verbirgt sich eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Länder. In Großbritannien etwa ist das Defizit im Warenhandel ohne Öl auf über 18 Mrd Dollar gestiegen. Ohne anhaltenden Fall des Pfundkurses wird der starke Lohnauftrieb die Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtern. Auch Frankreich hat eine ungünstige Wettbewerbsposition, die durch das Zurückbleiben im Aufschwung 1983 und 1984 verdeckt wurde. Seit 1984 sind im Handel mit Industrieerzeugnissen Marktanteile in nennenswertem Umfang verlorengegangen.

Schaubild 9

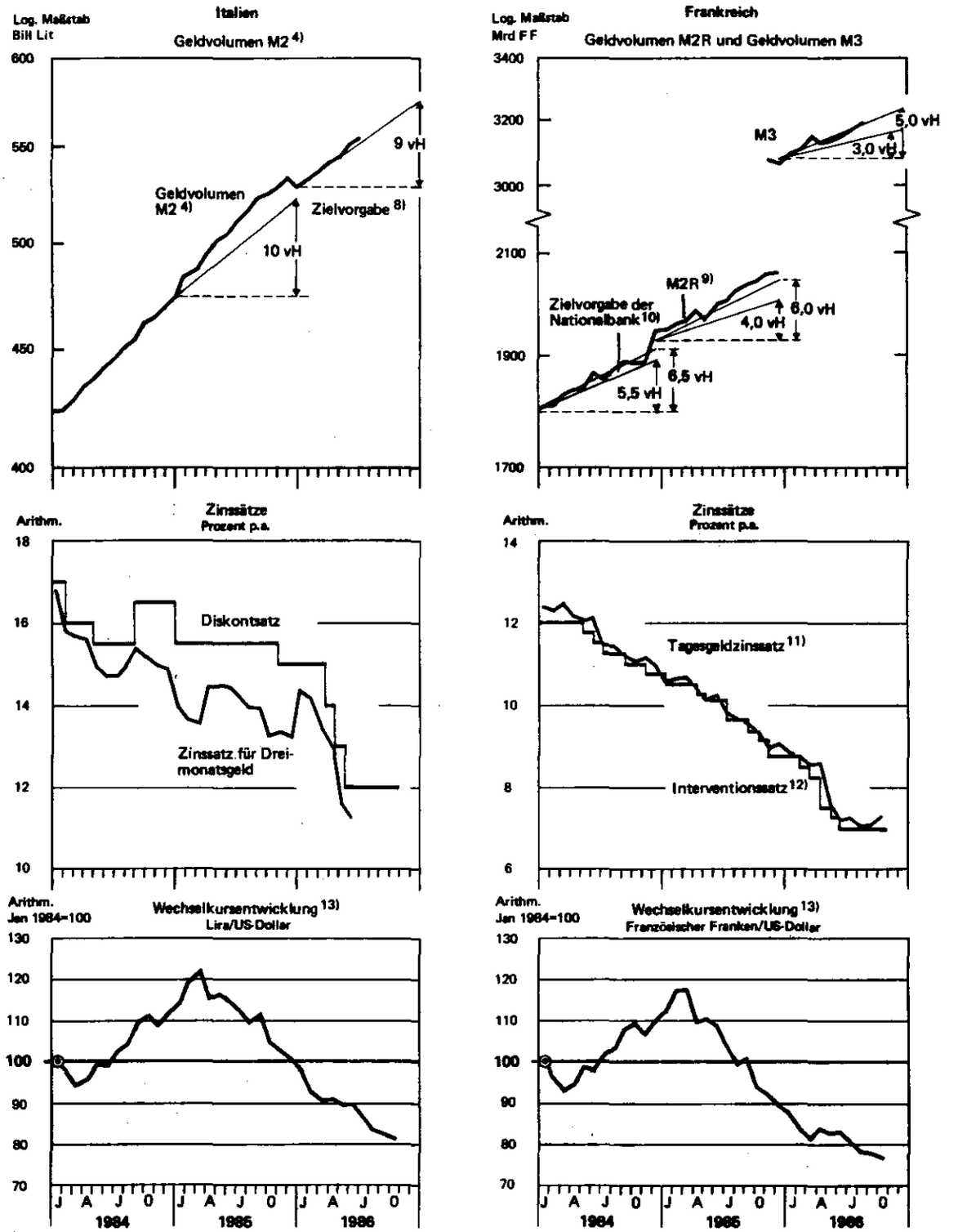


1) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreserven auf inländische Verbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974. Saisonbereinigte Monatswerte nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 3) Geldmarktsätze, werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. – 4) Bargeldumlauf, Sicht- und Termineinlagen; saisonbereinigt. Stand am Monatsende. – 5) Zielvorgabe der britischen Regierung: Zuwachs des Pfund Sterling M3 vom März (Durchschnitt der Monate Februar, März und April) des laufenden Jahres bis März des folgenden Jahres. Ab 1985 wird ein Zielband über 12 Monate, ab März des laufenden Jahres bis März des folgenden Jahres angewiesen. Von Oktober 1985 bis März 1986 wurde die Zielvorgabe außer Kraft gesetzt. – 6) Satz, zu dem die Bank of England in Band 1 (bis vierzehntägige) Wechsel ankauft. – 7) Durchschnitt aus dem höchsten und niedrigsten Tagessatz. –

SR 86 0891

Schaubild 9

GELDPOLITIK UND WECHSELKURSE

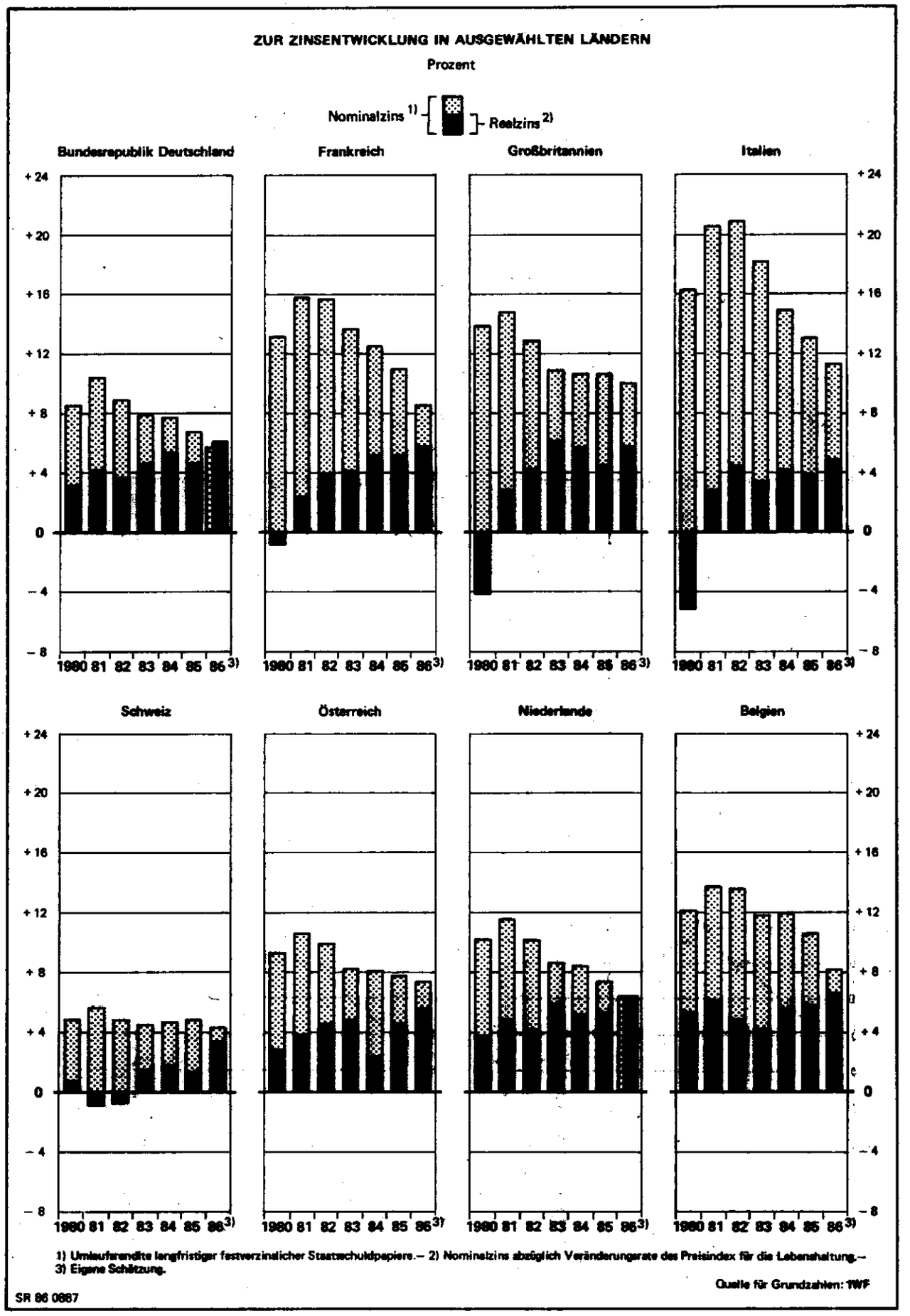


8) Quelle: Banca d'Italia; Berechnung des Ziels: Zunahme der Geldmenge M2 von Ende Dezember des vorangegangenen Jahres bis Ende Dezember des laufenden Jahres. – 9) Bargeldumlauf, Termin-, Sicht- und Spareinlagen von Gebietsansässigen. Saisonbereinigt. – 10) Zielvorgabe der Banque de France: Zunahme des Geldvolumens M2R, ab 1986 des Geldvolumens M3 von Dezember (Durchschnitt der Monate November, Dezember und Januar) des vorangegangenen Jahres bis Dezember des laufenden Jahres. – 11) Durch private Titel gesichert. – 12) Satz, zu dem die Banque de France kurzfristige Papiere kauft. Stand am Monatsende. – 13) Quelle für Grundzahlen OECD.

Quelle für Grundzahlen: Nationale Veröffentlichungen

SR 86 0691

Schaubild 10



1) Umlaufrendite langfristiger festverzinslicher Staatsschuldpapiere. – 2) Nominalzins abzüglich Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: IWF

SR 86 0887

35. Zu den alten Problemen sind vorübergehend neue Belastungen auf jene Länder zugekommen, die aufgrund eigener Öl- oder Gasgewinnung im Zusammenhang mit dem Ölpreisrückgang Einbußen erlitten haben. Zwar profitieren auch in diesen Ländern die Verbraucher und die Unternehmen außerhalb der Öl- oder Gasförderung, aber es gibt hier einen nennenswerten Gegenposten.

Von dem drastischen Rückgang der Ölpreise ist in Europa zweifellos Norwegen am stärksten betroffen. Mehr als die Hälfte der Warenausfuhr besteht aus Lieferungen von Öl und Gas; im Außenhandel, der 1985 noch einen Überschuß von 5 Mrd Dollar erbracht hatte, entstand in diesem Jahr ein Defizit. Die Öl- und Gasförderung hat einen Anteil von einem Sechstel an der gesamtwirtschaftlichen Produktion; ein Viertel der Staatseinnahmen stammt aus dieser Quelle. Die wirtschaftliche Lage in Norwegen weicht allerdings beträchtlich von der in Europa im ganzen ab: Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat in der ersten Hälfte der achtziger Jahre um 9 Prozentpunkte stärker zugenommen als in Europa, in diesem Jahr betrug der Zuwachs 4 vH; die Kapazitäten sind hoch ausgelastet; die Arbeitslosenquote liegt bei 2 vH. Die Regierung hat in Reaktion auf den Ölpreisverfall die Währung abgewertet und vor allem über höhere Einnahmen eine Korrektur der expansiven Finanzpolitik eingeleitet. Die Inflationsrate ist spürbar angestiegen und liegt bei 8 vH. Im kommenden Jahr dürften die dämpfenden Effekte stärker wirksam werden.

36. In Großbritannien und in den Niederlanden hat die Öl- und Gasgewinnung mit einem Anteil am Sozialprodukt von etwa 6 vH ein geringeres Gewicht. Für beide Länder läßt sich nicht ohne weiteres sagen, daß der Ölpreisrückgang per Saldo negative Folgen hat. Öl macht ein Fünftel der Warenausfuhr Großbritanniens aus; da allerdings Öl auch in erheblichem Umfang importiert wird, beträgt die ölpreisbedingte Verschlechterung der Handelsbilanz in diesem Jahr nur etwa 5 Mrd Dollar. Die Einnahmen des Staates aus der Ölgewinnung gingen um 10 Mrd Dollar zurück; das Defizit soll deshalb aber nicht höher ausfallen. Das Sozialprodukt hat 1986 um gut 2 vH zugenommen, nach gut 3 vH im vergangenen Jahr. Auch in Großbritannien werden die Wirkungen des Ölpreisverfalls erst 1987 voll wirksam.

In den Niederlanden vermindert die Preissenkung bei Öl und Gas die Ausfuhrerlöse und die Einfuhrkosten in annähernd gleich großem Umfang, in diesem Jahr dürfte wegen der verzögerten Anpassung des Gaspreises an den Ölpreis die Verbilligung der Einfuhr sogar überwiegen. Zum Ausgleich für die Verringerung der Einnahmen im Haushalt aus der Gasförderung sind für das nächste Jahr massive Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen vorgesehen, die sich gemessen am Sozialprodukt auf insgesamt 1½ vH belaufen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat 1986 um 1½ vH zugenommen.

Tabelle 2

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1985	
8. Oktober	Der Finanzminister der Vereinigten Staaten unterbreitet der Jahrestagung des IWF ein „Drei-Punkte-Programm für anhaltendes Wachstum" in den hochverschuldeten Entwicklungsländern. Erstens sollen die Hauptschuldnerländer umfassende wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten ergreifen; zweitens soll der Währungsfonds bei der Anpassung an eine marktorientierte Wachstumspolitik die Koordinationsaufgabe übernehmen, das Finanzierungsvolumen soll gegenüber 1984 um 27 Mrd Dollar für die Jahre 1986 bis 1988 aufgestockt werden; drittens sollen die internationalen Banken den 15 meistverschuldeten Ländern in den nächsten drei Jahren zusätzlich 20 Mrd Dollar Kredite bereitstellen. Vertreter privater Banken stimmen dem Plan in den Hauptpunkten zu, machen eine Zusage von zusätzlichen Krediten aber von der Klärung einzelner Sachverhalte abhängig.
	Der Interimsausschuß des IWF empfiehlt unter anderem eine leichte Kürzung des „erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds" für 1986 und danach.
1986	
21. März	Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich unterzeichnet eine Vereinbarung, wonach sie vom 1. Januar 1987 an als Clearingstelle für private ECU-Transaktionen dient.
27. März	Der IWF schafft eine neue Strukturanpassungs-Fazilität von 2,7 Mrd Sonderziehungsrechten. Schuldner müssen für eine Inanspruchnahme mittelfristige Programme zur Überwindung der Zahlungsbilanzprobleme und zur Wachstumsstimulierung vorlegen.
1. August	Die Vertreter von 42 Staaten kommen überein, das Multifaser-Abkommen für weitere fünf Jahre zu verlängern, dabei auf weitere Fasern auszudehnen und Umgehungen härter zu ahnden.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1986	noch Internationale Ereignisse
21. September	Die 92 Signatarstaaten des GATT vereinbaren in Punta del Este eine neue Runde multilateraler Verhandlungen einzuleiten, die in vier Jahren beendet sein soll. Gegenstand dieser „Uruguay-Runde" soll auch der Handel mit Agrarprodukten und mit Dienstleistungen sein sowie der Schutz geistigen Eigentums. Ferner wird vereinbart, bis zum Abschluß dieser Verhandlungen keine neuen Handelsbeschränkungen zu verfügen und bestehende abzubauen.
	Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)
1985	
4. Oktober	Bei ihrem 75. außerordentlichen Treffen vereinbaren die Ölminister der Organisation, die Höchstgrenze der Rohölproduktion der OPEC von 16 Mio Faß pro Tag beizubehalten.
9. Dezember	Die seit vier Jahren verfolgte Politik der Ölpreisstabilisierung durch eine Höchstgrenze für die Förderung wird aufgegeben, nachdem der OPEC-Anteil am Ölverbrauch der Industrieländer seit 1979 von drei Viertel auf die Hälfte gefallen ist. Der Ankündigung folgt ein rascher Preisverfall.
1986	
21. April	Die Mehrheit der Mitgliedstaaten beschließt, die Produktion im dritten Vierteljahr auf 16,3 Mio Faß pro Tag und im vierten Vierteljahr auf 17,3 Mio Faß pro Tag zu begrenzen. Algerien, Iran und Lybien stimmen nicht zu.
5. August	Zur Stützung des Ölpreises wird vereinbart, die Ölförderung von etwa 20 Mio Faß pro Tag auf 16 Mio Faß pro Tag im September und Oktober zu begrenzen und — mit Ausnahme des Iraks — gemäß den am 31. Oktober 1984 vereinbarten Quoten auf die Mitgliedsländer aufzuteilen.
22. Oktober	Die Obergrenze der Ölförderung des Kartells wird für November und Dezember auf 15 Mio Faß pro Tag (ohne Irak) angehoben, wobei allen Mitgliedern außer Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten höhere Quoten zugestanden werden.
	Europäische Gemeinschaften
1985	
30. Oktober	Der Ministerrat beschließt für die Zeit nach Beendigung des Stahlkrisenplans und nach Auslaufen des Subventionskodex: Subventionen sollen nurmehr für Forschung und Entwicklung, Anpassung an Umweltauflagen, Betriebsschließungen und vorzeitige Abschreibungen gewährt werden und müssen Ende 1988 auslaufen, das Quotensystem soll — beginnend zum 1. Januar 1986 — für einzelne Produkte schrittweise aufgegeben werden.
4. Dezember	Die Regierungschefs vereinbaren, die Römischen Verträge zu erweitern. Gegenstand der Vereinbarung ist unter anderem ein neuer Artikel zur Zusammenarbeit in der Geldpolitik, ein Vorschlag, auf Mehrheitsbeschlüsse überzugehen, die Gewährung von Krediten und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft. Die Akte für ein einiges Europa wird am 17. Februar 1986 von neun Mitgliedstaaten unterzeichnet. Nach der Zustimmung Dänemarks am 27. Februar ratifizieren auch Italien und Griechenland die Akte.
1986	
1. Januar	Spanien und Portugal werden Mitglieder der Gemeinschaft.
6. April	Im Europäischen Währungssystem wird der Französische Franken um 3 vH abgewertet, der Belgische und der Luxemburgische Franken sowie die Dänische Krone um 1 vH, die Deutsche Mark und der Holländische Gulden werden um 3 vH aufgewertet.
7. April	Der Ministerrat erlaubt es Regierungen und Unternehmen in der Gemeinschaft, in einer Übergangsphase von 7 bis 10 Jahren bis zur vollen Mitgliedschaft Spaniens und Portugals Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken dieser Länder zu ergreifen.
25. April	Die Landwirtschaftsminister beschließen, die Preise für die meisten Agrarprodukte konstant zu halten, Änderungen der Interventionen bei Getreide und Milch, unter anderem durch Erzeugerabgaben, und eine Abwertung der „grünen" Paritäten in zehn Staaten gegenüber der Deutschen Mark und dem Holländischen Gulden.
1. Mai	Das dritte Lomé-Abkommen tritt in Kraft, nachdem es von allen 66 Teilnehmerstaaten des afrikanischen, des karibischen und des pazifischen Raumes ratifiziert worden ist.
16. Juni	Der Rat der Finanzminister kommt überein, alle Hindernisse für einen freien Kapitalverkehr in der Gemeinschaft bis 1992 abzubauen.
10. Juli	In einem Kompromiß zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament wird der Ausgabenrahmen des Haushalts 1986 auf 35 Mrd ECU festgelegt. Die Mitgliedstaaten haben zuvor beim Europäischen Gerichtshof gegen den Haushaltsbeschluß des Parlaments vom 12. Dezember 1985 geklagt, mit dem der im Ministerrat vereinbarte Ausgabenrahmen überschritten worden war. Der Gerichtshof hatte zuletzt am 3. Juli die Rechtmäßigkeit des Haushaltsbeschlusses verneint und die Parteien zur Wiederaufnahme des Beschlußverfahrens aufgefordert.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1986	noch Europäische Gemeinschaften
2. August	Das Irische Pfund wird gegenüber allen anderen Währungen im Europäischen Währungssystem um 8 vH abgewertet.
9. September	Der Ministerrat beschließt den Haushalt für 1987. Mit 36 Mrd ECU liegt der Ausgabenrahmen $2^1/_2$ vH über dem des Vorjahres, wobei die Ausgaben für die Agrarpreisstützung und für strukturpolitische Maßnahmen überproportional zunehmen, solche für Entwicklungshilfe und Forschung dagegen verringert werden.
	Belgien
1986	
23. Mai	Durch einen Abbau der Lohnindexierung und Ausgabenbeschänkungen leitet die Regierung ein Sparprogramm ein, mit dem das Staatsdefizit — gemessen am Bruttosozialprodukt — von 11 vH im Jahre 1985 auf 8 vH 1987 verringert werden soll.
3. August	Regierung und Finanzinstitutionen kommen zu einer Einigung über die Umschuldung der Staatsschuld, nachdem die Sparmaßnahmen im Haushalt 1986 vom Parlament beschlossen worden sind. Unter anderem wird für langlaufende Anleihen die Verzinsung auf höchstens 8%, die Zinszahlungen dafür auf höchstens 25 vH aller Ausgaben festgeschrieben; für den Fall, daß die Zinsen 8% übersteigen, werden in entsprechendem Umfang niedriger verzinsliche Anleihen zusätzlich begeben.
23. September	Die Regierung beschließt den Haushalt 1987, der in Anpassung an die ungünstigeren Wachstumsaussichten eine weitere Verringerung der Ausgaben vorsieht. Gegenüber 1986 sollen diese nunmehr um 6 vH zurückgehen, während die Einnahmen voraussichtlich um $1^1/_2$ vH höher als im Vorjahr ausfallen werden.
	Dänemark
1985	
5. Dezember	Die Regierung gibt ein Maßnahmenpaket zur Dämfung der Binnennachfrage um $1^1/_4$ vH im Jahre 1986 und zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits bekannt. Neben Ausgabensenkungen sollen die öffentlichen Investitionen zeitlich hinausgeschoben werden, eine Erhöhung der Energiesteuern und Einschränkungen für Hypothekarkredite sollen nachfragedämpfend wirken.
21. März	Das Parlament beschließt Erhöhungen der Steuern auf Öl und andere Energieträger sowie der Abgabe auf den Aktienumsatz.
15. August	Der von der Regierung vorgelegte Haushalt 1987 weist einen Überschuß von knapp 1 Mrd Kronen aus. Einnahmen und Ausgaben sollen jeweils um etwa $1^1/_2$ vH steigen.
7. Oktober	Als weitere Maßnahmen zur Dämpfung des privaten Verbrauchs werden unter anderem eine Abgabe auf Konsumentenkreditzinsen, Zusatzsteuern auf Kreditkarten und nochmals höhere Energiesteuern vorgeschlagen.
	Frankreich
1985	
14. November	Das Parlament beschließt den Haushalt 1986; das Defizit beträgt 145 Mrd Franken.
15. November	Zur besseren Kontrolle der Bankenliquidität erhöht die Notenbank einige Mindestreservesätze, senkt aber den Interventionssatz am Geldmarkt von $9^1/_4$% auf $8^3/_4$%.
27. November	Die Regierung beschließt einen Nachtragshaushalt für 1985, wodurch das Defizit in diesem Jahr um 9,4 Mrd Franken auf 149,6 Mrd Franken erhöht wird.
2. Dezember	Neue Maßnahmen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs werden bekanntgegeben.
6. Dezember	Die Notenbank gibt die Geldmengenziele für 1986 bekannt. Zwischen den Jahresendquartalen 1985 und 1986 soll die Geldmenge M3R um 3 vH bis 5 vH zunehmen, der Korridor für M2R wird mit 4 vH bis 6 vH angegeben. Die Berechnungsverfahren der Geldmengenaggregate werden umgestellt. Um neueren Entwicklungen an den Finanzmärkten Rechnung zu tragen, will die Zentralbank die Bankenliquidität stärker über Zinssätze und Mindestreserven steuern.
17. Dezember	Als Teil der Liberalisierung des Kapitalmarktes werden Richtlinien für die Ausgabe von Geldmarktpapieren durch Unternehmen erlassen.
19. Dezember	Das Defizit der Sozialversicherung wird nach Schätzungen der Regierung 1986 etwa 10 Mrd Franken betragen oder 1,5 vH der Gesamtausgaben.

noch Tabelle 2

Datum	
	noch Frankreich
1986	
20. Februar	Die Bank von Frankreich nimmt ihren Interventionssatz am Geldmarkt von $8^3/_4$% auf $8^1/_2$% zurück und erhöht die Reservesätze.
13. März	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen in Frankreich. Gleichzeitig werden die Subventionen von Exportkrediten für Lieferungen in Staaten, die nicht der EG angehören, drastisch gekürzt.
14. April	Die restlichen Beschränkungen bei den Erzeugerpreisen von Industrieprodukten werden aufgehoben und die Hälfte der Dienstleistungspreise werden der staatlichen Kontrolle enthoben.
	Der Interventionssatz am Geldmarkt wird von der Bank von Frankreich auf $7^3/_4$% zurückgenommen und die Mindestreservepflicht wird nochmals erhöht.
16. April	Als Einzelmaßnahmen des Begleitprogramms zur Abwertung des Franken wird die Regierung die Mittel für ein Beschäftigungsprogramm für Jugendliche und für Kredite an verstaatlichte Unternehmen aufstocken, aber größere Einsparungen durch Subventionskürzungen und durch ein Einfrieren der Löhne im öffentlichen Sektor erzielen.
15. Mai	Die Regierung kündigt die zweite Phase der Liberalisierung der Kapitalmärkte und des Zahlungsverkehrs an.
3. Juni	Die Regierung legt einen Plan zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus vor.
1. Juli	Die Regierung kündigt Maßnahmen an, die das Defizit in den Sozialversicherungshaushalten verringern sollen.
31. Juli	Das Privatisierungsgesetz wird vom Parlament verabschiedet.
6. August	Die Regierung beschließt Änderungen im Arbeitsrecht aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes. Zeitverträge bedürfen danach nicht mehr der Genehmigung, und Arbeitgeber erhalten größere Freiheiten zum Abschluß von Teilzeitverträgen.
1. September	Für Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit sollen 1987 zusätzliche Mittel in Höhe von 4,5 Mrd Franken aufgewendet werden.
15. September	Der Haushalt 1987 wird verabschiedet. Er sieht bei einer Ausgabenexpansion von 1,8 vH und Einnahmensteigerungen von 4,4 vH ein Defizit, gemessen am Bruttosozialprodukt, von 2,5 vH vor.
8. Oktober	In drei von der Werftenkrise betroffenen Regionen in der Normandie werden Unternehmensfreizonen eingerichtet.
	Griechenland
1985	
11. Oktober	Zusammen mit einer Abwertung der Drachme um 15 vH verkündet die Regierung ein Bündel von begleitenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung.
27. November	Die Regierung legt den Haushalt für 1986 vor, der Ausgabensteigerungen von 20 vH und Einnahmenverbesserungen von 32 vH vorsieht. Der Fehlbetrag soll, gemessen am Sozialprodukt, von 13 vH auf $10^1/_2$ vH zurückgehen.
1986	
23. Januar	Ein von der Regierung eingebrachtes Gesetz sieht einen Abbau von Steuervergünstigungen vor sowie Nachlässe auf die Steuerschuld für Haushalte und Unternehmen, die den Steuervorschriften Rechnung tragen.
5. Februar	Die Regierung gibt bekannt, daß die Zunahme der Geldmenge M3 im laufenden Jahr 20 vH betragen soll nach 26 vH im Jahre 1985.
	Großbritannien
1985	
12. November	Die Regierung gibt ihre Ausgabenpläne und die Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung für 1986 bis 1989 bekannt. Die Ausgaben sollen real um 1 vH jährlich zunehmen, die Beitragssätze in der Sozialversicherung bleiben unverändert, angepaßt werden die Untergrenze und die Obergrenze für die Beitragspflicht.
19. Dezember	Die Regierung bringt einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Anlegerschutzes ein.

noch Tabelle 2

Datum	
	noch Großbritannien
1986	
14. Januar	Die Bank von England gibt nahezu 2 Mrd Pfund zusätzliche Liquidität in den Geldmarkt und interveniert am Devisenmarkt zur Stabilisierung des Pfundkurses.
18. März	Der Schatzkanzler legt den Haushalt und die Geldmengenziele für 1986/87 vor. Der öffentliche Kreditbedarf soll auf $1^3/_4$ vH des Bruttoinlandsprodukts sinken. Der Zielkorridor für M0 wird um 1 Prozentpunkt auf 2 vH bis 6 vH herabgesetzt, der für £M3 um 6 Prozentpunkte auf 11 vH bis 15 vH angehoben.
19. Juli	Mit der Sowjetunion wird ein Übereinkommen erzielt, in dem alle bis 1917 zurückgehenden gegenseitigen Forderungen anerkannt werden, was der Sowjetunion den Zugang zu einer besseren Nutzung des Euro-Anleihemarktes erleichtert.
6. November	Die Regierung legt den Ausgabenplan für 1987 und die mittelfristige Finanzplanung vor. Die Ausgaben, unter anderem für Erziehung, Gesundheit und soziale Sicherheit, sollen gegenüber der bisherigen Planung 1987 um $7^1/_2$ Mrd Pfund und 1988 um 8 Mrd Pfund höher ausfallen. In realer Rechnung nehmen die Ausgaben damit um $1^1/_4$ vH zu. Die Steuern sollen in den kommenden drei Jahren zwischen 2 Mrd und 4 Mrd Pfund je Jahr gesenkt werden.
	Italien
1985	
17. Oktober	Die Regierung gibt weitere Maßnahmen zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland bekannt.
8. November	Der Diskontsatz wird von 15,5% auf 15% gesenkt.
11. November	Der Finanzminister legt ein mittelfristiges Programm zur Haushaltskonsolidierung vor, wonach die Neuverschuldung von gegenwärtig etwa 14 vH des Bruttoinlandsprodukts bis 1990 auf 8 vH zurückgeführt werden soll.
12. November	Investmentfonds wird erlaubt, bis zu 10 vH ihres Portefeuilles in OECD-Staaten anzulegen.
26. November	Regierungen und Gewerkschaften kommen überein, daß für 800 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Ende 1987 die Arbeitszeit von 38 Stunden auf 36 Stunden in der Woche verringert wird.
5. Dezember	Die Notenbank hebt die seit dem 20. Juli 1984 bestehende Festschreibung der Auslandseinlagen der Banken auf.
17. Dezember	Die Notenbank gibt in Umsetzung einer EG-Richtlinie die Zulassungsbestimmungen für neue Banken bekannt.
1986	
27. Februar	Die Regierung will die Verbilligung des Öls durch eine Abgabe abschöpfen und ihre Schuldenaufnahme entsprechend um etwa 1 Billion Lire verringern.
6. März	Ein Maßnahmengesetz, mit dem durch Inflation bewirkte Steuermehrbelastungen abgemildert und Investitionen angeregt werden sollen, wird verlängert. Die Steuerausfälle für 1986 werden auf 5,4 Billionen Lire geschätzt.
28. März	Der Diskontsatz wird von 15% auf 14% gesenkt. Weitere Senkungen auf 13% am 25. April und auf 12% am 26. Mai folgen.
4. Juni	Die Bank von Italien wird die bisherigen Einschränkungen für die Kreditvergabe der Banken, die Ende Juni auslaufen, nicht verlängern.
21. August	Die Mineralölsteuer wird gesenkt, um einen Anstieg der Benzinpreise zu vermeiden. Der Steuerausfall wird auf 365 Mrd Lire im Jahr veranschlagt.
1. September	Die Notenbank erleichtert die Ausgabe von Einlagenzertifikaten, indem die Mindestlaufzeit von 6 auf 3 Monate zurückgenommen wird. Gleichzeitig wird die Verzinsung der Mindestreserven auf Einlagenzertifikate um 1 Prozentpunkt auf 8,5% gesenkt.
30. September	Der Haushalt für 1987 wird im Parlament eingebracht. Danach wird die Neuverschuldung auf 12,2 vH des Bruttoinlandsprodukts gesenkt. Zunehmen sollen die Ausgaben für den Umweltschutz, für neue Technologien und zur Beschäftigung Jugendlicher. Die öffentlichen Investitionen sollen gekürzt werden.

noch Tabelle 2

Datum	
	Japan
1985	
2. Dezember	Das Finanzministerium erlaubt den Banken, den Handel mit Auslandsanleihen und den Interbankenhandel mit Euro-Yen-Anleihen.
18. Dezember	Angesichts der starken Höherbewertung des Yen will die Notenbank ihre Politik lockern.
1986	
6. Januar	Im Zuge der Kapitalmarktliberalisierung werden mit Wirkung vom 1. April an Zinskontrollen für Termineinlagen gelockert, die Höchstlaufzeit von Geldmarktpapieren verlängert und die Begrenzung des Emissionsvolumens heraufgesetzt.
14. Januar	Ausländischen Emittenten wird die Ausgabe von Yen-Anleihen erlaubt, gleichzeitig erhöhen die Versicherungsgesellschaften ihre Selbstbeschränkung beim Kauf von Auslandsanleihen.
30. Januar	Die Bank von Japan senkt den Diskontsatz von 5% auf 4,5%.
28. Februar	Zur Unterstützung der von der Höherbewertung des Yen besonders betroffenen Exporteure werden insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Lohnsubventionen gezahlt. Die Mittel werden zum größten Teil aus den Sozialversicherungsbeiträgen der Unternehmen aufgebracht und belaufen sich im ersten Jahr auf schätzungsweise 1 Mrd Yen.
7. März	Der Diskontsatz wird von 4,5% auf 4% herabgesetzt.
12. März	Versicherungsgesellschaften können nunmehr Wertverluste bei ausländischen Wertpapieren über 3 Jahre hinweg bis Ende März 1988 abschreiben. Außerdem werden die Höchstgrenzen angehoben, bis zu denen ausländische Papiere gehalten werden dürfen.
8. April	Die Regierung beschließt zusätzliche Maßnahmen zur Nachfragestimulierung. Öffentliche Investitionen werden vorgezogen, Elektrizitätsgesellschaften erhöhen ihre Investitionen, die Zinsen für öffentliche Wohnungsbaudarlehen und für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen werden gesenkt und die Bauvorschriften vereinfacht.
19. April	Die Notenbank senkt den Diskontsatz auf 3,5%.
22. Mai	Das Parlament beschließt die Errichtung eines Offshore-Finanzmarktes in Tokio innerhalb der nächsten neun Monate.
30. Mai	Die Regierung ergreift weitere Maßnahmen zur Nachfragestützung. Unter anderem sollen die niedrigeren Importpreise nunmehr den Verbrauchern stärker zugute kommen.
21. Juli	Für das Haushaltsjahr 1987, das am 1. April beginnt, beschließt die Regierung einen um 1 vH höheren Ausgabenrahmen, ohne Zuweisungen an Kommunen, Zinszahlungen, Investitionen und Darlehen gerechnet. Die Ausgaben für Verteidigung und für Auslandshilfe sollen um etwa 7 vH zunehmen.
6. August	Weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Mittelanlage im Ausland durch institutionelle Anleger werden beschlossen. Am 8. September werden die Obergrenzen für die Anlage in ausländischen Wertpapieren erneut heraufgesetzt.
19. September	Die Regierung beschließt, in den kommenden zwei Jahren zusätzlich 3,6 Billionen Yen auszugeben, um ihr Wachstumsziel von 4 vH zu erreichen. Hauptstoßrichtung ist erneut die Milderung der Folgen der Höherbewertung des Yen für kleine und mittlere Unternehmen.
29. Oktober	Die Regierung macht von der Ermächtigung zur Privatisierung der Telefongesellschaft Gebrauch und will in einem ersten Schritt ein Viertel der Aktien an japanische Anleger verkaufen.
31. Oktober	Im Zuge der währungspolitischen Kooperation mit der amerikanischen Regierung senkt die Bank von Japan den Diskontsatz noch einmal um 0,5 Prozentpunkte auf 3%, den niedrigsten Stand seit 1945. Beide Regierungen erklären, daß der Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar etwa auf der Höhe von 160 Yen bleiben sollte.
	Niederlande
1985	
20. November	Der Finanzminister kündigt eine Reihe von Maßnahmen zur Liberalisierung des Kapitalmarktes an, die am 1. Januar 1986 wirksam werden sollen. Unter anderem sollen Einlagenzertifikate und variabel verzinsliche Anleihen zugelassen werden.
1986	
8. April	Für den für 1987 erwarteten starken Rückgang der Einnahmen aus der Erdgasförderung sollen eine Reihe kompensierender Maßnahmen ergriffen werden. Vorgesehen sind Einsparungen bei den Ausgaben für die soziale Sicherung, das Gesundheitswesen und die Beschäftigungsförderung sowie eine Mehrwertsteuererhöhung.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1986	noch Niederlande
15. Juli	Mit Wirkung vom 1. November werden die Abgaben für Heizöl und Industriebenzin erhöht.
16. September	Der Haushaltsentwurf für 1987 sieht um 0,9 vH geringere Ausgaben vor. Die Einnahmen gehen trotz Erhöhungen an anderer Stelle aufgrund der geringeren Einnahmen aus der Erdgasförderung um 11,9 vH zurück; das Defizit wird von 24,9 Mrd Gulden auf 29,3 Mrd Gulden zunehmen.
	Schweden
1985	
21. November	Mit der Abschaffung der Kreditobergrenzen für Banken und Finanzierungsgesellschaften, einer Erhöhung der Pflichtreserven und einer Verzinsung der Überschußreserven will die Zentralbank eine bessere Kontrolle über den Zinssatz erhalten, was insbesondere aus außenwirtschaftlichen Gründen angestrebt wird.
17. Dezember	Die Obergrenze für nicht anzeigepflichtige Zahlungsvorgänge mit dem Ausland wird angehoben.
1986	
17. Januar	Die Bank von Schweden senkt den Diskontsatz von 10,5% auf 9,5%.
11. März	Die Regierung bringt eine Steuerreform ein, mit der die Einkommensteuer 1987 und 1988 um 6,25 Mrd Kronen verringert werden soll. Die Progression wird gemildert, so daß von 1988 an bei 90 vH der abhängig Beschäftigten das Einkommen einem Grenzsteuersatz von höchstens 50 vH unterliegt. Die Ausgaben zur Familienunterstützung werden um 2,5 Mrd Kronen angehoben.
14. März	Der Diskontsatz wird von 9,5% auf 8,5% herabgesetzt, am 17. April auf 8%.
24. Juni	Als ersten größeren Schritt zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland hebt die Bank von Schweden Finanzierungsbestimmungen für Direktinvestitionen schwedischer Unternehmen im Ausland auf und setzt den Höchstbetrag beim Erwerb von Ferienwohnungen im Ausland auf 800 000 Kronen herauf.
18. September	Der Diskontsatz wird auf 7,5% gesenkt.
	Schweiz
1985	
18. Oktober	Die Regierung legt den Bundeshaushalt für 1986 vor. Bei Ausgabensteigerungen von 3,1 vH und Einnahmenverbesserungen von 6,8 vH soll das Budget mit einem Überschuß abschließen.
20. Dezember	Die Nationalbank legt ihr Geldmengenziel für 1986 auf 2 vH fest. Für 1985 hatte die Zielvorgabe 3 vH betragen.
29. Mai	Die Nationalbank hebt weitere Beschränkungen für Kapitalexporte auf. Verbleibende Einschränkungen betreffen die Berichtspflicht für einige Transaktionen und die Bestimmung, daß die Mitglieder eines Emissionskonsortiums ihren Firmensitz in der Schweiz haben müssen.
10. Juni	Die von der Regierung verfügte Anhebung der Einfuhrzölle für Heizöl und Erdgas wird vom Parlament abgelehnt, die vorgeschlagene Benzinsteuer aber genehmigt.
20. Oktober	Der Bundeshaushalt für 1987 wird vorgelegt. Die Ausgaben sollen um 2,6 vH zunehmen, die Einnahmen um 2,9 vH höher ausfallen, so daß ein Überschuß von 180 Mio Franken oder, gemessen am Sozialprodukt, 0,1 vH anfällt.
	Vereinigte Staaten
1985	
15. November	Der Kongreß billigt eine vorübergehende Anhebung der Verschuldungsgrenze, so daß 80 Mrd Dollar zusätzliche Kredite aufgenommen werden können.
12. Dezember	Der Präsident unterzeichnet das Gesetz zur Beschränkung des Haushaltsdefizits, das den Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1986 auf 172 Mrd Dollar und für 1987 auf 144 Mrd Dollar begrenzt und für die daran anschließenden vier Haushaltsjahre um jeweils 36 Mrd Dollar kürzt, wodurch der Bundeshaushalt von 1991 an ausgeglichen wäre. Abweichungen sollen nur zugelassen sein, wenn das Sozialprodukt in zwei aufeinanderfolgenden Vierteljahren stagniert. Schon im Januar 1986 wird jedoch bekanntgegeben, daß der Fehlbetrag 1986 voraussichtlich 50 Mrd Dollar höher als im Gesetz vorgesehen ausfallen dürfte.

noch Tabelle 2

Datum	
noch 1985	noch Vereinigte Staaten
23. Dezember	Die Landwirtschaft soll durch ein Fünf-Jahres-Programm mit Gesamtaufwendungen von 170 Mrd Dollar unterstützt werden, die vornehmlich für Exportsubventionen ausgegeben werden sollen.
1986	
5. Februar	Der Präsident unterbreitet dem Kongreß den Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 1987. Darin sind 1,4 vH höhere Ausgaben und 9,4 vH höhere Einnahmen eingestellt und ein Defizit von 143,6 Mrd Dollar. Zum Erreichen des Zieles müssen Einsparungen von 32 Mrd Dollar verwirklicht werden.
13. Februar	Die Einfuhr japanischer Autos soll nach einem Beschluß der japanischen Regierung weiterhin auf höchstens 2,3 Mio Einheiten begrenzt bleiben.
19. Februar	Die Notenbank will ihre Geldmengenziele für 1986 unverändert beibehalten. Der höheren Unsicherheit bei der Geldmenge M1 wird durch einen um 1 Prozentpunkt nach oben und unten erweiterten Korridor von 3 vH bis 8 vH Rechnung getragen, die Vorgaben für M2 und M3 betragen 6 vH bis 9 vH.
7. März	Die Notenbank senkt den Diskontsatz von 7,5% auf 7%.
28. März	Banken wird unter Umständen erlaubt, durch Unterschreitung der Eigenkapitalerfordernisse und Abschwächung von Wertberichtigungsanforderungen den in Schwierigkeiten geratenen Branchen Landwirtschaft, Energie und Vermietung von gewerblichen Immobilien zu helfen.
2. April	Der Diskontsatz wird von 7% auf 6,5% gesenkt.
7. Juli	Der Bundesgerichtshof erklärt die Regelung zur Festlegung von Ausgabenkürzungen im Gesetz zur Beschränkung des Haushaltsdefizits für verfassungswidrig. Die im Gesetz vorgesehenen Höchstbeiträge für das Defizit bleiben verbindlich.
11. Juli	Die Notenbank senkt den Diskontsatz von 6,5% auf 6%.
18. Juli	Der Kongreß verabschiedet Ausgabenkürzungen von 11,7 Mrd Dollar für das Haushaltsjahr 1986.
18. Juli	Die Notenbank gibt bei ihrer Überprüfung der Geldmengenziele für das laufende Jahr vorläufige Zielgrößen für 1987 bekannt. Der Korridor für M1 soll beibehalten werden (3 vH bis 8 vH), für M2 und für M3 soll der Korridor jeweils 5,5 vH bis 8,5 vH betragen, $^1/_2$ Prozentpunkt niedriger als im laufenden Jahr.
30. Juli	Die Vereinigten Staaten und Japan unterzeichnen ein Abkommen über den Handel mit Halbleitern. Japan soll seine Käufe im Ausland in den nächsten fünf Jahren um 20 vH steigern. Die japanischen Exportpreise sollen für eine Vielzahl von Halbleitern erhöht werden. Dafür werden zwei Anti-Dumping-Klagen amerikanischer Unternehmen gegen japanische Hersteller zurückgezogen.
20. August	Der Diskontsatz wird nochmals um $^1/_2$ Prozentpunkt auf 5,5% gesenkt, den niedrigsten Stand seit August 1977.
28. August	Die Bezüge der öffentlichen Bediensteten werden im kommenden Jahr nur um 2 vH statt wie vom Kongreß vorgeschlagen um 3 vH angehoben. In diesem Jahr waren die Verdienste als Teil der Sparmaßnahmen nicht erhöht worden.
27. September	Die Reform der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer wird vom Kongreß verabschiedet. Die bisher 14 Steuerstufen in der Einkommensteuer werden auf 2 reduziert, der Spitzensteuersatz wird von 50 vH auf 33 vH gesenkt. Gleichzeitig wird die Bemessungsgrundlage durch Abbau zahlreicher steuerlicher Vergünstigungen verbreitert. Bei der Unternehmensbesteuerung wird der Spitzensteuersatz von 46 vH auf 34 vH gesenkt und die steuerliche Förderung der Investitionen vermindert.
17. Oktober	Der Kongreß verabschiedet Maßnahmen, die zu einer Verringerung des auf 163 Mrd Dollar veranschlagten Defizits im Bundeshaushalt 1987 um 11,7 Mrd Dollar führen sollen. Außerdem wird die Verschuldungsgrenze des Bundes um 189 Mrd Dollar erhöht. Ausgaben, die nicht durch Gesetz oder anderweitig festgelegt sind, sollen um durchschnittlich 2,5 vH steigen. Zu den Maßnahmen gehört auch eine zeitlich befristete Importabgabe in Höhe von zunächst 0,22 vH.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur im Jahre 1986

I. Überblick

37. In der Bundesrepublik hat sich der Aufschwung 1986 fortgesetzt. Nachfrage und Produktion sind das Jahr über zwar nicht stetig, im ganzen aber weiter deutlich gestiegen. Mit 2½ vH war der Zuwachs des realen Sozialprodukts im vierten Aufschwungsjahr etwa so hoch wie im dritten. Dabei sind die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht nur besser ausgelastet worden, sondern sie sind auch verstärkt gewachsen. Der Beschäftigungsanstieg hielt unvermindert an, und die Anzahl der Arbeitslosen ist, anders als in den Jahren davor, leicht zurückgegangen. Das Preisniveau — und das sticht unter allem anderen besonders hervor — ist in diesem Jahr stabil geblieben. Noch einmal zugenommen hat der Überschuß im Leistungsverkehr mit dem Ausland.

38. Was aus diesem Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung nicht sichtbar wird, ist der markante Wechsel bei den Auftriebskräften (Ziffern 48 ff.). War es 1984 vornehmlich und 1985 noch zu einem guten Teil die Auslandsnachfrage gewesen, die der Konjunktur Schub gab, so war es 1986 die Binnennachfrage. Besonders kräftig hat sich der Anstieg des privaten Verbrauchs beschleunigt. Die Investitionen in Ausrüstungen und gewerbliche Bauten sind zusammen etwas stärker gestiegen als im Vorjahr. Im Wohnungsbau gibt es nach dem ausgeprägten Rückgang in den Jahren zuvor Anzeichen einer Erholung. Die Ausfuhr hat sich dagegen nicht mehr erhöht; wären nicht noch Aufträge aus dem letzten Jahr zu erledigen gewesen, wäre sie sogar niedriger als 1985 ausgefallen, denn die neuen Bestellungen aus dem Ausland sind hinter dem vorjährigen Umfang zurückgeblieben. Von daher ist die deutsche Wirtschaft unter Anpassungsdruck geraten (Ziffern 59 ff.).

39. In erster Linie haben die außergewöhnlichen außenwirtschaftlichen Einflüsse diesen Wechsel der treibenden Kräfte bewirkt. Wie in anderen Ländern haben auch in der Bundesrepublik private Haushalte und Unternehmen aus dem Preiseinbruch auf dem internationalen Ölmarkt erheblichen Vorteil gezogen; sie sparten Geld, das sie für den Kauf anderer Güter verwenden konnten. Nur in wenigen Ländern sparten sie jedoch so viel Geld, wie es in der Bundesrepublik der Fall war. Denn zu der allgemeinen Verbilligung des Öls ist hier die kräftige Höherbewertung der D-Mark gekommen; sie hat die Einfuhrpreise zusätzlich stark gedrückt. Gegenüber dem Dollar hat die D-Mark besonders viel an Wert gewonnen. Aber auch wenn man andere wichtige Währungen dazunimmt, ist der Außenwert der D-Mark binnen Jahresfrist um mehr als ein Zehntel gestiegen, und dies nicht nur in nominaler, sondern auch in realer Rechnung.

40. So sind die Einfuhrpreise für Mineralölprodukte auf die Hälfte, für Rohöl sogar auf ein Drittel ihres Standes vom letzten Herbst zurückgegangen. Auch andere Einfuhrgüter haben sich spürbar verbilligt; das gilt nicht nur für Vorprodukte, sondern auch für viele Fertigwaren. Im Durchschnitt kosten Einfuhrgüter derzeit rund 20 vH weniger als vor einem Jahr. Das ist die größte Importverbilligung seit den fünfziger Jahren.

Diese wirkt nun durch die Volkswirtschaft durch. Noch nie hat es mitten in einem Aufschwung eine Senkung der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise gegeben. Es wäre falsch, hinter diesen Preissenkungen deflatorische Tendenzen zu sehen. Vielmehr sind die Preissenkungen ein Indiz dafür, daß der Wettbewerb stark genug ist, bei einem Rückgang wichtiger Einstandspreise eine Senkung der Abgabepreise zu erzwingen, von den Importeuren über die Verarbeiter auf den verschiedenen Stufen bis hin zum Handel. Die Chance, die Preissteigerungen weiterhin sehr niedrig zu halten, ist durch den zusätzlichen Wettbewerbsdruck, den die Aufwertung der D-Mark geschaffen hat, größer geworden.

Diesen Druck spüren allerdings auch die Exporteure. Auch sie mußten ihre Preise senken, um wechselkursbedingte Verluste von Marktanteilen in Grenzen zu halten. Ganz haben sie Einbußen nicht vermeiden können, obwohl ihre Gewinnmargen größere Preissenkungen zur Verteidigung von Marktanteilen zuließen. Zum Teil ist der verhaltene Auftragseingang aus dem Ausland indes auch im Zusammenhang zu sehen mit dem vorübergehend schwächeren konjunkturellen Auftrieb bei wichtigen Handelspartnern und dem Rückgang der Bestellungen aus den OPEC-Ländern. Die Importe sind hingegen beschleunigt gestiegen. In der Leistungsbilanz schlug indes die Veränderung der Außenhandelspreise noch stärker zu Buche als die der Außenhandelsmengen; so ist der Überschuß nochmals größer ausgefallen.

41. Die starken außenwirtschaftlichen Einflüsse haben auf den monetären Märkten der Bundesrepublik einen deutlichen Niederschlag gefunden. Die lebhafte Nachfrage internationaler Kapitalanleger nach deutschen Wertpapieren hat ganz wesentlich dazu beigetragen, die Zinsen am Kapitalmarkt auf 6% sinken zu lassen. Die Bundesbank hat dem Zinssenkungsprozeß in diesem Jahr keine nennenswerte Führung mehr gegeben; ihre eigenen Zinsen hat sie nur noch wenig zurückgenommen. Um die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar nicht noch größer werden zu lassen, hat sie

jedoch eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zugelassen, die erheblich über den von ihr angekündigten Rahmen und noch mehr über eine mittelfristig normal zu nennende Expansion hinausgeht. Der Stabilität des Preisniveaus hat das 1986 keinen Abbruch getan, es sind jedoch Irritationen hinsichtlich der künftigen Entwicklung von Preisen und Zinsen entstanden (Ziffern 107 ff.).

42. Die Lohnpolitik hat in diesem Jahr zwar die Grundlinie moderater Tarifabschlüsse nicht verlassen; mit gut 4 vH fiel die Anhebung der tariflichen Arbeitsentgelte im Durchschnitt aber etwas höher aus als im Vorjahr. Offenbar hat für die Bemessung der Lohnforderungen ebenso wie für die Bereitschaft der Arbeitgeber, diesen entgegenzukommen, nicht der von der Importverbilligung und von der Aufwertung ausgehende Druck auf die Verbraucherpreise den Ausschlag gegeben, sondern der Spielraum, der sich von der Ertragslage her bot. Der Zuwachs bei den Effektivverdiensten ging noch leicht über den der Tarifverdienste hinaus. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität hat sich etwas verlangsamt. Die Folge aus beidem ist, daß die Lohnstückkosten nach einer Phase annähernder Stabilität um 2½ vH zugenommen haben. Im laufenden Jahr war die Kostensenkung aufgrund der verbilligten Einfuhr indes von größerem Gewicht. Die Stückgewinne haben sich sogar noch einmal erhöht, jedenfalls im Durchschnitt der Unternehmen. In die Zukunft läßt sich diese Entwicklung jedoch nicht fortschreiben (Ziffern 292 ff.).

43. Die Finanzpolitik ist 1986 wieder auf leicht expansivem Kurs gewesen. Mit der ersten Stufe der Einkommensteuersenkung, die zu Beginn des Jahres in Kraft trat, flossen in diesem Jahr rund 10 Mrd DM weniger Steuern in die öffentlichen Kassen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Indes zielte diese Minderung der Abgabenlast weniger darauf, mehr private Nachfrage anzuregen, als vielmehr darauf, Familien zu entlasten und Leistungshemmnisse abzubauen. Sie hätte von daher durch entsprechende Zurückhaltung bei den staatlichen Ausgaben neutralisiert werden können. Die Ausgaben sind jedoch um 4½ vH gestiegen, und damit nicht weniger, sondern mehr als im Vorjahr. Das von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam verabredete Ziel, den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben auf durchschnittlich 3 vH zu begrenzen, wird zwar nach wie vor bekräftigt; vor allem Länder und Gemeinden tun sich aber immer schwerer, es einzuhalten (Ziffern 126 ff.).

44. Stark gefallene Preise für Heizöl und Benzin, stabile Preise für die meisten anderen Güter, höhere Lohnsteigerungen, Steuersenkung — all dies kommt zusammen und macht die privaten Haushalte zu den Hauptgewinnern, auch wenn sie vom Zinsrückgang bei ihrem Einkommen mehr Nachteile als Vorteile haben, weil sie mehr sparen als Kredit aufnehmen. Rund 50 Mrd DM haben sie an Einkommen in diesem Jahr mehr zur Verfügung. Der Einkommenszuwachs ist damit um ein Viertel größer als in den beiden Jahren davor, und erstmals entspricht ihm ein Kaufkraftzuwachs in voller Höhe, das heißt durch Geldwertschwund ist nichts vom Mehreinkommen verlorengegangen. Für etwas mehr als 50 Mrd DM — statt nur für 20 Mrd DM, die in den Jahren 1984 und 1985 jeweils nach Abzug der Preissteigerungen blieben — haben die privaten Haushalte somit 1986 mehr Waren kaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Wie sich zeigt, haben sie zunächst aber einen etwas größeren Teil ihrer Einkommen als im Vorjahr gespart, ihre Verbrauchsausgaben also nicht im Gleichschritt mit dem verfügbaren Einkommen gesteigert. Gleichwohl hat die Verbrauchsnachfrage gegenüber dem Vorjahr real um 4 vH zugenommen, und das heißt so stark wie lange nicht. Etwas mehr Mittel sind offenbar auch wieder für den Erwerb und für die Modernisierung von Wohnungseigentum aufgewandt worden.

45. Von den Veränderungen, die außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Einflüsse 1986 bei Kosten und Preisen bewirkt haben, sind die Unternehmen im einzelnen zwar in unterschiedlicher Weise betroffen, im ganzen zählen jedoch auch sie zu den Gewinnern. Selbst in der Industrie, die der Konkurrenz ausländischer Anbieter stärker als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche ausgesetzt ist, hat die Kostenentlastung bei den Importen die Preiszugeständnisse wettgemacht, zu denen die Aufwertung zwingt. Unternehmen, die vornehmlich auf Binnenmärkten mit geringem Wettbewerb von außen tätig sind, profitieren doppelt; sie ziehen Vorteil aus dem Rückgang der Vorleistungskosten und aus dem Anstieg der Binnennachfrage. Das gilt insbesondere für große Teile des Dienstleistungssektors, aber auch für Handel und Verkehr. Hier sind sowohl die Gewinnmargen als auch die Gewinne der absoluten Höhe nach nochmals kräftig gestiegen.

An Mitteln zum Investieren fehlt es nicht, weder an eigenen noch an fremden. Von daher hat die Investitionstätigkeit weiterhin eine gute Basis. Daß der Investitionsbedarf beträchtlich ist, hat das laufende Jahr erneut bewiesen. Die Unternehmen haben in Ausrüstungsgüter und in Bauten jeweils um 8½ vH mehr investiert als 1985 (Ziffern 65 ff.).

46. Vieles spricht dafür, daß mit der Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Produktionsanlagen zunehmend auch ein stärkerer Kapazitätsausbau einhergeht, so daß der Fortgang des Aufschwungs nicht schon bald an Angebotsengpässen scheitern muß. Das Bild variiert freilich von Branche zu Branche. Das hat nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe. Während die Hersteller von Investitionsgütern zu einem guten Teil an der Kapazitätsgrenze arbeiten, ist die Auslastung im Verbrauchsgütergewerbe zumeist geringer. In der Bauwirtschaft liegen Kapazitäten noch in erheblichem Umfang brach; möglicherweise werden sie, wie in anderen Branchen mit großen Strukturanpassungsproblemen, nie mehr voll genutzt werden können. Insofern ist nicht auszuschließen, daß die Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials den tatsächlichen Umfang der Produktionsmöglichkeiten etwas überzeichnen. Mit dem verstärkten Ausbau des Kapitalstocks ist

das Produktionspotential wieder etwas mehr gewachsen (Ziffern 78 ff.). Inzwischen dürfte die Wachstumsrate 2 vH erreicht haben; gemessen an den Raten der siebziger und erst recht der sechziger Jahre ist das allerdings immer noch eine nur mäßige Ausweitung. Da die gesamtwirtschaftliche Produktion abermals etwas stärker gestiegen ist, entspricht der Auslastungsgrad des Produktionspotentials inzwischen wieder annähernd dem langfristigen Durchschnitt (Ziffern 84 ff.).

47. Mit der Auslastung der Sachanlagen hat auch die Beschäftigung weiter zugenommen. Insgesamt gesehen wurden im bisherigen Verlauf dieses Aufschwungs kaum weniger Arbeitskräfte neu eingestellt als in der vergleichbaren Zeit des letzten Aufschwungs. In der Industrie hat sich der Personalbedarf 1986 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht, und in der Bauwirtschaft, die 1985 noch einmal rund 90 000 Arbeitskräfte freigesetzt hatte, ist der Rückgang zum Stillstand gekommen. Am stärksten wächst die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen; im öffentlichen Dienst sind in diesem Jahr ebenfalls mehr Stellen als in den Vorjahren geschaffen worden, vor allem Teilzeitstellen. Am Jahresende dürften insgesamt rund 250 000 Personen mehr beschäftigt sein als Ende 1985 und 570 000 mehr als im Herbst 1983 am Beginn des Beschäftigungsanstiegs (Ziffern 89 ff.).

Noch immer sind aber annähernd so viele Arbeitslose gemeldet wie damals. Auch 1986 reichte das Stellenangebot längst nicht für alle, die Arbeit suchten, und das sind nicht nur die arbeitslos Gemeldeten, sondern vor allem auch die Jugendlichen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, und Frauen, die erstmals oder nach längerer Unterbrechung wieder berufstätig sein wollen. Die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, haben sich gleichwohl für alle verbessert. Ein Teil der Stellensuchenden hat gleich Arbeit gefunden, und Arbeitslose sind rascher vermittelt worden; im Jahresverlauf ist deren Anzahl immerhin um rund 130 000 zurückgegangen, zum Teil freilich auch, weil die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgedehnt und mehr Personen mit staatlichen Mitteln weitergebildet oder umgeschult werden. Nach wie vor ist der Arbeitsmarkt der wichtigste Problembereich.

II. Markanter Wechsel der Auftriebskräfte

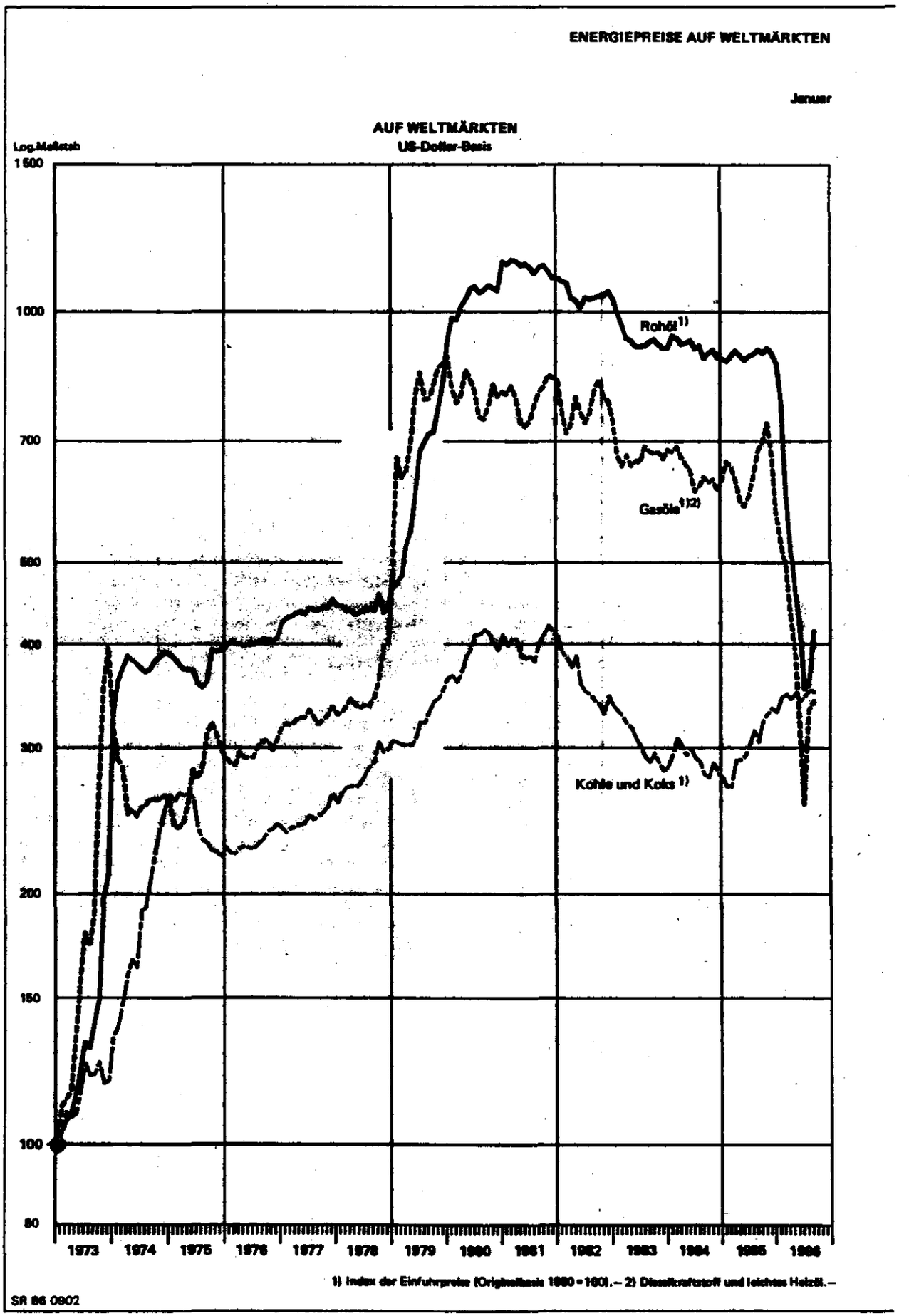
Stärkste Senkung der Importpreise seit den fünfziger Jahren

48. Seit langem haben sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr derart grundlegend verändert wie in diesem Jahr. Der Preissturz an den internationalen Ölmärkten hat die Kaufkraft der Einkommen erhöht und die Kosten der Unternehmen gesenkt. Verstärkt wurden seine Wirkungen auf Kosten und Preise durch die kräftige Abwertung des Dollar. Zu den negativen Einflüssen gehört, daß die höhere Bewertung der D-Mark die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Auslandsmärkten wie auch im Inland vermindert hat. Es zeigte sich wieder einmal, wie rasch sich in einer Volkswirtschaft, die eng in die Weltwirtschaft eingebunden ist, die Bedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wandeln können. Auch wurde deutlich, daß die Produktpreise im Wettbewerb zurückgehen, wenn die Kosten wichtiger Vorprodukte sinken.

49. Innerhalb weniger Monate sind die Einfuhrpreise für Rohöl um zwei Drittel zurückgegangen; für Mineralölprodukte haben sie sich halbiert (Schaubild 11). Die Importpreise für Öl sind damit wieder auf dem Niveau, auf dem sie sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor dem zweiten Ölpreisschub 1979 bewegten.

Betrugen die Ausgaben der Bundesrepublik für Mineralölimporte 1985 noch 70 Mrd DM, so waren es in diesem Jahr nur schätzungsweise 35 Mrd DM. Im Zuge des Ölpreissturzes verbilligte sich auch Erdgas. Das „Außenhandelsdefizit" bei Energie von 80 Mrd DM im vergangenen Jahr hat sich auf schätzungsweise 42 Mrd DM in diesem Jahr verringert. Die Entlastung, die die niedrigeren Preise mit sich bringen, kommt in dieser Bilanz nicht einmal vollständig zum Ausdruck, denn zugleich ist die Energienachfrage stark gestiegen und hat dadurch den Rückgang der Ausgaben aufgrund niedriger Preise gemindert.

Schaubild 11

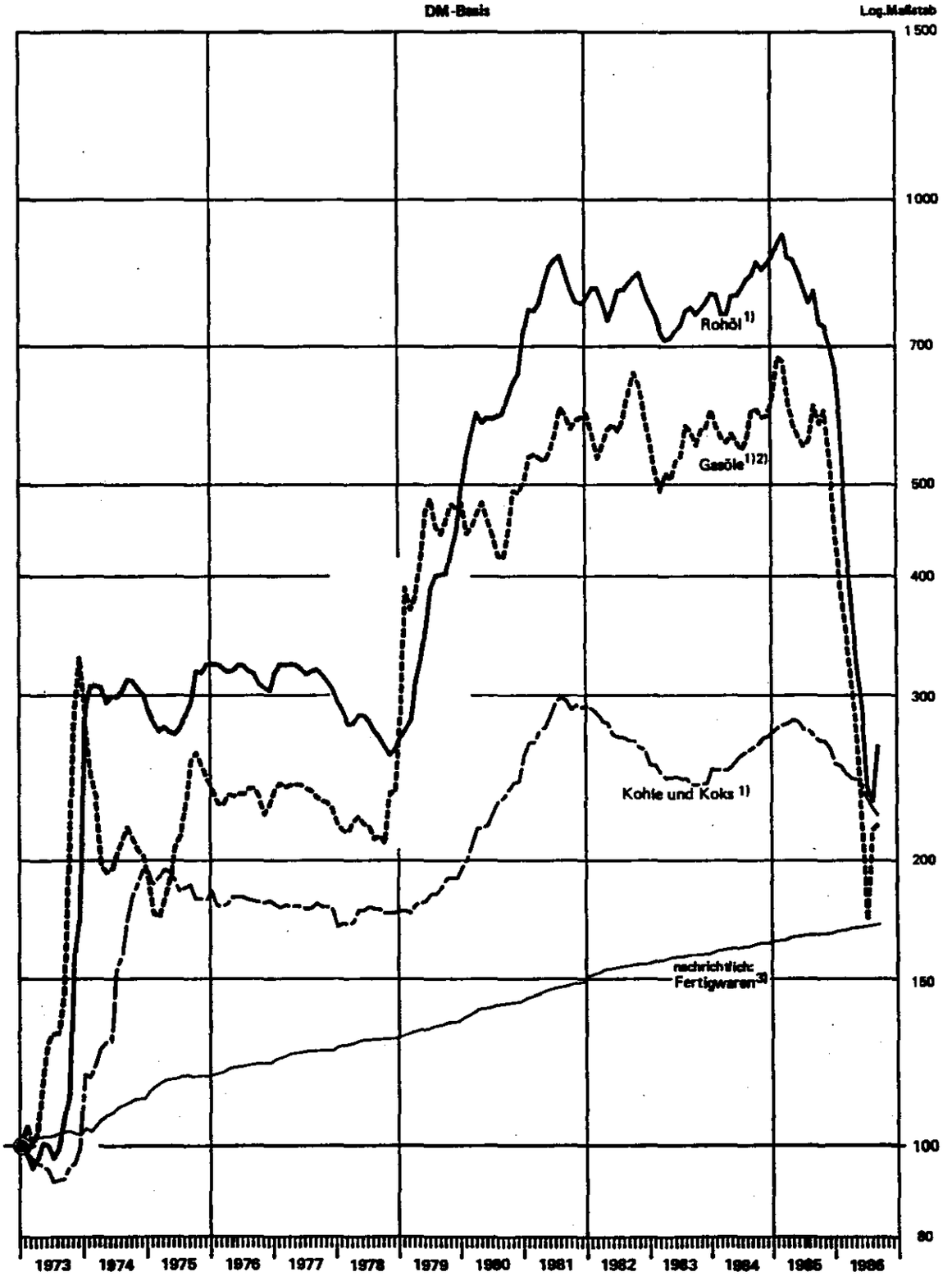


UND IM INLAND

1973=100

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

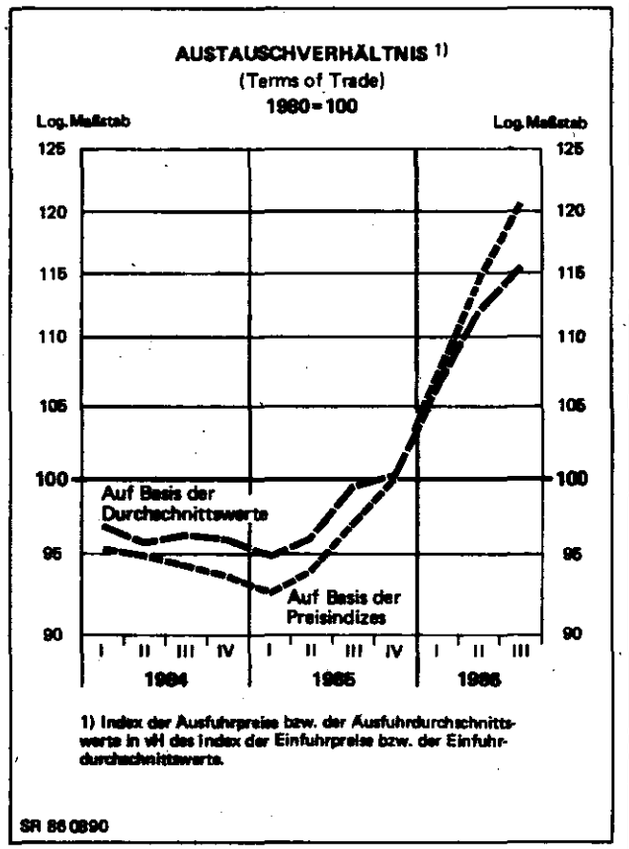
DM-Basis



3) Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Originalbasis 1980=100); ohne Nahrungs- und Genußmittel sowie ohne Mineralölerzeugnisse.

50. Das Verhältnis der Preise von Exportgütern und Importgütern (Terms of Trade) hat sich 1986 in einem Maße verbessert, wie es seit Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr der Fall war (Schaubild 12). Während die Einfuhrpreise um rund 18 vH gesunken sind, ermäßigten sich die Ausfuhrpreise nur um 2 vH. Die Exporteure mußten angesichts der kräftigen realen Höherbewertung der D-Mark bisweilen Preisabschläge zugestehen, die wegen der importpreisbedingt gesunkenen Produktionskosten jedoch häufig die Gewinnmarge nicht verringerten.

Schaubild 12



Das Austauschverhältnis mit dem Ausland ist gegenwärtig sogar etwas günstiger als Anfang 1979; die danach durch den Ölpreisschub und durch die Abwertung der D-Mark eingetretene Verschlechterung ist wettgemacht. Für ein bestimmtes Volumen inländischer Erzeugnisse können nun weitaus mehr Güter importiert werden als 1985. Dies hat dazu geführt, daß das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen, der Realwert des Sozialprodukts, mit gut 5 vH um knapp 3 Prozentpunkte stärker gestiegen ist als die gesamtwirtschaftliche Produktion.

51. Die Verminderung der Ausgaben für Energie kam sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmen zugute. Für die Unternehmen verbilligte sich mit der Energie ein wichtiger Kostenfaktor. Andere importierte Vorleistungen wurden wegen der Aufwertung der D-Mark billiger. Da die Unternehmen ihre Absatzpreise nicht unmittelbar so stark zurücknehmen mußten, wie ihre Kosten sanken, erhöhte sich die Gewinnmarge. Es bedarf einer gewissen Zeit, bis der Wettbewerb bewirkt, daß sich unerwartete Senkungen der Produktionskosten über alle Stufen des Preisgefüges ausgewirkt haben. Vorübergehend kommt es zu einem stärkeren Anstieg des Deflators des Sozialprodukts. Erfahrungsgemäß verzeichnet die Entwicklung dieses Deflators bei großen Veränderungen der Terms of Trade die Grundtendenz der Preisentwicklung erheblich. Den Verbrauchern brachten die gesunkenen Benzin- und Heizölpreise einen beachtlichen Zuwachs an Kaufkraft. Schätzungen zufolge dürfte dieser 15 Mrd bis 20 Mrd DM betragen.

Kräftigung der Verbrauchskonjunktur

52. Die Verbrauchsnachfrage hat in diesem Jahr erheblich an Schwung gewonnen. Erstmals seit 1979 kam es wieder zu einem kräftigen Zuwachs beim privaten Verbrauch; bei leicht sinkenden Preisen waren die Verbrauchsausgaben nominal um 3½ vH und real um 4 vH höher als 1985.

Bereits in der zweiten Hälfte 1985 hatte sich eine deutliche Belebung in der Verbrauchsnachfrage abgezeichnet. Nachdem zu Jahresbeginn 1986 die erste Stufe der Steuerentlastung in Kraft getreten war und der Preissturz an den Ölmärkten die Haushalte bei den Energieausgaben beträchtlich entlastet hatte, wurde vielfach bereits in den ersten Monaten ein weiterer Schub beim privaten Verbrauch erwartet. Dieser trat allerdings nicht unmittelbar ein. Die Verbraucher nutzten ihre zusätzliche Kaufkraft erst zur Jahresmitte für eine deutlich höhere Nachfrage nach Konsumgütern. Der Einzelhandel setzte in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 3½ vH mehr um als im selben Zeitraum des Vorjahres, preisbereinigt waren es sogar 4 vH mehr. Die günstigeren Perspektiven für den privaten Verbrauch zeigen sich auch in Umfragen bei Verbrauchern. Die Befragten beurteilen gegenwärtig ihre eigene finanzielle Lage erheblich günstiger als vor einem Jahr.

53. Höhere Zuwächse bei den Arbeitseinkommen als im vergangenen Jahr waren neben der Verbilligung der Einfuhr und der Senkung der Einkommensteuer entscheidend für den beachtlichen Zuwachs an Kaufkraft in diesem Jahr.

Die Lohn- und Gehaltssumme stieg mit 5 vH um gut einen Prozentpunkt stärker als 1985. Dies ist darauf zurückzuführen, daß zum einen die Beschäftigung etwas stärker zunahm als 1985 und zum anderen die tariflichen Stundenverdienste mit reichlich 4 vH etwas mehr angehoben wurden als im Vorjahr. Angesichts der guten Konjunkturlage dürfte der Zuwachs bei den Effektivverdiensten höher sein als bei den Tarifverdiensten. Die übertariflichen Zahlungen in Branchen mit günstiger Auftragslage wurden allerdings in der Summe dadurch teilweise ausgeglichen, daß mehr jüngere Arbeitskräfte und Frauen eingestellt wurden, deren Gehälter in aller Regel niedriger sind als die der langjährig Beschäftigten. Insgesamt stiegen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 5 vH um 1½ Prozent-

punkte weniger als das Volkseinkommen, so daß sich die Lohnquote weiter zurückbildete (Tabelle 3). Wegen des Inkrafttretens der ersten Stufe der Einkommensteuerentlastung haben die Nettoverdienste im Unterschied zu den letzten Jahren nicht schwächer zugenommen als die Bruttoverdienste; ohne die Steuerentlastung wäre der Zuwachs bei den Nettoverdiensten — vor allem wegen der Steuerprogression — um annähernd 2 Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Bruttoverdienste zurückgeblieben.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöhten sich in diesem Jahr erneut kräftig. Vor Abzug der Steuern betrug der Zuwachs rund 9½ vH, nach Abzug der Steuern war er noch etwas größer.

Tabelle 3

Zur Entwicklung der Lohnquote
vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich[1])	bereinigt[2])	
1960	60,1	60,1	77,2
1961	62,4	61,8	78,0
1962	63,9	62,5	78,8
1963	64,9	63,0	79,5
1964	64,5	62,0	80,3
1965	65,3	62,3	80,9
1966	66,4	63,1	81,2
1967	66,1	62,9	81,1
1968	64,7	61,2	81,6
1969	65,7	61,4	82,5
1970	68,0	62,9	83,4
1971	69,6	63,7	84,3
1972	69,8	63,6	84,6
1973	70,8	64,2	85,1
1974	72,9	66,0	85,2
1975	73,1	66,1	85,3
1976	71,6	64,4	85,7
1977	72,0	64,5	86,2
1978	71,4	63,6	86,6
1979	71,5	63,4	87,0
1980	73,5	64,9	87,4
1981	74,4	65,6	87,5
1982	73,8	65,2	87,3
1983	71,6	63,5	87,1
1984	70,5	62,5	87,1
1985	69,5	61,6	87,1
1986[4])	68,2	60,4	87,2

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

[2]) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

[4]) Eigene Schätzung.

Wegen der gestiegenen Attraktivität von Sachinvestitionen wurden erwirtschaftete Mittel in steigendem Maße im Unternehmen belassen, so daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die den Haushalten zur Verfügung standen, mit schätzungsweise 3½ vH weitaus weniger stark zugenommen haben.

Die Transferzahlungen, die die privaten Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von den Sozialversicherungen erhalten, erhöhten sich mit knapp 3 vH etwas stärker als im Vorjahr. Zum 1. Juli dieses Jahres wurden die Renten um 2,9 vH angehoben; die Erhöhung der Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung verminderte den Zuwachs allerdings um 0,7 Prozentpunkte. Die Zahlungen an Arbeitslose veränderten sich 1986 wenig, da die Zahl der Leistungsempfänger abnahm, die Leistungen je Empfänger jedoch etwas anstiegen. Demgegenüber erhöhten sich die Ausgaben für Sozialhilfe wiederum kräftig (Ziffer 130).

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen in diesem Jahr zusammengenommen um rund 4 vH zu (Tabelle 4). Bei stabilen Preisen entsprach der Einkommenszuwachs im vollen Umfang einem Zuwachs an Kaufkraft; einen vergleichbaren Zuwachs gab es in den letzten zehn Jahren nur 1979.

54. Von Ende 1985 bis zum Herbst 1986 sanken die Verbraucherpreise unter dem Einfluß rückläufiger Einfuhrpreise um rund einen Prozentpunkt; erstmals seit 1953 ergab sich im Jahresdurchschnitt ein geringer Preisrückgang. Auch zum Jahresende dürften die Preise niedriger sein als ein Jahr zuvor.

Für leichtes Heizöl zahlten die Verbraucher Mitte 1986 nicht einmal halb so viel wie Ende 1985; die Preise für Kraftstoffe ermäßigten sich im gleichen Zeitraum immerhin um fast ein Drittel. Die Preise für Nahrungsmittel waren im Jahresdurchschnitt sogar geringfügig niedriger als 1985. Bei den anderen Waren und Diensten des privaten Verbrauchs gab es nur noch einen sehr geringen Preisanstieg. Der Preisauftrieb bei langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgütern war schwächer als im vergangenen Jahr. Hierbei spielt eine Rolle, daß sich die Energieverbilligung bei den Produzenten kostensenkend auswirkt. Nochmals weniger als im Vorjahr stiegen die Mieten (+2 vH).

55. Die Verbraucher erhöhten ihre Konsumausgaben nicht im gleichen Maße wie ihre Einkommen zunahmen. Die Konsumquote, das ist das Verhältnis von Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen, war um einen halben Prozentpunkt niedriger als 1985 (Schaubild 13). Es entspricht durchaus den Erfahrungen, daß ein Schub, wie er bei der Kaufkraft der Einkommen durch die Ölverbilligung und bei den Nettoverdiensten durch die Steuerentlastung eingetreten ist, nicht unmittelbar und im selben Umfang zu mehr Konsumgüterkäufen führt, selbst wenn bei der Einkommensteuersenkung Zeitpunkt und Umfang der Entlastung im vorhinein bekannt sind.

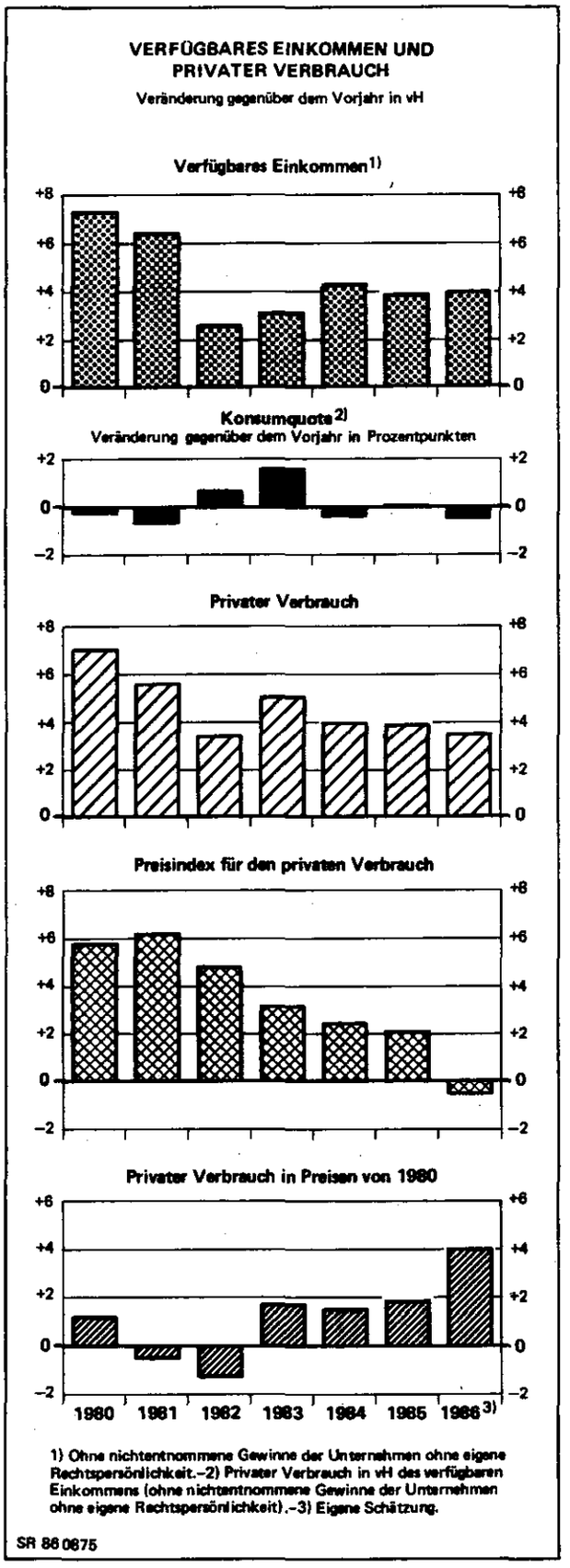
Tabelle 4

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte [1]

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme [2]	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [3]	Empfangene laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen [5]	Nettolohn- und -gehaltssumme [2]	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [3]	Empfangene laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen [5]	
								nominal	real [6]
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1960–1969 [7]					+ 7,8	+ 9,0	+ 8,1	+ 8,2	+ 5,4
1970–1979 [7]					+ 7,5	+ 8,6	+ 11,5	+ 8,6	+ 3,4
1980–1986					+ 2,4	+ 7,4	+ 3,4	+ 4,1	+ 1,0
1970	238,60	111,60	77,77	427,97	+ 15,5	+ 9,8	+ 6,0	+ 12,2	+ 8,2
1971	265,22	122,02	86,12	473,36	+ 11,2	+ 9,3	+ 10,7	+ 10,6	+ 4,8
1972	290,66	140,02	97,51	528,19	+ 9,6	+ 14,8	+ 13,2	+ 11,6	+ 5,6
1973	316,70	149,28	109,21	575,19	+ 9,0	+ 6,6	+ 12,0	+ 8,9	+ 2,4
1974	342,40	155,36	126,99	624,75	+ 8,1	+ 4,1	+ 16,3	+ 8,6	+ 1,5
1975	355,41	173,72	160,12	689,25	+ 3,8	+ 11,8	+ 26,1	+ 10,3	+ 3,9
1976	369,75	187,76	172,09	729,60	+ 4,0	+ 8,1	+ 7,5	+ 5,9	+ 1,6
1977	392,51	198,91	186,44	777,86	+ 6,2	+ 5,9	+ 8,3	+ 6,6	+ 2,9
1978	422,36	210,46	195,86	828,68	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,1	+ 6,5	+ 3,7
1979	456,06	235,34	206,64	898,06	+ 8,0	+ 11,8	+ 5,5	+ 8,4	+ 4,3
1980	487,19	255,43	221,40	964,02	+ 6,8	+ 8,5	+ 7,1	+ 7,3	+ 1,5
1981	505,81	282,11	237,77	1 025,69	+ 3,8	+ 10,4	+ 7,4	+ 6,4	+ 0,2
1982	510,84	291,40	250,19	1 052,43	+ 1,0	+ 3,3	+ 5,2	+ 2,6	− 2,1
1983	513,63	315,89	255,67	1 085,19	+ 0,5	+ 8,4	+ 2,2	+ 3,1	− 0,1
1984 [8]	522,70	352,31	257,28	1 132,29	+ 1,8	+ 11,5	+ 0,6	+ 4,3	+ 1,8
1985 [8]	534,76	378,80	262,52	1 176,10	+ 2,3	+ 7,5	+ 2,0	+ 3,9	+ 1,8
1986 [9]	561½	392½	270	1 224	+ 5	+ 3½	+ 3	+ 4	+ 4½

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3] Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen, der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.
[5] Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten laufenden Übertragungen. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6] Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs (1960 = 100).
[7] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8] Vorläufige Ergebnisse.
[9] Eigene Schätzung.

Schaubild 13



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. – 2) Privater Verbrauch in vH des verfügbaren Einkommens (ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit). – 3) Eigene Schätzung.

SR 86 0875

56. Teile des Einkommens, die Verbraucher bisher für Kraftstoffe und Heizung aufwenden mußten, standen ihnen nun für andere Verwendungszwecke zur Verfügung. Für Mineralölerzeugnisse wendeten die privaten Haushalte nur noch 3½ vH der gesamten Verbrauchsausgaben auf; im Jahre 1985 betrug der Anteil noch 5½ vH. Dies dürfte auch den kräftigen Anstieg der Käufe von Kraftfahrzeugen begünstigt haben. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 17 vH mehr Personenkraftwagen zugelassen als ein Jahr zuvor.

Ein Vergleich mit früheren Aufschwüngen zeigt, daß derartige Zuwächse bei den Käufen von Kraftfahrzeugen nichts Außergewöhnliches sind. Von 1975 bis 1977 hatte es drei Jahre lang starke Steigerungen der Automobilnachfrage gegeben. Im Jahre 1986 wurden etwa ebenso viele Kraftfahrzeuge zugelassen wie 1977 oder 1978.

57. Bei anderen langlebigen und hochwertigen Konsumgütern ist demgegenüber eine auf mittlere Sicht abnehmende Bedeutung zu konstatieren. Seit Ende der siebziger Jahre nahmen die Ausgaben für Einrichtungsgegenstände weitaus weniger zu als der private Verbrauch im ganzen (Schaubild 14); auch mit der Kräftigung der Verbrauchskonjunktur seit Mitte 1985 hat sich hieran nichts geändert. Daß weniger Wohnungen gebaut wurden, ist der entscheidende Grund dafür, daß auch bei steigender Kaufkraft nicht vermehrt Möbel und elektrische Haushaltsgeräte gekauft werden.

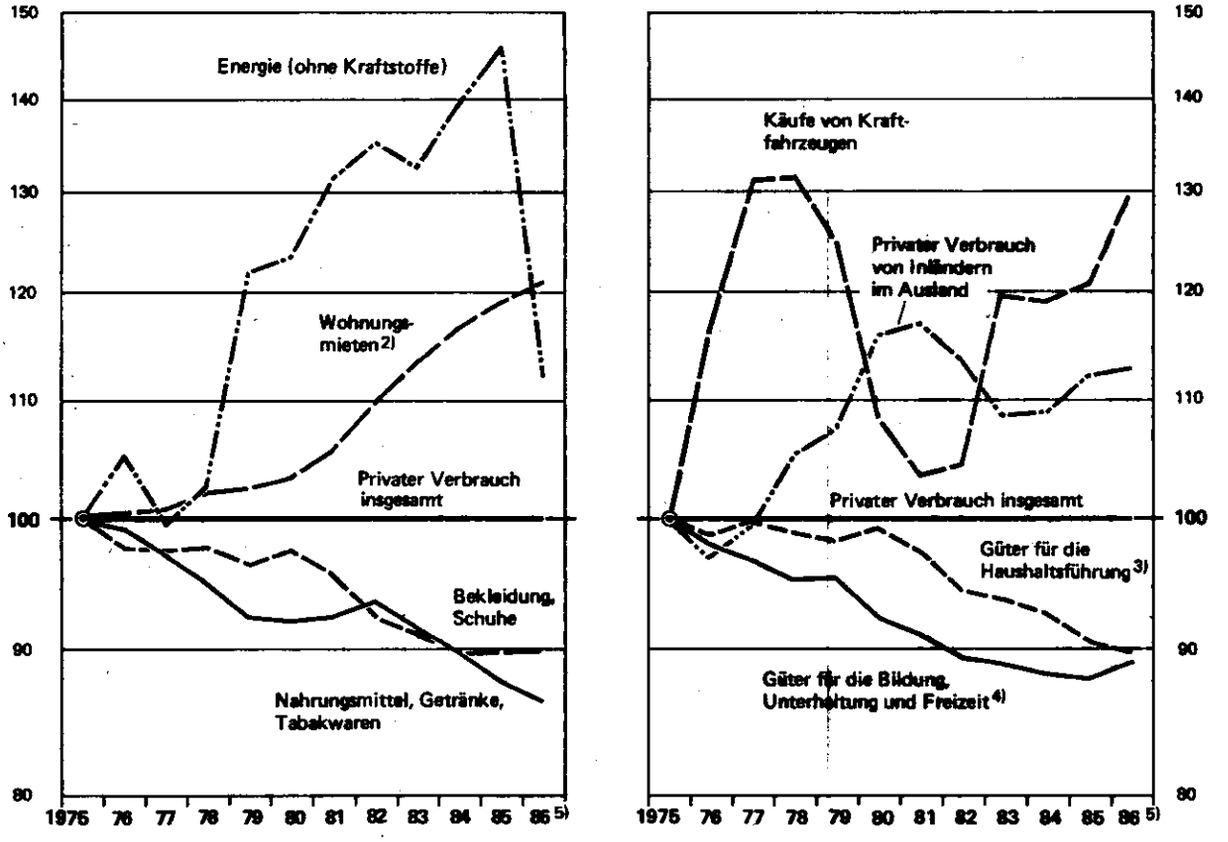
Außer für die Haushaltsführung und den Verkehr werden langlebige Gebrauchsgüter für Bildungs- und Unterhaltungszwecke erworben. Innerhalb dieser Gütergruppe ist eine sehr unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Der Absatz von Fotogeräten, der sich in den letzten Jahren kaum belebt hatte, ist 1986 erstmals wieder spürbar aufwärts gerichtet. Bei anderen Gebrauchsgütern dieser Gruppe ist wegen der hohen Ausstattung der Haushalte allenfalls eine begrenzte Marktexpansion zu erwarten. Bei den neu entwickelten Gebrauchsgütern der Unterhaltungselektronik steigt die Nachfrage. Hier zeigt sich häufig, daß die Anschaffung dieser Geräte bei bestimmten Haushaltstypen kräftig zunimmt. Beispielsweise werden Video-Recorder deutlich mehr von Arbeitnehmerhaushalten mit niedrigem als von Arbeitnehmerhaushalten mit hohem Einkommen erworben.

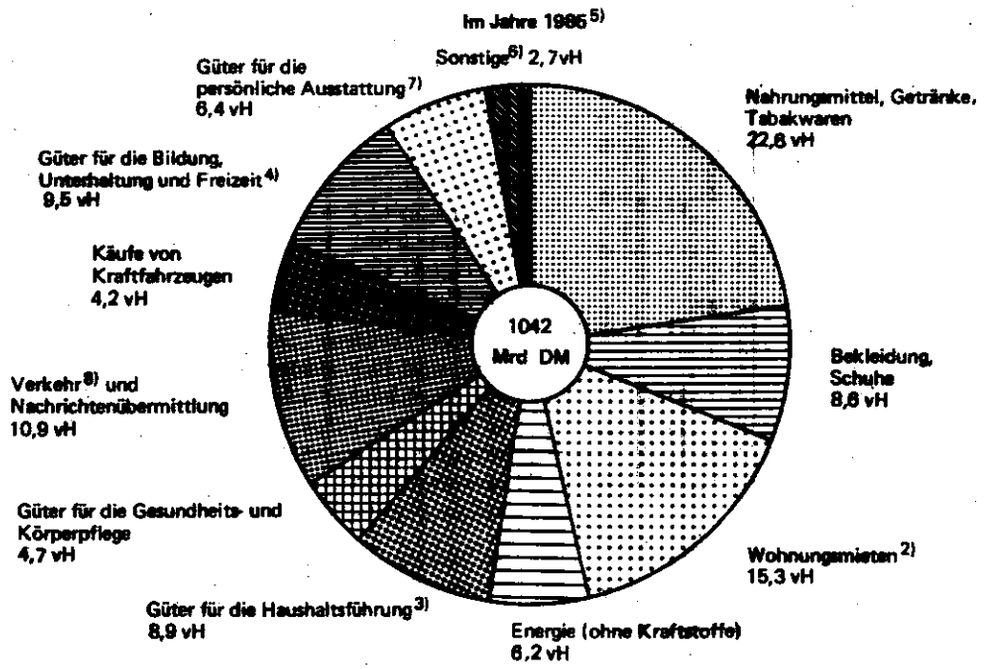
58. Die Tendenz, daß die Ausgaben für Nahrungsmittel und Bekleidung langsamer zunehmen als die Verbrauchsnachfrage im ganzen, hat sich in diesem Aufschwung fortgesetzt. Während in der Mitte der siebziger Jahre noch gut 35 vH aller Ausgaben für Nahrungsmittel und Bekleidung bestimmt waren, sind es gegenwärtig rund 31 vH.

Der auf mittlere Sicht am stärksten zunehmende Teil der Ausgaben ist nicht — wie vielfach vermutet — derjenige für Freizeit und Reisen, sondern derjenige für die Wohnungsnutzung. Der Anteil der Mieten an den gesamten Verbrauchsausgaben steigt kontinuierlich und ist gegenwärtig um rund 3 Prozentpunkte höher als Mitte der siebziger Jahre. Dies ist in geringerem Maße durch einen überproportionalen Preisanstieg bedingt; infolge von Verbesserungen der Wohnqualität und einer zunehmenden Wohnfläche wird, in konstanten Preisen

Schaubild 14

ZUR STRUKTUR DES PRIVATEN VERBRAUCHS [1]





1) Nach Verwendungszwecken in der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983; bei konstant gehaltenem Niveau des gesamten privaten Verbrauchs. — 2) Einschließlich Mietwert der durch die Eigentümer selbstgenutzten Eigentümerwohnungen. — 3) Insbesondere Einrichtungsgegenstände. — 4) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — 5) Eigene Schätzung. — 6) Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Saldo des privaten Verbrauchs zwischen Inländern im Ausland und Gebietsfremden im Inland. — 7) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und der Versicherungsunternehmen. — 8) Einschließlich Kraftstoffe. Ohne Käufe von Kraftfahrzeugen.

SR 86 0892

gerechnet, für die Wohnungsnutzung gegenwärtig ein um 2½ Prozentpunkte höherer Teil aller Verbrauchsausgaben aufgewendet als 1975.

Höherbewertung der D-Mark dämpft Ausfuhr

59. Der Export war in diesem Jahr nicht mehr Motor der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Die Nachfrage aus dem Ausland schwächte sich ab. In den ersten neun Monaten dieses Jahres gingen dem Volumen nach 3,6 vH weniger Aufträge ein als im entsprechenden Zeitraum des letzten Jahres. Am ungünstigsten entwickelte sich die Nachfrage des Auslands nach Investitionsgütern; lediglich die Hersteller von Verbrauchsgütern erhielten in diesem Jahr geringfügig mehr Aufträge aus dem Ausland als 1985.

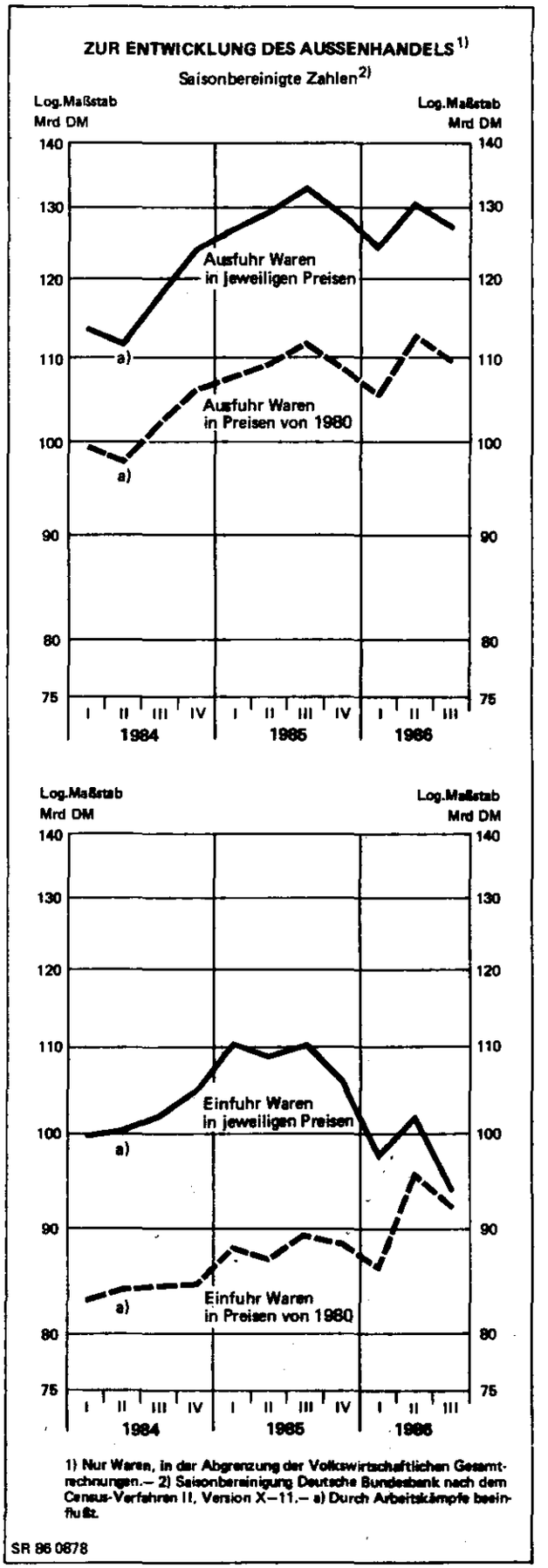
Die Lieferungen an das Ausland hielten sich 1986 der Menge nach allerdings auf dem Niveau des Vorjahres (Schaubild 15). Die lange Abwicklungsdauer mancher Aufträge dürfte dazu beigetragen haben, daß die Ausfuhr trotz rückläufiger Auftragseingänge auf dem erreichten Niveau verharrte. Da die Exporteure die Preise senken mußten, war die Ausfuhr dem Werte nach rund 1½ vH niedriger als 1985.

60. Wichtige Gründe für das stagnierende Exportgeschäft seit Mitte 1985 waren der vorübergehend schwächere konjunkturelle Auftrieb bei wichtigen Handelspartnern und die immer höhere Bewertung der D-Mark.

Weltweit ließ das Tempo der Aufwärtsbewegung zu Jahresbeginn nach. Bei wichtigen Handelspartnern in Europa kräftigte sich der Aufschwung nach einem schwachen Start in das Jahr allerdings im Frühjahr. In den Vereinigten Staaten hat der mäßige konjunkturelle Auftrieb das Jahr über angehalten. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zunahme des Welthandels mit 3½ vH nur wenig stärker gewesen sein als im vergangenen Jahr.

61. Die Ausfuhr der Bundesrepublik entwickelte sich in diesem Jahr deutlich ungünstiger als der Welthandel; im vergangenen Jahr hatte das Ausfuhrvolumen dagegen weitaus stärker zugenommen als der Welthandel (Schaubild 16). Die gesunkenen Marktanteile der deutschen Exporteure sind zu einem nennenswerten Teil auf die deutlich höhere Bewertung der D-Mark — insbesondere gegenüber dem Dollar — zurückzuführen. Für die Unternehmen aus der Bundesrepublik verschlechterte sich nicht nur die Wettbewerbssituation in den Vereinigten Staaten, sondern sie gerieten auch zunehmend auf anderen Märkten durch Anbieter aus dem Dollarraum unter Druck. Deutlich ungünstiger als vor einem Jahr ist die preisliche Wettbewerbsposition auch gegenüber Anbietern aus Großbritannien und dem skandinavischen Raum. Gegenüber den anderen europäischen Währungen erhöhte sich der Außenwert der D-Mark nur etwa in dem Maße, in dem sich die Preise und Kosten in der Bundesrepublik günstiger als in diesen Ländern entwickelten. Insgesamt hat sich der reale Außenwert der

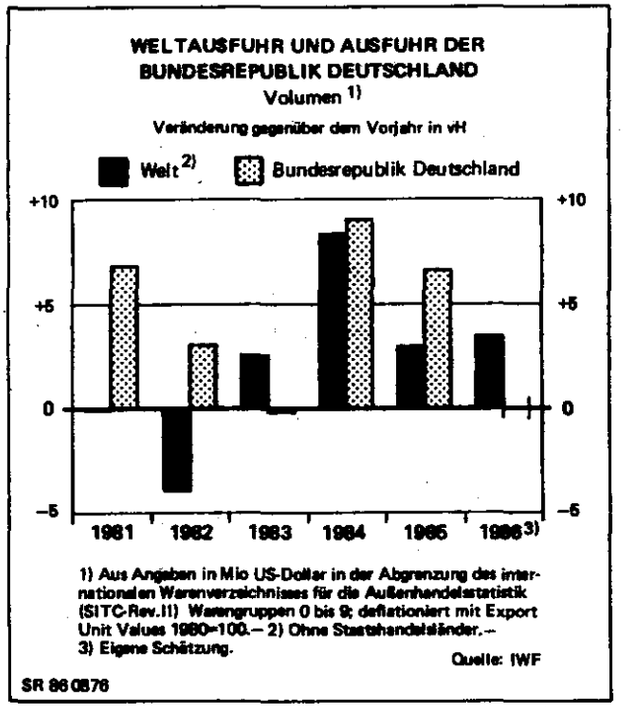
Schaubild 15



1) Nur Waren, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11.– a) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

SR 86 0678

Schaubild 16



D-Mark auf Kostenbasis seit Mitte 1985 um rund 12 vH erhöht; eine vergleichbar rasche und kräftige Aufwertung gab es zuletzt im Jahre 1973.

62. Eine Veränderung des realen Wechselkurses wirkt erfahrungsgemäß erst mit einer deutlichen Verzögerung auf die Ausfuhr. Von der Aufwertung der D-Mark, die inzwischen seit eineinhalb Jahren in Gang ist, dürften erst in der zweiten Jahreshälfte stärkere Wirkungen auf das Ausfuhrvolumen ausgegangen sein. Manches deutet allerdings darauf hin, daß inländische Anbieter auf ausländischen Märkten, gegenüber deren Währung die D-Mark besonders stark an Wert gewonnen hat, beträchtliche Preiszugeständnisse eingeräumt haben, um Marktanteile zu halten. Insbesondere bei Ausfuhren in die Vereinigten Staaten ist dies den Unternehmen wegen der zuvor hohen Gewinnmargen möglich gewesen; dies dürfte auch dazu beigetragen haben, daß sich die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten mengenmäßig bis weit in das Jahr hinein nicht abgeschwächt hat.

63. Drastisch zurückgegangen sind die Exporte in die OPEC-Länder; dem Werte nach wird in diese Länder gegenwärtig nur noch halb so viel wie 1982 ausgeführt. Enttäuschend ist es, daß auch die Ausfuhren in die anderen Entwicklungsländer in diesem Jahr wieder rückläufig waren. Die Entwicklungsländer sehen sich nicht in der Lage, ihre Auslandsnachfrage aufrechtzuerhalten. Ihre Exporterlöse haben nämlich außerhalb des Dollarraums deutlich an Wert verloren, weil sich die Preise für Rohstoffe — nimmt man die Energierohstoffe aus — in Dollar gerechnet wenig geändert haben und der Dollar gegenüber den meisten anderen Währungen sehr stark an Wert verloren hat.

Zugleich mangelte es den Exporten in die europäischen Länder an Dynamik. Die Lieferungen verharrten weitgehend auf dem im vergangenen Jahr erreichten Niveau; angesichts des geringen konjunkturellen Gefälles in Europa war die Entwicklung der Ausfuhr in die einzelnen Länder ziemlich einheitlich.

64. Im Unterschied zur Ausfuhr ist die Einfuhr im Verlauf des Jahres der Menge nach deutlich gestiegen, was in erster Linie ein Reflex des kräftigen Aufschwungs im Inland war. Die ungünstigere preisliche Wettbewerbsposition inländischer Produzenten gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten auf dem Binnenmarkt hat in den meisten Branchen noch keine deutlichen Spuren bei den Marktanteilen hinterlassen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres trugen insbesondere stark steigende Energiekäufe zu dem Anstieg der Einfuhr bei. Vielfach wurden die niedrigen Ölpreise dazu genutzt, mehr Heizöl als üblich einzulagern. Daneben stieg aber auch die Einfuhr von Konsumgütern wegen der schwungvollen Verbrauchsnachfrage rasch an. Die Einfuhr von Investitionsgütern hat in diesem Jahr trotz der kräftigen Investitionsnachfrage im Innern nur vergleichsweise wenig zugenommen. Die Wettbewerbsposition inländischer Anbieter von Investitionsgütern ist offensichtlich weiterhin gut.

Im Verlauf des Jahres ist die Wareneinfuhr dem Volumen nach um 5½ vH gestiegen; wegen des zum Jahreswechsel 1985/86 niedrigen Einfuhrvolumens betrug der Zuwachs im Durchschnitt des Jahres nur rund 4 vH.

Weiter gute Investitionsbedingungen

65. Die Gewinnsteigerungen im Jahre 1986 legen es nahe anzunehmen, daß sich die Investitionsbedingungen im Inland weiter gebessert haben. Ein solches Urteil wäre aber voreilig, denn die Ölpreissenkung und die Höherbewertung der D-Mark und die Schwäche der Exportlieferungen haben für die Unternehmen unterschiedliche Bedeutung. In der Industrie hat die starke Aufwertung der D-Mark zu Beginn des Jahres zunächst die Absatzerwartungen gedrückt. Ein solcher vorübergehender Pessimismus bei den Exporterwartungen war schon einmal, nämlich zu Beginn des Jahres 1978, zu beobachten, als es binnen weniger Monate ebenfalls zu einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark kam. Die Tatsache, daß diese zugleich zu einer Senkung der Importkosten beitrug und daß es wegen der gesunkenen Preise für importierte Verbrauchsgüter Spielraum für Mehrnachfrage der privaten Haushalte gab, war für die Erwartungen der Unternehmen zunächst von nachgeordneter Bedeutung. Im Vordergrund standen damals wie heute die verschlechterten Absatzchancen für exportorientierte Unternehmen und für Anbieter, die wegen billigerer Importe unter stärkeren Konkurrenzdruck von außen gerieten.

Will man zu einem Urteil über die Änderungen im Investitionsverhalten kommen, so sind mehrere Einflüsse zu beachten:

— Die Konstitution der Unternehmen, gemessen an Erlös-Kosten-Verhältnissen, Gewinnen und Kapitalstruktur;

— die kurzfristigen Folgen der außenwirtschaftlichen Datenänderungen;

— die mittelfristigen Änderungen der Absatzchancen.

66. Besonders markant sind die Änderungen von Erlösen und Kosten im verarbeitenden Gewerbe, denn hier ist der Anteil derjenigen Unternehmen besonders groß, deren Absatzpreise wegen der Höherbewertung der D-Mark unter Druck geraten sind. In diesem Jahr hat sich das aber noch nicht negativ auf die Stückgewinne ausgewirkt, weil die Kostenentlastungen durch Verbilligung von importierten Rohstoffen und Halbwaren stärker zu Buche schlugen als die Senkung der Absatzpreise im Export und die Einschränkung der Preiserhöhungsspielräume im Inland.

Die Unternehmen haben ihre Kostensenkungen noch nicht voll in den Absatzpreisen weitergegeben, weshalb die Gewinne 1986 je Produkteinheit wie je Umsatzeinheit sogar noch einmal höher waren als 1985 (Schaubild 17).

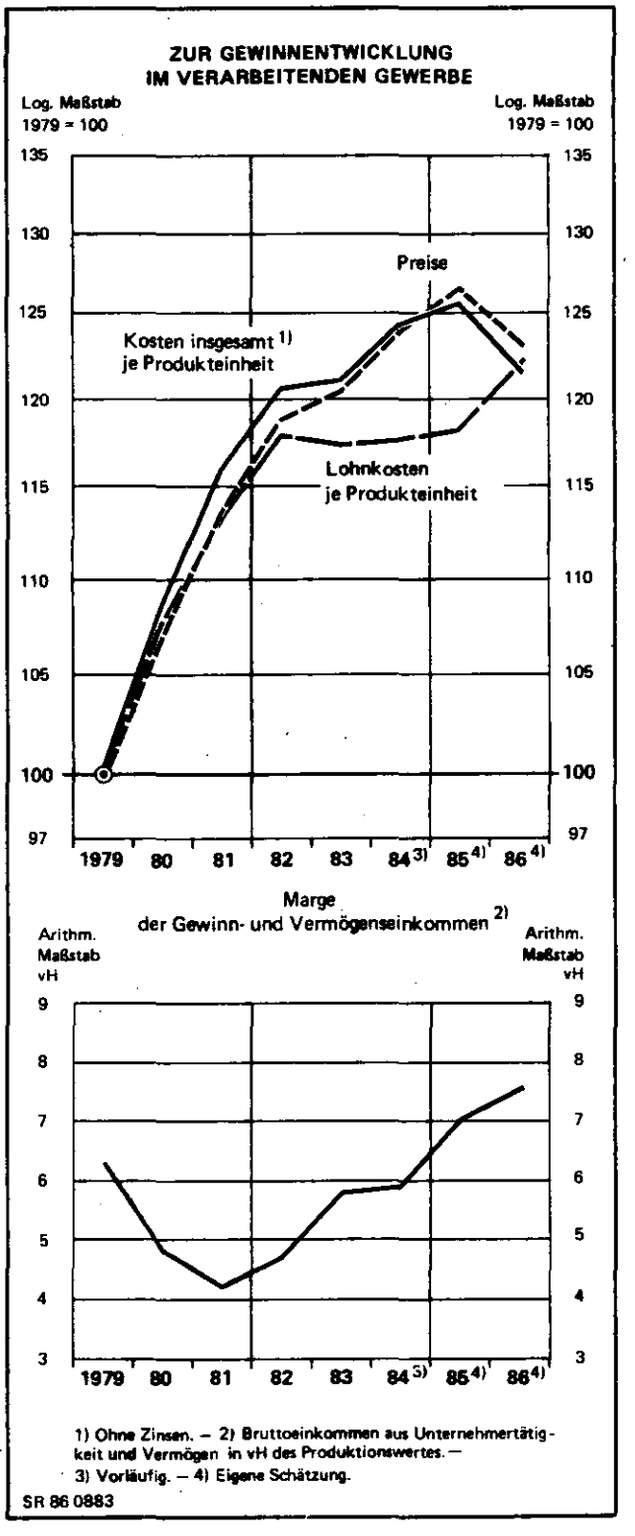
67. Die höheren Stückgewinne und die Produktionssteigerung, die der besseren Inlandskonjunktur zu verdanken ist, haben bewirkt, daß im verarbeitenden Gewerbe auch die Gewinnsumme gestiegen ist. Die kräftige Gewinnsteigerung in Höhe von $9\frac{1}{2}$ vH, die unsere Rechnungen für die Gesamtwirtschaft ergeben, gehen jedoch in stärkerem Maße als in den letzten Jahren auf andere Wirtschaftsbereiche zurück, und zwar auf Handel und Verkehr sowie die Dienstleistungsbranchen. Hier wurden die niedrigeren Importpreise als Kostensenkungen wirksam, während die Absatzpreise zumeist noch etwas angehoben werden konnten. Aber auch bei den Dienstleistungen, die dem internationalen Wettbewerb weniger ausgesetzt sind als die Industriegüter, ist der Spielraum für Preiserhöhungen im Laufe dieses Jahres kleiner geworden.

Bei den Banken schlugen die Erträge im Wertpapierhandel und die stärkere Kreditgewährung bei unverändert hohen Zinsspannen zu Buche. In der Bauwirtschaft ist die Gewinnsumme nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder gestiegen. Auch das trug in der gesamtwirtschaftlichen Rechnung zum Ausweis einer kräftigen Gewinnsteigerung bei.

68. Ob außer den von der Außenwirtschaft ausgehenden günstigen Einflüssen auf die Erlös-Kosten-Verhältnisse auch die binnenwirtschaftlichen Einflüsse gut zu nennen sind, ist im folgenden anhand der Reallohnposition zu prüfen.

Die Reallohnposition wird einerseits durch die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer im Verhältnis zur Produktivität verändert, andererseits durch die Erlöse der Unternehmen, diese korrigiert um indirekte Steuern und Subventionen, um Veränderungen im Austauschverhältnis mit dem Ausland und um Veränderungen in den Kapitalkosten. Die Reallohnposition ändert sich nicht, wenn die Löhne und Gehälter mit der gleichen Rate steigen wie die so korrigierten Erlöse (Anhang IV, Abschnitt B).

Schaubild 17



Dabei gehen als Kapitalkosten zunächst nur die Abschreibungen in die Rechnung ein.

69. Die Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter war 1986 um mehr als einen Prozentpunkt höher als im Vorjahr. Im privaten Sektor betrug die Steigerung der Tariflöhne je Stunde im Durchschnitt aller Lohnabschlüsse und auf das Kalenderjahr umgerechnet gut 4 vH, im verarbeitenden Gewerbe 4½ vH. Auch im Verhältnis zur Zunahme der Produktion je Beschäftigten (2 vH) war die Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter stärker als 1985. An anderer Stelle in diesem Gutachten werden die Ergebnisse der Lohnrunde 1986 ausführlich dargestellt (Ziffer 292 ff.).

Die Rechnung zur Reallohnposition macht deutlich, daß die vorübergehende starke Senkung der Importpreise im Verhältnis zu den Exportpreisen und den Absatzpreisen im Inland der wesentliche Grund dafür ist, daß die Reallohnposition der Arbeitnehmer erneut gesunken ist oder — in anderer Sichtweise — daß sich das Verhältnis von Erlösen und Kosten zum Vorteil der Unternehmen entwickelte, obwohl der Lohnanstieg sich verstärkt hat (Tabelle 5). Es entspricht durchaus früheren Erfahrungen, daß die Preise im Inland mit einer Verzögerung gesenkt werden, wenn die Importpreise fallen. Im Wettbewerb wird die Verbesserung der Erlöse im Verhältnis zu den Kosten wieder korrigiert, sobald der Wettbewerbsdruck Preissenkungen erzwingt. Dann steigt die Reallohnposition der Arbeitnehmer wieder. Diese Korrektur dürfte sich erst im nächsten Jahr vollziehen.

70. Der Sachverständigenrat hat es in den letzten Jahren nicht bei der Untersuchung belassen, wie

Tabelle 5

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	Produktivitätseffekt [4])	Terms-of-Trade-Effekt [5])	Realwert des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen (3)+(4)	Kosteneffekt von indirekten Steuern und Subventionen	Preiseffekt (privater Verbrauch und staatliche Käufe)	Abschreibungseffekt [6])	Reallohnposition ohne Zinskosten (1)+(2) minus (5) bis (8)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1963	+ 6,0	−0,1	+2,7	−0,2	+2,5	+0,7	+3,1	−0,4	−0,2
1964	+ 9,6	−0,9	+7,5	+0,2	+7,8	−0,1	+2,0	−0,3	−0,6
1965	+ 8,9	+0,4	+5,3	−0,1	+5,1	+0,8	+3,2	−0,3	+0,3
1966	+ 7,0	+0,3	+3,4	+0,3	+3,6	+0,0	+3,5	−0,3	+0,3
1967	+ 3,1	−0,1	+3,6	+0,4	+4,0	−0,5	+1,4	−0,2	−1,7
1968	+ 6,5	+0,4	+5,9	−0,1	+5,8	+1,4	+1,9	−0,2	−2,0
1969	+ 9,0	+0,2	+6,4	+0,4	+6,8	−2,5	+2,5	−0,2	+2,6
1970	+15,7	+0,7	+4,1	+0,9	+5,0	+2,5	+4,9	−0,1	+3,3
1971	+10,5	+0,4	+2,6	+0,7	+3,2	+0,0	+6,4	−0,2	+1,1
1972	+ 9,5	+0,7	+5,1	−0,0	+5,1	+0,0	+5,7	−0,2	−0,4
1973	+11,0	+0,8	+4,3	−0,3	+4,0	+0,2	+6,5	−0,3	+1,1
1974	+10,4	+0,6	+1,8	−1,0	+0,7	+1,0	+7,8	−0,4	+1,7
1975	+ 6,3	+0,8	+1,5	+0,1	+1,6	+1,1	+6,2	−0,2	−1,5
1976	+ 7,9	+0,9	+7,3	−0,3	+7,1	−0,3	+4,1	−0,1	−1,9
1977	+ 7,1	−0,3	+3,5	−0,1	+3,4	+0,1	+3,6	−0,1	−0,3
1978	+ 5,6	+0,3	+2,5	+0,9	+3,4	−0,1	+3,0	−0,0	−0,5
1979	+ 5,9	+0,2	+3,1	−0,6	+2,4	−0,4	+4,4	−0,3	−0,0
1980	+ 6,8	+0,2	+0,2	−1,4	−1,2	+0,1	+6,1	−0,4	+2,4
1981	+ 5,0	+0,2	+1,0	−1,5	−0,5	+0,2	+6,0	−0,4	−0,0
1982	+ 4,5	+0,1	+1,3	+0,3	+1,6	+0,1	+4,6	−0,1	−1,6
1983	+ 3,4	+0,6	+3,6	+0,3	+3,9	−0,3	+3,2	−0,2	−2,5
1984	+ 3,4	+0,4	+2,9	−0,4	+2,5	+0,0	+2,5	−0,2	−1,0
1985 [7])	+ 3,0	+0,2	+2,1	+0,2	+2,3	+0,4	+2,1	−0,1	−1,5
1986 [8])	+ 4,1	+0,1	+1,8	+2,9	+4,8	+0,2	−0,2	+0,2	−0,9

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (5) und (9) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B.
[2]) Inland.
[3]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[4]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen.
[5]) Gesamtwirtschaft.
[6]) Erhöhung der Abschreibungskosten: —.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.
[8]) Eigene Schätzung.

die Lohnentwicklung das Verhältnis von Erlösen und Kosten beeinflußt, sondern dabei auch die Veränderung der Zinskosten berücksichtigt. Für das Investieren in Sachkapital kommt es darauf an, wie sich die Erträge im Verhältnis zu einer alternativen Kapitalanlage auf den Finanzmärkten entwickeln. Die Zinskosten, deren Änderung bei der Bemessung einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik einzubeziehen sind, werden bestimmt durch

— den Umfang des Betriebsvermögens des Unternehmenssektors, also Anlagevermögen, Vorratsvermögen und Geldvermögen, sowie

— den Zinssatz, der bei einer alternativen Anlage des Kapitals, beispielsweise in Staatsanleihen, erzielt werden könnte.

Insoweit handelt es sich bei den Zinskosten, um die die Rechnung zur Reallohnposition ergänzt wird, nicht etwa um die gezahlten Fremdkapitalzinsen der Unternehmen, sondern — dem Vorgehen in Investitionsrechnungen entsprechend — um den bei Anlage des Investitionsbetrages am Kapitalmarkt erzielbaren Ertrag. Dabei spielt es keine Rolle, wie die Investitionen finanziert sind. Das methodische Problem liegt in der empirischen Bestimmung der Zinsrate (JG 84 Ziffern 185ff.). Aus den jährlich ermittelten Realzinsen wird ein langfristiger und gleitender Durchschnitt berechnet. Kurzfristige Zinsänderungen, die Reflex der konjunkturellen Entwicklung sind, sollen den in die Rechnungen eingehenden Zins möglichst wenig beeinflussen. Dasselbe gilt für Zinssenkungen oder Zinssteigerungen, die zeitweilig durch eine expansive oder restriktive Geldpolitik bewirkt werden mögen. Das Urteil über den Einfluß der Lohnpolitik auf das Erlös-Kosten-Verhältnis einschließlich der Kapitalkosten wird insoweit nur durch denjenigen Zins mitbestimmt, mit dem die Wirtschaft dauerhaft zu rechnen hat, an den sich also im Prinzip die Volkswirtschaft mit der Rendite des gesamten Kapitalstocks anzupassen hat.

71. Das Jahr 1986 bot eine außergewöhnliche Konstellation:

— Die Reallohnsteigerungen sind mit 4½ vH zwar sehr viel höher als im Vorjahr (1 vH), dennoch ist die Reallohnposition nicht gestiegen, sondern noch einmal zurückgegangen. Das lag an dem starken Rückgang der Importpreise.

— Die Nominalzinsen sind zwar gesunken, freilich nicht so stark, wie sich der Anstieg der Verbraucherpreise unter dem Einfluß der gesunkenen Importpreise zurückgebildet hat. Das bewirkt noch einmal einen Anstieg der aus einem langjährigen Durchschnitt ermittelten realen Zinskosten.

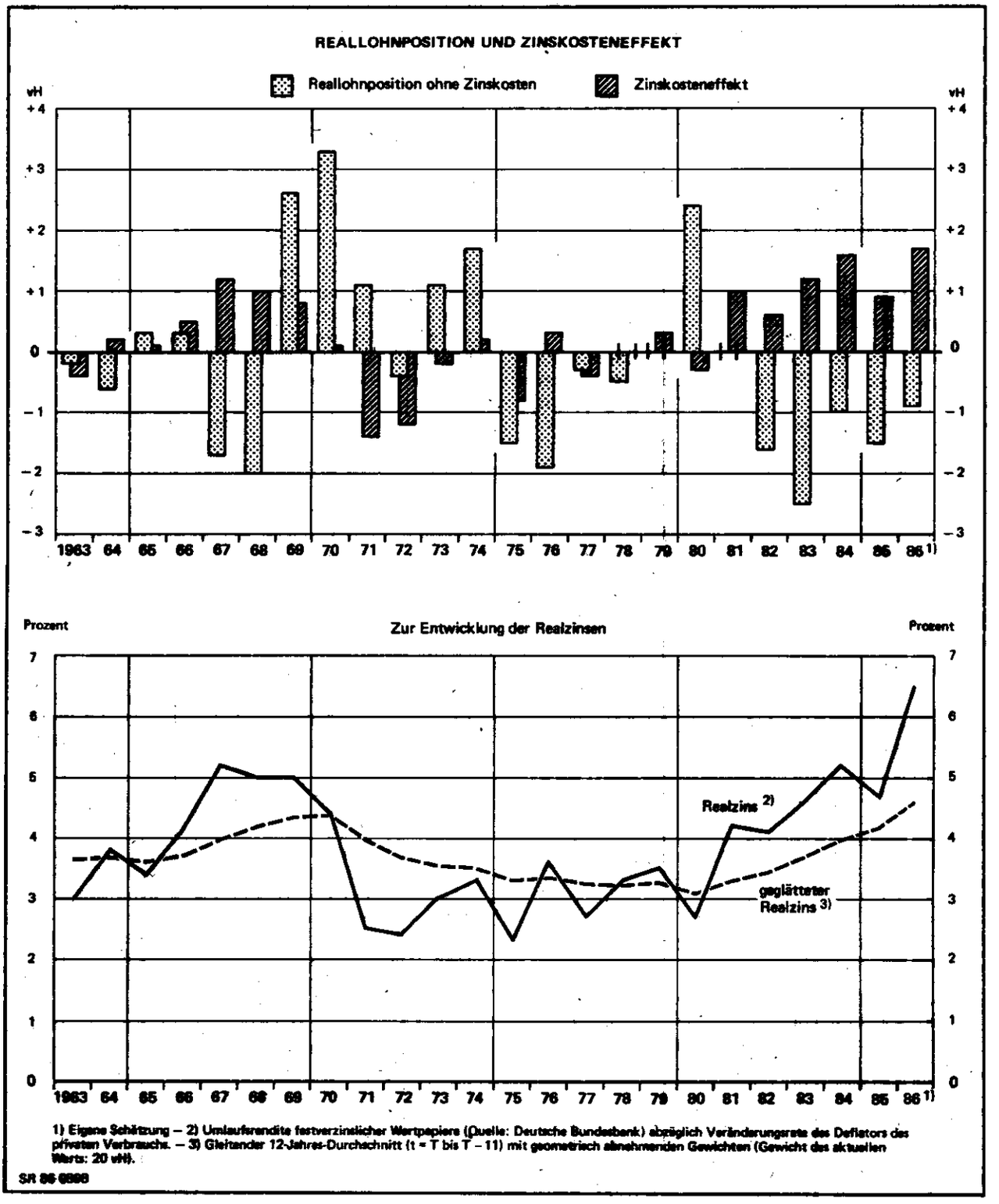
Reallohnposition und reale Zinskosten haben sich 1986 gegenläufig bewegt, ein Vorgang, den man dem Muster nach als neutral in bezug auf das Investitionsverhalten bezeichnen kann (Schaubild 18). Der Einfluß der Importpreissenkung ist es in erster Linie, der in diesem Jahr zu einer ähnlichen Konstellation zwischen Reallohnposition und Kapitalkosten wie in den Vorjahren beitrug. Sobald dieser kurzfristige Einfluß wegfällt, werden die absehbaren Grundtendenzen klarer erkennbar sein: Leicht sinkende Realzinsen und sinkende Kapitalkosten bei konstanter bis leicht steigender Reallohnposition. Die in den letzten Jahren eingetretene Verbesserung der Sachanlagenrendite hat von der binnenwirtschaftlichen Seite zwar keinen weiteren Auftrieb erhalten, es ist aber bisher noch kein Umschwung zum Schlechteren zu beobachten, der durch die günstigen Einflüsse von außen überdeckt sein könnte.

72. Die Zwischensumme lautet: Die Voraussetzungen für eine Ausweitung der Investitionen sind zwar von der Ertragslage her nach wie vor günstig, aber der Wettbewerb mit ausländischen Anbietern ist wegen der Aufwertung für deutsche Anbieter sehr viel härter geworden. Das hat nicht nur die aktuellen Erträge der auf den Auslandsmärkten konkurrierenden Unternehmen gedrückt, sondern wohl auch deren Ertragserwartungen. Umgekehrt verhält es sich mit den vornehmlich auf den Binnenmarkt hin orientierten Unternehmen. Dabei ist noch unsicher, wie rasch und in welchem Ausmaß diese mit mehr Investitionen und jene mit weniger Investitionen reagieren werden.

73. Die kurzfristigen Anpassungen der Investitionspläne hielten sich Umfragen zufolge trotz der genannten außenwirtschaftlich bedingten Umwälzungen in engen Grenzen. An den Umsätzen von Investitionsgütern ist ablesbar, daß im verarbeitenden Gewerbe 1986 erneut wesentlich mehr investiert wurde als im Vorjahr. Besonders investitionsfreudig waren die Hersteller von Investitionsgütern selbst: Maschinenbau, Elektrotechnik, Büromaschinenbau, Feinmechanik und Optik. Bei diesen dominiert mittlerweile das Erweiterungsmotiv, denn es gibt bereits Produktionsengpässe. Zurückhaltender war die Investitionstätigkeit in der Grundstoffindustrie, insbesondere in der chemischen Industrie; hier hat die Verminderung der Exportchancen Spuren hinterlassen, und außerdem hatte es im Vorjahr einen Investitionsschub gegeben. Auch in den Verbrauchsgüterbranchen und in der Nahrungsmittelindustrie blieb die Investitionstätigkeit verhalten. Es sind hier offenbar noch Kapazitäten frei, um bei steigender Nachfrage liefern zu können. Der Wechsel der Auftriebskräfte hin zum Konsumaufschwung begünstigt zu einem großen Teil andere Wirtschaftsbereiche als die Industrie, so das Handwerk, Dienstleistungsunternehmen, Handel und Verkehr. Die Unternehmen in diesen Bereichen entscheiden über die Hälfte aller Anlageinvestitionen.

74. In realer Rechnung dürften 1986 um 5½ vH mehr Ausrüstungsgüter angeschafft worden sein als im Vorjahr. Wegen des verstärkten Bedarfs an Erweiterungen haben die Unternehmen auch ihre Bauinvestitionen stark gesteigert. Nimmt man alle Investitionen von Unternehmen zusammen, so ist dies aber erst das zweite Jahr einer kräftigeren Investitionstätigkeit. Seit 1985 werden die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten wieder

Schaubild 18



verstärkt dafür genutzt zu investieren. Die Investitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbauinvestitionen) im Verhältnis zum Produktionspotential reichen aber noch nicht wieder an den im Höhepunkt des letzten Aufschwungs, im Jahre 1979, erreichten Stand heran.

75. Einschließlich der Investitionen im Wohnungsbau wurde 1986 indessen nicht mehr investiert als im Anfangsjahr dieses Aufschwungs 1983; die privaten Bruttoinvestitionen beliefen sich in beiden Jahren auf 17 vH des Produktionspotentials. Die Wohnungsbauinvestitionen hatten sich in diesem Aufschwung bisher aus einer Reihe von Gründen viel ungünstiger entwickelt als die Unternehmensinvestitionen. Das war ein wesentliches Merkmal der „gespaltenen Konjunktur". In diesem Jahr hat sich der Wohnungsbau nach seinem tiefen Einbruch

wieder etwas erholt. Der Umschwung entspricht weitgehend unserer Prognose vom letzten Jahr, die sinkende Zinsen und wieder stärker zunehmende Einkommen als wichtige Voraussetzungen angeführt hatte. Beide Voraussetzungen waren in diesem Jahr gegeben. Dennoch blieben die Wohnungsbauinvestitionen in realer Rechnung noch um 2 vH unterhalb ihres Vorjahresniveaus, weil der Rückstand im ersten Halbjahr (−3,4 vH) erst allmählich aufgeholt werden konnte.

Nach wie vor fällt für die Entscheidung, ein Haus zu bauen, nicht nur die positive Entwicklung bei Einkommen und Zinssätzen ins Gewicht. Diese Faktoren bestimmen zwar den Eigenheimbau, der die Bautätigkeit 1986 in erster Linie trug, recht stark, nicht aber den Geschoßwohnungsbau. Für diesen spielen Gesichtspunkte der Vermögensanlage eine größere Rolle. Negativ schlägt zu Buche, daß Objekte aus dem Bestand nach dem Preisverfall der letzten Jahre häufig billiger sind als der Neubau und daß nicht mehr mit hohen, vor allem nicht mit inflationsbedingten Wertsteigerungen gerechnet wird. Die Rendite von neugebauten Wohnungen ist im Verhältnis zu anderen Kapitalanlagen nach wie vor wenig attraktiv. Bessere Renditen verspricht vielfach die Modernisierung von Altbauwohnungen. Sie macht mittlerweile schätzungsweise schon rund 40 vH aller Investitionen im Geschoßwohnungsbau aus. Insgesamt waren die Bauleistungen im Neubau von Geschoßwohnungen 1986 aber noch einmal um ein Fünftel niedriger als 1985.

Höhere Gütemachfrage des Staates

76. Die Käufe von Waren und Diensten seitens der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen, das sind Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen, erhöhten sich in diesem Jahr um 5 vH. Real gerechnet entspricht dies einer Zunahme um 2½ vH. Hierin ist gegenüber den vorangegangenen Jahren eine deutliche Beschleunigung zu erkennen. Daß sich der Preisanstieg bei den Güterkäufen des Staates nicht so stark zurückgebildet hat wie bei den Käufen der privaten Haushalte, liegt daran, daß importierte Waren beim Staat keine große Rolle spielen, daß der Staat in großem Umfang weniger preisreagible Dienstleistungen kauft und daß der Staat beispielsweise bei Käufen im Verteidigungsbereich weniger vom Preiswettbewerb profitiert, als das bei marktgängigen Gütern der Fall ist.

Vor allem die Länder und die Gemeinden haben den restriktiven Ausgabenkurs früherer Jahre verlassen (Ziffer 129). Diese Entwicklung ist teilweise in einem Zusammenhang mit der sich wieder verstärkenden Bautätigkeit der öffentlichen Hand zu sehen. Öffentliche Investitionen werden vor allem von den Gemeinden, zum Teil auch von den Ländern durchgeführt.

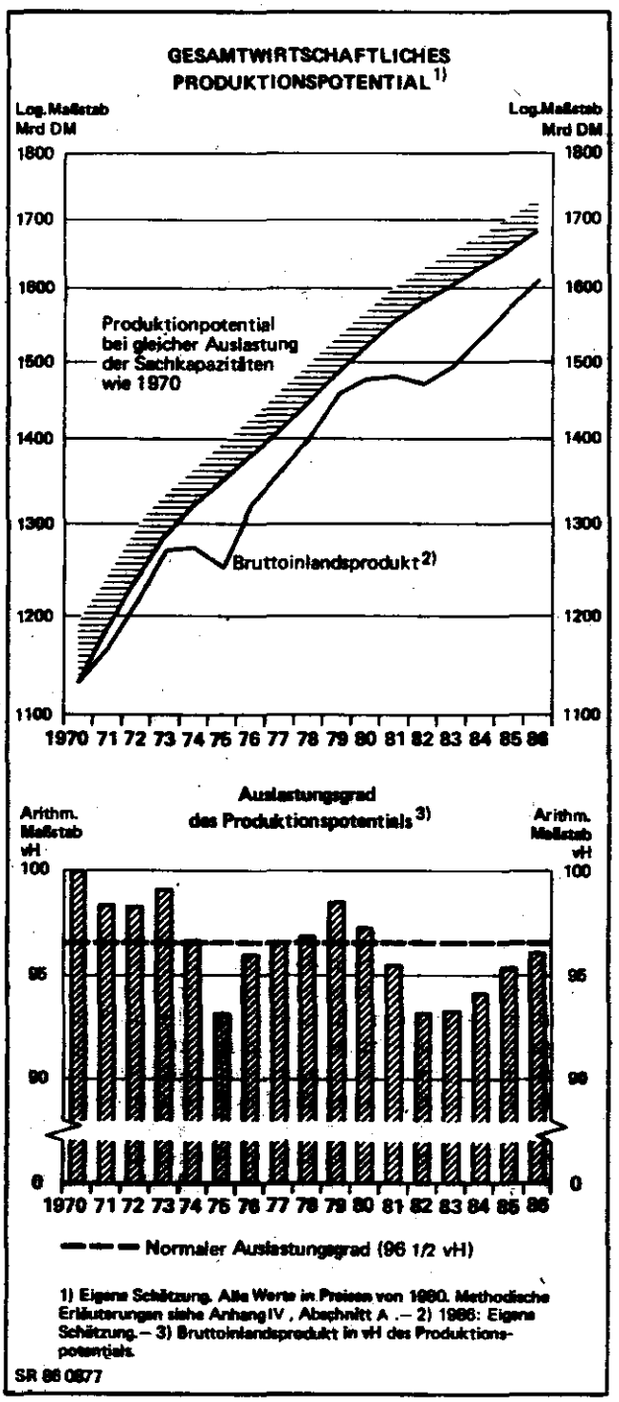
77. Neben den öffentlichen Bauinvestitionen, die in realer Rechnung um 5 vH zugenommen haben, sind auch die Ausgaben für Unterhaltung und Betrieb öffentlicher Einrichtungen kräftig ausgeweitet worden. Diese haben teilweise den Charakter von Ersatzinvestitionen, teilweise sind es Folgeausgaben früherer Investitionen. Es werden beispielsweise auch öffentliche Einrichtungen, die bereits stillgelegt oder nur beschränkt genutzt worden sind, wieder verstärkt in Betrieb genommen. In diesem Jahr erhöhte sich der laufende Sachaufwand, der allerdings auch eine Fülle anderer Ausgaben enthält, um 4½ vH, real um 2½ vH.

III. Unausgeschöpfter Expansionsspielraum?

78. Die deutliche Belebung der Verbrauchsnachfrage, die anhaltende Stärke der Investitionsneigung und die beginnende Erholung der Baukonjunktur haben trotz des Rückgangs der Auslandsnachfrage eine ähnlich hohe Ausweitung des Güterangebots wie im Vorjahr ermöglicht. Von dieser Expansion profitierten in überdurchschnittlichem Ausmaß die ausländischen Anbieter; die reale Einfuhr von Waren und Dienstleistungen übertraf das Vorjahresniveau um gut 3 vH. Das Angebot aus heimischer Produktion ist — gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt — wie im Vorjahr um 2½ vH gestiegen. Die Produktionssteigerung war damit im dritten Jahr hintereinander größer als das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, das wir derzeit auf eine Größenordnung von 2 vH veranschlagen. Die Kapazitäten waren im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt mit 96 vH um einen halben Prozentpunkt höher als 1985 ausgelastet (Schaubild 19).

Dennoch ist vielerorts Kritik laut geworden, in der Bundesrepublik würden die Expansionsmöglichkeiten nicht genügend ausgeschöpft. Im Ausland wird vor allem mit dem Hinweis auf die hohen Leistungsbilanzüberschüsse verlangt, die Geldpolitik und die Finanzpolitik expansiver zu führen, um neben der Produktion auch die Importe anzuregen. Im Inland wird diese Forderung vor allem mit dem Hinweis auf den zu langsamen Abbau der Arbeitslosigkeit unterstützt. Dem Einwand, daß dadurch der mühsam errungene Gewinn an Preisniveaustabilität wieder aufs Spiel gesetzt würde, wird das Argument entgegengehalten, daß das Niveau der Kapazitätsauslastung einen noch reichlichen Expansionsspielraum anzeige und noch nicht die Schwelle erreicht habe, bei der der Preiswettbewerb der Anbieter nachzulassen pflegt. Darüber hinaus wird argumentiert, daß bei den in der Bundesrepublik verwendeten Schätzungen des Produktionspotentials die Möglichkeiten der Unternehmen, ihr Angebot an einen Nachfrageanstieg anzupassen, zu vorsichtig angesetzt werden. Diese Kritik an der Potentialschätzung berührt nicht nur das Urteil über den Expansionsspielraum, der in diesem Jahr gegeben war, sondern betrifft auch die Einschätzung des Wachstumspotentials für die kommenden Jahre. Dadurch werden auch die aus dem Potentialwachstum abgeleiteten Beurteilungskriterien des Sachverständigenrates für die Geldpolitik und die Finanzpolitik in Frage gestellt. Der Sachverständigenrat hat diese Diskussion zum Anlaß genommen, Konzeption, Berechnungsweise und

Schaubild 19



Aussagefähigkeit der Potentialschätzung erneut zu überprüfen.

79. Die Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials basiert auf der Entwicklung des Kapitalstocks der Unternehmen. Kapitalstock und Produktion entwickeln sich nicht parallel, die Kapitalproduktivität bleibt nicht konstant. Sieht man von konjunkturellen und zufälligen Produktionsschwankungen ab, so gibt es sowohl Einflüsse, die zu einem überproportionalen Zuwachs der Produktion und damit zu einem Anstieg der Kapitalproduktivität führen, als auch Faktoren, die einen unterproportionalen Produktionsanstieg und einen Rückgang der Kapitalproduktivität zur Folge haben. Zur ersten Gruppe gehört vor allem die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Anlagen beispielsweise durch technischen Fortschritt. Zur zweiten Gruppe zählt insbesondere die Zunahme der Kapitalintensität der Produktion, die sich aus einer zunehmenden Kapitalausstattung der Arbeitsplätze bei neuen Anlagen ergibt. Schließlich sind Faktoren zu nennen, deren Einfluß auf die Kapitalproduktivität dem Vorzeichen nach nicht von vornherein bestimmt werden können, so zum Beispiel die Dauer und Intensität der Anlagennutzung. Die Betriebszeit ist in der Vergangenheit teils durch die Ausweitung des Mehrschichtbetriebs gesteigert, teils durch die Verkürzung der Arbeitszeit gemindert worden. Im Saldo überwogen seit den sechziger Jahren die negativen Effekte auf die Kapitalproduktivität, so daß diese trendmäßig gesunken ist.

80. Es gibt Hinweise, daß sich dieser negative Trend inzwischen abgeschwächt hat. Die Ausbreitung der Mikroelektronik hat den Rückgang der Kapitalproduktivität gebremst, da mit geringem zusätzlichen Kapitaleinsatz der Ausschuß verringert und Rüstzeiten verkürzt werden können. Die Kapitalintensität hat gesamtwirtschaftlich nicht mehr so stark zugenommen, da neue Arbeitsplätze vorwiegend im weniger kapitalintensiven Dienstleistungsbereich entstanden sind und auch innerhalb der Industrie Wanderungen von kapitalintensiven Branchen wie beispielsweise der Stahlindustrie hin zu Bereichen mit geringerer Kapitalausstattung der Arbeitsplätze stattgefunden haben. Auch hat der verminderte Druck der Lohnkosten — abzulesen an einem tendenziellen Rückgang der Reallohnposition seit Mitte der siebziger Jahre — den Zwang zur höheren Kapitalausstattung bei neuen Anlagen verringert. Hinzu kam, daß die verbesserte Qualifikation der Arbeitskräfte auch auf die Kapitalproduktivität durchgeschlagen hat. Schließlich hat die stärkere Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit über eine intensivere Nutzung des Kapitalstocks zu einer Erhöhung der Kapitalproduktivität geführt und so dem negativen Einfluß der Arbeitszeitverkürzung entgegengewirkt. Bei der Überprüfung der Potentialschätzung war deshalb insbesondere der Frage nachzugehen, ob sich diese Einflüsse in der Abnahmerate der Kapitalproduktivität bereits niedergeschlagen und sich gegen entgegenwirkende Faktoren durchgesetzt haben.

81. Bisher haben wir die trendmäßige Kapitalproduktivität für das jeweilige aktuelle Jahr mit der Abnahmerate fortgeschrieben, die aus dem Trend der jeweils letzten zehn Jahre ermittelt wurde, ein Zeitraum, der zwei volle Zyklen umfassen sollte. Der Stützzeitraum von zehn Jahren hat indessen selten auf zwei Zyklen gepaßt, ein Problem, welches sich mit länger dauernden Aufschwüngen und Abschwüngen verschärfte. Der Schätzzeitraum umfaßte zuletzt zwei Rezessionsphasen und nur eine Aufschwungsphase. Auf diese Weise werden konjunkturelle Bewegungen nicht ausgeschaltet, sondern schlagen sich in Schwankungen der geschätzten Trendwerte nieder.

82. In der neuen Berechnung des Produktionspotentials werden solche verzerrenden Einflüsse konjunktureller Schwankungen bei der Fortschreibung der Kapitalproduktivität weitgehend vermieden. Im neuen Schätzverfahren wird der zur Berechnung verwendete Stützzeitraum so abgegrenzt, daß er abgeschlossene Konjunkturzyklen umfaßt (Anhang IV, Abschnitt A). Die Neuberechnungen ergaben, daß die Produktivität des Kapitalstocks während der Zyklen 1963 bis 1975 im Trend jährlich um 1,7 vH zurückgegangen ist, im darauffolgenden Zeitraum zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1975 und 1982 aber nur noch um 1,3 vH pro Jahr abgenommen hat. Die für den letzten Zyklus ermittelte Abnahmerate der Kapitalproduktivität verwenden wir bis zum Abschluß des laufenden Zyklus, es sei denn, es ergäben sich in den nächsten Jahren Anhaltspunkte für einen wesentlich anderen Verlauf des Trends.

83. Nach der Umstellung des Berechnungsverfahrens, mit der insbesondere der Abflachung des trendmäßigen Rückgangs der Kapitalproduktivität Rechnung getragen wird, ergibt sich ein etwas höheres Wachstum des Produktionspotentials als bisher. Die Rate liegt in den Jahren 1986 und 1987 bei 2 vH und damit über der zu Beginn des Aufschwungs. Dementsprechend veranschlagen wir den Auslastungsgrad etwas niedriger als bisher. Nach neuer Rechnung liegt der Auslastungsgrad um 2 Prozentpunkte niedriger als nach alter Rechnung.

84. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Jahre 1986 entspricht mit 96 vH nahezu dem langjährigen Durchschnitt im Zeitraum von 1963 bis 1985. Die Frage, ob dieser Auslastungsgrad Produktionsreserven anzeigt, die sich ohne Gefährdung der Preisniveaustabilität mobilisieren ließen, ist nur unter Beachtung der sektoralen Unterschiede zutreffend zu beantworten. Denn je unterschiedlicher die Kapazitätsauslastung in den Sektoren ist, desto früher werden bei einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage Engpässe entstehen und den Unternehmen in den betreffenden Branchen Preiserhöhungsspielräume zuwachsen.

Die sektorale Streuung der Kapaztitätsauslastung ist in Zeiten mit hohem Bedarf an Strukturwandel oder mit gegenläufiger Konjunktur in den exportorientierten und in den binnenmarktorientierten Wirtschaftszweigen besonders ausgeprägt. So waren nach Befragungen des Ifo-Instituts die Kapazitäten im Maschinenbau, dem Kernbereich der Investitionsgüterindustrie mit hoher Exportquote, im Jahre 1986 besonders hoch ausgelastet. Dagegen liegt die Anlagennutzung in der Bauwirtschaft noch sehr niedrig. Es ist allerdings nicht sicher, ob die Baunachfrage die vorhandenen Kapazitäten noch einmal voll auslasten wird. Es spricht einiges dafür, daß zumindest in großen Teilen der Bauwirtschaft ein struktureller Kapazitätsüberhang besteht, der die in unserer Potentialschätzung ausgewiesenen Produktionsreserven überzeichnet.

85. Gegen unsere Konzeption der Potentialrechnung ist immer wieder eingewandt worden, sie unterschätze die Produktionsmöglichkeiten, weil das Potential an Arbeitskräften unberücksichtigt bleibe. Zu diesem Vorwurf haben wir wie folgt Stellung genommen:

„Die Schätzung auf der Basis nur eines Produktionsfaktors, der Ausstattung mit Sachkapital nämlich und dessen Produktivität ... hat in Zeiten einer Arbeitsplatzlücke den Vorteil, daß eine Überschätzung des kurzfristig verfügbaren Produktionspotentials vermieden wird. Man hält nicht Arbeitskräfte für einsetzbar, bevor für sie investiert worden ist, sprich: ein Arbeitsplatz gebaut ist" (JG 82 Ziffer 183).

Unser kapitalorientierter Ansatz gibt ein Urteil darüber, in welchem Ausmaß gegenwärtig und in absehbarer Zukunft Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden können. Die Beschäftigung des gesamten Arbeitskräftepotentials würde bei gegebenem Niveau des Kapitalstocks voraussetzen, daß weniger kapitalintensiv produziert werden müßte. Eine solche Umstellung der Produktionstechnik benötigte indessen Zeit, weil nicht nur in Sachkapital investiert werden müßte, sondern auch die Arbeitskräfte zu qualifizieren oder umzuschulen wären. Nur diejenigen Arbeitskräfte dürfen in der Rechnung berücksichtigt werden, die bei Vollauslastung der Sachkapazitäten und bei der kurzfristig möglichen Umstellung der Produktionstechnik beschäftigt werden könnten. Dann gelangt man zu ähnlichen Ergebnissen wie wir bei unserer Rechnung.

86. Je längerfristig allerdings die Perspektive ist, desto mehr müssen zur Abschätzung des Expansionsspielraums neben der Entwicklung des Kapitalstocks auch Veränderungen der Faktoreinsatzrelation ins Kalkül gezogen werden. Hierzu bedarf es nicht notwendigerweise eines Potentialansatzes, der neben Kapital noch den Faktor Arbeit ausdrücklich berücksichtigt. Auch bei unserer Konzeption wird der Veränderung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit Rechnung getragen. Dieses Verhältnis ist eine der Determinanten für die Entwicklung der Kapitalproduktivität.

Der Sachverständigenrat verwendet allerdings das Produktionspotential nicht für solche langfristigen Betrachtungen. Für uns ist die Größe zum einen ein Diagnoseinstrument, das ein Urteil über das Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der inländischen Angebotsmöglichkeiten erleichtert. Darüber hinaus verwenden wir das Produktionspotential als überkonjunkturelle Bezugsgröße für wirtschaftspolitische Überlegungen und zur Ableitung von Vorgaben für eine potentialorientierte Geldpolitik und Finanzpolitik.

Zu diesem Zweck hat man nicht zu ermitteln, welche Produktion ohne die immer bestehenden Rigiditäten bei der Anpassung von Mengen, Preisen und institutionellen Regelungen maximal zu erreichen wäre. Dies ist zwar eine interessante Fragestellung, auf deren Grundlage langfristige Entwicklungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft aufgezeigt und wirtschaftspolitische Alternativen entwickelt werden können. Für die Bewertung der staatli-

chen Ausgabenpläne oder für die Ableitung einer potentialgerechten Geldmengenexpansion für das nächste Jahr oder für die kommenden drei Jahre muß jedoch das Wachstum des Produktionspotentials zugrunde gelegt werden, das bei der ins Auge gefaßten wirtschaftspolitischen Strategie unter realistischen Annahmen erwartet werden kann.

87. Dies betrifft in erster Linie die Prognose der Investitionstätigkeit, von der die Wachstumsrate des Produktionspotentials kurzfristig vor allem bestimmt wird. Eine optimistische Einschätzung muß zum einen dadurch gerechtfertigt sein, daß die Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen für eine hohe Investitionsneigung setzt. Zum anderen muß der Investitionsanstieg auch realisierbar sein. Die für den Aufbau des Kapitalstocks notwendigen Mehrinvestitionen müssen überwiegend mit den heute gegebenen Produktionskapazitäten im Investitionsgütergewerbe hergestellt werden, die — wie erwähnt — bereits in hohem Maße ausgelastet sind. Man könnte einwenden, daß auch auf ausländisches Angebot zurückgegriffen werden könne. Dies setzt jedoch voraus, daß entsprechendes Importangebot verfügbar ist. Die Tatsache, daß in diesem Jahr trotz hoher Auslastung der heimischen Kapazitäten der Anteil der eingeführten Investitionsgüter zurückgegangen ist, deutet an, daß eine solche Angebotsflexibilität nicht ohne weiteres gegeben ist.

88. Bei der Beurteilung der Expansionsmöglichkeiten in den kommenden Jahren ist zu bedenken, daß Investitionssteigerungen, wie wir sie für dieses und das nächste Jahr erwarten, die Wachstumsrate des Produktionspotentials nur langsam anheben. Es stellt sich deshalb die Frage, ob sich zusätzlicher Expansionsspielraum auch dadurch ergeben könnte, daß sich der Rückgang der Kapitalproduktivität weiter verlangsamt. Dies setzt voraus, daß sich der technische Fortschritt beschleunigt, sich der Trend der Kapitalintensivierung abflacht oder die Anlagen intensiver genutzt werden. Dazu bedarf es aber wirtschaftspolitischer Anstrengungen, die nicht zuletzt auf die Stabilisierung der Lohnstückkosten, auf die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit, aber auch auf den Abbau von innovations- und mobilitätshemmenden Regelungen und auf die Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen oder von Marktzugangsbarrieren gerichtet sind, die insbesondere im Dienstleistungssektor den Expansionsspielraum beschränken. Solche Veränderungen schlagen sich nur sehr langsam in der Wachstumsrate des Produktionspotentials nieder. Solange sich auf diesem Gebiet keine deutlichen Änderungen abzeichnen, werden wir bei der Abschätzung des künftigen Wachstumsspielraums den zuletzt beobachteten Trend der Kapitalproduktivität zugrundelegen.

IV. Bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

89. Nach wie vor zeigt die Beschäftigung nach oben. Ende 1986 dürften 250 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt sein als Ende vergangenen Jahres und rund eine halbe Million mehr als im Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983. Zugleich hat die Anzahl der Selbständigen wieder zugenommen. Nimmt man die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, also beschäftigte Arbeitnehmer und Selbständige, so war der Beschäftigungsanstieg in diesem Aufschwung, anders als oft vermutet, kaum geringer als in den ersten vier Jahren des Aufschwungs nach 1975 (Tabelle 6). Der Vergleich der beiden Aufschwungsphasen zeigt allerdings einen Unterschied. In den siebziger Jahren ging die Anzahl der Selbständigen stark zurück, während sie seit 1983 wieder steigt.

Die Anzahl der Erwerbspersonen insgesamt, das sind die Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen, ist im Unterschied zu damals deutlich angestiegen, und zwar von 1979 bis 1986 um mehr als eine Million Personen. In diesen Zahlen drückt sich zu einem guten Teil die sogenannte demographische Komponente aus, die den Arbeitsmarkt in diesem Aufschwung weit stärker belastet als im vorangegangenen.

Die konjunkturelle Wirkung des Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch in der Entwicklung der Kurzarbeit. Sie wurde von ihrem Höhepunkt im Jahre 1983 mit 675 000 Personen in Kurzarbeit auf rund 220 000 Personen in diesem Jahr zurückgeführt. Die Zeitdauer bis zur Besetzung der dem Arbeitsmarkt als offen gemeldeten Stellen hat sich von 3,2 Wochen zu Beginn des Aufschwungs auf 4,5 Wochen in diesem Jahr verlängert.

Wenngleich die Aufwärtsbewegung der Beschäftigung den Vergleich mit jener in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht zu scheuen hat, besteht — zu einem guten Teil aus dem Zugang an jungen Erwerbspersonen erklärlich — die hohe Arbeitslosigkeit fort. Daß deren Abbau auch in diesem Jahr nicht zügiger vorangekommen ist, liegt an einer Vielfalt von Gründen. In den Jahren des Beschäftigungsabbaus gingen Ältere immer früher in den Ruhestand, und Jüngere haben den Beginn ihrer Berufstätigkeit immer weiter hinausgeschoben; mit der Besserung der Beschäftigungssituation hat sich dieses Verhalten umgekehrt, so daß jetzt ältere Arbeitnehmer später in den Ruhestand gehen und junge Arbeitskräfte früher in das Erwerbsleben eintreten. Außerdem werden derzeit viele Arbeitslose, die sich nicht mehr registrieren ließen, weil sie keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung mehr hatten und keine Vermittlungschance sahen, nun angeregt, sich wieder bei den Arbeitsämtern als arbeitslos zu melden. Das durch die günstige wirtschaftliche Lage veränderte Verhalten der Beschäftigten und der Personen, die zuvor zur Stillen Reserve gerechnet wurden, hat sich verändert; und die Anzahl der Arbeitsuchenden hat sich in diesem Jahr deswegen wiederum erhöht.

Im Ergebnis ist die Anzahl der Arbeitslosen 1986 darum auch noch nicht stark zurückgegangen (Schaubild 20). Seit April hat sich zwar ein verstärkter Rückgang angebahnt, im Durchschnitt des Jahres waren aber noch 2,23 Millionen Menschen arbeitslos, nicht viel weniger als im Vorjahr.

Tabelle 6

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

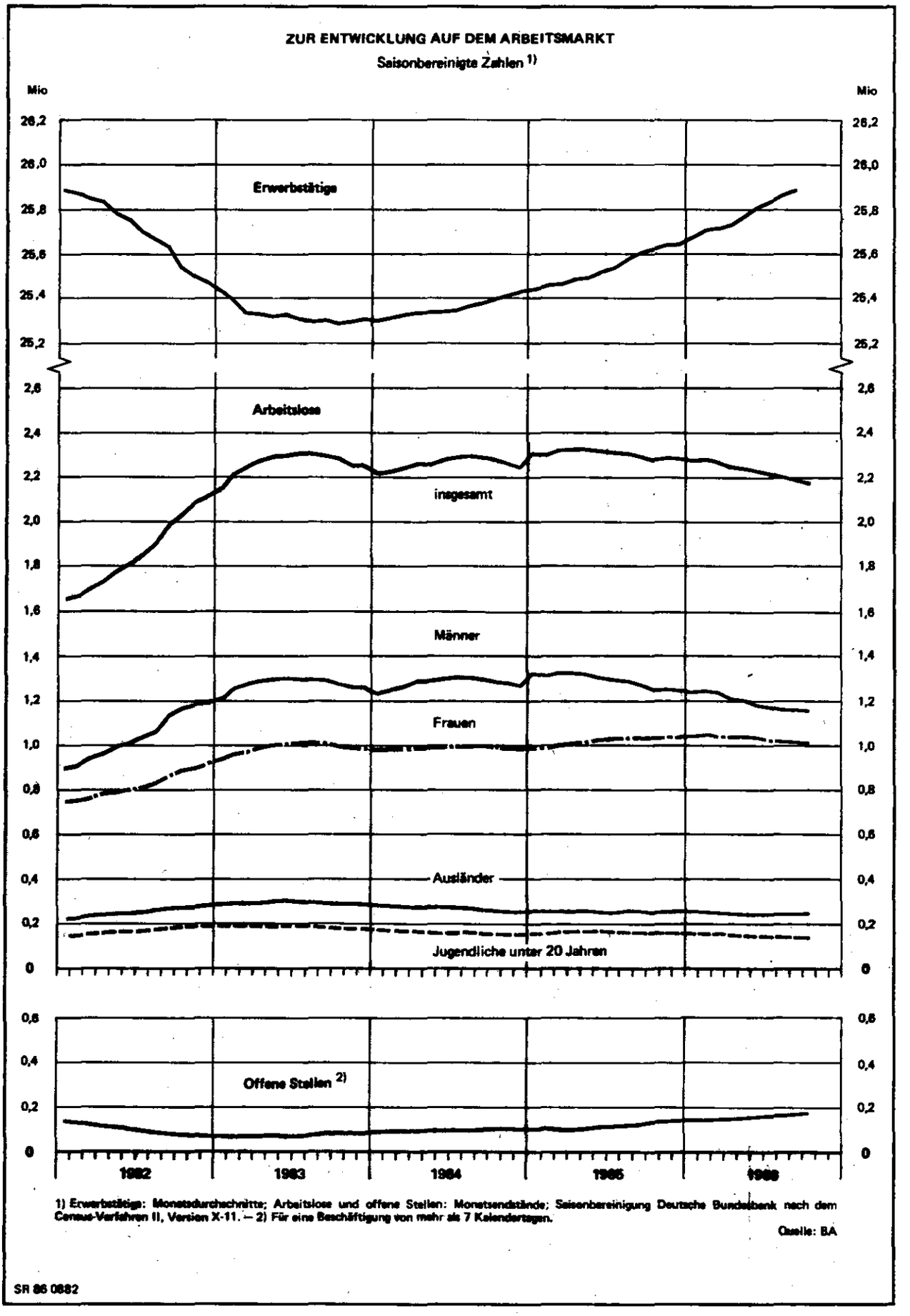
Jahr	Erwerbspersonen[1]	Erwerbstätige[2]				Arbeitslose[4]	Kurzarbeiter[4]	Offene Stellen[4]	Arbeitslosenquote[6]
		insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selbständige[5]				
			zusammen	darunter Ausländer[3][4]					
	1 000								vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	*1,3*
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	*0,9*
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	*0,7*
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	*0,9*
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	*0,8*
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	*0,7*
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	*0,7*
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	*2,1*
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	*1,5*
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	*0,8*
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	*0,7*
1971	27 002	26 817	22 606	2 128	4 211	185	86	648	*0,8*
1972	26 990	26 744	22 633	2 285	4 111	246	76	546	*1,1*
1973	27 195	26 922	22 906	2 498	4 016	273	44	572	*1,2*
1974	27 147	26 565	22 640	2 381	3 925	582	292	315	*2,5*
1975	26 884	25 810	22 014	2 061	3 796	1 074	773	236	*4,7*
1976	26 651	25 591	21 939	1 925	3 652	1 060	277	235	*4,6*
1977	26 577	25 547	22 029	1 872	3 518	1 030	231	231	*4,5*
1978	26 692	25 699	22 264	1 857	3 435	993	191	246	*4,3*
1979	26 923	26 047	22 663	1 924	3 384	876	88	304	*3,7*
1980	27 217	26 328	23 009	2 018	3 319	889	137	308	*3,7*
1981	27 416	26 144	22 869	1 912	3 275	1 272	347	208	*5,3*
1982	27 542	25 709	22 436	1 787	3 273	1 833	606	105	*7,6*
1983	27 589	25 331	22 057	1 694	3 274	2 258	675	76	*9,3*
1984	27 623	25 357	22 075	1 609	3 282	2 266	384	88	*9,3*
1985	27 846	25 542	22 248	1 568	3 294	2 304	235	110	*9,4*
1986[7]	28 035	25 805	22 495	1 600	3 310	2 230	220	155	*9,0*

[1] Erwerbstätige und Arbeitslose.
[2] Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Jahresdurchschnitte.
[3] Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.
[5] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[6] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[7] Eigene Schätzung.

Höhere Beschäftigung — leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit

90. Charakteristisch für das Geschehen am Arbeitsmarkt im Jahre 1986 war, daß trotz kurzfristiger Schwankungen der Produktionsentwicklung die Beschäftigung bemerkenswert stetig und kräftig anstieg. Gegen Ende des Jahres dürften rund 250 000 Personen mehr beschäftigt sein als ein Jahr zuvor. In diesem Anstieg der Beschäftigung sind zum Teil erwerbstätige Frauen enthalten, die Erziehungsgeld in Anspruch nehmen. Sie werden weiterhin zu den Beschäftigten gezählt, ferner diejenigen Beschäftigten, die sie während der verlängerten Zeit des Mutterschaftsurlaubs vertreten. Diese erweiterte Regelung ist seit dem 1. Januar 1986 in Kraft.

Schaubild 20



1) Erwerbstätige: Monatsdurchschnitte; Arbeitslose und offene Stellen: Monatsendstände; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Für eine Beschäftigung von mehr als 7 Kalendertagen.

Quelle: BA

SR 86 0882

91. Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Ausweitung der Teilzeitarbeit und verstärkte Qualifizierungsanstrengungen von Mitarbeitern haben es in diesem Aufschwung vielen Unternehmen erleichtert, trotz konjunkturell besserer Auslastung der Personalkapazitäten und trotz tariflicher Arbeitszeitverkürzung in weiten Bereichen auf Überstunden zu verzichten und stattdessen Neueinstellungen, wenn auch zum Teil befristet, vorzunehmen. Dies bestätigt der Überstundenbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Überstunden werden — auch den Wünschen der Beschäftigten folgend — immer häufiger in Freizeit und nicht in zusätzlichem Einkommen abgegolten. Während die Zahl der Überstunden in der vergleichbaren Aufschwungsphase von 1967 bis 1969 um 1,1 Mrd Stunden zugenommen hatte, erhöhte sie sich von 1983 bis 1985 nur um 80 Millionen. Dies ist um so bemerkenswerter, als seit 1969 die Arbeitszeit der Beschäftigten um 14 vH zurückgegangen ist. Auch die Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit dürfte zum Abbau der Überstunden beigetragen haben.

92. Diese Beobachtungen treffen insbesondere für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zu, in dem neben dem Baugewerbe schon immer die meisten Überstunden geleistet wurden. Im verarbeitenden Gewerbe hatten die Unternehmen bereits im vergangenen Jahr ihr Personal recht kräftig aufgestockt, und sie setzten dieses Einstellungsverhalten in diesem Jahr fort. Im späteren Verlauf des Jahres wirkten die Einflüsse der Exportentwicklung vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dämpfend. Zuletzt kam es hier sogar wieder zu einem Anstieg der Kurzarbeit. Gleichwohl dürfte die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe im letzten Quartal 1986 noch um rund 1½ vH beziehungsweise 100 000 Personen über dem Vorjahresstand liegen.

93. Die mit der Exportabschwächung verbundene Verringerung des Beschäftigungszuwachses im verarbeitenden Gewerbe wird in den gesamtwirtschaftlichen Zahlen nicht sichtbar. Denn gleichzeitig entfielen im Laufe des Jahres 1986 an anderer Stelle Belastungen des Arbeitsmarktes. Im Zuge der verbesserten Auftragslage vor allem für den Wirtschaftsbau und für den öffentlichen Bau hatte sich der Beschäftigungsabbau im Baugewerbe — im vergangenen Jahr ging die Beschäftigung um 90 000 Beschäftigte zurück — deutlich abgeschwächt. Im Ergebnis dürfte gegen Ende des Jahres der Personalstand im Baugewerbe somit knapp unterhalb des Vorjahres liegen.

94. Überaus kräftig sind nach wie vor die Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungsgewerbe. Zwischen dem dritten Vierteljahr 1985 und dem dritten Vierteljahr 1986 sind in diesem Wirtschaftszweig rund 90 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt worden (+2½ vH). Den größten Zuwachs dürften dabei wie schon in den vergangenen Jahren das Gesundheitswesen, die Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie die sonstigen Dienstleistungen zu verzeichnen haben. Beim Staat und bei den privaten Haushalten wurden nach mehreren Jahren recht geringer Ausweitung in diesem Jahr 2 vH mehr Stellen geschaffen als im Vorjahr (+90 000), zumeist als Teilzeitstellen.

95. Der weiterhin kräftige Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe, die vermehrten Einstellungen im öffentlichen Dienst und in verschiedenen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes, beispielsweise in der Elektroindustrie, begünstigte die Beschäftigung von Frauen. In dieselbe Richtung wirkte die Einführung des Erziehungsgeldes. Die Anzahl weiblicher Arbeitnehmer nahm insgesamt mit 180 000 oder 2 vH zu, und damit stärker als die Anzahl der männlichen (70 000). Mit einer beschleunigten Zunahme der Teilzeitbeschäftigung läßt sich der Anstieg der Beschäftigung von Frauen hingegen nicht erklären. Die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze in der privaten Wirtschaft wurde durch das Beschäftigungsförderungsgesetz trotz der verbesserten Rahmenbedingungen kaum stärker als im Vorjahr vermehrt.

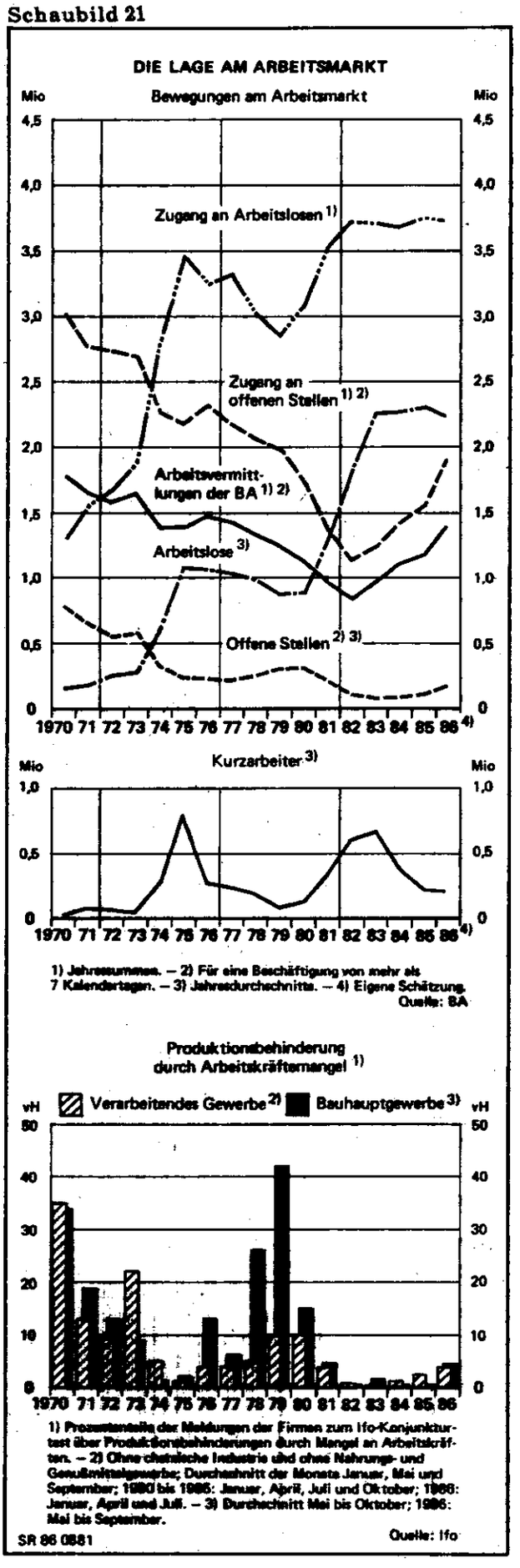
96. Die regionalen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt bestehen in diesem Jahr fort. In fast allen Arbeitsamtsbezirken ist zwar die Anzahl der registrierten Arbeitslosen etwas zurückgegangen, aber die jüngste Entwicklung der Kurzarbeit läßt die Perspektiven in einigen Krisenregionen nicht günstig erscheinen; dies gilt insbesondere für die Montanregionen.

97. Die Belebung am Arbeitsmarkt hat erst allmählich zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Erst seit April dieses Jahres geht die Anzahl der Arbeitslosen deutlicher zurück. Ende Oktober waren 2 026 000 Arbeitslose gemeldet, 123 000 weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt betrug der Rückgang rund 75 000 (Schaubild 21). Bei dem Vorjahresvergleich ist jedoch zu berücksichtigen, daß seit Anfang des Jahres ältere Arbeitnehmer sich nicht mehr als Arbeitslose registrieren lassen müssen, wenn sie nach einer Übergangsphase in den Ruhestand treten und deswegen für den Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Hierdurch werden in diesem Jahr 41 000 Personen nicht mehr als Arbeitslose registriert.

Starke Bewegung am Arbeitsmarkt

98. Während die Anzahl der Erwerbstätigen vom letzten Vierteljahr 1985 bis zum letzten Quartal dieses Jahres um rund 270 000 stieg, ging die Anzahl der Arbeitslosen nur um 120 000 zurück. Daß die Gesamtzahl aus registrierten Arbeitslosen und Erwerbstätigen, also die Anzahl der Erwerbspersonen, weiter so stark zugenommen hat, ist vor allem deshalb überraschend, weil von der demographischen Entwicklung her der Anstieg in der Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter eher kleiner geworden ist. Im Ergebnis hat die Anzahl der Erwerbspersonen, das sind Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose, aus demographischen Gründen nur noch um 75 000 zugenommen.

Schaubild 21



1) Jahressummen. — 2) Für eine Beschäftigung von mehr als 7 Kalendertagen. — 3) Jahresdurchschnitte. — 4) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

1) Prozentanteile der Meldungen der Firmen zum Ifo-Konjunkturtest über Produktionsbehinderungen durch Mangel an Arbeitskräften. — 2) Ohne chemische Industrie und ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; Durchschnitt der Monate Januar, Mai und September; 1980 bis 1985: Januar, April, Juli und Oktober; 1986: Januar, April und Juli. — 3) Durchschnitt Mai bis Oktober; 1986: Mai bis September.

Quelle: Ifo

SR 86 0881

— Bei den Jugendlichen haben die geburtenstarken Jahrgänge zum überwiegenden Teil in den vergangenen Jahren eine betriebliche Ausbildung aufgenommen und werden deshalb schon zu den Berufstätigen gezählt. Die Anzahl der jetzt nachfolgenden Absolventen allgemeinbildender Schulen ist bereits geringer.

— Bei den älteren Arbeitnehmern befindet sich die durch den Weltkrieg betroffene Generation überwiegend schon im Ruhestand. Die Anzahl derer, die sich jetzt dem Ruhestand nähern, ist wieder größer. Wären sie ebenso früh wie die vorangegangene Generation in den Ruhestand getreten, so hätte sich die Anzahl der Erwerbspersonen, kaum erhöht, und die Arbeitslosigkeit wäre stärker zurückgegangen.

99. Zum kräftigen Anstieg der Erwerbspersonenzahl hat die höhere Erwerbsquote bei Frauen entscheidend beigetragen; diese hat sich schon seit drei Jahren um jährlich einen vollen Prozentpunkt erhöht und dürfte nun bei knapp 54 vH liegen. Mehr Frauen als zu Beginn der achtziger Jahre suchen nach einer oft nur kurzen Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit wieder Arbeit. Zudem sind — dies fällt in der gegenwärtigen Situation weitaus mehr ins Gewicht — weniger Frauen nach dem Verlust einer Stelle bereit, ihren Wunsch nach Erwerbstätigkeit aufzugeben. Rund die Hälfte des Zuwachses in der Anzahl der Erwerbspersonen läßt sich durch die höhere Erwerbsquote der Frauen erklären (rund 100 000). Allerdings ist im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern die Erwerbsquote der Frauen in der Bundesrepublik immer noch niedrig.

100. Anders als in den vorangegangen Jahren dürfte das Arbeitsangebot von Ausländern 1986 deutlich zugenommen haben. Im Zeitraum 1983 bis 1985 waren im Ergebnis rund 330 000 Ausländer in ihre Heimatländer zurückgewandert. Dies hat sich in diesem Jahr umgekehrt; es kommen wieder mehr Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik. Außerdem hat die Anzahl der Asylbewerber zugenommen. Diese Personengruppen erhalten allerdings erst nach einer mehrjährigen Aufenthaltsdauer eine Arbeitserlaubnis. Der Anstieg in der Anzahl ausländischer Erwerbspersonen in diesem Jahr von rund 45 000 geht somit vor allem darauf zurück, daß mehr ausländische Jugendliche, die zu einem großen Teil in der Bundesrepublik geboren sind, ins Erwerbsleben eintreten.

101. In diesem Jahr dürfte sich auch wieder ein größerer Teil der Jugendlichen dafür entschieden haben, eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen. Das Angebot an Ausbildungsstellen ist etwa so hoch wie in den vergangenen Jahren. Dies gibt nun — bei demographisch bedingtem Rückgang der Anzahl der Schulabgänger — auch denjenigen unter den Jugendlichen die Chance, eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen, die sonst andere Wege eingeschlagen hätten. Es haben sich auch wieder mehr Abiturienten für eine betriebliche Ausbildung entschieden. Aus diesen Gründen hat sich die Situation

Tabelle 7

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in 1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[1]	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September[2]			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456[a]	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	666
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	697	22	59	719	756
1986	685[a]	31	47	716	732

[1]) Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2]) Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.
[a]) Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft; für 1986 zwischen 680 000 und 690 000.

Quelle: BMBW; BA

auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst wenig entspannt (Tabelle 7).

102. Zu dem Anstieg in der Anzahl der Erwerbspersonen hat beigetragen, daß ältere Menschen in vielen Fällen länger als erwartet arbeiten, sei es, daß sie nun bei besserer Beschäftigungslage in ihrem Betrieb nötiger gebraucht werden, sei es, daß ihnen die bestehenden Vorruhestandsregelungen zu wenig attraktiv erscheinen.

Steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften

103. Während sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst langsam entspannt, haben sich aufgrund des zunehmenden Bedarfs der Wirtschaft an Arbeitskräften die Übergangsprobleme für Berufsanfänger nach Abschluß der Ausbildung beträchtlich gemildert. Vor allem betrieblich Ausgebildete sahen sich wieder einer steigenden Nachfrage gegenüber. Wegen der höheren Absolventenzahl ging die Zahl der Arbeitslosmeldungen von betrieblich Ausgebildeten aber kaum zurück. Für Absolventen nicht-betrieblicher Ausbildungsgänge an Fachschulen und an Hochschulen eröffneten sich ebenfalls mehr Beschäftigungsmöglichkeiten als in den Vorjahren. Es bestätigt sich eine Erfahrung aus den vorangegangenen Konjunkturzyklen: Eine Besserung der Beschäftigungslage kommt zunächst und in erster Linie den jüngeren Arbeitskräften zugute (Tabelle 8).

104. Die steigende Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierten Fachkräften trifft in der derzeitigen Lage nicht immer auf das entsprechende Angebot am Arbeitsmarkt. In Aufschwungsphasen zeigt sich dies besonders ausgeprägt: Facharbeiter, die von kleinen und mittleren Unternehmen bei schlechter Konjunktur entlassen worden waren, sind im Aufschwung nicht im gleichen Maße wieder zurückzugewinnen, wenn sie inzwischen in einem Großunternehmen einen begehrteren Arbeitsplatz für einen Nichtfacharbeiter gefunden haben. So ergibt sich im Aufschwung ein widersprüchliches Bild: Facharbeitermangel bei kleinen und mittleren Betrieben bei gleichzeitigem Facharbeiterüberschuß — gemessen an den Anforderungen der betreffenden Arbeitsplätze — in den Großunternehmen.

Dies ist jedoch nur einer der Gründe dafür, daß Unternehmen über Schwierigkeiten bei der Besetzung von Facharbeiterstellen klagen. Die steigende Nachfrage war auch etwas stärker als in früheren konjunkturellen Aufschwüngen auf beruflich qualifizierte Arbeitnehmer gerichtet. In der Vergangenheit waren Aufschwungsphasen regelmäßig durch ein überproportional steigendes Stellenangebot für weniger qualifizierte Kräfte geprägt, weil die Unternehmen, insbesondere auch die des damals noch größeren Bausektors, den Teil ihres Personals wie-

Tabelle 8

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1981		1982		1983		1984		1985	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	1256	*100*	1819	*100*	2134	*100*	2143	*100*	2151	*100*
Männer	616	*49,1*	982	*54,0*	1145	*53,7*	1155	*53,9*	1132	*52,6*
Frauen	640	*50,9*	836	*46,0*	989	*46,3*	988	*46,1*	1019	*47,4*
Nach Nationalität										
Deutsche	1075	*85,6*	1566	*86,1*	1850	*86,7*	1896	*88,5*	1907	*88,6*
Ausländer	181	*14,4*	253	*13,9*	284	*13,3*	247	*11,5*	244	*11,4*
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	568	*45,2*	877	*48,2*	1049	*49,2*	1085	*50,6*	1082	*50,3*
ohne Abschluß	688	*54,8*	942	*51,8*	1084	*50,8*	1058	*49,4*	1069	*49,7*
Nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	182	*14,5*	318	*17,5*	399	*18,7*	405	*18,9*	387	*18,0*
Nichtfacharbeiter	632	*50,3*	890	*48,9*	985	*46,1*	954	*44,5*	967	*45,0*
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	282	*22,5*	388	*21,3*	496	*23,2*	520	*24,3*	496	*23,1*
mit einfacher Tätigkeit	160	*12,8*	223	*12,3*	254	*11,9*	264	*12,3*	301	*14,0*
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	1044	*83,1*	1586	*87,2*	1896	*88,8*	1915	*89,4*	1915	*89,0*
Teilzeitarbeit	212	*16,9*	233	*12,8*	238	*11,2*	228	*10,6*	236	*11,0*
Mit gesundheitlicher Einschränkung	323	*25,7*	384	*21,1*	423	*19,8*	417	*19,5*	410	*19,0*
darunter: Schwerbehinderte	90	*7,2*	117	*6,4*	135	*6,3*	139	*6,5*	133	*6,2*
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])										
unter 1 Monat	230	*18,3*	271	*14,9*	245	*11,5*	249	*11,6*	265	*12,3*
1 bis unter 3 Monate	361	*28,8*	448	*24,6*	471	*22,1*	464	*21,7*	434	*20,2*
3 bis unter 6 Monate	245	*19,5*	333	*18,3*	363	*17,0*	348	*16,2*	341	*15,8*
6 bis unter 12 Monate	258	*20,5*	440	*24,2*	524	*24,5*	464	*21,7*	446	*20,7*
1 bis unter 2 Jahre	114	*9,1*	246	*13,5*	377	*17,7*	371	*17,3*	363	*16,9*
2 Jahre und länger	49	*3,9*	81	*4,4*	155	*7,2*	247	*11,5*	303	*14,1*
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	135	*10,8*	195	*10,7*	203	*9,5*	177	*8,3*	174	*8,1*
20 bis unter 25 Jahre	240	*19,1*	356	*19,6*	420	*19,7*	406	*18,9*	389	*18,1*
25 bis unter 35 Jahre	334	*26,6*	490	*26,9*	580	*27,2*	584	*27,2*	584	*27,2*
35 bis unter 45 Jahre	216	*17,2*	323	*17,8*	381	*17,9*	375	*17,5*	367	*17,1*
45 bis unter 55 Jahre	173	*13,8*	259	*14,2*	315	*14,8*	333	*15,5*	357	*16,6*
55 Jahre und älter	158	*12,6*	196	*10,8*	234	*11,0*	268	*12,5*	279	*13,0*
darunter: 59 Jahre und älter	81	*6,4*	89	*4,9*	95	*4,4*	104	*4,9*	104	*4,8*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	499	*39,7*	802	*44,1*	841	*39,4*	730	*34,0*	679	*31,6*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	147	*11,7*	299	*16,4*	474	*22,2*	565	*26,3*	568	*26,4*
Leistungen beantragt	342	*27,3*	278	*15,3*	239	*11,2*	228	*10,7*	224	*10,4*
keine Leistungen	268	*21,4*	440	*24,2*	579	*27,1*	620	*28,9*	680	*31,6*
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	63	*5,0*	86	*4,7*	138	*6,5*	135	*6,3*	141	*6,6*

[1]) Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

der aufstocken mußten, der in der Rezession zuerst und besonders stark abgebaut worden war. Auch in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre waren vorwiegend Arbeitsplätze für einfachere Tätigkeiten verloren gegangen. In diesem Aufschwung werden jedoch vergleichbare Beschäftigungsmöglichkeiten nur in geringerem Umfang wieder angeboten.

Tabelle 9

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen
Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge				Abgänge				Abgänge in ein Arbeitsverhältnis			
	Mai/Juni											
	1983	1984	1985	1986	1983	1984	1985	1986	1983	1984	1985	1986
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	58,7	59,5	57,4	56,2	64,8	63,2	67,1	65,1	69,3	67,3	71,2	69,5
Frauen	41,3	40,5	42,6	43,8	35,2	36,8	32,9	34,9	30,7	32,7	28,8	30,5
Nach Nationalität												
Deutsche	87,3	87,2	89,6	89,3	87,8	88,3	89,4	89,8	89,6	90,5	90,4	90,7
Ausländer	12,7	12,8	10,4	10,7	12,2	11,7	10,6	10,2	10,4	9,5	9,6	9,3
Nach Berufsausbildung												
ohne Abschluß	46,9	45,2	41,7	43,3	45,0	43,7	41,1	41,1	40,1	37,9	37,4	37,8
mit betrieblichem Abschluß	43,1	45,3	47,7	45,8	47,7	48,2	51,7	51,0	52,5	53,4	55,6	54,6
mit sonstigem Abschluß	10,0	9,4	10,6	11,1	7,3	8,1	7,2	7,9	7,4	8,7	7,0	7,6
Mit gesundheitlicher Einschränkung	12,6	11,7	10,7	12,0	12,0	11,7	10,2	10,8	8,9	9,0	8,7	9,0
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])												
unter 1 Monat	.	.	.	.	11,9	13,5	13,5	16,1	13,6	16,2	15,2	18,3
1 bis unter 3 Monate	.	.	.	.	21,5	22,8	22,9	24,0	23,3	25,6	25,1	26,4
3 bis unter 6 Monate	.	.	.	.	27,5	24,9	26,8	25,0	28,9	25,8	28,1	26,2
6 bis unter 12 Monate	.	.	.	.	26,4	22,3	21,0	21,0	25,1	20,4	19,5	19,1
1 bis unter 2 Jahre	.	.	.	.	11,1	13,1	11,9	9,5	8,4	10,0	9,5	7,0
2 Jahre und länger	.	.	.	.	1,6	3,4	3,9	4,4	0,7	2,1	2,5	3,0
Nach Altersgruppen												
unter 25 Jahre	38,8	38,4	41,3	37,4	36,4	36,3	36,1	35,1	38,7	39,6	38,1	36,9
25 bis unter 55 Jahre	55,4	56,4	54,1	57,7	58,8	58,6	59,0	60,5	58,6	58,1	59,1	60,4
55 Jahre und älter	5,8	5,1	4,6	4,9	4,9	5,1	4,9	4,3	2,7	2,4	2,8	2,7
Nach vorherigem Erwerbsstatus												
Arbeitsverhältnis	72,0	69,3	63,1	65,5	81,1	75,8	76,2	74,9	84,4	79,3	80,2	79,3
betriebliche Ausbildung	5,2	4,8	9,6 [a])	6,1	3,2	3,5	4,1	3,4	3,6	4,1	4,4	3,7
sonstige Erwerbstätigkeit	2,3	2,7	2,5	2,9	2,2	2,6	2,7	2,9	2,1	2,6	2,5	2,8
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von 6 Monaten und länger	11,6	11,8	11,4	12,0	8,8	10,7	9,4	10,3	5,9	7,4	6,8	7,3
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	8,9	11,4	13,4	13,6	4,7	7,4	7,6	8,6	3,9	6,6	6,1	6,9

[1]) Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.
[a]) Wegen Verschiebungen der Ferientermine nicht mit den anderen Jahren vergleichbar.

Quelle: BA

Es spricht einiges dafür, daß die Verschiebung zu anspruchsvolleren Tätigkeiten und Arbeitsplätzen keine vorübergehende Erscheinung ist. Jedenfalls stellen die Unternehmen schon seit geraumer Zeit höhere Anforderungen an die Qualifikation der Bewerber. Nach den verfügbaren Informationen ist dies keineswegs auf wenige Berufe beschränkt. Verschiedene, zum Teil sich gegenseitig bedingende Faktoren werden hierfür als Gründe angeführt: die Einführung neuer Technologien, Änderungen in der Arbeitsorganisation und eine differenziertere Produktpalette, die häufig flexiblere Fertigungsverfahren notwendig macht und damit ein höheres Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte zur Voraussetzung hat.

Auch die Bewegungsanalyse vom Mai dieses Jahres bestätigt diese Einschätzung (Tabelle 9). Die Beschäftigungsschancen qualifizierter Arbeitsloser haben sich danach im Vergleich zu früheren Jahren erhöht. Die Laufzeit offener Stellen hat sich in fast allen Wirtschaftsbereichen wieder verlängert.

Der Arbeitsmarkt für Akademiker

105. Bis vor einem Jahr bot die Arbeitslosigkeit von Akademikern Anlaß zur Sorge. Seit die Beschäftigungsentwicklung im ganzen wieder günstiger verläuft, werden auch diese Probleme weniger beachtet. Ende September 1985 waren knapp 26 000 arbeitslose Berufsanfänger mit Fachhochschul- oder Hochschulausbildung (Rechtsreferendare und Lehramtskandidaten eingeschlossen) registriert, 21 vH weniger als 1984, und dies trotz zunehmender Absolventenzahlen. Im Vergleich dazu ist die Anzahl aller Arbeitslosen im selben Zeitraum noch um

0,4 vH gestiegen. Auch in diesem Jahr dürfte die positive Entwicklung für Akademiker angehalten haben.

106. Die Diskrepanz zwischen der geringen Zahl frei werdender Akademikerarbeitsplätze im herkömmlichen Sinn und der immer noch steigenden Anzahl von Berufsanfängern mit akademischer Ausbildung hat sich nicht verringert. Zwar haben die traditionellen Arbeitgeber für diese Berufsgruppen — Staat, Forschungsinstitutionen und Verbände —, die noch vor wenigen Jahren das Gros der Absolventen aufnahmen, ihre Stellenpläne in den letzten beiden Jahren wieder ausgeweitet, vor allem im Teilzeitbereich. Dies dürfte aber nicht einmal den Anstieg in der Anzahl der Absolventen seither aufgewogen haben. Auch in der privaten Wirtschaft wurden nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze für Arbeitnehmer mit diesen Qualifikationen neu geschaffen. Daß es dennoch zu einem so beachtlichen Abbau der Arbeitslosigkeit in diesem Segment des Arbeitsmarktes gekommen ist, liegt daran, daß viele der Betroffenen eine berufsfremde, oft immerhin qualifizierte Arbeit aufnahmen. Voraussetzung dafür war ein gewisses Maß an Flexibilität und Mobilität, in vielen Fällen unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Fortbildung und Umschulung und nicht zuletzt auch durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

V. Geldpolitik im Konflikt

107. Die Geldpolitik war 1986 stärker gefordert als erwartet, und dies obwohl der Anstieg des Preisniveaus bei verstärkter Nachfrage auf den Inlandsmärkten nicht nur weiter nachließ, sondern gänzlich zum Stillstand kam. Die unerwartet kräftige Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, die die Importpreise in heimischer Währung zusätzlich drückte, machte die stabilitätspolitische Aufgabe zwar leichter und begünstigte den weiteren Rückgang der langfristigen Zinsen; zugleich verstärkte sie jedoch den preislichen Wettbewerbsdruck auf die außenwirtschaftlichen Sektoren. Bei fortgesetzten Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank sah sich die Bundesbank vor die Entscheidung gestellt, eine weitere Höherbewertung der D-Mark hinzunehmen oder dem Drängen der Vereinigten Staaten nachzugeben und auch ihrerseits die Hergabe von Zentralbankgeld weiter zu verbilligen. Sie beließ es bei der Diskontsatzsenkung vom März dieses Jahres. Die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge hat sie freilich nicht in den angekündigten Grenzen gehalten; die Ausweitung war vielmehr erheblich stärker.

Beschleunigte Expansion der Zentralbankgeldmenge

108. Zum Ziel hatte die Bundesbank für den Verlauf dieses Jahres eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen um 3½ vH bis 5½ vH erklärt. Diese Zielvorstellung gründete sich auf die Erwartung, daß das Produktionspotential jahresdurchschnittlich um 2½ vH wachsen werde und daß der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus auf 2 vH begrenzt werden könne. Die tatsächliche Entwicklung der Zentralbankgeldmenge verlief schon in den ersten Monaten des Jahres deutlich oberhalb des Zielkorridors (Schaubild 22). Als Erklärung dafür machte die Bundesbank eine Reihe von Sonderfaktoren geltend, so vor allem eine erhöhte Bargeldhaltung und spekulative Geldzuflüsse aus dem Ausland vor dem Realignment im Europäischen Währungssystem im Frühjahr 1986. Zur Jahresmitte bekräftigte der Zentralbankrat das Geldmengenziel. Aber auch danach hat sich die Expansion der Zentralbankgeldmenge nicht verlangsamt. Zu konstanten Reservesätzen gerechnet, ging sie im Oktober um mehr als 2 Prozentpunkte über den oberen Rand des Zielkorridors hinaus.

109. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat als Indikator der Geldpolitik heranzieht, entwickelte sich kaum anders als die von der Bundesbank berechnete Größe (Schaubild 23). Sie lag im September, auf eine Jahresrate umgerechnet, um 7,2 vH über dem Stand des letzten Quartals 1985.

Schon die zweite Hälfte des vergangenen Jahres hatte im Zeichen einer beschleunigten Ausweitung gestanden. Seit August 1985 beträgt die durchschnittliche Zuwachsrate rund 7 vH, verglichen mit rund 4 vH in den zwölf davorliegenden Monaten (Tabelle 10).

110. *Bei der Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge, insbesondere bei dem Verfahren zur Bereinigung um die von Mindestreservesatzänderungen ausgehenden Effekte, haben wir einige Modifikationen vorgenommen (Anhang IV, Abschnitt C). Im Ergebnis führen diese dazu, daß die Zuwachsrate unseres Indikators in Zeiten unveränderter Mindestreservesätze der Zuwachsrate der unbereinigten Zentralbankgeldmenge — Bargeldumlauf plus Bankreserven — entspricht. Beim bisherigen Vorgehen war dies nicht gewährleistet; solange das Mindestreserveinstrument häufiger zur Liquiditätssteuerung genutzt wurde, fiel diese Unschärfe wenig ins Gewicht. Das hat sich inzwischen jedoch geändert.*

111. Der Sachverständigenrat tritt seit 1984 dafür ein, die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer für mehrere Jahre angekündigten Rate steigen zu lassen. Als angemessen für die mittelfristige Ausweitung des Angebots an Zentralbankgeld hat er angesichts der erreichten Stabilitätserfolge und mit Blick auf den erwünschten Spielraum für das Wachstum und die Ausschöpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten eine Jahresrate von 4½ vH, allenfalls 5 vH, bezeichnet. Vergleicht man die tatsächliche Entwicklung mit dem Pfad, der sich ergeben hätte, wenn die Zentralbankgeldmenge seit Ende 1984 mit einer Rate von 4½ vH zugenommen hätte, so wurde dieser Pfad zunächst unterschritten und seit Anfang 1986 überschritten. Das Ausmaß der Abweichung nach oben war bis Mitte dieses Jahres ungefähr ebenso groß wie die Abweichung nach unten im Verlauf des Jahres 1985. Die weitere Beschleunigung danach hat die Überschreitung allerdings beträchtlich werden lassen.

Tabelle 10

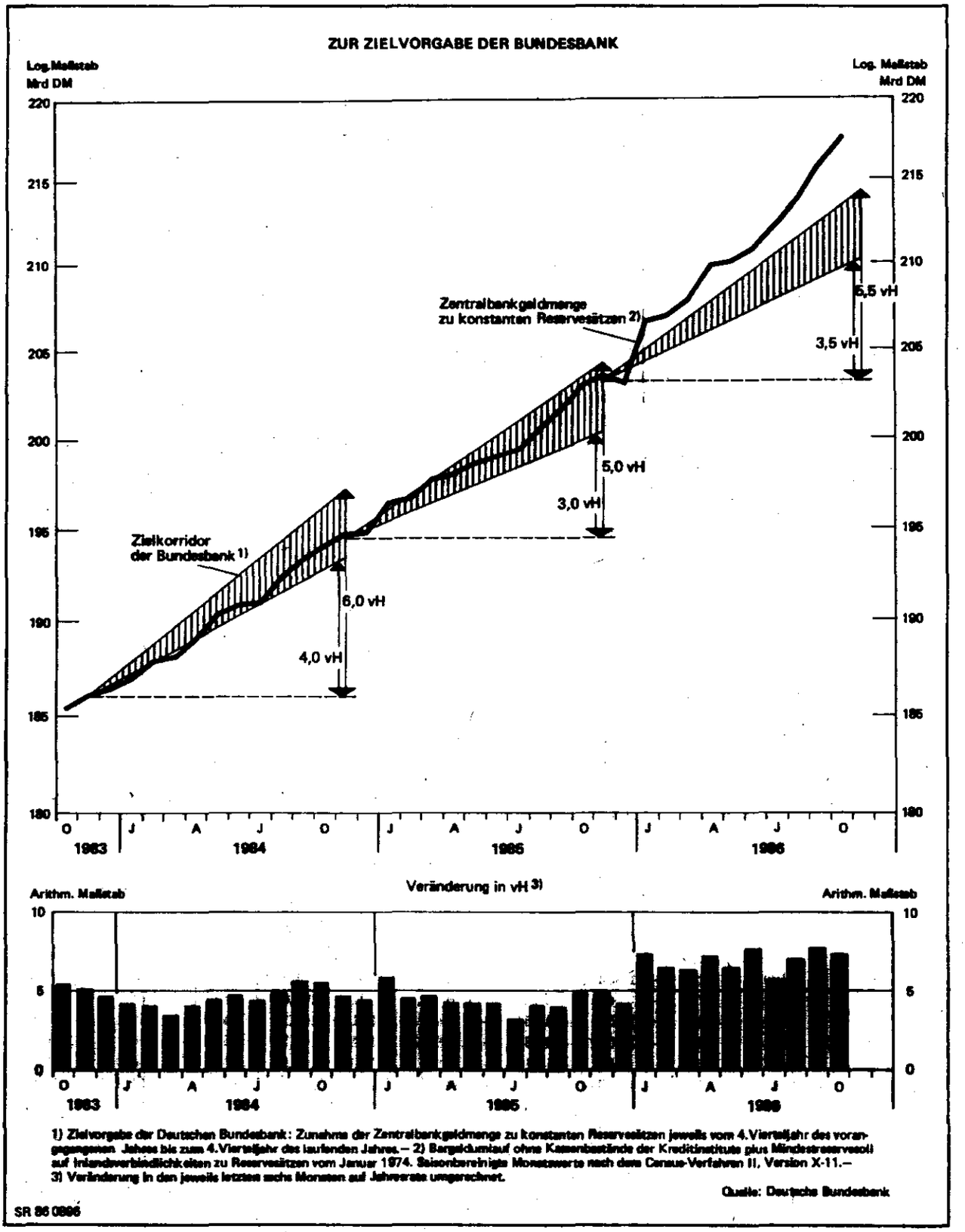
Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge[1])

Zeitraum	Insgesamt	Entstehung					Verwendung		Bereinigte Zentralbankgeldmenge[7]) (Geldbasis)	
		Netto-Auslandsposition[2])	Refinanzierungskredite an Banken	Liquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank[3])	Kreditgewährung an den Staat[4])	sonstige Einflüsse[5])	Bargeldumlauf[6])	Reservesoll und Überschußreserve	Ursprungswerte	saisonbereinigt[8])
	Veränderung im jeweiligen Zeitraum in Mio DM						Durchschnittsbestände in Mrd DM			
1974	− 7 307	− 2 826	+ 4 562	− 1 466	− 2 965	− 4 612	50,8	48,0	86,6	
1975	+ 2 367	− 2 080	− 7 698	+16 124	− 2 754	− 1 225	55,7	41,0	93,4	
1976	+12 198	+ 8 277	+14 339	−13 081	+ 8 126	− 5 463	60,3	44,4	102,4	
1977	+ 3 714	+ 8 361	− 5 412	− 686	+ 4 988	− 3 537	65,9	45,8	111,3	
1978	+15 861	+20 307	+ 5 200	− 3 620	− 2 139	− 3 887	70,3	49,4	124,0	
1979	+10 930	− 5 178	+16 999	+ 427	+ 3 853	− 5 171	75,9	59,4	135,5	
1980	− 4 331	−24 644	+13 302	+15 006	+ 299	− 8 294	79,9	56,8	141,9	
1981	− 1 504	− 3 142	+ 3 828	+ 3 897	+ 1 128	− 7 215	81,6	51,2	147,3	
1982	+ 1 895	+ 1 716	+ 4 349	+ 1 700	− 4 056	− 1 814	84,1	52,4	153,4	
1983	+10 388	− 1 964	+ 3 594	+ 5 634	+ 1 652	+ 1 472	91,1	51,6	165,1	
1984	+ 7 555	− 3 938	+ 7 045	+ 3 866	+ 1 256	− 674	95,9	54,1	173,5	
1985	+ 6 637	− 670	− 4 778	+17 220	− 4 173	− 962	99,4	57,1	181,0	
1985 1. Vj.	− 4 126	−12 183	− 284	+11 223	+ 511	− 3 393	97,3	57,1	178,5	178,5
2. Vj.	+ 900	+ 4 817	− 3 561	+ 321	− 4 154	+ 3 477	96,2	56,3	178,7	179,8
3. Vj.	+ 1 644	+ 6 289	− 2 036	+ 1 037	− 4 627	+ 981	100,1	57,0	181,8	181,4
4. Vj.	+ 8 219	+ 407	+ 1 103	+ 4 639	+ 4 097	− 2 027	101,9	58,1	185,1	184,3
1986 1. Vj.	− 2 130	+ 5 830	+ 26	− 4 418	− 969	− 2 599	102,1	60,4	188,0	187,9
2. Vj.	− 5 900	− 9 819	− 286	− 3 866	+ 816	+ 7 255	104,2	54,7	189,5	190,6
3. Vj.	+ 3 425	+ 7 045	− 1 664	+ 3 184	− 5 660	+ 520	107,6	53,0	194,4	194,0
1985 Jan	− 3 259	− 988	+ 214	− 911	+ 572	− 2 146	97,6	57,8	179,8	177,7
Feb	− 2 346	− 3 104	− 2 856	+ 3 430	+ 1 566	− 1 382	96,7	56,4	177,1	178,3
Mär	+ 1 479	− 8 091	+ 2 358	+ 8 704	− 1 627	+ 135	97,6	57,0	178,8	179,5
Apr	− 813	+ 873	− 2 748	+ 1 827	− 1 674	+ 909	97,8	55,9	177,8	179,3
Mai	+ 497	+ 1 662	− 16	− 3 446	+ 1 425	+ 872	98,1	56,1	178,4	179,6
Jun	+ 1 216	+ 2 282	− 797	+ 1 940	− 3 905	+ 1 696	98,6	56,8	179,8	180,5
Jul	+ 1 411	+ 2 042	− 1 009	+ 3 750	− 2 329	− 1 043	100,0	56,9	181,5	180,2
Aug	+ 595	+ 2 410	− 1 176	− 3 601	+ 1 990	+ 972	100,4	57,1	182,1	181,7
Sep	− 362	+ 1 837	+ 149	+ 888	− 4 288	+ 1 052	100,0	57,1	181,7	182,4
Okt	− 450	− 1 444	− 513	− 309	+ 2 734	− 918	99,5	57,1	181,2	183,3
Nov	+ 1 321	+ 241	+ 1 747	− 2 385	+ 1 769	− 51	100,1	57,8	182,7	184,4
Dez	+ 7 348	+ 1 610	− 131	+ 7 333	− 406	− 1 058	106,0	59,3	191,2	185,4
1986 Jan	− 1 913	+ 3 799	− 1 257	− 3 225	+ 710	− 1 940	102,1	61,3	189,0	186,9
Feb	− 2 509	+ 1 237	+ 1 332	− 7 316	+ 3 288	− 1 050	101,2	59,7	186,1	187,4
Mär	+ 2 292	+ 794	− 49	+ 6 123	− 4 967	+ 391	103,0	60,1	188,8	189,4
Apr	− 524	− 8 347	+ 1 652	+ 4 254	− 1 994	+ 3 911	103,1	59,5	188,2	189,6
Mai	− 5 843	− 2 329	− 2 004	− 9 733	+ 5 629	+ 2 594	104,5	52,3	189,9	191,1
Jun	+ 467	+ 857	+ 66	+ 1 613	− 2 819	+ 750	104,9	52,4	190,4	191,1
Jul	+ 2 713	+ 1 742	− 1 158	+ 5 081	− 4 451	+ 1 499	107,1	52,9	193,7	192,5
Aug	+ 942	+ 2 430	+ 20	− 5 763	+ 3 990	+ 265	106,0	52,8	194,9	194,3
Sep	− 230	+ 2 873	− 526	+ 3 866	− 5 199	− 1 244	107,6	53,1	194,6	195,4

[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2]) Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte.
[3]) Offenmarktoperationen, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).
[4]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).
[5]) Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.
[6]) Ab März 1978 ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.
[7]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang IV, Abschnitt C.
[8]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

Schaubild 22



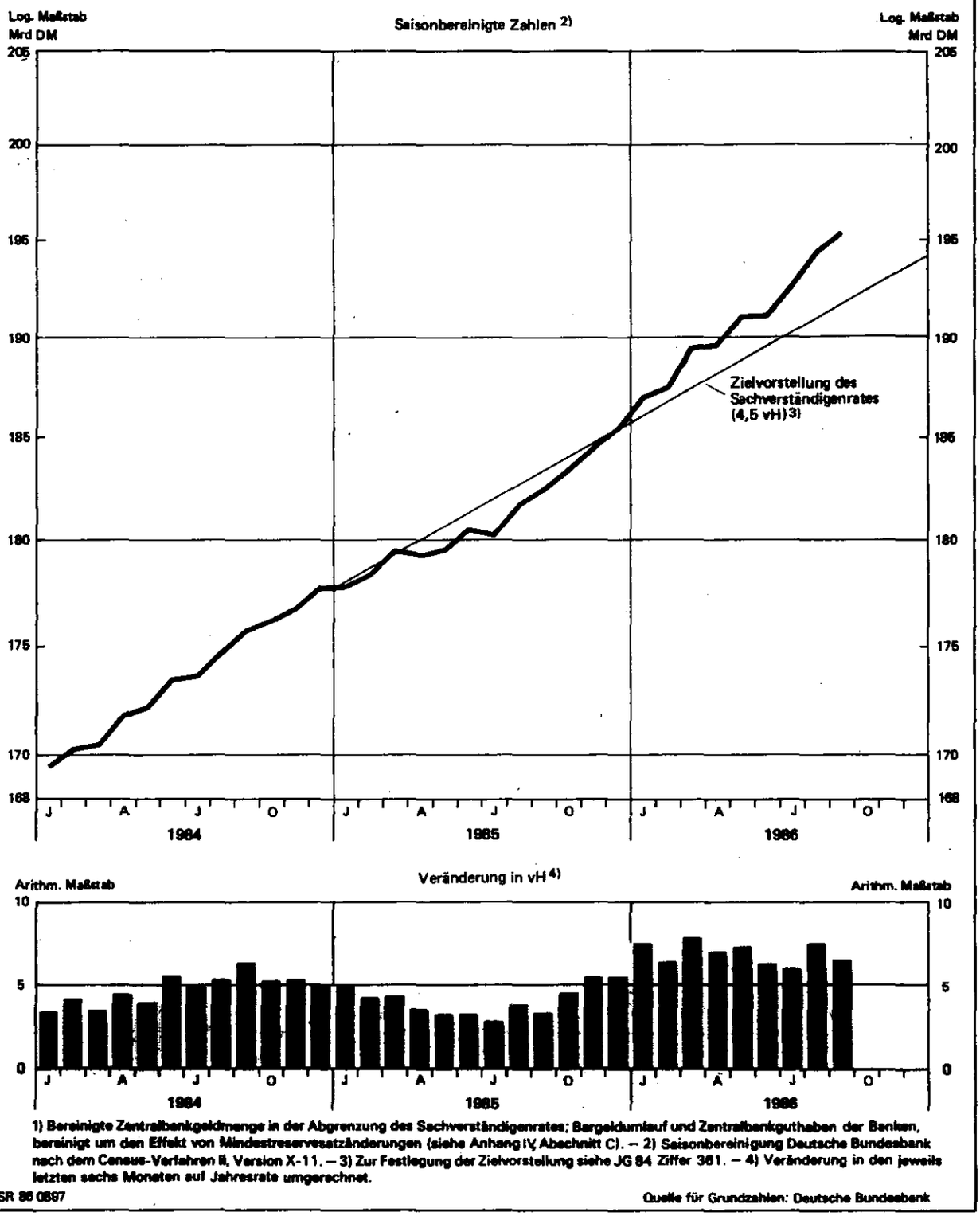
1) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 2) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreserven auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974. Saisonbereinigte Monatswerte nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahreswerte umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 86 0896

Schaubild 23

ZUR ZIELVORSTELLUNG DES SACHVERSTÄNDIGENRATES [1]



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates; Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (siehe Anhang IV, Abschnitt C). – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Zur Festlegung der Zielvorstellung siehe JG 84 Ziffer 361. – 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

SR 86 0897

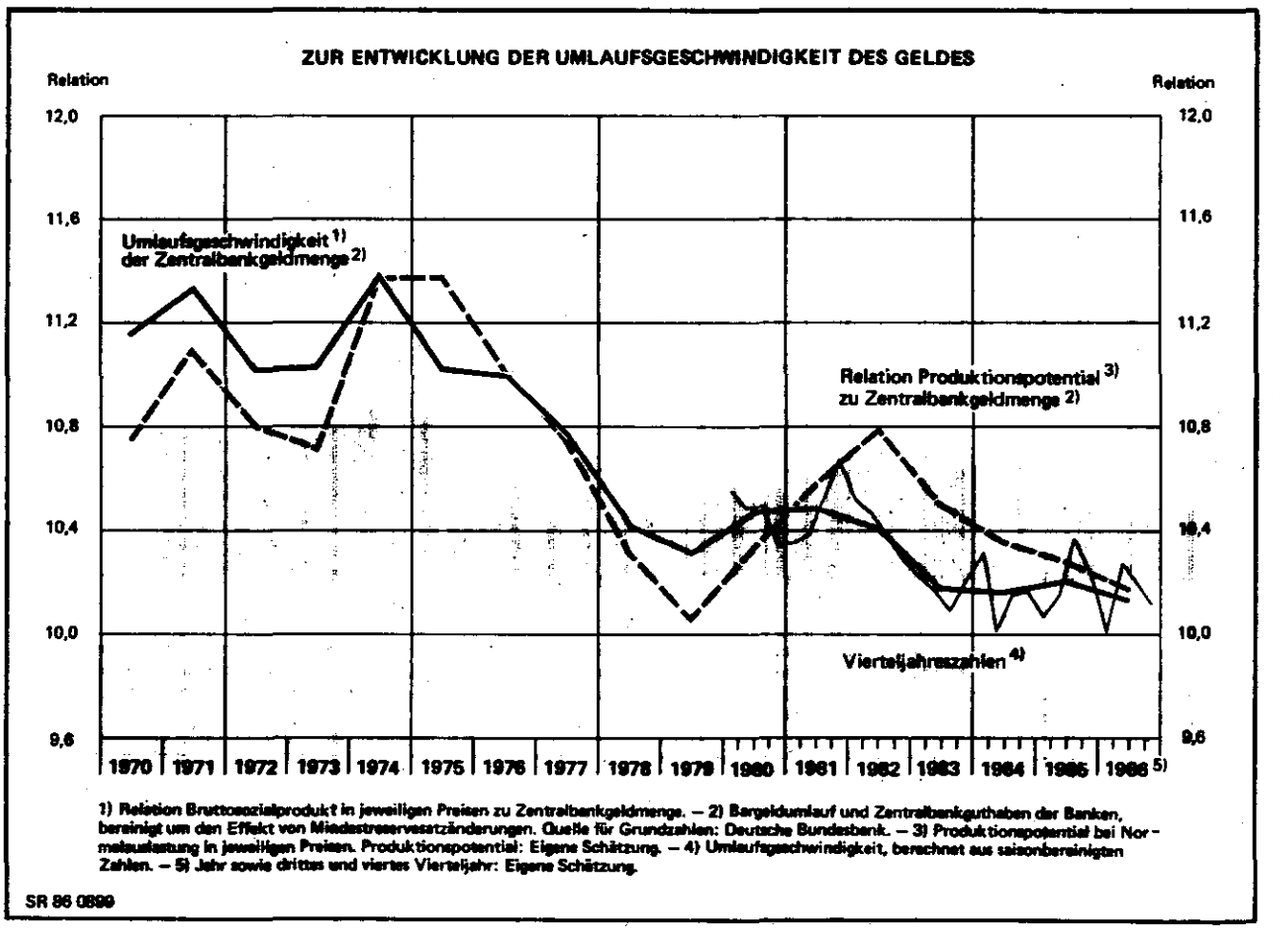
Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

112. In der Umlaufsgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes, wie sie in der Relation zwischen den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, also dem Sozialprodukt in jeweiligen Preisen, und der bereinigten Zentralbankgeldmenge zum Ausdruck kommt, hat sich die stärkere Ausweitung der Zentralbankgeldmenge kaum niedergeschlagen: Das nominelle Sozialprodukt erhöhte sich im Durchschnitt des Jahres kaum schwächer als der Bestand an Zentralbankgeld. Tatsächlich würde zu einer am Wachstum des Produktionspotentials orientierten, stetigen Geldmengenausweitung bei fortgesetztem Aufschwung ein Anstieg der Umlaufsgeschwindigkeit passen; soweit dieser bloß konjunkturbedingt wäre, müßte er nicht als Verknappung der Geldversorgung der Wirtschaft interpretiert werden. Die Relation aus Produktionspotential in jeweiligen Preisen und Zentralbankgeldmenge, die in diesem Sinne ein konjunkturell nicht verzerrtes Maß ist, ist in diesem Jahr deutlicher zurückgegangen als die Umlaufsgeschwindigkeit, zeigt also eine reichlichere Geldversorgung an (Schaubild 24). Zu beachten ist außerdem, daß die Sonderentwicklung des Deflators des Bruttosozialprodukts, der in beide Relationen eingeht, deren Aussagefähigkeit derzeit beeinträchtigt (Ziffer 51).

Die Umlaufsgeschwindigkeit hat sich in den Jahren seit der Freigabe der Wechselkurse recht unregelmäßig entwickelt. Zwischen 1974 und 1979 fiel sie stark, es folgte ein Anstieg mit anschließender Rückbildung, und seit nunmehr drei Jahren herrscht annähernd Konstanz. Über längere Sicht weist sie eine fallende Tendenz auf. Bezieht man das Bruttosozialprodukt auf die bereinigte Zentralbankgeldmenge in neuer Rechnung, so wird diese Tendenz noch etwas deutlicher, als sie bisher gesehen werden konnte. Der Sachverständigenrat hat in der Vergangenheit betont, daß ein möglicher Trend in der Umlaufsgeschwindigkeit bei der Festlegung von Geldmengenzielen berücksichtigt werden muß (JG 84 Ziffer 361). Selbst wenn man einen trendmäßigen Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit für gegeben nimmt — was nach wie vor nicht zwingend erscheint — und deshalb einen mittelfristigen Expansionspfad der Zentralbankgeldmenge von 5 vH statt 4½ vH für angemessen erachtet, bleibt zu konstatieren, daß die Geldversorgung darüber hinausgeht.

113. Wie viele Einheiten Geld im monetären System auf der Basis einer Einheit Zentralbankgeld geschaffen werden, ist bei gegebenen Mindestreservesätzen von der Neigung zur Bargeldhaltung und von der Entscheidung der Anleger über die Aufteilung ihrer Einlagen auf Sichtdepositen einerseits sowie Termin- und Spardepositen andererseits abhängig. In Zeiten sich stark ändernder Zinsen und

Schaubild 24



1) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zu Zentralbankgeldmenge. — 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. — 3) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen. Produktionspotential: Eigene Schätzung. — 4) Umlaufsgeschwindigkeit, berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. — 5) Jahr sowie drittes und viertes Vierteljahr: Eigene Schätzung.

SR 86 0899

Zinserwartungen ändert sich diese Aufteilung, so daß die einzelnen monetären Aggregate nicht in demselben Maße zunehmen wie der Umfang der zu finanzierenden Transaktionen. Bei sinkenden Zinsen nimmt der Anreiz ab, finanzielles Vermögen in verzinslicher Form zu halten. Die Geldkapitalbildung fällt geringer aus, und neben Beständen an Bargeld werden verstärkt Sichteinlagen gehalten. Die Geldmenge M1, die nur die letztgenannten beiden Komponenten umfaßt, nimmt entsprechend stark zu, während die Geldmenge M2, die zusätzlich Termineinlagen, und die Geldmenge M3, die darüber hinaus auch Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist einschließt, vergleichsweise wenig expandieren. Das war auch 1986 so (Schaubild 25).

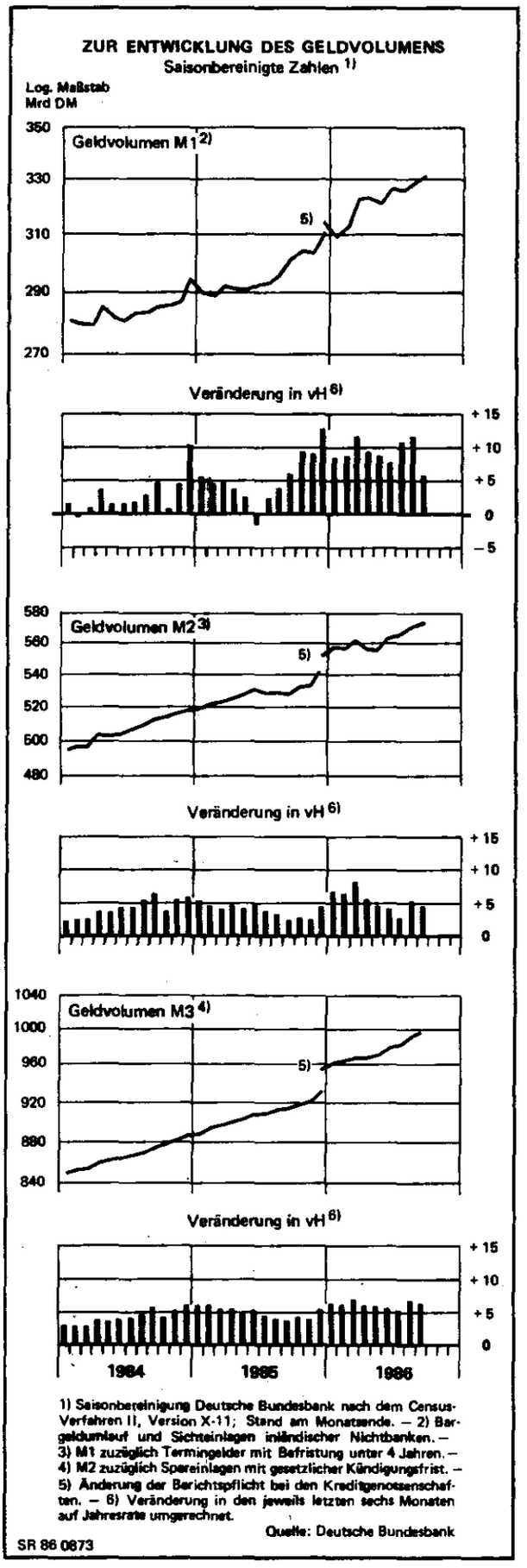
Für sich genommen erhöhten solche Einlagenumschichtungen zugunsten der Sichteinlagen den Zentralbankgeldbedarf. Diesen muß die Bundesbank zunächst zwar decken. Sie kann jedoch einer verstärkten Zunahme der Zentralbankgeldmenge entgegenwirken, indem sie — in der Regel durch erhöhte Refinanzierungskosten — die monetäre Entwicklung bremst. Sie kann den höheren Zentralbankgeldbedarf auch in der Erwartung decken, daß sich die Expansion der Zentralbankgeldmenge wieder verlangsamt, wenn ein neues, niedrigeres Zinsniveau erreicht ist und die Anleger mit keinem weiteren Rückgang mehr rechnen. Denn es ist keineswegs so, daß niedrige Zinsen nur erreicht werden oder erhalten bleiben können, wenn das Geldangebot dauerhaft mit hohen oder gar steigenden Raten zunimmt. Eine anhaltend starke Ausweitung muß dem vielmehr über kurz oder lang sogar zuwiderlaufen, weil sie neue Preissteigerungserwartungen weckt und die Anlageneigung mindert.

114. Ob das inzwischen bereits der Fall ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Daß der Zinsrückgang, der im Sommer 1985 etwa zeitgleich mit der Phase der beschleunigten Zunahme der Zentralbankgeldmenge eingesetzt hatte, im Frühjahr 1986 zum Stillstand kam, während das Geldangebot weiter kräftig expandierte, ist dafür kein zweifelsfreies Indiz.

— Auf der einen Seite dürfte eine noch nicht abgeschlossene Anpassung der Vermögensstrukturen an das niedrigere Zinsniveau, also eine weitere Umschichtung zugunsten von Sichteinlagen, zu dem Fortdauern der starken Expansion beigetragen haben. Ein weiterer Teil der erhöhten Kassenhaltung könnte sich auch aus der Entwicklung im Zahlungsverkehr mit dem Ausland ergeben haben, in dem unter dem Eindruck der starken Wechselkursänderungen und der unsicheren Zinserwartungen umfangreiche kurzlaufende Transaktionen in beiden Richtungen vorgenommen wurden. Bei den Unternehmen dürfte es zudem aufgrund der unerwarteten Kostenentlastung durch den Ölpreissturz zu vermehrten Kassenbeständen gekommen sein.

— Auf der anderen Seite kamen im weiteren Jahresverlauf aber zunehmend auch Zinssteigerungserwartungen auf. Haushalte und Unternehmen schoben die längerfristige Festlegung anlagebereiter Mittel hinaus.

Schaubild 25



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. — 2) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — 3) M1 zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren. — 4) M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — 5) Änderung der Berichtspflicht bei den Kreditgenossenschaften. — 6) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 86 0673

So gesehen stellt sich die Überschreitung des Zielkorridors für die Zentralbankgeldmenge teils als Reflex der erhöhten Kassenhaltung, teils aber auch als deren Ursache dar. Es kann daher nicht darauf gebaut werden, daß sich ohne Gegenmaßnahmen der Bundesbank das Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge schon bald normalisiert oder daß sich gar die Überschreitung des mittelfristigen Pfades völlig zurückbildet.

116. Unproblematisch wäre das Ausbleiben einer Korrektur nur, wenn — bezogen auf die zu finanzierenden gesamtwirtschaftlichen Ausgaben — von Haushalten und Unternehmen im Inland dauerhaft mehr Kassenbestände gehalten würden oder wenn international eine Änderung in der Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark zu beobachten wäre. In beiden Fällen wäre eine dauerhafte Erhöhung der Zentralbankgeldmenge nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten. Belege für den ersten Fall lassen sich kaum finden, jedenfalls keine hinlänglich gewichtigen. Demgegenüber könnte der zweite Fall 1986 an Bedeutung gewonnen, die Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark also international zugenommen haben. Zu erhöhten Einlagen von Ausländern bei deutschen Banken hat das allerdings nicht geführt, so daß es keine eindeutige Bezugsgröße gibt, an der sich die quantitative Bedeutung dieses Einflusses messen ließe.

116. Nimmt man alles zusammen, so muß die Geldpolitik des Jahres 1986 als expansiv bezeichnet werden: Das Geldmengenwachstum überschritt den Rahmen der Zielvorgabe, ohne daß es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die Neigung zur Kassenhaltung sprunghaft und dauerhaft erhöht hat.

Das Urteil über die Wirkungsrichtung ist freilich zu trennen von der Antwort auf die Frage, ob die Abweichung vom Zielpfad der monetären Expansion angesichts der starken Höherbewertung der D-Mark lediglich einen zunehmenden Deflationsdruck verhindert oder ob sie zum Aufbau eines neuen inflatorischen Potentials geführt hat (Ziffer 265).

Zur Geldmarktsteuerung

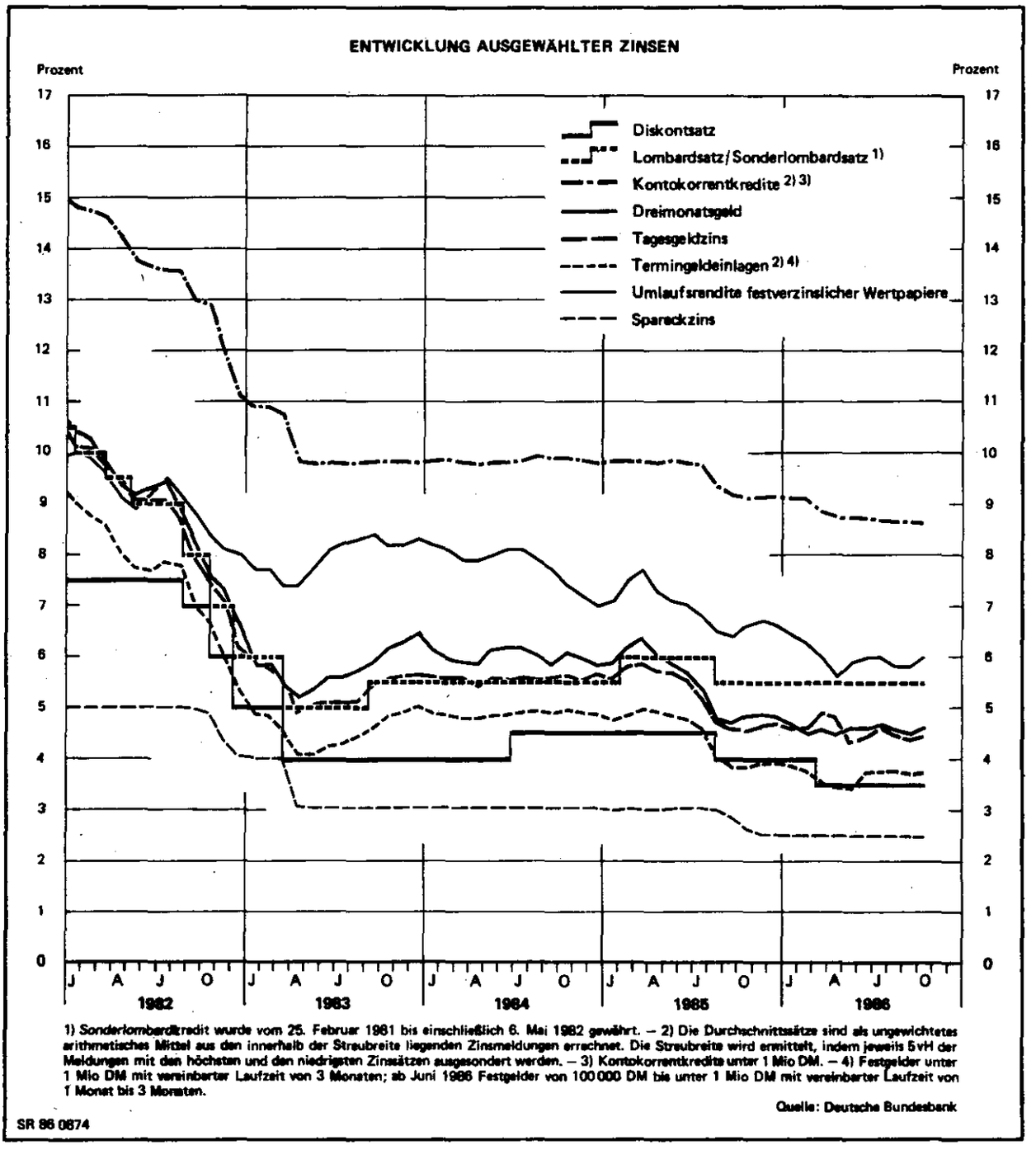
117. Die Bereitstellung von Zentralbankgeld hat die Bundesbank 1986 vornehmlich durch mengenwirksame Instrumente und weniger über die Refinanzierungskosten beeinflußt. Erstmals seit 1982 wurden im Mai dieses Jahres auch die Mindestreservebestimmungen geändert (Tabelle 11). Anders als früher diente diese Maßnahme jedoch nicht in erster Linie liquiditätspolitischen Zielen, sondern sie entsprang dem Bestreben, die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Finanzplätze gegenüber den Euro-Märkten zu stärken, an denen es keine Mindestreservepflicht gibt. Das erforderte eine Senkung der für Termineinlagen und Spareinlagen gültigen Mindestreservesätze. Außerdem wurden die auf fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten der Banken gegenüber Ausländern weitgehend von der Mindestreservepflicht freigestellt. Dagegen sind nun Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis

Tabelle 11

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1985	
19. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für 1986. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen soll vom vierten Vierteljahr 1985 bis zum vierten Vierteljahr 1986 um $3^1/_2$ vH bis $5^1/_2$ vH ausgeweitet werden.
1986	
7. März	Der Diskontsatz wird von 4% auf $3^1/_2$% gesenkt. Der Lombardsatz bleibt unverändert bei $5^1/_2$%.
10. April	Der Zentralbankrat stellt im Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1985 einen Reingewinn der Bundesbank von 12,9 Mrd DM fest, davon erhält der Bund einen Betrag in Höhe von 12,7 Mrd DM, der ihm in drei Teilbeträgen gutgeschrieben wird.
1. Mai	Die im Dezember 1985 beschlossene Änderung der Mindestreservebestimmungen tritt in Kraft. Die Sätze für Spareinlagen und befristete Verbindlichkeiten werden gesenkt, der Satz für Sichtverbindlichkeiten wird erhöht. Die auf fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten der Banken werden im Rahmen einer Kompensationsregelung weitgehend von der Mindestreservepflicht freigestellt. Demgegenüber werden Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren sowie D-Mark-Einlagenzertifikate in die Mindestreservepflicht einbezogen. Die Bundesbank begründet diese Maßnahme in erster Linie damit, daß die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Finanzplätze gegenüber dem Euro-Markt gestärkt werden muß. Die durch die Maßnahme bewirkte Senkung der Mindestreserveverpflichtungen der Banken um insgesamt rund 8 Mrd DM wird teilweise kompensiert, indem gleichzeitig die Rediskontkontingente der Banken um 5 Mrd DM gekürzt werden.

Schaubild 26



zu zwei Jahren sowie DM-Einlagenzertifikate mindestreservepflichtig. Die Bundesbank hat damit deutlich gemacht, daß das Mindestreserve-Instrument auch künftig seine Funktion als „Geldschöpfungsbremse" behalten soll.

118. Die Hauptrolle bei der Geldmarktsteuerung nahmen, wie schon im letzten Jahr, die Wertpapierpensionsgeschäfte ein. Der Saldo der kurzfristigen Ausgleichsoperationen — sie bestehen zum größten Teil aus solchen Geschäften — belief sich das Jahr über abermals auf 30 Mrd bis 40 Mrd DM. Die Refinanzierung der Banken mittels Lombardkrediten spielte kaum noch eine Rolle. Die Liquiditätswirkung der Mindestreservesatzsenkung vom Mai wurde neutralisiert, unter anderem durch eine Senkung der Rediskontkontingente, so daß sich die freien Liquiditätsreserven der Banken nicht erhöhten.

Die Notenbankzinsen blieben weitgehend unverändert. Im März senkte der Zentralbankrat den Diskontsatz um einen halben Punkt auf 3½ %; zu einer weiteren Rücknahme kam es im Verlauf des Jahres indes nicht mehr. Der Lombardsatz blieb auf seinem alten Stand (Schaubild 26). Die Zinssätze für

Wertpapierpensionsgeschäfte, mittels derer die Bundesbank direkt Einfluß auf die Zinsen am Geldmarkt nimmt, wurden nur leicht zurückgenommen.

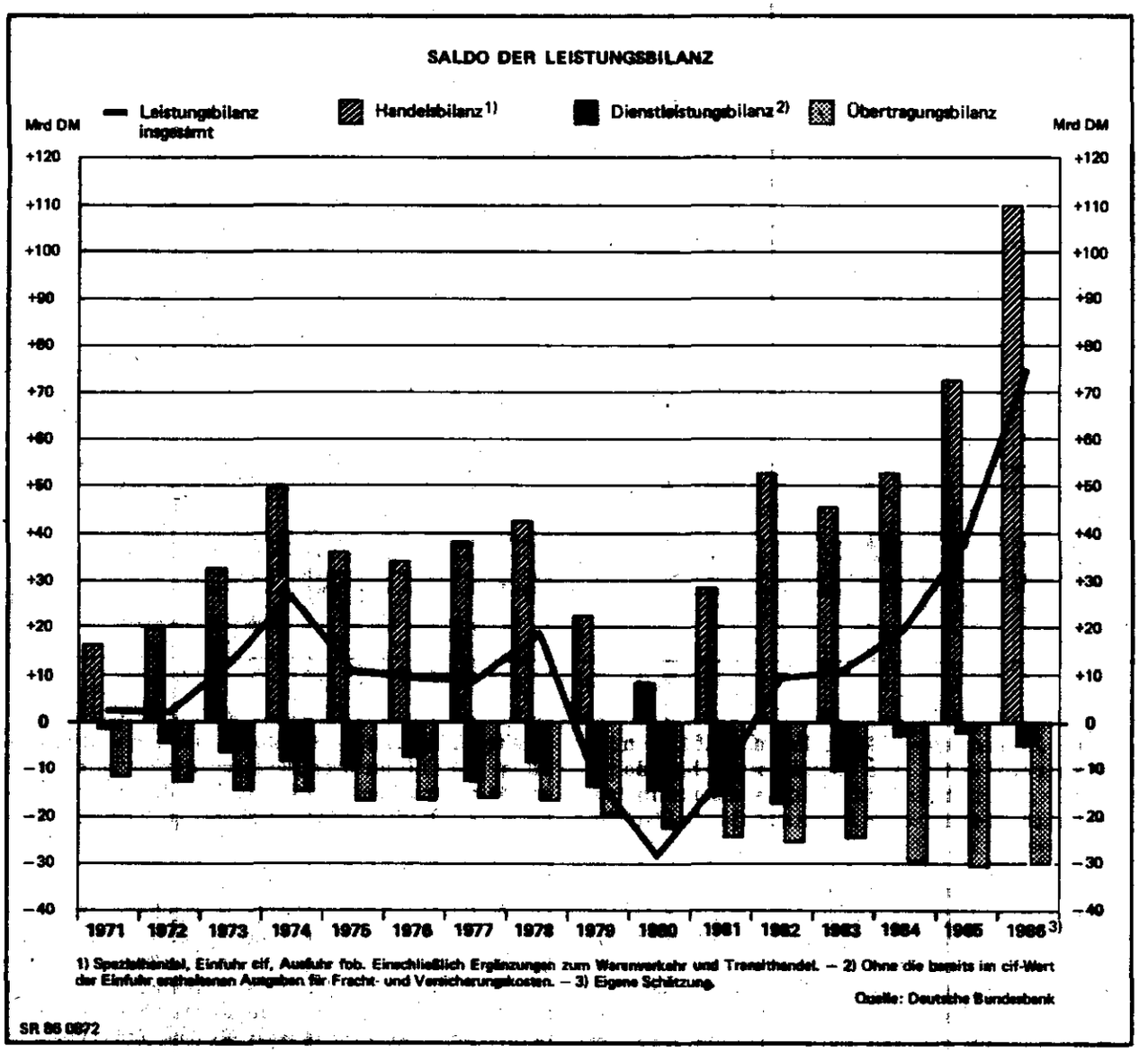
Kapitalimport trotz hohem Leistungsbilanzüberschuß

119. Eine für Zeiten hoher Leistungsbilanzüberschüsse ungewöhnliche Konstellation zeigte sich im Kapitalverkehr, und zwar besonders ausgeprägt zu Anfang des Jahres. Zu dem Überschuß in der Leistungsbilanz kam ein sehr hoher Nettoimport an langfristigem Kapital hinzu. Die Bereitschaft von Inländern, ihre Bestände an ausländischen Papieren aufzustocken, blieb zwar unverändert hoch, gleichzeitig erwarben Ausländer aber in viel größerem Umfang als 1985 deutsche Wertpapiere, insbesondere Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand, indes auch Aktien. Es bedurfte in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 eines Nettokapitalexports im kurzfristigen Bereich in Höhe von 74 Mrd DM, um den Ausgleich für die Überschüsse im Leistungsverkehr und den Nettozufluß langfristigen Kapitals zu schaffen. In einem früher nicht üblichen Umfang waren hieran auch Unternehmen beteiligt, die Gelder kurzfristig am Euromarkt anlegten.

Die langfristigen Forderungen von Ausländern an das Inland erhöhten sich im Zeitraum Januar bis September 1986 insgesamt um 67 Mrd DM, die von Inländern an das Ausland um 35 Mrd DM. Gegenläufige Bewegungen dieser Art sind schon seit 1983 kennzeichnend für den langfristigen Kapitalverkehr der Bundesrepublik. Insbesondere im Wertpapierverkehr nehmen seither sowohl die Käufe ausländischer Papiere durch Inländer als auch die Käufe inländischer Papiere durch Ausländer stark zu.

120. Der Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich nochmals vergrößert. Anders als in den Jahren davor lag dies 1986 jedoch nicht mehr daran, daß die Warenlieferungen an das Ausland kräftiger als

Schaubild 27



1) Spezialhandel, Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel. — 2) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 3) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 86 0872

die Warenbezüge aus dem Ausland stiegen, sondern an der drastischen Verbilligung der Einfuhr. Importgüter kosteten im ganzen gesehen rund 20 vH weniger als vor Jahresfrist; im Jahresdurchschnitt dürfte der Rückgang etwas mehr als 13 vH ausmachen. Die Ausfuhrpreise gaben dagegen weit weniger nach; sie dürften ihren Vorjahresstand 1986 allenfalls um 2 vH unterschreiten. Mitbedingt durch die daraus resultierende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Konkurrenten ist die Ausfuhr der Menge nach kaum noch gestiegen, während die Einfuhr beschleunigt zugenommen hat. Zu konstanten Preisen gerechnet hat sich der Überschuß im Warenhandel damit bereits verringert. In der Handelsbilanz schlugen vorerst noch die Veränderungen im Verhältnis der Außenhandelspreise stärker zu Buche als die Veränderungen bei den Mengen, und da sich die traditionellen Defizite im Dienstleistungsverkehr wie bei den Übertragungen nicht wesentlich geändert haben, gilt dies auch für die Leistungsbilanz (Schaubild 27).

Zinsen unter Einflüssen von außen und von innen

121. Daß sich Ausländer — in der Erwartung eines Währungsgewinns — so stark am deutschen Kapitalmarkt engagierten, dürfte angesichts der geringen Käufe inländischer Wertpapiere durch deutsche Haushalte und Unternehmen dazu beigetragen haben, daß das Zinsniveau am Kapitalmarkt auf weniger als 6% sinken konnte. Der Nettoerwerb festverzinslicher Papiere durch Ausländer macht seit Mitte 1985 fast die Hälfte des gesamten Nettoabsatzes aus. Gegenüber dem Jahr 1984 hat sich der Anteil damit annähernd verdreifacht. Inländische Unternehmen und Privatpersonen erwarben nur noch ein Achtel der emittierten festverzinslichen Papiere; den restlichen Teil haben die Banken übernommen (Tabelle 12).

122. Im Gegensatz zu Ausländern bevorzugen inländische Unternehmen und Privathaushalte seit einiger Zeit kurzfristige Geldanlagen; wenn sie Mittel längerfristig investieren, dann überwiegend in Anlagen ohne Kursrisiko. Schuldner hingegen sind vornehmlich an langlaufenden Krediten mit festem Zinssatz interessiert. Solche Verhaltensweisen lassen darauf schließen, daß eine zunehmende Zahl von Marktteilnehmern mit einem weiteren Rückgang der Zinsen nicht mehr rechnet oder sogar einen Wiederanstieg erwartet. Das muß nicht heißen, daß die Zinsen tatsächlich nicht weiter nachgeben könnten. Von den grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren her steht dem jedenfalls nichts entgegen. Niedrigere Zinsen müßten jedoch vom Markt selbst kommen; die Bundesbank kann sie nicht diktieren, schon gar nicht, wenn das Geldangebot, wie gegenwärtig, so reichlich bemessen ist, daß die anhaltende Preisstabilität für viele eher fraglich erscheint.

Höherer Außenwert der D-Mark

123. Der Außenwert der deutschen Währung hat sich — ganz überwiegend aufgrund des fallenden Dollarkurses — stark erhöht. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate war die D-Mark im Vergleich zum Dollar rund ein Drittel mehr wert als im gleichen Zeitraum 1985. Wertverluste gab es gegenüber dem japanischen Yen, dessen Dollarkurs noch stärker stieg. Gegenüber anderen wichtigen Währungen änderte sich der Wechselkurs der D-Mark vergleichsweise wenig. Im Europäischen Währungssystem (EWS) wurde die D-Mark um rund 4 vH höher bewertet als ein Jahr zuvor.

124. Die Leitkurse im EWS wurden Anfang April allgemein neu festgesetzt; im August folgte ein zweites Realignment, das jedoch nur das irische Pfund betraf (Tabelle 13). Die Befürchtungen, daß es mit dem Abbau der Unterbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar im EWS trotz verringerter Inflationsdifferenzen zu Spannungen kommen werde, haben sich zum Teil bewahrheitet. Entgegen mancher Erwartung gewann aber nicht allein die D-Mark — und im Verbund mit ihr der holländische Gulden — an Wert, sondern auch die italienische Lira und der französische Franken blieben fest. Schwäche zeigten in erster Linie der belgische Franken und die dänische Krone.

125. Der Wertzuwachs, den die D-Mark gegenüber dem Durchschnitt der ausländischen Währungen in diesem Jahr erfuhr, ging weit über den bloßen Ausgleich von Unterschieden im Anstieg von Preisen und Kosten zwischen dem Inland und dem Ausland hinaus. Stellt man auf die Wechselkursänderungen im Vergleich zu den 14 wichtigsten Währungen ab und gewichtet man diese mit den Weltmarktanteilen der jeweiligen Länder, so beträgt die gewogene Höherbewertung der D-Mark im Durchschnitt des Jahres 1986 nominell 13 vH; der reale Außenwert in der Berechnung auf Kostenbasis (Lohnstückkosten) lag etwa um den gleichen Prozentsatz höher, denn die Lohnkosten entwickelten sich im Durchschnitt der übrigen Länder kaum anders als in der Bundesrepublik. In der Berechnung auf Preisbasis (Durchschnittswerte der Ausfuhr) ergibt sich eine noch etwas höhere reale Aufwertung (15 vH).

Tabelle 12

Emission und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen[1]			Ausland[4]	Inländer		Ausländer[7]	inländische Unternehmen[8]	ausländische Unternehmen[9]
	zusammen	darunter Banken[2]	darunter öffentliche Hand[3]		zusammen[5]	darunter Nichtbanken[6]			
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 666
1971	20 578	14 856	4 279	−1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	−4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769[a]
1973	25 010	21 432	4 120	− 231	18 283	14 786	6 496[a]	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	−1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	−3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 061	1 818[a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541[a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 186	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	−2 608	6 204	74 528	57 149	−1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 710	72 963	49 988	13 848	6 278	5 595
1985	76 050	33 013	42 738	27 456	72 046	39 521	31 460	11 009	7 103
1985 1. Vj.	28 797	16 105	12 203	6 343	29 823	28 583	5 316	2 632	− 789
2. Vj.	12 607	2 109	10 611	5 695	10 904	5 719	7 308	1 236	1 594
3. Vj.	18 283	8 881	9 471	8 329	17 459	1 659	9 153	2 192	1 914
4. Vj.	16 363	5 918	10 453	7 089	13 710	3 580	9 683	4 949	4 385
1986 1. Vj.	36 661	18 615	18 096	1 741	18 987	11 884	19 415	4 658	1 460
2. Vj.	8 224	− 331	8 255	9 790	6 758	−3 631	11 255	3 768	3 013[a]
3. Vj.	25 341	12 211	13 129	3 562	18 244	4 614	12 658	2 344	845
1985 Jan	15 155	8 729	5 881	2 396	15 168	15 444	2 383	1 305	− 152
Feb	7 381	3 590	3 796	2 253	8 072	4 803	1 562	304	− 306
Mär	6 261	3 786	2 526	1 694	6 583	8 316	1 371	1 023	− 329
Apr	−1 096	−4 228	3 194	1 753	− 268	19	925	93	606
Mai	9 429	3 794	5 558	1 621	8 322	4 599	2 727	853	494
Jun	4 274	2 543	1 859	2 322	2 940	1 101	3 656	290	492
Jul	10 677	5 605	5 089	3 827	11 007	4 044	3 498	1 471	478
Aug	4 516	1 677	2 883	2 805	4 305	− 441	3 016	443	895
Sep	3 090	1 599	1 499	1 697	2 147	−1 944	2 639	278	541
Okt	180	− 482	640	2 694	802	− 209	2 072	2 662	1 460
Nov	12 345	6 427	5 943	2 698	11 791	4 162	3 252	1 583	1 374
Dez	3 838	− 27	3 870	1 697	1 176	− 374	4 359	704	1 551
1986 Jan	16 742	10 186	6 592	− 384	8 790	6 384	7 568	266	285
Feb	14 096	5 022	9 061	927	7 451	3 536	7 572	2 863	480
Mär	5 823	3 407	2 443	1 198	2 746	1 924	4 275	1 529	695
Apr	6 399	− 134	6 095	2 686	2 757	−1 967	6 327	1 146	1 361
Mai	3 031	1 099	1 996	4 602	5 185	1 131	2 448	1 769	792[a]
Jun	−1 206	−1 296	164	2 502	−1 184	−2 795	2 480	853	861
Jul	14 748	5 428	9 340	2 436	11 632	4 404	5 551	1 077	− 972
Aug	7 248	6 005	1 207	− 563	1 891	1 061	4 793	886	531
Sep	3 345	778	2 582	1 689	2 721	− 851	2 314	381	1 287

[1]) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.
[2]) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[3]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.
[4]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (−) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.
[5]) In- und ausländische Rentenwerte.
[6]) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.
[7]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (−) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.
[8]) Zu Emissionskursen.
[9]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (−) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.
[a]) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 13

Zum Europäischen Währungssystem

Währung / Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Italienische Lira	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Dänische Krone	Irisches Pfund	Pfund Sterling [1]	Griechische Drachme [1]
Fester Betrag im ECU-Korb ab 17. September 1984	0,719	1,31	0,256	140,00	3,71 0,14	0,219	0,00871	0,0878	1,15
ECU-Leitkurs ab 4. August 1986 (1 ECU = ... Währungseinheiten)	2,11083	6,87316	2,37833	1476,95	43,1139	7,81701	0,764976	0,879256	137,049
Gewicht im ECU-Korb in vH [2]	*34,1*	*19,1*	*10,8*	*9,5*	*8,9*	*2,8*	*1,1*	*12,9*	*0,8*
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	± *1,11*	± *1,37*	± *1,51*	± *4,07* [a]	± *1,54*	± *1,64*	± *1,67*	(± *1,47*)	(± *1,67*)
Änderungen der ECU-Leitkurse [3]									
1979 24. September	+ *1,01*	− *0,97*	− *0,97*	− *0,97*	− *0,97*	− *3,80*	− *0,97*	+ *2,07*	—
30. November	+ *0,14*	+ *0,14*	+ *0,14*	+ *0,14*	+ *0,14*	− *4,63*	+ *0,14*	+ *0,14*	—
1981 23. März	− *2,47*	− *2,47*	− *2,47*	− *8,32*	− *2,47*	− *2,47*	− *2,47*	+ *19,70*	—
5. Oktober	+ *5,61*	− *2,90*	+ *5,61*	− *2,90*	+ *0,10*	+ *0,10*	+ *0,10*	− *9,80*	—
1982 22. Februar	− *0,34*	− *0,34*	− *0,34*	− *0,34*	− *8,81*	− *3,33*	− *0,34*	+ *7,90*	—
14. Juni	+ *3,61*	− *6,32*	+ *3,61*	− *3,34*	− *0,61*	− *0,61*	− *0,61*	− *0,61*	—
1983 21. März	+ *5,36*	− *2,63*	+ *3,36*	− *2,63*	+ *1,36*	+ *2,36*	− *3,63*	− *11,02*	—
18. Mai	− *1,19*	− *1,19*	− *1,19*	− *1,19*	− *1,19*	− *1,19*	− *1,19*	+ *7,28*	—
1984 17. September [4]	—	—	—	—	—	—	—	+ *0,19*	—
1985 22. Juli	+ *0,15*	+ *0,15*	+ *0,15*	− *7,70*	+ *0,15*	+ *0,15*	+ *0,15*	+ *5,52*	− *13,14*
1986 7. April	+ *4,68*	− *1,42*	+ *4,68*	+ *1,63*	+ *2,65*	+ *2,65*	− *1,63*	− *11,90*	− *25,76*
4. August	+ *1,30*	+ *1,30*	+ *1,30*	+ *1,30*	+ *1,30*	+ *1,30*	− *6,80*	− *7,20*	− *1,01*
Insgesamt seit 13. März 1979 [5]	+ *18,94*	− *15,64*	+ *14,40*	− *22,26*	− *8,48*	− *9,35*	− *13,38*	− *2,36*	− *36,17* [b]
Abweichungsindikator [6]									
1979 13. März [5]	− *14*	+ *8*	+ *8*	+ *6*	− *46*	+ *32*	+ *14*	+ *20*	—
31. Dezember	− *23*	+ *51*	+ *5*	+ *1*	− *65*	+ *4*	− *16*	+ *16*	—
1980 31. Dezember	− *45*	+ *62*	+ *48*	− *49*	− *59*	+ *26*	− *27*	+ *793*	—
1981 31. Dezember	− *32*	+ *28*	+ *11*	− *3*	− *72*	+ *26*	+ *27*	+ *299*	—
1982 31. Dezember	+ *39*	+ *27*	+ *29*	+ *26*	− *81*	+ *26*	− *52*	− *376*	—
1983 30. Dezember	+ *2*	+ *16*	+ *14*	+ *41*	− *94*	+ *10*	+ *12*	+ *147*	—
1984 31. Dezember	− *7*	+ *4*	− *13*	+ *42*	− *7*	+ *60*	+ *41*	− *213*	− *183*
1985 31. Oktober	+ *17*	+ *43*	+ *5*	+ *27*	− *46*	+ *16*	+ *17*	− *289*	− *1 309*
29. November	+ *21*	+ *45*	+ *24*	+ *16*	− *50*	+ *14*	+ *13*	− *336*	− *1 339*
31. Dezember	+ *42*	+ *29*	+ *30*	+ *17*	− *67*	+ *14*	− *16*	− *572*	− *1 363*
1986 31. Januar	+ *44*	+ *40*	+ *21*	+ *19*	− *70*	− *43*	− *61*	− *826*	− *1 435*
28. Februar	+ *49*	+ *25*	+ *24*	+ *22*	− *69*	− *44*	− *63*	− *1 009*	− *1 489*
27. März	+ *47*	+ *22*	+ *33*	+ *23*	− *71*	− *43*	− *64*	− *731*	− *1 515*
30. April	− *39*	+ *83*	− *30*	+ *25*	− *25*	− *32*	+ *36*	− *52*	+ *20*
30. Mai	− *55*	+ *77*	− *28*	+ *23*	− *37*	− *31*	+ *23*	+ *6*	+ *38*
30. Juni	− *34*	+ *81*	− *24*	+ *25*	− *30*	− *32*	+ *12*	− *59*	− *60*
31. Juli	+ *26*	+ *35*	+ *19*	+ *43*	− *46*	− *63*	− *36*	− *391*	− *49*
29. August	+ *42*	− *1*	+ *24*	+ *35*	− *37*	− *70*	+ *13*	− *97*	− *42*
30. September	+ *42*	+ *3*	+ *17*	+ *38*	− *43*	− *61*	− *3*	− *250*	− *67*
31. Oktober	+ *36*	+ *16*	+ *14*	+ *36*	− *54*	− *49*	− *29*	− *313*	− *143*

[1] Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.
[2] Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.
[3] Aufwertung (+), Abwertung (−) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.
[4] Übergang zu neuem ECU-Korb.
[5] Beginn des EWS.
[6] Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung. Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +. Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: −. Falls die italienische Lira, das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweichen. Die Indikatorwerte für das Pfund Sterling und die griechische Drachme haben nur nachrichtliche Bedeutung.
[a] Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.
[b] Insgesamt seit 17. September 1984.

Quelle: Deutsche Bundesbank

VI. Finanzpolitik: Steuersenkung und hoher Ausgabenzuwachs

126. Die Finanzpolitik war 1986 auf einem leicht expansiven Kurs. Die erste Stufe der Einkommensteuersenkung trat zu Anfang des Jahres in Kraft und entlastete die Bürger im Jahr 1986 um rund 10 Mrd DM. Zudem nahmen die Ausgaben der Gebietskörperschaften stärker zu als in den vorangegangenen Jahren der Haushaltskonsolidierung. Dadurch ist der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte zum ersten Mal seit 1981 wieder gestiegen.

127. Das vom Finanzplanungsrat formulierte Ziel, den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben auf 3 vH jährlich zu begrenzen, wird nach wie vor bekräftigt (Tabelle 18, S. 96 f.). Allerdings wird dieser Ausgabenrahmen nicht mehr eingehalten. Einerseits ist in einigen Bundesländern und in vielen Gemeinden der Druck weggefallen, der von leeren Kassen auf das Ausgabeverhalten ausging. Andererseits sind die Möglichkeiten, nach den Jahren der Konsolidierung weitere Ausgabeneinsparungen vorzunehmen, begrenzt, jedenfalls solange die Gebietskörperschaften an ihrem bisherigen Aufgabenkatalog festhalten und der Subventionsabbau nicht vorankommt. Viele Ausgabenblöcke sind unter diesen Bedingungen in ihrer Entwicklung bereits weitgehend festgelegt. Offenbar fällt es den öffentlichen Arbeitgebern schwer, die Bezüge der Bediensteten in den angestrebten Ausgabenrahmen einzupassen. Außerdem soll die öffentliche Investitionstätigkeit wieder verstärkt werden. Damit sind für die Zukunft auch höhere Folgekosten programmiert, etwa für Personal und für den Unterhalt. Eine Rückführung der Staatsquote allein durch disziplinierte Haushaltsführung stößt mithin bei im wesentlichen unverändertem Aufgabenkatalog auf Grenzen. Inhaltlich ist das Ziel einer Verringerung der Staatsquote bislang noch wenig präzisiert worden. Aus welchen konkreten Aufgabenbereichen sich der Staat zurückziehen will, bleibt noch festzulegen.

128. Insgesamt nahmen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in finanzstatistischer Abgrenzung um 4½ vH zu (Tabelle 14). Diese Rate überzeichnet das Ausgabeverhalten der Gebietskörperschaften etwas; denn in der hier zugrunde gelegten Abgrenzung werden auch die Nettoabführungen an die Europäischen Gemeinschaften als Ausgaben — und nicht, wie es ökonomisch eigentlich sinnvoll wäre, als Mindereinnahmen des Bundes — verbucht. Die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 hat allein zu Mehrbelastungen von rund 3 Mrd DM geführt. Ohne die Abführungen an die Europäischen Gemeinschaften wurden die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden um 4 vH erhöht. Dabei sind erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsebenen zu verzeichnen. In der Öffentlichkeit steht jedoch der Haushalt des Bundes im Vordergrund. Deshalb wird leicht übersehen, daß Länder und Gemeinden einen erheblichen Einfluß auf die Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts ausüben.

129. Der stärkste Ausgabenanstieg ergab sich bei den Gemeinden. Hier nahmen die Ausgaben — bei immer noch großen Unterschieden im einzelnen — im Durchschnitt um gut 5½ vH zu. Etwa seit Mitte des letzten Jahres wurde mit der insgesamt deutlich gebesserten Haushaltslage die Ausgabenzurückhaltung spürbar gelockert. Nachdem schon zuvor die Aufwendungen für Instandsetzung, Unterhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden sowie für Grundstücke gestiegen waren, belebte sich im zweiten Halbjahr 1985 auch die Bautätigkeit der Kommunen. In diesem Jahr nahmen ihre Ausgaben für Baumaßnahmen um rund 6½ vH zu. Die Aufstockung der Städtebauförderungsmittel für 1986 und 1987 im Rahmen des Bauprogramms der Bundesregierung hat hier sicherlich eine Rolle gespielt. Die Zunahme der Personalaufwendungen um nahezu 6 vH übertraf die Anhebung der Verdienste um gut zwei Prozentpunkte. Sie ist insoweit vor allem durch Personaleinstellungen verursacht und spiegelt damit ebenfalls die gestiegene Ausgabenneigung der Gemeinden.

130. Eine erhebliche Belastung für die Gemeinden stellen die sozialen Leistungen dar. Sie haben 1986 um schätzungsweise 9 vH zugenommen und machen mittlerweile rund ein Siebtel der kommunalen Ausgaben aus. Überdurchschnittlich wuchsen wiederum die Aufwendungen für die Sozialhilfe, die 1986 auf 19 Mrd DM stiegen. Zum einen wird der Kreis der Anspruchsberechtigten immer größer, zum anderen wurden Mitte 1985 die Eckregelsätze der Sozialhilfe — bei erheblichen Unterschieden in den einzelnen Ländern — um 7 vH bis 10,2 vH erhöht. Eine weitere, allerdings geringfügige Erhöhung um 2,1 vH im Bundesdurchschnitt erfolgte Mitte 1986.

Der Anteil der Sozialhilfe an den sozialen Leistungen der Gemeinden beträgt mittlerweile mehr als drei Viertel (Schaubild 28). Die Sozialhilfe setzt sich zusammen aus „Leistungen außerhalb von Einrichtungen" — das ist überwiegend Hilfe zum Lebensunterhalt — und aus „Leistungen in Einrichtungen", das sind vor allem die Kosten für Pflegefälle. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt hat in den letzten Jahren vor allem die Belastung durch Arbeitslosigkeit zugenommen. Mittlerweile ist Arbeitslosigkeit mit rund einem Drittel aller Fälle zur häufigsten Ursache für die Inanspruchnahme von Hilfe zum Lebensunterhalt geworden. In den Städten mit hoher Arbeitslosigkeit, die meisten von ihnen Städte mit angespannter Haushaltslage, ist dieser Anteil noch erheblich größer. Auch die Sozialhilfe in Einrichtungen nimmt sehr viel schneller zu als die Ausgaben der Gemeinden insgesamt, vor allem, weil das Pflegefallrisiko bislang weder von der Sozialversicherung noch durch ausreichende Eigenvorsorge abgedeckt wird.

131. Die Länder weiteten ihre Ausgaben um reichlich 4 vH aus. Deutlich überdurchschnittlich wuchsen unter anderem die Aufwendungen für Sachinvestitionen und die Zinsausgaben. Die Personalaufwendungen, auf die etwa 40 vH der gesamten Ausgaben der Länder entfallen, nahmen um 4 vH zu.

Tabelle 14

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1983	1984	1985[2])	1986[3])	1984	1985[2])	1986[3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)[4])	570,1	583,1	603,4	630	+ 2,3	+ 3,5	+ 4½
Laufende Rechnung	477,3	489,8	509,0	532	+ 2,6	+ 3,9	+ 4½
davon:							
Personalausgaben	182,1	185,3	191,6	200	+ 1,7	+ 3,4	+ 4½
Sachaufwand[5])	90,5	94,3	98,2	102	+ 4,2	+ 4,1	+ 4
Laufende Übertragungen	153,5	157,0	163,4	171½	+ 2,2	+ 4,1	+ 5
Zinszahlungen	51,1	53,3	55,8	58½	+ 4,2	+ 4,7	+ 5
Kapitalrechnung	92,7	93,1	94,5	98	+ 0,4	+ 1,5	+ 3½
davon:							
Sachinvestitionen	48,5	47,8	49,8	53	− 1,4	+ 4,1	+ 6½
Vermögensübertragungen	26,1	24,2	24,4	25½	− 7,3	+ 1,1	+ 4
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	18,1	21,1	20,3	19½	+ 16,8	− 4,0	− 4
Saldo im Verrechnungsverkehr[6])	+ 0,1	+ 0,2	− 0,1	—	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)[4])	514,8	537,0	564,4	584	+ 4,3	+ 5,1	+ 3½
Laufende Rechnung	496,3	518,9	546,9	566½	+ 4,6	+ 5,4	+ 3½
darunter: Steuern	396,2	414,7	437,0	453½	+ 4,7	+ 5,4	+ 4
Kapitalrechnung	18,5	18,1	17,5	17½	− 2,3	− 3,1	− ½
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	0	x	x	x
Finanzierungssaldo	−55,3	−46,1	−39,0	−46	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[7])	31,8	31,3	31,3	31,1	x	x	x
Steuerquote[8])	23,6	23,5	23,7	23,3	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	538,7	557,4	574,8	596½	+ 3,5	+ 3,1	+ 4
Einnahmen	496,5	523,9	548,7	565	+ 5,5	+ 4,7	+ 3
davon:							
Steuern	414,9	439,3	459,5	474	+ 5,9	+ 4,6	+ 3
Sonstige Einnahmen	81,6	84,7	89,2	91	+ 3,8	+ 5,4	+ 2
Finanzierungssaldo	−42,3	−33,5	−26,1	−31½	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[9])	30,0	29,9	29,8	29,4	x	x	x
Steuerquote[10])	24,7	24,9	24,9	24,3	x	x	x

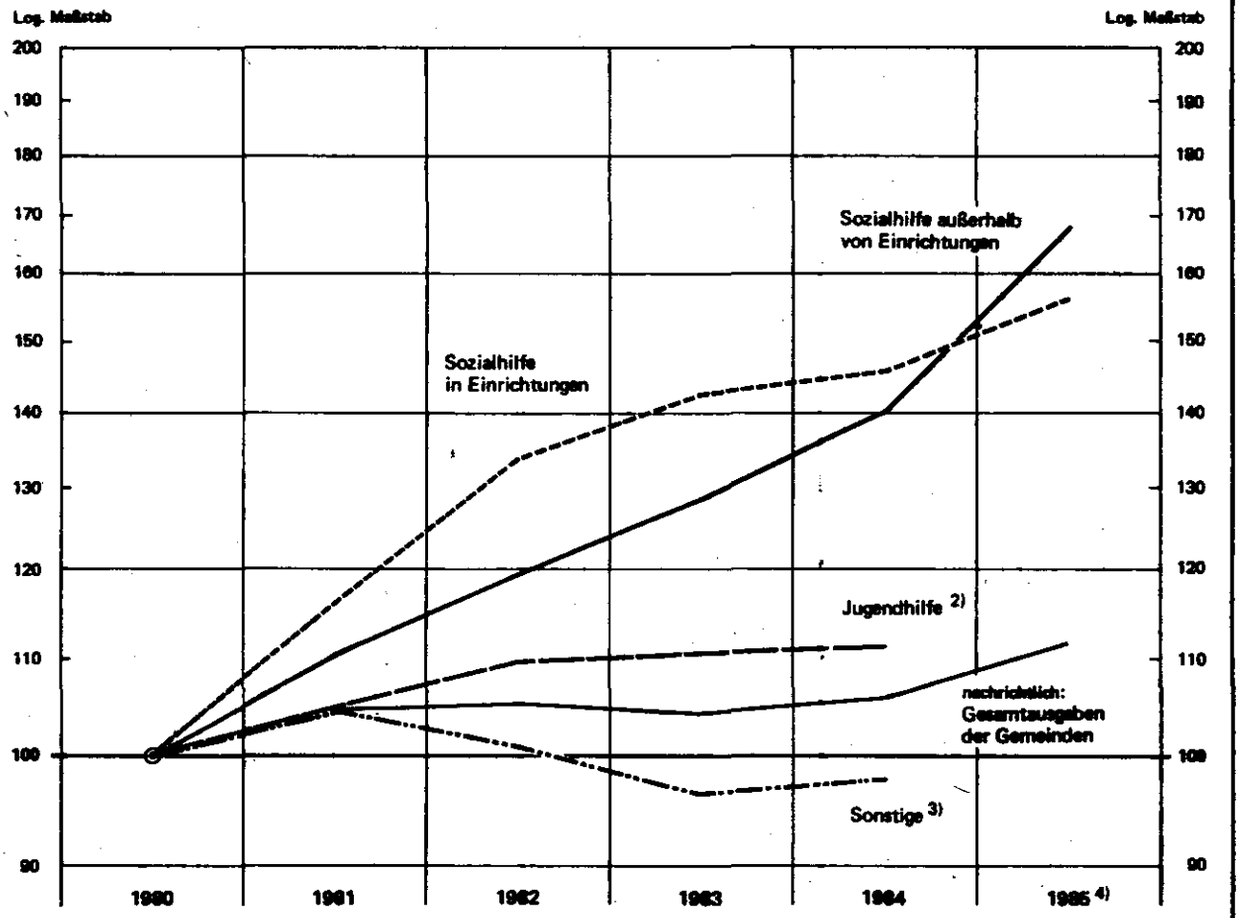
[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[5]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[6]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[7]) Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.
[9]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

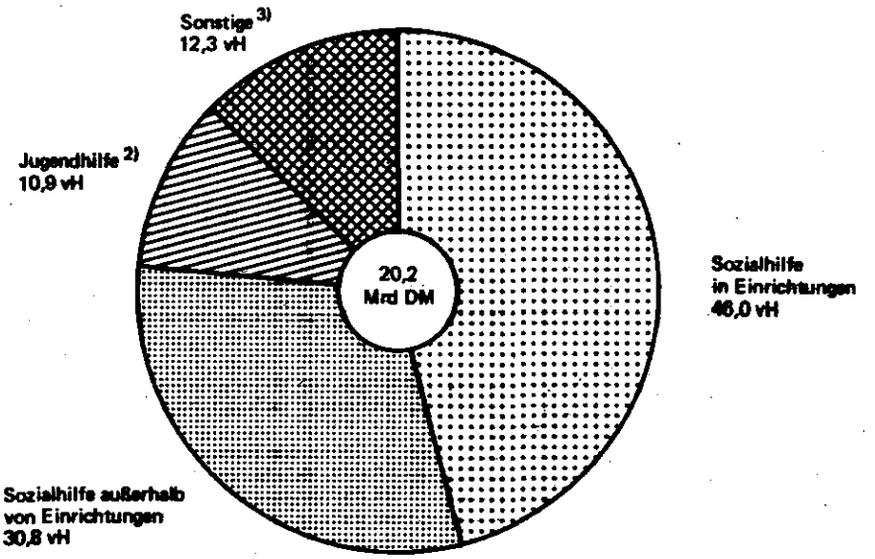
Schaubild 28

KOMMUNALE AUSGABEN FÜR SOZIALE LEISTUNGEN [1]

1980 = 100



Struktur im Jahre 1984



1) Nach den Ergebnissen der kommunalen Jahresrechnungsstatistik. – 2) In Einrichtungen und außerhalb von Einrichtungen. – 3) Einschließlich Leistungen an Kriegsopfer. – 4) Eigene Schätzung.

SR 86 0880

Bedenklich ist, daß einzelne Länder 1986 genau wie zu Beginn der achtziger Jahre danach trachteten, ihre finanziellen Probleme auf dem Rücken der Gemeinden zu lösen. Nachdem die Finanzzuweisungen an die Kommunen sich 1984 und 1985 kurzfristig normalisiert hatten, fiel ihr Zuwachs in diesem Jahr wieder merklich geringer aus.

132. Der Bund hat die zurückhaltende Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt. Abermals wurden die im Haushaltsplan ausgewiesenen Ausgabenansätze unterschritten. Obwohl 1986 einige zusätzliche Sozialleistungen eingeführt und neue Subventionen beschlossen wurden, blieb der Ausgabenanstieg auf gut 2 vH begrenzt.

133. Die Ausgaben des Bundes für soziale Leistungen nahmen mit etwa 3½ vH erstmals seit mehreren Jahren wieder stärker zu. Zum Teil wurden bestehende Sozialleistungen für bestimmte Empfängergruppen aufgestockt, zum Teil wurde auch der Kreis der Leistungsempfänger ausgeweitet. Als Ergänzung zur Neuregelung des steuerlichen Familienlastenausgleichs gibt es nun für Eltern, die den ab 1986 erhöhten Kinderfreibetrag nicht oder nicht in vollem Umfang nutzen können, einen Zuschlag zum Kindergeld von bis zu 46 DM monatlich. Außerdem erhalten seit 1. Januar 1986 fast alle Eltern für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten nach der Geburt ihres Kindes ein Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM monatlich.

134. Entgegen allen Absichtserklärungen steigen die Subventionen. Daß die im letzten Jahr seitens der Bundesregierung für 1986 angekündigten Kürzungen der Finanzhilfen des Bundes nicht eingetreten sind, beruhte im wesentlichen auf einer Fehleinschätzung des Subventionsbedarfs für die Kokskohlenbeihilfe. Mit der Kokskohlenbeihilfe wird heimischen Produzenten von Kokskohle und Hochofenkoks die Differenz zwischen den mittleren Erzeugungskosten und dem Weltmarktpreis erstattet. Damit soll deutsche Kokskohle wettbewerbsfähig gemacht werden. Der Subventionsbetrag kann von Jahr zu Jahr stark schwanken; bei den gegebenen Regelungen ist er vom Fiskus nicht zu beeinflussen. Im Subventionsbericht 1985 war für 1986 noch eine Kürzung der Kokskohlenbeihilfe von 1 Mrd DM auf 0,7 Mrd DM vorgesehen. Schon im Bundeshaushalt 1986 mußten die Mittel auf 1,5 Mrd DM aufgestockt werden, da insbesondere wegen des Falls des Dollarkurses ein Anstieg des Ausgleichsbetrages abzusehen war. In der Endabrechnung stellte sich heraus, daß für die Kokskohlenbeihilfe sogar über 2½ Mrd DM aufzuwenden waren. Dem Kohlenbergbau kamen auch weitere hohe Subventionen zugute. Der sogenannte Kohlepfennig — eine Subvention, die zwar nicht die Haushalte von Bund und Ländern, wohl aber die Stromverbraucher belastet — ist kräftig erhöht worden. Die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz wurde zum 1. Juni 1986 im Bundesdurchschnitt von 3,3 vH auf 4,5 vH des Strompreises angehoben. Aus diesem Aufkommen (1986 schätzungsweise 3 Mrd DM) werden den Stromerzeugern die Mehraufwendungen erstattet, die bei der Verstromung inländischer Steinkohle gegenüber der Verstromung von schwerem Heizöl entstehen. Auch bei dieser Subvention wird das Ausgabenvolumen gleichsam automatisch bestimmt, entscheidend sind nach der gesetzlichen Regelung der Weltmarktpreis für schweres Heizöl und der Wechselkurs des Dollar.

135. Im Verlauf des Jahres wurden nicht nur bereits bestehende Subventionen erhöht, sondern auch neue Vergünstigungen eingeführt, beispielsweise für die Landwirtschaft. Der Großteil der Agrarsubventionen entfällt immer noch auf die Marktordnungsausgaben der Europäischen Gemeinschaften. Da dieses System mit seinen Garantiepreisen für landwirtschaftliche Produkte zu enormen Kosten und zu immer größeren Produktionsüberschüssen geführt hat, wurden die Inventionspreise in letzter Zeit nur geringfügig erhöht oder sogar gesenkt — gegen den Widerstand der Bundesregierung.

Um eine befürchtete weitere Verschlechterung der Einkommensposition der Landwirtschaft zu verhindern, werden neuerdings verstärkt nationale Subventionen gewährt. So wurden in der Agrarsozialpolitik und der Agrarstrukturpolitik neue Hilfen beschlossen, die noch 1986 wirksam wurden. Ertragsschwache, kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe erhalten inzwischen Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen für die landwirtschaftliche Alterskasse, Unfallversicherung und Krankenkasse in einer Höhe von bis zu 2 000 DM pro Jahr.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" wurden die Gebiete, die als benachteiligt bezeichnet werden, um etwa ein Drittel ausgeweitet. Hier können auf der Grundlage entsprechender EG-Regelungen zum Ausgleich für Standortnachteile nationale Subventionen bis zu 240 DM pro Hektar gewährt werden. Diese Subvention war ursprünglich als „Bergbauernprogramm" konzipiert — mittlerweile erfaßt sie über die Bundesrepublik verteilt mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Eine weitere Unterstützung in Höhe von 500 Mio DM ergibt sich aus den zugesagten Entschädigungen für die Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl; sie ist als einmalige Zahlung vorgesehen.

Insgesamt beliefen sich die Subventionen des Bundes für die Landwirtschaft auf schätzungsweise 3½ Mrd DM.

Verhaltener Anstieg der Steuereinnahmen

136. Zu Beginn des Jahres 1986 trat erstmals seit 1981 wieder eine umfangreiche Senkung der Einkommensteuer in Kraft. Es war der erste Teil eines in zwei Stufen konzipierten Programms. Während diese erste Stufe vor allem auf eine steuerliche Entlastung der Familien abzielt, ist die zweite Stufe durch eine deutliche Abflachung der Tarifprogression gekennzeichnet. Von den rund 10 Mrd DM des ersten Entlastungsschrittes entfallen etwa 4½ Mrd

DM auf die Erhöhung des Kinderfreibetrages von bisher 432 DM auf 2 484 DM je Kind, rund 2 Mrd DM auf die Anhebung des Grundfreibetrages um 324 DM für Ledige und um 648 DM für Verheiratete und knapp 3½ Mrd DM auf eine leichte Abflachung der Tarifprogression. Trotz der Steuerentlastung nahm das Aufkommen der Lohnsteuer um 3 vH und das der veranlagten Einkommensteuer um 4 vH zu (Tabelle 15). Bei der veranlagten Einkommensteuer werden allerdings aus erhebungstechnischen Gründen die Steuerausfälle erst im nächsten und übernächsten Jahr voll wirksam.

137. Der Zuwachs der Einnahmen aus der Umsatzsteuer einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer (Steuern vom Umsatz) war 1986 wiederum niedrig (rund 2 vH). Das Aufkommen dieser Steuer war im vorangegangenen Jahr sogar rückläufig. Mit der Umsatzsteuer soll der gesamte Verbrauch belastet werden. Dieses Prinzip wird im Steuerrecht allerdings keineswegs durchgängig eingehalten. Zum Teil läßt sich der schwache Anstieg der Steuern vom Umsatz mit einer überproportionalen Ausweitung der steuerfreien sowie der ermäßigt belasteten Bereiche im Verbrauch erklären, so beispielsweise der Wohnungsmieten und großer Teile der Leistungen im Gesundheitswesen.

Möglicherweise entstehen auch durch das pauschalierte Besteuerungsverfahren in der Landwirtschaft größere Steuerausfälle als bisher angenommen. Hier handelt es sich um eine Subventionstechnik, für die die Umsatzsteuer nur als Anknüpfungspunkt dient. Seit Mitte 1984 dürfen Landwirte ihren Abnehmern in der Regel 13 vH Umsatzsteuer in Rechnung stellen, die sie aber nicht an das Finanzamt abführen müssen, sondern als Subvention einbehalten. Die Abnehmer zahlen auf landwirtschaftliche Umsätze lediglich einen Satz von 7 vH, sie können aber die 13 vH als Vorsteuerabzug geltend machen. Diese Subventionstechnik schafft einen Anreiz, die Agrarproduktion in stärkerem Maße dem Handel und Ernährungsgewerbe anzubieten, die Produktion für den Eigenverbrauch, für andere Landwirte oder direkt für den Verbraucher wird dagegen benachteiligt. Außerdem birgt sie die Gefahr, daß Scheingeschäfte und Karussellgeschäfte abgeschlossen werden, nur um die Vergünstigung zu Lasten des Steuerzahlers zu erlangen. Hierauf hat der Sachverständigenrat bereits früher hingewiesen (JG 84 Ziffer 490).

Im Subventionsbericht wurden die aus dieser Subvention resultierenden Steuerausfälle für 1986 mit 2,7 Mrd DM beziffert. Eine solche Schätzung ist problematisch, denn die tatsächliche Höhe der Steuerausfälle hängt letztlich vom Verhalten der Landwirte und des Handels ab und kann auch nachträglich kaum überprüft werden. Die schleppende Entwicklung der Umsatzsteuereinnahmen seit Mitte 1984 legt die Vermutung nahe, daß die tatsächlichen Steuerausfälle aus dieser Agrarsubvention höher anzusetzen sind.

138. Das gesamte Steueraufkommen nahm mit knapp 4 vH deutlich schwächer als das nominelle Sozialprodukt zu. Die Steuerquote, also das Verhältnis von Steuereinnahmen zum Sozialprodukt, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 23,7 vH auf 23,3 vH.

Tabelle 15

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern [1])

Steuerart	1983	1984	1985	1986 [2])	1983	1984	1985	1986 [2])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	396,6	414,7	437,2	453½	+ 4,7	+ 4,6	+ 5,4	+ 4
Lohnsteuer	128,9	136,4	147,8	152	+ 4,4	+ 5,8	+ 8,3	+ 3
Veranlagte Einkommensteuer	28,3	26,4	28,6	29½	− 7,6	− 6,7	+ 8,3	+ 4
Körperschaftsteuer	23,7	26,3	31,8	33	+ 10,3	+ 11,1	+ 21,0	+ 3
Steuern vom Umsatz	105,9	110,5	109,8	112	+ 3,3	+ 4,4	− 0,6	+ 2
Mineralölsteuer	23,3	24,0	24,5	26	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 5½
Tabaksteuer	13,9	14,4	14,5	14½	+ 13,7	+ 4,0	+ 0,2	+ 1
Branntweinabgaben	4,3	4,2	4,2	4	− 0,1	− 0,9	− 2,0	− ½
Vermögensteuer	5,0	4,5	4,3	4	+ 0,2	− 10,0	− 4,6	− 2
Kraftfahrzeugsteuer	7,0	7,3	7,4	9	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 24
Gewerbesteuer [3])	26,2	28,3	30,8	31½	+ 6,3	+ 8,2	+ 8,6	+ 3
Grundsteuern A und B	6,8	7,1	7,4	7½	+ 7,3	+ 5,0	+ 3,7	+ 4½
Nachrichtlich:								
Steuerquote [4])	23,6	23,5	23,7	23,3	×	×	×	×

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
[4]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

Konjunktureller Impuls mäßig expansiv

139. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts erhöhte sich 1986 in finanzstatistischer Abgrenzung um 7 Mrd DM auf 46 Mrd DM. Davon entfielen auf die Gemeinden, die 1985 noch einen Überschuß von 0,9 Mrd DM erzielt hatten, 3 Mrd DM, auf die Länder 19 Mrd DM gegenüber 17 Mrd DM 1985 und auf den Bund rund 24 Mrd DM nach 22,7 Mrd DM im Jahre 1985.

Der Analyse der konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik legen wir das Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde. In diesem Rechenwerk wird ein niedrigeres Finanzierungsdefizit ausgewiesen als in der Kassenrechnung der Finanzstatistik, vor allem, weil hier die Darlehensgewährung des Staates nicht defizitwirksam gebucht wird. Das Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften nahm hier um 5½ Mrd DM auf 31½ Mrd DM zu.

140. Ein Urteil über den konjunkturellen Impuls der Finanzpolitik kann aus den Haushaltszahlen nicht unmittelbar ermittelt werden. Zunächst ist es notwendig, die Rückwirkungen, die von der Konjunktur auf das Budget ausgehen, von den autonomen Anstößen der Haushaltspolitik zu trennen. Zu diesem Zweck nimmt der Sachverständigenrat in den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt eine Konjunkturbereinigung des Steueraufkommens um Mehreinnahmen und Mindereinnahmen vor, die sich aus Abweichungen des Auslastungsgrades des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von der Normalauslastung ergeben. Die Änderungen, die der Sachverständigenrat bei der Berechnung des Produktionspotentials in diesem Jahr vornimmt (Ziffern 78 ff.), haben nur geringe Auswirkungen auf die Höhe der konjunkturellen Impulse.

Für die konjunkturelle Analyse wird des weiteren bestimmt, inwieweit die Haushaltsgrößen von dem Haushaltsvolumen einer Vergleichsperiode abweichen, in der die staatliche Haushaltspolitik für sich genommen keine Abweichungen von der Normalauslastung des Produktionspotentials bewirkte, also weder expansiv noch kontraktiv war. Mit Hilfe dieser Konzeption soll allein der konjunkturelle Primärimpuls der öffentlichen Haushalte gemessen werden. Es lassen sich damit weder die konjunkturellen Gesamtwirkungen noch die Wachstumseffekte der Finanzpolitik ermitteln.

141. Als mittelfristiger Bezugsrahmen für die Bestimmung des konjunkturneutralen Haushalts dienten dem Sachverständigenrat seit 1979 die durchschnittlichen Ausgaben-, Einnahmen- und Kreditfinanzierungsquoten der Jahre 1966 bis 1977 (ohne 1975). Die Entscheidung für einen mehrjährigen Basiszeitraum anstatt für ein Basisjahr war bereits bei der Einführung als ein Kompromiß gekennzeichnet worden (JG 79 Ziffer 230). Einerseits sollte der Bezugszeitraum von gegenwartsnahen Werten mitbestimmt sein. Andererseits sollte er aber nicht durch außergewöhnliche Haushaltsentwicklungen geprägt sein; denn dadurch wäre seine Funktion als Maßstab aktueller Entwicklungen beeinträchtigt worden. Deshalb kam auch nicht die Regel in Betracht, die Strukturquoten durch gleitende Durchschnitte Jahr für Jahr neu zu bestimmen. Gerade die Jahre von 1980 bis 1982 mit ihren aus vielerlei Gründen außergewöhnlich hohen Staatsausgaben, Mindereinnahmen und Haushaltsdefiziten hätten die Basisquoten dann verzeichnet und als Maßstab unbrauchbar gemacht. Eine neue Basis für die Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt sollte gefunden werden, sobald die extremen Ausschläge bei den Haushaltsgrößen überwunden sein würden. Das ist mittlerweile der Fall. Ein Ersatz des inzwischen weit zurückliegenden Basiszeitraums durch einen gegenwartsnahen ist nun möglich.

142. Aus heutiger Sicht bietet sich das Jahr 1985 als neues Basisjahr an. Die Volkswirtschaft befand sich 1985 mitten im Aufschwung, der Auslastungsgrad der Kapazitäten war vom langjährigen Durchschnitt nicht weit entfernt. Das Jahr war frei von inflatorischen Spannungen. Es wurden keine finanzpolitischen Entscheidungen wirksam, die auf der Ausgabenseite oder auf der Einnahmenseite des öffentlichen Gesamthaushalts große Änderungen zur Folge hatten. Das war in den Jahren davor noch anders, in denen es unter dem Druck der hohen Finanzierungsdefizite zu größeren Haushaltskürzungen gekommen war.

Die zwischen 1978 und 1981 entstandenen Defizite waren Teil der gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre. Wir haben bis heute keine Anhaltspunkte dafür, daß die Wirtschaft sich auf die damals hohen Defizite eingestellt hatte.

Erst mit dem Fortschritt bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bestand die Möglichkeit, eine neue Basis für die konjunkturelle Analyse zu finden. Die neue potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote ist mit 1½ vH etwas höher als die bisher in unseren Rechnungen verwendete. Im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977 (ohne 1975) hatte sich eine Größenordnung von etwas über 1 vH ergeben.

143. Im Rechenwerk des konjunkturneutralen Haushalts ist die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (potentialorientierte Neuverschuldung) eine Meßlatte für die konjunkturelle Analyse der öffentlichen Haushalte, nicht aber eine Zielgröße für die Finanzpolitik. In den Jahren mit sehr hohen Staatsdefiziten haben wir die potentialorientierte Neuverschuldung auch zur Bestimmung des strukturellen Defizits der Gebietskörperschaften verwendet und sie unabhängig von der konjunkturellen Analyse als eine vorläufige Zielgröße betrachtet. Wir wollten so für die finanzpolitische Diskussion eine Orientierungshilfe geben, die die Größenordnung der Konsolidierungsaufgabe deutlich machte. Im Jahre 1981, als die staatlichen Defizite ihren Höhepunkt erreichten, ließ sich auf diese Weise ein Betrag von 40 Mrd DM angeben, um den das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden zurückzuführen war, wollte man

auf Dauer nicht oberhalb der in den siebziger Jahren in Kauf genommenen Neuverschuldung bleiben. Diese Konsolidierungsaufgabe ist bis zum Jahre 1985 im großen und ganzen gelöst worden.

Die Finanzpolitik steht nun vor der Aufgabe, sich in wachstumspolitischer Hinsicht neu zu orientieren. Zur Beschreibung finanzpolitischer Handlungsalternativen hat der Sachverständigenrat seit dem Jahr 1984 den Weg beschritten, drei finanzpolitische Optionen zu skizzieren (Ziffern 277 ff.).

Auch wenn zwischen dem konjunkturellen Maßstab und den mittelfristigen Zielvorstellungen zur Haushaltspolitik klar zu unterscheiden ist, gibt es auf mittlere Frist zwischen beiden durchaus eine Wechselbeziehung. Steuert die Finanzpolitik auf Dauer aus wachstumspolitischen Gründen eine niedrigere Kreditfinanzierungsquote an, so wird sich das in der konjunkturellen Analyse in mehr oder weniger kontraktiven Impulsen abbilden. Ob diese wachstumspolitisch begründete Strategie zugleich eine konjunkturgerechte Finanzpolitik ist, kann nur situationsbezogen entschieden werden. Dafür gibt die Meßlatte des konjunkturneutralen Haushalts keine Anhaltspunkte. Eine dauerhafte Verminderung der staatlichen Kreditfinanzierungsquote, an die sich die Unternehmen und die privaten Haushalte anpassen, hätte aber im Laufe der Zeit Konsequenzen für die Festlegung der potentialorientierten Neuverschuldung. Je nach dem Fortschritt des Anpassungsprozesses wäre dann für den konjunkturneutralen Haushalt eine neue Basisperiode mit niedrigerer Kreditfinanzierungsquote festzulegen.

144. Der konjunkturelle Impuls läßt sich ermitteln, indem der tatsächliche Finanzierungssaldo mit einem konjunkturneutralen Finanzierungssaldo verglichen wird. Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich aus der potentialorientierten Verschuldung (28½ Mrd DM) abzüglich des anomalen Teils des Bundesbankgewinns (5 Mrd DM) und zuzüglich der auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen (1 Mrd DM). Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo beträgt somit 25½ Mrd DM gegenüber dem tatsächlichen Saldo von 31½ Mrd DM. Die Differenz von 6 Mrd DM entspricht dem konjunkturellen Impuls im Jahre 1986 (Tabelle 16).

Tabelle 16

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte[1])
Mrd DM

	1980	1981	1982	1983	1984[2])	1985[3])	1986[3])
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos							
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme[4])	−21,7	−23,3	−24,5	−26,0	−27,1	−28,0	−29½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen[5])	+ 4,8	− 3,1	−14,3	−13,2	− 8,4	− 3,6	− 1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen[6])	+ 4,8	+ 1,9	+ 5,4	+ 0,9	− 2,3	.	.
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	—	—	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 5,5	+ 5
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo[7]) (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−12,1	−24,5	−28,9	−33,8	−33,4	−26,1	−25½
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo[8])	−46,9	−63,0	−60,3	−42,3	−33,5	−26,1	−31½
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+34,8	+38,5	+31,4	+ 8,5	+ 0,1	0	+ 6

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basisjahr 1985, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.
[5]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (96,5 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.
[6]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate des Preisniveaus gleich der tatsächlichen gesetzt; inflationsbedingte Steuereinnahmen entfallen somit.
[7]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[8]) Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

Dieser konjunkturelle Impuls kann auch über das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen errechnet werden. Dazu sind zunächst die Staatsausgaben des Basisjahres 1985 mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen fortzuschreiben. Das ergibt für 1986 Staatsausgaben von 604 Mrd DM. Diese sind dann noch zu korrigieren um Mehreinnahmen beziehungsweise Mindereinnahmen, die sich aus einer Veränderung der Steuerquote oder des Deckungsbeitrags der sonstigen Einnahmen bei normaler Auslastung des Produktionspotentials ergeben. Das so errechnete Haushaltsvolumen beträgt 590½ Mrd DM (Tabelle 17). Die tatsächlichen Staatsausgaben belaufen sich auf 596½ Mrd DM. Die Differenz von 6 Mrd DM ergibt wiederum den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte.

145. Der mäßig expansive Impuls des Jahres 1986 geht in erster Linie auf die in diesem Jahr vorgenommene Steuersenkung zurück. Bei einer finanzpolitischen Strategie, die auf eine mittelfristige Rückführung der Steuerquote abzielt, ist es auch bei Zurückhaltung auf der Ausgabenseite kaum zu vermeiden, daß in manchen Jahren expansive Impulse ausgelöst werden, selbst wenn diese von der wirtschaftlichen Lage her eigentlich nicht angezeigt sind. Hier ist eine Abwägung erforderlich zwischen den wachstumspolitisch bedeutsamen Anreizwirkungen der Steuersenkungen einerseits und konjunkturellen Auswirkungen andererseits. In konjunktureller Hinsicht hat die Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr nicht gestört. Mit Blick auf die mittelfristigen Pläne für Steuersenkungen wäre eine stärkere Ausgabenzurückhaltung angezeigt gewesen.

Die Haushalte der Sozialversicherungen

146. Die Sozialversicherungen konnten 1986 insgesamt einen Überschuß von 11½ Mrd DM erzielen, nachdem schon im Vorjahr die Einnahmen um 6 Mrd DM höher als die Ausgaben waren. Diese Entspannung der finanziellen Lage ist jedoch auch auf Beitragserhöhungen zurückzuführen; die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sehen sich nach wie vor mit jeweils unterschiedlichen Problemen konfrontiert.

147. In den gesetzlichen Krankenversicherungen ist der seit Mitte 1983 zu verzeichnende Ausgabenschub noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Das Defizit hat sich aber auf 1½ Mrd DM verringert, weil zum Jahreswechsel die Krankenversicherungsbeiträge um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte erhöht wurden. Dadurch nahmen die Einnahmen mit 6 vH schneller zu als die Ausgaben (gut 5 vH).

148. In ruhigeres Fahrwasser kam die Rentenversicherung. Anders als noch im vergangenen Jahr waren keine weiteren Beitragserhöhungen oder außerordentliche Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung nötig, um die Liquidität der Versicherungsträger zu sichern. Die Schwankungsreserve konnte sogar wieder von einer auf anderthalb Monatsausgaben aufgestockt werden. Der Beitragssatz war allerdings 1986 mit 19,2 vH schon sehr hoch. Die Ausgaben der Rentenversicherung stiegen mit 2½ vH etwas stärker als im Vorjahr. Dabei spielte eine Rolle, daß der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung, der die Rentenkassen entlastet, im Zuge der Rentenanpassung Mitte des Jahres nur um 0,7 Prozentpunkte erhöht wurde nach 1,5 Prozentpunkten im Jahre 1985.

149. Die Bundesanstalt für Arbeit konnte trotz einiger Mehrbelastungen ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Im Haushaltsplan für 1986 war noch mit einem Defizit von 2½ Mrd DM gerechnet worden; denn zum einen wurde der Beitragssatz am Jahresanfang um 0,1 Prozentpunkte gesenkt, zum andern wurden mehr Mittel für die berufliche Qualifizierung Arbeitsloser sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt und für ältere Arbeitslose die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld verlängert. Da die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld aber stärker als angenommen zurückging und die Vorruhestandsleistungen auch in diesem Jahr nicht im erwarteten Umfang in Anspruch genommen wurden, hielten sich die Ausgaben der Bundesanstalt 1986 im Rahmen der Einnahmen.

Tabelle 17

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])
Mrd DM

	1980	1981	1982	1983	1984[2])	1985[2])	1986[3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4])	1 519,4	1 613,9	1 715,7	1 795,6	1 861,9	1 929,1	2 027
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5])	1 500,2	1 606,1	1 692,3	1 791,8	1 871,7	1 929,1	2 027
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985	447,0	478,6	504,3	553,9	557,7	574,8	604
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[6])	1 447,7	1 549,9	1 633,0	1 729,0	1 806,2	1 861,8	1 956
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1985	368,2	385,6	406,3	430,1	449,3	463,1	486½
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[7])	371,5	387,6	404,0	427,2	450,0	463,1	475
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen[1])	381,1	386,5	395,1	414,9	439,3	459,5	474
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	+ 11,4	+ 2,1	− 2,3	− 3,0	+ 0,7	—	− 11½
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[8])	− 6,4	− 5,2	− 2,5	− 0,6	− 1,0	0	− 2
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	452,0	475,4	499,4	530,3	557,3	574,8	590½
(10) Tatsächliche Staatsausgaben[1])	486,8	513,9	530,9	538,8	557,4	574,8	596½
(11) Konjunktureller Impuls[9]) (10) ./. (9)	+ 34,8	+ 38,5	+ 31,4	+ 8,5	+ 0,1	0	+ 6
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 5,5	+ 3,7	− 7,1	− 22,9	− 8,4	− 0,1	+ 6

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr; ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts gleich der tatsächlichen im jeweiligen Jahr gesetzt.
[6]) Normalauslastungsgrad (98,5 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.
[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[8]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

noch Tabelle 17

	1980	1981	1982	1983	1984[2])	1985[2])	1986[3])
				vH			
Zum Vorjahresvergleich							
Steigerungsrate							
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 8,5	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 3,5	+ 3,1	+ 4
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 0,7	− 2,3	− 2,8	− 0,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 2½
Bestimmungsfaktoren von (b)[10])							
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 2
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts[11])	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 3½
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres	− 0,1	− 2,1	− 0,9	− 0,1	+ 0,7	− 0,1	− 2
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	− 0,1	+ 0,2	− ½
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr	− 5,4	− 6,3	− 7,6	− 4,8	− 1,4	0	0
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	25,66	25,01	24,74	24,70	24,91	24,88	24,29
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	30,13	29,60	29,51	29,60	29,78	29,80	29,13
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	32,45	32,00	31,37	30,07	29,78	29,80	29,43
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): (16) ./. (15)	+ 2,32	+ 2,40	+ 1,86	+ 0,47	+ 0,00	0	+ 0,30
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	32,04	31,84	30,94	30,01	29,94	29,80	29,43

[9]) Expansiv: +; kontraktiv: −.
[10]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D).
[11]) Ab 1985 identisch mit der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts.

Tabelle 18

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1985	
29. November	Der Bundestag beschließt in dritter Lesung den Bundeshaushalt 1986. Er weist ein Volumen von 283,5 Mrd DM und eine Nettokreditaufnahme von 23,7 Mrd DM auf.
19. Dezember	Das Siebte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich von Bund und Ländern wird verkündet. Die Anteile von Bund und Ländern am Umsatzsteueraufkommen sind für die Jahre 1986 und 1987 neu festgelegt: Bund 65 vH, Länder 35 vH. Gemäß dem Änderungsgesetz gewährt der Bund auch 1986 und 1987 aus seinem Umsatzsteueranteil Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens an finanzschwache Länder.
1986	
1. Januar	Die erste Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 wird wirksam. Das Entlastungsvolumen für 1986 ist mit rund 10 Mrd DM zu veranschlagen (zu den Einzelheiten siehe JG 85 Tabelle 25).
13. März	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsabschlüsse 1985 und die Haushaltsentwicklung 1986. Er stellt fest, daß eine Begrenzung des Ausgabenwachstums auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 vH, und damit deutlich unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, auch weiterhin notwendig sei.
13. Mai	Die Bundesregierung beschließt, vom Reaktorunfall in Tschernobyl Betroffene, insbesondere Landwirte, zu entschädigen.
15. Mai	Der Bundestag beschließt das „Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums" mit Wirkung vom 1. Januar 1987. Schwerpunkte des Gesetzes sind — die Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung von selbstgenutzten Wohnungen, — die Verbesserung der steuerlichen Grundförderung durch die Anhebung der Abschreibungsgrenzen nach § 10 EStG auf 300 000 DM für Neubauten und Erwerbe aus dem Bestand unter Einbeziehung von 50 vH der Grundstückskosten, anstelle des bisherigen § 7b EStG, — die Ausdehnung des „Baukindergeldes" auf das erste Kind.
26./28. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1986 bis 1990 vor. Unter Zugrundelegung eines Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts von 6 vH erwartet er für 1986 Steuereinnahmen von 458,1 Mrd DM, das sind 4,8 vH mehr als 1985. Bei geltendem Steuerrecht, das heißt unter Berücksichtigung der ersten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1986/88, wird mit einem Rückgang der Steuerquote von 23,79 vH im Jahre 1985 auf 23,49 vH im Jahre 1986 gerechnet.
13. Juni	Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsentwicklung 1986 sowie die Gestaltung der Haushalte 1987 und der Finanzpläne bis 1990.
18. Juni	Der Bundesminister der Finanzen verfügt eine Ausgabensperre nach § 41 BHO für das laufende Haushaltsjahr. Die sächlichen Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 2 vH der Planansätze und die Zuweisungen und Zuschüsse, die nicht durch gesetzliche und internationale Verpflichtungen gebunden sind, in Höhe von 8 vH gesperrt.
24. Juni	Das Bundesverfassungsgericht verkündet seine Entscheidung im Normenkontrollverfahren zu Einzelregelungen des Länderfinanzausgleichsgesetzes und des Zerlegungsgesetzes. Das Gericht bestimmt unter anderem: — Auf der Stufe des horizontalen Finanzausgleichs ist die Finanzkraft der einzelnen Länder angemessen, aber nicht voll auszugleichen. Bei der Feststellung der Finanzkraft sind nicht nur alle Steuern der Länder, sondern auch deren eigene Finanzausstattung mit einzubeziehen. Bei der Ermittlung der unterschiedlichen Finanzkraft müssen Sonderbelastungen einzelner Länder unberücksichtigt bleiben. Eine Ausnahme gilt lediglich für die Sonderlasten aus der Unterhaltung und Erneuerung der Seehäfen. — Die Bundesergänzungszuweisungen sollen kein Ersatz, sondern eine Ergänzung des horizontalen Finanzausgleichs sein. Der Bund darf aber bei der Vergabe von Ergänzungszuweisungen auch Sonderlasten einzelner Länder berücksichtigen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gibt dem Bundesgesetzgeber auf, den Finanzausgleich bis spätestens 1. Januar 1988 neu zu regeln.

noch Tabelle 18

Datum	
1966	
1. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1967 und den Finanzplan des Bundes für die Jahre 1966 bis 1970. Das Haushaltsvolumen 1967 soll danach 271 Mrd DM (Zuwachs um 2,9 vH gegenüber dem Vorjahr), die Nettokreditaufnahme 24,29 Mrd DM betragen. Für die Jahre 1968 bis 1970 sind Steigerungen der Ausgaben von jährlich 2,9 vH vorgesehen. Bis 1970 soll die Nettokreditaufnahme auf 22,3 Mrd DM zurückgeführt werden. Bei der Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1967 beschließt das Bundeskabinett, die noch im Besitz des Bundes befindlichen Beteiligungen an der VEBA AG (22,55 vH Bundesanteil) und der Volkswagen AG (20 vH Bundesanteil) 1967 zu veräußern.
24. September	Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf des Rentenanpassungsgesetzes 1967. Danach werden die Renten zum 1. Juli 1967 um effektiv voraussichtlich 2,93 vH erhöht. Der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung steigt um 0,7 Prozentpunkte.
10./11. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft seine Steuerschätzungen vom Mai 1966 für die Jahre 1966 bis 1970. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 6½ vH im Jahre 1966 und von 5 vH im Jahre 1967 wird 1966 mit Steuereinnahmen in Höhe von 455,2 Mrd DM, 1967 in Höhe von 478,3 Mrd DM gerechnet. Das sind jeweils 2,9 Mrd DM weniger als bei der Schätzung im Mai 1966 erwartet wurden.
13. November	Im Verlauf der Beratungen des Bundeshaushalts 1967 im Haushaltsausschuß des Bundestages werden die Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Haushalt 1967 nach unten revidiert. Vorgesehen sind nunmehr eine Steigerung der Ausgaben um rund 2 vH (Regierungsentwurf: 2,9 vH) und eine Nettokreditaufnahme von knapp 23 Mrd DM (Regierungsentwurf: 24,3 Mrd DM).

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1987

I. Zur Ausgangslage

150. Die Perspektiven für 1987 bleiben günstig. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Der Wechsel zu einer kräftigeren Binnenkonjunktur ist in vollem Gange. Anstelle des Exports ist der private Verbrauch, neben den Investitionen, zur Stütze der Konjunktur geworden. Von Bedeutung ist dabei, daß der Aufschwung nun auch auf die Bauwirtschaft übergreift.

151. In den Grundaussagen wurde unsere Prognose vom Herbst vergangenen Jahres bestätigt. Darin hatten wir eine Entwicklung beschrieben, die gute Chancen für eine Fortsetzung des Aufschwungs über 1986 hinaus bot. Diese Erwartung hat sich erfüllt. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist zwar etwas hinter dem zurückgeblieben, was wir damals für wahrscheinlich hielten, vor allem deshalb, weil die dämpfenden Effekte beim Export sich rascher zeigten und stärker ausfielen als die expansiven beim privaten Verbrauch. Die Investitionen und die Beschäftigung sind aber weiter gestiegen. Der Aufschwung hat sich somit trotz der spürbaren Abschwächung des Exportgeschäfts als recht robust erwiesen.

Die Abweichungen beim Export, dessen Entwicklung wir deutlich überschätzt hatten, und beim privaten Verbrauch, bei dem wir eine etwas zu niedrige Zuwachsrate angesetzt hatten, müssen im Zusammenhang gesehen werden. Sie sind zum überwiegenden Teil die Folge von unzutreffenden Annahmen über wichtige außenwirtschaftliche Daten, die der Prognose zugrunde lagen. Weder der dramatische Fall des Dollarkurses noch der des Ölpreises waren von uns vorhergesehen worden, und beides war wohl auch kaum vorhersehbar. Dies macht auch die Abweichung bei der Preisprognose erklärlich. Ohne den kräftigen Rückgang der Importpreise wäre die Preisentwicklung im Inland nicht ganz so günstig verlaufen. Nicht in vollem Umfang erfüllt haben sich schließlich unsere Erwartungen bei den Ausrüstungsinvestitionen. Hier hat die Entwicklung seit dem Sommer nicht mehr das gehalten, was sie zuvor versprochen hatte. Wir nehmen an, daß dies mit dem Abflauen des Exportgeschäfts zusammenhängt.

152. Es mag sein, daß derzeit nicht überall unsere zuversichtliche Einschätzung für die Fortsetzung des Aufschwungs geteilt wird. In letzter Zeit sind die Konjunkturindikatoren nicht mehr einheitlich aufwärts gerichtet, einige weisen sogar nach unten. Nachdem die Auslandsnachfrage schon längere Zeit rückläufig war, ist im verarbeitenden Gewerbe auch der Anstieg der Produktion ins Stocken geraten. Es gibt Stimmen, die darin Anzeichen sehen, daß die Auftriebskräfte erlahmen. Mit Nachdruck sagen wir dazu: Dieses Urteil teilen wir nicht. Man kann eine Prognose nicht an dem Bild festmachen, das sich jeweils am aktuellen Rand zeigt; denn kurzzeitige Veränderungen in statistischen Daten sind nichts Ungewöhnliches. Eine Prognose muß sich auf das Urteil gründen, das man sich über die Konstitution der Volkswirtschaft im ganzen bildet. Selbst wenn man dazu neigen sollte, die Entwicklung seit dem Sommer als Schwächephase zu deuten, erscheint es uns nicht gerechtfertigt, diese zu extrapolieren. Erinnert sei nur daran, daß die überaus zögerliche Erholung der Produktion nach den Arbeitskämpfen vom Frühjahr 1984 damals zu verbreiteten Spekulationen darüber Anlaß gab, ob sich der Aufschwung verlangsamte.

Wir übersehen keinesfalls, daß die kräftige Höherbewertung der D-Mark viele Unternehmen, die im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern stehen, einer schweren Belastungsprobe aussetzt. Die Sorgen, die daran im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geknüpft werden, darf man nicht gering schätzen, insbesondere wenn der außenwirtschaftliche Druck sich verschärfen sollte. Aber eine Gefährdung gibt es bei der insgesamt guten Investitions- und Verbrauchskonjunktur im Inland derzeit nicht. Im übrigen darf man die Höherbewertung der heimischen Währung nicht nur als Negativposten betrachten. Bei den Unternehmen steht dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit als Gegenposten die Verbilligung der Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten gegenüber, die sie in der Kostenrechung entlastet und ihre Position im Preiswettbewerb wieder stärkt. Und bei den privaten Haushalten ist es die Verbilligung von Mineralöl und importierten Konsumgütern, die die Kaufkraft der Einkommen erhöht. In der gegenwärtigen Konjunkturphase, in der die Binnennachfrage gefestigt ist und die heimischen Kapazitäten gut ausgelastet sind, kann für die Bundesrepublik eine Höherbewertung der eigenen Währung sogar hilfreich sein. Denn dadurch wird es möglich, mehr Güter im Inland zu konsumieren und zu investieren — Güter, die anderenfalls ins Ausland gehen. Dies erleichtert es, die Preise stabil zu halten. Die Bundesrepublik leistet damit aber auch einen Beitrag, die großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt zu beseitigen und baut so der Ausbreitung protektionistischer Tendenzen vor, die der deutschen Wirtschaft abträglich wären.

Die wechselkursbedingte Verringerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mindert die Exportchancen der deutschen Wirtschaft im kommenden

Jahr. Aber sie muß nicht verhindern, daß die deutschen Exporte nach Anpassung an die neue Preissituation am steigenden Welthandel wieder teilhaben. Es wird den Exporten zugute kommen, daß die ausländischen Märkte weiter wachsen. Wir beschreiben deshalb zunächst die erkennbaren Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen wichtigen Industrieländern sowie den dortigen Kurs der Wirtschaftspolitik, wie er sich derzeit abzeichnet.

II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1987

153. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern wird auch 1987 noch von den eingetretenen massiven Veränderungen der außenwirtschaftlichen Bedingungen geprägt sein. Japan und die meisten westeuropäischen Länder sind vor die Aufgabe gestellt, sich an die höhere Bewertung ihrer Währungen anzupassen. Es kommt hinzu, daß sich ihnen in den OPEC-Ländern und zum Teil auch in den Staatshandelsländern weniger Absatzmöglichkeiten bieten. Das alles dämpft die Exporterwartungen und könnte auch die Investitionsneigung beeinträchtigen. Auf der anderen Seite können amerikanische Anbieter damit rechnen, im Export ebenso wie auf ihren Inlandsmärkten von den ausländischen Konkurrenten Marktanteile zurückzugewinnen; für die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten ist das im kommenden Jahr eine Stütze.

Die Verbilligung von Öl und Gas in diesem Jahr wird die Nachfrage der privaten Haushalte und der Unternehmen auch 1987 anregen. Für die Nettoexporteure von Öl und Gas unter den Industrieländern schlagen die niedrigeren Preise 1987 aber in ihren nachteiligen Wirkungen voll zu Buche. Die Investitionen in den betroffenen Wirtschaftsbereichen, die in den vergangenen Jahren beträchtlich zur wirtschaftlichen Dynamik beigetragen hatten, werden erneut niedrig ausfallen.

154. Die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer wird sich 1987 kaum verbessern. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte weiterhin nur verhalten zunehmen. Für die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas wird ein etwas kräftigeres Wachstum als 1986 erwartet. Das Preisverhältnis im Außenhandel bleibt für die Entwicklungsländer insgesamt ungünstig. Die ölexportierenden Länder werden ihre Einfuhren aus Industrieländern noch einmal beträchtlich kürzen, die anderen Entwicklungsländer werden sie nur mäßig ausweiten.

155. Das Exportvolumen der Industrieländer nimmt 1987 voraussichtlich um 3 vH zu, die Importe werden stärker steigen. Für den Welthandel ergibt sich aus den Veränderungen der grenzüberschreitenden Warenströme ein Zuwachs von 3½ vH, ähnlich wie in diesem Jahr. Störungen des Welthandels durch neue protektionistische Eingriffe gehören nicht zu den Annahmen unserer Prognose.

Was die Weltmarktpreise angeht, so unterstellen wir für den Ölpreis in Dollar gerechnet im kommenden Jahr ein Niveau wie im Herbst 1986. Die Preise für Rohstoffe, ohne Öl, werden im Verlauf des nächsten Jahres leicht anziehen.

156. Zu unseren Annahmen bezüglich der Entwicklung der Wechselkurse gehört, daß der Außenwert des Dollar nur noch wenig sinkt und daß im Europäischen Währungssystem der Aufwertungsdruck auf die D-Mark anhält. Zu den Risiken der Prognose zählt, daß die fortdauernden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen auf den Devisenmärkten als Indiz für einen weiteren Korrekturbedarf bei den Wechselkursen genommen werden könnten.

157. Für den Kurs der Wirtschaftspolitik in den Industrieländern haben wir unterstellt:

- Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten wird weniger expansiv geführt als in diesem Jahr; die Orientierung an konjunkturellen Indikatoren und an den Zinsen wird sie aber nicht völlig aufgeben. In Japan wird die Geldpolitik expansiv bleiben, um die Inlandsnachfrage zu stützen. In den europäischen Ländern erwarten wir eine Fortsetzung der mäßig expansiven Politik.
- Die Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten unternimmt einen ersten Schritt zur Rückführung des hohen Defizits im Bundeshaushalt. Für den Gesamthaushalt rechnen wir mit einer Verminderung des Defizits, gemessen am Sozialprodukt, um 1 vH. Außerhalb der Vereinigten Staaten werden — mit Ausnahme von Belgien — keine größeren Konsolidierungsschritte erwartet, das heißt, die Finanzpolitik wird 1987 in konjunktureller Hinsicht annähernd neutral sein. In Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien führt der Ausfall von Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung zu einer Verschlechterung der Haushaltsposition.

Die Lohnanhebungen dürften 1987 in Japan, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik unter dem Eindruck des verminderten Preisauftriebs und der Schwierigkeiten im Export geringer ausfallen. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien werden sie wohl nicht niedriger sein als 1986.

158. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern dürfte 1987 etwa in gleichem Maße zunehmen wie in diesem Jahr (2½ vH) (Tabelle 19). Zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und Westeuropa wird es keine nennenswerten Unterschiede in den Wachstumsraten geben. Die Beschäftigung dürfte 1987 um etwa 1 vH zunehmen; die Arbeitslosenquote wird aber auf dem Niveau dieses Jahres verharren (8¼ vH). In den Vereinigten Staaten wird sich der Preisauftrieb verstärken. Frankreich wird seinen Stabilisierungserfolg halten können. Italien sowie einige kleinere Länder mit bislang noch vergleichsweise hohen Inflationsraten können weitere Stabilisierungsfortschritte erzielen.

159. In den Vereinigten Staaten dürften von der Finanzpolitik 1987 dämpfende Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen. Eine Rezes-

Tabelle 19

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1]) der OECD-Länder	Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (real)[2])[3])		Verbraucherpreise[3])[4])	
	1985		1986	1987	1986	1987
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	7,2	×	+2½	+2	− ½	+1
Frankreich	6,0	11,9	+2	+2	+2½	+2
Großbritannien	5,2	8,8	+2	+2½	+4	+3½
Italien	4,2	7,8	+2½	+3	+6½	+4½
Niederlande	1,4	8,6	+1½	+1½	0	− ½
Belgien	1,0	6,9	+1½	+1½	+1½	+1½
Schweiz	1,1	5,4	+2	+2	+1	+2
Österreich	0,8	5,1	+2	+2	+1½	+2
Schweden	1,2	2,7	+2	+1½	+4	+3
Norwegen	0,7	1,3	+4	+1½	+7½	+8½
Dänemark	0,7	2,2	+3	+1	+3½	+3
Spanien	2,0	1,8	+3	+3	+8½	+6½
Europa[5])[6])	33,5	66,1	+2½	+2½	+4	+3½
Europäische Gemeinschaft[5])	26,5	49,8	+2½	+2½	+3½	+3
Vereinigte Staaten	44,9	10,3	+2½	+2½	+2	+3½
Japan	15,5	1,5	+2½	+2½	+1	+ ½
Kanada	4,0	1,0	+3	+3	+4	+3
Alle Länder[5])	97,9	78,9	+2½	+2½	+2½	+3

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.
[2]) Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.
[3]) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4]) Deflator des privaten Verbrauchs.
[5]) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1985.
[6]) Europäische OECD-Länder.

sion im kommenden Jahr ist jedoch unwahrscheinlich. Die wechselkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die verbleibenden expansiven Impulse von der Geldpolitik begründen dieses Urteil. Von den niedrigen Ölpreisen dürfte die Investitionstätigkeit in der Öl- und Gasindustrie nicht weiter beeinträchtigt werden. Gleichwohl wird sich der Anstieg der Inlandsnachfrage spürbar verlangsamen. Dies hängt in erster Linie mit einer Abschwächung der bislang kräftigen Zunahme der Nachfrage der privaten Haushalte zusammen. Die Einkommen werden bei anhaltendem Beschäftigungsanstieg zwar weiterhin kräftig zunehmen, nicht in gleichem Maße aber deren Kaufkraft; die Verbraucherpreise werden um 3½ vH steigen, nach 2 vH in diesem Jahr. Außerdem ist damit zu rechnen, daß sich die Wohnungsbaukonjunktur abschwächt. Die Investitionen der Unternehmen, die 1986 zurückgegangen sind, dürften 1987 um etwa 2 vH zunehmen. In der Summe wird die reale Inlandsnachfrage um einen Prozentpunkt schwächer steigen als in diesem Jahr. Was dies für die gesamtwirtschaftliche Produktion bedeutet, hängt davon ab, wie kräftig die Ausfuhr zunimmt und wie stark sich der Einfuhrsog abschwächt. Wir schätzen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion um 2½ vH zunimmt, etwas stärker als die Inlandsnachfrage.

169. In Japan ist aufgrund der starken Höherbewertung des Yen nicht damit zu rechnen, daß die Ausfuhr schon 1987 wieder nennenswert steigt. Allerdings haben die japanischen Unternehmen die Ausfuhrpreise weit gesenkt, um Marktanteilsverluste gering zu halten. Die Anpassungsaufgabe ist damit aber nicht erledigt, sondern zunächst nur vertagt. Da gleichzeitig die Importe kräftig zunehmen,

wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch die Verringerung des Außenbeitrags um fast einen Prozentpunkt geschmälert. Bei stabilen Verbraucherpreisen ist mit einer verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs zu rechnen. Offen ist, ob außer von einer expansiven Geldpolitik auch von der Finanzpolitik 1987 zusätzliche Impulse zu erwarten sind. Gegenwärtig hat es den Anschein, als solle die Konsolidierung fortgesetzt werden. Eine Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt könnte aber zu einer Kursänderung führen. Die bislang geplante Förderung des Wohnungsbaus und die stärkere Ausweitung der öffentlichen Investitionen können die Abschwächung der Unternehmensinvestitionen jedenfalls nicht ausgleichen. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, daß der Staatsverbrauch 1987 nur geringfügig zunimmt und die öffentlichen Investitionen in der zweiten Jahreshälfte sogar wieder gekürzt werden. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme des realen Sozialprodukts um 2½ vH.

161. Für Europa rechnen wir im ganzen mit einem unveränderten Wachstumstempo von 2½ vH. Der Anstieg der Binnennachfrage dürfte bei Unterschieden von Land zu Land, die nicht zuletzt aus den Unterschieden im Ausmaß der Höherbewertung der Währung und in den Auswirkungen der Ölverbilligung herrühren, schwächer ausfallen als 1986, wenn auch nicht viel schwächer, weil die expansiven Impulse dieses Jahres, auch die der Geldpolitik, noch nachwirken. In welchem Maße die Ausfuhr der europäischen Länder 1987 wieder an Dynamik gewinnt, gehört zu den Unsicherheiten der Prognose. Die Einschätzung in offiziellen Prognosen vieler Länder, die für Europa schon im kommenden Jahr eine erhebliche Beschleunigung der Ausfuhr unterstellen, teilen wir nicht. Wir rechnen mit einer Steigerung um 2½ vH nach knapp 1 vH in diesem Jahr. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die verhaltene Zunahme der Beschäftigung fortsetzen; für einen Abbau der Arbeitslosigkeit wird das nicht ausreichen. Der Preisauftrieb wird sich weiter verlangsamen, vor allem weil sich in Ländern mit hoher Inflationsrate die Stabilisierung fortsetzt.

162. In Frankreich werden 1987 die Bemühungen um eine Dämpfung des Anstiegs von Preisen und Kosten weitergehen. Die Lohnsteigerungen werden sich daher in engen Grenzen halten. Da zudem eine Ausweitung der Beschäftigung, die zu höheren Einkommenszuwächsen führen könnte, noch nicht zu erwarten ist, wird sich die Zunahme des privaten Verbrauchs spürbar verlangsamen. Gleichzeitig läßt die Haushaltskonsolidierung nur wenig Raum für einen Anstieg des Staatsverbrauchs und der öffentlichen Investitionen. Der Wohnungsbau wird sich aber angesichts niedrigerer Zinsen beleben. Die Exporte werden sich nicht mehr so ungünstig entwickeln wie 1986. Das Sozialprodukt dürfte um 2 vH zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2 vH niedrig bleiben.

163. In Großbritannien wird der private Verbrauch, gestützt auf spürbare Einkommensteigerungen, auch 1987 die treibende Kraft der Konjunktur sein. Die Kehrseite kräftiger Lohnanhebungen auch in der Industrie ist allerdings eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit. Die hohen Zinsen spiegeln die ungenügenden Stabilisierungserfolge und die Bemühungen, eine weitere Abwertung des Pfund Sterling zu vermeiden. Die reale Abwertung 1986 hat die Höherbewertung des Pfundes bis zum Beginn der achtziger Jahre nur zum Teil korrigiert. Die Einfuhr wird aber auch 1987 stärker steigen als die Ausfuhr, die Leistungsbilanz gerät ins Defizit. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird für 1987 auf 2½ vH veranschlagt.

164. Auch in Italien wird der private Verbrauch die Stütze der Konjunktur sein. Allerdings ist hier der Lohnkostendruck geringer, und eine weitere Abschwächung der Inflationsrate ist zu erwarten. Die Aussichten für die Investitionskonjunktur sind günstig, insbesondere wird sich der starke Anstieg bei den Ausrüstungen fortsetzen. Das Sozialprodukt wird 1987 um knapp 3 vH zunehmen.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

165. Eine anhaltend gute Binnenkonjunktur, die ihre Impulse von steigenden Investitionsausgaben und Konsumausgaben erhält, weiter zunehmende Beschäftigung und ein nahezu stabiles Kosten- und Preisniveau — dies werden voraussichtlich die Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1987 sein. Der Aufschwung behält somit sein solides Fundament. Das läßt die Perspektiven auch für die Zeit nach 1987 günstig erscheinen. Die Chancen bleiben gut, daß die Beschäftigung weiter steigt und der Abbau der Arbeitslosigkeit vorankommt.

166. Hervorzuheben ist jedoch einmal mehr: Jede Prognose beruht auf Annahmen, die von der Entwicklung bestätigt oder auch von ihr korrigiert werden können. Annahmen müssen überall dort getroffen werden, wo zukunftsweisende Informationen fehlen, wo schwer kalkulierbare politische Entscheidungen eine Rolle spielen oder wo auch nur das Schätzrisiko unvertretbar groß ist. So läßt sich häufig zum Zeitpunkt, an dem wir die Prognose erarbeiten, noch nicht sagen, welchen Kurs die Geldpolitik und die Finanzpolitik im kommenden Jahr einschlagen und ob sie diesen später auch halten werden. Ähnliches gilt für die Lohnpolitik, insbesondere wenn noch kein Tarifabschluß vorliegt, der Orientierungsdatum für die kommende Lohnrunde sein kann. In all diesen Fällen können wir uns auch nicht anmaßen, anstehende Entscheidungen der staatlichen Stellen oder der Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu prognostizieren und damit möglicherweise zu beeinflussen. Daraus resultiert häufig ein Dilemma. Setzungen in der Prognose dürfen nicht Wunschdenken sein. Sie sind nur sinnvoll, wenn sie im Kontakt zu einer Entwicklung bleiben, die als wahrscheinlich gelten kann, wie immer man im Einzelfall dazu stehen mag.

167. Im folgenden kennzeichnen wir zunächst die Annahmen, auf denen unsere Prognose beruht:

— Die Geldpolitik schwenkt auf einen weniger expansiven Kurs ein. Das bedeutet: Ende 1987 wird die Zentralbankgeldmenge etwa 5 vH höher sein als Ende 1986. Gravierende außenwirtschaftliche Spannungen, auch ein weiterer Kursverfall des Dollar, die den Kurs der Bundesbank erneut stören könnten, gehören nicht zu den Annahmen der Prognose. Dies schließt eine moderate Höherbewertung der D-Mark nicht aus, die etwas stärker ist als die Zunahme im Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland (reale Aufwertung). Der Spielraum für Zinssenkungen ist unter den genannten Bedingungen im Ausland und in der Bundesrepublik vermutlich klein.

— Die Finanzpolitik bleibt auf leicht expansivem Kurs. Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben erneut um 4 vH ausweiten. Nach den derzeit verfügbaren Informationen zu urteilen, wäre es unrealistisch, eine niedrigere Steigerungsrate anzusetzen. Bei den Steuereinnahmen rechnen wir mit einem Zuwachs von 5 vH. Der konjunkturelle Impuls wird annähernd so hoch sein wie 1986.

— Die Lohnpolitik steuert einen Kurs, der die Chancen für mehr Beschäftigung weiter offenhält. Zu den Annahmen der Prognose gehört jedenfalls die Erwartung, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen, bei denen nicht nur die Anhebung der Löhne, sondern in einer ganzen Reihe von Bereichen auch die Verkürzung der Arbeitszeit wieder zur Diskussion steht, Lösungen gefunden werden, die nicht zu einer Belastung des Investitionsklimas führen. Dazu zählen unter anderem weitere Fortschritte in der Frage einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir unterstellt, daß das kostenwirksame Gesamtergebnis (Anhebung der Tariflöhne unter Einschluß des Lohnausgleichs für eine Verkürzung der Arbeitszeit) etwas unterhalb von dem liegen wird, was für 1986 vereinbart wurde. Dabei haben wir uns von der Erwartung leiten lassen, daß die Tarifparteien die veränderte Lage richtig einschätzen: Das Einkommensgeschenk der Importpreissenkung kann im kommenden Jahr nicht noch einmal verteilt werden. Ähnlich hohe Lohnabschlüsse wie in diesem Jahr blieben unter den absehbaren Bedingungen nicht ohne Schaden für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — für Wachstum und Beschäftigung sowie für das Preisniveau.

— Der Ölpreis wird sein derzeitiges Niveau — etwa 15 Dollar pro Faß — nicht wesentlich über- oder unterschreiten.

168. Die deutsche Wirtschaft wird auch 1987 nicht auf ein kräftiges Exportwachstum setzen können. Die Unternehmen haben durch die Höherbewertung der D-Mark viel von ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Vorteile, die ihnen durch die vorangegangene Abwertung zugefallen waren, sind damit zu einem großen Teil wieder verlorengegangen. Dies hat sich schon seit längerem in rückläufigen Bestellungen und seit kurzem auch in rückläufigen Lieferungen niedergeschlagen. Konjunkturphasen, in denen die Exporte stagnierten oder gar schrumpften, hat es auch früher gegeben, allerdings nur in einer weltweiten Rezession und nicht, wie derzeit, in einem weltweiten Aufschwung. Insofern machen die deutschen Unternehmen augenblicklich ganz neue Erfahrungen.

Die Schwierigkeiten bei der Einschätzung der künftigen Entwicklung liegen derzeit darin, daß sich sowohl ungünstige als auch günstige Faktoren mischen:

— Belastend wirkt weiterhin die eingetretene kräftige Verteuerung deutscher Waren in fremder Währung. Die Unternehmen werden also Marktanteile abgeben oder, soweit sie diese verteidigen möchten, Zugeständnisse beim Preis machen müssen; das gilt unabhängig davon, ob sie auf D-Mark-Basis fakturieren oder nicht. Äußerungen von Unternehmen, es gebe noch Preiserhöhungsspielräume sogar im Dollarraum, mögen im Einzelfall zwar zutreffen, lassen sich aber gewiß nicht verallgemeinern. Hinzu kommt, daß sich der Rückgang bei der Auslandsnachfrage bislang noch nicht voll in den Auslieferungen niedergeschlagen hat. Im Anlagengeschäft sind lange Durchlaufzeiten die Regel. Dort werden derzeit noch viele Aufträge abgewickelt, die schon vor geraumer Zeit erteilt worden sind, und zwar zu weit günstigeren Konditionen für die Käufer, als sie ihnen heute eingeräumt würden.

— Entlastung versprechen dagegen die günstigen Wachstumsperspektiven bei den wichtigen Partnerländern. Die Märkte der Industrieländer werden 1987 nicht weniger expandieren als in diesem Jahr (Ziffern 153ff.). Wie in der Bundesrepublik sind auch dort meistens die Investitionen und der private Verbrauch die Konjunkturstütze. Dies müßte den deutschen Exporteuren entgegenkommen, die ihre Stärken bei Ausrüstungsgütern und hochwertigen Gebrauchsgütern haben — computergesteuerte Werkzeugmaschinen und Kraftfahrzeuge waren in diesem Jahr ausgesprochene Exportschlager. Freilich werden sich nicht überall die Absatzchancen in gleicher Weise verbessern. Wer einen großen Teil seiner Produktion in den Ländern der OPEC absetzt, muß sich weiter auf schlechte Geschäfte einstellen, denn bei stagnierenden oder gar rückläufigen Einnahmen aus dem Ölgeschäft dürften diese Märkte 1987 weiter schrumpfen. Insgesamt sollte man die Bedeutung, die diese Länder für den deutschen Export derzeit noch haben, aber nicht überschätzen. Wertmäßig haben sich die Ausfuhren dorthin seit 1982 halbiert.

169. Die Erfahrungen mit der D-Mark-Aufwertung in den frühen siebziger Jahren haben gezeigt, daß die Unternehmen nichts unversucht lassen, Auslandsmärkte notfalls auch mit Preiszugeständnissen zu halten. Nach Jahren mit guten Gewinnspan-

nen im Exportgeschäft dürfte das diesmal erst recht so sein. Die wenigsten Unternehmen, die in den vergangenen Jahren das Auslandsgeschäft auf- und ausgebaut haben, taten dies in der Erwartung, der hohe Dollarkurs werde von Dauer sein. Nach der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages im Herbst 1986 schätzt die überwiegende Zahl der Unternehmen die Aussichten für das nächste Jahr mit verhaltener Zuversicht ein: Das Exportgeschäft bleibt ohne Schwung, aber es wird auch keinen Einbruch geben.

Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß der Rückgang der Auslandsnachfrage schon bald von einem Anstieg abgelöst wird. Unter dieser Voraussetzung brauchen die Unternehmen die noch vorhandenen und nicht geringen Auftragsreserven nicht zu strekken. Die Exportlieferungen dürften dann wieder zunehmen, wenn auch keinesfalls spektakulär. Um diese Vorstellungen in eine Größenordnung zu bringen: Wir erwarten, daß die Warenausfuhr im Verlauf des Jahres 1987 wieder mit der Rate expandiert, mit der die Märkte deutscher Unternehmen im Ausland voraussichtlich wachsen (3 vH). Wegen der rückläufigen Entwicklung in der zweiten Hälfte dieses Jahres wird die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1987 allerdings nur halb so hoch sein (Tabelle 20).

170. Unstreitig ist: Die Schwäche der Exportkonjunktur ist ein Test für die Stärke der Binnenkonjunktur. Die Entwicklung in der Frühphase dieses Aufschwungs mag als Beleg dafür erscheinen, daß die deutsche Wirtschaft den außenwirtschaftlichen Rückenwind braucht, um ein befriedigendes Wachstumstempo zu erreichen. Damals, bis Mitte 1983, hatte eine ausgeprägte Exportschwäche die Entfaltung der Binnenachfrage gebremst. Aus zweierlei Gründen liegen die Dinge heute indes anders: Erstens ist der Aufschwung jetzt gefestigt, damals hatte die Erholung der inländischen Nachfrage gerade erst eingesetzt, der Aufschwung war also noch nicht gefestigt. Zweitens sind die Wachstumsperspektiven überall besser, und es gibt keine großen Differenzen im Wachstumstempo. Damals gab es einen ausgeprägten Nachfragerückgang bei wichtigen Partnerländern, so in Frankreich und in Italien.

Man darf nicht nur die belastenden Faktoren ins Bild rücken. Es mag sein, daß von den im Exportgeschäft tätigen Unternehmen, die eine Erweiterung der Kapazitäten ins Auge gefaßt haben, sich ein Teil veranlaßt sieht, diese zu unterlassen oder hinauszuschieben, wenn die erwartete Nachfrage ausbleibt. Dem stehen freilich andere Unternehmen gegenüber, für die sich die Absatzchancen auf dem Binnenmarkt verbessert haben. Zusätzlicher Nachfrage und höheren Erträgen hier werden auch zusätzliche Investitionen folgen. Überdies: Investitionen dienen auch der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Höhe der möglichen Exporte ist ja nicht vorgegeben, jedenfalls nicht auf längere Sicht. Sie ist letztlich das Ergebnis unternehmerischer Anstrengungen, mit neuen Produkten zu wettbewerbsfähigen Preisen erfolgreich zu sein. Nur mit Investitionen läßt sich die Exportkraft auf Dauer erhalten und stärken. Der derzeitige Investitionsaufschwung ist in seinem Kern angebotsbestimmt und nicht nachfrageinduziert. Bei vielen Unternehmen bedeutet Investieren vor allem Durchmodernisieren. Produktionsanlagen, die technisch nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind, werden durch eine neue Generation ersetzt — starre Fertigungsmaschinen durch flexible rechnergesteuerte Automaten, On-line-Datenbanken durch vielseitig vernetzte Informationssysteme. Anstehende Modernisierungsvorhaben werden auch und vielleicht gerade dann durchgezogen, wenn ein Teil der Absatzmärkte zur Schwäche neigt. Alles in allem halten wir es für nicht wahrscheinlich, daß die derzeitige Stockungsphase beim Export zu einem größeren Abzugsposten bei den Investitionen führt.

171. Unsere Einschätzung stützen wir auch darauf, daß die Gewinnlage der Unternehmen weiter günstig bleiben wird — trotz der geschrumpften Erlöse im Export. Im verarbeitenden Gewerbe haben sich die Gewinnmargen dank der gesunkenen Preise für importierte Rohstoffe und Vormaterialien in diesem Jahr nochmals verbessert. Die Gewinnmargen werden sich im kommenden Jahr sicherlich zurückbilden, aber dann vermutlich kaum niedriger sein als im Jahre 1985. Investitionen in Sachanlagen bleiben also auch im Vergleich zu Investitionen in Finanzanlagen rentabel.

172. Umfragen bei Unternehmen nach ihren Investitionsplänen für 1987 signalisieren eine weiterhin hohe Investitionsneigung. Danach werden die Investitionsbudgets voraussichtlich abermals kräftig aufgestockt werden, und zwar mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Elektrizitätswirtschaft in allen großen Wirtschaftsbereichen. Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zeichnen sich freilich Verschiebungen ab. So werden im verarbeitenden Gewerbe die hohen Steigerungsraten dieses Jahres nicht mehr erreicht. Dafür werden sie im Handel etwas größer, in den Dienstleistungsbereichen und in der Bauwirtschaft sogar deutlich größer ausfallen. Es spiegelt sich hierin einmal mehr die Verlagerung der Auftriebskräfte von der Export- zur Binnennachfrage.

Die Verstärkung der Investitionsneigung in den konsumabhängigen und in den bauabhängigen Bereichen wird auch zu Veränderungen in der Struktur der Investitionsgüterkäufe führen und damit die Branchenkonjunkturen unterschiedlich beeinflussen. Davon werden in erster Linie der Fahrzeugbau sowie die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten profitieren, weniger dagegen der Maschinenbau (ausgenommen die Hersteller von Baumaschinen) und die Elektrotechnik. Die letztgenannten beiden Branchen müssen also unter Umständen damit rechnen, daß sie im Inland keinen vollen Ausgleich für das schwächere Exportgeschäft finden können.

Tabelle 20

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
Schätzung für das 2. Halbjahr 1986

Absolute Werte

	Einheit	1985	1986	1987	1986		1987	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 041,8	1 076,5	1 121,5	519,3	557,5	539,0	582,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	365,7	382,0	401,0	176,0	206,0	185,0	216,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	359,3	376,5	403,5	169,8	207,0	183,5	220,0
Ausrüstungen	Mrd DM	153,9	163,5	178,5	74,5	89,0	80,0	98,0
Bauten	Mrd DM	205,5	213,0	225,5	95,3	117,5	103,5	122,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 7,5	+ 9,0	+11,5	+18,7	− 9,5	+18,5	− 7,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+72,7	+107,0	+93,5	+47,9	+59,0	+46,5	+47,0
Ausfuhr	Mrd DM	647,3	636,5	641,5	316,6	320,0	314,5	326,5
Einfuhr	Mrd DM	574,6	530,0	548,0	268,8	261,0	268,0	279,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 847,0	1 951,5	2 031,0	931,6	1 020,0	972,5	1 058,0
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	866,9	900,5	929,5	432,8	468,0	448,0	481,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	315,5	322,5	329,5	155,9	166,5	159,5	170,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	313,9	324,5	342,0	146,6	178,0	156,0	186,0
Ausrüstungen	Mrd DM	130,5	137,5	147,5	62,8	75,0	66,5	81,0
Bauten	Mrd DM	183,4	187,0	194,0	83,8	103,0	89,5	105,0
Ausfuhr	Mrd DM	545,6	544,5	552,5	269,6	275,0	271,0	281,5
Einfuhr	Mrd DM	466,9	482,0	509,0	237,9	244,0	250,5	258,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 580,8	1 618,0	1 653,5	784,0	834,0	800,5	852,5
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	1 563,7	1 645,5	1 687,5	793,1	852,5	819,5	868,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	120,2	119,5	120,5	120,0	119,0	120,5	121,0
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	116,8	120,5	123,0	116,8	122,5	121,5	124,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	118,1	118,5	120,5	117,5	119,5	118,5	122,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	25 482	25 745	25 975	25 529	25 955	25 770	26 175
Arbeitszeit[2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 574,9	1 615,0	1 649,5	783,3	831,5	800,0	849,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	989,4	1 038,5	1 084,5	487,0	551,5	509,5	575,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	433,9	476,0	492,0	231,7	244,0	241,5	250,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 423,3	1 514,5	1 576,5	718,7	795,5	751,0	825,5
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 205,0	1 277,0	1 310,0	611,9	665,0	633,0	677,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[3]	Mrd DM	534,8	561,5	582,0	266,9	294,5	277,0	305,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	363,7	404,0	418,0	196,8	207,5	205,5	212,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	Mrd DM	1 176,1	1 224,0	1 271,5	590,7	633,5	613,0	658,5

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 20

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1987

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1985	1986	1987	1986		1987	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 3½	+ 4	+ 3,8	+ 3	+ 4	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 4,4	+ 4½	+ 5	+ 4,5	+ 4½	+ 5	+ 5
Anlageinvestitionen	+ 1,3	+ 5	+ 7	+ 5,2	+ 4½	+ 8	+ 6½
Ausrüstungen	+11,8	+ 6½	+ 9	+ 8,6	+ 4½	+ 7½	+10
Bauten	− 5,3	+ 3½	+ 6	+ 2,7	+ 4½	+ 8½	+ 3½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+10,1	− 1½	+ ½	− 0,6	− 2½	− ½	+ 2
Einfuhr	+ 6,9	− 8	+ 3½	− 6,7	− 9	0	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 5½	+ 4	+ 6,0	+ 5½	+ 4½	+ 4
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 1,8	+ 4	+ 3	+ 4,0	+ 4	+ 3½	+ 3
Staatsverbrauch	+ 2,2	+ 2½	+ 2	+ 2,2	+ 2½	+ 2	+ 2
Anlageinvestitionen	− 0,3	+ 3½	+ 5½	+ 3,8	+ 3	+ 6½	+ 4½
Ausrüstungen	+ 9,4	+ 5½	+ 7½	+ 7,7	+ 3½	+ 6	+ 8½
Bauten	− 6,2	+ 2	+ 4	+ 1,1	+ 3	+ 6½	+ 1½
Ausfuhr	+ 7,3	0	+ 1½	+ 0,3	− ½	+ ½	+ 2½
Einfuhr	+ 4,7	+ 3	+ 5½	+ 3,1	+ 3½	+ 5½	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 2,5	+ 2½	+ 2	+ 2,5	+ 2	+ 2	+ 2
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 2,7	+ 5	+ 2½	+ 5,4	+ 5	+ 3½	+ 2
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 2,1	− ½	+ 1	− 0,2	− 1	0	+ 1½
Bruttosozialprodukt	+ 2,2	+ 3	+ 2	+ 3,4	+ 3	+ 2	+ 1½
Letzte inländische Verwendung	+ 2,1	+ ½	+ 1½	+ 0,6	0	+ 1	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,7	+ 1	+ 1	+ 1,0	+ 1	+ 1	+ 1
Arbeitszeit[2]	− 1,3	− 1	− 1	− 1,2	− ½	− ½	− 1
Arbeitsvolumen	− 0,6	0	0	− 0,1	+ ½	0	0
Produktivität	+ 3,2	+ 2	+ 2	+ 2,5	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,6	+ 2½	+ 2	+ 2,7	+ 2½	+ 2	+ 2
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,8	+ 5	+ 4½	+ 4,9	+ 5	+ 4½	+ 4½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 9½	+ 3½	+12,1	+ 7½	+ 4½	+ 2½
Volkseinkommen	+ 5,3	+ 6½	+ 4	+ 7,1	+ 5½	+ 4½	+ 4
Reales Volkseinkommen[1]	+ 3,2	+ 6	+ 2½	+ 6,5	+ 5½	+ 3½	+ 2
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 2,3	+ 5	+ 3½	+ 5,2	+ 5	+ 3½	+ 3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+11	+ 3½	+13,4	+ 9	+ 4½	+ 2½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 3,9	+ 4	+ 4	+ 3,9	+ 4	+ 3½	+ 4

[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

173. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Unternehmen, die für 1987 die Erweiterung der Kapazitäten ins Auge fassen, abermals gestiegen ist. Im Investitionsgütergewerbe nannten 45 vH der im Ifo-Investitionstest befragten Unternehmen den Kapazitätsausbau als wichtigstes Investitionsmotiv; in anderen Bereichen, im Verbrauchsgütergewerbe und vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, liegt der Anteil zwar nicht so hoch, aber fast überall ist er deutlich höher als in der jüngeren Vergangenheit. Dies zeigt zweierlei: erstens, daß viele Unternehmen inzwischen an der Kapazitätsgrenze produzieren, und zweitens, daß sie auch auf mittlere Frist die Nachfrageentwicklung positiv beurteilen, also zuversichtlich im Hinblick auf die künftige Kapazitätsauslastung sind.

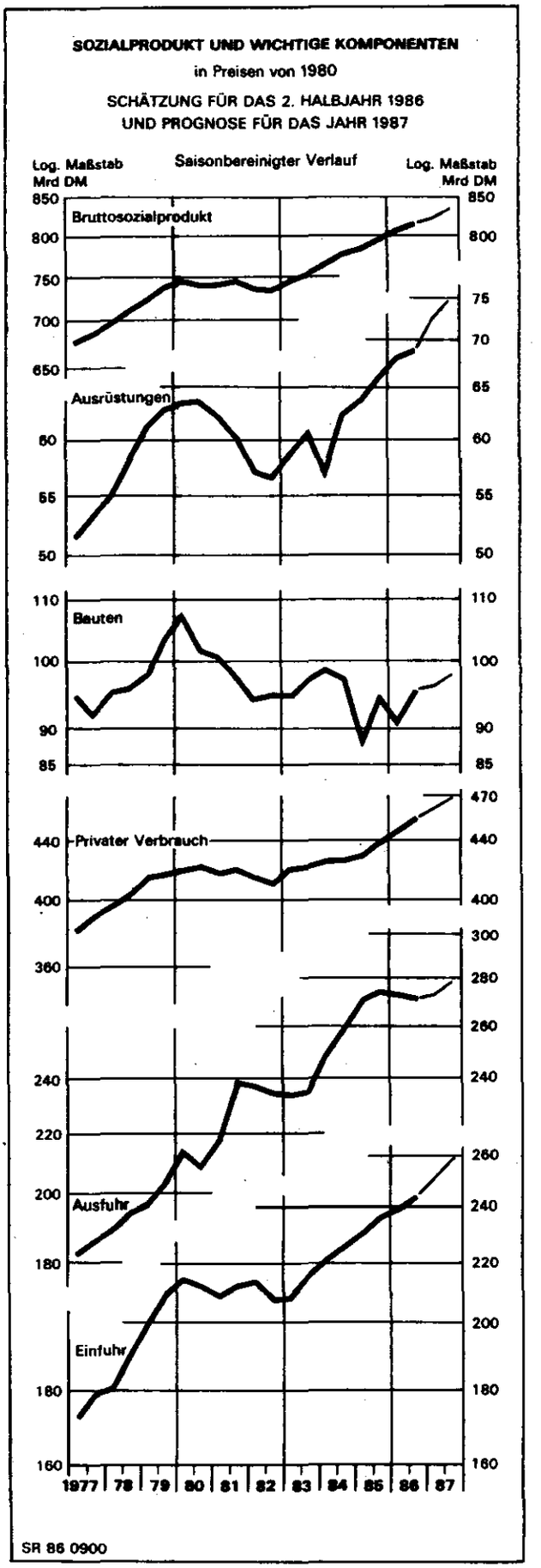
174. Angesichts einer wachsenden Bereitschaft, die Kapazitäten zu erweitern, kann man damit rechnen, daß auch die Bauinvestitionen der Unternehmen weiter steigen. Zwar ist der Zusammenhang zwischen Kapazitätsausbau und Baunachfrage nicht mehr so eng wie früher: So werden häufig bisher nicht oder anderweitig genutzte Gebäude in den Kapazitätsausbau einbezogen; es wird also mehr aus- oder umgebaut und weniger neu gebaut. Zudem ist heute der Raumbedarf im allgemeinen geringer, zum Beispiel erlauben die rasanten Fortschritte in der Logistik, die Lagerhaltung beträchtlich zu verkleinern. Auch der Strukturwandel — etwa das Schrumpfen einer Reihe von Produktionsgüterindustrien, deren Investitionen zu einem großen Teil aus Baumaßnahmen bestehen — wirkt hier dämpfend. Dennoch war in diesem Jahr eine deutliche Erholung im Wirtschaftsbau zu beobachten, die sich auch 1987 fortsetzen wird. Die Verlagerung der Investitionsschwerpunkte in Richtung auf die Dienstleistungsbereiche spielt dabei eine zusätzliche Rolle.

175. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen im Verlauf des Jahres 1987 wieder etwas stärker zunehmen werden als im Verlauf des Jahres 1986. Wir interpretieren also den schwächeren Anstieg seit Mitte dieses Jahres nicht als eine Wende im Investitionsverhalten; dagegen sprechen auch eindeutig die bekannt gewordenen Pläne und Absichtserklärungen der Investoren.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen veranschlagen wir die Zuwachsrate im Durchschnitt des Jahres 1987 auf 7½ vH nach 5½ vH im Jahre 1986. Beide Raten bringen die konjunkturelle Grundtendenz allerdings nicht voll zum Ausdruck. In der Rate für 1986 wird die Entwicklung etwas unterzeichnet, in der Rate für 1987 hingegen etwas überzeichnet (Schaubild 29).

176. Nach dem gewerblichen Bau hat inzwischen auch der Wohnungsbau wieder Tritt gefaßt. Die Erholung von Nachfrage und Produktion kommt allerdings nur schleppend voran; angesichts des reichlichen Wohnungsangebots kann man nicht viel mehr erwarten. Aufwärts geht es überdies nur beim Bau von Eigenheimen. Hier haben die günstigen Konditionen für Hypothekarkredite und die positiven

Schaubild 29



Einkommenserwartungen vielen Bauwilligen wieder Mut gemacht. Im Geschoßwohnungsbau zeichnet sich dagegen keine Wende zum Besseren ab; hier drückt ein großes Angebot auf den Markt.

Die Bauwirtschaft kann nicht nur mit höheren Aufträgen für Neubauten, sondern auch für Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten rechnen. Wegen des steigenden Durchschnittsalters der vorhandenen Wohngebäude bekommt die Bestandspflege ein immer größeres Gewicht, zumal sich hier in den letzten Jahren ein Nachholbedarf aufgestaut hat; der härtere Wettbewerb um Mieter zwingt viele Wohnungseigentümer, die Qualität der angebotenen Objekte zu steigern. Schließlich: Wegen der gesunkenen Immobilienpreise werden der Erwerb und die Modernisierung eines älteren Hauses einem Neubau vielfach vorgezogen.

Alles in allem gehen wir davon aus, daß es bei den Wohnungsbauinvestitionen nach zwei Jahren des Rückgangs im Jahre 1987 wieder zu einem Anstieg kommt, wenn auch zu keinem großen. Wir veranschlagen den Zuwachs auf etwa 2 vH.

177. Da Bund, Länder und Gemeinden ihre Investitionen ebenfalls merklich steigern werden — wir rechnen hier mit einem Zuwachs von 5 vH — ist insgesamt eine spürbare Belebung der Bautätigkeit wahrscheinlich, im Hochbau wie im Tiefbau. Die gesamte Bautätigkeit dürfte 1987 um 4 vH höher sein als 1986, das wäre ein doppelt so großer Anstieg wie in diesem Jahr (2 vH).

Die vergleichsweise günstige Prognose, die man der Bauwirtschaft für 1987 stellen kann, darf nicht den Blick trüben für die weniger günstigen Perspektiven, die diese Branche längerfristig hat. Die Bauwirtschaft erhält eine Atempause, die ihr die notwendige Anpassung erleichtert, diese aber nicht weniger dringlich macht.

178. Durch höhere Investitionen entstehen zusätzliche Arbeitsplätze, und es verbessert sich die Rentabilität der vorhandenen Arbeitsplätze. Insofern ist die anhaltend hohe Investitionsbereitschaft auch ein Indikator für den Arbeitskräftebedarf.

Die bisherige Entwicklung stimmt uns zuversichtlich. Der Anstieg der Beschäftigung hat sich bis zuletzt fortgesetzt, trotz des flacheren Konjunkturverlaufs seit den Sommermonaten. Gegen Ende des Jahres 1986 dürfte die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 250 000 und die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 15 000 bis 20 000 höher sein als vor einem Jahr. Wir rechnen damit, daß 1987 ein zusätzlicher Arbeitskräftebedarf besteht, der nicht viel niedriger sein wird als in diesem Jahr. Gemessen an der voraussichtlichen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die wir für den Verlauf des Jahres auf 2½ vH veranschlagen, wäre das ein respektables Ergebnis. Dabei übersehen wir nicht, daß die veränderte außenwirtschaftliche Konstellation viele Unternehmen zur Überprüfung ihrer Personalplanung zwingt; erste Auswirkungen zeigen sich in der vermehrten Kurzarbeit im Maschinenbau. Wir rechnen deshalb damit, daß die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe nicht mehr im gleichen Tempo wie bisher steigt, was nicht ausschließt, daß sich die Situation 1988 wieder ändern kann. Dafür gibt es jedoch in anderen Bereichen, die durch die Importpreissenkung begünstigt worden sind, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Verlagerung der Auftriebskräfte zur Binnenachfrage läßt ohnehin erwarten, daß es im nächsten Jahr vor allem die Dienstleistungsbereiche sind, die ihre Beschäftigung ausweiten werden. Ins Gewicht fällt schließlich auch, daß die Bauwirtschaft nicht noch einmal Arbeitskräfte freisetzen wird.

179. Auch im Jahre 1987 wird die Anzahl der Menschen, die als Arbeitslose registriert sind, nicht so stark sinken, wie Arbeitnehmer zusätzlich Beschäftigung finden oder sich als Selbständige eine Existenz aufbauen können. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Anstieg der Beschäftigung an den Arbeitslosen vorbeigeht. Im Gegenteil, die Beschäftigungschancen Arbeitsloser werden sich auch im nächsten Jahr merklich verbessern. Wenn die Anzahl der registrierten Arbeitslosen dennoch nicht deutlich sinkt, so liegt dies im wesentlichen daran, daß neben einer immer noch großen Anzahl von Berufsanfängern — insbesondere ausländische Jugendliche — mehr Berufsrückkehrer in den Arbeitsmarkt drängen, meistens Frauen, die ihre Berufstätigkeit aus familiären Gründen unterbrochen hatten. Ein großer Teil von ihnen findet nicht sofort Arbeit, meldet sich daher erst einmal arbeitslos, um eine Stelle vermittelt zu bekommen. Hinzu kommt, daß weniger ältere Arbeitnehmer als erwartet in den Ruhestand treten, sei es weil sie bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage in ihrem Betrieb gebraucht werden, sei es weil ihnen die angebotenen finanziellen Regelungen nicht ausreichend attraktiv erscheinen. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß diese Einflüsse 1987 und danach eine geringere Rolle spielen, der Arbeitsmarkt von daher also etwas entlastet wird.

Wir hegen jedoch keine große Hoffnung, daß es 1987 gelingen könnte, die Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres unter zwei Millionen zu drücken. Wir rechnen lediglich mit einem Rückgang von 70 000 bis 80 000 Personen im Verlauf des nächsten Jahres. Anders gewendet: Nicht die Beschäftigungsentwicklung wird 1987 das Problem sein, sondern das Nebeneinander von zunehmender Beschäftigung und stagnierender Arbeitslosigkeit.

Eine Lösung ist für dieses Problem auch deshalb nicht in Sicht, weil die überwiegende Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze nicht dort entsteht, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten, sondern wo sie am niedrigsten ist. Die sich verschärfenden Probleme strukturschwacher Branchen in den Montanrevieren an Ruhr und Saar sowie an den Schiffbaustandorten an Nord- und Ostsee lassen befürchten, daß dort die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr sogar noch steigt, das regionale Gefälle auf dem Arbeitsmarkt sich mithin vergrößert. Der starke Anstieg der Kurzarbeit in den Kohlezechen und in den Stahlunternehmen ist dafür ein erstes Indiz.

180. Im ganzen gesehen gehört die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wie sie sich in diesem Jahr ergeben hat und wie wir sie für das nächste Jahr erwarten, auf die Habenseite der wirtschaftlichen Bilanz. Jede Arbeitskraft, die zusätzlich eingestellt wird, bringt hier Entlastung, ob sich damit die sogenannte Stille Reserve verringert oder die ausgewiesene Arbeitslosigkeit. Jede zusätzliche Arbeitskraft ist aber auch ein Beitrag zur Kräftigung der Konjunktur: Denn mit wachsender Beschäftigung steigen die Einkommen in der Summe, und das schafft Spielraum für Mehrnachfrage, insbesondere Mehrverbrauch.

Bei unseren Annahmen über die Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter wird 1987 das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer um 4½ vH zunehmen, nicht viel schwächer als 1986. Zu diesem Anstieg trägt wie in den letzten beiden Jahren auch die Ausweitung der Beschäftigung bei. Die Nettoeinkommen werden sich allerdings nicht im gleichen Maße erhöhen, weil — anders als in diesem Jahr, in dem die erste Stufe der Einkommensteuerentlastung in Kraft trat — die Steuerprogression nun wieder greift. Die Sozialeinkommen werden demgegenüber leicht beschleunigt steigen; insbesondere wird die Anpassung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung, die zur Jahresmitte 1987 erfolgt, etwas höher ausfallen als 1986. Insgesamt dürfte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich der Entnahmen der Selbständigen mit 4 vH nicht schwächer zunehmen als in diesem Jahr.

181. Von der Einkommensentwicklung her bleiben die Voraussetzungen für eine kräftige Verbrauchskonjunktur günstig. Unsicher ist allerdings, wie sich der Verbraucher kurzfristig verhält. Dies läßt sich häufig schwer prognostizieren, vor allem in Phasen, in denen die Entwicklung der Realeinkommen wenig stetig verläuft. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß dann die Anpassung der Ausgaben in der Regel verzögert erfolgt. Höhere disponible Einkommensbeträge werden teilweise zunächst dazu verwendet, für spätere Käufe anzusparen, Schulden abzutragen oder die finanziellen Reserven aufzustocken. Das war auch in diesem Jahr so. Vom unverhofft großen Geschenk niedrigerer Energiekosten hat der Einzelhandel erst verhältnismäßig spät profitiert. Inzwischen sieht es aber so aus, als ob die Verbraucher ihren größeren finanziellen Spielraum auch nutzen. Die Erwartungen des Einzelhandels sind recht optimistisch. Neben Kraftfahrzeugen und anderen langlebigen Gebrauchsgütern werden nun auch wieder verstärkt Bekleidung und Schuhe gekauft, und auch die Bereitschaft, mehr für den Urlaub auszugeben, hat zugenommen.

Wir haben deshalb keine Zweifel: Der private Verbrauch wird 1987 erneut wesentlich zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen. Unter der Annahme, daß die Sparquote im nächsten Jahr nicht nochmals steigt, sondern leicht sinkt, werden die Ausgaben der privaten Haushalte in nominaler Rechnung mit etwa 4 vH sogar etwas stärker zunehmen als in diesem Jahr (3½ vH). Der Aufschwung behält damit seine breite Basis, jedenfalls auf dem Binnenmarkt.

182. Die Verbraucher konnten in diesem Jahr daraus Gewinn ziehen, daß die Erhöhung ihrer Einkommen nicht wie früher durch steigende Preise geschmälert wurde. Das hat ihnen eine reale Steigerung ihrer Konsummöglichkeiten gebracht, wie es sie seit den siebziger Jahren nicht mehr gab. Die Frage ist: Wird es auch fortan gelingen, den Geldwert stabil zu halten?

Bei der Suche nach der Antwort muß man noch einmal ins Bild rücken, daß die unerwartet günstige Entwicklung in diesem Jahr maßgeblich zwei Sonderfaktoren zu verdanken ist, dem Sturz des Ölpreises und dem Fall des Dollarkurses. Beides wird sich aller Voraussicht nach nicht wiederholen. Man könnte daher meinen, daß die Voraussetzungen für stabile Preise auch im nächsten Jahr nicht mehr so gut sind. Wir sehen das anders. Es gibt unseres Erachtens keinen zwingenden Grund für die Annahme, daß ohne weiteren Stabilitätsimport von außen die Phase stabiler Preise zu Ende gehen wird. Die Anpassung der Inlandspreise an die gesunkenen Importpreise ist keinesfalls schon abgeschlossen. Dort, wo die Unternehmen in ihrer Kostenrechnung entlastet worden sind, wird das noch nachwirken. Dafür sorgt schon der scharfe Importwettbewerb. Denn der Druck durch die Höherbewertung der D-Mark ist kein Einmaleffekt. Er zwingt die Unternehmen auch weiterhin zur Preiszurückhaltung. Überdies ist das Preisniveau am Jahresende 1986 niedriger als vor einem Jahr. Von daher besteht anders als in früheren Jahren keine Vorbelastung für 1987. Das könnte die Lohnverhandlungen im nächsten Jahr erleichtern; ein Zuschlag für etwaige Preissteigerungen wäre diesmal nicht nötig. Lohnabschlüsse, die einen etwaigen Preisanstieg vorwegnehmen, bergen dagegen die Gefahr, daß es dazu kommt.

183. Wir gehen davon aus, daß das Preisklima für den Verbraucher auch im nächsten Jahr günstig bleibt. Im einzelnen begründen wir dies wie folgt: Die Preise für Nahrungsmittel dürften angesichts der riesigen Überschüsse bei den wichtigsten Agrarprodukten und wegen der Schwierigkeiten, diese zu lagern oder auf dem Weltmarkt zu verkaufen, nicht nennenswert steigen. Kaum verteuern dürften sich auch Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Hier ist die Verbilligung von Rohstoffen und Vorprodukten noch nicht voll auf der Verbraucherstufe angekommen; überdies bleibt der Importwettbewerb rege. Moderate Preissteigerungen sind lediglich bei Dienstleistungen zu erwarten. Bei den Lohnabschlüssen, die wir unterstellt haben, sollten die Verteuerungen aber nicht höher ausfallen als in diesem Jahr. Auch der Anstieg der Mieten wird sich, nachdem sich der Wohnungsmarkt weitgehend von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt gewandelt hat, in engen Grenzen halten und möglicherweise sogar noch verlangsamen.

Für den Index der Verbraucherpreise ergibt sich aus unseren Einzelschätzungen im ganzen lediglich eine leichte Erhöhung, die wir für den Verlauf des

Tabelle 21

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1986 und Prognose für das Jahr 1987

	1985	1986	1987	1986	1987
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	855,0	888	921	+ 4	+ 3½
Steuern	459,5	474	497½	+ 3	+ 5
Sozialbeiträge	320,3	337½	351½	+ 5½	+ 4
Sonstige laufende Einnahmen	56,5	57	52	+ ½	− 8½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	18,7	19	20	+ 2½	+ 3
Ausgaben insgesamt	874,8	908	944	+ 4	+ 4
Staatsverbrauch	365,7	382½	401	+ 4½	+ 5
Einkommensübertragungen	377,9	390½	403½	+ 3½	+ 3½
Private Haushalte	306,2	315	324½	+ 3	+ 3
Unternehmen und übrige Welt	71,7	75½	78½	+ 5½	+ 4
Zinsen	55,3	58	60	+ 5	+ 3½
Vermögensübertragungen	33,8	31½	31½	− 6	− 1½
Investitionen	42,1	45	48½	+ 7½	+ 7
Finanzierungssaldo[2])	−19,8	−20	−23½	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	*45,3*	*44,8*	*44,9*	x	x
Abgabenquote[4])	*42,2*	*41,6*	*41,8*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	548,7	565	585	+ 3	+ 3½
Steuern	459,5	474	497½	+ 3	+ 5
Sonstige Einnahmen	89,2	91	87½	+ 2	− 4
Ausgaben	574,8	596½	621½	+ 4	+ 4
Finanzierungssaldo[2])	−26,1	−31½	−36½	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	*29,8*	*29,4*	*29,5*	x	x
Steuerquote[6])	*24,9*	*24,3*	*24,5*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	564,4	584	605	+ 3½	+ 3½
Steuern	437,0	453½	475	+ 4	+ 4½
Sonstige Einnahmen	127,4	130½	130	+ 2½	− ½
Ausgaben	603,4	630	653½	+ 4½	+ 4
Finanzierungssaldo[2])	−39,0	−46	−48½	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	*31,3*	*31,1*	*31,1*	x	x
Steuerquote[8])	*23,7*	*23,3*	*23,4*	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +; Defizit: −.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

Jahres 1987 auf 1½ vH und für den Durchschnitt des Jahres auf weniger als 1 vH veranschlagen.

Die Kaufkraft der Verbraucher wird im kommenden Jahr also wenig geschmälert, weshalb der private Verbrauch in realer Rechnung nach dem starken Anstieg in diesem Jahr um weitere 3 vH höher ausfallen wird.

184. Unsere Annahmen zum Ausgabeverhalten des Staates lauten:

— Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben erneut um schätzungsweise 4 vH steigern.

— Die öffentlichen Investitionen werden um nominal 7 vH ausgeweitet.

— Die Ausgaben der Sozialversicherungen werden mit einer ähnlichen Rate expandieren wie die der Gebietskörperschaften (4 vH); die Sozialrenten werden um 3 vH angehoben.

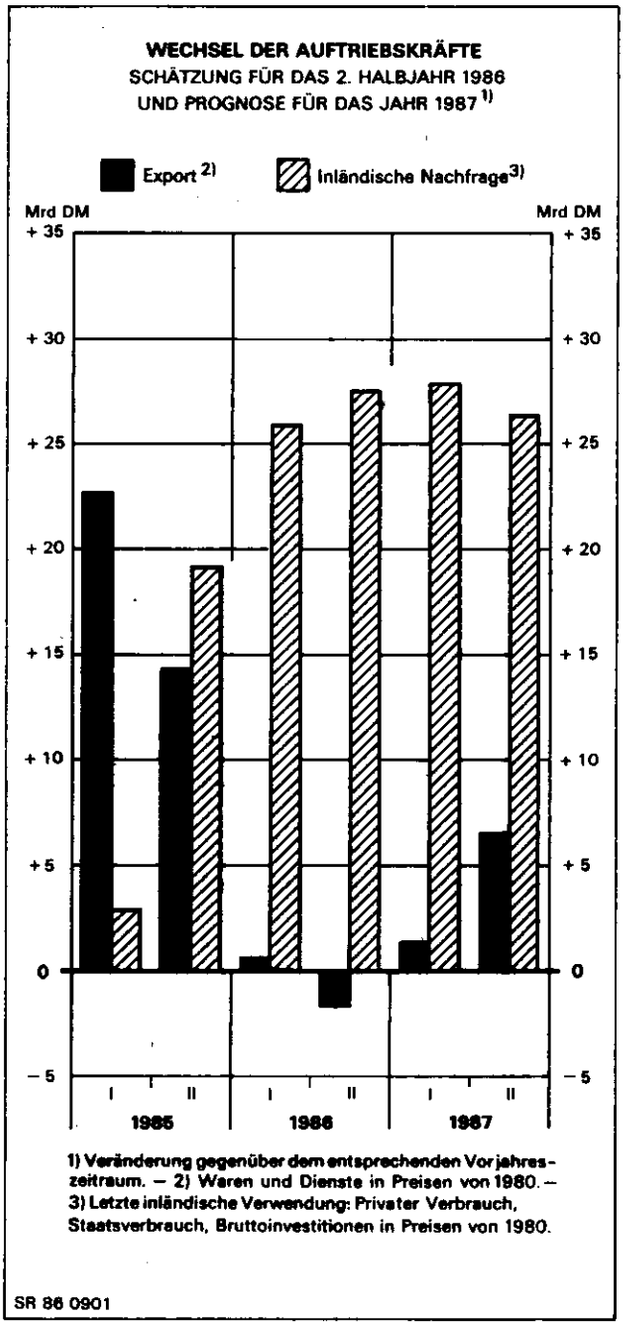
Bei einem solchen Verhalten der staatlichen Entscheidungsträger ergibt unsere Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die öffentlichen Haushalte eine Verschlechterung im Verhältnis der Ausgaben zu den Steuern und Abgaben (Tabelle 21).

Das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden dürfte (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) noch ähnlich stark zunehmen wie in diesem Jahr, in dem eine Steuersenkung wirksam wurde, und zwar um 5 Mrd DM auf 36½ Mrd DM; das sind 1,7 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Eine weitere Verbesserung der Haushaltssituation wird sich bei den Sozialversicherungen einstellen. Ihr Überschuß, der im wesentlichen bei den Rentenversicherungen anfallen wird, dürfte um 1½ Mrd DM auf 13 Mrd DM steigen.

185. Mit der Verlagerung der Auftriebskräfte von der Export- zur Binnennachfrage wird sich der Leistungsbilanzüberschuß deutlich zurückbilden. Die Ausfuhr wird aufgrund der eingetretenen Höherbewertung der D-Mark dem Werte nach kaum steigen, wobei wir unterstellt haben, daß die Ausfuhrpreise noch einmal leicht sinken. Die Einfuhr wird dagegen wertmäßig kräftig zunehmen, zum einen weil die Inlandsnachfrage weiter expandiert und ein steigender Teil davon durch Lieferungen aus dem Ausland gedeckt wird, zum anderen weil die Importpreise nach dem starken Rückgang in diesem Jahr vermutlich wieder etwas fester tendieren werden. Beim Außenbeitrag wird dies zu einem Abbau von 107 Mrd DM auf 93½ Mrd DM führen.

186. Der kräftige Rückgang des Außenbeitrags macht noch einmal deutlich, wie groß die Anpassungsaufgabe ist, mit der die deutsche Wirtschaft im Augenblick fertig werden muß. Im Jahre 1986 hat sie keinerlei zusätzliche Nachfrageimpulse vom Ausland erhalten, im Gegensatz zu 1985, als die zusätzliche Nachfrage zum größeren Teil aus dem Exportgeschäft kam (Schaubild 30). Dies wurde zwar teilweise dadurch ausgeglichen, daß der Zuwachs an Inlandsnachfrage 1986 größer als 1985 war, aber — da ein Teil davon durch zusätzliche Importe gedeckt wurde — eben nur teilweise. Es ist der Wechsel von der Export- zur Binnenkonjunktur, der in einzelnen Wirtschaftsbereichen den Anstieg der Produktion nach der Jahresmitte ins Stocken geraten ließ.

Schaubild 30



Bei der Interpretation unserer quantitativen Vorausschätzung für 1987 sollte man nicht übersehen, daß ein großer Teil der Anpassung schon im Jahre 1986 erfolgt ist, also hinter uns liegt. Es hängt vor allem mit der Arithmetik zusammen, daß sich die starke Abflachung der gesamtwirtschaftlichen

Nachfrage und der Produktion in den letzten Monaten auch noch im Ergebnis für das Jahr 1987 niederschlägt. Wir betonen nochmals: Unsere Prognose beschreibt keine Entwicklung, die sich als Verlangsamung des Aufschwungs interpretieren ließe. Wir erwarten vielmehr, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion 1987 im Verlauf um 2½ vH zunimmt, nicht schwächer als in der ersten Jahreshälfte 1986 und stärker als in der zweiten Jahreshälfte. Diese Rate für den Anstieg im Verlauf des Jahres bringt unsere Einschätzung über das voraussichtliche Wachstumstempo besser zum Ausdruck als die Rate für den Durchschnitt des Jahres (gut 2 vH).

Im Vergleich zu 1986 gibt es 1987 jedoch einen entscheidenden Unterschied: Der Zuwachs an verteilbarem Einkommen, der Realwert des Sozialprodukts, wird nur halb so hoch sein wie in diesem Jahr. Der Vorteil, den die Verbilligung von Öl und anderen Importgütern der deutschen Wirtschaft gebracht hat, bleibt zwar erhalten, aber er trägt nicht noch einmal zur Steigerung der Realeinkommen bei. Im Gegensatz zu 1986 kann also 1987 nicht viel mehr verteilt werden, als im Inland produziert wird. Dies sollte im Blick gehalten werden, damit die Chancen für eine Fortsetzung des Aufschwungs über das Jahr 1987 hinaus gut bleiben.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1987 und danach

Teil A

Aufgaben und Möglichkeiten

I. Ziele und Wirklichkeit

187. Der Aufschwung geht nunmehr in sein fünftes Jahr. Die Chance, daß die deutsche Wirtschaft auf Expansionskurs, auch über das nächste Jahr hinaus, bleiben wird, halten wir für gut. Sie voll zu nutzen, fordert eine Wirtschaftspolitik, welche die günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sichert und den Weg für die weitere Entfaltung der Antriebskräfte frei macht und frei hält. Das gilt für die staatliche Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Lohnpolitik der Tarifparteien. Allein am Bewährten festzuhalten, das genügt nicht. Not tut vielmehr auch die Besinnung, wo wichtige Aufgaben unerledigt geblieben sind. Die Jahre 1987 und danach sollten für die Wirtschaftspolitik unter dem Zeichen stehen: Bewahren **und** Reformieren.

Der empirische Befund

188. Der Abstand zwischen gesamtwirtschaftlichen Zielen und Wirklichkeit hat sich insgesamt verringert, und es besteht die begründete Aussicht, daß er weiter abnimmt. Im einzelnen ergibt sich mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — der folgende Befund:

— Das Jahr 1986 war erstmals seit 1953 ein Jahr stabilen Geldwertes, und 1987 könnte die Fortsetzung des Stabilitätserfolges bringen. Dazu müssen sich freilich alle in Zucht nehmen; denn ein neuerlicher Stabilitätsimport, vergleichbar mit dem diesjährigen, wird sich kaum wiederholen. Den Geldwert stabil halten erfordert daher 1987 größere Eigenbeiträge.

— Außenwirtschaftlich kommt ein hoher, 1986 noch einmal gestiegener Überschuß in der Leistungsbilanz mit einem starken Zustrom langfristigen Kapitals zusammen. Zu einem nicht geringen Teil ist dieses Zusammentreffen Reflex von Ungleichgewichten, die in Fehlentwicklungen im Ausland wurzeln. Wahrscheinlich wird es auch im nächsten Jahr noch nicht zu einem Ausgleich zwischen dem Leistungsverkehr und dem langfristigen Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland kommen. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bleibt noch verfehlt, aber die Korrektur ist unterwegs.

— Der Anstieg der Beschäftigung hat sich 1986 verstärkt; er wird sich auch im nächsten Jahr fortsetzen. Trotzdem: Der Beschäftigungserfolg reicht noch immer bei weitem nicht aus, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu vermindern. Der beträchtliche Abstand zum Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist und bleibt die ärgste Zielverfehlung.

— Das wirtschaftliche Wachstum hat sich mit dem Wechsel in den Auftriebskräften nicht vermindert. Es wird auch 1987, trotz der Schwäche beim Export, anhalten. Ob dem Wachstum das Prädikat „stetig **und** angemessen" verliehen werden kann, steht damit jedoch nicht fest. Die Antwort muß sich letztlich daraus ergeben, wie der Befund im ganzen zu werten ist.

189. Keinem Ziel hat der Gesetzgeber Vorrang vor den anderen gegeben. Alle sollen sie gleichzeitig erreicht werden. Leitvorstellung muß von daher ein Wachstumsprozeß sein, der frei von Verspannungen verläuft, angetrieben durch die Marktkräfte selbst.

Frei von Verspannungen: Das heißt zum ersten, daß Erwerbswünsche und Erwerbsmöglichkeiten zueinander passen müssen, daß alle Arbeit finden, die arbeiten wollen. Frei von Verspannungen bedeutet zum zweiten, daß keine Engpässe entstehen, an denen sich die Aufwärtsentwicklung brechen würde. Mit hohen Investitionen, einer intensiven Nutzung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalbestands und einer Höherqualifizierung der Arbeitskräfte läßt sich einem Entstehen von Engpässen vorbeugen. Frei von Verspannungen bedeutet zum dritten stabile Preise und Kosten, die in einem das Investieren fördernden Verhältnis zueinander stehen. Dies alles gehört zusammen. Käme es zu Engpässen und dadurch zu Anspannungen auf Güter- und Faktormärkten, so ließe sich die Stabilität von Preisen und Kosten nicht aufrechterhalten; stiegen die Kosten im Verhältnis zu den Preisen, so verringerten sich die Investitionen, früher oder später liefe sich der Aufschwung fest, und es fehlte an Beschäftigungsmöglichkeiten. Frei von Verspannungen bedeutet zum vierten schließlich, daß Leistungs- und Kapitalströme über die Grenzen dem mittelfristigen Rentabilitätsgefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland folgen. Der Rolle der Bundesrepublik

als wohlhabendem Land entspricht es, daß sie anderen Ländern mehr Ressourcen zur Verfügung stellt, als sie von diesen in Anspruch nimmt. Dies im rechten Maße zu erfüllen, liegt indes nicht nur bei ihr; auch die anderen Länder müssen ihren Part den Regeln entsprechend spielen, vor allem jene, die in der Weltwirtschaft besonderes Gewicht haben.

Angetrieben durch die Marktkräfte: Das heißt, daß das Wachstum sich aus eigener Kraft entfaltet, es hierzu also nicht glücklicher äußerer Umstände oder des ständigen Anstoßens durch die Wirtschaftspolitik bedarf. Ein Aufschwung, der Kostgänger der Wirtschaftspolitik bliebe, hätte wenig Chancen, lange zu dauern. Wo es der Geldpolitik oder der Finanzpolitik übertragen wird, ständig für Schub zu sorgen, muß es zu Verspannungen kommen und, wichtiger noch, zu einer Gewöhnung an die expansiven Impulse des Staates, was die endogenen Antriebskräfte schwächt. Ein lang dauernder Aufschwung, der zugleich dazu beiträgt, den hohen Sockel an Arbeitslosigkeit abzubauen, ist nur vorstellbar, wenn Verspannungen verhindert und die starken Antriebskräfte freigesetzt werden, die im dynamischen Wettbewerb am Markt wurzeln. Störungen von außen bleiben unter diesen Bedingungen in ihren wachstumsdämpfenden Wirkungen begrenzt.

190. Nicht in allen Punkten entspricht der wirtschaftliche Befund der Leitvorstellung. An einer hinreichenden Zahl von Arbeitsplätzen fehlt es noch immer; die Beschäftigung ist jedoch im Steigen begriffen, und der Anstieg wird sich 1987 mit dem anhaltenden Wachstum der Produktionskapazitäten und dem weiter zunehmenden Grad ihrer Nutzung fortsetzen. Der Wechsel in den Auftriebskräften brachte zwar Friktionen mit sich. Der Wachstumsprozeß wird aber nicht unterbrochen. Er wird angetrieben durch innovatorischen Wettbewerb, der nicht nur zur umfassenden Modernisierung des Anlagenparks zwingt, sondern auch viele neue Produkte hervorbringt und neue Märkte erschließt; er kommt voran trotz der Belastungen durch die Krisenbranchen, die nach wie vor bedeutende Ressourcen binden. Er ist bislang frei von inflatorischen Verspannungen geblieben; nicht zuletzt dies begründet die Chance, auch dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes näherzukommen.

Stabilität des Geldwertes: das Erreichte sichern

191. Was stabiles Geld bedeutet, wie es allen als verläßliches Wertaufbewahrungsmittel und als sichere Rechengrundlage bei zukunftsgerichteten Dispositionen nutzt, wie es hilft, den Marktsignalen Geltung zu verschaffen, wie es die wirtschaftspolitischen Ordnungs-und Gestaltungsaufgaben erleichtert — darauf hat der Sachverständigenrat in seinen Gutachten immer wieder nachdrücklich hingewiesen und hinweisen müssen. Die Stabilität des Preisniveaus ist 1986 Wirklichkeit geworden.

Der letzte Schritt zum Ziel hin ist nicht heimisches Verdienst; denn der binnenwirtschaftlich bedingte Preisauftrieb hat sich in diesem Jahr kaum noch verringert. Entscheidend für den Stabilitätserfolg 1986 waren vielmehr die außenwirtschaftlichen Einflüsse, der Ölpreisverfall und die höhere Bewertung der D-Mark. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Importpreise im nächsten Jahr erneut stark sinken, muß als sehr gering eingeschätzt werden. Auf mittlere Sicht hat man sich sogar auf steigende Importpreise einzustellen, weil sich bei wichtigen Partnerländern ein Inflationspotential aufgebaut hat und weil nicht ohne weiteres darauf gesetzt werden kann, daß der Wechselkurs einen Inflationsimport verhindert. Geldwertstabilität muß daher — wenn auch nicht schon 1987 — eher gegen Bedrohung von außen behauptet werden.

192. Die Stabilität des Preisniveaus aufrechterhalten bedeutet nicht Konstanz jedes einzelnen Preises. Wo die Knappheit eines Gutes oder eines Faktors zunimmt, muß der Preis dies anzeigen und zu Anstrengungen anreizen, die Knappheit zu mildern. Solange es auf anderen Märkten genügend kompensierende Preisrückgänge gibt, wird die Konstanz des Preisniveaus dadurch nicht gefährdet. Die Möglichkeiten für solche Preisrückgänge sind jedoch immer begrenzt. Um so wichtiger ist es, daß nicht Engpässe in der Erzeugung, insbesondere bei den Investitionsgüterherstellern selbst, Preise und Löhne hochziehen.

193. Der Lohnpolitik kommt 1987 eine Schlüsselrolle zu. Im laufenden Jahr haben sich die Lohnkosten je Produkteinheit erstmals seit 1982 wieder spürbar erhöht. Daß die gesamten Stückkosten trotzdem zurückgegangen und die Gewinnspannen — bei sinkenden Erzeugerpreisen — gestiegen sind, ist vornehmlich der Importverbilligung zu verdanken. Davon auszugehen, daß sich das im nächsten Jahr wiederholt, wäre leichtfertig. Die Tarifparteien haben deshalb 1987 einen begrenzteren Handlungsspielraum als im Vorjahr. Dies dürfen sie bei ihren Vereinbarungen nicht übersehen, deren Kostenwirkungen teilweise erst im Jahr 1988 offenkundig werden. Für eine dem Stabilitätsziel wie dem Beschäftigungsziel entsprechende Erhöhung der Arbeitsentgelte — einschließlich kostenwirksamer Veränderungen der Arbeitszeit und sonstiger Arbeitsbedingungen — steht nicht mehr zur Verfügung als das, was der Produktivitätsanstieg hergibt.

Die gegenwärtig reichliche Geldversorgung der Wirtschaft sollte keinen Anlaß geben, das anders zu sehen. Denn wie sie genutzt wird, ob für eine stärkere Steigerung von realer Nachfrage und Produktion bei weiterhin stabilen Preisen, oder wieder zunehmend für Preisanhebungen, ist nicht vorgegeben; darüber entscheiden vielmehr die Tarifparteien mit ihrem eigenen Verhalten ganz wesentlich mit. Die Bundesbank hinwiederum sollte für die Tarifparteien eine Versuchung zu stabilitätswidrigem Verhalten nicht entstehen lassen. Die ungute Erfahrung mit dem geldpolitischen Wechselbad, das die übermäßige Expansion der Zentralbankgeldmenge 1978 einleitete, sollte nicht vergessen sein.

Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in Gang gekommen

194. Das beträchtliche außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, das sich in den letzten beiden Jahren herausgebildet hat, sehen wir nicht als eine Zielverfehlung an, gegen die eigene Maßnahmen eingesetzt werden müßten. Die Korrektur ist in Gang gekommen, und sie wird 1987 Fortschritte machen (Ziffer 185).

Das deutsche Exportvolumen nimmt schon seit dem Herbst 1985 kaum noch zu, während das Importvolumen anhaltend kräftig steigt. Die starke Verbilligung der Einfuhr bei nur leichtem Rückgang der Ausfuhrpreise hat das in der Leistungsbilanz noch nicht aufscheinen lassen. Das wird im kommenden Jahr anders sein; die Mengeneinflüsse werden dann die Preiseinflüsse aller Voraussicht nach dominieren, und der Überschuß wird sich auch in nominaler Betrachtung zurückbilden. Damit ist um so mehr zu rechnen, als die Verlagerung der konjunkturellen Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage zur Binnennachfrage eine vermehrte Inanspruchnahme von ausländischen Waren und Dienstleistungen mit sich bringt und die Einfuhrpreise nicht noch einmal wie in diesem Jahr sinken dürften. Das Ausbleiben weiterer Preisrückgänge auf den internationalen Energiemärkten, eine schwächere Aufwertung der D-Mark und eine konjunkturbedingt stärker als die Lieferungen an das Ausland steigende deutsche Importnachfrage werden 1987 aber auch gemeinsam nicht ausreichen, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ganz zu beseitigen.

195. Von einer deutschen Wirtschaftspolitik zu Lasten der Handelspartner kann nicht die Rede sein. Die Geldpolitik liegt derzeit auf expansivem Kurs, auch die Finanzpolitik ist nicht restriktiv zu nennen. Was deutsche Wirtschaftspolitik vermag, anderen Ländern beim Abbau ihrer Außenhandelsdefizite zu helfen, läßt sich nachhaltig wirksam nur bei Wahrung der erreichten Stabilitätserfolge zur Geltung bringen. Der wichtigste Beitrag muß darin bestehen, für Bedingungen zu sorgen, die eine Fortsetzung und Kräftigung des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik ermöglichen und nicht nur kurzfristig zu einem höheren Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten führen.

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung

196. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl seit 1984 ist beachtlich, und 1987 wird es zu einem weiteren Zuwachs kommen. Doch auch im nächsten Jahr werden sich die arbeitslos Gemeldeten mit den noch immer in großer Anzahl auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen und mit zahlreichen Arbeitsuchenden die zuvor nicht erwerbstätig sein wollten oder die Suche aufgegeben hatten, in die Arbeitsplätze teilen müssen, die neu besetzt und zusätzlich geschaffen werden. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen wird daher 1987 zwar sinken, aber noch immer nicht viel. Gemessen an der Arbeitslosenquote wird keine wesentliche Annäherung an das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes verzeichnet werden können.

197. Der Sachverständigenrat hat in seinen letzten Jahresgutachten wiederholt dargelegt, welche sozialen Kosten Arbeitslosigkeit mit sich bringt und welche Belastungen die durch Arbeitslosigkeit Betroffenen zu tragen haben. Die sozialen Kosten sind nicht nur in den finanziellen Aufwendungen zu sehen, die der Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit entstehen, sondern auch im Ausfall an Produktion, die vorhandenen Bedarf im privaten wie im öffentlichen Bereich befriedigen könnte, und in einer Belastung der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Was der Verlust des Arbeitsplatzes den jeweils Betroffenen auflädt, ist zudem weit mehr als ein Ausfall an Einkommen. Große Sorge bereitet daher die zunehmende Verhärtung der Arbeitslosigkeit. Wer längere Zeit arbeitslos ist, verliert Qualifikation, wird mutlos und besitzt schließlich immer geringer werdende Chancen, eine neue Stelle zu finden, selbst wenn er eigene Ansprüche zurückgenommen hat. Wer gesundheitliche Behinderungen aufweist, hat bei hoher Arbeitslosigkeit geringere Aussichten, eingestellt zu werden. Wer in einer wirtschaftlich schwach strukturierten Region lebt, kann weniger darauf hoffen, eine neue Stelle zu finden.

All dies unterstreicht die Wichtigkeit und die Dringlichkeit der beschäftigungspolitischen Aufgabe. Deshalb bilden die wirtschaftspolitischen Überlegungen, wie der hohen Arbeitslosigkeit dauerhaft beizukommen ist, auch in diesem Gutachten einen Schwerpunkt.

Stetiges und angemessenes Wachstum?

198. Stetiges Wachstum erfordert kontinuierliche Erneuerung und Ausweitung der volkswirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten und dabei deren ständige Anpassung an den sich wandelnden Bedarf; und das heißt, stetiges Wachstum ist ohne den dauernden Prozeß der Innovation, der Vergrößerung von Sachkapazitäten und der Vermehrung des Arbeitseinsatzes oder einer Erhöhung der Produktivität von Kapital und Arbeit nicht möglich. Die tatsächliche Produktion kann nur solange stärker steigen, als das Produktionspotential wächst, wie es noch Reserven im Auslastungsgrad gibt. Wenn es nur um eine Erhöhung des Auslastungsgrades geht, mag die Art der Nachfrage nicht entscheidend sein; wenn es dagegen um die Ausweitung des Produktionspotentials geht, kommt es vor allem auf die Nachfrage der Unternehmen selbst an, auf deren Investitionen. Es ist deshalb die Belebung der Investitionstätigkeit in den letzten beiden Jahren, die stetiges Wachstum auch für das nächste Jahr und darüber hinaus begründet.

Als angemessen ist das Wachstum, das erreicht wurde und weiter in Aussicht steht, damit jedoch nicht ohne weiteres zu bezeichnen. Die Anzahl der Arbeitsplätze nimmt nicht rasch genug zu; Erwerbswünsche bleiben nach wie vor unbefriedigt. Auch sind es diese Wünsche nicht allein, die beim Urteil

über die Angemessenheit des Wachstums zu berücksichtigen sind. Die Sorge für die alten Menschen, eine intakte Infrastruktur und ein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ärmeren Ländern der Welt sind hinzunehmen. Des weiteren sind die Wünsche nach einer möglichst ungeschädigten Natur, nach humanen Arbeitsbedingungen und nach nicht allein im materiellen Wohlstand wurzelnder Bereicherung des Lebens zu bedenken. Die Frage nach der Angemessenheit des Wirtschaftswachstums ist damit immer zugleich die Frage nach seiner qualitativen Ausgestaltung (JG 85 Ziffer 178).

Was im Jahre 1986 erreicht worden ist und für das Jahr 1987 erwartet wird, entspricht in der Grundrichtung den hier beschriebenen Anforderungen. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten steigen wieder kräftiger, und aus der größeren Produktion können vielfältige zusätzliche Wünsche erfüllt werden. Ein größerer Teil der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen wird für den Umweltschutz eingesetzt. Mit wieder vermehrten öffentlichen Investitionen kommt es auch zum Ausbau und zu Verbesserungen der Infrastruktur. Im Ausmaß bleibt das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten freilich noch hinter dem zurück, was erwünscht wäre.

199. Um es zu wiederholen: Das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten ist das Problem, nicht die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten; diese dürfte 1987 nahe bei der im langjährigen Durchschnitt als normal anzusehenden Auslastung liegen. Die Kritik, daß das bei der Steigerung der Produktion Erreichte deutlich unter dem bei einer vom Staat forcierten Nachfrageexpansion Erreichbaren liege, zielt deshalb am Kern des Problems vorbei. Das haben wir wiederholt, zuletzt im Jahresgutachten 1985/86, dargelegt und begründet (JG 85 Ziffern 203 ff.). Selbst wenn es mit einer staatlich forcierten Nachfrageexpansion gelänge, kurzfristig die Beschäftigung verstärkt zu steigern, so wäre dies doch unter den gegebenen Bedingungen keine Steigerung von Dauer. Private Haushalte und Unternehmen hätten die Last höherer Steuern oder höherer Zinsen zu tragen, Investitionen versprächen insoweit weniger Ertrag, die Ausweitung der Produktion würde früher auf Kapazitätsengpässe stoßen, das Ende des Aufschwungs wäre programmiert und dann auch der erneute Einbruch bei der Beschäftigung. Es führt kein Weg daran vorbei, daß die Lösung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nur durch eine Stärkung der Marktkräfte bewirkt werden kann, was nicht heißt, die Wirtschaftspolitik aus der Pflicht zu entlassen.

200. Nimmt man alles zusammen, so fällt das Urteil über das bisher Erreichte günstig aus.

Der nun ins fünfte Jahr gehende Aufschwung hat eine solide Basis. Er entfaltete sich dank verbesserter Produktionsbedingungen im Inland (JG 83 Ziffern 57 ff.). Eine gestärkte Investitionsneigung und eine große Innovationsbereitschaft gehören zu seinen Hauptantriebskräften. Durch Lohnzurückhaltung der Tarifparteien ist er erleichtert worden. Exogene Nachfrageimpulse haben ihn nicht ausgelöst, weder solche vom Ausland noch solche vom Staat. Er wurde nicht wie die meisten seiner Vorgänger durch eine Exportwelle in Gang gesetzt. Die von den Vereinigten Staaten ausgehende Belebung des Welthandels brachte der Bundesrepublik in der Folge zwar eine Welle an Exportaufträgen, aber diese waren wesentlich auch das Ergebnis hoher Wettbewerbskraft gegenüber den Anbietern aus anderen Ländern, die an der amerikanischen Nachfrageexpansion teilweise deutlich weniger teilhatten. Für die Expansion der Exporte mußte die Bundesrepublik, wie andere Länder auch, mit dem Zurückbleiben der Binnennachfrage bezahlen, weil die Vereinigten Staaten nicht nur ausländische Waren, sondern auch ausländisches Kapital anzogen und die Zinsen damit höher waren, als sie es sonst gewesen wären.

Der Aufschwung hat sich als robust erwiesen. Er hat Belastungen, etwa aufgrund von Strukturkrisen in wichtigen Branchen, verkraftet. Insbesondere ist er trotz der Probleme in der Bauindustrie vorangekommen; früher hätte die Bauindustrie der Konjunktur meist über weite Strecken Schub gegeben. Jedoch darf man davon ausgehen, daß der Aufschwung sich noch kraftvoller entfaltet hätte, gäbe es die strukturellen Probleme nicht.

Die günstige Entwicklung wurde zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Dadurch wurde eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß er sich nun ohne Verspannungen fortsetzen kann. Auch andere Bedingungen für ein Anhalten der Aufwärtsentwicklung sind erfüllt. Eine verbesserte Erlös-Kosten-Relation und günstigere Finanzierungsbedingungen tragen zu weiterer Steigerung der Unternehmensinvestitionen bei, die Kapazitätsgrenzen werden dadurch zügiger hinausgeschoben, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird gestärkt. Der Binnenwert der D-Mark ist stabil.

Aus allen diesen Gründen wird sich der Aufschwung auch trotz der durch die reale Aufwertung der D-Mark erschwerten Bedingungen fortsetzen. Doch ist es Aufgabe der Wirtschaftspolitik und der Tarifpolitik, die guten Voraussetzungen für weiteres Wachstum zu sichern und die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Marktkräfte zu verbessern.

II. Vermehrt rentable Arbeitsplätze schaffen

Der Weg zum Erfolg

201. Soll die Arbeitslosigkeit nicht nur rascher als bisher, sondern auch nachhaltig abgebaut werden, so muß der Weg über eine noch kräftigere Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen führen, an Arbeitsplätzen, die zu den veränderten Marktgegebenheiten passen, also wettbewerbsfähig und damit rentabel sind.

Wir bleiben bei unserem Urteil: Gefordert ist eine offensive Strategie, die darauf gerichtet ist, die

Wachstumskräfte zu stärken und die Flexibilität der Wirtschaft zu erhöhen. Beides zusammen heißt zugleich mehr Arbeitsplätze bereitstellen. Zur offensiven Strategie gehören eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik; eine Besteuerung, die den Investitionsrisiken angemessen Rechnung trägt und Leistungshemmnisse abbaut; eine Lohnpolitik, welche die Rentabilität von Arbeitsplätzen nicht von den Kosten her gefährdet; und eine Geldpolitik, die bei stabilem Preisniveau dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten Raum gibt. Im Kern geht es darum abzubauen, was den Bestand an rentablen Arbeitsplätzen mindert und die Schaffung neuer behindert. Eine Politik der Marktöffnung muß daher auch an den überkommenen Wust von Wettbewerbshemmnissen Hand anlegen (JG 85 Ziffer 196). Mit der Beseitigung von Zugangsbarrieren zu Märkten und Tätigkeiten werden neue Möglichkeiten für rentable Produktion und damit für zusätzliche Arbeitsplätze eröffnet. Regelungen, die an den Gütermärkten wie am Arbeitsmarkt größere Flexibilität ermöglichen, machen oder halten mehr Produktion rentabel. Umschulung und Weiterbildung von Arbeitskräften erleichtern es, Chancen wahrzunehmen, die sich im Strukturwandel bieten.

Die offensive Strategie entspricht der Leitvorstellung des möglichst lang dauernden Aufschwungs. Sie fördert den Ausbau der Kapazitäten und steigert die Produktivität des Kapitaleinsatzes. So wachsen die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten schneller, und das Angebot an Arbeitsplätzen nimmt zu. Zugleich vermindert diese Strategie die Gefahr inflationärer Verspannungen und hilft, dem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht entgegenzuwirken. Es ist also eine Strategie, die nicht das Risiko läuft, die Annäherung an das Beschäftigungsziel mit einer Entfernung von den anderen Zielen zu erkaufen.

202. Defensive Strategien vermögen viel weniger (JG 85 Ziffern 206 ff.). Sie beruhen allesamt auf dem Grundurteil, daß es nicht möglich sei, durch Wachstum und höhere Flexibilität genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Die Spielarten defensiver Strategien sind vielfältig; alle haben sie ihre Mängel:

- Der Versuch, durch Subventionen oder Außenschutz unrentable Arbeitsplätze zu erhalten: Der Wettbewerb wird verzerrt, und die Last wird im ersten Fall den Steuerzahlern aufgebürdet, im zweiten teils aufs Ausland abgewälzt, teils von den Nachfragern und den nicht geschützten Produktionsbereichen getragen. Das kostet letztlich mehr neue Arbeitsplätze, als alte, unrentable erhalten werden können.
- Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, mit der Arbeitsplätze für jüngere Menschen freigemacht werden sollen: Sie steigert die Sozialkosten oder, wo die Unternehmen sie finanzieren, die Produktionskosten. Das Gesamtangebot an rentablen Arbeitsplätzen wird dadurch nicht erhöht, sondern gemindert.
- Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Jahresarbeitszeit aus beschäftigungspolitischen Gründen: Diese Vereinbarungen können unter bestimmten Bedingungen — reduzierte Steigerung der Monatslöhne, flexible Nutzung der Anlagen — das Angebot an Arbeitsplätzen in den betreffenden Bereichen erhöhen (JG 83 Ziffern 432 ff.). Es gibt jedoch auch Abzugsposten bei der Beschäftigung an anderer Stelle der Volkswirtschaft; denn die Arbeitszeitverkürzung für sich genommen läßt das Einkommen der Beschäftigten weniger steigen, ebenso die Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, all das bleibt nicht ohne Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.
- Staatliche Beschäftigungsprogramme, gleich unter welcher Bezeichnung sie geführt werden: Sie erhöhen die Staatsquote und gehen zu Lasten des marktwirtschaftlichen Bereichs. Ihr Beschäftigungseffekt auf Dauer ist negativ. Beschäftigungsprogramme sind ökonomisch nur gerechtfertigt, wenn ein kumulativer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage droht (JG 85 Ziffer 215).

Defensive Strategien sind kein überzeugender Ansatz zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Sie eignen sich nicht, das Angebot an rentablen Arbeitsplätzen im marktwirtschaftlichen Bereich auszuweiten; gerade darauf aber kommt es an.

203. Die Wachstumskräfte stärken heißt Anreize zu wirtschaftlicher Leistung erhalten oder wieder herstellen. Damit die Menschen sich anstrengen und wirtschaftliche Risiken übernehmen, muß ihnen ein angemessener Erfolg in Aussicht stehen.

- Das Wagnis der Innovation wird nur eingegangen, wenn die Chance im Erfolgsfalle, etwa die Aussicht auf einen Wettbewerbsvorteil, das Risiko aufwiegt.
- Das Risiko von Investitionen, auch solchen, die allein dem Ersatz alter Anlagen dienen, wird nur übernommen, wenn damit gerechnet werden kann, daß sich dies auszahlt.
- Die Anstrengung, eine höhere oder breitere Qualifizierung zu erwerben, werden viele Arbeitnehmer nur auf sich nehmen, wenn höhere Leistung entsprechend entlohnt wird.
- Wen der Staat vor Konkurrenz schützt, wem er Subventionen gewährt oder auf andere Weise marktbedingte Einkommensrisiken abnimmt, der wird sich weniger ins Zeug legen.

Risiko und Chance, Anstrengung und Belohnung entsprechen sich heute in vielen Fällen nicht mehr. Die Anreize, Leistung zu erbringen und Verantwortung zu übernehmen, sind dadurch geschwächt, zum Teil sogar erheblich. Hiergegen anzugehen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Wirtschaftspolitik, die durch Stärkung der Wachstumskräfte den Abbau der Arbeitslosigkeit zum Ziel hat. Es geht dabei nicht allein um den Abbau einer leistungshemmenden Abgabenlast oder um eine leistungsfördernde Differenzierung von Lohntarifen. Kaum geringer ist der Rang der Aufgaben in anderen Bereichen, so etwa beim Abbau staatlicher Protektion, bei der Beseitigung von Zugangsbarrieren

zu Märkten und Tätigkeiten, bei der Behebung von Steuerungsfehlern im sozialen Sicherungssystem, beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung. Viele dieser Aufgaben gehören in das Pflichtenheft einer offensiven Strategie. Andere erfordern sorgfältig vorzubereitende Reformen. Sie treten zu den Reformaufgaben, die aus den verschiedensten Gründen — vielfach ganz anderen als der Förderung von Wachstum und Flexibilität der Wirtschaft — dringend geboten sind (Ziffern 212ff.).

204. Über den spezifischen Anforderungen, die sich für die einzelnen Teilbereiche einer Wirtschaftspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ergeben, steht die Forderung nach Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik in ihren Teilbereichen und im ganzen. Nur so schafft sie für zukunftsgerichtete Entscheidungen, zumal für Investitionsentscheidungen, verläßliche Orientierung, was ihr eigenes Handeln betrifft; was an Marktrisiken bleibt, ist dann eher zu tragen. Eine Wirtschaftspolitik, die einerseits Innovationen fördert, es andererseits aber hinnimmt, daß alte Anreizstörungen fortbestehen und immer wieder neue hinzukommen, ist inkonsistent. An Kontinuität fehlt es ihr, wenn sie selbstgesetzte und proklamierte Ziele ohne Not nicht einhält oder aufgibt. In all diesen Fällen leidet die Glaubwürdigkeit, tritt zu den normalen Marktrisiken ein politisches Risiko hinzu, und vermeidbare Einbußen an Wachstum und Beschäftigung sind die Folge.

Alle sind gefordert

205. Harmonie im Zusammenspiel der Politikbereiche fördert den Gesamterfolg. Jeder Bereich hat seinen Part zu übernehmen. Wenn dies geschieht, zieht jeder Bereich Nutzen vom anderen. Die Geldpolitik hat es leichter, wenn die Lohnpolitik ihren Beitrag zur Stabilität des Kostenniveaus leistet und die Finanzpolitik einem wachstumsfördernden Kurs folgt. Die Lohnpolitik muß sich bei stabilem Geldwert nicht um verteilungspolitische Nachteile sorgen, wenn sie sich am Produktivitätsanstieg orientiert. Und die Finanzpolitik entlastet es, wenn der Strukturwandel vorankommt, die Beschäftigung beschleunigt steigt und die Arbeitslosigkeit abnimmt.

Es ist daher von ganz wesentlicher Bedeutung, daß zwischen den für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen ein Grundkonsens darüber erreicht wird, der offensiven Strategie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Vorzug zu geben, und daß jeder Bereich den ihm darin zukommenden Part übernimmt. Von hier aus lassen sich auch die Begrenzungen erkennen, die einer Verfolgung partikularer Interessen gezogen sind.

206. Die Aufgabe der **Geldpolitik** ist es, den Wert der Währung zu sichern. Das erfordert, das Geldangebot mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei annähernd stabilem Preisniveau entspricht. Eine in diesem Sinne stetige Geldpolitik trägt zugleich dazu bei, die Erwartungen an den Devisenmärkten zu stabilisieren.

Die Erfüllung der geldpolitischen Aufgabe war in diesem Jahr gefährdet, soweit es den Außenwert der Währung betrifft. Dies steht im Zusammenhang mit einer Veränderung des internationalen Stabilitätsklimas. Die Vereinigten Staaten könnten versucht sein, die Last der hohen Verschuldung im Inland und jetzt auch gegenüber dem Ausland durch eine neue inflatorische Welle zu erleichtern. Die expansive Geldpolitik in Amerika und das Drängen auf einen expansiveren Kurs in anderen Ländern stehen dafür. Um den Fall des Dollarkurses zu bremsen, sahen sich einige ausländische Zentralbanken veranlaßt zu intervenieren; damit tragen sie in bedenklicher Weise zur Finanzierung des amerikanischen Budgetdefizits bei. Tritt insoweit Zentralbankkredit an die Stelle privaten Kredits und führt dies zugleich zu vermehrter Geldschöpfung außerhalb der Vereinigten Staaten, würde ein neues internationales Inflationspotential entstehen.

Auch in der Bundesrepublik kam es im Zusammenhang mit der abrupten Aufwertung der D-Mark zu einer starken Anreicherung der Liquidität. Im Konflikt zwischen der Stabilisierung des Binnenwertes und des Außenwertes der Währung hat sich die Bundesbank für eine stärkere monetäre Expansion entschieden, um eine noch höhere Bewertung der D-Mark zu vermeiden. Die Fortsetzung dieses Kurses wäre nicht mit einem spannungsfreien Aufschwung vereinbar. Auch wenn es unter den Bedingungen des Jahres 1986 keine Patentlösung gab, die es erlaubt hätte, zugleich Rücksicht auf den Außenwert zu nehmen und den Binnenwert der Währung nicht zu gefährden, darf die bewährte Orientierung der Geldpolitik nicht aufgegeben werden: Die Bundesbank sollte sich in ihren Entscheidungen über die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge wieder am Wachstum des Produktionspotentials orientieren.

207. Die Aufgabe der **Finanzpolitik** im Rahmen der offensiven Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besteht zu einem wesentlichen Teil darin, Verzerrungen wirtschaftlicher Anreize zu mildern. Dies gilt zum einen für die drückende Steuerlast, insbesondere die hohen Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer; zum anderen gilt es für die vielfältigen staatlichen Finanzhilfen. Beide, Steuerlast und Finanzhilfen, mindern die Bereitschaft, mehr zu leisten und größere Risiken zu tragen. Die dringend notwendige Senkung der Steuerlasten darf jedoch nicht mit einer erhöhten Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben erkauft werden. Dies würde das mit großer Mühe wiedergewonnene Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen erneut in Frage stellen, wenn nicht gar zerstören. Spielraum für eine Steuerentlastung wird nur dann gewonnen, wenn es gelingt, den Anstieg der Staatsausgaben entsprechend niedriger zu halten, so daß diese das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential weniger beanspruchen, die Staatsquote also sinkt. Das mitunter vor-

gebrachte Argument, die Staatsquote sei kein geeigneter Indikator für den Umfang der Staatstätigkeit, trifft nicht das, worauf es ankommt. Ohne eine Senkung der Staatsquote und ohne eine Kürzung von Steuervergünstigungen gibt es keinen Spielraum für große Steuersenkungen, wie man es auch dreht und wendet. Schwierig ist die politische Antwort auf die Frage, auf welchem Wege man zu einer Verminderung des Ausgabenanstiegs kommen kann. Der Sachverständigenrat hat in seinen Gutachten immer wieder Vorschläge gemacht, wo beispielsweise in den Subventionshaushalten gekürzt werden kann. Das betrifft zumeist den Bund, vielfach aber auch die Länder.

Zurückhaltende Ausgabenpolitik bedeutet nicht, daß der Ausgabenzuwachs in allen Bereichen staatlicher Aktivität beschnitten werden müßte. Für den Schutz der natürlichen Umwelt, für die Sanierung der Altstadtkerne, für Verbesserungen im Verkehrswesen — um nur wenige Beispiele zu nennen — wird der Staat künftig mehr ausgeben müssen als in den letzten Jahren, vor allem für Investitionen, die Vorleistungen für wachstumsnotwendige private Investitionen darstellen. Das ist ein weiterer wichtiger Teil der finanzpolitischen Aufgaben, die sich dem Staat bei einer offensiven Strategie stellen. Dafür kann er sich aus manchen Aufgabenfeldern zurückziehen und in anderen das Volumen der Ausgaben senken. Mit der Senkung der Staatsquote muß sich also eine Verbesserung der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte verbinden: die Ausrichtung der Ausgaben nach der Dringlichkeit der öffentlichen Aufgaben.

208. Die **Tarifparteien** entscheiden mit darüber, wie sich der Aufschwung fortsetzt. Zu der Grundlinie unserer Vorstellungen über einen langen spannungsfreien Aufschwung gehört es, daß sie Vereinbarungen treffen, welche die Lohnstückkosten stabil halten. Anderenfalls käme es, weil mit einer erneuten Senkung der Importkosten nicht gerechnet werden kann, wieder zu einem Anstieg des Kostenniveaus. Damit geriete die Tarifpolitik in Konflikt mit der Geldpolitik, die das Stabilitätsziel gefährdet sehen müßte. Einbußen bei der Beschäftigung oder bei der Geldwertstabilität — wenn nicht sogar bei beiden Zielen — wären die Folge, und der Fortgang des Aufschwungs wäre in Frage gestellt.

Bei wichtigen Tarifverhandlungen im kommenden Jahr stehen auch die Arbeitszeitregelungen wieder zur Diskussion. Eine Entscheidung über eine kürzere Arbeitszeit muß in den engen Gesamtrahmen für Steigerungen des Stundenlohns eingepaßt werden. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38½ Stunden um eine Stunde bei vollem Lohnausgleich erhöht den Stundenlohn um 2,7 vH. Das ist mehr, als der zu erwartende Anstieg der Stundenproduktivität (2 vH) ausmacht. Selbst wenn man einräumt, daß Verbesserungen in der Organisation der Arbeit und im Arbeitsablauf eine zusätzliche Produktivitätssteigerung bewirken können, ist der Spielraum dafür seit 1984 kleiner geworden. Es wird schwieriger sein als damals, Vereinbarungen über eine Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes zu treffen, die es den Unternehmen ermöglichen, die Arbeitszeitverkürzung und eine von den Arbeitnehmern ebenfalls gewünschte Steigerung ihrer Löhne und Gehälter kostenneutral zu gestalten.

Dynamischer Wettbewerb: Leitbild und Motor

209. Im dynamischen Wettbewerb sieht der Sachverständigenrat das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung. Dem Wettbewerbsprozeß zweckdienliche Regeln zu geben und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Vor Illusionen hinsichtlich der Gestaltungs- und Interventionsmöglichkeiten des Staates ist aus grundsätzlicher Erwägung und auch aus gegebenem Anlaß zu warnen.

Der Staat ist nicht der Veranstalter, sondern der Wahrer des Wettbewerbs. Intelligente Wirtschaftspolitik hat das Ohr am Wettbewerbsprozeß, lauscht seiner Funktionsweise ab, was ihm dienlich ist. Eine solche Wirtschaftspolitik nimmt den Wettbewerbsprozeß nicht ans Gängelband, glaubt nicht, daß sie diesem Prozeß voraus ist und ihm den Weg zeigen müßte, sondern hält ihm mit Regelwerk und Rahmenbedingungen den Weg offen, damit der Wettbewerb sich selbst entfalten kann, auf der Suche nach Neuem und Besserem. Wie dies geschieht, hat der Sachverständigenrat oft erläutert, und er wird es immer wieder tun, wenn er für eine Wirtschaftspolitik nach dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs wirbt.

210. Dabei muß sich der Rat auch gegen Mißverständnisse wehren. Wer eine Politik für dynamischen Wettbewerb unter das abgenutzte Schema „Angebotspolitik versus Nachfragepolitik" zu pressen versucht, hat die Wettbewerbsidee nicht begriffen. Selbstverständlich geht der Wettbewerb der Anbieter um die Gunst der Nachfrager! Und mehr noch: Das Leitbild des dynamischen Wettbewerbs lehrt, daß es ganz besonders darauf ankommt, neue Nachfrage zu entdecken. Der innovatorische Wettbewerb führt in Neuland der Nachfrage.

211. Eine Wirtschaftspolitik, die darauf gründet, daß der Wettbewerbsprozeß — sei es im Innovationswettbewerb, sei es im Diffusionswettbewerb — über das sich erfolgreich am Markt durchsetzende Angebot immer erneut rentable Arbeitsplätze schafft, längerfristig auch in genügender Zahl, sieht die Möglichkeiten des Staates, hierzu einen Beitrag zu leisten, illusionslos. Eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik, die Offenhaltung und Öffnung der Märkte, wo es daran noch fehlt, die Schaffung einer günstigen Konstellation von Anreizen durch geeignete Rahmenbedingungen, das sind die wirtschaftspolitischen Instrumente, auf deren wirksamen Einsatz es dem Sachverständigenrat ankommt. Über das hinausgehend, was der Wettbewerbsprozeß laufend an rentablen Arbeitsplätzen hervorbringt und das, was an Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich erforderlich ist, sieht der Sachverständigenrat weder Möglichkeit noch Notwendigkeit für zusätzliche, staatlich veranlaßte Arbeits-

plätze. Sie tragen sich nicht selbst, sie verhindern vielmehr das Zustandekommen besserer, rentabler Arbeitsplätze. Die Vorstellung, der Wettbewerbsprozeß könne laufend das Produktionspotential gerade so erweitern, daß durch eine hoch bleibende Staatsquote, sprich: dauerhaft überhöhte Staatsnachfrage, fortwährend ein vom Wettbewerbsprozeß geschaffenes Produktionspotential gerade dadurch besser auszunutzen wäre, ist nicht haltbar. Wir bestreiten nicht, daß der Staat mit seiner Nachfrage einen kumulativ nach unten gerichteten Kreislaufprozeß aufhalten kann und im Interesse der Beschäftigung auch soll. Aber: Das Versprechen, die erforderlichen staatlichen Arbeitsplätze und die Masse rentabler Arbeitsplätze, noch um weitere zusätzliche, dauerhaft tragbare Arbeitsplätze aufstocken zu wollen, und zwar mit Hilfe eines angeblich die Wachstumskräfte stützenden größeren Staatsbudgets, weckt nicht erfüllbare Hoffnungen.

III. Reformen jetzt anpacken

212. Der Deutsche Bundestag findet beim Eintritt in die neue Legislaturperiode gesamtwirtschaftliche Bedingungen vor, die akute konjunkturelle Probleme nicht aufwerfen. Das ist eine günstige Zeit, wirtschaftliche und soziale Reformen auf den Weg zu bringen.

Manche Reformen sind überfällig, beispielsweise die Reform der Agrarpolitik oder die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Weil sie immer wieder vertagt wurden, der Reformbedarf in der Zwischenzeit aber weiter wuchs, ist es zunehmend schwieriger geworden, sachgerechte und sozial akzeptable Lösungen durchzusetzen. Ein weiteres Hinausschieben macht die Probleme noch größer.

In anderen Bereichen sind Reformen deshalb dringlich, weil die geltenden Bedingungen einen schnelleren Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren. Das gilt für eine Reihe von Regelungen, die den Arbeitsmarkt unmittelbar betreffen. Es gilt ferner für die staatlichen Abgaben, weil hohe Steuern und hohe Lohnnebenkosten zu einer Belastung geworden sind, die sich nachteilig auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen auswirkt und den Anreiz zu höherer Leistung mindert.

Bei weiteren Reformaufgaben steht die Stärkung des dynamischen Wettbewerbs im Zentrum. Wo der Marktzugang oder der Marktaustritt versperrt oder erschwert ist, wo der Staat unrentable Arbeitsplätze erhält, wo er das Marktgeschehen im Übermaß reguliert und dadurch überhöhte Risiken oder Kosten für die Betroffenen verursacht, dort überall kann dynamischer Wettbewerb sich nicht voll entfalten, bleiben Kräfte des Marktes ungenutzt.

Einige Reformaufgaben schließlich stehen nur indirekt in Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Aufgabe, die der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit stellt. Bei ihnen geht es in erster Linie darum, das Vertrauen in das rechtliche und soziale Rahmenwerk — etwa bei der sozialen Alterssicherung — wieder zu stärken. Aber auch bei solchen Reformen wollen die Auswirkungen, insbesondere auf die wirtschaftlichen Anreize, bedacht sein. Anderenfalls könnten die angestrebten Erfolge von ihrer wirtschaftlichen Grundlage her in Frage gestellt sein.

213. Zu einer Reihe von Reformaufgaben hat sich der Sachverständigenrat in früheren Gutachten geäußert. Mit der folgenden Zusammenstellung will der Rat auf Reformen hinweisen, die er für besonders dringlich hält. Ausführlich erörtert werden in diesem Gutachten die Steuerreform sowie die wirtschaftspolitischen Reformaufgaben in der sozialen Sicherung und in der Landwirtschaft.

— Die **große Steuerreform** ist ein Kernstück der Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. In erster Linie zielt sie darauf ab, den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer kräftig zu senken; eine Nebenaufgabe ist, steuerliche Benachteiligungen zu beseitigen. Durch die Konzentration auf die Senkung der Tarifsätze sollen die wachstums- und beschäftigungspolitisch besonders schädlichen Hemmnisse für Innovationen, für Investieren und Sparen, für Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage gemindert werden. Die Tarifsenkung bei den direkten Steuern ist einer Steuerentlastung der Investitionen überlegen. Der unmittelbare Anreiz, mehr zu investieren, löst — anders als der mittelbare Anreiz einer Tarifsenkung — Substitutionsvorgänge im Einsatz der Produktionsfaktoren aus; er begünstigt den Kapitaleinsatz im Vergleich zum Arbeitseinsatz. Dadurch werden kapitalintensive, und das sind vielfach alte Produktionen, gegenüber arbeitsintensiven Produktionen, hauptsächlich im Dienstleistungsbereich, steuerlich besser gestellt. Die direkte steuerliche Entlastung von Investitionen fördert Innovationen nur insoweit, als diese sich in Investitionsausgaben niederschlagen, sie fördert sie also nicht, wie die Tarifsenkung, nach Maßgabe ihrer Erträge. All das verzerrt die Produktionsstruktur und leistet überdies zumindest tendenziell der Unternehmenskonzentration Vorschub.

  Die Entlastung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer muß kräftig sein. Sonst bliebe der stimulierende Effekt unzureichend. Wenig wäre auch gewonnen, wenn die Entlastung mit einer Zunahme der staatlichen Kreditaufnahme erkauft würde; sie verlangt vielmehr den Abbau der Staatsquote und zusätzlich eine Umschichtung bei den Steuern (Ziffern 277 ff.).

— Bei einer Reform der **gesetzlichen Rentenversicherung** geht es vornehmlich darum, Vorkehrungen gegen die sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Alterssicherung zu treffen, die aufgrund zunehmender Überalterung der Bevölkerung eintreten werden. Ab Mitte der neunziger Jahre werden immer weniger Menschen Konsumgüter im Erwerbsprozeß produzieren, aber immer mehr Nicht-Erwerbstätige Konsumgüternachfrage entfalten. Dieses realwirtschaft-

liche Verteilungsproblem kann eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung nicht aus der Welt schaffen, sie kann aber die sich daraus ergebenden Konflikte entschärfen und das Vertrauen in die Verläßlichkeit des Systems stärken. Es muß den Erwerbstätigen ein größerer Anreiz gegeben werden, mehr Eigenvorsorge zu betreiben (Ziffern 310 ff.).

— Eine Reform der **gesetzlichen Krankenversicherung** ist immer wieder hinausgeschoben worden, vor allem, weil die Auseinandersetzungen gescheut wurden, die sich mit jeder Änderung bestehender Regelungen verbinden. Das Gesundheitswesen, ein arbeitsintensiver und expandierender Wirtschaftsbereich, darf in seinem Wachstum nicht durch eine Politik der „Kostendeckelung" behindert werden. Es geht hier vielmehr um die Beseitigung von Regelungsfehlern. Das bestehende Regelsystem bietet weder den Anbietern noch den Nachfragern im Gesundheitswesen hinreichend starke Anreize, preis- und kostenbewußt zu handeln. Ohne solche Anreize wird es schwerfallen, den durchschnittlichen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung, der 1986 wieder die 12 vH-Marke überschritten hat, in erträglicher Höhe zu halten. Marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen müssen die Nachfrager kostenbewußter machen, müssen den Wettbewerb unter den Anbietern medizinischer Leistungen verstärken und müssen ihn unter den Versicherern in größerem Umfang möglich machen (Ziffern 319 ff.).

— Mit ihrer Blockade marktwirtschaftlicher Anpassungsmechanismen hat die **Agrarpolitik** bewirkt, daß sich die Krisenlage in der Landwirtschaft immer weiter zuspitzte. Die Produktionsüberschüsse steigen anhaltend, sie beanspruchen immer mehr öffentliche Mittel, und sie belasten das handelspolitische Klima. Die durch falsche Preissignale im Übermaß gesteigerte Agrarproduktion verursacht Schäden an der natürlichen Umwelt. Dreh- und Angelpunkt der Reform muß eine Preispolitik sein, die sich am Markt orientiert. Sie kann und sollte von flankierenden Maßnahmen unterstützt werden, die es den Landwirten erleichtern, mit den schwierigen Anpassungsaufgaben fertig zu werden.

  Die unerläßliche Reform der Agrarpreispolitik weiter verzögern hieße bei den Landwirten Illusionen nähren. Wege einer schmerzfreien Zurückführung der Produktionsüberschüsse und der Strukturanpassung gibt es nicht (Ziffern 342 ff.).

— Durch eine Politik der **Marktöffnung** werden die Wachstumskräfte gestärkt. Bedingungen, unter denen jeder seine individuellen Fähigkeiten ausspielen kann, lassen mehr Erfolg bei der Suche nach Neuerungen erwarten und fördern so die wirtschaftliche Entwicklung. Am Beispiel der Telekommunikation läßt sich verdeutlichen, wie durch eine Marktöffnung mehr und nachfragegerechtere Investitionen hervorgerufen werden können (JG 85 Ziffern 337 ff.). Unabhängig davon, ob es private Mitanbieter beim Netzbetrieb gibt und ob die Post selbst Mitanbieter von Netzzusatzdiensten und Endgeräten ist, wird der Wettbewerb gefördert, wenn die Zulassung der Endgeräte vereinfacht wird und wenn sich die Tarife stärker an den Kosten statt — wie in der neuen Telekommunikationsordnung vorgesehen — an der politisch ausgerichteten Gestaltung der Fernmeldegebühren orientieren.

  Zu einer Politik der Marktöffnung gehört auch eine flexible Regelung der Betriebszeiten im Einzelhandel. Diese sind durch das Ladenschlußgesetz von 1956 mit nur wenigen Ausnahmen starr vorgegeben. Im Interesse der Verbraucher liegt diese Regelung zweifellos nicht. Sie versperrt auch eine Möglichkeit zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung, die in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Industrieländern ohnehin noch immer von geringer Bedeutung ist. Der festgelegte Ladenschluß begünstigt das Vordringen großer Verbrauchermärkte zu Lasten der kleineren Einzelhändler in wohnungsnahen Gebieten. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, daß die Zahl der Einzelhandelsunternehmen trotz ständig steigenden Pro-Kopf-Konsums so stark abgenommen hat. Erfahrungen im europäischen Ausland zeigen, daß der Konzentrationsprozeß bei freieren Ladenschlußzeiten weniger ausgeprägt ist und mehr Einzelhandelsbetriebe neu gegründet werden. Sie zeigen auch, daß von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit verstärkt Gebrauch gemacht wird.

214. Ein hohes Maß an Beweglichkeit ist am **Arbeitsmarkt** gefordert. Angesprochen sind damit die Tarifparteien, die Verhandlungspartner auf der betrieblichen Ebene und ebenso der Gesetzgeber. Eine rasche technologische Entwicklung — wie beispielsweise das Vordringen der Mikroelektronik im Büro und in der Fertigung — verlangt einen Wandel in der Ausbildung und vermehrte Weiterbildung der Beschäftigten. Es ist Aufgabe der Personalpolitik der Unternehmen, aber auch der Tarifparteien und Wirtschaftsverbände, diesen Qualifikationserfordernissen mit geeigneten Ausbildungssystemen und Weiterbildungsangeboten Rechnung zu tragen. Wo mehr Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt durch arbeitsrechtliche Regelungen behindert wird, ist es am Gesetzgeber, Abhilfe zu schaffen.

215. Die erneut stark gestiegene Subventionslast zugunsten der heimischen Steinkohle, die sich 1987 noch einmal erhöhen könnte, unterstreicht auch die Dringlichkeit der Aufgabe, in der **Kohlepolitik** einen neuen Kurs einzuschlagen, der sich besser in eine Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Marktkräfte einfügt (Ziffern 332 ff.). Das bestehende System des Kohleschutzes bedarf einer grundlegenden Reform. Der Sachverständigenrat hat im Jahresgutachten 1983/84 zur Diskussion gestellt, die Aufrechterhaltung einer heimischen Steinkohleförderung allein als einen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung anzuerkennen und dementsprechend die zu gewährende Subvention als Sicherheitsprämie zu bemessen. Die Sicherheitsprämie sollte sich nach unserem Vorschlag an der Sicher-

heitsleistung ausrichten, das sind die eingesparten Kosten für zeitweilige Unterbrechungen der Lieferungen von Importkohle. Das bisherige Vorgehen, bei der Bemessung der Kohlesubventionen die höheren Kosten der deutschen Steinkohleförderung abzugelten, bietet nicht genügend Anreiz zu Kosteneinsparungen. Versorgungssicherheit ist ein öffentliches Gut. Deshalb müßte eine solche Sicherheitsprämie vom Steuerzahler aufgebracht werden. Der bei der Verstromung deutscher Steinkohle eingeschlagene Weg, die Mehrkosten dem Stromkunden nach Maßgabe seines Verbrauchs anzulasten, ist volkswirtschaftlich falsch, weil er die Preisrelationen und damit den Wettbewerb der Energieträger verzerrt (JG 83 Ziffern 535ff.).

216. Auch in der Umweltpolitik drängen Reformaufgaben auf Lösungen. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist die **Sanierung von Altlasten,** das heißt von Böden, die durch Müllablagerung oder Industriebetrieb stark mit Schadstoffen belastet sind. Altlasten gefährden über Sickerwässer das Grundwasser und tragen über Deponiegas zur Luftverunreinigung bei. Die finanziellen Lasten der auf 20 Mrd DM geschätzten Sanierungsaufwendungen müssen nach heutigem Rechtsstand weitgehend die Gemeinden tragen, was aber — insbesondere in altindustriellen Problemgebieten — die Gemeinden überfordert. Das Verursacherprinzip hilft bei der Sanierung von Altlasten vielfach nicht weiter, zum einen weil der Verursacher oft nicht mehr herangezogen werden kann, zum anderen weil rückwirkend keine Verantwortlichkeit für abgeschlossene Zeiträume begründet werden darf.

Gleichwohl ist es nicht notwendig, die Beseitigung von Altlasten allgemein aus Steuermitteln zu finanzieren, auch wenn solche Fälle nicht ganz zu vermeiden sein werden und den betroffenen Gemeinden dann durch Finanzzuweisungen anderer Gebietskörperschaften geholfen werden muß. In vielen Fällen können jedoch Gebietskörperschaften und Industrie Gesellschaften gründen, die zeitlich, sachlich und finanziell begrenzte Sanierungsaufgaben erfüllen, von den Gesellschaftern Zuschüsse zur Finanzierung erhalten und im übrigen, soweit möglich, zur Zeit des Schadens haftende Verursacher zur Zahlung mit heranziehen. Dieses Konzept ist der Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln und Fondslösungen, die sich über Sondersteuern finanzieren, grundsätzlich vorzuziehen. Sonderfonds sollten für die Sanierung akuter Fälle reserviert bleiben.

217. Bei allen Reformen muß das Ganze im Auge behalten werden. Es geht zum einen darum, wirtschaftliche Anreizstörungen zu beseitigen. Es geht zum anderen darum, Inkonsistenzen in der Wirtschaftspolitik auszuräumen und für mehr Kontinuität zu sorgen. Bei vielen der anstehenden Reformen werden Besitzstände in Frage gestellt. Mit Widerständen der Betroffenen ist daher zu rechnen. Wenn das sachlich Gebotene mit Rücksicht darauf nicht in Angriff genommen wird, geht das zu Lasten aller.

IV. Deutsche Aufgaben in der internationalen Wirtschaftspolitik

218. Heute sind die nationalen Volkswirtschaften so eng miteinander verflochten, daß sich wirtschaftliche Entwicklungen in einem Land stark auf andere Länder auswirken. Insbesondere können Vorgänge in den großen Welthandels- und Weltwährungsnationen die Entwicklung der Weltwirtschaft maßgeblich beeinflussen. Dadurch wächst diesen Ländern eine Verantwortung für die gesamte Staatengemeinschaft zu, der sie sich nicht entziehen können. Dies gilt auch für die Bundesrepublik. Ihre wichtigsten Aufgaben in der internationalen Wirtschaftspolitik bestehen gegenwärtig darin, den weltweiten Aufschwung durch Stärkung ihrer eigenen Wachstumskräfte sichern zu helfen und sich an den internationalen Bemühungen um ein funktionsfähigeres internationales Währungsystem sowie um eine Eindämmung des weltweiten Protektionismus mit großer Energie zu beteiligen.

219. Die Vereinigten Staaten haben ihre Entschlossenheit bekundet, ihr hohes Budgetdefizit zu verringern und dadurch eine wichtige Voraussetzung auch für einen dauerhaften Rückgang ihres beträchtlichen Leistungsbilanzdefizits zu schaffen. Dies hat Befürchtungen ausgelöst, daß mit der Haushaltskonsolidierung eine nachfragestärkende Kraft ausfällt und sich das Wachstum des amerikanischen Sozialprodukts verlangsamt.

Die möglichen Folgewirkungen für die Weltwirtschaft werden skeptisch beurteilt. Wenn die Vereinigten Staaten eine Verlangsamung ihres Wachstums hinnehmen müssen und aus diesem Grund sowie wegen der niedrigeren Bewertung des Dollar nicht mehr mit stark steigender Importnachfrage an die Weltmärkte treten, werden rezessive Tendenzen auch in anderen Ländern erwartet. Insbesondere Länder mit hoher Auslandsverschuldung und großer Arbeitslosigkeit würden dann in Bedrängnis geraten.

220. Die amerikanische Geldpolitik sieht sich an den Grenzen ihrer Möglichkeiten, dem Aufschwung Impulse zu geben und damit die rezessiven Einflüsse zu kompensieren, die von einer Verringerung des Budgetdefizits ausgehen können. Mit einem noch stärkeren Geldmengenwachstum würde die Gefahr wieder ansteigender Inflationsraten zunehmen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß Inflationserwartungen bestärkt würden. Staat und Wirtschaft wären in der Folge gezwungen, höhere Nominalzinsen zu zahlen, wenn sie sich auf dem Kapitalmarkt verschulden wollen.

Auch aus außenwirtschaftlichen Gründen sieht sich die amerikanische Geldpolitik in Schwierigkeiten. Wenn sich das Geldmengenwachstum zur Belebung der Konjunktur weiter stark ausweitet und dadurch Inflationsängste verstärkt, dürfte der Dollar noch niedriger bewertet werden. Wechselkursbedingte Preissteigerungen kämen hinzu; sie könnten die Erwartung eines weiteren Kursfalls wecken und dadurch eine „Abwertungs-Inflations-Spirale" auslö-

sen. Das würde die Kapitalimporte, auf welche die Vereinigten Staaten zur Finanzierung ihres immer noch hohen Budgetdefizits und ihrer Investitionen noch eine Zeitlang angewiesen sein werden, nur noch zu wesentlich höheren Zinsen möglich machen; denn niemand wird sein Kapital in den Vereinigten Staaten anlegen wollen, wenn er nicht durch entsprechend höhere Zinsen für erwartete Währungsverluste entschädigt wird. Die amerikanische Geldpolitik muß sich darauf einrichten, daß die Vereinigten Staaten zu einem großen Schuldnerland geworden sind. Die Belebung der Binnenkonjunktur kann nicht mehr der ausschlaggebende Aspekt bei ihrer Gestaltung sein.

221. Aus diesen Gründen verlangen die Vereinigten Staaten von ihren Handelspartnern, insbesondere von der Bundesrepublik und von Japan, daß sie ihrerseits

— den Leitzins senken und das Geldmengenwachstum beschleunigen und

— die Steuern reduzieren oder die Staatsausgaben erhöhen.

Von solchen expansiven Maßnahmen werden zwei Effekte erwartet. Einmal wird mit einer deutlichen Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und einer Beschleunigung im Wachstum des Sozialprodukts dieser Länder gerechnet. Sie übernehmen die Führungsrolle im weltweiten Aufschwung. Nach dieser Vorstellung hat das folgende Auswirkungen: Die japanische und die deutsche Importnachfrage steigen an, die Leistungsbilanzüberschüsse dieser Länder nehmen ab. Die amerikanischen Exporte werden begünstigt, die Konjunktur wird dadurch belebt und das Leistungsbilanzdefizit verringert. Die von der Außenwirtschaft ausgehenden Anstöße kompensieren die nachlassenden expansiven Impulse des amerikanischen Staatshaushalts. So schadet der Abbau des Budgetdefizits weder der Beschäftigung in den Vereinigten Staaten noch der Weltkonjunktur. Zugleich werden die Ungleichgewichte im internationalen Leistungsbilanzgefüge ohne rezessive Gefahren für die Weltwirtschaft beseitigt.

Zum anderen werden die Forderungen mit dem Argument begründet, eine expansive Geldpolitik in Japan und in Europa erleichtere der amerikanischen Zentralbank einen expansiven Kurs. Diese könne dann Zinssenkungen einleiten, ohne eine Verringerung des internationalen Zinsgefälles und einen weiteren Fall des Dollarkurses befürchten zu müssen. Mit Zinserhöhungen, die sich aus abwertungsbedingten Inflationserwartungen ergeben würden, sei dann nicht zu rechnen.

Dieser Begründung von Forderungen nach expansiven Maßnahmen wird der Hinweis hinzugefügt, die Bundesrepublik dürfe davon selbst Vorteile erhoffen. Dadurch lasse sich ein weiterer Fall des Dollarkurses vermeiden; die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, im Preiswettbewerb mit ausländischen Konkurrenten zu bestehen, werde dann nicht wechselkursbedingt weiter geschmälert. Einem Exporteinbruch zum Nachteil der Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik werde auf diese Weise entgegengewirkt.

222. Bei der Beurteilung der Forderungen nach expansiven Maßnahmen in der Bundesrepublik sind vier Aspekte deutlich voneinander zu trennen. Diese verbinden sich mit den folgenden Fragen:

— Bedürfen die Vereinigten Staaten zur Vermeidung rezessiver Gefahren beim Abbau ihres Budgetdefizits der japanischen und der deutschen Hilfe?

— Droht bei einer Verringerung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits eine spürbare Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, die nur mittels expansiver Maßnahmen Japans und der Bundesrepublik aufgehalten werden könnte?

— Wie wirksam könnten expansive deutsche Maßnahmen sein, und welche negativen Folgen sind von ihnen zu erwarten?

— Gibt es einen anderen Weg, die Leistungsbilanzungleichgewichte in der Welt ohne negative Folgen zu verringern?

223. Der Abbau des Defizits im amerikanischen Staatshaushalt soll nicht und kann nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums verwirklicht werden; er wird im Laufe mehrerer Jahre schrittweise erfolgen müssen. Die vorgesehenen jährlichen Kürzungsbeträge sind nicht so erheblich, daß sie nicht durch andere Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgeglichen werden könnten. Ein Ausgleichsfaktor ist die Außenwirtschaft. Der Fall des Dollarkurses hat die Position amerikanischer Unternehmen im Preiswettbewerb mit ausländischen Anbietern sowohl auf den heimischen Märkten als auch auf den Weltmärkten gestärkt. Auch wenn sich dieses Moment noch nicht in einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits niedergeschlagen hat, darf man davon ausgehen, daß trotz einiger Schwierigkeiten der amerikanischen Exportindustrie die außenwirtschaftliche Belebung wesentlich dazu beitragen wird, rezessive Tendenzen von der amerikanischen Volkswirtschaft fernzuhalten. Hinzu kommt, daß ein Rückgang im Defizit des Staatshaushalts den Kapitalmarkt entlastet und Zinssenkungen ermöglicht, die zur Verstärkung der Investitionstätigkeit Anlaß geben. Es ist daran zu erinnern, daß auch in der Bundesrepublik die Ausrüstungsinvestitionen kräftig gesteigert wurden und ein konjunktureller Aufschwung stattfand, obwohl die öffentlichen Haushalte konsolidiert wurden.

224. Die Vereinigten Staaten könnten somit im Rahmen einer Mehrjahresperiode ihr Budgetdefizit abbauen, ohne mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung rechnen zu müssen. Gleichzeitig wird wegen des niedrigen Dollarkurses das amerikanische Leistungsbilanzdefizit verringert. Das bedeutet, daß amerikanische Unternehmen auf inländischen wie ausländischen Märkten mehr Nachfrage als bisher auf sich ziehen. Die Handelspartner haben einen entsprechenden Nach-

frageausfall hinzunehmen. Schätzungen zufolge wird es deshalb in den Ländern der OECD (ohne Vereinigte Staaten) zu einem Minderanstieg des Sozialprodukts von je 0,1 bis 0,5 Prozentpunkten für die Zeit von zwei bis drei Jahren kommen. Einbußen beim Wachstum des Produktionspotentials und bei der Beschäftigung müssen damit nicht verbunden sein. Wie erfolgreich die Länder hier in mittelfristiger Sicht sind, hängt von ihren eigenen Anstrengungen zur Stärkung der Wachstumskräfte ab. Dabei kann sich durchaus ein Wechsel der den Aufschwung tragenden Kräfte einstellen. Jedenfalls läßt sich nicht bereits mit dem Hinweis auf eine kurzfristige Verlangsamung des Aufschwungs in der Welt überzeugend begründen, daß Japan und die Bundesrepublik expansive Maßnahmen ergreifen müßten, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

225. Gegen diese Schlußfolgerung wird — nicht nur von amerikanischer Seite — eingewendet, daß nicht alle Länder einen vorübergehenden Minderanstieg ihres Sozialprodukts ohne Schwierigkeiten verkraften könnten. Auch sei es unvertretbar, die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der drei großen Welthandelsnationen nahezu ausschließlich mit Hilfe einer Veränderung des Dollarkurses, letztlich also der relativen Preise, zu beseitigen. Dies geschehe dann zu langsam und sei zudem mit der Gefahr verbunden, daß der Dollarkurs weit unter sein Gleichgewichtsniveau fällt (overshooting), weil die Möglichkeiten im güterwirtschaftlichen Bereich beschränkt sind, sich veränderten Kursen schnell anzupassen. Zudem würde ein wechselkursbedingter Rückgang der Deviseneinnahmen den hochverschuldeten Entwicklungsländern schwer zu schaffen machen. Deshalb wird die Forderung aufrechterhalten, die Beseitigung der internationalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen mittels einer Verstärkung des Wachstums in den Überschußländern anzustreben. Damit würde ein allzu starker Fall des Dollarkurses verhindert und rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft entgegengewirkt.

226. Dieser Forderung ist prinzipiell zuzustimmen: Es gehört in der Tat zu den Aufgaben der Bundesrepublik in der internationalen Wirtschaftspolitik, ihre Wachstumskräfte zu stärken. Doch ist es sehr zu bezweifeln, daß die geforderten Maßnahmen, die einen schnellen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage herbeiführen sollen, wesentlich zur Beseitigung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beitragen können und eine schnellere und zugleich spannungsfreie Entwicklung der Weltwirtschaft bewirken. Dieser Zweifel beruht auf zwei Argumenten.

Erstens ist zu bezweifeln, daß von einem deutschen Konjunkturprogramm spürbare Expansionsimpulse auf die amerikanische Wirtschaft ausgehen:

— Die Geldpolitik und die Fiskalpolitik behindern das Wachstum in der Bundesrepublik gegenwärtig nicht durch einen restriktiven Kurs; sie wirken, im Gegenteil, expansiv (Ziffern 107 ff. und 126 ff.). Es spricht auch nicht viel dafür, daß sich die Bundesrepublik gegenwärtig in nennenswertem Maße unterhalb ihrer Wachstumsmöglichkeiten bewegt (Ziffern 78 ff.).

— Die deutsche Geldpolitik dürfte wegen der hohen Liquidität in der Wirtschaft gegenwärtig nicht in der Lage sein, mittels einer Beschleunigung des ohnehin schnellen Geldmengenwachstums eine weitere spürbare Senkung der Zinsen herbeizuführen. Selbst wenn eine geringe Zinssenkung gelänge, würden daraufhin nicht Investitionssteigerungen in einem Umfang eintreten, wie sie für den geforderten Anstieg der Wachstumsrate um einen Prozentpunkt notwendig wären.

— Eine expansivere Geldpolitik würde den Dollarkurs auf ein höheres Niveau bringen, als er es sonst erreicht hätte. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft würde dadurch weniger stark sein und der Abbau des Defizits in der amerikanischen Handelsbilanz insoweit erschwert werden.

Würden die Bundesrepublik und Japan ihr Sozialproduktswachstum jeweils um einen Prozentpunkt für die Dauer von drei Jahren erhöhen, dann würde das Defizit in der amerikanischen Handelsbilanz — Schätzungen des Internationalen Währungsfonds und des Joint Economic Committee of Congress zufolge — nur um 5 Mrd bis 10 Mrd Dollar zurückgehen. In diesen Zahlen ist bereits berücksichtigt worden, daß eine verstärkte deutsche und eine höhere japanische Importnachfrage nach den Erzeugnissen anderer Länder auch dort zu vermehrter Produktion Anlaß geben und die Nachfrage auch dieser Länder nach amerikanischen Produkten zunimmt. Ein wesentlicher Beitrag zum Abbau des amerikanischen Defizits ist darin nicht zu erblicken.

227. Noch größeres Gewicht als diese Hinweise besitzt ein zweites Argument. Danach wäre der mögliche, kleine Beitrag zur Verringerung des amerikanischen Defizits mit zu großen Nachteilen für die Weltwirtschaft erkauft, und zwar aus zwei Gründen:

— Die Verzerrungen im internationalen Wechselkursgefüge und die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sind zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß die großen Welthandels- und Weltwährungsnationen eine unterschiedliche und zudem wechselhafte Stabilitätspolitik betrieben haben. Kapitalanleger sahen sich dadurch veranlaßt, Finanzvermögen von einer Währung in die andere zu übertragen. So bewirkten sie heftige Schwankungen der Wechselkurse, die sich dabei weit von den Werten entfernten, die den fundamentalen Gegebenheiten der Volkswirtschaften entsprechen. Dies war der Entwicklung der Weltwirtschaft abträglich.

  Seit einiger Zeit hat sich der Dollarkurs nicht mehr wesentlich geändert. Es wird für möglich gehalten, daß er sich nicht mehr stark von dem Wert unterscheidet, der den fundamentalen Gegebenheiten in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik entspricht. Eine Fortführung der expansiven Geldpolitik in der Bundes-

republik und eine wieder auf Expansion umschaltende Finanzpolitik könnten erneut stärkere Änderungen der Wechselkurse auslösen. Abermals müßte die Weltwirtschaft dann eine Anpassung an neue, verzerrte Kurse vollziehen. Ein Ungleichgewicht durch ein anderes abzulösen, ist gewiß nicht mit der Verpflichtung in Einklang zu bringen, zu schnellerem Wirtschaftswachstum in der Welt beizutragen. Die gegenteilige Vorstellung, die Wechselkurse könnten mit gleichgerichteter expansiver Politik in den Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland stabilisiert werden, läßt sich nicht begründen.

— Eine Beschleunigung des Geldmengenwachstums in der Bundesrepublik und eine während des konjunkturellen Aufschwungs deutlich ansteigende Neuverschuldung des Staates würden Inflationserwartungen bekräftigen und die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen anhaltenden Aufschwung verschlechtern. Ein Wiederaufleben der Inflation würde heute nicht auf die Bundesrepublik beschränkt bleiben. Es ist schwer vorstellbar, daß andere Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft auf Stabilitätskurs bleiben, wenn in der Bundesrepublik die Inflation nicht in Schach gehalten wird. Die Inflationsrisiken sind in anderen Ländern sogar höher zu veranschlagen, weil dort die Inflationsmentalität noch nicht gebrochen und die Konsolidierung der Haushalte noch nicht abgeschlossen ist; auch kann bei einem Wiederanstieg der Inflationsrate die im Vergleich zu früheren Jahren moderate Lohnpolitik nicht durchgehalten werden, besonders nicht in Großbritannien, in Frankreich und in Italien.

  Die drohenden Inflationsgefahren sollten für nicht gering erachtet werden. In der heutigen Weltwirtschaft mit ihren stark integrierten Gütermärkten und Finanzmärkten würden die Marktteilnehmer auf stabilitätspolitische Fehlentscheidungen, wie sie die westlichen Industrieländer am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre kollektiv begangen haben, kaum so moderat reagieren wie damals. Die inzwischen eingetretene Globalisierung der Finanzmärkte verlangt von den Regierungen und Währungsbehörden angesichts des Umfangs schnell mobilisierbaren Finanzkapitals zusätzliche Anstrengungen, weltweite Inflationsprozesse zu bannen.

228. Aus allen diesen Überlegungen ist der Schluß zu ziehen, daß die Bundesrepublik sich derzeit nicht zu einer anhaltend expansiven Geldpolitik und zu höheren Budgetdefiziten bereitfinden sollte. Dennoch bleibt es richtig, daß es zu den Aufgaben der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft gehört, das Wachstum zu stärken und dadurch einen Beitrag zur Beseitigung der internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte und des Verschuldungsproblems der Entwicklungsländer zu leisten. Doch läßt sich dieses Ziel letztlich nicht erreichen, wenn durch die Maßnahmen neue Schwankungen der Wechselkurse bewirkt und inflationäre Tendenzen ausgelöst werden. Vielmehr sollte dieses Ziel mit einer Politik angestrebt werden, die auf die Sicherung günstiger gesamtwirtschaftlicher Voraussetzungen für einen anhaltenden Aufschwung und auf eine Stärkung der Wachstumskräfte gerichtet ist. Mit einer solchen Politik ist dem Ausland mehr gedient als mit einer expansiven Nachfragepolitik. Das hat der Sachverständigenrat bereits ausführlich erörtert und begründet (JG 85 Ziffern 201 f.). Im einzelnen hat er ausgeführt:

— *Eine stetige, verläßliche und glaubwürdige Wirtschaftspolitik im ganzen und in ihren Teilbereichen macht deutsche Wirtschaftspolitik auch für die Partnerländer kalkulierbar. Das trägt zu stabileren Wechselkursen bei und gibt dem Handel wie dem Kapitalverkehr eine bessere, weil zuverlässigere, Orientierung.*

— *Die Öffnung der heimischen Märkte und ihr Offenhalten, Elemente des dynamischen Wettbewerbs und damit Bestandteil einer auf Stärkung der Wachstumskräfte zielenden Wirtschaftspolitik, verschaffen auch ausländischen Produzenten mehr Chancen auf lohnenden Absatz.*

— *Für eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik gilt das gleiche. Vorstoßende inländische Wettbewerber öffnen inländischen wie ausländischen Anbietern den Raum für nachstoßenden Wettbewerb; das vergößert die Gütervielfalt und drückt die Preise, und dies nicht nur auf den Inlandsmärkten, sondern auch im Export. Die Käufer, auch im Ausland, gehören damit allemal zu den Gewinnern.*

— *Und vor allem: Eine Stärkung der Wachstumskräfte im Inland fördert das Wachstum auch in den Partnerländern. Die Importnachfrage der Bundesrepublik steigt wachstumsbedingt. Ein kräftigeres Wachstum bei Stabilität führt zugleich zu einer Höherbewertung der D-Mark und erweitert auch dadurch die Absatzchancen für ausländische Anbieter.*

229. Mit diesen Hinweisen auf die notwendige Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik ist bereits ein wichtiger ordnungspolitischer Aspekt betont worden. Er leitet zu den Aufgaben über, die von der Bundesrepublik in der internationalen Ordnungspolitik, das heißt im Rahmen der Bemühungen um verläßliche, sichere und klare Rahmenbedingungen für internationale Wirtschaftsbeziehungen zu übernehmen sind. Von stabilen Rahmenbedingungen, gar einer Ordnung, kann gegenwärtig weder auf dem Gebiet der Währung noch auf dem des Welthandels mit Waren und Dienstleistungen gesprochen werden. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens näher begründet ist, steht die Bundesrepublik bei der Fortentwicklung der Weltwährungsordnung vor der Aufgabe, entscheidend dazu beizutragen, daß die Wechselkurse sich nicht von Werten entfernen, die den fundamentalen Gegebenheiten der Volkswirtschaften entsprechen. Dazu bedarf es überall einer verläßlichen verstetigenden Stabilitätspolitik. Nicht die Einführung eines „Systems gestalteter Wechselkurse" ist geboten, sondern ein internationaler Konsens, der einen stabilitätsgefährdenden Einsatz der Geldpolitik und auch der Finanzpolitik ausschließt (Ziffer 257).

230. Auch in der internationalen Handelspolitik hat die Bundesrepublik eine ihrer wirtschaftlichen

Stellung gerecht werdende und zugleich schwierige Aufgabe zu übernehmen. Zwar ist für handelspolitische Fragen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zuständig, aber die Bundesrepublik ist in der Lage, die europäische Politik mitzugestalten und auf diese Weise dazu beizutragen, daß die Anfang 1987 beginnende achte GATT-Runde („Uruguay-Runde") erfolgreich verläuft. Im Mittelpunkt dieser internationalen Verhandlungsrunde werden drei schwer lösbare Probleme stehen.

231. Die Anpassung an weltwirtschaftliche Strukturwandlungen ist während der letzten zwei Jahrzehnte den meisten Industrieländern schwer gefallen. Vielfach konnten sie neue komparative Vorteile — etwa durch Produkt- und Prozeßinnovationen — nicht so schnell gewinnen, wie sie alte an nachfolgende Länder verloren. Deshalb haben nahezu alle Regierungen durch Eingriffe in den Außenhandel versucht, für den Anpassungsprozeß Zeit zu gewinnen. Solchen Regelungen versuchte man jeweils den Anstrich zu geben, als sei damit keine grundsätzliche Abkehr von den Normen und Prinzipien verbunden, die dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen zugrunde liegen. So betonten die Regierungen, die Maßnahmen würden nur vorübergehend und nur auf eng begrenzten Gebieten und nur gegenüber einzelnen Ländern ergriffen. Überdies wurden Maßnahmen vorgesehen, die vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen gar nicht erfaßt waren, vor allem „freiwillige" Exportbeschränkungen und Subventionen. Trotz aller Bemühungen, die Abweichungen von den GATT-Prinzipien in jedem Einzelfall gering zu halten, hat das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen seine frühere normative Kraft weitgehend verloren. Zu groß ist in fast allen Ländern die Zahl protektionistischer Maßnahmen geworden, mit denen gegen die Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und der Multilateralität verstoßen wurde. Erklärungen, die Maßnahmen würden nur in einer kurzen Übergangszeit ergriffen, erwiesen sich als falsch. Da dem Protektionismus die Tendenz zur Selbstverstärkung innewohnt (sogenannter Schneeballeffekt des Protektionismus), erfordert es schon große Kraft, die von den 92 Mitgliedsländern bei ihrem Beschluß über den Beginn der achten GATT-Runde in Punta del Este geäußerte Absicht zu verwirklichen, keine weiteren protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen (standstill). Die stark exportabhängige Bundesrepublik handelt in eigenem Interesse, wenn sie sich strikt an diese Erklärung hält und in Europa darauf hinwirkt, daß diese Zusage eingehalten wird.

Darüber hinaus würde es die weltwirtschaftliche Entwicklung fördern, wenn der Protektionismus in der Welt zurückgedrängt werden könnte (rollback). Soweit auf handelspolitische Maßnahmen nicht verzichtet werden kann, müssen sie so umgestaltet werden, daß sie den Regeln entsprechen, zu deren Einhaltung sich die Länder mit ihrer Unterschrift unter das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen verpflichtet haben. Insbesondere erscheint es geboten, innerhalb einer international vereinbarten Frist alle „freiwilligen" Selbstbeschränkungsabkommen auslaufen zu lassen. Da sie die nationalen Märkte von einer Preisentwicklung auf den Weltmärkten abschotten, den Warenhandel zu einer Angelegenheit der Politik machen und den GATT-Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und der Multilateralität total zuwiderlaufen, sind sie der Verwirklichung einer optimalen internationalen Arbeitsteilung zum Wohle aller Länder besonders abträglich. Wo ein bisher durch Selbstbeschränkungsabkommmen bewirkter Schutz heimischer Industrien als unentbehrlich angesehen wird, sollte er nach den Regeln des GATT mit Hilfe von Zöllen gewährt werden. Deshalb sollte auch das internationale Multifaserabkommen nicht noch einmal verlängert werden.

Die Bundesrepublik kann zu einer solchen Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sollte sich auch aus eigenem Interesse darum energisch bemühen. Protektionistische Maßnahmen anderer Länder erschweren nicht nur den eigenen Export, sondern verschärfen wegen ihrer Umlenkungseffekte auch die Auslandskonkurrenz auf den heimischen Märkten. Auf mengenmäßige Importbeschränkungen im Ausland reagieren erfahrungsgemäß die betroffenen Lieferstaaten durch Umlenkung ihres Angebots auf andere nationale Märkte. Die Zunahme der deutschen Einfuhren japanischer Autos ist in den letzten Jahren auch mit der „freiwilligen" Beschränkung japanischer Autoausfuhren in die Vereinigten Staaten zu erklären.

232. Regeln für die internationale Arbeitsteilung bleiben unvollkommen, wenn sie nur das warenproduzierende Gewerbe umfassen. Länder verlieren oder gewinnen im Zuge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung komparative Vorteile auch im primären oder tertiären Sektor. Eine weltweit effiziente Allokation knapper Ressourcen läßt sich schwerlich erreichen, wenn Länder ihre komparativen Vorteile bei Agrarerzeugnissen oder Dienstleistungen nicht nutzen können. Auch kann man nicht erwarten, daß weltwirtschaftlich ausgelöste Anpassungsprozesse bewältigt werden können, wenn neue Vorteile im Dienstleistungsbereich zum Beispiel im Bank- oder Versicherungswesen, im Transportgewerbe und bei der Entwicklung von Software gewonnen werden könnten, der internationale Dienstleistungsverkehr durch nationale Schranken jedoch vielfach behindert ist. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, das fast ausschließlich den Welthandel mit Industrieerzeugnissen regelt, bedarf deshalb des Ausbaus zu einer allgemeinen Welthandelsordnung. Die Bundesrepublik darf sich davon große Vorteile erhoffen. Eine Liberalisierung des Agrarhandels beispielsweise würde nicht nur die Kosten der europäischen Agrarpolitik vermindern, sondern auch Agrarexportländer zu einer stärkeren Öffnung ihrer Märkte für die deutsche Exportindustrie veranlassen.

233. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen wird vielfach auch von solchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflußt, mit denen die Regierungen gar nicht in den Außenhandel eingreifen oder eingreifen wollen. Es ist deshalb verständlich, wenn Unternehmen Maßnahmen dieser Art in anderen Ländern, vor allem Subven-

tionen jeglicher Art, als Verfälschung des internationalen Wettbewerbs bezeichnen und multilaterale Verhandlungen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs verlangen. Subventionen haben — das muß man erkennen — vielfach weitreichende Wirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche und andere Länder. Ein Subventionsabbau in der Bundesrepublik, der — wie der Sachverständigenrat bereits dargelegt hat (JG 85 Ziffern 258ff.) — schon aus internen Gründen geboten ist, kommt diesen Forderungen entgegen und schafft die Voraussetzung dafür, daß sich die Bundesregierung energisch für einen internationalen „Subventions-Abrüstungspakt" einsetzen kann.

Eine andere Meinung

234. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, kommt hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Gesamturteils zu einem anderen Ergebnis. Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während im Sachverständigenrat Einigkeit darüber herrscht, daß hierfür ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum erforderlich ist, gehen die Auffassungen auseinander, welche wirtschaftspolitische Konzeption das heute erfordert. Die Mehrheit ist der Meinung, daß „die Lösung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nur durch eine Stärkung der Marktkräfte bewirkt werden kann" (Ziffer 199). Entsprechend werden Maßnahmen vorgeschlagen, deren Ziel es ist, daß „Verspannungen verhindert und die starken Antriebskräfte freigesetzt werden, die im dynamischen Wettbewerb am Markt wurzeln" (Ziffer 189): unter anderem eine für 1990 vorgesehene Steuerreform, eine sinkende Staatsquote, Marktöffnung, Flexibilisierung, Umschulung und Weiterbildung. Demgegenüber werden Maßnahmen, die an der mittelfristigen Nachfrageentwicklung ansetzen und diese stärken wollen, abgelehnt.

Eine Stärkung der Marktkräfte ist in einer Wirtschaft im Grunde immer sinnvoll, ob nun Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung herrscht, ob das Wachstum schwach oder kräftig ist. Wenn hier dennoch für mehr, nämlich eine insgesamt expansivere Wirtschaftspolitik geworben wird, dann aus verschiedenen Gründen. Angebotspolitische Maßnahmen benötigen häufig viel Zeit, um durchgeführt zu werden und auf den Wirtschaftsprozeß zu wirken. Erst allmählich wird sich der Wachstumsprozeß beleben. Nachdem aber das Ziel der Vollbeschäftigung nun schon über zehn Jahre verletzt ist, bedarf es rascher wirkender Maßnahmen. Mit jedem Jahr, in welchem die Arbeitslosigkeit anhält, wird ihre Bekämpfung schwieriger, weil der Prozeß der strukturellen Verhärtung voranschreitet. Der Abbau der Arbeitslosigkeit duldet keinen Aufschub.

Hinzu kommt, daß dieses Ratsmitglied die Kraft des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs als weniger robust und seine Entwicklung über 1987 hinaus weniger optimistisch beurteilt als die Mehrheit. Selbst wenn die von der Mehrheit geforderten Voraussetzungen, insbesondere eine stabilitätsorientierte Lohn- und Geldpolitik, erfüllt werden, bleibt doch die Labilität des Aufschwungs unverkennbar. Im folgenden wird ausgeführt werden, daß der Wirtschaftsaufschwung in starkem Maße von konjunkturstimulierenden Sonderfaktoren getragen wurde, die sich bald abschwächen dürften. Weiter wird argumentiert, daß Wachstumsreserven ungenutzt geblieben sind, die für einen rascheren Abbau der Arbeitslosigkeit hätten mobilisiert werden können; insofern war das Wachstumstempo bisher eindeutig nicht angemessen. Beides — die Labilität des Wachstumsprozesses und der ungenutzte Wachstumsspielraum — begründet wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf und zugleich wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten. Es wird für eine Wirtschaftspolitik geworben, die — unabhängig vom angebotspolitisch Gebotenen — das Wachstum in der Wirtschaft alsbald zu stärken vermag und der Wirtschaft nicht weitere Belastungen, zum Beispiel durch eine restriktive Ausgabenpolitik des Staates oder durch steigende Zinsen, aufbürdet.

Zu der hier vertretenen Wirtschaftspolitik gehört — und hierin konkretisieren sich die Auffassungsunterschiede — eine schnellstmögliche Durchführung der Einkommensteuersenkung und eine Finanzpolitik, die nicht der Senkung der Staatsquote den Vorrang gibt. Dazu gehört eine Geldpolitik, die mehr auf das Zinsniveau und dessen Auswirkung auf das Investieren achtet, anstatt das Gebot der Stetigkeit auf eine stetige Entwicklung der Zentralbankgeldmenge zu verengen. Dazu gehört auch eine Lohnpolitik — hier sind die Auffassungsunterschiede nicht groß —, die sich ihrer Verantwortung für die Stabilität des Preisniveaus bewußt ist.

235. Die Anzahl der Arbeitslosen ist in diesem Jahr nur geringfügig zurückgegangen, und selbst dieser Rückgang wäre ohne die Änderungen beim Einsatz sozial- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente und ohne die Änderung in der statistischen Erfassung der Arbeitslosen kaum eingetreten. Auch am Ende dieses Jahrzehnts werden, wenn sich der Kurs der Wirtschaftspolitik nicht ändert, noch immer rund 2 Millionen Arbeitslose registriert sein. Die Ratsmehrheit gibt zu bedenken, daß die Schritte, die zu einer schnelleren Verringerung der Arbeitslosigkeit notwendig sind, langfristig die Wachstumskräfte auf der Angebotsseite schwächen könnten. Es darf hierbei aber nicht übersehen werden, daß die Arbeitslosigkeit selbst eine wichtige, vielleicht die wichtigste konstitutionelle Schwäche des gegenwärtigen Wachstumsprozesses ist. Hohe Arbeitslosigkeit ist zugleich ein Verspielen von Wachstumschancen, weil Humankapital im weitesten Sinne, also all das, was der Faktor Arbeit zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen kann, verschwendet und entwertet wird. Eine schnellere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Wachstumskräfte stehen nicht in Konflikt zueinander.

236. Die Arbeitszeitverkürzung wird von der Ratsmehrheit als eine „defensive" Strategie bezeichnet, die keine überzeugende Lösung des Beschäftigungsproblems böte. Aber ein rascherer Abbau der Arbeitslosigkeit ist mit den klassischen Instrumenten der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik allein und

auch mit zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs an den Märkten nicht zu schaffen. Daher muß die Arbeitszeit weiter verkürzt werden. Zumindest ist hier an den Trend der Arbeitszeitverkürzung in den siebziger Jahren anzuknüpfen, als die Arbeitszeit im Durchschnitt um 1 vH jährlich zurückging. Rein rechnerisch entspräche dies einer Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde alle zwei bis drei Jahre. Im Rat herrscht Einigkeit darüber, daß bei entsprechender Experimentierbereitschaft und Flexibilität der Beteiligten neue Formen der Arbeitszeitverkürzung gefunden werden können, die auch nicht die Kosten-Erlös-Relationen der Unternehmen belasten müssen. Intensiviert werden müssen die Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik, die einer weiteren Verhärtung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken und zugleich — in bescheidenem Umfang — dazu beitragen kann, daß auch bei hoher Arbeitslosigkeit die Qualifikation der Unbeschäftigten mit den im Zuge des technischen Fortschritts schnell steigenden Anforderungen einigermaßen Schritt halten kann.

237. Der gegenwärtige Aufschwung ist nach Auffassung dieses Mitglieds des Rates nicht als solide und robust, sondern eher als labil zu kennzeichnen. Eine Quelle der Labilität ist die Außenwirtschaft. Einerseits wäre es ohne die Abwertung der D-Mark bis 1985, ohne die expansive Politik in den Vereinigten Staaten und ohne den Rohölpreisrückgang 1986 um die deutsche Wirtschaftsentwicklung schlechter bestellt gewesen. Aber auch negative Einflüsse kamen von außen, vor allem hohe Realzinsen, die uns bis heute belasten, und zuletzt die starke Aufwertung der D-Mark, die bereits ihre Wirkungen zeigt. Für 1987 und die Jahre danach sind von der außenwirtschaftlichen Seite her überwiegend belastende Einflüsse zu erwarten. Die Ölpreise werden wohl nicht weiter sinken. Die Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik werden schrumpfen, teils als Reflex der Wechselkursentwicklung, teils aber auch, weil auf mittlere Sicht kein Weg daran vorbeiführt, den Entwicklungsländern zusätzliche Absatzchancen in den Industrieländern zu eröffnen.

Auch in der Binnenwirtschaft sind Belastungen zu erkennen. Für die nächste Zukunft ist bereits eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit abzusehen. Dies zeigt sich schon in den Indikatoren. Auftragseingänge und Produktion in der Investitionsgüterindustrie wachsen immer langsamer. Die Kapazitätsauslastung bei Investitionsgütern ist rückläufig. Hierin schlagen sich nicht nur die schlechteren Absatzerwartungen exportorientierter Unternehmen nieder. Auch scheint der Höhepunkt der Erweiterungswelle überschritten. Dort, wo in der letzten Zeit große Investitionsvorhaben abgeschlossen wurden, tritt jetzt notwendigerweise eine gewisse Investitionspause ein. Daran ist kurzfristig nichts zu ändern. Zusätzliche Belastungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kämen aber von der Wirtschaftspolitik hinzu, wenn — gemäß den Vorstellungen der Mehrheit im Sachverständigenrat — die Staatsausgaben künftig langsamer wachsen sollten als die gesamtwirtschaftliche Produktion, weil die Staatsquote gesenkt werden soll.

Vor diesem Hintergrund beurteilt dieses Mitglied des Rates die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung skeptischer als die Mehrheit. Wohlgemerkt: Es ist nicht die Rede davon, daß ein Konjunktureinbruch unmittelbar bevorstünde, der schnell antizyklische Reaktionen erforderlich machen würde. Über diese Prognose, wie sie sich in unserem Zahlenwerk ausdrückt, besteht kein Dissens. Es geht vielmehr um eine drohende Abschwächung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums.

238. Das gegenwärtige Wachstumstempo ist nicht angemessen. Ein höheres Wachstum wäre in diesem Aufschwung möglich gewesen. Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Jahren mit ihrem durchschnittlichen Wachstum von rund 2½ vH sicherlich nicht an die Obergrenze ihrer auch kurzfristig mobilisierbaren Wachstumsmöglichkeiten geraten. Der Vergleich mit Ländern, denen sich die Bundesrepublik wirtschaftlich nicht unterlegen fühlen muß, in denen das Wachstum der letzten Jahre gleichwohl schneller war — wie in den Vereinigten Staaten — spricht dagegen. Die Mehrheit ist offenbar auch nicht prinzipiell pessimistisch: „Es wird übersehen, daß wesentliche Gründe für die Wachstumsschwäche der letzten Jahre teils nicht mehr bestehen, teils an Bedeutung verlieren werden" (JG 85 Ziffer 233). Das vom Sachverständigenrat berechnete gegenwärtige Produktionspotential kann, auch wenn unsere Berechnungen zur Zeit eine „normale" Auslastung anzeigen, nicht als eine Obergrenze für den Wachstumspfad gelten, wie es die Mehrheit des Rates sieht. Die Wachstumsrate des Produktionspotentials dürfte nach unten verzerrt sein, weil mit den verwendeten Methoden der Einfluß der gegenwärtigen Modernisierungswelle auf die Produktivität nicht zeitnah erfaßt werden kann (Ziffer 80). Noch unsicherer ist die Prognose des Potentialwachstums, weil dieses Konzept grundsätzlich nicht erfaßt, daß Unternehmen auf Kapazitätsengpässe relativ schnell mit Erweiterungsinvestitionen reagieren, wenn sie darin einen Sinn sehen; die Kapazitätserweiterungen, die die Investitionsgüterhersteller vorgenommen haben, sind ein Beispiel für diese hohe Anpassungsfähigkeit. Dafür, daß gegenwärtig Engpässe in einer für die Gesamtwirtschaft relevanten Breite noch nicht bestehen, spricht auch, daß Knappheitssignale wie verstärkte sektorale Preissteigerungen oder längere Lieferzeiten in einzelnen Branchen zur Zeit nicht zu erkennen sind.

239. Beschäftigungsgerecht ist heute eine Wirtschaftspolitik, die dazu beiträgt, den Abschwächungstendenzen in der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung entgegenzuwirken und den vorhandenen Wachstumsspielraum auszunutzen. Das ist die Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Eine mittelfristig orientierte Wachstumsstützung ist erforderlich. Ein kurzatmiges Beschäftigungsprogramm — darüber besteht Einigkeit — würde den Problemen nicht gerecht. Die Wirtschaftspolitik muß insgesamt und mittelfristig expansiver geführt werden als in den letzten Jahren. Es ist selbstverständlich, daß dabei Vorkehrungen gegen ein Wiederaufleben der Inflation getroffen werden müssen und auch getroffen werden können. Gegen eine Fi-

nanzpolitik und Geldpolitik, die auch an der Nachfrage ansetzen, wird gelegentlich eingewendet, der Staat sollte lediglich die Rahmenbedingungen gestalten, nicht aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beeinflussen suchen. Hierbei wird jedoch übersehen, daß von den staatlichen Dispositionen, sei es im Bereich der öffentlichen Finanzen über Steuern und Staatsausgaben, sei es im monetären Bereich über die Formen der Geldversorgung, stets auch Nachfrageeffekte ausgehen, ob sie nun gewünscht sind oder nicht. Worauf es nun ankommt, ist, diese Nachfrageeffekte so zu gestalten, daß sie zur Nutzung der mittelfristig vorhandenen Wachstumsmöglichkeiten beitragen. Im übrigen stehen eine Finanzpolitik und eine Geldpolitik, die auch an der Nachfrage ansetzen, nicht im Widerspruch zu einer Politik, die die Rahmenbedingungen der Wirtschaft verbessern will. Beides ergänzt sich.

240. Von den klassischen Politikbereichen steht die Finanzpolitik heute im Mittelpunkt einer Politik der Wachstumsstimulierung. Auf der Einnahmenseite geht es um die geplante große Steuerreform. Statt sie auf 1990 zu verschieben, sollte sie sobald wie möglich in Angriff genommen werden. Da die Steuersenkung vornehmlich über eine Entlastung der Einkommen und Stärkung der Konsumausgaben auf das Wachstum wirken wird, wäre es widersinnig, wenn die Senkung bei der Einkommensteuer durch eine Erhöhung der Verbrauchsbesteuerung finanziert würde. Gegen die Verbrauchssteuererhöhung bestehen auch verteilungspolitische Bedenken. Die für 1988 beschlossene Steuersenkung sollte vorgezogen oder im Volumen erhöht werden.

Auf der Ausgabenseite geht es darum, Belastungen für die Wirtschaftsentwicklung zu vermeiden. Eine Senkung der Staatsquote in einer Zeit, in der die Wirtschaft unbefriedigend wächst, ginge in die falsche Richtung. Aus wachstumspolitischer Sicht ist zu begrüßen, daß der Staat insgesamt seine Ausgaben 1986 und 1987 mit einer höheren Rate expandieren läßt, als es vom Finanzplanungsrat vorgesehen war und von der Mehrheit des Sachverständigenrates befürwortet wird. Dieser Kurs sollte vorerst beibehalten werden.

241. Gegen eine expansivere Finanzpolitik, selbst wenn sie nicht auf kurzfristige Beschäftigungsprogramme, sondern auf mittelfristige Wachstumsstützung gerichtet ist, wendet die Mehrheit ein, daß sie zu höheren Staatsdefiziten führe, was zinstreibend wirke. Für dieses Zinsargument gibt es nur schwache Belege. Das Staatsdefizit ist nur einer von vielen Bestimmungsgründen des Zinses, und es ist nicht einmal zwingend, daß steigende Staatsdefizite zu einer Übernachfrage am Kreditmarkt führen, was ja die Voraussetzung für Zinssteigerungen wäre. Selbst da, wo das Staatsdefizit in den letzten Jahren am spektakulärsten zunahm, in den Vereinigten Staaten, stiegen die Zinsen nicht, sondern sanken sie sogar beträchtlich. Ebenso fraglich ist — in umgekehrter Richtung —, ob von weniger stark steigenden Staatsausgaben und schrumpfenden Staatsdefiziten deutliche Zinssenkungsimpulse ausgehen. Der Staat kann zwar bei relativ sinkenden Ausgaben seine Kreditaufnahme einschränken; im privaten Bereich fallen dann aber gleichzeitig Einnahmen aus, was dort zu vermehrter Kreditnachfrage oder zu sinkenden Ersparnissen und damit sinkendem Kreditangebot führt. Die Fälle, in denen durch höhere Staatsdefizite wirklich Zinssteigerungen entstehen — etwa wenn der Staat in einer vollbeschäftigten Wirtschaft zusätzliche Ausgaben auf Kredit tätigt und die Zentralbank die zu erwartenden Preissteigerungen mit Restriktion beantwortet —, stehen heute nicht zur Diskussion. Heute träfen höhere Staatsdefizite auf eine Wirtschaft mit ungenutzten Ressourcen und stabilen Preisen. Von den Kapitalmarktwirkungen her spricht daher nichts gegen eine expansivere Finanzpolitik.

Die Befürchtung der Mehrheit, ein höheres Staatsdefizit stelle die Solidität der Finanzpolitik in Frage, kann hinsichtlich der hier vertretenen Finanzpolitik nicht geteilt werden. Nach dem Konzept der Mehrheit gilt eine jährliche Kreditaufnahme des Staates in Höhe von 1,5 vH in Relation zum Produktionspotential als unbedenklich, obgleich auch damit der Schuldenstand des Staates ständig weiter wächst. Es leuchtet letztlich nicht ein, warum ein bei einer expansiveren Politik vielleicht um einen Prozentpunkt höheres Defizit (gemessen am Produktionspotential) nicht mehr mit solider Haushaltsführung vereinbar sein sollte. Unabhängig davon ist auch für das Soliditätsargument die empirische Basis schwach. Länder mit relativ viel höheren Defiziten und viel höherer Staatsverschuldung als die Bundesrepublik, etwa die Vereinigten Staaten oder die Niederlande, mußten deshalb keine Finanzkrisen hinnehmen und erlebten auch keine massiven Kapitalverlagerungen ins Ausland. Diese Beispiele belegen, was ohnehin einleuchtend ist: Nicht das Staatsdefizit selbst, sondern warum es zustande kommt, prägt die Einschätzungen über die Finanzpolitik. Staatsdefizite, die ein leichtfertiges Ausgabengebaren des Staates reflektieren, werden berechtigt Besorgnis auslösen. Davon kann aber nicht die Rede sein, wenn das Staatsdefizit aus einer allgemein gewünschten, wachstumspolitisch wohlbegründeten Steuersenkung als Bestandteil eines mittelfristig angelegten Konzepts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit folgt. Zudem darf nicht vergessen werden, daß das Staatsdefizit abnehmen wird, sobald das Wachstum auf die Steuerreform reagiert. Wenn dann das Wachstumstempo stärker geworden ist, kann über das Verhältnis von Staatsausgaben und Sozialprodukt neu nachgedacht werden.

242. Die Geldpolitik kann die Wachstumskräfte stützen, indem sie die im Wachstumsprozeß benötigte Geldmenge zu angemessenen Zinsen bereitstellt. Mit Recht werden heute die hohen Realzinsen beklagt, die nach wie vor eine Bremse für die Kapitalbildung darstellen und mitverantwortlich sind für das unbefriedigende Wachstum der letzten Jahre. Über ihre Refinanzierungskonditionen kann die Notenbank auf die langfristigen Zinsen, um die es mit Blick auf das Wachstum ja geht, einwirken, wenngleich sie diese Zinsen auch nicht voll im Griff hat. Sicherlich würde es nicht gelingen, den langfristigen Zins etwa noch gegen die Markttendenzen

dauerhaft herabzudrücken. Darum geht es auch gar nicht. Viel wäre schon gewonnen, wenn nicht die Geldpolitik ihrerseits einer Zinssenkung im Wege stünde. In den Jahren des jetzigen Aufschwungs, mit Ausnahme von 1986, reichte die real verfügbar gemachte Geldmenge gerade aus, um das mäßige Wachstum des Bruttosozialprodukts zu finanzieren. Für nachhaltige Zinssenkungen wäre ein größerer Spielraum der Zentralbankgeldmenge erforderlich gewesen.

In diesem Jahr sieht die Bilanz günstig aus. Die Zentralbankgeldmenge hat durch die Zielüberschreitung ein höheres Volumen erreicht als zunächst erwartet. Wenn man das erhöhte Geldmengenniveau beibehalten würde, das heißt genauer: Wenn die Zentralbankgeldmenge von dem höheren Niveau aus mit der mittelfristig akzeptablen Rate von 4,5 vH weitergeführt wird, sind die Chancen für eine nachhaltige mittelfristige Zinssenkung von hierher günstig. Im Augenblick ist die Neigung zur Kassenhaltung, deren Anstieg für die Zielüberschreitung bei der Zentralbankgeldmenge in erster Linie verantwortlich ist, noch hoch. Daß sie dauerhaft hoch bleiben wird, damit muß nicht gerechnet werden. Sobald sie aber sinkt, werden Mittel auch zum Kauf von Wertpapieren genutzt werden, was am Kapitalmarkt auf die Zinsen drücken wird. Wann und in welchem Ausmaß das eintreten wird, kann man nicht voraussehen; es wird auch davon abhängen, wie sich der Zins im Ausland und die Wechselkurserwartungen entwickeln. Voraussetzung für weiteren Zinsdruck von der Geldpolitik her ist jedoch, daß das erhöhte Niveau der Geldmenge erhalten bleibt. Eine Rückführung dieses Niveaus dadurch, daß die Wachstumsrate der Zentralbankgeldmenge einige Zeit unter der mittelfristig akzeptablen Rate gehalten wird, wie es dem Konzept der Mehrheit entspricht, stünde dem entgegen.

243. Der angemessenen Berücksichtigung des Zinses im geldpolitischen Kalkül steht es entgegen, daß geldpolitische Zielvorgaben nur für die Zentralbankgeldmenge formuliert werden. Das leistet der Fehleinschätzung Vorschub, die Stabilisierung der Geldmengenentwicklung entlang einem Zielpfad sei eine wichtige Aufgabe der Geldpolitik. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn Geldmengenziele sogar für mehrere Jahre im voraus für zweckmäßig gehalten werden, wie es die Mehrheit sieht. Die herkömmlichen Zentralbankgeldziele sind auch deshalb fragwürdig, weil die Zentralbankgeldmenge die vielfältigen Entwicklungen im monetären Bereich nur unzureichend abbildet. Die geldpolitische Zielplanung ist revisionsbedürftig. An die Stelle bloßer Zentralbankgeldziele könnte zum Beispiel ein System monetärer Indikatoren treten. Leicht zu entwickeln ist ein solches System nicht. Gleichwohl spricht einiges dafür, bereits heute auf die Zentralbankgeldziele in ihrer bisherigen Form zu verzichten; der Zentralbankgeldmenge sollten andere monetäre Variablen einschließlich der Zinsen mit gleichem Rang zur Seite gestellt werden.

Dabei ist nicht zu befürchten, daß bei Verzicht auf ein reines Zentralbankgeldziel den Märkten die Orientierung über die Geldpolitik verloren ginge. Bisher haben sich die Akteure an den monetären Märkten wie am Devisenmarkt ohnehin nie allein auf die Zentralbankgeldmenge verlassen, sondern sich auch an anderen monetären Größen orientiert. Ebenso sind Zentralbankgeldziele nicht erforderlich, um den Märkten die Konsistenz, Kontinuität und Glaubwürdigkeit der deutschen Geldpolitik zu vermitteln. Die Reputation der Deutschen Bundesbank, ihr guter Ruf als Bewahrer von Stabilität hängt wahrlich nicht in erster Linie davon ab, ob die Bundesbank ein Zentralbankgeldziel formuliert und ob sie es genau einhalten kann.

244. Die Mehrheit des Rates weist immer wieder auf Inflationsgefahren hin, die mit einer expansiveren Geldpolitik verbunden sein können. Der Inflationsprozeß muß in der Tat im Zaum gehalten werden, aber diese Forderung richtet sich — so wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen — in erster Linie an die Akteure im Verteilungskampf. Denn im Kern entstehen Inflationsprozesse in der Regel dadurch, daß der Verteilungskampf national und international intensiver wird. Was international geschieht, haben wir nicht im Griff. Im nationalen Bereich geht es um wachstumsgerechte, aber auch um stabilitätsgerechte Lohnsteigerungen. Hierüber gibt es im Sachverständigenrat keinen Dissens.

Die Mehrheit interpretiert die Zielüberschreitung bei der Zentralbankgeldmenge so, daß damit ein Inflationspotential entstanden sei. Dies ist vereinbar mit der theoretischen Vorstellung, die Nichtbanken hielten in diesem Umfange „überschüssige Kasse", also mehr Geld, als sie zu halten wünschten. Diese überschüssige Kasse könne bald auf den Gütermarkt drängen und zu Preissteigerungen führen. Nach einer mit dieser Auffassung konkurrierenden theoretischen Vorstellung, die dieses Mitglied des Rates vertritt, hält kein Bürger und kein Unternehmen mehr Geld in seiner Kasse, als aufgrund der geplanten Transaktionen, des Zinses, der Informationen über die Preise und anderer Variablen erforderlich ist. Die vorhandene Kasse ist gewünschte Kasse. Sie ist nicht an sich schon ein Inflationspotential.

Es kann sein, daß die Bürger morgen aufgrund anderer Gegebenheiten vielleicht einen geringeren Kassenbestand halten wollen als heute. Solche Änderungen in der Neigung zur Kassenhaltung muß die Bundesbank dann, wenn sie eintreten, bei ihren aktuellen geldpolitischen Maßnahmen berücksichtigen. Was die angemessene geldpolitische Reaktion sein wird, hängt davon ab, ob die dann frei werdende Kasse für Wertpapierkäufe mit dem Effekt sinkender Zinsen, für Güterkäufe mit der Wirkung von mehr Produktion oder für Güterkäufe mit der Wirkung steigender Preise verwendet wird. Schon heute, sozusagen vorsorglich, ein vermeintliches Inflationspotential durch die Geldpolitik abschöpfen zu wollen, hieße, bereits heute Restriktionsdruck zu verursachen. Prophylaktische Restriktionspolitik in einer Zeit, in der Preisniveaustabilität herrscht, aber die Arbeitslosigkeit hoch und das Wachstum unbefriedigend ist, ist nicht sinnvoll.

Soweit die Meinung dieses Mitglieds des Sachverständigenrates.

TEIL B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Internationale Währungspolitik: Warnung vor falschen Weichenstellungen

245. Die internationale Währungsordnung setzt entscheidende Rahmenbedingungen für den internationalen Güter- und Kapitalverkehr. Die Regelung der Wechselkursfrage steht dabei im Zentrum. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der siebziger Jahre herrschen zwischen den wichtigsten Währungen flexible Kurse. Sie waren in den vergangenen Jahren heftigen kurzfristigen und ausgeprägten mittelfristigen Schwankungen unterworfen. Gleichzeitig wiesen die Leistungsbilanzen der großen Welthandelsnationen große Ungleichgewichte auf. Diese Entwicklung hat eine intensive Diskussion ausgelöst, in deren Verlauf weitreichende Forderungen nach einer Reform des bestehenden Systems erhoben wurden.

246. Anlaß der Reformvorschläge sind weniger die heftigen kurzfristigen Ausschläge der Wechselkurse als vielmehr die ausgeprägten mittelfristigen Veränderungen, wie sie sich beispielsweise im D-Mark-Kassakurs für den US-Dollar zeigen (Schaubild 31). Diese über Jahre gehenden Bewegungen der Wechselkurse lassen sich nicht allein auf unterschiedliche Inflationsraten in den einzelnen Ländern zurückführen; auch die realen Wechselkurse weisen erhebliche Schwankungen auf (Ziffer 24). Diese Schwankungen kann man nicht mit Veränderungen der fundamentalen güterwirtschaftlichen Gegebenheiten erklären.

Folglich gingen von diesen Veränderungen der realen Wechselkurse gravierende Wirkungen aus: Der Preiswettbewerb zwischen den Anbietern aus verschiedenen Ländern wurde in erheblichem Maße verfälscht; die Güterströme entsprachen insoweit nicht mehr den komparativen Vorteilen einer optimalen internationalen Arbeitsteilung. Als Konsequenz dieser Entwicklung ist das internationale Leistungsbilanzgefüge verzerrt. Weil Investoren und Produzenten durch die Wechselkursbewegungen in ihrem Kalkül fehlgeleitet oder zumindest in hohem Maße verunsichert worden sind, haben sich in den einzelnen Volkswirtschaften auch strukturelle Verwerfungen eingestellt. Zudem haben die außenwirtschaftlichen Störungen die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern erheblich belastet.

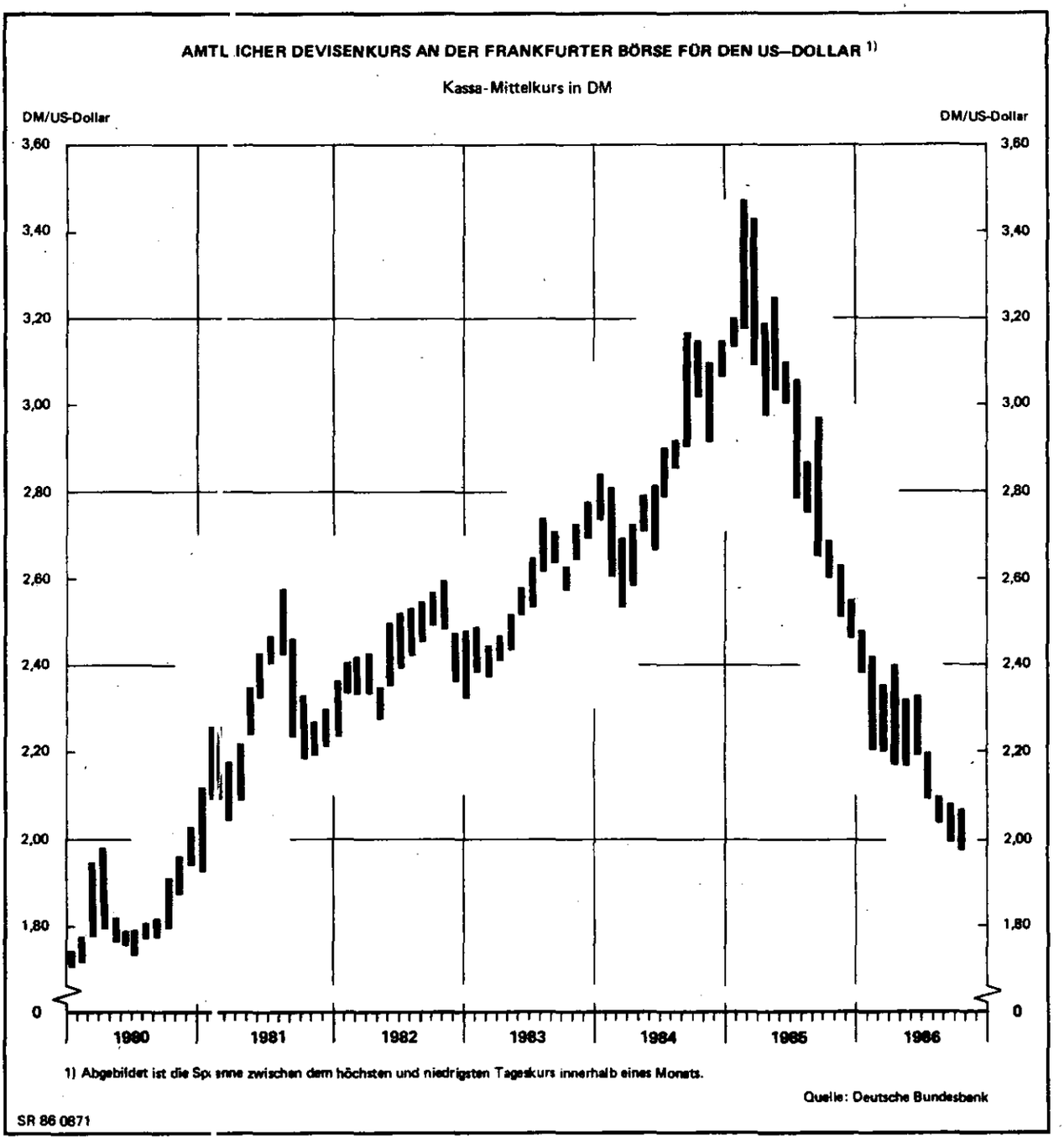
Mißt man diese Entwicklungen der vergangenen Jahre an den Bedingungen einer funktionierenden internationalen Währungsordnung, muß man zu dem Schluß kommen, daß die Wechselkurse ihre Funktion nicht zufriedenstellend erfüllt haben. Das Weltwährungssystem ist in diesem Sinne gegenwärtig defekt.

247. Die starken Schwankungen der realen Wechselkurse sind weitgehend von internationalen Kapitalbewegungen hervorgerufen worden. Aufgrund ihres immensen Volumens und der hohen Mobilität haben die internationalen Kapitalströme in den vergangenen Jahren die Kursbildung auf den Devisenmärkten dominiert, der Kapitalverkehr hat gegenüber dem internationalen Handel eine Führungsrolle eingenommen. An die Wechselkursbewegungen, die von den Kapitalströmen ausgelöst werden, können sich die Güterströme nur vergleichsweise langsam anpassen. Güterwirtschaftliche Anpassungen, nicht zuletzt im Investitionsbereich, sind vielfach noch nicht abgeschlossen, wenn sich auf den internationalen Finanzmärkten bereits wieder andere Tendenzen mit entsprechender Wirkung auf die Wechselkurse durchgesetzt haben. Aus güterwirtschaftlicher Sicht wird insoweit der internationale Kapitalverkehr zu einem Störfaktor, der die Faktorallokation erheblich beeinträchtigt. Die Dominanz des internationalen Kapitalverkehrs zeigt sich auch in der verstärkten Rücksicht, welche die nationale Wirtschaftspolitik auf die möglichen Reaktionen der internationalen Finanzmärkte nehmen muß (JG 85 Ziffer 179). Insbesondere die Länder, deren Währungen auf diesen Märkten eine wichtige Rolle spielen, sind in bisher ungekanntem Ausmaß vom Vertrauen der Anleger abhängig.

248. Mit dem Übergang zu einem System flexibler Wechselkurse verband sich die Hoffnung, Autonomie für die nationale Geldpolitik und Finanzpolitik zu erlangen. Tatsächlich gewähren flexible Wechselkurse im Vergleich mit festen im großen und ganzen mehr Unabhängigkeit bei der Kontrolle des nationalen Preisniveaus. Weitergehende Erwartungen haben sich bei zunehmender internationaler Verflechtung der Gütermärkte und der Finanzmärkte größtenteils nicht erfüllt. Veränderungen des realen Wechselkurses schränken den Handlungsspielraum der nationalen Wirtschaftspolitik ein und stellen diese immer wieder vor die Frage, inwieweit die Geldpolitik und die Finanzpolitik wegen der Wechselkursentwicklung zu korrigieren oder wegen möglicher Rückwirkungen auf den Wechselkurs von vornherein anders zu führen sind.

249. Will man die eigentlichen Ursachen für die Wechselkursschwankungen erfassen, muß man berücksichtigen, daß sich Anbieter von Geldkapital bei ihren Anlageentscheidungen von Rendite- und Sicherheitsüberlegungen leiten lassen. Soweit die aus diesem Kalkül resultierenden internationalen

Schaubild 31



Kapitalbewegungen den Unterschieden in der Rentabilität der Investitionen beziehungsweise der Knappheit des Kapitals folgen, erfüllen die korrespondierenden Wechselkursbewegungen einen wichtigen Zweck, indem sie den Realtransfer ermöglichen beziehungsweise erleichtern. Die diesen Kapitalverkehr ermöglichenden Wechselkursbewegungen sind kein Störfaktor.

In der Tat liegt die Ursache für Verlagerungen von Kapital zwischen den verschiedenen Finanzmärkten beziehungsweise Währungen in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Teil nicht bei solchen güterwirtschaftlichen Faktoren. Vielmehr hat der unterschiedliche Kurs der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern zeitweise ein erhebliches Rendite- und Sicherheitsgefälle erzeugt und damit massive Kapitalbewegungen ausgelöst. Die abrupten Veränderungen des Ausmaßes oder gar der Richtung dieses Gefälles, hervorgerufen durch Kurswechsel der Politik, haben sich dabei als besonders störend erwiesen. Instabilitäten im Kurs der Geldpolitik schlagen sich in stark schwankenden Zinsen sowie in der Erwartung von Aufwertungen oder Abwertungen nieder; hiervon werden wiederum die internationalen Kapitalströme bestimmt.

Auch von der Finanzpolitik gehen — etwa wegen des Einflusses eines hohen Haushaltsdefizits auf den Zins — solche Wirkungen aus. Sich selbstverstärkende destabilisierende Prozesse auf den Finanz- und Devisenmärkten sind unter diesen Umständen nicht auszuschließen.

250. Vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge für eine Neuordnung des internationalen Währungssystems zu verstehen; von hier aus sind sie auch zu beurteilen. Als Ziel verfolgen diese Empfehlungen die Beseitigung oder Verminderung der für die vergangenen Jahre konstatierten Verzerrungen im internationalen Wechselkursgefüge und dadurch einen Abbau der hohen Leistungsbilanzungleichgewichte der großen Welthandelsnationen.

Bei aller Vielfalt enthalten die Vorschläge zwei gemeinsame Elemente, nämlich

— die Anhebung der Wechselkurse in den Rang eines wirtschaftspolitischen Zwischenziels in allen Ländern, zumindest in den wichtigsten Weltwährungsländern, und

— einen stärkeren Zwang zur internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik.

Forderungen nach einem System gestalteter Wechselkurse

251. Der Vorschlag, ein System gestalteter Wechselkurse zu praktizieren, sieht vor, bestimmte Wechselkurse oder Zielzonen für Wechselkurse anzustreben. Dies bedeutet eine Abwendung von einem System flexibler Wechselkurse, in dem die Devisenkurse prinzipiell im freien Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, und eine Hinwendung in Richtung auf ein Festkurssystem. Dies soll auf zwei Wegen verwirklicht werden,

— durch eine stärkere Ausrichtung der Geldpolitik und zum Teil auch der Finanzpolitik auf die Wechselkurse und

— durch abgestimmte Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten (managed floating).

Die Hauptrolle soll dabei die wechselkursorientierte Stabilitätspolitik spielen, die Notenbankinterventionen stellen flankierende Maßnahmen dar.

Hinter diesen Vorstellungen über eine Neuordnung des internationalen Währungssystems steht auf offizieller amerikanischer Seite eine geänderte Einstellung zur Bedeutung des Wechselkurses. Wurde dieser bislang als ein Marktpreis wie jeder andere verstanden und hingenommen, wird er jetzt als eine Größe angesehen, die von entscheidender Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Anbieter und darüber hinaus für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist. Aus dieser Erkenntnis heraus resultiert die Absicht, die Kurshöhe „zu gestalten". Noch wichtigere Gründe für diesen Einstellungswandel dürften allerdings darin liegen, daß die Vereinigten Staaten hoffen, so ihr hohes Haushaltsdefizit ohne Zinssteigerungen finanzieren zu können, und daß die Regierung dem immer stärkeren protektionistischen Druck im eigenen Land wirksamer entgegentreten kann.

252. Ein System gestalteter Wechselkurse verheißt eine Abkehr von den ausgeprägten Schwankungen der realen Wechselkurse. Begründet wird dieser Vorschlag hauptsächlich mit folgenden drei Argumenten:

— Die Festlegung der Wechselkurse oder der Zielzonen in internationalen Verhandlungen muß von einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern begleitet sein. Beabsichtigt ein Land, den Kurs seiner Politik zu ändern, setzt dies vorhergehende Konsultationen und damit Rücksichtnahme auf die Belange der Partnerstaaten voraus. Eine „beggar-thy-neighbour-policy" soll damit von vornherein ausgeschlossen werden. Änderungen der Wechselkurse oder Revisionen der Zielzonen sind in diesen Abstimmungsprozeß einbezogen. Dieser Zwang zur Koordination wird als angemessen für eine Entwicklung gesehen, die durch eine immer stärkere Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften gekennzeichnet ist.

— In einem System gestalteter Wechselkurse verlieren die nationale Geldpolitik und die Finanzpolitik an Handlungsspielraum: Von den Wechselkursen geht eine disziplinierende Wirkung aus. Somit kann die nationale Wirtschaftspolitik nicht ihrerseits zur Ursache internationaler Kapitalverlagerungen und damit verbundener Schwankungen der realen Wechselkurse werden. Die Devisenkurse gewinnen damit weitgehend ihre Funktion zurück, eine optimale internationale Arbeitsteilung zu ermöglichen.

— Heftig schwankende flexible Wechselkurse verzerren die internationale Allokation der Produktionsfaktoren. Ein System gestalteter Wechselkurse stellt demgegenüber einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine Weltwährungsordnung dar, in der es im Idealfall nur noch eine einheitliche Währung gibt, die letztlich Voraussetzung dafür ist, daß die Vorteile der Arbeitsteilung — wie innerhalb der jetzigen Währungsgebiete — auch auf internationaler Ebene vollständig genutzt werden können.

253. Die Forderung nach Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken wird auch unabhängig von dem Vorschlag erhoben, ein System gestalteter Wechselkurse einzuführen. Gemeinsam ist diesen Forderungen, die in verschiedenen Varianten vertreten werden, der Gedanke, zumindest die wichtigsten Weltwährungsländer zu verpflichten, ihre geldpolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen von Fall zu Fall aufeinander abzustimmen. Damit soll gesichert werden, daß ein Land nicht seine Interessen auf Kosten der Partner verfolgt, diese damit letztlich zu Gegenmaßnahmen veranlaßt und auf diese Weise einen zeitraubenden Prozeß von Aktionen und Reaktionen auslöst, in dem schließlich alle schlechter gestellt werden. Auf dem Wege der Koordination der Wirtschaftspolitik soll gleichzeitig ein

wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurse geleistet werden.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die veränderte Machtstruktur auf den internationalen Gütermärkten und Finanzmärkten verwiesen. Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Vereinigten Staaten ist inzwischen so weit zurückgegangen, daß dieses Land allein eine verantwortungsvolle und von den anderen Ländern akzeptierte Führungsrolle nicht mehr ausfüllen kann. Damit entsteht eine für die Stabilität des hochgradig komplexen und interdependenten Systems der Weltwirtschaft bedrohliche Situation. Als gegenwärtig allein verfügbarer Ausweg bietet sich nach dieser Auffassung eine enge Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen den wichtigsten Weltwährungsländern an.

Forderungen führen auf falsche Wege

254. Hinter der Forderung, ein System gestalteter Wechselkurse einzuführen, steht der Anspruch, das Problem unerwünschter Wechselkursschwankungen direkt anzugehen und durch einen Akt politischer Entscheidungen zu beseitigen oder doch entscheidend zu vermindern. Genau hier liegt die erste Schwäche dieses Vorschlags: Am Anfang müßte eine Einigung über die Austauschrelationen der einzelnen Währungen und die erlaubten Abweichungen (Bandbreiten) stehen. Allein die Differenzen in den Ansichten über die festzulegende Relation wichtiger Währungen zum Dollar zeigen, daß eine solche Entscheidung nur als politischer Kompromiß möglich ist — ganz abgesehen von der Schwierigkeit, den Gleichgewichtskurs objektiv zu bestimmen. Gleiches gälte im übrigen für die allfällig notwendigen späteren Änderungen der Kurse.

Ein System gestalteter Wechselkurse wäre damit von Anfang an mit der Hypothek mehr oder weniger falscher Wechselkurse und den daraus resultierenden Vorbelastungen der nationalen Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern belastet. Aus ordnungspolitischer Sicht gibt jedoch den Ausschlag, daß die Politik über die Wechselkurse entscheiden soll. Eine Politisierung der Wechselkurse kann wahrlich nicht als Verbesserung der Weltwährungsordnung angesehen werden. Sie schafft vielmehr eine weitere Ursache für internationale Konflikte und zusätzliche Unsicherheit. Dem Verlangen nach stabilen und verläßlichen Rahmenbedingungen für den internationalen Wirtschaftsverkehr läuft dies völlig zuwider.

255. Jedes System mehr oder minder fester Wechselkurse bedingt einen Zwang zur Vereinheitlichung der nationalen Inflationsraten und damit eine Unterwerfung der nationalen Wirtschaftspolitik unter das Diktat des Wechselkurses.

Dieses Erfordernis wird gesehen; denn die Notwendigkeit einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik wird betont. Für die Abstimmung der nationalen Geldpolitik und Finanzpolitik ist aber ein Verfahren vorgesehen, das die einzelnen Länder letztlich nicht dem aus dem Wechselkurssystem resultierenden automatischen Zwang unterwirft, weil sie binnenwirtschaftliche Entwicklungen berücksichtigen dürfen.

Ebensowenig ist eine sinnvolle Koordination der nationalen Wirtschaftspolitik auf dem Wege zu erreichen, daß die gesamtwirtschaftlichen Zielwerte und die dazu passenden geldpolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen in einem permanenten Abstimmungsprozeß gegenseitig abgesprochen werden. Allein schon wegen des unlösbaren Problems, den für die Durchführung einer konsistenten diskretionären Politik der verschiedenen Länder erforderlichen Informationsstand zu realisieren, ist dieser Versuch bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß die nationale Lohnpolitik wohl kaum in diesen Koordinationsprozeß einbezogen werden kann und damit ein entscheidendes Element unterschiedlicher nationaler Entwicklungen ausgeklammert bleibt.

Schließlich fehlt sowohl im System gestalteter Wechselkurse als auch bei der Koordination diskretionärer Politik die Bindung an einen Standard — sei es in Form einer Leitwährung, sei es über einen Warenkorb —, der die Inflationsgefahr begrenzt. Als Störfaktor gilt jeweils eine nationale Politik, die vom „Durchschnitt" abweicht. Dabei wird prinzipiell nicht danach unterschieden, ob diese Abweichung in einem mehr an der Geldwertstabilität orientierten oder in einem stärker inflationären Kurs liegt. Es ist schwer vorstellbar, daß sich im weltweiten Koordinationsprozeß ein stabilitätsorientiertes Land dem internationalen Druck zur Anpassung über eine stärker expansive Politik auf Dauer erfolgreich widersetzen kann.

256. Alle Vorschläge zur Einführung gestalteter Wechselkurse sehen mehr oder minder weite Bandbreiten und die Möglichkeit gelegentlicher Anpassungen der Leitkurse vor. Damit soll dieses System die Vorteile der Anpassungsfähigkeit flexibler Kurse und — jedenfalls mittelfristig — die Stabilität fester Kurse verbinden. Die Anpassungsfähigkeit der Wechselkurse muß deshalb erhalten bleiben, weil es auch bei abgestimmter Wirtschaftspolitik Gründe für Verschiebungen der Wechselkurse gibt, zum Beispiel Änderungen der fundamentalen Gegebenheiten. Die Hoffnung auf Stabilität in einem solchen weltweiten System ist allerdings trügerisch. Größere Bandbreiten und erst recht die Möglichkeit der Leitkursänderung eröffnen letztlich der nationalen Geldpolitik entsprechende Handlungsspielräume, die, wenn sie genutzt werden, dem Sinn und Ziel der Abstimmung der Wirtschaftspolitik widersprechen. Dann wird der Anpassungsbedarf bei den Wechselkursen schneller und stärker eintreten, als dies eigentlich vorgesehen ist; die Erwartung stabilerer Kurse wird dann nicht erfüllt.

Der Grund für diese voraussichtliche Entwicklung ist in den internationalen Kapitalbewegungen zu suchen, die man mit der Einführung des Systems glaubt einschränken zu können. Schon bei den ersten Anzeichen der Notwendigkeit eines Realignment der Wechselkurse werden in einem

solchen System zwangsläufig Kapitalverlagerungen ausgelöst, denen auch abgestimmte Interventionen der Notenbanken wenig entgegenzusetzen haben.

Die Erfahrungen aus dem Scheitern des Bretton-Woods-Systems, das in der Endphase mit größeren Bandbreiten und häufigeren Anpassungen der Leitkurse nicht weit von der grundlegenden Idee gestalteter Wechselkurse entfernt war, scheinen in Vergessenheit geraten zu sein. Im Jahre 1973 brach das System endgültig zusammen, obwohl nur vergleichsweise bescheidene Beträge aus abwertungsbedrohten Währungen abgezogen und in aufwertungsverdächtigen Währungen angelegt worden waren; Verschiebungen der Terms of Payment taten ein übriges, um den Zwang zur Wechselkursanpassung unausweichlich zu machen.

Inzwischen ist das Volumen der internationalen Finanzmärkte auf ein Vielfaches gestiegen, entsprechend riesig wären die Summen, die in Bewegung gesetzt würden, wenn vermutete Leitkursänderungen einseitige Wechselkurserwartungen auslösen. Mögen Notenbankinterventionen, zumal in abgestimmten Aktionen, im Einzelfall und bei kurzfristigen Marktstörungen durchaus Erfolg zeitigen, gegenüber einseitigen massiven Kapitalverlagerungen wären sie völlig machtlos — das System gestalteter Kurse müßte unter diesem Ansturm zusammenbrechen.

Worauf es ankommt: Stetige Wirtschaftspolitik

257. Die diskutierten Vorschläge zu einer Neuordnung des internationalen Währungssystems als ungeeignet abzulehnen, heißt nicht, vor den ausgeprägten Schwankungen der realen Wechselkurse zu resignieren. Da diese zu einem wesentlichen Teil der unterschiedlichen und wechselhaften nationalen Geldpolitik und Finanzpolitik einzelner Länder zugeschrieben werden müssen, gilt es, hier anzusetzen.

Wenn die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern verläßlich ihren angekündigten Kurs hält und anhaltend hohe Budgetdefizite sowie zunehmende Preissteigerungsraten nicht erwarten läßt, wird sie für internationale Kapitalanleger nicht zum Anlaß, andere Währungsgebiete als bisher zu bevorzugen. Wenn die nationale Geldpolitik und die Finanzpolitik kontinuierlich statt in Form eines kaum vorhersehbaren „Stop and Go" betrieben werden, erhalten Außenhandel und Kapitalverkehr eine bessere, weil zuverlässigere Orientierung. Periodische Kaptialverlagerungen größeren Ausmaßes sind dann nicht zu erwarten. Eine besondere Verantwortung kommt den großen Welthandels- und Weltwährungsnationen zu. Ohne eine stetige und verläßliche Stabilitätspolitik in diesen Ländern kann es keine geordneten Währungsverhältnisse geben.

258. Das alles bedeutet nicht, daß in jedem Land notwendig Preisniveaustabilität herrschen muß. Es kommt jedoch darauf an, daß die Entwicklung des Preisniveaus nicht stärkeren Schwankungen unterliegt, sondern voraussehbar bleibt. Dies ist nur bei einer verläßlichen, glaubwürdigen Politik möglich. Die erforderlichen außenwirtschaftlichen Anpassungen an verbleibende Unterschiede in den Inflationsraten können den flexiblen Wechselkursen überlassen bleiben. Mit anhaltend instabilen Entwicklungen ist unter diesen Bedingungen nicht zu rechnen.

Das alles bedeutet ferner nicht, daß Wechselkursschwankungen ausbleiben. Spekulative Bewegungen sind nach wie vor zu erwarten. Sie dürften aber nicht über längere Zeit in einer Richtung verlaufen. Die Stabilitätspolitik löst keine anhaltenden Entwicklungen auf den Devisenmärkten mehr aus, deren Ausnutzung vergleichsweise risikolose Währungsgewinne ermöglicht. Hinzu kommt, daß es die Zentralbanken nun in der Hand haben, Währungsspekulanten durch Interventionen auf den Devisenmärkten zu verunsichern. Interventionen können zwar gegen einen Markttrend, der auf dauerhaften Inflationsdifferenzen oder markanten realwirtschaftlichen Veränderungen in den Volkswirtschaften beruht, nichts ausrichten, aber spekulativen Überhitzungen können sie entgegenwirken.

259. Es wird nicht leicht sein, zwischen den großen Weltwährungsländern einen Konsens darüber herbeizuführen, daß der Schlüssel zu einem geordneten Weltwährungssystem in einer stetigen und verläßlichen nationalen Stabilitätspolitik liegt, und sie gleichzeitig zu veranlassen, diesem entscheidenden Erfordernis des Systems flexibler Wechselkurse auch wirklich zu entsprechen. Dennoch darf man hoffen, daß die Weichen für ein besseres Funktionieren des Weltwährungssystems in dieser Richtung gestellt werden können. Dafür sprechen drei Argumente:

— Es hat sich offensichtlich in den meisten Ländern die Erkenntnis durchgesetzt, daß flexible Wechselkurse, eine weitgehende Freizügigkeit des internationalen Kapitalverkehrs, ein freier Welthandel und eine unterschiedliche sowie wechselhafte nationale Stabilitätspolitik miteinander unvereinbar sind. Dringlicher Handlungsbedarf ist erkannt worden. Die Reformvorschläge setzen deshalb sowohl bei den Wechselkursen als auch bei der Wirtschaftspolitik an; Außenhandel und Kapitalverkehr sollen vor weiteren Eingriffen bewahrt werden.

— Das Europäische Währungssystem bietet in den letzten Jahren ein Beispiel dafür, daß Konvergenz der Stabilitätspolitik verschiedener Länder in gewissem Umfang erreichbar ist und die Wechselkurse zwischen den Partnern in engen Bandbreiten gehalten werden können. Verzerrungen im Wechselkursgefüge zwischen den Mitgliedsländern konnten vermieden werden; der innereuropäische Austausch von Waren und Dienstleistungen ist sehr intensiv und hat sich relativ störungsfrei entwickeln können. Somit bietet das EWS seit einiger Zeit auch ein Beispiel dafür, daß sich Währungsabsprachen bei weitgehender Konvergenz der nationalen Stabilitätspolitik auszahlen.

Man muß bei der Würdigung dieses Sachverhalts allerdings berücksichtigen, daß das Europäische Währungssystem durch die D-Mark geprägt wird, die wegen der im Vergleich zu anderen Ländern mit Reservewährungen kontinuierlichen, stabilitätsorientierten Politik in ihrem Ursprungsland weltweit als stabile Währung gilt. Das schließt eine gewisse Anpassung der nationalen Stabilitätspolitik in den übrigen Ländern des EWS an den in der Bundesrepublik verfolgten Kurs ein. In der Weltwirtschaft sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Nebeneinander gibt es mehrere Reservewährungen; kein einzelnes Land kann eine von allen anderen Staaten respektierte Führungsrolle übernehmen; und die Vereinigten Staaten haben mit ihrer Wirtschaftspolitik dem Vertrauen in die Stabilität des Dollar als Leitwährung wiederholt geschadet. Das EWS kann somit nicht auf die Weltwirtschaft übertragen werden.

— Die Systeme fester, gestalteter und flexibler Wechselkurse erfordern unterschiedliche Voraussetzungen für ihr Funktionieren.

Feste Wechselkurse setzen — besonders bei freiem Außenhandel sowie bei freizügigem Kapitalverkehr — Übereinstimmung der nationalen Stabilitätspolitiken voraus. Diese Übereinstimmung zu erreichen, ist derzeit unmöglich.

Gestaltete Wechselkurse setzen einen koordinierten Einsatz nationaler stabilitätspolitischer Maßnahmen aufgrund immer wieder neuer internationaler Absprachen voraus, ebenso Interventionen auf den Devisenmärkten, die zwischen den Zentralbanken abzustimmen sind. Wie oben gezeigt worden ist, lassen sich diese Voraussetzungen gegenwärtig nicht erfüllen.

Ein funktionierendes System flexibler Wechselkurse setzt mit stetiger und glaubwürdiger Stabilitätspolitik ebenfalls viel voraus. Verläßlich Kurs zu halten, fordert den Ländern gewiß große Disziplin ab, doch bleibt es ihnen — anders als in einem Festkurssystem — möglich, eigene Pfade zu den gesamtwirtschaftlichen Zielen einzuschlagen; auch bleibt es ihnen erspart, immer wieder neu nationale Interessen bei der internationalen Absprache stabilitätspolitischer Maßnahmen durchsetzen zu müssen, wie es in einem System gestalteter Wechselkurse geschehen müßte.

II. Geldpolitik

260. Stetigkeit und Verläßlichkeit sollen die Kennzeichen der Geldpolitik sein. Stetigkeit verlangt, daß die Geldpolitik die Wirtschaft nicht abwechselnd mit überreichlicher Ausweitung und abrupter Verknappung von Liquidität konfrontiert. Störungen, die davon auf Produktion und Beschäftigung ausgehen, werden oft unterschätzt. Verläßlichkeit verlangt, daß alle auf einen stabilen Geldwert setzen können. Beides stand 1986 auf der Probe.

Binnenwirtschaftlich gehört die vollständige Stabilisierung des Preisniveaus zu den wesentlichen Ergebnissen dieses Jahres. Daß dies ohne Restriktionsdruck gelang, ist entscheidend. Die These des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1984/85, Verzicht auf weiteren Restriktionsdruck von seiten der Geldpolitik bedeute nicht Verzicht auf weitere Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus, hat sich unerwartet schnell erfüllt. Freilich stand dies im Zusammenhang mit einer Höherbewertung der D-Mark, die nach Tempo und Ausmaß ohne Beispiel ist. Eine Geldpolitik, deren Aufgabe die Stabilisierung des Geldwertes ist, kann solchen massiven Veränderungen des Außenwertes der Währung nicht gleichmütig gegenüberstehen.

261. Die Bundesbank hat 1986 eine Ausweitung des Geldangebotes vorgenommen, die deutlich über das hinausgeht, was bei einer mittelfristigen, am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Linie als angemessen gelten kann. Sie hat einen expansiven Impuls gesetzt. Auch unter Bedingungen weitgehend erreichter Stabilität des Preisniveaus, wie sie seit 1984 gegeben sind, braucht das Urteil über die Möglichkeiten der Geldpolitik, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, nicht anders auszufallen: Der Beitrag der Geldpolitik besteht darin, ein Geldangebot bereitzustellen, das zu den Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft paßt und ein Wiederaufleben der Inflation verhindert. Ein stabiler Geldwert ist der beste Ausweis einer wachstumsfreundlichen Geldpolitik. Diese ist zugleich mit niedrigen Zinsen verbunden, jedenfalls soweit ein stabiler Geldwert auch die Erwartungen bestimmt und außenwirtschaftliche Vorgänge für die Zinsbildung nicht dominant werden. Angesichts der starken internationalen Verflechtung der Finanzmärkte würde ein Versuch der Geldpolitik, den Rückgang der langfristigen Zinsen zu forcieren, schon bald an einer verringerten Anlageneigung in D-Mark-Titeln von inländischen und ausländischen Kapitalgebern scheitern und zu wieder höheren Zinsen führen. Die gegenwärtig im Verhältnis zur Preisentwicklung hohen Zinsen sind kein Beleg für eine zu knappe Geldversorgung, sondern Folge davon, daß die Erwartungen der inländischen Anleger noch nicht in vollem Umfang auf einen stabilen Geldwert eingestellt sind; dies muß eine stabilitätsgerechte Geldpolitik nicht gegen sich gelten lassen. Und gerade deshalb wäre ein monetäres Stimulierungsexperiment schlimm. Die Aussicht, auch im kommenden Jahr ein sehr gutes Ergebnis beim Stabilitätsziel zu erreichen, ändert nichts an der Tatsache, daß bei einer Fortführung des Expansionskurses eine Beschleunigung im Preisauftrieb über 1987 hinaus unvermeidlich wäre.

262. Die Aufgabe der Geldpolitik, für einen stabilen Geldwert zu sorgen, kann es in Ausnahmesituationen geboten erscheinen lassen, von einem im übrigen wohlbegründeten Geldmengenziel abzuweichen. Eine Korrektur des Zielpfades selbst ist angezeigt, wenn dauerhafte Veränderungen in der Geldnachfrage auftreten, sei es, daß Haushalte und Unternehmen dauerhaft größere Kassenbestände im Verhältnis zum Umfang der Transaktionen wün-

schen, sei es, daß Ausländer liquide Mittel vermehrt in D-Mark halten wollen, und dies in einer Weise, die Zentralbankgeld beansprucht. Es gibt jedoch keine verläßlichen Anhaltspunkte dafür, daß sich die Neigung zur Kassenhaltung im Jahre 1986 dauerhaft erhöht hat (Ziffern 113 ff.).

Die Ausnahmetatbestände, die ein Abweichen von einer neutralen Linie, also einen expansiven oder restriktiven Impuls rechtfertigen, haben wir im vergangenen Jahr beschrieben (JG 85 Ziffer 239). Es bleibt also die Frage, inwieweit eine expansive Politik unter den Umständen dieses Jahres, insbesondere angesichts der unerwartet starken Höherbewertung der D-Mark, als vertretbar oder sogar als geboten gelten kann. Ein erhöhtes Engagement von Ausländern in D-Mark-Titeln bedeutet nicht zugleich höheren Zentralbankgeldbedarf, sondern zunächst nur eine Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark. Die Frage ist allein, inwieweit die Bundesbank der Tendenz zur Aufwertung, wie sie sich im Jahre 1986 einstellte, gegenüber gleichmütig sein sollte. Dabei sind die Belastungen, die eine noch stärkere Aufwertung verursacht hätte, den Schäden einer möglicherweise notwendigen monetären Restriktion später gegenüberzustellen.

263. Zweifellos hatten es inländische Unternehmen wechselkursbedingt im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern im Export ebenso wie auf den Inlandsmärkten 1986 schwerer als in den Jahren davor. Bislang scheint dies jedoch die Investitionsneigung nicht wesentlich beeinträchtigt zu haben. Daß es dazu gekommen wäre, wenn die D-Mark eine noch stärkere Aufwertung erfahren hätte, und daß dann nicht nur die aktuelle Auslastung des Produktionspotentials, sondern auch dessen Wachstum niedriger ausgefallen wäre, ist nicht auszuschließen. Die Crux ist, daß niemand, auch die Bundesbank nicht, den zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht passenden Wechselkurs kennt. Es ist aber im Prinzip richtig, daß die Geldpolitik einer abrupten realen Aufwertung entgegenwirkt, beziehungsweise versucht, eine allfällige Korrektur zeitlich zu strecken.

Für den Binnenwert des Geldes ist 1986 durch den monetären Expansionskurs kein akuter Schaden entstanden, wohl aber ein erhebliches Gefährdungspotential für die Zukunft. Inflatorische Tendenzen — würden sie auftreten — fänden im Geldangebot gegenwärtig keine Bremse, jedenfalls keine, die rasch greift. Was an Minderauslastung und Wachstumseinbußen in diesem Jahr durch Rücksichtnahme auf den Wechselkurs möglicherweise vermieden wurde, könnte sich im nächsten oder übernächsten Jahr als Folge monetärer Bremsmanöver einstellen, die unvermeidlich wären, wenn der entstandene Spielraum für stabilitätswidriges Verhalten genutzt würde; und der Verlust beim Geldwert käme hinzu.

264. Von daher vor allem sind auch die Aufgaben zu sehen, die sich der Geldpolitik für 1987 stellen. Aus binnenwirtschaftlicher Sicht ist eine Verlangsamung der monetären Expansion unumgänglich. Die Geldpolitik würde ihre Kennzeichen der Verläßlichkeit und Stetigkeit verlieren, wenn dies nicht geschähe. Die Tarifparteien könnten sich in diesem Fall ermutigt fühlen, einen Inflationszuschlag bei den Tarifabschlüssen für 1987 einzurechnen; Inflationserwartungen würden verstärkt werden und Anlaß zu steigenden Kapitalmarktzinsen geben; Investoren müßten mit steigenden Löhnen und Kapitalkosten rechnen, ohne daß sie gleichzeitig — bei scharfer außenwirtschaftlicher Konkurrenz — entsprechende Überwälzungsmöglichkeiten sähen; internationale Kapitalanleger würden zusätzlich verunsichert werden.

Was das Ausmaß der Korrektur anbelangt, halten wir zunächst eine deutliche Verlangsamung des Expansionstempos auf eine mittelfristige Rate von etwa 4½ vH für geboten, was, von der inzwischen gegebenen Geldversorgung ausgehend eine Entwicklung auf einem höher gelegenen Pfad bedeutet. Der mittelfristige Pfad bleibt aber verbindlich (Schaubild 23, Seite 77). Ihn schon im nächsten Jahr zu erreichen, würde eine Zuwachsrate von 2 vH im Jahresverlauf erfordern. Das hieße Restriktionsdruck erzeugen. Anpassungsprobleme bei einem abrupten Tempowechsel in der Geldversorgung lassen sich dadurch vermeiden, daß die Rückkehr auf den Zielpfad allmählich vollzogen wird. Der Vorschlag des Sachverständigenrates, einen Zielpfad für mehrere Jahre anzukündigen, erweist sich bei einer starken Zielüberschreitung einem Verfahren überlegen, das jährlich neu ein Geldmengenziel festlegt und damit in bezug auf die Ausgangsbasis ein diskretionäres Element enthält. Die Selbstbindung an ein mehrjähriges Geldmengenziel verlangt von der Notenbank nicht mehr als die Selbstbindung an das Versprechen, den Geldwert stabil zu halten. Die Ankündigung, daß eine mittelfristige Ziellinie verbindlich bleibt, trägt dazu bei, daß eine Zielüberschreitung nicht zu einer Destabilisierung von Erwartungen führt. Keineswegs dürfen bei einer allmählichen Rückkehr auf einen mittelfristigen Pfad die Tarifpolitik und die Finanzpolitik aus ihrer im Jahr 1987 besonderen Mitverantwortung für die Wahrung der Preisniveaustabilität entlassen werden.

265. In außenwirtschaftlicher Hinsicht könnte es auch im kommenden Jahr Probleme geben. Wenn auf den internationalen Finanzmärkten mit einem weiteren Fall des Dollarkurses gerechnet würde, könnte eine rasche Rückführung der Zentralbankgeldmenge auf den mittelfristigen Zielpfad die Erwartung stärken, mit Finanzanlagen in D-Mark sichere Währungsgewinne erzielen zu können. Die D-Mark würde dann noch höher bewertet werden. Die Fähigkeit der deutschen Industrie, im internationalen Preiswettbewerb bestehen zu können, würde dadurch geschwächt; rezessive Tendenzen von der Außenwirtschaft könnten auftreten.

Für sicher muß man freilich keineswegs halten, daß der Dollarkurs weiterhin fällt und dies an den internationalen Finanzmärkten auch erwartet wird. Seit dem Spätsommer 1986 steht der Dollarkurs nicht mehr unter starkem Druck. Erste Anzeichen deuten darauf hin, daß die Kapitalströme wieder stärker den Zinsdifferenzen folgen, weil überwiegend nicht

mit weiteren ausgeprägten Änderungen der Wechselkurse gerechnet wird. Im Jahre 1987 werden das Budgetdefizit und das Leistungsbilanzdefizit in den Vereinigten Staaten erstmals nach einigen Jahren nicht mehr steigen, sondern zurückgehen. Der inzwischen erreichte Dollarkurs beginnt, die Güterströme zu beeinflussen. Selbst wenn man trotz dieser Anzeichen eher für wahrscheinlich hält, daß der Dollarkurs noch etwas weiter sinkt, wäre es nicht vertretbar, deshalb von einer Verlangsamung des Expansionstempos der Zentralbankgeldmenge abzusehen. Vor allem sollte die Bundesbank die Erfahrung des Jahres 1986 nicht zum Anlaß nehmen, auf die Ankündigung eines Geldmengenziels ganz zu verzichten, denn dies würde zweifellos Unsicherheit und Desorientierung an den Finanzmärkten über den Kurs der Geldpolitik aufkommen lassen. Es wäre auch nicht angezeigt, sich bei der Formulierung des Geldmengenziels von außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Weiterhin ist zu beachten, daß die Abwägung zwischen wechselkursbedingten Rezessionsgefahren und Inflationstendenzen mit zunehmender Dauer starken Geldmengenwachstums zugunsten einer strafferen Geldpolitik ausfallen muß. Je stärker nämlich die Geldmenge bereits zugenommen hat, um so größer ist das Inflationspotential und um so schwieriger ist es für die Bundesbank, die Geldmenge wieder zurückzuführen, wenn dann das Preisniveau wirklich steigt und die Tarifparteien deshalb vergleichsweise hohe Lohnsteigerungen verabreden. Wenn erst einmal der Eindruck erweckt worden ist, die Geldpolitik sei — wie in der Aufwertungsphase der DM-Mark 1977/78 — aus dem Ruder gelaufen, dann lassen sich steigende Inflationsraten schwerlich vermeiden, und Stabilität ist danach nicht ohne Einbußen an Wachstum und Beschäftigung zurückzugewinnen.

266. Aus unserer Sicht spricht also alles dafür, daß die Bundesbank für 1987 wieder ein Geldmengenziel verkündet, das am Wachstum des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen ausgerichtet ist. Im Vollzug kann sie unter Beachtung der Vorgänge auf den internationalen Finanzmärkten entscheiden, wie weit sie bei der Aufgabe, das Überschießen zu korrigieren, im kommenden Jahr gehen kann. Der von der Bundesbank bevorzugte Zielkorridor bietet hierfür Raum. Steigende Zinsen in der Bundesrepublik muß man bei einer Verlangsamung der monetären Expansion nicht befürchten. Vielmehr sprechen die binnenwirtschaftlichen Bedingungen — vorausgesetzt es kommt zu der von uns erwarteten Entwicklung bei den Preisen — für einen Rückgang der langfristigen Zinsen. Wenn nämlich die Erfahrung stabiler Preise sich erneuert, werden die Anleger einen Kapitalmarktzins von 6 % nicht länger für niedrig halten, sondern für hoch. Einen so hohen Zinsertrag nach Berücksichtigung der Verteuerung der Lebenshaltung haben die Sparer in den sechziger und siebziger Jahren nicht erhalten. Erhöhte sich deshalb die Anlagegeneigung, daß heißt, verringerte sich die Liquiditätshaltung, könnte die Verlangsamung der monetären Expansion friktionsfrei sein und die Bundesbank einen größeren Schritt bei der Korrektur wagen.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates teilt nicht in allen Punkten die hier vertretenen Auffassungen (Ziffern 242 ff.).

III. Finanzpolitik: Zeit für Reformen

267. Die Finanzpolitik steht vor großen Aufgaben. Zur Stärkung der Wachstumskräfte ist eine Steuerreform notwendig. Diese muß mit spürbaren Entlastungen und größeren Umschichtungen im Steuersystem verbunden sein. Eine kräftige Steuersenkung ist indessen nur vertretbar, wenn es gelingt, den Zuwachs der Staatsausgaben in den Griff zu bekommen; denn es gilt zu vermeiden, daß die Neuverschuldung dauerhaft wieder stark ansteigt, weil dies den stetigen Wachstumskurs gefährden könnte.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen und den Gemeinden eine verläßliche Einnahmenbasis zu schaffen. Hier geht es um das Bund-Länder-Verhältnis, um die landesrechtlichen Regelungen des kommunalen Finanzausgleichs und um die eigenen Steuerquellen der Gemeinden. Durch diese Reformen sollte im Rahmen des Möglichen zugleich versucht werden, bei Ländern und Gemeinden Grundlagen für eine zurückhaltende Ausgabenpolitik zu legen. Wenn lediglich der Bund den Ausgabenanstieg begrenzt, so reicht dies für eine deutliche Steuerentlastung nicht aus.

268. Die vom Finanzplanungsrat für den Zeitraum bis 1990 erneut bekräftigte Empfehlung, das Ausgabenwachstum des öffentlichen Gesamthaushalts auf eine Größenordnung von durchschnittlich jährlich 3 vH, also deutlich unter den Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, zu begrenzen, wird auch 1987 nicht eingehalten werden. Der Ausgabenzuwachs bei Ländern und Gemeinden wird weit über dieser Vorgabe liegen, und es besteht Grund zu der Befürchtung, daß dies auch in den nächsten Jahren so bleiben könnte.

Einen Ausgabenanstieg von 3 vH halten wir für vernünftig. Die Finanzpolitik muß sich darauf einstellen, der Eigendynamik der Ausgabenentwicklung wirksam entgegenzutreten. Dazu gehört, daß der Subventionsabbau endlich angepackt wird. Doch dies allein genügt nicht. Man wird insbesondere der Entwicklung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst wegen ihres hohen Gewichts große Aufmerksamkeit widmen müssen. Im übrigen geht es bei einer Vielzahl von Ausgabenpositionen nicht um Kürzungen, sondern um eine Verbesserung der Struktur öffentlicher Ausgaben auf allen staatlichen Ebenen und um Reformen in den Bereichen, in denen es Fehlentwicklungen gibt.

Haushaltsentwicklung 1987: Steuerpolitischer Handlungsspielraum in Gefahr

269. Zum 1. Januar 1986 ist die erste Stufe der Einkommensteuersenkung nach dem Steuerentla-

stungsgesetz 1986/88 in Kraft getreten. Ein Teil der daraus resultierenden Steuerausfälle bei der veranlagten Einkommensteuer wird sich erst in den Jahren 1987 und 1988 auswirken. Gleichwohl wird sich 1987 die volkswirtschaftliche Steuerquote — das Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt — nach dem Rückgang in diesem Jahr erhöhen.

Ein ungünstiges Bild bietet die Entwicklung der Staatsausgaben. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Empfehlungen des Finanzplanungsrates eingehalten werden. Wir rechnen für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften im Jahre 1987 mit einem Ausgabenanstieg von etwa 4 vH nach einem Ausgabenzuwachs von 4½ vH in diesem Jahr (Tabelle 21, Seite 109). Auch das Niveau der Staatsquote — die Relation der Staatsausgaben zum Produktionspotential — spiegelt diese Entwicklung; die Staatsquote wird 1987 nicht mehr zurückgehen. Das ist das wichtigste Indiz dafür, daß kein Spielraum für weitere Steuersenkungen gewonnen wird.

Wegen des hohen Ausgabenzuwachses wird das Defizit im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — weiter ansteigen. Nach unseren Schätzungen wird sich dieser Finanzierungssaldo im Jahre 1987 etwa auf 36½ Mrd DM belaufen. Im Jahr 1986 war das Defizit wegen der durch die Tarifsenkung vornehmlich bei der Lohnsteuer verursachten Steuerausfälle mit 31½ Mrd DM ohnehin schon um 5½ Mrd DM höher als 1985.

270. Als Anhalt dafür, wie die Haushalte der Gebietskörperschaften die Konjunktur beeinflussen, ermittelt der Sachverständigenrat den konjunkturellen Impuls. Wie dargelegt wurde, haben wir diesen Maßstab auf einer neuen Basis berechnet (Ziffern 139 ff.). Danach beträgt die auf der Grundlage des Jahres 1985 errechnete potentialorientierte Kreditaufnahme 30½ Mrd DM für das Jahr 1987. Diese Größe ist um auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen in Höhe von ½ Mrd DM zu korrigieren. Eine besonders hohe Gewinnabführung der Bundesbank erwarten wir für 1987 nicht mehr. Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo beträgt demnach 30 Mrd DM. Der tatsächliche Finanzierungssaldo in Höhe von 36½ Mrd DM ist um 6½ Mrd DM höher (Tabelle 22).

271. Aus wachstumspolitischer Sicht wäre eine Haushaltsstruktur vorzuziehen gewesen, bei der sich ein gleich hohes Defizit bei geringeren Ausgabenzuwächsen als Folge einer weiteren Steuersenkung ergeben hätte, wie wir es in unserem Sondergutachten 1985 angeregt hatten (SG 85 Ziffern 25 ff.). Die Ausgabenentwicklung ist nämlich vor allem deshalb bedenklich, weil 1987 Handlungsspielraum für die Finanzpolitik nicht gewonnen wird. Was wir unter Handlungsspielraum verstehen, wurde im Jahresgutachten 1984/85 erörtert, in dem drei Optionen der Finanzpolitik beschrieben wurden (JG 84 Ziffern 438 ff.). Die Senkung der Ausgaben im Verhältnis zum Produktionspotential kann danach einhergehen mit einer Senkung der Kreditfinanzierung (zweite Option) oder mit einer Senkung der Steuern (dritte Option). Diese dritte Option haben wir im letzten Jahr unter bestimmten Bedingungen als vorteilhafteste angesehen. Als nicht wünschenswert erachten wir eine Steigerung der Staatsausgaben im Gleichschritt mit dem nominalen Sozialprodukt (erste Option). Selbst wenn der ersten Option der Vorzug gegeben würde, ist eine Verbesserung der Ausgabenstruktur, also hier Ausgabenkürzungen, dort Ausgabenerhöhungen, unumgänglich. So darf beispielsweise die Subven-

Tabelle 22

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1987 [1])
Mrd DM

	1986	1987
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [2])		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−29½	−30½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	− 1	+ ½
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	.	.
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	+ 5	—
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−25½	−30
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [3])	−31½	−36½
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+ 6	+ 6½

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabellen 16 und 17 sowie Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

tionsentwicklung nicht einem Besitzstandsdenken überantwortet werden. Man kann sich nicht einfach auf früher beschlossene Gesetze berufen, wie es etwa bei der Kokskohlenbeihilfe und — allerdings in bezug auf einen Nebenhaushalt — bei der Kohleverstromungsabgabe geschieht; so muß auch bei der Bereitstellung von Mitteln für neue Projekte jeweils darüber entschieden werden, welche weniger dringlichen Aufgaben zurückgestellt werden sollen, um den aktuellen Bedarf decken zu können. Eine so verstandene Ausgabendisziplin stellt bei der zweiten und dritten Option noch höhere Anforderungen an die Entscheidungsträger.

Ausgabendisziplin ist vor allem unverzichtbar, wenn das ehrgeizige Ziel realisiert werden soll, im Laufe der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform in Angriff zu nehmen, bei der für den Beginn der neunziger Jahre neben Belastungsumschichtungen eine echte Entlastung (Nettoentlastung) von etwa 25 Mrd bis 30 Mrd DM jährlich (gegenüber den für 1990 erwarteten Steuereinnahmen) anvisiert wird. Auch wir gehen davon aus, daß die Steuerentlastung beträchtlich sein muß, wenn die Voraussetzungen für eine Stärkung des Wirtschaftswachstums geschaffen werden sollen (JG 84 Ziffern 450 ff. und JG 85 Ziffern 269 ff.).

Wie der Handlungsspielraum wiedererlangt werden kann

272. Es ist nicht die Aufgabe des Sachverständigenrates, Prioritäten für die Ausgabenpolitik zu setzen. Wenn indessen einerseits der vom Finanzplanungsrat vorgegebene Ausgabenpfad eingehalten werden soll, damit eine große Steuerreform „finanziert" werden kann, andererseits zur Beseitigung alter sowie zur Vermeidung neuer Umweltschäden, zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und für die Verlagerung erheblicher Teile des Verkehrs von der Straße auf die Schiene die von der öffentlichen Hand finanzierten Investitionen wieder ein größeres Gewicht erhalten sollen, sind Kürzungen oder zumindest unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Ausgaben in anderen Aufgabenfeldern unvermeidlich.

Bei der dazu erforderlichen Überprüfung der Haushaltsstruktur der Gebietskörperschaften dürfte sich herausstellen, daß manche Aufgabe, die noch immer öffentliche Mittel bindet, heute nicht mehr erfüllt zu werden braucht. So könnte eine verstärkte Privatisierung bislang öffentlicher Aktivitäten zu einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs im öffentlichen Sektor beitragen. Auch sind nicht alle Aufgaben, die der Staat früher übernommen hat, heute noch dringlich. Auf ihre Erfüllung kann verzichtet werden.

In diesem Zusammenhang ist erneut auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Subventionen entschlossen abzubauen. Wie dies geschehen kann, hat der Sachverständigenrat für mehrere Bereiche exemplarisch in früheren Gutachten veranschaulicht. Er wird es auch in diesem Gutachten für das wichtige Gebiet der Agrarpolitik tun (Ziffern 342 ff.).

In bezug auf die Ausgabenarten ist vor allem zu bedenken, daß bei den Gebietskörperschaften knapp ein Drittel der Gesamtausgaben auf die Personalausgaben entfällt. Über einige wichtige Parameter dieser Ausgabenart wird von den Tarifparteien und nicht vom Haushaltsgesetzgeber entschieden. Wenn neue Aufgaben angemessen erfüllt und die Ausgabenzuwächse insgesamt gebremst werden sollen, müssen für die Personalausgaben angesichts ihres großen Gewichts restriktive Vorgaben gemacht werden. Dies bedeutet, daß der Ausgabenzuwachs pro Bediensteten nur mit einer kleinen Rate wachsen darf, wenn eine mäßige Erhöhung der Stellenzahl möglich bleiben soll. Größere Besoldungserhöhungen müßten dagegen durch Personaleinsparungen kompensiert werden. Wo neue Aufgabenfelder den öffentlichen Dienst künftig stärker fordern werden als in der Vergangenheit, sollte mehr als bislang geprüft werden, ob der neue Bedarf nicht durch eine Umschichtung der Planstellen gedeckt werden kann.

273. So, wie der Finanzausgleich in der Bundesrepublik angelegt ist, regt er eher zu Ausgabensteigerungen als zu Steuersenkungen an. Prinzipiell eröffnet der Föderalismus die Möglichkeit, in der Finanzpolitik der unteren Ebenen unterschiedliche Ziele zu verfolgen und damit die öffentliche Aufgabenerfüllung besser an die jeweils mehrheitlichen Vorstellungen der Bürger in den einzelnen Regionen anzupassen. So können beispielsweise die Einzelstaaten in den USA oder die einzelnen Kantone in der Schweiz ihr Besteuerungsniveau durch eigene Gesetzgebung beeinflussen. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies dagegen nur für die Gemeinden, und dies auch nur in einem begrenzten Umfange, möglich; denn die Kommunen können über die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer sowie zum Teil auch über die Erhebung kommunaler Verbrauchsteuern entscheiden. Im Gegensatz dazu ist es den Ländern nicht möglich, ihr eigenes Steueraufkommen zu erhöhen oder zu senken, weil der Bund die Rechtsetzung für die ihnen zustehenden Abgaben im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung an sich gezogen hat.

Die günstige Haushaltssituation einzelner Länder kann sich infolgedessen nicht in einer steuerlichen Entlastung ihrer Bürger, sondern nur in einem höheren Ausgabenniveau niederschlagen. Dies durch eine Reform der Finanzverfassung zu ändern, ist zwar theoretisch denkbar und wohl auch im Sinne einer Stärkung der föderativen Finanzpolitik wünschenswert, erscheint jedoch auf absehbare Zeit politisch kaum realisierbar. Vorerst wird es deshalb dabei bleiben, daß das Instrument der Besteuerung von den Landesregierungen überhaupt nicht und von den Kommunalpolitikern nur sehr begrenzt dazu eingesetzt werden kann, um die Gunst der Wähler zu gewinnen oder um eine Region bei der Strukturförderung attraktiv zu machen. Aus diesem Grund läßt sich der den Zielen der Finanzplanung widersprechende Ausgabentrend zu einem guten Teil damit erklären, daß die Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik untereinander mit den Mitteln der Ausgabenpolitik konkurrieren.

Einerseits machen es volle Kassen den Entscheidungsträgern der Finanzpolitik offensichtlich schwer, Ausgabendisziplin zu wahren; „reiche" Länder und Gemeinden tendieren zu einem höheren Ausgabenniveau, als es den Vorgaben der Finanzplanung entspricht. Andererseits sind wieder zunehmende Steuereinnahmen Anlaß zu höheren Ausgaben dort, wo bisher finanzielle Engpässe der Verwirklichung sogenannter unabweisbarer Aufgaben entgegenstanden (JG 85 Ziffern 124 und 256).

Im Rahmen des geltenden Rechts kann mithin die Tendenz zu unerwünschten Ausgabensteigerungen nur vermieden werden, wenn der Zwang zu zurückhaltender Ausgabenpolitik verstärkt, also der Zuwachs an Einnahmen, insbesondere an Steuereinnahmen, knapper gehalten wird. Das läßt sich entweder im Zuge einer Neuordnung des Finanzausgleichs oder durch eine Steuersenkung erreichen.

274. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 muß der Länderfinanzausgleich ohnehin anders geregelt werden. Im Bund-Länder-Verhältnis sind die Anteile am Aufkommen der Umsatzsteuer für 1988 neu festzusetzen. Zwar darf nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts der Länderfinanzausgleich nur Unterschiede der Finanzkraft in einem angemessenen Umfang ausgleichen — nicht aber vollständig angleichen —, doch steht es dem Gesetzgeber bei der Vergabe von Bundesergänzungszuweisungen frei, auch Sonderlasten der finanzschwachen Länder und damit Bedarfsgesichtspunkte zu berücksichtigen. Für die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern legt Art. 106 Abs. 3 Nr. 1 GG den Maßstab der Deckung der „notwendigen Ausgaben" fest. Auf die Problematik, die sich aus der Abgrenzung der „notwendigen Ausgaben" vor allem im Lichte der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Länder in ihrer Haushaltswirtschaft ergibt (Art. 109 Abs. 1 GG), kann hier nicht eingegangen werden. Immerhin legt es der Hinweis auf die mehrjährige Finanzplanung im Art. 106 Abs. 3 Nr. 1 GG nahe, nicht von der tatsächlichen Ausgabenentwicklung, sondern von den Beschlüssen des Finanzplanungsrates auszugehen. Diese Gesichtspunkte sprechen — von anderen Gründen abgesehen — dafür, den Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer wieder deutlich zu erhöhen und den sich daraus — bei Anlegung eines scharfen Maßstabes — eventuell ergebenden Notlagen finanzschwacher Länder durch eine Aufstockung der Bundesergänzungszuweisungen Rechnung zu tragen.

Die Erörterung dieser Möglichkeit fußt auf einer Analyse der zur Zeit bestehenden haushaltspolitischen Situation sowie der Probleme, die in den Grundsätzen für die Verteilung der Umsatzsteuer angelegt sind. Artikel 106 GG begünstigt nämlich im Bund-Länder-Verhältnis die Ebene mit der expansiveren Ausgabenpolitik. Dies gilt jedenfalls dann, wenn — wie in der politischen Auseinandersetzung üblich — die tatsächliche Ausgabenentwicklung anstelle der „notwendigen Ausgaben" der Umsatzsteuerverteilung zugrunde gelegt wird. Deshalb war es in der Zeit einer größeren Ausgabeneigung des Bundes ebenso angemessen, seinen Forderungen auf einen höheren Umsatzsteueranteil entgegenzutreten, wie es heute geboten erscheint, über die Neuregelung des Finanzausgleichs die Ausgabenentwicklung wieder auf den vom Finanzplanungsrat vorgesehenen Pfad zurückzuführen. Auf diese Weise Handlungsspielraum wiederzuerlangen und so eine deutliche Steuerentlastung vorzubereiten, ist im Vergleich zu der anderen erwähnten Möglichkeit der solidere Weg der Finanzpolitik.

275. Diese andere — weniger günstige — Möglichkeit besteht in dem Versuch, die Spielräume für eine Ausgabenexpansion durch eine Steuersenkung zu begrenzen. Diesen Weg haben wir bereits in unserem Sondergutachten 1985 erörtert (SG 85 Ziffer 25). Wenn sich zeigen sollte, daß sich die Ausgabendisziplin überhaupt nur bei einer „Politik der leeren Kassen" — oder sachlich zutreffender formuliert: bei höheren Haushaltsdefiziten — wahren läßt, könnte es angezeigt sein, die Steuersenkungen schon früher vorzunehmen, als es derzeit vorgesehen ist, um durch sinkende Einnahmen einen Druck auf die Rückführung der Staatsquote auszuüben.

Bei dieser Strategie wird man die Steuern in dem für die nächste Legislaturperiode ins Auge gefaßten Umfang allerdings nicht in einem Schritt, sondern nur in mehreren Etappen von jeweils etwa 10 Mrd DM senken können, weil eine Aufstockung der Nettoneuverschuldung um etwa 25 Mrd bis 30 Mrd DM allenfalls unter der Voraussetzung vertretbar erscheint, daß die derzeitige Kreditfinanzierungsquote zuvor deutlich zurückgeführt wird. Zwar muß sich eine Politik, die darauf gerichtet ist, die Steuerquote zu senken oder auch nur deren Erhöhung zu vermeiden, immer an einer mittelfristigen Konzeption orientieren, bei deren Umsetzung ein zeitweiliger Anstieg der Haushaltsfehlbeträge kaum vermieden werden kann (JG 85 Ziffer 255); doch ist es ein großer Unterschied, ob zunächst durch eine Senkung der Staatsquote Spielraum für eine Steuerentlastung gewonnen wird oder ob umgekehrt versucht werden soll, die Zuwachsrate der Staatsausgaben durch eine Senkung des Steueraufkommens zu vermindern.

Die Erörterungen, wie die Steuerreform zeitlich umgesetzt werden soll, könnten zu Irrtümern über die Konzeption des Sachverständigenrates führen. Diesen Irrtümern soll vorgebeugt werden: Grundsätzlich entspricht es der dritten Option, die Steuerlasten bei konstanter Kreditfinanzierungsquote den jeweiligen Fortschritten bei der Senkung der Staatsquote entsprechend zu vermindern. Aus steuertechnischen Gründen sind jedoch jährliche Änderungen der Normen des Rechts und insbesondere jährliche Anpassungen des Tarifs unerwünscht. Hinzu kommt, daß die Steuerentlastung bei jährlichen Steuersenkungen in vielen Fällen für den einzelnen kaum spürbar wäre. Das schließt zwar im Falle eines Abbaus des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze nicht aus, daß sich gleichwohl leistungsfördernde Wirkungen einstellen. Verloren geht jedoch der Signaleffekt, den eine kräftige Rückführung der Steuersätze in einem Schritt auslösen dürfte. Auf das Wirksamwerden eines solchen Signaleffekts sollte bei der geplanten großen Steuerreform nicht verzichtet werden. Deshalb erscheint es geboten, diese durch mehrjährige Konsolidierungsfortschritte vorzubereiten. Daß

sich mit diesem Defizitabbau rechnerisch eine Verminderung der konjunkturellen Impulse verbindet, ist nicht besorgniserregend; denn die verminderte Beanspruchung des Kreditmarktes durch den Staat wirkt tendenziell senkend auf den Zinssatz und ist damit wachstumspolitisch durchaus erwünscht. Im übrigen ist es nicht ausgeschlossen, den Zeitpunkt der Steuersenkung erforderlichenfalls den konjunkturellen Gegebenheiten anzupassen, also die Steuerreform entgegen der ursprünglichen Planung dann vorzuziehen, wenn sich in einem Jahr ein selbstverstärkender Abschwung abzeichnen sollte. Steuertechnisch kann dies dadurch vorbereitet werden, daß in das Steuerreformgesetz analog zu der im § 51 Abs. 3 EStG enthaltenen Regelung die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates ermächtigt wird, die Neuregelungen vorzeitig in Kraft zu setzen, wenn „eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist oder sich abzeichnet, die eine nachhaltige Verringerung der Umsätze oder der Beschäftigung zur Folge hatte oder erwarten läßt".

Daß die Steuersenkungen in gewissen zeitlichen Abständen erfolgen, ist kein Verstoß gegen die von uns geforderte Stetigkeit der Finanzpolitik — für das Vertrauen in deren Solidität ist entscheidend, daß sie sich an einer mittelfristigen Konzeption orientiert, bei der für die Öffentlichkeit erkennbar ist, daß für die Zukunft kein Konsolidierungsdruck aufgebaut wird, der früher oder später Steuererhöhungen unumgänglich macht. Ein solches Vertrauen kann jedoch in eine Finanzpolitik nicht gesetzt werden, bei der die Steuersenkungen vorgenommen werden, um unter dem Druck der leeren Kassen Ausgabendisziplin zu erzwingen.

Tatsächlich ist dieser Weg aus mehreren Gründen riskant. Zunächst ist nicht gesichert, ob es überhaupt gelingt, die Staatsquote über eine Steuerentlastungspolitik zu senken; denn die Entscheidungsträger der Finanzpolitik könnten die Steuerausfälle durch eine verstärkte Kreditfinanzierung kompensieren, so daß nicht nur kurzfristig, sondern auch auf mittlere Sicht wieder strukturelle Defizite aufgebaut würden — eine Gefahr, die angesichts der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Länder und Gemeinden in ihrer Haushaltsführung zumindest für einzelne Gebietskörperschaften nicht zu unterschätzen ist. Aber selbst wenn es gelingt, die Kreditfinanzierungsquote rasch wieder zurückzuführen, verbinden sich mit einer kurzfristigen Aufstockung der Nettoneuverschuldung auf einem hohen Ausgangsniveau zwei Nachteile: Einmal ist nicht auszuschließen, daß die zusätzliche Kreditnachfrage des Staates zinserhöhend wirkt, so daß die wachstumsfördernden Effekte der Steuerreform durchkreuzt werden; außerdem erhöht sich dadurch auf längere Sicht die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, so daß der Ausgabenspielraum für die Aufgabenerfüllung nicht nur durch die Steuersenkung, sondern zusätzlich durch die Erhöhung der Zinsausgaben eingeschränkt wird.

Diese Bedenken richten sich verstärkt gegen eine andere Wachstumsstrategie, nach der zwar die Steuern, nicht aber die Staatsquote gesenkt werden sollen, und statt dessen empfohlen wird, die Kreditfinanzierungsquote für eine „Übergangszeit" wieder ansteigen zu lassen. Dabei wird nicht an kurzatmige Beschäftigungsprogramme, sondern an eine mittelfristige Konzeption zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gedacht. Die damit programmierte Zinsbelastung künftiger Haushaltsjahre hat in diesem Falle eine ganz andere Dimension als bei der zuvor erörterten Möglichkeit, bei der davon ausgegangen wurde, daß es unter dem Druck des Ausfalls der Steuereinnahmen gelingt, die Zuwachsraten der Staatsausgaben deutlich zu senken. Da bei den anderen Vorstellungen absehbar ist, daß bei ihrer Realisierung später eine Konsolidierung unumgänglich wird, werden die Kapitalanleger verunsichert, so daß mit einem Abzug von Finanzanlagen aus der Bundesrepublik gerechnet werden muß. Eine kräftige Erhöhung der Zinssätze gefährdet dann das Wirtschaftswachstum. Das Gegenbeispiel der Vereinigten Staaten verfängt nicht. Schon im Jahresgutachten 1984/85 haben wir dargelegt, daß sich die Bundesrepublik eine solche Politik nicht leisten kann.

„Der schlechtere Teil — das riesige Staatsdefizit und in dessen Gefolge ein riesiges Leistungsbilanzdefizit — hat zwar den amerikanischen Gesamterfolg bisher nicht verhindert, möglicherweise sogar begünstigt. Vermutlich könnte sich aber kein anderes Land eine solche Vorstellung leisten, ohne an den internationalen Kapitalmärkten sanktioniert zu werden. Auch alle zusammen könnten nicht den gleichen Weg gehen. Es gehört zum berechtigten Teil der verbreiteten Klagen über die Vereinigten Staaten, daß sie, obwohl Führungsmacht, eine Wirtschaftspolitik betreiben, die wegen ihrer Defizitfolgen bei den Staatshaushalten nicht verallgemeinerungsfähig ist. Die übrigen Industriestaaten haben sich der Einsicht gebeugt, daß die öffentlichen Defizite reduziert werden müssen, im jeweiligen nationalen Interesse, aber auch im gemeinsamen Interesse. Das Erfordernis einer stark erhöhten Investitionstätigkeit in der privaten Wirtschaft, an der ein solches gemeinsames Interesse besteht, verlangt dies. Von daher verbietet sich ein internationaler Wettbewerb der Wirtschaftspolitik nach amerikanischem Muster. Ein einzelnes Land kann trotz hoher Staatsdefizite seine Investitionen finanzierbar halten durch Verdrängung von Investitionen anderer. Alle können dies logischerweise nicht. Es überzeugt ebensowenig, wenn darauf verwiesen wird, daß Amerika, indem es durch Staatsverschuldung Investitionen anderer verdrängte, ihnen Exportnachfrage schenkte. Dies ist kein Weg aus der Arbeitsplatzlücke in aller Welt." (JG 84 Ziffer 334).

Heute zeigt das amerikanische Beispiel im übrigen, wie schwierig die Aufgabe ist, ein so riesiges Defizit zu konsolidieren, und es bleibt offen, ob sich für die amerikanische Wirtschaft nicht noch schwerwiegende Probleme aus der desolaten Haushaltssituation ergeben. Der Grundgedanke der anderen Wachstumsstrategie, daß durch hohe Haushaltsfehlbeträge ein Wachstumsschub ausgelöst werden könnte, durch den die Steuereinnahmen stärker ansteigen, so daß die Kreditfinanzierungsquote später wieder gesenkt werden könnte, ist schon bei einer konjunkturpolitisch motivierten Defiziterhöhung fragwürdig. Daß das Modell einer solchen Autokonsolidierung unrealistisch ist, wenn die Staatsverschuldung mittelfristig zur Wachstumssteigerung eingesetzt wird, darf nach den Erfahrungen im Inland wie im Ausland — nicht zuletzt auch in den Vereinigten Staaten — als gesichert gelten. Wachstumsimpulse lassen sich angesichts der noch immer hohen Kreditfinanzierungsquote in der Bundesrepublik deshalb nur erzielen, wenn die Steuerentlastung von einer deutlichen Rückführung des Ausgabenzuwachses der öffentlichen Haushalte begleitet wird.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates beurteilt diese Fragen teilweise anders (Ziffern 240 f.).

276. In jedem Falle ist es politisch schwierig, die vorgesehene Steuerreform durchzusetzen, weil dabei für alle Ebenen des föderativen Staatsaufbaus erhebliche Steuerausfälle entstehen werden. Das gilt unabhängig davon, ob man nun darauf vertraut, daß sich auch bei Ländern und Gemeinden die Einsicht in die Notwendigkeit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik durchsetzen wird, ob man diese Ausgabendisziplin über Regelungen des Finanzausgleichs oder unter dem Druck von Steuersenkungen in Etappen zu erzwingen sucht: Ohne die Einsicht wenigstens eines Teils der Betroffenen läßt sich nichts durchsetzen. Das gilt insbesondere für die beiden hier ausführlicher besprochenen Wege und damit auch für eine gemischte Strategie; denn die Bundesgesetze über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, über die Neuverteilung der Umsatzsteuer und über eine Steuerreform, die zu Einnahmenausfällen bei den Ländern führt, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Deshalb muß sich bei einer hinreichend großen Zahl von Landesregierungen die Erkenntnis durchsetzen, daß es wünschenswert ist, das Wirtschaftswachstum durch eine deutliche Steuerentlastung zu kräftigen, und daß es zur Vorbereitung einer großen Steuerreform notwendig ist, auch bei Ländern und Gemeinden die Ausgabenentwicklung auf die Vorgaben des Finanzplanungsrates zurückzuführen.

Spielräume für eine kraftvolle Steuersenkung

277. Wie groß die Entlastungen in den neunziger Jahren bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sein können, hängt nicht allein von der Senkung der Staatsquote ab: Die eigentliche Reform besteht in einer Umstrukturierung des Steuersystems, nämlich in einem Abbau von Steuervergünstigungen sowie einer erhöhten Belastung des Verbrauchs zugunsten von Entlastungen bei jenen Abgaben, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, vor allem jedoch bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung (JG 84 Ziffern 450 ff. und JG 85 Ziffer 269). Eine solche Steuerreform bliebe jedoch Stückwerk, wenn sie nur auf eine Umschichtung der Steuerlasten beschränkt wäre. Um die Leistungsbereitschaft sowie insbesondere die Risikofreudigkeit anzuregen und um das Wirtschaftswachstum dauerhaft zu kräftigen, halten wir es für notwendig, die Steuerlasten etwa gegen Ende der laufenden Finanzplanungsperiode 1990 in einer Größenordnung von mindestens 30 Mrd DM jährlich (bezogen auf das Steueraufkommen 1990) dauerhaft abzubauen. Zur Mitte der neunziger Jahre könnte dann eine weitere Steuersenkung in einer vergleichbaren Größenordnung folgen.

278. Bei der Abschätzung des Steuersenkungspotentials, das bis zum Jahre 1990 gewonnen werden kann, gehen wir für die Jahre 1986 und 1987 von der Entwicklung aus, die sich für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften abzeichnet. Für die Einschätzung der weiteren Entwicklung nehmen wir einen Ausgabenzuwachs von 3 vH an. Wie in den Vorjahren legen wir bei der Schätzung der Einnahmen einen mittelfristigen Anstieg des nominalen Sozialprodukts von 4½ vH zugrunde. Wir erinnern dabei daran, daß unsere Projektionen Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials auf mittlere Sicht nicht berücksichtigen können (JG 85 Ziffer 263). Für die Entwicklung der Steuereinnahmen berücksichtigen wir die für 1988 beschlossenen Steuersenkungen und die vom Arbeitskreis Steuerschätzungen veranschlagte Veränderung der Steuerquote. Bei unseren Berechnungen stützen wir uns in diesem Jahr auf die im Zahlenwerk der Finanzstatistik üblichen Abgrenzungen. Von dieser Basis sind wir vor zwei Jahren bei der Darstellung von Optionen für die Finanzpolitik ebenfalls ausgegangen, so daß ein Vergleich mit unserer damaligen Einschätzung des Steuersenkungspotentials im Sinne der dritten Option möglich ist (JG 84 Ziffern 439 ff. und Tabelle 37).

Aus den Unterschieden der veranschlagten Einnahmenentwicklung und des unterstellten Ausgabenpfades resultieren Konsolidierungsbeiträge, die den Finanzierungssaldo bis zum Jahre 1990 auf etwa 24 Mrd DM vermindern werden. Wie groß das Steuersenkungspotential im Jahre 1990 sein wird, hängt nicht nur von der Defizitentwicklung, sondern auch davon ab, in welchem Umfang künftig die Nettokreditaufnahme zur Ausgabendeckung eingesetzt werden soll. Als Maßstab hierfür kann eine auf mittlere Sicht konstante Kreditfinanzierungsquote dienen, die für unsere Projektion zweckmäßigerweise als Relation der Nettokreditaufnahme zum nominalen Bruttosozialprodukt definiert wird. Wir gehen davon aus, daß die Kreditfinanzierungsquote des Jahres 1985 in Höhe von 2,1 vH auf mittlere Sicht finanzpolitisch angemessen ist, wie es auch unserem früheren Urteil entspricht. Legt man diesen Maßstab gemäß der dritten Option zur Bezifferung des Steuersenkungsspielraums zugrunde, so ergibt sich für die im Jahre 1990 vertretbare Nettokreditaufnahme ein Volumen von 49 Mrd DM und damit unter Berücksichtigung des von uns auf der Grundlage unserer diesjährigen Projektion für 1990 errechneten Defizits von 24 Mrd DM ein Steuersenkungspotential von 25 Mrd DM (Tabelle 23).

279. Vor zwei Jahren konnten wir den Spielraum für eine Steuersenkung, der durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik gewonnen werden kann, noch optimistischer beurteilen. Der inzwischen eingetretene Verlust an Steuersenkungsspielraum veranschaulicht die Bedeutung, die dem von uns unterstellten Ausgabenpfad für das Ergebnis unserer Projektionen zukommt. Man erkennt dies leicht, wenn man den Ausgabenanstieg von 3 vH den Zuwachsraten der Staatsausgaben in den Jahren 1985 bis 1987 in Höhe von 3½ vH, 4½ vH und 4 vH gegenüberstellt. Aus diesem Vergleich des von uns schon 1984 veranschlagten Ausgabenpfads mit der heute überschaubaren Ausgabenentwicklung läßt sich der Verlust an Steuersenkungspotential auf etwa 16½ Mrd DM beziffern. Aus mehreren Gründen kann man diese Einbuße an Steuerentlastungsmöglichkeiten aus der Gegenüberstellung unserer Projektionen von 1984 und 1986 nicht unmittelbar ablesen. Am bedeutsamsten ist dabei, daß die inzwi-

Tabelle 23

Zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1])

	Einheit	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Ausgaben	Mrd DM	603,4	630	653½	673	693½	714
	vH[2])	+3,5	(+4½)	(+4)	(+3)	(+3)	(+3)
Einnahmen	Mrd DM	564,4	584	605	629	658½	690
	vH[2])	+5,1	(+3½)	(+3½)	(+4)	(+4½)	(+5)
darunter: Steuern	Mrd DM	437,0	453½	475	494	519	544½
Finanzierungssaldo	Mrd DM	−39,0	−46	−48½	−44	−35	−24
Steuersenkungspotential bei Kreditfinanzierungsquote wie 1985	Mrd DM	—	—	—	½	11½	25
Ausgabenquote[3])	vH	32,7	32,3	32,2	31,7	31,3	30,8
Steuerquote[4])	vH	23,7	23,3	23,4	23,3	23,4	23,5

[1]) Auf Basis der Finanzstatistik; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3]) Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

schen beschlossenen Steuersenkungen aus dem Steuerentlastungsgesetz 1986/88 bei unseren Berechnungen für das Jahresgutachten 1984/85 noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Gegen den Vergleich könnte eingewandt werden, daß sich bei einer zurückhaltenderen Ausgabenpolitik auch eine andere Sozialproduktsentwicklung und damit niedrigere Steuereinnahmen ergeben hätten. Das mag richtig sein, doch wäre selbst bei dieser Sachlage in der Regel davon auszugehen, daß die Ausgabendifferenzen wesentlich größer sind als die Steuermindereinnahmen, so daß das Steuersenkungspotential, mit dem wir heute rechnen dürfen, bei einer Begrenzung des Ausgabenzuwachses auf 3 vH in den Jahren 1985 bis 1987 in jedem Falle deutlich höher wäre, als es sich heute abzeichnet. Im übrigen muß die von uns befürwortete Ausgabenzurückhaltung nicht notwendigerweise zu einer Schmälerung der Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts führen; denn es kommt nicht nur darauf an, welche Ausgaben reduziert werden, sondern auch darauf, wie der damit gewonnene Handlungsspielraum genutzt wird: Werden beispielsweise Subventionen abgebaut und die Steuern jeweils in demselben Umfang gesenkt, brauchen sich negative Einflüsse auf die Sozialproduktsentwicklung nicht einzustellen. Zumindest auf mittlere Sicht erwarten wir von einer Politik, die auf Senkung der Staatsquote und Steuerentlastungen gerichtet ist, günstige Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum.

Daß bei einem durchschnittlichen Ausgabenzuwachs von etwa 4 vH mittelfristig das Steuersenkungspotential drastisch reduziert, wenn nicht sogar vollkommen verspielt würde, läßt sich also aus dem Vergleich der Ausgabenreihen für 1985 bis 1987 ablesen und wird im übrigen auch durch einen Blick auf unsere Prognose für das Jahr 1987 bestätigt, für das wir keinen Konsolidierungsbeitrag erwarten dürfen. Diese Erfahrungen lassen den Schluß zu, daß ein Steuersenkungsspielraum in der erforderlichen Größenordnung unter den wohl auf absehbare Zeit geltenden Bedingungen für den Wirtschaftsablauf nur gewonnen werden kann, wenn auf mittlere Sicht der Ausgabenanstieg für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften auf 3 vH begrenzt wird.

Steuerreform fortführen

280. Im vorigen Jahr haben wir uns dafür ausgesprochen, eine große Steuerreform vorzubereiten, bei der die mit dem Steuerentlastungsgesetz 1986/88 vorgezeichnete Konzeption einer Senkung der Einkommensbesteuerung durch Tarifkorrektur weiter verfolgt wird. Nach unserer Vorstellung gilt es, Leistungsbereitschaft und Innovationen, mittelbar auch die Investitionen, dadurch anzuregen, daß Anstieg und absolute Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer deutlich gesenkt werden. Um ergänzend die Investitionen unmittelbar von einem Teil der Steuern zu entlasten, sollen außerdem das Gewicht der Einkommensbesteuerung im Steuersystem vermindert und das der Verbrauchsbesteuerung erhöht werden. Auf diese Weise wird zugleich zusätzlicher Spielraum für die Senkung der Steuersätze über die echte Steuerentlastung (Nettoentlastung) hinaus gewonnen. Das gleiche gilt, wenn die Bemessungsgrundlagen der Steuern insgesamt durch den Abbau von Steuervergünstigungen verbreitert werden. Für die Möglichkeit, Steuerlasten auf diese Weise umzuschichten, haben wir zahlreiche Anregungen gegeben (JG 85 Ziffern 269 ff.).

Es liegt nahe, unsere Vorschläge mit der in diesem Jahr vom amerikanischen Kongreß verabschiedeten Steuerreform zu vergleichen; denn einige Parallelen sind unverkennbar. Der Grundgedanke besteht in beiden Fällen darin, bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung die Bemessungsgrundlagen vor allem durch den Abbau von Steuervergünstigungen zu verbreitern und dafür den An-

stieg sowie die absolute Höhe der Grenzsteuersätze zu senken. Die Konzeptionen decken sich auch insofern, als der tariflichen Entlastung gegenüber einer unmittelbaren Entlastung der Investitionen von Steuern der Vorzug gegeben wird. In den Vereinigten Staaten geschieht dies allerdings dadurch, daß im Rahmen einer grundsätzlich aufkommensneutral vorgesehenen Umstrukturierung des Steuersystems die Investitionsförderung zugunsten der Tarifentlastung zurückgeführt wird. Demgegenüber hatten wir uns mit der Frage auseinanderzusetzen, welcher dieser Alternativen bei der angestrebten Steuersenkung der Vorzug zu geben ist. Schließlich ist — von anderen Unterschieden abgesehen — zu beachten, daß es unrealistisch wäre anzunehmen, in der Bundesrepublik könnte der höchste Grenzsteuersatz so stark abgesenkt werden wie in den Vereinigten Staaten (Ziffern 16ff.). Trotz der Übereinstimmung im steuersystematischen Ansatz ist der Sachverständigenrat in seinem Votum nicht durch das aktuelle Geschehen in den Vereinigten Staaten inspiriert worden; er hat den Vorschlag, Anstieg und absolute Höhe der Grenzsteuersätze deutlich zu senken, bereits in seinem Jahresgutachten 1983/84 zur Diskussion gestellt (JG 83 Ziffern 412ff.).

281. Die Senkung der Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer fördert das Wirtschaftswachstum, ohne den Wettbewerb zu verzerren. Die Einkommensbesteuerung ist nämlich mit Überlasten („excess burden") verbunden. Diese beruhen darauf, daß der Erwerb von Arbeitseinkommen insbesondere mit Freizeitopfern, der Erwerb von Kapitaleinkommen mit dem Eingehen von Risiken, also Einbußen an Sicherheit, verbunden sind. Da die Alternativen zum Einkommenserwerb, das heißt vor allem Freizeit und Sicherheit, im Gegensatz zum Einkommen nicht oder allenfalls geringfügig durch Steuern belastet werden, löst die Einkommensteuer Substitutionseffekte aus, die bei der heutigen Höhe des Spitzensteuersatzes und bei der heutigen Steilheit der Progression im direkt progressiven Tarifbereich relativ groß sein dürften. Hinzu kommt, daß diese Substitutionseffekte im Zusammenhang mit dem heutigen Umfang der Schattenwirtschaft gesehen werden müssen: So wird beispielsweise die gewonnene Freizeit häufig zum do-it-yourself oder über Schwarzarbeit illegal zu steuerfreiem Einkommenserwerb genutzt. Durch die Senkung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze werden die Substitutionseffekte gemildert, so daß die wirtschaftlichen Dispositionen in der ganzen Breite entzerrt und insbesondere die Risikobereitschaft und die Innovationsfreudigkeit bei mittelständischen Unternehmern sowie der Leistungswille bei Managern und qualifizierten Arbeitnehmern, aber nicht nur bei ihnen, erhöht werden. Gemildert wird ferner die Benachteiligung des Eigenkapitals (Risikokapitals), die darauf beruht, daß ein großer Teil der Zinseinkommen de facto unbesteuert bleibt und daß Zinseinkommen darüber hinaus auch legal — etwa durch die geltenden Regelungen des Gewerbesteuerrechts — begünstigt sind. Innovationen und Investitionen werden durch die Tarifsenkung zwar nur indirekt angeregt, dafür aber unabhängig von der Kapitalintensität der Produktion belohnt.

282. Die Auffassung, daß das Schwergewicht der Steuerreform auf einer Senkung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze liegen solle, ist nicht unbestritten. Es gibt viele Stimmen, die einer (mehr oder weniger weitgehenden) Entlastung der Investitionen von Steuern — sei es durch Investitionszulagen, durch Steuergutschriften („tax credits") oder durch die Erlaubnis zu beschleunigten Abschreibungen (Abschreibungsfreiheiten) — den Vorzug geben. Gelegentlich wird auch wieder für den Ersatz der Einkommensteuer durch eine direkte Verbrauchsteuer (Ausgabensteuer) plädiert. Richtig ist, daß alle Formen dieser direkten Investitionsbegünstigung stärkere Anreize für das Investieren auslösen als die von uns bevorzugten tarifpolitischen Maßnahmen, und zwar aus mehreren Gründen: Zunächst vermittelt die unmittelbar an den jeweiligen Investitionsvorgängen ansetzende Steuerentlastung bei gegebenem Steuerausfall eine kräftigere Förderung der Investitionen als eine global wirkende Senkung der Einkommensteuersätze. Sodann erhöhen Steuerbegünstigungen der Investitionen die Kapitalwerte und beeinflussen dadurch unmittelbar den Investitionskalkül. Mit der Erhöhung der Investitionsrenditen wird auch die Investitionsfinanzierung erleichtert.

Diesen unbestreitbaren Vorzügen einer Steuerentlastung der Investitionen stehen indessen gravierende Nachteile gegenüber: Die einseitige Begünstigung der Investitionen löst Substitutionsvorgänge im Unternehmensbereich aus, die den Wettbewerb verzerren und deshalb ordnungspolitisch bedenklich sind. Nach Maßgabe der Kapitalintensität werden unteroptimale Faktorkombinationen im Produktionsprozeß und die Unternehmenskonzentration gefördert. Nicht selten profitieren gerade die alten Industrien mit hoher Kapitalintensität am stärksten von der Steuerentlastung der Investitionen, während diese Maßnahmen den zukunftsträchtigen Branchen — man denke etwa an die Dienstleistungssektoren — mit einem hohen innovatorischen Potential nur verhältnismäßig wenig zugute kommen.

Produktinnovationen wie Prozeßinnovationen sind in der Regel an Investitionen gebunden; aber nicht jede Investition ist eine Innovation, und es gibt Innovationen, zu deren Umsetzung nur ein bescheidener Kapitaleinsatz benötigt wird. Da den Innovationen für die Stärkung des Wirtschaftswachstums auf mittlere Sicht wohl eine noch größere Bedeutung zukommen dürfte als den Investitionen selbst, bildet nicht die steuerliche Entlastung der Investitionen, sondern die der schöpferischen Unternehmerleistung den geeigneten Ansatzpunkt dafür, die Innovationen anzuregen. Es gibt immerhin zu denken, daß sich die Amerikaner zu dem beschriebenen Kurswechsel in ihrer Steuerpolitik entschlossen haben. Daß die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten trotz der imponierenden Investitionswelle kaum an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hat, hat sicher viele Gründe. Das amerikanische Beispiel lehrt aber wohl, daß die massive Begünsti-

gung von Investitionen durch Steuergutschriften und Abschreibungsfreiheiten hierfür nicht hinreichte.

283. Die Auseinandersetzung um den „richtigen" Weg einer Wachstumsförderung mit Instrumenten der Steuerpolitik bleibt vordergründig, wenn man nicht die divergierenden Vorstellungen über die Grundfragen der Steuersystematik berücksichtigt. In deren Zentrum stehen traditionell die Fragen der Steuerlastverteilung. Wegen des engen Zusammenhanges zwischen distributiven und allokativen Problemen steht der Meinungsstreit über den angemessenen Maßstab der Steuerlastverteilung — meist unausgesprochen — hinter der Kontroverse, wie die Investitionen adäquat bei der Besteuerung zu behandeln sind. Die Diskussion darüber, ob das Einkommen oder die Konsumausgaben die bessere Meßlatte für die Verteilung der Steuerlasten bilden, ist ebenso alt wie aktuell. Für den Anhänger einer Besteuerung der Konsumausgaben ist deshalb im Gegensatz zu unserer Auffassung die Steuerentlastung der Investitionsausgaben (alternativ: des Sparens) notwendig, um eine Diskrimination der Investitionen zu vermeiden. Wer dagegen in der herkömmlichen Besteuerung der Einkommen die steuersystematisch korrekte Lösung sieht, wird der steuerlichen Förderung der Investitionen (oder des Sparens) kritisch gegenüberstehen, weil die Begünstigung aus dieser Sicht den Charakter einer Subvention annimmt.

An der bisherigen Besteuerungsidee festzuhalten, heißt nicht, die Augen vor der zentralen beschäftigungspolitischen Aufgabe, die Wachstumskräfte zu stärken, zu verschließen. Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, die verteilungspolitisch selbst problematisch ist, kann ohne ein kraftvolles Wirtschaftswachstum nicht abgebaut werden. Investitionen sind dafür nicht die alleinige Voraussetzung, wohl aber eine sehr wichtige. In diesem Sinne halten wir nicht nur die Tarifreform bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung für erforderlich, sondern auch eine Steuerentlastung der Investitionen. Dafür sollten nicht etwa Steuergutschriften oder Investitionszulagen gewährt und die Abschreibungsfreiheiten vergrößert werden, weil sich bei dieser Lösung Steuerausfälle ergeben, die dann nicht mehr für die von uns favorisierte tarifliche Entlastung eingesetzt werden können. Richtig ist es vielmehr, das Gewicht der Verbrauchsteuern im deutschen Steuersystem dauerhaft zu erhöhen; denn auf diesem Wege wird zugleich der Spielraum für die Senkung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze erweitert, so daß neben den Investitionen auch die Leistungsbereitschaft und damit die Innovationen gefördert werden.

284. Günstige Wirkungen dürfen von einer Senkung der Grenzsteuersätze nur erwartet werden, soweit diese Entlastung nicht von einer höheren Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge kompensiert wird. Für die gesamtwirtschaftlichen Effekte ist deshalb nicht allein die Entwicklung der Steuersätze, sondern vor allem die marginale Abgabenbelastung entscheidend. Infolgedessen ist es bedenklich, wenn Steuerentlastungen in einem mehr oder weniger großen Umfange durch die Erhöhung von Beiträgen zur Sozialversicherung kompensiert werden.

So soll beispielsweise der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung vom 1. Januar 1987 an von 4,0 vH auf 4,3 vH erhöht werden. Dabei sind Überlegungen der Bundesregierung zu einer achten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes noch nicht berücksichtigt, die verlängerte Bezugsmöglichkeiten von Arbeitslosengeld, insbesondere für ältere Arbeitslose, vorsehen. Dies könnte zu einer Mehrbelastung der Bundesanstalt von jährlich rund 3 Mrd DM (für 1987 rund 1,5 Mrd DM) führen. Durch diese Regelungen würden der Bundeshaushalt und möglicherweise auch die kommunalen Budgets entlastet, weil die Zahlungen von Arbeitslosenhilfe oder eventuell auch Sozialhilfe an die betroffenen Personen zeitlich hinausgeschoben werden könnten; denn diese erhielten statt dessen Arbeitslosengeld. Die Ziele der Konsolidierungspolitik würden verfehlt, wenn die Ausgabenentlastung bei den Gebietskörperschaften nur dadurch erreicht wird, daß die Belastungen auf die Sozialversicherungsträger verschoben werden.

Es kommt vor allem darauf an, die Grenzbelastung durch die Abgaben insgesamt zu vermindern. Dazu genügt es nicht, den Blick allein auf die Steuerentlastungen zu richten. Wenn es nach Lage der Dinge schon kaum möglich sein wird, die Sozialversicherungsbeiträge zu senken, so gilt es doch zu vermeiden, daß durch eine Aufstockung der Leistungen der Versicherungsträger weitere zusätzliche Beitragserhöhungen programmiert werden.

Kommunale Finanzreform dringend

285. Während der letzten Jahre haben in der öffentlichen Meinung einige Aufgaben eine hohe Priorität gewonnen, die überwiegend von den Gemeinden zu lösen sind. Zu diesen Tätigkeitsfeldern gehören beispielsweise Bereiche des Umweltschutzes und die Altstadtsanierung. Für die Erfüllung dieser und anderer Aufgaben müssen im Hinblick auf die finanziellen Begrenzungen in sachlicher wie zeitlicher Hinsicht Prioritäten gesetzt werden. Da das Volumen wichtiger Einnahmen von den Gemeinden nicht unmittelbar beeinflußt werden kann, sind diese für ihre Finanzplanung auf verläßliche Vorgaben von Bund und Land angewiesen.

Die Kommunen müssen sich schon jetzt darauf einstellen, daß ihre Einnahmen aus der Einkommensteuer nicht nur durch das Steuerentlastungsgesetz 1986/88, sondern auch durch die große Steuerreform beeinträchtigt werden. Insoweit steht die Verminderung der Einnahmenzuwächse jedoch mit den Vorgaben des Finanzplanungsrates für eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs in Einklang.

Neben dem Anteil an der Einkommensteuer bilden die Schlüsselzuweisungen des Landes den Sockel für die Finanzierung der kommunalen Aufgaben. Dieser Sockel muß knapp bemessen werden, damit ein Druck dahin erzeugt oder erhöht wird, daß die Gemeinden ihre Haushaltsentwicklung — unbe-

schadet situationsbedingter Besonderheiten — insgesamt stärker auf die Vorgaben des Finanzplanungsrates ausrichten. Ein solcher Druck erscheint auch deshalb erwünscht, weil die Gemeinden — anders als die Länder — wenigstens in gewissen Grenzen die Möglichkeit haben, über die Festlegung der Hebesätze und die Erhebung bestimmter kommunaler Verbrauchsteuern das ihnen zufließende Steueraufkommen unmittelbar zu beeinflussen. Der in der kommunalen Steuerautonomie liegende Spielraum müßte stärker als bislang für die Erfüllung derjenigen Aufgaben eingesetzt werden, die die Gemeinden aufgrund der Präferenz ihrer Bürger freiwillig übernehmen. Dies gilt auch in bezug auf die Pflichtaufgaben dann, wenn sie auf einem Niveau erfüllt werden, das über dem Mindeststandard liegt.

Bedenklich ist es allerdings, wenn einige Bundesländer ihre Haushalte durch die Kürzung der kommunalen Finanzzuweisungen oder — wie es in bezug auf die Grunderwerbsteuer im Lande Nordrhein-Westfalen geschehen ist — durch den Entzug kommunaler Steuereinnahmen zu konsolidieren trachten. Was den Gemeinden aus dem Steueraufkommen des Landes zur Verfügung steht, sollte zwar knapp bemessen, aber für die kommunalen Entscheidungsträger bei ihrer Finanzplanung auf mittlere Sicht kalkulierbar sein.

286. Im Hinblick auf den kommunalen Finanzbedarf scheint es uns bemerkenswert, daß offenbar die Finanzierungsspielräume bislang nicht ausgeschöpft worden sind, die die Grundsteuer bietet. Gewiß, eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer ist unpopulär; denn neben den Gewebetreibenden und insbesondere den Landwirten spüren dann alle in der Gemeinde wohnenden Bürger die Finanzierungslasten, die sich aus der kommunalen Aufgabenerfüllung ergeben. Aber gerade dies läßt die Grundsteuer besonders geeignet erscheinen, verstärkt zur Finanzierung jener Aufgaben eingesetzt zu werden, deren Erfüllung vorwiegend der Wohnbevölkerung oder den landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommt. Unter den überschaubaren Verhältnissen der Gemeinden läßt sich auf diese Weise dem Bürger die Einsicht vermitteln, daß die Erfüllung seiner Wünsche mit Kosten verbunden ist.

Anders liegen die Dinge hinsichtlich des Hebesatzrechtes bei der Gewerbesteuer; denn diese Abgabe ist immer stärker zu einer Sondersteuer für mittlere und große Gewerbebetriebe geworden. Sie belastet deshalb nur eine kleine Anzahl von Unternehmen, und es liegt nahe, daß sich die Erhöhung der Steuerlasten hier mitunter leichter durchsetzen läßt als bei der Grundsteuer. Die den Gewerbebetrieben auferlegten kommunalen Steuerlasten werden deshalb immer weniger durch den Umfang der Belastungen bestimmt, die den Gemeinden aus der Betätigung der Unternehmen erwachsen.

287. Eine kommunale Unternehmensteuer muß darauf gerichtet sein, die Aufwendungen der Gemeinden aus ihren Vorleistungen für die örtliche Produktion den Unternehmen anzulasten. Die Besteuerungsgrundlagen der Gewerbesteuer — also die Abgrenzung der subjektiven Steuerpflicht, die Bemessungsgrundlagen sowie der Tarif (hier namentlich die Freibetragsregelungen) — bieten in ihrer heutigen Form keinen geeigneten Anhaltspunkt dafür, in welchem Umfang die einzelnen Unternehmen der Gemeinde Kosten verursachen. Nach diesem Äquivalenzprinzip kann die Gewerbesteuer nicht mehr gerechtfertigt werden; denn die Kommunen sind nicht allein durch den Kapitaleinsatz der Unternehmen, sondern auch durch den Arbeitseinsatz in den Unternehmen belastet: So müssen der lokale Straßenbau und der öffentliche Personennahverkehr auf die Spitzenbelastungen ausgerichtet werden, die vor allem durch die Fahrten der Arbeitnehmer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bestimmt werden. Durch diese Fahrten verstärken sich auch die durch den Verkehr hervorgerufenen Umweltschäden, deren Behebung zunehmend die Gemeindeetats belastet. Die Gewerbesteuer gilt diese Vorleistungen für die Unternehmen nicht ab; denn sie belastet ausschließlich den Kapitaleinsatz, diesen dafür aber gleich doppelt, nämlich durch die Gewerbeertragsteuer einerseits, die Gewerbekapitalsteuer andererseits. Hinzu kommt, daß das Aufkommen aus der heutigen Gewerbesteuer im Konjunkturverlauf sehr stark schwankt, weil der Gewerbeertrag gewinnabhängig ist. Dies verführt die Gemeinden zu einem prozyklischen Ausgabenverhalten, was sich insbesondere in der Unstetigkeit der kommunalen Investitionen niederschlägt. Konjunkturpolitisch ist das unerwünscht.

Das sind nicht die einzigen Mängel der Gewerbesteuer. Sie wirkt wettbewerbsverzerrend. Sie diskriminiert insbesondere den Eigenkapitaleinsatz im Vergleich zur Fremdfinanzierung. Das ist ordnungspolitisch und wachstumspolitisch bedenklich. Für die Gewerbekapitalsteuer gibt es in einem modernen Steuersystem keinen Raum.

Von vielen Seiten wird gefordert, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Strittig ist jedoch, wie die dadurch in den Gemeindefinanzen entstehende Lücke geschlossen werden kann. Besonders oft wird empfohlen, die Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer zu beteiligen. Wegen der EG-Richtlinien für diese Abgabe beraubt diese Lösung die Kommunen des Hebesatzrechtes; dagegen sprechen wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte. Würde gemäß der vorgelegten Modelle eine Anrechnung der Gewerbesteuerzahllast (ganz oder teilweise) auf andere Steuerschulden der Unternehmen vorgesehen, so blieben die meisten Nachteile der Gewerbesteuer bestehen. Zudem erhalten diese Vorschläge die Hebesatzautonomie der Gemeinden nur dadurch, daß diesen in einem mehr oder weniger großen Umfang ein Freiraum zu Lasten von Bund und Ländern eingeräumt wird.

288. Der Sachverständigenrat hat — einem Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen folgend — seit einer Reihe von Jahren für einen Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungsteuer plädiert (zuletzt JG 85 Ziffer 277). Wir halten diese Lösung nach wie vor für den besten Weg, der bei einer kom-

munalen Steuerreform beschritten werden kann. Die Einwände der Kritiker gegen diesen Vorschlag halten wir nicht für stichhaltig.

Es wird behauptet, Investitionen und Exporte würden durch die Wertschöpfungsteuer diskriminiert. Diese Einwände behaupten im Kern, die Wertschöpfungsteuer habe verzerrende Wirkungen auf den Einsatz von Kapital und auf die Produktionsstruktur. Dem ist entgegenzuhalten, daß zu einer optimalen Allokation der Ressourcen auch gehört, daß die Kosten internalisiert werden, die den Gemeinden aus der Bereitstellung der Infrastruktur für die Produktion der Unternehmen erwachsen. Die Wertschöpfungsteuer leistet diese Zurechnung von Kosten besser als jedes andere Modell einer kommunalen Steuer. Wenn aus übergeordneten Gesichtspunkten eine Förderung der Investitionen oder — was im Hinblick auf die Regelungen des GATT problematisch wäre — der Produktion für den Export angestrebt wird, muß dies bei denjenigen Abgaben geschehen, deren Aufkommen dem Bund oder den Ländern zufließt.

Es wird weiter behauptet, die Wertschöpfungsteuer belaste als „ertragsunabhängige" Steuer — gemeint ist regelmäßig: gewinnunabhängige Steuer — die Unternehmen in Verlustjahren unangemessen stark. Sie wirke insbesondere wegen der Besteuerung der Löhne als „Jobkiller" und begünstige die Schattenwirtschaft. Auch dieses Argument verkennt die Erfordernisse einer Gemeindesteuer: Wie viele andere Produktionsmittel werden die kommunalen Vorleistungen von den Unternehmen unabhängig davon beansprucht, ob ein Gewinn erwirtschaftet wird oder nicht. Die kommunale Unternehmensteuer soll die Kosten decken, die den Gemeinden aus ihren Infrastrukturleistungen für die Produktion entstehen. Eine nach diesem Äquivalenzprinzip erhobene Abgabe nach dem Gewinn der Unternehmen zu bemessen, wäre unsystematisch (und wegen der damit verbundenen Diskrimination des Eigenkapitaleinsatzes überdies wettbewerbsverzerrend). Nicht zuletzt geht es auch darum, den Gemeinden eine konjunkturunabhängige, kalkulierbare Einnahmenbasis zu sichern, damit ein prozyklisches Ausgabenverhalten vermieden wird. Dies liegt gerade auch im Interesse der Unternehmen; denn es verschlechtert deren Situation, wenn sich die Gemeinden just in Rezessionsjahren zu einer restriktiven Ausgabenpolitik veranlaßt sehen. Die Aufgabe, die Besteuerung der Unternehmen in Verlustjahren auf ein erträgliches Maß zu begrenzen und den Arbeitseinsatz nicht zu belasten, muß im Rahmen der Gestaltung des gesamten Steuersystems gelöst werden; und das bedeutet wieder, daß dieses Prinzip vornehmlich bei denjenigen Steuern zu verwirklichen ist, deren Aufkommen Bund und Ländern zufließt.

289. Soweit von den Kritikern der Wertschöpfungsteuer nicht überhaupt die Beibehaltung der Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Form mit all ihren Mängeln befürwortet wird, schlagen sie in der Regel entweder eine Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer oder die Einführung einer kommunalen Einkommensteuer (oder eines kommunalen Zuschlages zur Einkommensteuer) vor. Dabei wird offenbar übersehen, daß diese Lösungen in einigen Punkten ebenfalls die Konsequenzen hätten, die an der Wertschöpfungsteuer gerügt werden.

Das gilt in besonderem Maße für die These, daß die Wertschöpfungsteuer den Anreiz zur Schwarzarbeit erhöhe, weil sie die Personalkosten belaste und dadurch die Distanz vergrößere, die zwischen dem Nettolohn des Arbeitnehmers und den gesamten Kosten aus dem Personaleinsatz besteht, die der Arbeitgeber zu tragen habe. Diese Distanz und mit ihr der Anreiz zur Schwarzarbeit werden indessen ebenso erhöht, wenn der Tarif der Umsatzsteuer angehoben werden muß, damit die Gemeiden am Aufkommen dieser Abgabe beteiligt werden können. Nicht anders liegen die Dinge bei der Erhebung einer kommunalen Einkommensteuer, weil bei kommunalen Zuschlägen zur Lohnsteuer die Distanz zwischen den gesamten Kosten aus dem Personaleinsatz und dem Nettolohn des Arbeitnehmers ebenfalls ausgeweitet wird.

Die Umsatzsteuer ist ebensowenig „ertragsunabhängig" wie die Wertschöpfungsteuer, und sie erhöht die Verluste in derselben Weise, wenn der Markt die zur Kostendeckung benötigten Erlöse nicht hergibt. Bei der kommunalen Einkommensbesteuerung lägen die Dinge nur dann anders, wenn angenommen werden dürfte, daß die Entlastung der Unternehmen durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Belastung der Arbeitnehmer durch die Einführung einer kommunalen Einkommensteuer von den Gewerkschaften ohne Einfluß auf die Lohnforderungen hingenommen würden. Das erscheint unrealistisch.

Die von den Kritikern der Wertschöpfungsteuer unterbreiteten Vorschläge sind auch unter dem Blickwinkel der Streuung des Steueraufkommens nicht überzeugend. Das örtliche Umsatzsteueraufkommen streut — vornehmlich wegen der Steuerbefreiung der Exportlieferungen — nicht nach der regionalen Verteilung der Produktion. Wegen der Erstattung der auf den Exportlieferungen lastenden Vorsteuern ist das Umsatzsteueraufkommen in einigen Gemeinden sogar negativ. Die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer dürfte deshalb nicht nach dem örtlichen Aufkommen vorgesehen werden. Eine Verteilung des Gemeindeanteils nach der Einwohnerzahl begünstigte dagegen die Wohngemeinden. Dasselbe ergäbe sich auch bei der Erhebung einer kommunalen Einkommensteuer. Die damit verbundene Diskrimination der Produktion kann nicht im wohlverstandenen Interesse der Unternehmen liegen.

Zusammenfassend: Die Gegenvorschläge sind nicht konsistent, und sie werden der bei der Gewerbesteuerreform zu lösenden Aufgabe nicht gerecht.

290. Der Deutsche Städtetag hat vorgeschlagen, die Gewerbesteuer grundlegend umzugestalten. Der ausformulierte Gesetzesvorschlag zielt darauf ab:

— den Kreis der Steuerpflichtigen grundsätzlich auf alle Unternehmen im Sinne des Umsatzsteu-

errechts auszudehnen, um die heutigen Gewerbesteuerzahler zu entlasten; aus diesem Grunde wird gefordert, ungerechtfertigte Steuerbefreiungen zu unterlassen; steuerbefreit sollen jedoch die Unternehmen werden, soweit sie Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft oder nur in geringem Umfang Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielen; Freibeträge sollen auf das „Existenzminimum" beschränkt werden;

— die betriebliche Wertschöpfung als Steuerbemessungsgrundlage einzuführen (ohne sie als solche zu bezeichnen), dabei allerdings die einzelnen Komponenten der Wertschöpfung, also den Gewinn, die Mieten und Pachten, die Zinsen sowie die Löhne durch die Festlegung unterschiedlicher Steuermeßzahlen abweichenden Belastungen zu unterwerfen; damit soll einerseits vermieden werden, daß das Gewerbesteueraufkommen einseitig von der Gewinnentwicklung bestimmt wird, andererseits aber eine starke Reduzierung des Aufkommensanteils aus den ertragsunabhängigen Bestandteilen, insbesondere aus den Löhnen, erreicht werden; das Gewerbekapital soll nicht mehr als Bemessungsgrundlage dienen;

— in weitem Umfang auf die Regelungen des heutigen Gewerbesteuergesetzes und anderer Steuergesetze zurückzugreifen; damit soll soweit wie möglich dem Argument einer mangelnden Praktikabilität vorgebeugt werden;

— am Hebesatzrecht festzuhalten.

Mit dem Vorschlag beabsichtigt der Städtetag offenbar, die von den verschiedenen Interessenten gegen die Wertschöpfungsteuer vorgetragenen Argumente zu entschärfen. Vielleicht ist der Widerstand gegen die modifizierte Wertschöpfungsteuer geringer als gegen die konsequente Verwirklichung der Belastungskonzeption.

291. Wenn sich die von uns favorisierte Wertschöpfungsteuer in absehbarer Zeit nicht durchsetzen läßt, ist die vom Städtetag vorgeschlagene Umgestaltung der Gewerbesteuer wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung auf dem Wege zu der immer dringlicher werdenden kommunalen Steuerreform. Wir halten zwar eine Differenzierung der Steuermeßzahlen nicht für wünschenswert, doch kann es politisch zweckmäßig sein, die Meßzahl für die Löhne niedriger festzusetzen als für die übrigen Bestandteile der Wertschöpfung, wenn es auf diese Weise während der Zeit der hohen Arbeitslosigkeit gelingt, der Steuer das Odium eines „Jobkillers" zu nehmen. Gegen weitergehende Unterschiede in den Steuermeßzahlen bestehen dagegen erhebliche Bedenken: Durch eine höhere Besteuerung der Gewinne im Vergleich zu den Zinsen wird die Finanzierung mit Eigenkapital im Vergleich zum Fremdkapitaleinsatz diskriminiert, und gerade dies sollte im Zuge einer kommunalen Steuerreform vermieden werden. Außerdem müßten die Wirtschaftseinheiten des Staates in die Steuerpflicht einbezogen werden, wie es dem Grundgedanken des Interessenausgleichs nach dem Äquivalenzprinzip entspricht. Schließlich werden die Gemeinden durch den Einsatz von Kapital und Arbeit bei den Wirtschaftseinheiten des öffentlichen Sektors nicht minder belastet als durch die privaten Unternehmen. Um die Steuerfestsetzung zu erleichtern, könnte man sich bei den Behörden mit der Lohnsumme als Bemessungsgrundlage begnügen. In diesem Falle erscheint es aber angemessen, für die Lohnsumme dieser Wirtschaftseinheiten höhere Steuermeßzahlen festzulegen als für die Unternehmen.

Das vom Städtetag vorgestellte Modell entspricht weitgehend dem einer vereinfachten Wertschöpfungsteuer. Möglicherweise findet es aber in der politischen Auseinandersetzung mehr Anklang als eine echte Wertschöpfungsteuer, die wir vorziehen.

IV. Tarifpolitik in neuem Umfeld

292. Die Tarifverhandlungen gingen in diesem Jahr ruhig und sachlich über die Runden. Aus der Sicht der Arbeitnehmer, die vor allem eine Steigerung ihres realen Einkommens interessiert, war es ein ebenso erfolgreiches Jahr wie für die Unternehmen, die das Verhandlungsergebnis am Anstieg ihrer Kosten im Vergleich mit der Erlösentwicklung messen.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht hat zu dem beide Seiten befriedigenden Resultat ein dritter Partner beigetragen: das Ausland. Die von niemandem vorhergesehene Senkung der Importpreise brachte der einen Seite eine unerwartete Aufbesserung der realen Einkommen und der anderen eine deutliche Kostensenkung, die den durch die Lohnerhöhungen bewirkten Anstieg der Stückkosten kompensierte.

293. Die Tarifrunde 1987 beginnt in einem durch die erreichte Preisstabilität begünstigten Klima. Es wird von der Tarifpolitik nicht mehr wie in früheren Jahren erwartet, mit moderaten Lohnabschlüssen zur Bekämpfung einer immer noch anhaltenden Inflation beizutragen; auch ist bei der Festlegung der neuen Löhne kein Preisüberhang aus dem Vorjahr in Rechnung zu stellen. Dennoch stehen die Verhandlungsführer und ihre Organisationen vor keiner leichten Runde. Die Höherbewertung der D-Mark hat die Chancen der Unternehmen, im Preiswettbewerb auf den heimischen und ausländischen Märkten zu bestehen, gemindert. Die deutschen Anbieter sind gegenüber dem Vorjahr kostenempfindlicher geworden, zumal sie nicht mit nochmals sinkenden Preisen importierter Rohstoffe rechnen können. Außerdem geht es bei den Verhandlungen um komplexe Themen: Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes müssen in ihrer Gesamtwirkung auf Kosten und Erträge vor dem Hintergrund der Wünsche der Arbeitnehmer abgeschätzt werden.

Die Tarifrunde 1986 im Rückblick

294. Die Gewerkschaften hatten in diesem Jahr in den meisten Tarifbereichen ausschließlich Lohn-

steigerungen ins Auge gefaßt. Da in den Jahren zuvor die realen Einkommen der Arbeitnehmer teils wegen ungünstiger Wirtschaftslage, teils wegen eines Verzichts auf Lohnerhöhungen zugunsten kürzerer Arbeitszeiten wenig gestiegen waren, sollte die diesjährige Lohnrunde eine spürbare Verbesserung der Kaufkraft bringen. Die einzelnen Lohngruppen wurden parallel angehoben. Eine sogenannte soziale Komponente zugunsten der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen ergab sich über die vereinbarten Pauschalzahlungen für die Monate bis zum Inkrafttreten der neuen Tarifverträge („Nullmonate").

Arbeitgeberverbände hatten im Vorfeld der Tarifrunde erkennen lassen, daß von der Ertragssituation der Unternehmen und von der im Frühjahr 1986 absehbaren Entwicklung her Lohnabschlüsse wie im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre möglich seien, also praktisch ein durchschnittlicher Lohnzuwachs von 3½ vH, was aus damaliger Sicht eine nicht geringe Steigerung der Reallöhne bedeutete.

295. Die im Jahre 1986 abgeschlossenen Tarifverträge wiesen eine mittlere Steigerungsrate der tariflichen Nominallöhne von 4,3 vH auf, wobei die höchste Rate 5,8 vH betrug (Handel, Banken, Versicherungen) und die niedrigste 2,8 vH (Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft). Wie schon in den vergangenen Jahren wurden die neuen Tarifverträge in einigen Bereichen als Stufenabkommen mit einer mehr als einjährigen Laufzeit abgeschlossen (Tabelle 24). Im Durchschnitt ergab sich eine Vertragslaufzeit von rund 14 Monaten. Insoweit zeigt die mittlere Abschlußrate die im Kalenderjahr 1986 wirksame Tariferhöhung ungenau an. In eine auf das Kalenderjahr bezogene Rechnung sind außerdem die bereits im Vorjahr vereinbarten Tariferhöhungen einzubeziehen. So ergibt sich für das Jahr 1986 eine kalenderjährliche Anhebung der Tarifverdienste von durchschnittlich 4,1 vH. Dieser Wert liegt — insbesondere wegen des Einflusses der Pauschalzahlungen für die sogenannten Nullmonate — unter der oben genannten mittleren Steigerungsrate von 4,3 vH.

Die Steigerung der Nominallöhne ist entgegen allen Erwartungen voll kaufkraftwirksam geworden, denn das Preisniveau blieb auf Vorjahreshöhe. Man muß viele Jahre zurückgehen, um einen ähnlich hohen Zuwachs der realen Löhne zu finden.

Die Differenzierung der Abschlüsse in den einzelnen Branchen ist nicht allein mit der unterschiedlichen Wirtschaftslage zu erklären, sondern auch mit neu vereinbarten Arbeitszeitregelungen. So geht der kräftige Anstieg der Stundenlöhne im Einzelhandel und im Großhandel darauf zurück, daß die Vereinbarung, die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen, zu Jahresbeginn wirksam wurde.

Zu einer stärkeren regionalen Differenzierung der Lohnabschlüsse, die vor allem von Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie im Norden der Bundesrepublik angeregt worden war, kam es nicht. Die Vorschläge ließen sich wegen anders gelagerter Interessen der übrigen Regionalverbände nicht durchsetzen.

296. Der im Vergleich zum Vorjahr beschleunigte Anstieg der effektiv gezahlten Stundenlöhne von 3,6 vH auf 4½ vH trug dazu bei, daß die Lohnstückkosten mit 2½ vH deutlich zunahmen. Zwar ist es nicht ungewöhnlich, daß nach einigen Jahren eines konjunkturellen Aufschwungs die Lohnstückkosten verstärkt steigen; denn bei hohem Auslastungsgrad der Kapazitäten erhöht sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität weniger als in der Anfangsphase eines Aufschwungs. Mit Blick auf unsere tarifpolitische Grundlinie, die Lohnstückkosten über den Zyklus hinweg stabil zu halten und dadurch konjunkturelle Verspannungen im Interesse eines fortdauernden Beschäftigungsanstiegs zu vermeiden, besteht Anlaß zur Sorge. Sollte sich der Anstieg der Lohnstückkosten mit dem derzeitigen Tempo fortsetzen oder gar verstärken, ist das gegenwärtige Kostenniveau nicht zu halten. Sinkende Importpreise werden 1987 nicht noch einmal einen Ausgleich für Lohnerhöhungen schaffen, die über den Produktivitätsanstieg hinausgehen. Die Tarifpartner sind deshalb aufgerufen, ihren Beitrag zur Fortsetzung des spannungsfreien Aufschwungs zu leisten.

Lohnpolitik für mehr Beschäftigung

297. Die Tarifparteien entscheiden über die mindestens zu zahlenden Löhne und Gehälter. Die Steigerung der effektiven wie der realen Löhne, die Veränderungen der Stückgewinne und der Beschäftigung sind hingegen Ergebnisse von Marktprozessen. Auf sie hat allerdings der von den Tarifparteien vereinbarte Nominallohn großen Einfluß.

Die Tarifparteien haben mit dem Tariflohn eine wichtige gesamtwirtschaftliche Größe in der Hand, die darüber mitentscheidet, wie sich der Aufschwung fortsetzt. Werden die Lohndaten so gesetzt, daß sie Preissteigerungen keinen Vorschub leisten, dann werden durch sie die weitere Expansion von Produktion und Investitionen sowie die weitere Beschäftigungsentwicklung nicht gestört. Auch könnte dann die monetäre Expansion von der Bundesbank mit weniger Problemen auf einem an den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierten Pfad gehalten werden. Ohne einen Preisschub ist es leichter, eine solche Ausweitung der Geldbestände ohne einen Anstieg der Zinsen anzusteuern. Es besteht die große Chance, die Volkswirtschaft vor neuen Stabilisierungszwängen zu bewahren. Wird diese Chance genutzt, verringert sich das Risiko, das mit Investitionen verbunden ist; die Investitionsneigung wird dadurch gestärkt. Dem Wirtschaftswachstum und damit der weiteren Entwicklung der Beschäftigung kommt das zugute.

298. Eine Lohnpolitik, bei der die Lohnstückkosten konstant bleiben, verlangt von den Arbeitnehmern keine Umverteilung zu ihren Ungunsten: Bei Preisstabilität und unveränderten Terms of Trade steigen die realen Einkommen der Arbeitnehmer mit dem allgemeinen Produktivitätsfortschritt an.

Tabelle 24

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Datum		
1986		
Januar	Einzelhandel Begünstigte: 1 580 000	Ab 1. Januar 1986 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 38½ Stunden verkürzt. Eine Bündelung der zusätzlichen Freistunden ist möglich. Außerdem wird zusätzlich zum Lohnausgleich von 3,9 vH eine Stufenanhebung von 2,1 vH vereinbart, die zwischen dem 1. März 1986 und dem 1. Mai 1986 in Kraft tritt.
	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 2 460 000	Vom 1. Januar 1986 an werden die Löhne und Gehälter um 3,5 vH angehoben.
Februar	Papier- und Pappeverarbeitende Industrie Begünstigte: 95 000	Anhebung der Löhne und Gehälter am 1. Februar 1986 um 3,5 vH. Außerdem wird vereinbart, die Wochenarbeitszeit ab 1. November 1986 um 1½ Stunden zu verkürzen, zudem eine Stufenerhöhung um 3,0 vH ab 1. Februar 1987.
März	Bankgewerbe Begünstigte: 330 000	Die Löhne und Gehälter werden ab 1. März 1986 um 4,2 vH erhöht.
	Groß- und Außenhandel Begünstigte: 520 000	In allen Tarifregionen mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden die Einkommen der Arbeitnehmer zwischen dem 1. März und dem 1. Juni 1986 um 2,5 vH bis 3,2 vH angehoben. Außerdem wird für den 1. Januar 1987 eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1½ Stunden auf 38½ Stunden bei vollem Lohnausgleich vereinbart.
April	Druckindustrie Begünstigte: 112 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. April 1986 um 4,5 vH.
	Baugewerbe Begünstigte: 1 010 000	Vom 1. April 1986 an werden die Löhne und Gehälter um 3 vH erhöht. Des weiteren wird zum 1. April 1987 für weitere 12 Monate eine Anhebung um 3,1 vH vereinbart.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 205 000	Die Arbeitseinkommen werden am 1. April 1986 um 3,2 vH angehoben. Zugleich wird vereinbart, daß vom 1. Januar 1987 an die Wochenarbeitszeit der im Innendienst Arbeitenden um 1¼ Stunden verkürzt wird und daß am 1. April 1987 eine Stufenerhöhung um 3,0 vH in Kraft tritt.
Mai	Maler- und Lackiererhandwerk Begünstigte: 125 000	Ab 1. Mai 1986 Anhebung der Löhne um 3,2 vH, der Gehälter um 3,0 vH.
	Metallindustrie Begünstigte: 3 495 000	Vom 1. Mai 1986 an steigen die Löhne und Gehälter um 4,4 vH; für die Verzögerung um einen Monat wird eine Pauschale von 230 DM gezahlt.
	Textilindustrie Begünstigte: 185 000	Anstieg der Arbeitseinkommen vom 1. Mai 1986 an um 4,4 vH.
Juni	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 180 000	Erhöhung der Verdienste in den einzelnen Tarifregionen nach einem „Nullmonat" Verzögerung ab 1. Juni 1986, 1. Juli 1986 oder 1. Oktober 1986 um 4,5 vH.
Juli	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 170 000	Ab 1. Juli 1986 Steigerung der Verdienste um 4,05 vH.
	Chemische Industrie Begünstigte: 660 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. Juli 1986, 1. August 1986 bzw. 1. September 1986 um 4,5 vH. Zusätzlich werden die beiden oberen Lohngruppen für Facharbeiter und Handwerker zwischen 0,30 DM und 0,80 DM je Stunde erhöht, um den Abstand zwischen dem Einkommen der Facharbeiter und Handwerker auf der einen Seite und dem von vergleichbaren Angestellten zu vermindern.
September	Papiererzeugende Industrie Begünstigte: 50 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 4,5 vH ab 1. September 1986.
	Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen Begünstigte: 155 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,3 vH zum 1. September 1986. Es wird zudem eine Stufenanhebung zum 1. Februar 1987 um 1,1 vH vereinbart.

In Branchen mit größeren Anpassungsproblemen ist allerdings ein unterdurchschnittlicher Lohnanstieg zu erwarten; dafür sind die Perspektiven in Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichen Markterfolgen günstiger.

Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen und eine Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer erreichen sollen, beeinträchtigen den weiteren Anstieg der Beschäftigung und verzögern den Abbau der Arbeitslosigkeit. Werden nämlich höhere Löhne auf die Preise überwälzt, so darf die Bundesbank dem auf Dauer nicht nachgeben, will sie ihre Aufgabe, den Geldwert nach innen und nach außen stabil zu halten, erfüllen. Die Folge davon ist, daß die Zinsen steigen und daß sich die Erlös-Kosten-Relation verschlechtert, wodurch die Investitionstätigkeit und die Beschäftigung beeinträchtigt werden. Zu einer lohnbedingten Dämpfung der Ertragsaussichten kommt es auch, wenn der internationale Wettbewerb die Unternehmen daran hindert, die Preise zu erhöhen, oder wenn die Preise nur unter Inkaufnahme von Marktanteilsverlusten erhöht werden können.

299. Die Chancen für mehr Beschäftigung haben sich in den letzten Jahren gebessert. Sie sollten jetzt nicht durch Lohnansprüche mit Blick auf gesamtwirtschaftliche Verteilungsquoten verspielt werden. Gewiß ist gegenwärtig die Erlös-Kosten-Relation in vielen Wirtschaftsbereichen günstig. Doch gerade dies legt die Basis für höhere Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Ohnehin darf man den Anstieg der Gewinne in diesem Jahr nicht für dauerhaft nehmen. Die Unternehmen müssen bedenken, daß der Fall des Dollarkurses die Chancen für 1987 deutlich verschlechtert hat, ähnlich günstige Gewinne wie 1986 zu erzielen. Der Wettbewerbsdruck von außen ist sehr viel größer geworden. Auch gibt es ganze Branchen und große Regionen, in denen Mehrproduktion und Mehrbeschäftigung nicht rentabel und Rückgänge unvermeidlich sind. Ein verstärkter Lohnkostendruck würde deren Situation weiter zuspitzen.

Tarifrunde 1987: Schwierige Aufgaben für die Tarifparteien

300. Die Tarifparteien können beim Abschluß des Jahres 1987 nicht das Verhandlungsergebnis des Jahres 1986 wiederholen, ohne die wirtschaftliche Entwicklung zu gefährden. Würde gleichwohl ein Lohnzuwachs von 4 vH bis 4½ vH vereinbart werden, ergäben sich Erhöhungen der Lohnstückkosten ähnlich wie in diesem Jahr (2½ vH), weil das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde 1987 nur um 2 vH zunehmen dürfte. Da die Importpreise 1987 nicht viel niedriger sein werden als 1986, fallen die gesamten Stückkosten mit dem Anstieg der Lohnstückkosten deutlich höher aus. Somit läßt sich mit einem Lohnzuwachs von 4 vH bis 4½ vH nicht noch einmal wie 1986 eine gleich hohe Steigerung der Realeinkommen sowohl beim Lohn wie beim Gewinn erreichen. Alle Informationen, die heute verfügbar sind, deuten darauf hin, daß der Spielraum für eine Steigerung der realen Einkommen sich in einem Maße verengt, wie dies in dem von uns berechneten Realwert des Sozialprodukts zum Ausdruck kommt (Tabelle 20, Seite 104.). Es wäre verhängnisvoll, diese gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu verkennen.

In gleicher Weise wäre es verhängnisvoll, wenn bei den Tarifverhandlungen davon ausgegangen würde, daß im Jahre 1987 unabwendbare Preissteigerungen auftreten. Wer sich mit Lohnabschlüssen von 4 vH bis 4½ vH auf eine Grundtendenz des Preisauftriebs (underlying rate) von 1½ vH bis 2 vH glaubt einstellen zu müssen, übersieht, daß er damit solche Preissteigerungen selbst vorbereitet. Das muß nicht sein.

Bei Lohnabschlüssen, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen, wird sich herausstellen, daß es eine solche Grundtendenz nicht gibt. Die Auswertung von Erfahrungen zeigt, daß es die Entwicklung der Lohnstückkosten ist, die den Anstieg des Preisniveaus, insbesondere den der überwiegend binnenwirtschaftlich bestimmten Preise, kurzfristig stark beeinflußt.

301. Es ist somit gut begründet, in der Tarifrunde 1987 von einem Zuschlag für die Erhöhung des Preisniveaus abzusehen. Wenn die Lohndaten von den Tarifparteien so gesetzt werden, daß die Lohnstückkosten stabil bleiben, gibt es keine Anzeichen dafür, daß ein weiterer Anstieg des Preisniveaus befürchtet werden muß. Die vereinbarten Nominallohnsteigerungen würden dann erneut in vollem Umfang kaufkraftwirksam. Nicht zuletzt der scharfe Wettbewerb, den die Aufwertung der D-Mark mit sich gebracht hat, wird für Preissenkungen — beispielsweise bei Industrieerzeugnissen — sorgen, die Preissteigerungen, die es bei Dienstleistungen gleichwohl geben mag, ausgleichen. Im Falle einer stärkeren Aufwertung, als wir sie in den Annahmen zu unserer Prognose unterstellen, könnte das Niveau der Verbraucherpreise sogar nachgeben, die realen Lohnsteigerungen könnten also höher ausfallen, als es dem nominalen Lohnanstieg entspricht.

302. Zu den Themen für die Tarifverhandlungen 1987 gehören wieder die Verkürzung und die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Gewerkschaften und Arbeitgeber scheinen an dieses Thema, nicht zuletzt aufgrund der in den letzten beiden Jahren gesammelten Erfahrungen, mit größerer Gelassenheit herangehen zu wollen als im Jahre 1984. Der Sachverständigenrat hat im Jahresgutachten 1983/84 ausführlich zu den mit der Arbeitszeitverkürzung und der Flexibilisierung der Arbeitszeit verbundenen Fragen Stellung genommen (JG 83 Ziffern 432ff.). Er hat insbesondere auf den Kostenaspekt aufmerksam gemacht; die gewünschte Mehrbeschäftigung ist gefährdet, wenn die Arbeitszeitverkürzung die Stückkosten erhöht.

Die Kostenwirkung der Arbeitszeitverkürzung hängt insbesondere davon ab, was unter „vollem Lohnausgleich" verstanden wird. Er dürfte in den

kommenden Verhandlungen wiederum eine zentrale Rolle spielen. Als Maßstab für die Lohnsteigerung, die ein voller Lohnausgleich bewirkt, zieht man zweckmäßig den bisherigen Wochenlohn heran. Soll er gewährleistet bleiben, müßte bei einer Verminderung der Wochenarbeitszeit von 38½ Stunden um eine Stunde der Stundenlohn um 2,7 vH erhöht werden. Ein solcher Lohnanstieg ginge bereits über den zu erwartenden Zuwachs der Stundenproduktivität hinaus. Die Erhöhung der Lohnstückkosten würde wesentlich stärker ausfallen, wenn zusätzlich eine Anhebung des wöchentlichen Einkommens vereinbart würde.

Die Schlußfolgerung kann nur lauten, daß der Stundenlohnanstieg, der sich aus einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ergibt, zu behutsamen Schritten bei der Arbeitszeitverkürzung zwingt. Je geringer die wöchentliche Arbeitszeit bereits ist, desto länger müssen die Perioden sein, in denen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine weitere Stunde bei vollem Lohnausgleich vorgenommen wird.

Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung seit 1984

303. Die Verkürzung und die Flexibilisierung der Arbeitszeit sind in der Metallindustrie seit 1984 durch Betriebsvereinbarungen in unterschiedlicher Weise geregelt worden (JG 85 Ziffern 291 ff.):

- Die einheitliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer auf 38,5 Stunden ist nur für ein Drittel der Beschäftigten in der Metallindustrie vereinbart worden.
- Die Differenzierung der Wochenarbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden nach Gruppen von Arbeitnehmern kam in knapp 10 vH der Fälle zum Zuge.
- Die produktionsbezogene Flexibilisierung der Arbeitszeit in Anpassung an Schwankungen der Auftragslage, wobei sich über zwei Monate eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden ergeben muß, praktiziert rund ein Zehntel der Beschäftigten.
- In zwei Dritteln der Betriebe wurde die Arbeitszeitverkürzung mit Hilfe von Freischichten erreicht. Die normale Wochenarbeitszeit beträgt zunächst weiterhin 40 Stunden; die Mehrarbeit wird dann in Form individuell nutzbarer Urlaubstage oder in Form von „Brückentagen" zwischen ohnehin arbeitsfreien Tagen abgegolten. In der Mehrzahl der Fälle ist also nicht die Wochenarbeitszeit, sondern die Jahresarbeitszeit verkürzt worden. Allerdings hat dieses Freischichtenmodell zu Auseinandersetzungen vor den Arbeitsgerichten geführt.

304. Aus einer Reihe von Gründen läßt sich eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht unter den gleichen Bedingungen wie nach der Vereinbarung von 1984 fortführen. Zunächst dürften die Produktivitätsreserven, die zum Ausgleich von Kosteneffekten mobilisiert werden können, deutlich geringer sein als damals. Die Intensität des Arbeitens kann nicht mehr so stark erhöht werden, beispielsweise durch eine Veränderung von Pausenregelungen. Die Gewerkschaften versuchen außerdem, Regelungen, die zu intensiverem Arbeiten führen können, nach Möglichkeit auszuschließen.

Die Bündelung zu Freischichten kann nicht noch einmal in diesem Maße genutzt werden. Für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine weitere Stunde müßten erneut fünf bis sechs Freischichten im Jahr gefunden werden. Die Brückentage, die das Kalenderjahr je nach der Lage der Feiertage enthält, werden bereits durch die Freischichten aus der 38½-Stundenwoche ausgeschöpft. In den letzten zehn Tagen des Jahres wird in Betrieben, die das Freischichtenmodell anwenden, in aller Regel nicht gearbeitet. Durch zusätzliche Freischichten weitere Urlaubstage hinzuzugewinnen, ist für die Arbeitnehmer weniger interessant; die Zahl der bereits verfügbaren Urlaubstage wird vielfach als hinreichend angesehen.

305. Im produzierenden Gewerbe gibt es aber sicherlich noch viele Möglichkeiten einer beweglichen Zeitgestaltung, die im Interesse sowohl der Arbeitnehmer als auch der Unternehmensleitungen liegen. Die Produktionsweise erfordert hier andere Modelle als im Einzelhandel, wo die Zeitgestaltung schon seit langem vielfältig ist. Vorstellbar ist, daß nebeneinander Arbeitnehmer mit sehr unterschiedlichen Wochenstundenzahlen arbeiten, vorausgesetzt, die ständige Betriebsbereitschaft und die konsequente Stellvertretung sind gewährleistet. Der einzelne Arbeitnehmer könnte dabei für längere Zeit im vorhinein angeben, in welchen Wochen er 40 Stunden, 35 Stunden oder weniger arbeiten möchte. Außerdem könnten Wahlmöglichkeiten eingeräumt werden, zeitweilig länger als die tarifliche Arbeitszeit zu arbeiten und dafür den Urlaub zu verlängern oder eine zeitweilig kürzere Zeit zu arbeiten und dafür anteilig weniger Lohn oder Gehalt zu beziehen. So könnte es auch für Unternehmen einfacher werden, vom Einschichtbetrieb auf den Zweischichtbetrieb überzugehen, sei es in Form von zwei Vollschichten von frühmorgens bis abends, sei es in Form einer Vollschicht und einer Kurzschicht mit Teilzeitkräften. Der organisatorische Mehraufwand, den die bewegliche Zeitgestaltung erfordert, dürfte sich bei den heutigen technischen Möglichkeiten in Grenzen halten, wenn das neue System erst einmal eingespielt ist.

306. Ins Gewicht fällt allerdings, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit die Fähigkeiten besonders qualifizierter Arbeitnehmer weniger genutzt werden als vorher. Das ist vielfach nicht durch Neueinstellungen auszugleichen. Mit dem Hinweis darauf, daß es derzeit in der Bundesrepublik viele arbeitslose Facharbeiter gibt, macht man sich die Antwort zu leicht. Arbeitslose Facharbeiter können der Art und dem Umfang ihrer Qualifikation nach nicht immer an die Stelle von beschäftigten Facharbeitern treten.

Die Herbstumfrage des DIHT deutet darauf hin, daß es in vielen Bereichen schwierig ist, Fachkräfte zu finden, die der geforderten Qualifikation gerecht

werden. Eine Verminderung der Arbeitszeit aller beschäftigten qualifizierten Fachkräfte schränkt in den Fällen, in denen nicht ohne weiteres Ersatzarbeitskräfte gefunden werden können, die Beschäftigung der übrigen Arbeitskräfte ein. Dabei geht es weniger darum, ob die heutige Produktion durch Engpässe bei qualifizierten Arbeitskräften behindert wird, sondern darum, daß die künftige Produktion sich nicht zureichend entwickeln könnte. Engpässe in der Ausbildung und Weiterbildung würden den Strukturwandel in den nächsten Jahren beeinträchtigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit darf diesem Wandel keine zusätzlichen Probleme in den Weg legen. Die Fähigkeiten der von den Unternehmen beschäftigten Facharbeiter müssen im Interesse aller voll genutzt werden.

Die berufliche Qualifikation zu steigern, braucht Zeit und kostet Geld. Die Verkürzung der Arbeitszeit könnte Reserven an Flexibilität aufbrauchen, die für den laufenden Strukturwandel dringend benötigt werden. Eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung und beruflicher Weiterbildung könnte helfen, das Problem zu lösen. Solche Modelle werden diskutiert.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates geht auf weitere Aspekte der Arbeitszeitverkürzung an anderer Stelle des Gutachtens ein (Ziffer 236).

V. Sozialversicherung — Zeit für Reformen

307. Soziale Sicherung ist in der Bundesrepublik überwiegend der Sozialversicherung anvertraut. Ihre Zweige Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung erbringen zusammen über die Hälfte aller Sozialleistungen. Das gesamte Ausgabenvolumen ist nach den Angaben des Sozialbudgets 1985 rund 2mal so groß wie das Haushaltsvolumen beim Bund und etwa so groß wie das Ausgabenvolumen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen.

Die Sozialversicherung hat in den letzten Jahren zahlreiche Korrekturen erfahren. Mit vielen Neuregelungen wurden Finanzierungslücken geschlossen. In der Rentenversicherung wurden die Beitragssätze schrittweise erhöht und die von den Arbeitnehmern neben dem üblichen Arbeitsentgelt bezogenen Sonderzahlungen in die Beitragspflicht einbezogen. Auf der Ausgabenseite sparte man, indem die Rentenanpassung um ein halbes Jahr hinausgeschoben und der Anpassungssatz nicht mehr am dreijährigen Durchschnitt früherer Lohn- und Gehaltssteigerungen, sondern nur noch an der Zunahme der Bruttoarbeitsentgelte im Vorjahr orientiert wurde. In der Arbeitslosenversicherung ging man den arbeitsmarktbedingten Defiziten nach einer mehrjährigen Phase hoher Liquiditätshilfen des Bundes zunächst ebenfalls mit höheren Beitragssätzen, später dann auch mit Korrekturen auf der Leistungsseite zu Leibe. In der Krankenversicherung kam es nach einer Phase fallender Beitragssätze wieder zu einem Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes auf mittlerweile über 12 vH. Parallel dazu bemühte sich die Bundesregierung wieder verstärkt um eine administrative Kostendämpfung im Rahmen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen.

Neuregelungen grundsätzlicher Art waren selten. In der Rentenversicherung kam es nach großen Beratungen zur kleinen Reform 1985, mit der die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht vollzogen und erstmals für Zeiten der Kindererziehung ein Rentenanspruch zuerkannt wurde. Im Bereich der Krankenversicherungen gab es 1983 erste tastende Ansätze einer Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten für Medikamente, Kuren und Krankenhausaufenthalte, und das Krankenhaus-Neuordnungsgesetz vom Dezember 1984 ist wie die Bundespflegesatz-Verordnung von 1985 ein Versuch, die Krankenhäuser zu einer wirtschaftlicheren Betriebsführung zu veranlassen.

Im Rückblick zeigt sich: Das Bemühen um nötige Korrekturen war bisher noch vor allem geprägt durch die Notwendigkeit, die Dynamik der Sozialausgaben einzugrenzen und das System an die Kosten einer nicht nur vorübergehend hohen Arbeitslosigkeit anzupassen. Zu weitergehenden Reformschritten kam es kaum. Beim Handeln überwog das Reagieren auf drängende Forderungen des Tages. Finanzierungsnöte verleiteten einmal mehr zum kurzfristigen Hin- und Herschieben von Lasten zwischen einzelnen Sicherungsbereichen, etwa durch kompensatorische Änderungen der Beitragssätze oder dadurch, daß Überschüsse zugunsten defizitärer Haushalte umgeleitet wurden. Das ist nicht unbedenklich. Die teilweise auf sehr lange Fristen angelegten Sicherungen gründen im Vertrauen der Bürger und müssen deshalb nach klaren, jeweils sachgemäßen, dauerhaften und damit verläßlichen Regeln erfolgen.

308. Nur zögernd angegangen wurde bisher die Aufgabe, das Regelwerk der sozialen Sicherung möglichst gut in das Flechtwerk individueller Leistungsanreize einzupassen, das für die Flexibilität und Wachstumskraft von Marktwirtschaften so bedeutsam ist. Die Aufgabe ist in ihrem Kern trivial: Die Regeln der Verteilung des Wohlstandes dürfen dessen Entstehung nicht behindern. Das müßte jedermann einsichtig sein. Zu dieser Aufgabe gehört, daß der Staat den Sicherungszwang für seine Bürger tunlichst begrenzt. Zu ihr gehört vor allem auch, daß dort, wo über das Geben und Nehmen von Leistungen entschieden wird, die Kosten dieser Leistungen besser sichtbar und möglichst auch spürbar gemacht werden. Eine wichtige Rolle spielt hier die stärkere Beachtung des Prinzips, daß empfangene Leistungen den erbrachten Vorleistungen äquivalent sind.

Schritte in diese Richtung gibt es, die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner etwa oder im Gesundheitswesen die zaghaften Versuche einer Selbstbeteiligung der Versicherten und neuer organisatorischer Regeln für das Krankenhaus. Aber das sind Anfänge. Das Äquivalenzprinzip ist in der Sozialversicherung durch zahlreiche

Regelungen durchbrochen, die einen Solidarausgleich zwischen Versicherten herbeiführen sollen. Das gilt in erster Linie für die Krankenversicherung; gerade dort kommt es zu teilweise widersinnigen Verteilungswirkungen. Es gilt in geringerem Maße für die Rentenversicherung, die zudem auf dem Konstruktionsprinzip beruht, daß die vom Gesetzgeber in verteilungspolitischer Absicht auferlegten versicherungsfremden Lasten durch einen Bundeszuschuß ausgeglichen werden; tatsächlich hat sich der Bund dieser Verpflichtung bisher je nach der Lage der Finanzen der Rentenversicherung und des Bundeshaushalts in wechselndem Ausmaß entzogen.

Noch gar nicht in Angriff genommen ist die Aufgabe, das Sozialsystem zu rüsten für die Anforderungen, die der demographische Wandel in den kommenden Jahrzehnten stellen wird. Seit Ende der sechziger Jahre werden weit weniger Kinder geboren, als nötig wäre, um die deutsche Wohnbevölkerung zahlenmäßig konstant zu halten. Wenn die Anzahl der Menschen abnimmt, weil zu wenige nachwachsen, bedeutet das aber notwendig, daß die Gesellschaft überaltert. Alle Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung zeigen denn auch, daß die Anzahl alter Menschen im Vergleich zu den jüngeren immer mehr zunehmen wird.

Aus dieser Entwicklung erwachsen Lasten, vor allem bei der Sicherung im Alter und bei der Sicherung im Krankheits- und Pflegefall. Auch wenn diese Lasten sich erst spät in vollem Ausmaß einstellen werden, muß die Aufgabe jetzt angepackt werden. Denn künftige Ansprüche an das Sozialprodukt werden gerade in der Sozialversicherung schon heute begründet. Wer heute mit 20 Jahren ins Erwerbsleben eintritt, legt mit seinen Beiträgen den Grundstein für Rentenansprüche, die nach geltendem Recht in den dreißiger Jahren des nächsten Jahrhunderts fällig werden.

309. Die genannten Aufgaben stellen sich in allen Bereichen des sozialen Sicherungssystems. Sie sind in der Sozialversicherung aber von besonderem Gewicht. Das Prinzip der Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung und das einer beschränkten Sicherung können und müssen hier helfen, Reserven in der Fähigkeit zur Eigenvorsorge zu mobilisieren und eine Überforderung des Systems zu vermeiden. Das gilt vor allem für die Rentenversicherung und die Krankenversicherung.

Reformbedarf in der Alterssicherung

310. Die deutsche Bevölkerung überaltert. Heute kommen auf zehn Personen im Erwerbstätigenalter drei bis vier ältere Menschen; schon in den neunziger Jahren werden es mehr sein, und um das Jahr 2030 werden voraussichtlich zehn Personen im Erwerbstätigenalter für sieben bis acht ältere Menschen sorgen müssen. Soll die Altengeneration dann gleichermaßen versorgt sein wie heute, muß die Generation der Erwerbstätigen ihre Anstrengungen verdoppeln; sollen dagegen die Erwerbstätigen von dem, was sie erwirtschaften, nur den gleichen Teil wie bisher für die Alterssicherung abzweigen, muß sich der Versorgungsgrad älterer Menschen entscheidend verschlechtern. Das kennzeichnet das Problem, vor dem die Politik der Alterssicherung steht. Es ist nur teilweise abhängig von dem Verfahren, mit dem die nötigen Güter und Dienstleistungen von den Jungen zu den Alten übertragen werden.

In der Bundesrepublik erfolgt die soziale Sicherung im Alter nach dem Umlageverfahren. Die Arbeitnehmer zahlen Beiträge an die Rentenversicherung, und mit diesen Beitragseinnahmen werden die Rentenausgaben der gleichen Periode finanziert. Die erwerbstätige Bevölkerung gibt also von ihren verdienten Einkommen einen bestimmten Teil ab und verzichtet insoweit auf den Kauf von Gütern; dieser Teil fließt den Rentnern zu und ermöglicht es ihnen, ihrerseits gewünschte Güter nachzufragen. Die Besonderheit des Umlageverfahrens in der Rentenversicherung besteht darin, daß die Renten in einem ganz bestimmten Verhältnis zu den verdienten Einkommen stehen sollen; das Rentenniveau, definiert als Relation zwischen dem Altersruhegeld eines Rentners und dem durchschnittlichen Arbeitsentgelt der Arbeitnehmer, soll eine bestimmte Höhe haben, die beim Eintritt in den Ruhestand erstmals festgestellt wird, und zwar im wesentlichen anhand der Höhe und der Dauer der geleisteten und angerechneten Versicherungsbeiträge. Um das Rentenniveau konstant zu halten, werden, wenn die Arbeitnehmer mehr verdienen, die Renten entsprechend nach oben angepaßt. Dieses Prinzip der dynamischen Rente soll einen Gleichlauf der Einkommen von Erwerbstätigen und Rentnern sichern und so verhindern, daß im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung die Rentner im Vergleich zu den Erwerbstätigen ärmer werden. Das System arbeitet freilich nur dann in der vorgesehenen Weise, wenn von den steigenden Arbeitseinkommen immer soviel in die Rentenkassen fließt, daß die steigenden Rentenzahlungen finanzierbar sind; bei konstantem Beitragssatz ist das nur dann der Fall, wenn die Relation von Rentenempfängern zu Beitragszahlern, oft auch als Rentnerquotient bezeichnet, in etwa konstant bleibt. Diese Bedingung ist in der Vergangenheit mehrfach durch Vorverlegungen der Altersgrenze verletzt worden, teils aus wahltaktischen Überlegungen, teils aus arbeitsmarktpolitischen Gründen; die Konsequenz waren steigende Beitragssätze. In der Zukunft wird die demographische Entwicklung den Rentnerquotienten in weit stärkerem Maße erhöhen, jüngeren Berechnungen zufolge von heute 48 vH auf 68 vH im Jahre 2010, etwa 80 vH im Jahre 2020 und rund 103 vH im Jahre 2030. Bei einem konstanten Sicherungsgrad, gemessen am Rentenniveau auf der Basis von Nettoeinkommensgrößen (Nettorentenniveau) müßte man den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber heute annähernd verdoppeln. Das Bild wird kaum günstiger, wenn man berücksichtigt, daß in Zukunft unter den Rentenbeziehern mehr Frauen mit unterdurchschnittlich hohen Rentenansprüchen sein werden und die Hinterbliebenenrenten wegen der im Jahre 1986 eingeführten Anrechnung anderer Einkommen niedriger ausfallen werden.

311. Man mag sich fragen, ob das Problem tatsächlich so dringlich ist. Die Geburtenhäufigkeit könnte zunehmen; der Anstieg des Rentnerquotienten fiele dann entsprechend schwächer aus. Rasche und starke Änderungen im generativen Verhalten sind freilich unwahrscheinlich. Selbst wenn die Geburtenrate im nächsten Jahrzehnt wieder deutlich zunehmen sollte, käme es erst zwei Jahrzehnte danach zu einer allmählichen und leichten Reduktion der Alterslast. Denkbar wäre auch, daß der künftige Rückgang des Potentials an inländischen Erwerbspersonen durch den Zuzug ausländischer Erwerbspersonen ausgeglichen wird; damit würde zugleich der Anstieg des Rentnerquotienten gebremst, und die Vorbelastung der Rentenversicherung durch Ansprüche, die ausländische Arbeitnehmer erwerben würden, wäre nicht anders zu sehen als im Falle einer zunehmenden Anzahl inländischer Erwerbspersonen. Ob ein derartiger Rückgriff auf das ausländische Erwerbspersonenpotential, wäre er denn möglich, tatsächlich wünschenswert ist, muß aber wohl nach anderen Kriterien entschieden werden.

Das Problem bleibt also dringlich. Es wird aller Voraussicht nach viel höhere Beitragssätze oder viel niedrigere Renten oder eine Kombination von beidem geben müssen. Entscheidungen hierüber sind rasch zu treffen; denn die heutigen Beitragszahler müssen wissen, welchen Sicherungsgrad ihnen die gesetzliche Rentenversicherung bietet und inwieweit sie selbst für ihr Alter vorzusorgen haben.

312. Welche Abgabenlasten den Beitragszahlern zugemutet werden können und wie hoch das Niveau der zwangsweisen Altersvorsorge mindestens sein soll, ist politisch zu entscheiden. Elemente einer Lösung könnten sein: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, begrenzte Anhebung der Beitragssätze, Absenkung des Nettorentenniveaus.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wäre möglich durch Hinaufsetzen der Altersgrenze oder dadurch, daß man das Weiterarbeiten hinreichend attraktiv macht. In beiden Fällen würde sich die Relation von Rentnern zu Beitragszahlern verringern. Im Ergebnis liefe beides darauf hinaus, die bisherigen Herabsetzungen der Altersgrenze zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen. Bei guter Arbeitsmarktlage und einem niedrigeren Nettorentenniveau dürfte eine derartige Strategie gut realisierbar sein.

Bei der Anpassung der Beitragssätze gibt es Grenzen, vor allem wegen der wirtschaftlichen Probleme steigender Abgabenlasten (Ziffer 281), möglicherweise aber auch aus rechtlichen Gründen. Wollte man beispielsweise die Alterslast ganz oder überwiegend über höhere Beitragssätze auffangen, könnten mit den dann viel höheren Beiträgen wegen des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes verdienter Rentenanwartschaften zugleich höhere Rentenansprüche aufgebaut werden, die dann einzulösen wären; das Rentenniveau müßte insoweit anhaltend steigen. Schon dieser Zusammenhang schränkt den Spielraum für Beitragssatzerhöhungen ein; er zeigt zudem, daß man die eigentliche Zielgröße, nämlich das Rentenniveau als Ausdruck des Sicherungsgrads, nicht einfach nur hinnehmen kann. Notwendig ist vielmehr eine klare Vorstellung davon, welcher Sicherungsgrad möglich und nötig ist.

Was das Nettorentenniveau angeht, sollte man verhindern, daß es jetzt noch weiter steigt und so die spätere Anpassung erschwert. Das kann dadurch geschehen, daß man von der bisherigen Anpassung der Renten an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte zugunsten einer Anpassung an die Entwicklung der Nettoarbeitsentgelte abgeht. Eine andere Möglichkeit ist die Besteuerung der Renten und die Verwendung des Mehraufkommens zur Aufstockung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung. Zu den verschiedenen Möglichkeiten hat sich der Sozialbeirat mehrfach geäußert; über die Besteuerung der Renten liegt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen vor. Eine spätere Absenkung des Nettorentenniveaus müßte sicherstellen, daß es dadurch nicht zu einer bloßen Lastenverlagerung auf andere Sozialleistungsträger kommt, etwa auf die kommunalen Träger der Sozialhilfe.

313. Wie man den Prozeß der Anpassung von Beitragssätzen und Rentenniveau gestaltet, ist im wesentlichen ein Problem der Technik, wenn auch sicherlich kein leichtes. Es gibt Vorstellungen, die aus dem demographischen Wandel erwachsenden Probleme gleichmäßig zu Lasten von Rentnern und Erwerbstätigen zu lösen und zu diesem Zweck das Verfahren der Rentenberechnung durch Einbeziehung des Rentnerquotienten so zu ändern, daß die hälftige Aufteilung gleichsam automatisch zustande kommt.

Ein anderer Weg könnte sein, die Bemessungsgrenze für die Beiträge nicht mehr gemäß den jährlichen Verdienststeigerungen zu erhöhen, sondern eine Zeitlang einzufrieren. Insoweit dadurch geringere Beiträge gezahlt werden, entstehen auch geringere Rentenansprüche, und auf diese Weise wird der künftige Rückgang des Rentenniveaus in einer Art automatischem Gleitflug zu Wege gebracht. Um den dadurch verursachten Rückgang des gesamten Beitragsaufkommens aufzufangen, müßte die verringerte Bemessungsgrundlage stärker belastet werden, das heißt, der Beitragssatz müßte parallel zur Verringerung der Bemessungsgrundlage, also praktisch schon heute steigen. Später wäre er dann wohl erneut nach oben anzupassen. Die spezifischen Verteilungswirkungen, die von einem Einfrieren der Bemessungsgrenze für die Beiträge ausgehen, bedürften einer gesonderten Untersuchung.

314. Wer einen höheren Sicherungsgrad im Alter anstrebt, als ihn die Rentenversicherung in Verbindung mit anderen Alterssicherungssystemen bietet, ist auf Selbstvorsorge verwiesen. Soweit es zur ergänzenden eigenen Vorsorge für die Zeit des Alters kommt, wird die Kapitalbildung in der Volkswirtschaft angeregt; das entspricht einer Alterssicherung über das Kapitaldeckungsverfahren, wie es etwa bei Lebensversicherungen üblich ist. Wachstumspolitisch ist die zusätzliche Kapitalbildung

durchaus erwünscht; sie fördert das Wirtschaftswachstum und erlaubt höhere Steigerungsraten des Realeinkommens. Bei schneller steigenden Realeinkommen sind zusätzliche Abgabenlasten wiederum leichter zu tragen. Ob ein weitgehender Übergang vom Umlageverfahren zum Kapitaldekkungsverfahren möglich wäre und inwieweit er helfen könnte, die steigende Alterslast zu bewältigen, hat der Sachverständigenrat früher erörtert (JG 83 Ziffer 487).

315. Reformbedarf gibt es nicht nur aus Gründen des demographischen Wandels. Dringlich erscheint auch, dem weithin veränderten Bildungs- und Erwerbsverhalten der Bevölkerung durch Anpassungen Rechnung zu tragen, die dem Prinzip der Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung mehr Gewicht verschaffen.

Die Ausbildungszeiten sind in der Vergangenheit immer länger geworden. Soweit sie über die Pflichtschulzeit hinausgehen, werden sie in der Rentenversicherung im Rahmen bestimmter Höchstzeiten als Ausfallzeiten rentensteigernd angerechnet. Dadurch entstehen unverdiente Rentenbestandteile. Ein künftiger Verzicht auf diese Regelung würde verhindern, daß weiterhin jene von der Solidargemeinschaft profitieren, die besonders hohe Ausbildungsabschlüsse und damit regelmäßig auch besonders hohe Einkommen haben. Die Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung würde verstärkt. Damit verbunden wäre eine Entlastung der Rentenkassen, die die Anpassung an den demographischen Wandel erleichterte.

316. Das Erwerbsverhalten von Frauen hat sich deutlich gewandelt. Immer mehr Frauen sind berufstätig; sie erwerben damit eigene Rentenansprüche. Bei erwerbstätigen verheirateten Frauen treten zu diesen Ansprüchen jene hinzu, die das Alterssicherungssystem traditionsgemäß für Ehepartner bietet, nämlich die von der Rente des Partners abgeleiteten Ansprüche auf Hinterbliebenensicherung. Auf diese Weise kommt es immer häufiger zu einer Kumulation von Renten, die in dem historisch gewachsenen, von der traditionellen Rolle der Frau als Mutter ausgehenden System eigentlich nicht vorgesehen ist.

Wer erwerbstätig ist und so eigene Rentenansprüche erwirbt, hat zugleich einen Vorteil gegenüber jenen, die Kinder aufziehen und deshalb auf Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verzichten. Das ist nicht unbedenklich.

Das Nachwachsen von Kindern ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß auch in Zukunft genügend Güter produziert werden, in allen praktisch bedeutsamen Fällen ist die heimische Produktion wiederum die Quelle, aus der die Existenzmittel der alten Generation im wesentlichen fließen. Schon beim Entwurf des heutigen Systems der dynamischen Rente in den fünfziger Jahren war deshalb gefordert worden, die Rentenversicherung als „Dreigenerationenvertrag" anzulegen und nicht nur die Beitragszahlungen der Aktiven, mit denen im Umlageverfahren die Rentenzahlungen an die Alten finanziert werden, sondern auch die Leistung des Aufziehens von Kindern rentenrechtlich zu berücksichtigen. Man hat das damals unterlassen.

Den realwirtschaftlichen Zusammenhängen und der Analogie zur drei Generationen umfassenden Großfamilie hätte es entsprochen, die Beitragszahlungen der Aktiven nicht als Beitrag zur eigenen Altersvorsorge zu werten, sondern als nachträgliche Gegenleistung an die alte Generation, die sie früher aufgezogen hatte. Beiträge zur eigenen Altersvorsorge können nur darin bestehen, daß man künftige Konsummöglichkeiten schafft, sei es durch das Aufziehen von Kindern, sei es durch die Bildung von Kapital. Bei einer umlagefinanzierten Alterssicherung, die den realwirtschaftlichen Zusammenhängen nachgebildet ist, hätte man deshalb grundsätzlich das Aufziehen von Kindern als Beitrag zur eigenen Alterssicherung werten müssen.

317. Der Gesetzgeber hat jetzt mit Korrekturen begonnen. Seit 1986 werden Zeiten der Kindererziehung mit Zeiten der Beitragszahlung grundsätzlich gleichgestellt, allerdings zunächst begrenzt auf ein Jahr pro Kind und auf Elternteile, die 1921 oder später geboren wurden; die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Haushaltsmitteln, also über den Bundeszuschuß. Dies ist ein möglicher Weg, die bisherige Diskriminierung zu beseitigen. Möglich wäre auch eine Finanzierung über Beiträge oder eine familienstandsorientierte Staffelung der Beitragssätze gewesen. In beiden Fällen bleibt die wichtige Frage offen, nach welchen Gesichtspunkten eine sachgemäße Bewertung der Erziehungszeiten zu erfolgen hat, mit welchem Geldwert also ein Erziehungsjahr anzusetzen ist und wieviel Erziehungsjahre pro Kind grundsätzlich anzurechnen sind.

Eine ökonomisch sinnvolle Orientierungsgröße ergibt sich aus folgender Überlegung: Die entscheidenden Kosten des Aufziehens von Kindern entstehen nicht durch die Ausgaben für Kinder, sondern vor allem durch die Einkommensausfälle, die jemand deswegen hinzunehmen hat, weil er Kinder aufzieht. Die Aufwendungen für den Bedarf der Kinder wären beim Kindergeld und bei der Beeinträchtigung der steuerlichen Leistungsfähigkeit angemessen zu berücksichtigen. Der aus den Einkommensausfällen resultierende Beitragsausfall liefert deshalb den wesentlichen Maßstab für die Bemessung der Rentenanwartschaften.

318. Die eingetretenen Entwicklungen erlauben es, die bisherige Hinterbliebenensicherung schrittweise abzubauen. Wer erwerbstätig ist und sich dabei genügend eigene Rentenansprüche schafft, für den ist eine Hinterbliebenenrente unnötig. Wer Kinder erzieht und dafür ausreichend Rentenanwartschaften erwirbt, für den ist eine Hinterbliebenenrente entbehrlich. Wer weder erwerbstätig ist noch Kinder aufzieht, der sollte für seine Alterssicherung eigene Beiträge aufbringen, die hinreichend groß sind, um später nicht die Sozialhilfe zu belasten. Auf diese Weise entstünden für alle Personen, die im heutigen System Ansprüche auf Hinterbliebenenrente haben, geschlossene Versicherungsverläufe; der Grad an Beitragsäquivalenz würde steigen. Das Prinzip, die Hinterbliebenenrenten beim Vorliegen eigener Rentenansprüche abzubauen, wird mit der 1986 eingeführten Neuordnung der

Hinterbliebenensicherung ansatzweise verwirklicht.

Reformbedarf im Gesundheitswesen

319. Im Gesundheitswesen sind die wirtschaftlichen Steuerungsmängel auch 1986 nicht korrigiert worden. Nach wie vor mangelt es an Anreizen für wirtschaftliches Verhalten: an Anreizen für alle Beteiligten, im eigenen Interesse das zu tun, was sich in der Summe für alle als nützlich erweist. Wo individuelle Anreize zum kostengünstigen und bedarfsgerechten Produzieren und Verbrauchen fehlen, leidet die Gesamtleistung des Systems. Die Kosten und damit die Beitragssätze sind im Vergleich zum Nutzen zu hoch.

Die absehbare demographische Entwicklung wird die bestehenden Probleme deutlich verschärfen. Alte Menschen bedürfen weit mehr als junge der Pflege und der Hilfe im Krankheitsfall. Die Gesundheitsausgaben für Rentner sind in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), je Rentner gerechnet, derzeit etwa anderthalb mal so hoch wie die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben für die übrigen Kassenmitglieder; sie nehmen rascher zu als die Ausgaben je Versicherten insgesamt. Die künftige Zunahme des Altenquotienten wird im Gesundheitswesen deshalb artgleiche Finanzierungsprobleme bringen wie in der Alterssicherung. Geschieht nichts, wird die demographische Entwicklung zu deutlich steigenden Beitragssätzen und damit deutlich steigenden Sozialabgabenlasten führen. Will man dem vorbeugen, bleibt gar nichts anderes übrig, als entweder das Leistungsniveau zu senken oder die Leistungen kostengünstiger zu erbringen oder beides zusammen zu veranlassen. Ein Drittes gibt es nicht.

320. Daß es Steuerungsmängel gibt, wird von keiner Seite bestritten. Strittig ist schon eher, wo die Mängel liegen und wie gewichtig sie sind. Umstritten sind vor allem die Wege zu einer Reform. Hier gibt es Unterschiede in der Beurteilung, aber auch verteilungspolitische Ängste.

Das große und steigende gesamtwirtschaftliche Gewicht des Gesundheitssektors und die bisherige Gesundheitspolitik hatten den Sachverständigenrat veranlaßt, Elemente einer Reformkonzeption zur Diskussion zu stellen (JG 83 Ziffern 492 ff., JG 85 Ziffern 358 ff.). Die Ausführungen haben Zustimmung gefunden, sind aber auch auf harten Widerstand gestoßen, vor allem bei jenen, denen das heutige System heimisch ist. Es erscheint uns angebracht, erneut auf die Grundlinien unserer Reformüberlegungen hinzuweisen: Die Abkehr von einer Politik der administrativen Kostendämpfung, die Verbesserung des Wettbewerbs unter den Anbietern von Gesundheitsleistungen und die Schärfung des Kostenbewußtseins auf der Nachfrageseite.

321. Die Politik der administrativen Kostendämpfung will den durchschnittlichen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung dadurch konstant halten, daß sie einen Gleichlauf der Kassenausgaben mit der Bemessungsgrundlage für die Beiträge, also den versicherungspflichtigen Einkommen (Grundlohnsumme) anstrebt. Die seit 1977 bestehende „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen", in der neben dem zuständigen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Spitzenverbände der Krankenkassen, der Ärzte und anderer Gruppen des Gesundheitswesens vertreten sind, formuliert Empfehlungen für die maximale Ausgabensteigerung in einzelnen Gesundheitsbereichen; innerhalb der Einzelbereiche sollen dann die Beteiligten diese globalen Budgetvorgaben sachgerecht aufgliedern und verwirklichen.

Eine derartige Politik wirft, längere Zeit betrieben und tatsächlich durchgesetzt, zwei Probleme auf: Die Plafonierung von Ausgaben ändert grundsätzlich nichts an den Anreizen für unwirtschaftliches Verhalten, die in der Organisation des Gesundheitswesens ansonsten begründet sind; sie ist keine Ursachentherapie. Wenn man den Ausgabenzuwachs auf den Einkommenszuwachs der Versicherten begrenzt, begrenzt man zugleich den Marktwert der gesundheitlichen Versorgung praktisch auf einen konstanten Anteil am Sozialprodukt; die damit verbundene Begrenzung des Leistungsangebots wird aber dem Charakter des Gesundheitswesens als eines Wachstumssektors keinesfalls gerecht (JG 85 Ziffern 362 ff.).

322. Ein weiteres Wachstum des arbeitsintensiven Gesundheitssektors ist erwünscht. Erwünscht sind auch stabile und möglichst niedrige Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, vor allem weil niedrige Abgabenlasten positive Beschäftigungswirkungen zeitigen. Beide Wünsche sind nicht unvereinbar.

Die Wachstumsdynamik des Gesundheitswesens resultiert zum einen aus zahlreichen Fortschritten der medizinischen und pharmazeutischen Forschung, die die Produktpalette in diesem Bereich beträchtlich erweitert haben und erweitern werden. Zum anderen wird die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wegen eines allgemein zunehmenden Wohlstands, höherer Lebenserwartung und nicht zuletzt auch wegen des neuen Leistungsangebots in Zukunft weiter ansteigen. Diese Entwicklung bedarf keines beitragsfinanzierten Anstoßes durch die gesetzliche Krankenversicherung; und es ist auch nicht ersichtlich, warum ein hoher, möglicherweise zunehmender Anteil der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit steigenden Beitragssätzen der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden soll. Im Gegenteil, eine direkte private Vorsorge hat den Vorteil, daß die Aufwendungen für Gesundheitsleistungen stärker an den subjektiven Wünschen der einzelnen orientiert werden und die Wahrscheinlichkeit sinkt, daß Leistungen des Gesundheitssystems nur deshalb in Anspruch genommen werden, weil sie für den einzelnen im kollektiven Finanzierungssystem faktisch ohne zusätzliche Kosten bereitgestellt werden. Hinzu kommt, daß eine verbesserte Gesundheitsversorgung auch bei gegebenem Beitragsaufkommen möglich wäre, wenn bei Anbietern wie bei Nachfragern Anreize

vorlägen, die knappen Mittel des Versicherungssystems wirtschaftlicher zu verwenden.

323. Auf der Anbieterseite sind die Anreize und die Möglichkeiten zu wirtschaftlicherem Handeln vielfältig begrenzt.

Im Krankenhausbereich gilt nach wie vor das Prinzip der dualen Finanzierung: Die Investitionskosten sind von den Ländern, die Betriebskosten von den Kassen zu finanzieren. Die Mischfinanzierung der Investitionen durch Bund und Länder ist zwar 1985 endlich beseitigt worden; die verbliebene Teilung von Verantwortlichkeiten ist einer insgesamt wirtschaftlichen Mittelverwendung aber immer noch abträglich. So gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung den Abbau der Überkapazitäten bei Krankenhausbetten voranbringt. Bei der Betriebskostenfinanzierung gilt seit 1. Januar dieses Jahres, daß Pflegesatzvereinbarungen zwischen Krankenhausträger und zuständigen Sozialleistungsträgern nur für künftige Zeiträume getroffen werden und der bisherige Gewinn- und Verlustausgleich durch das Zulassen von Gewinnchancen und Verlustrisiken ersetzt wird; unklar ist jedoch, wie die Krankenhausleitungen am Erzielen von Gewinnen und Vermeiden von Verlusten interessiert werden können. Nötig und möglich wäre auch, die Pflegesätze nach der Verweildauer oder anderen geeigneten Kriterien zu staffeln, um das rein ökonomische Interesse der Krankenhausleitungen an einem möglichst langen Krankenhausaufenthalt der Patienten zu mindern und dazu anzuregen, die Aufenthaltsdauer mehr am medizinisch Notwendigen zu bemessen. Insgesamt wäre zu prüfen, wie die Krankenkassen, die zum Vertragsabschluß mit den Krankenhäusern verpflichtet sind und einen weitaus höheren Beitrag zur Krankenhausfinanzierung leisten als die Länder, zu einer wirksamen Mitsprache befähigt und stärker an ihr interessiert werden können. Die Hoffnung hat bisher getrogen, daß die Kassen aus eigenem Interesse mehr Widerstand gegen eine Erhöhung von Pflegesätzen leisten.

Hier zeigt sich ein grundsätzliches Problem: Den Kassen fällt in einem wirtschaftlich organisierten Gesundheitswesen die zentrale Aufgabe zu, den Druck auf wirtschaftliches Verhalten bei den Anbietern von Gesundheitsleistungen zu erhöhen. Das gilt nicht nur gegenüber den Krankenhäusern, sondern auch gegenüber den Ärzten und den Pharmaunternehmen. Die Aufgabe wird aber wohl nur dann mit größerem Eifer erfüllt werden, wenn es mehr Wettbewerb zwischen den Kassen gibt.

324. Wenn Krankenkassen über vertragliche Vereinbarungen mit Ärzten oder über eine organisatorische Verbindung von Krankenkassen und Krankenhäusern ein Gesundheitsangebot in eigener Verantwortung bringen dürften, würde dies einen kostendämpfenden Anbieterwettbewerb auslösen, und es böte denjenigen jungen Ärzten die Möglichkeit, den erlernten Beruf auszuüben, die sich mit den Kassen über Preis- beziehungsweise Gehaltsvorstellungen einigen können. Den Auswirkungen der regional sehr unterschiedlich hohen Arztdichte ließe sich mit solchen Vereinbarungen entgegenwirken. Die freie Arztwahl könnte und müßte beibehalten werden; allerdings sollten die Kosteneinsparungen denjenigen Versicherten zugute kommen, die das Angebot der Kassen nutzen. Zu erwarten wäre ein zunehmender Wettbewerb unter den Anbietern von Gesundheitsleistungen, der das Leistungsangebot für die Versicherten verbesserte. Administrative Zulassungssperren, wie sie von 1987 an für bestimmte Gebiete und Arztgruppen angeordnet werden können, schränken den Wettbewerb ein und nehmen niederlassungswilligen Ärzten die Chance der eigenen Entscheidung darüber, wo sie tätig sein wollen. „Es muß zu den Prinzipien auch der Gesundheitspolitik gehören, allen Bestrebungen, den Berufszugang zu beschränken, entschieden entgegenzutreten" (JG 83 Ziffer 495).

325. Zu den Reformaufgaben auf der Angebotsseite gehört auch ein Abbau verschiedener wettbewerbsverhindernder Regulierungen:

- Eine Lockerung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung, die den Wettbewerb zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten verhindert, häufig zu doppelten Aufwendungen bei Rücküberweisungen führt und die Wahlfreiheit der Patienten zwischen verschiedenen möglichen Behandlungsformen unnötig einengt.
- Eine erleichterte Zulassung von fachübergreifenden Gemeinschaftspraxen oder von privaten Ambulatorien, durch die die ambulante Behandlung gegenüber der kostenintensiven stationären Behandlung an Boden gewönne.
- Nicht zuletzt die Eröffnung der Chance für Krankenhäuser, Patienten ambulant zu behandeln, wenn teuere Geräte und teuere Fachkräfte auf diese Weise besser ausgelastet werden können. Dann würde sich zeigen, ob es sich lohnt, in räumlicher Nähe zueinander teuere Apparate zu betreiben, die nicht sinnvoll auszulasten sind. Die Kosten hat letztlich der Beitragszahler und — im Falle des Krankenhauses — der Steuerzahler zu tragen.

326. Es gibt Anzeichen dafür, daß auf dem Arzneimittelmarkt trotz einer intensiven Konkurrenzbeziehung zwischen den Anbietern der Preiswettbewerb vor allem bei verschreibungspflichtigen Medikamenten nicht hinreichend funktioniert. Dies könnte sich bessern, wenn der Markt für die Ärzte transparenter wäre und diese daran interessiert werden könnten, die größere Übersichtlichkeit zu nutzen. Ein derartiges Interesse ergäbe sich auf natürliche Weise aus den Wünschen der Patienten, wenn für diese ein sparsamer Medikamenteneinsatz vorteilhaft wäre.

Dagegen wäre es bedenklich, wenn auf administrativem Wege darauf gedrungen würde, nur als besonders preiswert aufgelistete Arzneimittel zu verschreiben. Das im Einzelfall angemessene Medikament kann letztlich nur der Arzt aufgrund seiner persönlichen Einsichten und Erfahrungen bestimmen.

Im übrigen gibt es noch andere Möglichkeiten, auf dem Markt für Arzneimittel den Preiswettbewerb zu fördern (JG 85 Ziffer 374).

327. Ohne eine Stärkung marktwirtschaftlicher Anreize auf der Nachfrageseite des Gesundheitswesens kommt eine wirksame gesundheitspolitische Reform nicht aus. Da die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung im Umlageverfahren über die Beiträge finanziert werden, hat das einzelne Versicherungsmitglied nicht die Möglichkeit, die eigene Beitragslast spürbar zu mindern, indem es die Mittel der Solidargemeinschaft sparsam beansprucht. Somit fehlt ein Anreiz, die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zu berücksichtigen und möglichst kostengünstige medizinische Leistungsangebote zu suchen. Es entsteht eine Umlagementalität beim einzelnen, die in der Summe zu hohen Zwangsbeiträgen führt.

Es gibt Möglichkeiten, dies zu begrenzen. Sie laufen alle in der einen oder anderen Form auf eine Selbstbeteiligung des Patienten an den Kosten der von ihm beanspruchten Leistungen hinaus. Über die Auswirkungen im einzelnen gibt es Meinungsunterschiede; verläßliche Erfahrungen für die Verhältnisse der Bundesrepublik fehlen. Ein einfacher und vorsichtiger Schritt wäre, auch den gesetzlichen Krankenkassen freizustellen, Selbstbeteiligungstarife zu ermäßigten Beitragssätzen oder mit einheitlichem Beitragssatz und Rückvergütungen anzubieten. Die Kassenmitglieder könnten dann selbst entscheiden, was ihnen lieber ist. Man könnte auch bestimmte Leistungen, etwa im Bereich der Vorsorgemedizin oder bei chronischen Erkrankungen, aus der Selbstbeteiligung herausnehmen oder aber eine bestimmte Grundversorgung, die aus gesundheitspolitischen Gründen als wünschenswert oder notwendig erachtet wird, ohne Selbstbeteiligung gewähren. Auf jeden Fall müßte bei den zahlreichen Ausgestaltungsmöglichkeiten eine Form der Selbstbeteiligung zu finden sein, die eine unerwünscht niedrige Inanspruchnahme bestimmter medizinischer Leistungen ausschließt.

Mehr Wettbewerb zwischen den Kassen wäre auch hier hilfreich. Voraussetzung dafür ist, daß die Pflichtversicherten besser zwischen verschiedenen Kassen wählen können (JG 85 Ziffer 369). Daß die gesetzlichen Kassen sehr sensibel reagieren, wenn ihnen eine Abwerbung von Versicherten droht, zeigt der Wettstreit um die Versicherung von Beamten, den sie jüngst mit privaten Krankenversicherungen aufnehmen wollten. Die geltenden rechtliche Regelungen haben sie daran gehindert.

328. Reformen im Gesundheitswesen stoßen auf viel Widerstand, weil sie viele Interessen berühren. Die wirtschaftlichen Steuerungsfehler werden sich deshalb nicht in einem Zuge, sondern nur in mehreren Schritten beseitigen lassen. Jede dieser Etappen sollte indessen auf eine längerfristige Reformkonzeption ausgerichtet sein, die die Leitlinie einschließt, die GKV stärker als bisher am versicherungswirtschaftlichen Grundsatz der Äquivalenz zu orientieren. Vor allem sollte mit den Reformen im Gesundheitswesen — wie übrigens auch in anderen Bereichen der sozialen Sicherung — versucht werden, allen Beteiligten mehr Anreize und Möglichkeiten zu geben, sich aus eigenem Interesse so zu verhalten, wie es für alle günstig ist.

VI. Energiepolitik unter Druck

329. Der Ölpreisverfall und das Reaktorunglück von Tschernobyl haben neue Akzente in der energiepolitischen Diskussion gesetzt. Beim Öl geht es um die Fragen, wie lange das Regime niedriger Ölpreise andauern könnte, welche energiewirtschaftlichen Auswirkungen sich damit verbinden und was daraus für die Energiepolitik folgt. Das russische Reaktorunglück hat die öffentliche Kritik an der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik noch beträchtlich verstärkt. Von Parteien und Gewerkschaften wird gefordert, auf einen weiteren Ausbau von Kernkraftwerken ganz zu verzichten und die Beendigung der Kernenergienutzung einzuleiten.

330. Es gibt gute Gründe für die vorherrschende Einschätzung, daß es in den nächsten Jahren nicht zu einer erneuten Verknappung auf dem Ölmarkt kommen wird. Die Überkapazität bei Rohöl ist beträchtlich; der Ölverbrauch pro Einheit des Sozialprodukts wird mit der Umrüstung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks weiter zurückgehen; die vom Ölpreis herabgedrückten Preise für Konkurrenzenergieträger machen auf kurze Sicht eine größere Re-Substitution zugunsten des Öls wenig wahrscheinlich; das Ölangebot aus bereits erschlossenen Lagerstätten wird wegen der sehr hohen vorangegangenen, anderweitig nicht verwertbaren Investitionen (sunk costs) der Ölförderung kaum verringert werden, wenn die Ölpreise vorerst niedrig bleiben.

Auf längere Sicht liegen die Dinge völlig anders. Bei anhaltend niedrigen Ölpreisen wird der Ölverbrauch weltweit sicherlich wieder stärker steigen. Alle großen Ölgesellschaften, auch in den meisten OPEC-Ländern, haben ihre Explorationsbudgets stark gekürzt. Weil diese Kürzung hauptsächlich die Erschließung kleinerer Ölfelder und die Entwicklung tertiärer, also sehr teurer Fördermethoden betrifft, fällt die Auswirkung auf das Angebot in den neunziger Jahren zwar bei weitem nicht so stark aus, wie man aufgrund der Kürzung der Explorations- und Erschließungsinvestitionen vermuten könnte. Aber allmählich werden die Überkapazitäten abschmelzen und der Anteil der OPEC-Anbieter am internationalen Ölhandel wieder ansteigen. Die Aussicht, daß ein Ölpreis in der Größenordnung wie im Herbst 1986 länger andauern könnte, halten wir für sehr unwahrscheinlich. Das Risiko wächst, daß es mit dem Abbau des Marktungleichgewichts und der Umschichtung im Angebot — beides stärkt das Kartell und erleichtert monopolistische Preispraktiken — wieder zu einem neuen kräftigen Preisschub kommt.

331. Dieses Risiko darf von der Energiepolitik nicht gering geschätzt werden. Es mag einiges dafür sprechen, engpaßverdächtige Energieträger einer hohen Besteuerung zu unterwerfen, um so für die Energieverbraucher ein Signal zu setzen, welches sie zu einem sparsamen Umgang mit diesen Energieträgern anhält. Heute ist es aber nicht angezeigt, auf den Fall der Ölpreise mit einer höheren Besteuerung zu reagieren. Fürs erste genügt es, die weitere Entwicklung der das künftige Ölangebot und die künftige Ölnachfrage bestimmenden Faktoren sorgfältig zu beobachten und zu analysieren. An den Investitionen der Energieverbraucher und der Energieanbieter läßt sich erkennen, wohin sich der Ölmarkt bewegt. Wenn der reale Ölpreis wieder anziehen sollte und allgemein wieder mit knappem, teurem Öl gerechnet wird, braucht die Energiepolitik nicht einzugreifen. Kritisch würde es erst, wenn es bei dem niedrigen aktuellen Ölpreis über längere Zeit bliebe und rückläufige Investitionen der Ölanbieter eine in wenigen Jahren sich verschärfende Knappheit anzeigten. Dann muß die Energiepolitik handeln.

332. Der deutsche Steinkohlebergbau ist im Zusammenhang mit dem Fall des Ölpreises und des Dollarkurses erneut unter Druck geraten. Der Absatz ging 1986 zurück; der Mehrabsatz in der Verstromung reichte nicht aus, um die Absatzeinbrüche bei der Kokskohle und auf dem Wärmemarkt auszugleichen. Die Subventionen nahmen sprunghaft zu.

Der Sachverständigenrat hat sich in einem früheren Jahresgutachten ausführlich mit der Notwendigkeit einer Reform der staatlichen Kohlepolitik befaßt (JG 83 Ziffern 535 ff.). Diese Notwendigkeit wird durch die jüngsten Vorgänge unterstrichen. Subventionen, die an der Kostenunterlegenheit anknüpfen, sind vom Ansatzpunkt her falsch. Nicht höhere Kosten deutscher Kohle sind zu honorieren, sondern allein der vom Bergbau erbrachte Beitrag zur Versorgungssicherheit (JG 83 Ziffer 551). Es geht nicht an, daß der Staat, wie es mit der Regelung der Kokskohlenbeihilfe gesetzlich festgeschrieben ist, das Risiko aus Änderungen der Weltmarktpreise für Kohle und zugleich das Wechselkursrisiko auf Rechnung des Steuerzahlers übernimmt. Es ist auch nicht Aufgabe der Stromkunden, mit der Ausgleichsabgabe, dem sogenannten Kohlepfennig, die Mehrkosten der Verstromung heimischer Steinkohle zu finanzieren. Elektrizität wird dadurch künstlich verteuert, ihre Stellung im Wettbewerb auf dem Wärmemarkt entsprechend verschlechtert.

333. Bei der Stromerzeugung ist die heimische Steinkohle mit einer festen Menge vollständig dem Wettbewerb durch andere Energieträger und Auslandskohle entzogen. Dafür sorgt der sogenannte Jahrhundertvertrag in Verbindung mit dem Dritten Verstromungsgesetz (JG 83 Ziffer 543). Elektrizitätsunternehmen, die deutsche Steinkohle einsetzen, erhalten zum Ausgleich der ihnen entstehenden Mehrkosten eine Ausgleichszahlung aus einem Fonds, der durch eine von allen Stromkunden erhobene Zwangsabgabe, die Ausgleichsabgabe, gespeist wird. Bei der Ermittlung der Mehrkosten und der Ausgleichsabgabe wird — neben einer Pauschale für die Mehrkosten gegenüber dem Einsatz importierter Kohle — von der Fiktion ausgegangen, daß die Verstromung schweren Heizöls die relevante Alternative zum Einsatz deutscher Kohle ist. Verbilligt sich das schwere Heizöl — so wie in diesem Jahr —, dann steigen die Ausgleichsansprüche der Elektrizitätsunternehmen, die überwiegend deutsche Steinkohle einsetzen. Deren Stromkunden werden bei einer Weitergabe der Ausgleichszahlungen in den Strompreisen profitieren, während die Kunden derjenigen Elektrizitätsunternehmen benachteiligt werden, die überwiegend andere Energieträger, insbesondere die Kernenergie, einsetzen. Wenn es nicht zu einer vollständigen Weitergabe der Ausgleichszahlungen kommt und der Realeinkommenstransfer zwischen den Kunden dieser Unternehmen teilweise unterbleibt, bewirkt die erhöhte Ausgleichsabgabe einen Gewinntransfer von den Nettozahlern an die Nettoempfänger unter den Stromversorgungsunternehmen. Beide Transfers lassen sich nicht mit Argumenten begründen, die aus dem Ziel der Versorgungssicherheit hergeleitet werden können. Sie entsprechen vielmehr allein der Vorstellung einer Art Solidargemeinschaft, die dem heimischen Steinkohlebergbau Preise ermöglichen soll, die seine Kosten decken.

334. Das Unglück von Tschernobyl hat die Diskussion über das Für und Wider der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik neu entfacht. Zwar nahm der Widerstand gegen die Kernenergienutzung schon in den siebziger Jahren zu, doch hielten die politischen Kräfte bis zum Unglück von Tschernobyl an der Entscheidung für die Kernenergie fest. Dieser Konsens ist in Frage gestellt. Zwischen den Gegnern der Kernenergienutzung, die sich von den möglichen Gefahren einer erheblichen Beeinträchtigung der Gesundheit und der natürlichen Umwelt infolge großer Störfälle bei der Erzeugung der Kernenergie einschließlich der Wiederaufarbeitung und der Endlagerung leiten lassen, und den Befürwortern der Kernenergienutzung, die die technischen Vorkehrungen gegen Störungen und ihre Auswirkungen für wirksam genug halten, findet eine engagierte, zum Teil auch emotionale Auseinandersetzung statt. Diese Auseinandersetzung muß alsbald zu einer Entscheidung geführt werden. In der Frage, wie die Energie bereitgestellt wird, muß Verläßlichkeit herrschen. Die Erzeuger von Strom benötigen für ihre Investitionsentscheidungen, die weit in die Zukunft hineinreichen, klare Vorstellungen darüber, welche Formen der Energieerzeugung von der Bevölkerung akzeptiert werden. Für die Stromkunden, vor allem im industriellen Bereich aber auch bei den privaten Haushalten, ist die langfristige Kalkulierbarkeit der Kosten des Strombezugs notwendig, und es müssen Antworten auf die Sorgen jener gefunden werden, die von den Gefahren der Kernenergie bedrückt sind.

335. Der Sachverständigenrat beansprucht nicht die Kompetenz für eine alle Aspekte umfassende Beurteilung der Kernenergienutzung. Selbstverständlich steht die Sicherheitsfrage im Rang vor

allen anderen, insbesondere vor der Frage nach den ökonomischen Auswirkungen eines Verzichts auf Kernenergie. Der Sachverständigenrat kann allein zu den ökonomischen Aspekten eines Verzichts auf Kernenergie Stellung nehmen. Es geht uns hier nicht darum, neue Argumente in die Diskussion einzubringen. Vielmehr wollen wir die wichtigsten ökonomischen Aspekte — energiepolitische, umweltpolitische, industriepolitische und wachstumspolitische — eines Ausstiegs aus der Kernenergie zusammenfassen.

Wir halten nach wie vor für richtig: „Ein absoluter Sachzwang zur größeren Nutzung der Kernenergie kann sicherlich nur schwer begründet werden. Das Problem besteht vielmehr darin, Kosten und Risiken dieses Energieträgers gegenüber den Kosten und Risiken anderer Energieträger abzuwägen. Die Entscheidung für oder gegen die Kernenergie haben Regierung und Parlamente zu treffen, nicht Experten und Gerichte" (JG 1979 Ziffer 425).

336. Die Nutzung der Kernenergie hat in der Bundesrepublik und in anderen Ländern zur Ausweitung des Energieangebots und damit zur Verringerung der Abhängigkeit von anderen Lieferquellen beigetragen, die — wie vor allem das OPEC-Öl — hinsichtlich der Verfügbarkeit als unsicher eingestuft werden. Die Kernenergie gilt dagegen als ein versorgungssicherer Energieträger, weil eine Vorratshaltung von Kernbrennstoffen über mehrere Jahre hinweg möglich ist und die Kernbrennstoffe aus Ländern importiert werden, die als verläßliche Lieferanten anzusehen sind.

Dagegengehalten werden muß aber die potentielle Gefährdung der deutschen Energieversorgung im Falle einer später als notwendig erachteten kurzfristigen Beendigung der Kernenergienutzung. Dieses potentielle Risiko wächst mit zunehmendem Versorgungsanteil der Kernenergie. Das weist darauf hin, wie wichtig eine kritische Prüfung der kerntechnischen Sicherheitsfragen ist. Jeder weitere Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik vergrößert das potentielle Versorgungsrisiko, das sich mit diesem Energieträger verbindet.

337. Mit der Kernenergienutzung war zunächst ein zusätzliches Potential an Energieressourcen erschlossen worden, das es möglich machen sollte, die Nutzung der knappen Vorkommen an fossilen Brennstoffen (Öl, Gas, Kohle) zeitlich zu strecken. Dies erleichtert den Übergang zu einer Energieversorgung aus neuen Energiesystemen, das heißt aus regenerierbaren oder praktisch unerschöpflichen Energiequellen wie Sonne oder Wasserstoff.

Ein weltweiter Verzicht auf Kernenergie würde die Knappheit der fossilen Rohstoffe erhöhen. Ein Verzicht allein der Bundesrepublik auf Kernenergienutzung würde sich auf die Knappheitsverhältnisse nicht stark auswirken. Die fossilen Brennstoffe werden langfristig zwar auch unabhängig von der Kernenergie teurer werden, das Ausmaß dieser Verteuerung hängt jedoch stark davon ab, in welchem Umfange Kernenergie an der Deckung des Weltenergiebedarfs beteiligt wird. Dabei ist vor allem zu bedenken, daß Öl und Gas nicht allein für energetische Zwecke benötigt werden, sondern in zunehmendem Maße auch als Rohstoff dienen. Die gleiche Perspektive zeichnet sich, allerdings erst auf sehr lange Sicht, auch für die Kohle ab, deren Vorkommen weltweit in einem viel günstigeren Verhältnis zum laufenden Verbrauch als Öl und Gas stehen.

Dies macht deutlich, was aus energiepolitischer Sicht erforderlich wäre, wenn die Nutzung der Kernenergie eingeschränkt wird. Um die Versorgungssicherheit zu stärken und die nicht regenerierbaren Energieträger möglichst vielen zukünftigen Generationen zu erhalten, müßten die neuen Energiesysteme den Platz der Kernenergie einnehmen; dies wird auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Daß hier bislang wenig geschehen ist, liegt sicherlich teilweise auch daran, daß die staatliche Forschungsförderung auf diesem Gebiet weit hinter dem zurückblieb, was der Staat für die Förderung von Forschung und Entwicklung bei den klassischen Energieträgern, vor allem Kohle, und insbesondere bei der Kernenergie aufgebracht hat. Wenngleich auch nicht mit schnellen Ergebnissen zu rechnen ist, sind hier neue Förderungsschwerpunkte, und zwar in der Grundlagenforschung, erwünscht.

338. Die Umweltrisiken bei der Kernenergienutzung sind anders gelagert als bei anderen Formen der Stromerzeugung. Die Umweltbelastungen bei der Kernenergienutzung entstehen nicht im normalen Betrieb, sondern sind potentieller Natur; sie treten bei einem Störfall in Kernkraftwerken, der durch die Sicherheitsvorkehrungen nicht auf den Reaktor beschränkt bleibt, oder in anderen kerntechnischen Anlagen ein. Wenn dieser Fall einträte, wären die Auswirkungen auf die Umwelt katastrophal, und sie hielten für sehr lange Zeit an. Umweltbelastungen können auch mit der Endlagerung verbunden sein.

Kohlekraftwerke, die auf absehbare Zeit wichtigste Alternative zur Kernenergie, verursachen beträchtliche Umweltbelastungen im normalen Betrieb. Es handelt sich bei den Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen der Kohlekraftwerke um Belastungen der natürlichen Umwelt, die mit dem „Waldsterben" in Verbindung gebracht werden. Diese Belastungen können durch eine forcierte Energieeinsparpolitik und durch rigorose Umweltschutzmaßnahmen — und beides verursacht Kosten — vermindert werden. Sie lassen sich aber nicht völlig beseitigen. Außerdem braucht es Zeit, bis die Maßnahmen greifen, denn beides, Energiesparen und schadstoffarme Verbrennung, ist an Investitionen gebunden, die nicht von heute auf morgen realisiert werden können.

Ein Verzicht auf Kernenergienutzung in der Bundesrepublik änderte nichts an der potentiellen Gefährdung durch Kernkraftwerke in den Nachbarländern. Die Frage, ob ein solcher Verzicht Signalwirkung auf andere Länder ausüben könnte, entweder auf den Einstieg in die Kernenergieerzeugung oder wenigstens auf den Zubau weiterer Kernkraft-

werke zu verzichten, läßt sich nicht bündig beantworten. In allen Ländern mit Kernkraftwerken gibt es Widerstände gegen die Nutzung der Kernenergie, aber trotzdem hält die Energiepolitik in allen großen Kernenergieländern, jedenfalls bisher, an ihren Plänen zum weiteren Ausbau der Kernkraftwerke fest.

Auch dieses ist zu bedenken: Der nicht gering eingeschätzte deutsche Beitrag zur Fortentwicklung der kerntechnischen Sicherheit entfiele mit der Beendigung der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik. Das wirkt — auch für die Bundesrepublik — risikoerhöhend.

339. In der Bundesrepublik hatte der Staat den Anstoß zur technischen Entwicklung in der Kernenergie gegeben. In den fünfziger Jahren war hierfür die Sorge bestimmend, es werde zu einer weltweiten Energieverknappung kommen, der man durch die Verbreiterung der eigenen Ressourcenbasis begegnen müsse. Mit einem massiven Einsatz öffentlicher Mittel gelang es der deutschen kerntechnischen Industrie, leistungsfähige Reaktortypen zu entwickeln.

Eine vom Staat eingeleitete Beendigung der Kernenergienutzung bedeutete einen vollständigen Kurswechsel in diesem wichtigen Bereich der Energiepolitik und Industriepolitik. Das könnte gravierende Auswirkungen für die Industrieentwicklung haben, wenn der Kurswechsel von den Investoren als Signal verstanden wird, daß technische Entwicklungen, die als hochgradig sensitiv beurteilt werden — oder beurteilt werden könnten —, in der Bundesrepublik nicht mehr akzeptiert werden. Ob dies von den Investoren im Inland und Ausland so gesehen wird und wie die Reaktionen darauf ausfielen, läßt sich nicht prognostizieren. Unter Umständen würde aber die Bundesrepublik als Standort für neue Technologien, deren Risiken noch nicht überschaubar sind, und für bekannte Technologien, bei denen hohe Umwelt- und Gesundheitsrisiken bestehen oder die stromintensiv produzieren, an Attraktivität verlieren.

Diese Überlegungen zeigen die industriepolitischen Probleme eines Ausstiegs aus der Kernenergie. Aus einem Urteil, daß der vollständige Kurswechsel in der Kernenergiepolitik industriepolitische Risiken mit sich brächte, läßt sich aber noch nicht folgern, Kernenergie sei „unverzichtbar" — unverzichtbar ist, jedenfalls auf längere Sicht, kein einzelner Energieträger. Entscheidend kann für eine rationale Energiepolitik nur sein, ob die verschiedenen Risiken und Kosten, die sich mit einer Beendigung der Kernenergienutzung verbinden, durch deren Nutzen, eine geringere potentielle Gefährdung von Menschen und Natur, aufgewogen werden. Wichtig ist aber auch, daß diese Einschätzung der Energiepolitik von einem sehr breiten Konsens getragen wird.

340. Ökonomische Belastungen bei einem Verzicht auf Kernenergienutzung sind nicht zu vermeiden. In der öffentlichen Diskussion konzentriert sich das Interesse auf die Höhe der quantitativ abschätzbaren Kosten. Alle Schätzungen, die in der jüngsten Zeit über die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Beendigung der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik vorgelegt worden sind, können nur grobe Anhaltspunkte geben. Die Mehrbelastungen schließen die höheren Kosten der Stromerzeugung aus alternativen Brennstoffen und die Kosten der Kapitalvernichtung von Kernkraftwerken ein. Die Mehrbelastungen für den Stromkunden oder den Steuerzahler bedeuten Einbußen an rentabler Produktion und Beschäftigung. Dem stünden an einigen Stellen auch wachstumsfördernde Effekte gegenüber, soweit verstärkte Anstrengungen im Umweltschutz und auf der Suche nach neuen Formen der Energieversorgung technische Neuerungen anstoßen, die sich am Markt behaupten können. Die in der Summe verbleibenden Belastungen verlangen aber den Menschen ab, den Verzicht auf die Kernenergie mit einer Zurücknahme ihrer Ansprüche an das Sozialprodukt zu begleichen.

Ein Gestaltungsspielraum im Hinblick auf die Kosten besteht insofern, als die Höhe der Belastungen auch von der Art und Weise der Beendigung der Kernenergienutzung abhängt. So würden die Stromkosten bei einer Verwendung billiger Importkohle bei weitem nicht so stark steigen wie bei der Verwendung deutscher Steinkohle. Von besonderer Bedeutung für die Höhe der Belastungen ist der Zeitrahmen. Eine schnelle Beendigung der Kernenergienutzung wäre viel teurer als eine langgestreckte Stillegung. Im letzteren Falle würden zum Beispiel Kapitalvernichtungskosten nicht entstehen. Auch andere Probleme eines Verzichts auf Kernenergie — die Sicherung der Versorgung im Energiebereich, die Vorsorge gegen steigende Umweltlasten — ließen sich bei einem langgestreckten Ausstieg mildern.

341. Die Energiepolitik steht unter Druck. Zwingende gesamtwirtschaftliche Überlegungen fordern eine neue Besinnung auf den Kurs der Kohlepolitik. Nach so vielen Jahren einer Kohleschutzpolitik ohne Kontakt zur Grundlinie der Wirtschaftspolitik wird es sehr schwierig sein, einen die Gesamtwirtschaft weniger belastenden Kurs der Kohlepolitik als Teil der Sicherung unserer Produktionsgrundlagen einzuschlagen. Ganz anderer Art sind die Schwierigkeiten der Kernenergiepolitik. Hier geht es darum, möglichst bald einen möglichst allgemeinen Konsens über den künftigen Umfang der Kernenergienutzung herbeizuführen, einen Konsens, der sich auf fundierte Analysen aller Aspekte der Sicherheit wie auch der Wirtschaft, stützen muß und eine Entscheidung ermöglicht, auf die dauerhaft Verlaß ist.

VII. Agrarpolitik: Auf falschem Kurs

342. Für durchgreifende Reformen in der Agrarpolitik ist es höchste Zeit. Die Probleme sind seit vielen Jahren hinreichend bekannt. Die Produktionsüberschüsse auf den EG-Agrarmärkten steigen — angereizt durch hohe Agrarpreise — immer weiter

an, beanspruchen in immer stärkerem Maße Haushaltsmittel, belasten das integrationspolitische und handelspolitische Klima in besorgniserregender Weise und gefährden zudem die natürliche Umwelt und damit Grundlagen der zukünftigen Produktions- und Lebensbedingungen. Statt die Agrarpolitik gründlich zu reformieren, hat man immer wieder an Symptomen herumkuriert und das Netz marktwidriger Interventionen und Regelungen enger geknüpft. Dadurch sind die Probleme nicht gelöst worden, man hat sie verwaltet. Die Agrarpolitik hat die meisten Zweige der Landwirtschaft zunehmend in eine Sonderstellung im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen hineingedrängt und sie einem Regime unterworfen, das im Widerspruch zu fundamentalen Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung steht. Der Sinn dieser organisierten Überschußproduktion ist nicht einsehbar. Zunächst konnte man in der Agrarpolitik noch darauf verweisen, daß das vorrangige Ziel, die Einkommen der Landwirte zu sichern, weitgehend erreicht war — wenn auch für die Volkswirtschaft insgesamt um einen sehr hohen Preis (JG 80 Ziffern 417 ff.). Mittlerweile ist offensichtlich, daß diese Politik nicht durchgehalten werden kann; die Landwirte spüren es an sinkenden Realeinkommen und zugleich an zunehmender Reglementierung. Durch die Bemühungen um eine kurzfristige Einkommenssicherung sind Strukturanpassungen im landwirtschaftlichen Sektor blockiert oder hinausgezögert worden. Diese wären erforderlich, damit die Landwirte längerfristig ohne staatliche Unterstützung und Regulierung Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung gewinnen könnten.

Diese Blockade der marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismen darf nicht fortbestehen. Hier liegt der Schlüssel für eine Reform der Agrarpolitik. Bestrebungen, wie sie insbesondere von der EG-Kommission vertreten werden, nämlich die Agrarpreise stärker an den Marktgegebenheiten auszurichten, weisen in diese Richtung. Die Bundesregierung widersetzt sich einem solchen Kurs.

Grundsätze

343. Man wird die Agrarpolitik kaum in einem großen Schritt liberalisieren können: Zu verwoben sind die Interessen an der Fortführung einer gemeinsamen Agrarpolitik, zu zerrüttet die Weltagrarmärkte, zu starr ist die Verteilung von Zuständigkeiten. Wenn sich die Reform aber schrittweise vollziehen soll, muß sie von sachgerechten Grundsätzen geleitet sein (JG 80 Ziffern 444 ff.).

Erstens muß dafür gesorgt werden, daß die Preise ihre marktwirtschaftliche Lenkungsfunktion erfüllen können. Alle Anreize für die Landwirtschaft, dauerhaft mehr zu produzieren, als zu den jeweiligen Preisen verkauft werden kann, müssen abgebaut werden.

Zweitens müssen die Gesamtaufwendungen für die Agrarpolitik strikt begrenzt werden. Die bisherige Erfahrung lehrt, daß in der agrarpolitischen Entscheidungsfindung, in der die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger sehr viel stärker vertreten werden als diejenigen der Verbraucher und der Steuerzahler, Kompromisse allzu häufig auf dem Weg über eine stärkere Inanspruchnahme des Staatshaushalts geschlossen werden. Nur der Druck knapper Mittel setzt der Begehrlichkeit landwirtschaftlicher Interessenverbände Grenzen.

Drittens sind staatliche Ankaufsverpflichtungen im Rahmen der Marktordnungen nach und nach aufzuheben oder so zu beschränken, daß sie nur in extremen Ausnahmesituationen effektiv werden. Diese Interventionen dienten nicht nur der Stabilisierung kurzfristiger Marktschwankungen, sie wurden vielmehr für eine dauerhafte Einkommensstützung mißbraucht.

Viertens muß deutlich gemacht werden, daß es für die Landwirte keine weiterreichenden einkommenspolitischen Garantien gibt als für andere Berufsgruppen. Die Einkommensansprüche müssen sich letztlich an dem orientieren, was der Markt hergibt.

Fünftens muß der außenwirtschaftliche Schutz allmählich beseitigt werden. Europa hat als großer Wirtschaftsraum eine Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des internationalen Handels zu tragen.

Fehlentwicklungen

344. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß die Agrarpolitik sich an diesen Grundsätzen orientieren muß, wenn sie aus der Sackgasse herausfinden will. Es hat sich gezeigt, daß eine Mißachtung dieser Grundsätze die Problemlage verschärft. Dies wird besonders deutlich an den Handelskonflikten, die im Agrarbereich an Schärfe gewonnen haben und zunehmend auf andere Märkte überzugreifen drohen. Seit langem schon attackieren traditionelle Agrarexportländer, allen voran die Vereinigten Staaten, das agrarpolitische System der Europäischen Gemeinschaften. Anbieter aus Drittländern haben auf den geschützten EG-Agrarmärkten keine Chance gegenüber den heimischen Anbietern. Außerdem werden die Produktionsüberschüsse Europas ohne Rücksicht auf die dadurch entstehenden Kosten auf den Weltmärkten abgeladen. Dort hat sich infolge eines beträchtlichen weltweiten Kapazitätsüberhanges in der Agrarproduktion die Konkurrenzsituation ohnehin drastisch verschärft. Nicht nur die Europäische Gemeinschaft, sondern eine ganze Reihe von Ländern subventioniert die Agrarexporte, um Marktanteile zu verteidigen oder in neue Märkte vorzudringen. Die Überschüsse werden häufig zu Preisen abgegeben, die die Produktionskosten nur zu einem Bruchteil abdecken. Hierdurch sehen vor allem auch weniger entwickelte Länder ihre aktuellen und potentiellen Exportchancen und damit ihre Entwicklungsmöglichkeiten gravierend behindert.

Gegen die systematische Aushöhlung der Weltagrarmärkte wird in jüngster Zeit die Kritik lauter und auch konzertiert vorgetragen. Vierzehn Agrar-

exportländer (unter ihnen eine Reihe von Entwicklungsländern) haben gemeinsam eine Resolution verabschiedet, in der sie unter anderem einen Abbau aller Exportsubventionen im Weltagrarhandel fordern. Dieser Forderung haben sich in den Vorverhandlungen zur neuen GATT-Runde die Vereinigten Staaten angeschlossen. Wie stark der Agrarprotektionismus das Welthandelssystem insgesamt gefährdet, zeigt sich daran, daß die Einbeziehung des Agrarhandels in die neue Verhandlungsrunde des GATT von vielen Ländern zur Bedingung für die Aufnahme der Verhandlungen erklärt wurde. Der Erfolg dieser Verhandlungsrunde hängt mit davon ab, inwieweit es gelingt, die Spannungen im Weltagrarhandel zu lösen. Scheitert eine Liberalisierung des Agrarhandels, dann sind größere Fortschritte während der GATT-Verhandlungsrunde kaum zu erwarten. Dies würde den Interessen der deutschen Wirtschaft zuwiderlaufen.

345. Dem Prinzip einer Kostenbegrenzung für die Agrarpolitik wurde auf der EG-Ebene etwas stärker Rechnung getragen. Es wurde auch versucht, dieses institutionell abzusichern. So hat der Europäische Rat auf den Tagungen im März und Juni 1984 vereinbart, daß der Anstieg der Agrarausgaben unter dem Steigerungssatz der Basis der Eigenmittel bleiben soll. Durch die Anhebung des Mehrwertsteuer-Höchstsatzes von 1,0 auf 1,4 Prozentpunkte, die vor allem mit notwendigen Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit der jüngsten EG-Erweiterung begründet wurde, ist allerdings die allgemeine Haushaltsdisziplin gelockert worden. Eine Anhebung dieses Höchstsatzes auf 1,6 Prozentpunkte zum 1. Januar 1988 ist schon vorgezeichnet. Damit ist auch der Zwang zu nachhaltigen Einsparungen bei den Agrarausgaben gelockert. Allerdings wurde ein beträchtlicher Anteil der zusätzlichen Mittel schon dadurch gebunden, daß zuvor fällige Zahlungen hinausgeschoben worden waren. Bereits in diesem Jahr wird der gerade erst erweiterte Finanzrahmen nahezu voll ausgeschöpft. Schon für das nächste Jahr ist zu befürchten, daß die Ausgabenverpflichtungen der EG nicht voll erfüllt werden können.

In der Bundesrepublik hingegen sind die Ausgaben für die Landwirtschaft kräftig erhöht worden. So erhielten die Landwirte schon im Jahre 1984 im Zusammenhang mit der Neuregelung des Grenzausgleichs beträchtliche Subventionen (JG 84 Ziffer 430). Dann wurden im Jahre 1985 die sogenannten benachteiligten Gebiete in zwei Schritten ausgeweitet. Dort kann den Landwirten eine Zulage für die schlechten Standortbedingungen und auch eine günstigere Investitionsförderung als in den anderen Gebieten gewährt werden. Statt der ursprünglich 1,5 Mio ha zählen nun rund 6,0 Mio ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zum benachteiligten Gebiet. Dies entspricht der Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche im Bundesgebiet. Damit sind produktionserhaltende und strukturkonservierende Maßnahmen trotz der drückenden Überschußproduktion erheblich ausgeweitet worden. Außerdem hat die Bundesregierung in diesem Jahr eine Entlastung landwirtschaftlicher Unternehmer von Beiträgen zur Sozialversicherung beschlossen. Dies sollte die deutschen Landwirte dafür entschädigen, daß entgegen dem Versprechen der Bundesregierung die Agrarpreise in der Gemeinschaft gesenkt wurden. Pro Jahr sollen 450 Mio DM aufgewendet werden, um insbesondere kleine und mittlere Betriebe zu entlasten. Auch diese Maßnahmen wirken eher in Richtung auf eine Erhaltung überkommener Strukturen als darauf, den Wettbewerbsnachteil der deutschen Landwirtschaft zu überwinden, der nicht zuletzt durch die im Vergleich zu den anderen EG-Mitgliedstaaten kleinen Betriebseinheiten bedingt ist.

346. Von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist man in der Europäischen Gemeinschaft weiter denn je entfernt. Die Spanne zwischen den EG-Agrarpreisen und den Weltmarktpreisen hat zugenommen. Die Überschußproduktion ist beträchtlich. Der Selbstversorgungsgrad in der Gemeinschaft betrug im Jahre 1985 beispielsweise bei Milch etwa 114 vH, bei Getreide 118 vH, bei Rindfleisch 109 vH, bei Schweinefleisch 103 vH, bei Geflügel 106 vH, bei Zucker 128 vH. Nunmehr hat das Prinzip des Marktausgleichs in den Vorstellungen und Vorschlägen der EG-Kommission an Stellenwert gewonnen. Unter dem Druck leerer Kassen hatte die Kommission zunächst versucht, den Agrarschutz auf bestimmte, im voraus festgesetzte Mengen zu beschränken (Garantiemengenregelung). Bei Überschreiten dieser Mengen sollten dann Preissenkungen in einem vorher vereinbarten Umfang beschlossen werden. Dadurch sollten der Produktionsanstieg gedrosselt und der Marktentwicklung besser Rechnung getragen werden. Auf den Märkten aber, auf denen die Überschüsse am drückendsten lasten, wurde dieser beschlossene Regelmechanismus nicht eingehalten. Vor allem die Bundesregierung hat sich einer Preissenkung massiv widersetzt und sich bei Milch zum Fürsprecher einer Quotenregelung gemacht, die dann auch durchgesetzt wurde. Bei Getreide hat sie zunächst erreicht, daß die administrativ festgesetzten Preise weniger gesenkt wurden als nach dem Regelmechanismus vorgesehen war. Die Marktpreise für Getreide sind aber infolge veränderter Interventionsregelungen, zu denen sich die Kommission zur Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit der Marktordnungen aufgerufen sah, deutlich gesunken. Ein solches Zurückbleiben der Marktpreise hinter den administrativ festgelegten Preisen ist nicht nur bei Getreide, sondern auch auf anderen Märkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu beobachten.

Dies unterstreicht die Bedeutung des Prinzips, den Agrarschutz grundsätzlich auf außenwirtschaftliche Maßnahmen zu beschränken. Sind binnenwirtschaftliche Stützungsmaßnahmen nicht oder nur in eng begrenztem Umfang zugelassen, dann wird bei einer Überschußproduktion die von der Binnenmarktentwicklung her erforderliche Preisanpassung automatisch über die Marktpreise herbeigeführt. Dazu bedarf es dann keines politischen Beschlusses, zu dem sich Politiker angesichts der damit einhergehenden Einkommenswirkungen für die Landwirte nicht oder nur sehr schwer durchringen können.

347. Mit dem Preisrückgang auf vielen Agrarmärkten ist faktisch auch das Versprechen, für eine angemessene Einkommensentwicklung der Landwirte zu sorgen, beträchtlich zurückgenommen worden. So lagen die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik 1984/85 auf etwa dem gleichen Niveau wie Ende der siebziger Jahre, ein Niveau, das sogar schon einmal im besonders günstigen Wirtschaftsjahr 1975/76 erzielt worden war. Die Entwicklung der Preise erklärt aber nicht allein, daß die Landwirtschaft den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung verloren hat. Man muß den verlangsamten Strukturwandel hinzunehmen. Bis Mitte der siebziger Jahre hatte die Freisetzung von Arbeitskräften wesentlich dazu beigetragen, daß die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft mit derjenigen in der Gesamtwirtschaft in etwa Schritt hielt. Mit den anhaltenden Arbeitsmarktproblemen ist dieser Strukturwandel ins Stocken geraten. Während in anderen Krisensektoren Anpassungen kaum über die Arbeitseinkommen, sondern vorwiegend über eine Freisetzung von Arbeitskräften vorgenommen wurden, ist die Abwanderung aus der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen; die Anzahl der Auszubildenden ist sogar gestiegen. Damit sind viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft geblieben oder haben dort eine Beschäftigung aufgenommen, obwohl ihnen hier bei realistischer Einschätzung nur bescheidene Einkommenschancen offenstehen.

Reformbestrebungen

348. In der agrarpolitischen Reformdiskussion setzt sich die EG-Kommission mit bemerkenswerter Deutlichkeit dafür ein, daß die Marktorientierung in der Preispolitik Vorrang gegenüber der sozialen Funktion der Einkommensstützung erhält, und dies nicht nur vorübergehend, sondern nachhaltig. Gegen diesen Kurs gibt es Widerstand, vor allem von der Bundesregierung.

Gegen eine marktorientierte Preispolitik wird ins Feld geführt, daß Preissenkungen nur dann die Überschußproduktion eindämmen können, wenn sie drastisch genug erfolgen; Preissenkungen in der Größenordnung von 20 vH bis 30 vH, wie sie für die Produktionsdämpfung für erforderlich gehalten werden, könnten von einem Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe nicht verkraftet werden. Eine solche abrupte Senkung der Agrarpreise, durch die die Überschußprobleme kurzfristig gelöst werden könnten, zieht als alleinige Maßnahme aber kaum jemand ersthaft in Betracht. Moderate Preissenkungen — so wird weiter argumentiert — würden keine Entlastung der Überschußsituation bringen. Die Landwirte würden sich vielmehr genötigt sehen zu versuchen, durch eine vermehrte Produktion die durch Preissenkungen verursachten Einkommenseinbußen wettzumachen. Ein solches inverses Angebotsverhalten mag bei einzelnen Landwirten kurzfristig vorkommen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es der Politik nicht gelingt, ihren preispolitischen Kurs glaubhaft zu machen. Durch abrupte Kurswechsel und dadurch, daß gefaßte Beschlüsse nicht eingehalten wurden, ist in der Vergangenheit viel an Glaubwürdigkeit verspielt worden. Längerfristig aber wird sich die Landwirtschaft gezwungen sehen, auf sinkende Preise mit Produktionseinschränkungen und nicht mit Produktionsausweitungen zu reagieren.

Der Hinweis darauf, daß trotz der Preissenkungen, die in der letzten Zeit auf einigen Agrarmärkten zu verzeichnen sind, deutliche Produktionseinschränkungen ausgeblieben sind, ist kein Beweis für die Unwirksamkeit der Preispolitik zur Eindämmung der Produktionsüberschüsse. Zum einen muß man diese Preissenkungen im Zusammenhang mit Produktivitätssteigerungen sehen. Sie haben Spielraum für Preissenkungen geschaffen, durch die diese Effizienzverbesserungen — wie in allen Sektoren mit funktionierendem Wettbewerb — an die Verbraucher weitergegeben werden konnten. Zum anderen sind nicht nur die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gesunken, sondern auch die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Diese Preissenkungen gingen zum Teil sogar beträchtlich über die der Erzeugerpreise hinaus.

In der Landwirtschaft müssen sich wie in anderen Wirtschaftsbereichen die Kosten danach richten, welche Preise auf den Märkten erzielt werden können. Dies ist ein Grundprinzip marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen. Wenn Politiker versprechen, die Preise an die Kosten anpassen zu wollen, untergraben sie die Wirksamkeit dieses marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismus. Wenn die preispolitische Grundausrichtung klar und verläßlich ist, dann bedarf es für die Anpassung der Produktion keiner drastischen, abrupten Preissenkungen. Die für einen Marktausgleich erforderliche Preisanpassung kann vielmehr über einen längeren Zeitraum gestreckt werden, so daß die Landwirte in der Lage sind, auf Einkommenseinbußen mit Produktions-, Investitions- und Erwerbsentscheidungen zu reagieren. Dies ist eine Perspektive, die eine erhebliche Anzahl von Landwirten und deren potentielle Hofnachfolger auf Zukunftschancen außerhalb der Landwirtschaft oder als Nebenerwerbslandwirte verweisen muß. Die Agrarpolitik aber ist mit dem Verweis auf unzureichende außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten gerade bemüht, Landwirten eine Zukunftschance in der Landwirtschaft selbst aufzuzeigen, und damit wirkt sie einer Beseitigung der Überschußprobleme entgegen. Sicherlich sind die Erwerbsmöglichkeiten in vielen ländlichen Regionen schlecht. Dies kann aber kein überzeugendes Argument dafür sein, bestehende Arbeitsplätze auf jeden Fall zu erhalten, in der Landwirtschaft ebensowenig wie in anderen notleidenden Wirtschaftsbereichen.

349. Auch der Verweis auf siedlungsstrukturelle, ökologische oder sonstige gesellschaftspolitische Ziele ist in dieser pauschalen Form kein überzeugendes Argument gegen eine marktorientierte Preispolitik. Zwar ist unbestritten, daß mit der landwirtschaftlichen Produktion vielfältige Nebenwirkungen einhergehen. Diese sind aber keineswegs alle erwünscht, und die erwünschten können durch andere Formen der Bewirtschaftung und zum Teil auch durch andere Wirtschaftsbereiche wesentlich

effizienter erbracht werden. Es kann nicht angehen, daß man zur Erhaltung der gegenwärtigen Agrar- und Landschaftsstrukturen den Landwirten das, was sie an Einkommen durch die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr erwirtschaften können, pauschal unter dem Etikett „Entgelt für Landschaftspflege" zukommen läßt. Es wird versucht, der Landwirtschaft in vielen Bereichen unter Berufung auf sektorspezifische Besonderheiten einen Sonderstatus zu verschaffen; die Agrarpolitik muß sich aber an Normen und Grundsätzen messen lassen, die für die Gesellschaft allgemein gelten.

350. In dem Bemühen, den Landwirten eine längerfristige Perspektive in der Landwirtschaft selbst aufzuzeigen, wird die Hoffnung verbreitet, daß man durch produktionsbegrenzende Maßnahmen Spielraum für Preisanhebungen gewinnen könnte. Ein solcher Weg steht in krassem Widerspruch zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Der Staat setzt — wie in einem Preiskartell — marktwidrige Preise fest und sichert diese durch produktionsbegrenzende Maßnahmen. Er würde also eine Marktform, die er in anderen Wirtschaftsbereichen durch Gesetz untersagt, im Agrarbereich nicht nur zulassen, sondern auch noch deren Organisation übernehmen. Schon die bisherige Handhabung der EG-Agrarmarktordnungen verstößt entschieden gegen wettbewerbsrechtliche Prinzipien. Die Verbraucher werden durch hohe Preise belastet, den Landwirten wird eine bevorrechtigte Marktstellung eingeräumt, und die Marktordnungen werden durch den Einsatz finanzieller Mittel und eine monopolistische Preisdifferenzierung abgesichert. Diese monopolistische Preisdifferenzierung erfolgt vor allem durch Exporterstattungen. Auch auf dem Binnenmarkt hat sich diese Art der Preisgestaltung ausgebreitet. So werden insbesondere Butter und Magermilchpulver für bestimmte Verwendungsrichtungen mittels staatlicher Prämien zu stark verbilligten Preisen abgegeben. Der jüngste Beschluß, Stärke und Zucker als Industrierohstoff zu weltmarktähnlichen Bedingungen bereitzustellen, ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Eine Ausbreitung mengenbegrenzender Maßnahmen zur Absicherung marktwidriger Preise würde den Konflikt mit wettbewerbsrechtlichen Grundsätzen weiter verschärfen.

351. Es werden auch Hoffnungen geweckt, daß längerfristig von der Marktentwicklung her wieder Spielraum für eine einkommensorientierte Preispolitik gewonnen werden könnte, und zwar durch den Anbau sogenannter nachwachsender Rohstoffe. Dies ist eine Zukunftsperspektive, die von vielen allzu bereitwillig aufgegriffen wird. Einsatzmöglichkeiten für Agrarprodukte als Industrierohstoffe werden vor allem für Zucker und Stärke, Öle und Fette, für Produkte zur Ethanolgewinnung sowie für Faserpflanzen gesehen. Was technisch möglich ist, muß aber noch lange nicht ökonomisch sinnvoll sein. Daß bisher nur wenig Agrarprodukte als Industrierohstoff zum Einsatz kommen, hat einen einfachen Grund. Sie sind zu teuer im Vergleich zu anderen Rohstoffen. Dies könnte sich — so wird argumentiert — grundlegend ändern. Die Erwartung einer zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit von nachwachsenden Industrierohstoffen wird vor allem auf zwei Annahmen gegründet: auf eine längerfristige Verteuerung nicht regenerierbarer Rohstoffe, vor allem Öl, und auf technische Fortschritte im Bereich der Züchtung, des Anbaus, der Aufbereitung und der Verwertung agrarischer Rohstoffe. Solche Erwartungen hatten in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit den drastischen Ölpreissteigerungen weltweit einen fruchtbaren Nährboden gefunden. Forschungsanstrengungen im Bereich nachwachsender Rohstoffe wurden intensiviert, und in einigen Ländern sind auch umfangreiche Programme zur Förderung des Anbaus und der Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen gestartet worden. Die sinkenden Rohölpreise der letzten Zeit haben diesen Programmen die wirtschaftliche Kalkulationsgrundlage entzogen. Dort wo sie weitergeführt werden, verschlingen sie beträchtliche Subventionsbeträge.

Daß es in der Europäischen Gemeinschaft bisher weniger Bemühungen der Industrie um den Einsatz agrarischer Rohstoffe gegeben hat als in einigen anderen Ländern, hängt nicht zuletzt mit der Agrarpreispolitik der Europäischen Gemeinschaft zusammen. Hohe Agrarpreise für die Marktordnungsprodukte waren gleichbedeutend mit hohen Preisen für agrarische Rohstoffe. Damit bestand kein Anreiz, Verfahren zu entwickeln, die auf einen vermehrten Einsatz dieser Produkte hinausliefen; im Gegenteil, man war bemüht, Möglichkeiten zu entwickeln, teure agrarische Rohstoffe einzusparen und durch andere zu ersetzen. Außerdem wurden die züchterischen Anstrengungen in erster Linie auf solche Pflanzen ausgerichtet, für die unter dem Schutz der EG-Agrarpreispolitik hohe Erlöse erzielt werden konnten, und hier wurden in erster Linie Verbesserungen im Hinblick auf die Verwendung dieser Pflanzen als Nahrungsmittel und nicht als Industrierohstoff angestrebt.

Diesen Wirkungen der Protektion auf den Einsatz von Agrarerzeugnissen außerhalb des Nahrungsbereiches, dessen Verarbeitungsprodukte nicht in das System der Agrarmarktordnungen einbezogen sind, hat man lange Zeit wenig Beachtung geschenkt. Inzwischen hat aber der EG-Ministerrat beschlossen, der Industrie Zucker und Stärke zu weltmarktähnlichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen; für den Einsatz von Agrarrohstoffen in der Ethanolgewinnung zeichnet sich eine ähnliche Regelung ab. Damit wäre die diskriminierende Wirkung der Agrarpreispolitik für die Rohstoffverarbeitung im Nichtnahrungsbereich durch Ausgleichszahlungen neutralisiert. Den Landwirten wird für ihre Gesamtproduktion unabhängig von der Verwendungsrichtung die Protektion gewährt; im Nahrungsmittelbereich wird diese über die Preise von den Verbrauchern getragen, im Nichtnahrungsbereich durch Erstattungen aus der EG-Kasse vom Steuerzahler.

Trotz der Übernahme der Lasten der Protektion für einen Teil der Agrarerzeugnisse durch den öffentlichen Haushalt ist nicht zu erwarten, daß durch den Einsatz nachwachsender Industrierohstoffe ein wesentlicher Beitrag zur Lösung der Agrarprobleme geleistet werden kann. Gemessen an den Nahrungsmittelüberschüssen ist das Marktpotential zumindest kurz- und mittelfristig zu gering. Eine Ausweitung dieses Potentials würde staatliche Subventionen nicht nur im Landwirtschaftsbereich, sondern auch noch in der Verarbeitungsindustrie erfordern und damit den angespannten Haushalt der Gemein-

schaft nicht entlasten, sondern verstärkt in Anspruch nehmen. Eine Entlastung könnte nur dann eintreten, wenn in neuen Produktionsrichtungen der Subventionsbedarf insgesamt — also in der Erzeugung und der Verarbeitung zusammen — geringer ausfiele als in den alten. Auch hier gilt die Erfahrung, daß solche Entlastungen nur temporärer Natur sind. Sie werden durch Produktionsausweitungen sehr schnell eingeholt. Eine subventionierte Erzeugung und industrielle Verarbeitung von Naturrohstoffen würde zudem die Spannungen in den internationalen Handelsbeziehungen weiter verschärfen und könnte traditionelle Exportbeziehungen infolge von Retorsionsmaßnahmen gefährden.

352. Nicht nur im Bereich nachwachsender Rohstoffe gibt es Bemühungen um eine Veränderung in den Produktionsrichtungen — weg von Überschußerzeugnissen hin zu solchen, bei denen die Europäische Gemeinschaft einen Importbedarf hat. Sie haben in der EG-Agrarpolitik bereits Tradition: Der Anbau von Raps oder Ackerbohnen beispielsweise wird schon seit Jahren mit beträchtlichem finanziellen Aufwand unterstützt. Solche Produktionsumstellungen sollen — auch nach Vorschlägen der EG-Kommission — noch stärker gefördert werden. Dies zeigt, in welchem Maße auch die Vorstellungen der EG-Kommission, wenn sie für eine marktorientierte Preispolitik eintritt, von einem Marktgleichgewicht bei Selbstversorgung geprägt sind. Durch solche Produktionsverlagerungen ergibt sich keine Entkrampfung der Welthandelsbeziehungen, wie aber vielfach von agrarpolitischer Seite behauptet wird. Die Gemeinschaft würde zwar weniger Überschüsse auf dem Weltmarkt absetzen, gleichzeitig würde sie aber bei anderen Produkten weniger importieren. Das Problem würde auf andere Märkte und auch andere Länder verlagert. Nationale Selbstversorgung auf den Gütermärkten kann kein sinnvoller Maßstab für eine in den internationalen Handel integrierte Volkswirtschaft oder Staatengemeinschaft sein. Wenn die Europäische Gemeinschaft Wohlfahrtsgewinne durch Welthandel erzielen und ihre komparativen Vorteile in vielen Bereichen der Industrieproduktion nutzen will, dann muß sie ihrerseits Ländern mit komparativen Vorteilen in Bereichen der Agrarproduktion ihre Märkte offen halten.

353. So wichtig die Ausrichtung der Agrarpreispolitik auf die Marktentwicklung ist: Sie muß sich darauf einstellen, daß dies nicht schnell geschehen kann und daß flankierende Maßnahmen notwendig werden. Zu lange wurde die Reform schon hinausgezögert. Während es vor einigen Jahren noch ausgereicht hätte, einen weiteren Anstieg der Überschüsse zu verhindern, muß heute die Überschußproduktion selbst zurückgeführt werden. Und Entlastung vom Weltmarkt her ist nicht zu erwarten; denn die Weltagrarmärkte sind verstopft. Flankierende Maßnahmen sind daran auszurichten, daß die Anpassung der Landwirtschaft an die verschärften Wettbewerbsbedingungen vorankommt und daß dieser Anpassungsprozeß in einem sozial verträglichen Rahmen ablaufen kann. Es müssen sich Strukturen herausbilden können, die in Einklang mit umweltpolitischen und landschaftsgestalterischen Mindestanforderungen stehen und die es den Landwirten ermöglichen, auf Dauer ohne staatlichen Preisschutz zu produzieren. Es könnten Überbrückungshilfen gewährt werden, durch die soziale Notlagen abgemildert und Anpassungen an die veränderten agrarpolitischen Bedingungen erleichtert werden können. Dies schließt vor allem Maßnahmen ein, die den Landwirten den Zugang zu außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten erleichtern.

Bei Maßnahmen, die vorrangig der Produktionsdrosselung dienen, besteht die Gefahr, daß die erforderliche Marktorientierung, die flankiert werden soll, unterlassen wird, wenn der Druck der Überschüsse nachläßt. Solange die Preispolitik nicht nachhaltig auf das Ziel des Marktausgleichs und der schrittweisen Liberalisierung ausgerichtet ist, müssen solche Maßnahmen deshalb mit äußerster Skepsis betrachtet werden. Denn ohne eine konsequente Marktorientierung der Agrarpreise läuft ein prämierter Kapazitätsabbau darauf hinaus, daß den Landwirten einerseits über die Preispolitik Produktionsanreize gegeben werden. Andererseits werden ihnen gleichzeitig Prämien dafür gezahlt, daß sie darauf verzichten sollen, diese Produktionsanreize wahrzunehmen. Die Absurdität eines solchen Systems offenbart sich vollends, wenn man dann noch Produktionseinschränkungen für Preisanhebungen nutzen will.

354. Deshalb sind Flächenstillegungsprogramme, wie sie in den Vorschlägen der Bundesregierung und auch der EG-Kommission in Verbindung mit einer Vorruhestandsregelung enthalten sind, sehr skeptisch zu beurteilen. Zwar kann man von Flächenstillegungen schnell produktionsdämpfende Wirkungen erwarten. Gleichzeitig wird aber der Strukturwandel in der Landwirtschaft gebremst. Wenn der Staat über Flächenstillegungsprogramme dem Markt für landwirtschaftlich genutzten Boden Flächen entzieht, dann werden die Landwirte sich verstärkt auf eine Intensivierung der Produktion verwiesen sehen. Die durch die Agrarpreispolitik schon verzerrten Faktorpreisrelationen werden noch stärker zugunsten des Bodens verzerrt. Außerdem würde, da nur an eine zeitlich befristete Flächenstillegung gedacht ist, die eigentliche Problemlösung nur verschoben. Die Vorruhestandskomponente in diesen Vorschlägen für sich genommen, die es Landwirten erlauben soll, ab einer bestimmten Altersgrenze vorzeitig ein Altersruhegeld zu beziehen, könnte hingegen den Strukturwandel in der Landwirtschaft voranbringen.

Auch aus ökologischer Sicht sind zeitlich befristete Flächenstillegungen skeptisch zu beurteilen. Zwar kann man versuchen, die freigesetzten Flächen durch Auflagen ökologischen Zielen nutzbar zu machen. Da die Flächen aber nicht auf Dauer stillgelegt werden sollen, wird ökologischen Zielsetzungen allenfalls temporär gedient. Aus ökologischer Sicht liegt das Problem nicht so sehr darin, daß eine zu große Fläche landwirtschaftlich genutzt wird, als vielmehr darin, daß diese Fläche zu intensiv bewirtschaftet wird. Wo eine Stillegung von Flächen zur

Durchsetzung ökologischer Ziele erforderlich ist, wäre dies dauerhaft durch entsprechende Verträge mit den Bodeneigentümern, durch gezielte Auflagen oder durch den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand sicherzustellen.

355. Konflikte zwischen Landbewirtschaftung und ökologischen Zielen sind in den letzten Jahren zunehmend deutlich geworden. Es hat sich gezeigt, daß die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Umwelt keineswegs so harmonisch ist, wie es von landwirtschaftlicher Seite gern dargestellt wird. Die intensive Bodenbewirtschaftung, einseitige Fruchtfolgen und die Konzentration in der Tierhaltung haben eine Gefährdung der Umwelt mit sich gebracht. Ein Teil dieser Gefährdungen ergibt sich daraus, daß bei Veränderungen in den landwirtschaftlichen Produktionssystemen ökologisch unerwünschte Nebenwirkungen eingetreten sind, die weitgehend unbekannt waren. Man kann erwarten, daß eine Verbesserung der Informationsgrundlagen sowie der Schulung und der Beratung von Landwirten längerfristig auch zu einer Entschärfung der ökologischen Konflikte beiträgt; denn eine nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens liegt auch im wirtschaftlichen Interesse der Landwirte selbst.

Staatliche Regelungen sind aber dort gefordert, wo ökologische Ziele den wirtschaftlichen Interessen der Landwirte entgegenstehen. Dies ist bisher nur in ersten Ansätzen geschehen. Man kann nicht länger so tun, als würde eine effiziente landwirtschaftliche Produktion, die sich an dem ausrichtet, was wirtschaftlich von Vorteil ist, im allgemeinen in Einklang mit den Grundsätzen des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der Landschaft stehen. Auch die Agrarpolitik muß sich an den Grundsätzen orientieren, die in der Umweltpolitik allgemein gelten.

Dazu gehört das Verursacherprinzip. Die Landwirtschaft sollte sich nicht darauf berufen können, daß auch ein Unterlassen umweltschädigender Praktiken einen Entschädigungsanspruch begründet, wie es nach der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes möglich ist. Es geht nicht darum, daß Wasserwirtschaft und Landwirtschaft miteinander um die Nutzung des knappen Gutes Grundwasser konkurrieren, sondern schlicht darum, daß das Grundwasser durch einige landwirtschaftliche Produktionspraktiken in gesundheitsgefährdender Weise verschmutzt wird. Die landwirtschaftliche Produktion sollte in Einklang mit den örtlichen umweltpolitischen Erfordernissen stehen. Dies durchzusetzen, gehört mit zu den vordringlichen Aufgaben einer zukunftsorientierten Agrarpolitik. Dabei sollte sie an den Ursachen und nicht an Symptomen ansetzen. Das Ausmaß der Umweltgefährdung ist beispielsweise keine Frage der Betriebsgröße, sondern des Umgangs mit Stoffen, die die Umwelt gefährden können, oder der Bewirtschaftungsmethoden. Die Frage der Entschädigungspflicht stellt sich erst dann, wenn aus Gründen einer besonderen Vorsorge in bestimmten Regionen selbst eine umweltverträgliche Nutzung des Bodens unterbunden wird. Inwieweit eine solche Einschränkung zu entschädigen wäre, ist keine agrarspezifische, sondern eine generelle Frage im Zusammenhang mit staatlichen Planungs- und Feststellungsverfahren.

356. Dreh- und Angelpunkt einer Reform der Agrarpolitik ist die Preispolitik. Die Preise auf den Agrarmärkten müssen sich an der Marktsituation und der Marktentwicklung orientieren. Dieser preispolitische Kurs muß nicht nur beschlossen, sondern auch institutionell abgesichert werden, damit die EG-Agrarpolitik nicht bei einer kurzfristigen Entspannung der Marktlage wieder in das alte Fahrwasser zurückgleitet.

Dies kann dadurch unterstützt werden, daß die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der GATT-Verhandlungen zur Abwendung der protektionistischen Gefahren im Welthandel eine Verpflichtung zu einem stufenweisen Abbau des EG-Agrarschutzes eingeht: In einer ersten Stufe werden die binnenwirtschaftlichen Interventionen auf den EG-Agrarmärkten immer weiter zurückgeführt, und es wird auf Subventionen im Agrarexport verzichtet; in einer zweiten Stufe wird dann der Außenschutz der EG-Agrarmärkte allmählich abgebaut (JG 80 Ziffern 485 ff.).

Der preispolitische Kurs kann, wenn er hinreichend gesichert ist, durch flankierende Maßnahmen unterstützt werden, die der Landwirtschaft die schwierige Anpassung an die verschärften Wettbewerbsbedingungen erleichtern. Dies schließt vor allem Maßnahmen ein, durch die Landwirten bessere außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden. Ein Wandel, nicht eine Konservierung der Agrar- und Landschaftsstrukturen ist angezeigt. Es kann nicht angehen, daß die Politik einer Sicherung der Einkommen der Landwirte, die über die Preispolitik gescheitert ist, nun unter dem Etikett „Entgelt für Landschaftspflege" weitergeführt wird.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 171

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 173

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 174

IV. Methodische Erläuterungen 176

V. Statistischer Anhang 187

Sachregister 195

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das

Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965) **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965) **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966) **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968) **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975" **(vergriffen)**

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart–Mainz erschienen.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Landwirtschaft, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Neu ist dieses Vorgehen für den Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Das Angebot in der Landwirtschaft ist witterungsbedingten Schwankungen unterworfen. Das Produktionspotential in einem Jahr wird deshalb am besten durch die tatsächliche Produktion, das heißt durch die Wertschöpfung wiedergegeben. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Als Stützbereich werden die Jahre 1975 bis 1982 verwendet.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß die im ersten Schritt errechneten Werte nach 1975 nach Maßgabe der Abnahmerate dieses Trends bis in die Gegenwart fortgeschrieben werden.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) 1986 um $5^1/_2$ vH und 1987 um $7^1/_2$ vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von $96^1/_2$ vH in den Jahren 1963 bis 1985 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

8. Die Ergebnisse unserer neuen Rechnung sowie die Abweichungen zu unseren bisherigen Berechnungen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle

Produktionspotential und Auslastungsgrad

Jahr	Produktionspotential [1]				Auslastungsgrad des Produktionspotentials [2]	
	alte Rechnung [3]		neue Rechnung		alte Rechnung	neue Rechnung
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	vH	
1970	1 132,8	+ 4,5	1 132,8	+ 4,6	100	100
1971	1 184,4	+ 4,6	1 184,3	+ 4,5	98,4	98,4
1972	1 238,3	+ 4,6	1 235,8	+ 4,4	98,1	98,3
1973	1 287,8	+ 4,0	1 283,8	+ 3,9	98,7	99,1
1974	1 326,2	+ 3,0	1 319,3	+ 2,8	96,2	96,6
1975	1 358,7	+ 2,5	1 346,1	+ 2,0	92,4	93,2
1976	1 388,3	+ 2,2	1 377,3	+ 2,3	95,3	96,0
1977	1 415,4	+ 2,0	1 409,1	+ 2,3	96,2	96,6
1978	1 443,8	+ 2,0	1 445,1	+ 2,6	97,0	96,9
1979	1 473,0	+ 2,0	1 481,4	+ 2,5	99,1	98,5
1980	1 504,7	+ 2,1	1 519,4	+ 2,6	98,3	97,3
1981	1 533,7	+ 1,9	1 551,8	+ 2,1	96,6	95,5
1982	1 553,4	+ 1,3	1 579,8	+ 1,8	94,8	93,2
1983	1 574,9	+ 1,4	1 601,8	+ 1,4	94,9	93,3
1984 [4]	1 596,0	+ 1,3	1 629,0	+ 1,7	96,2	94,2
1985 [4]	1 616,5	+ 1,3	1 651,7	+ 1,4	97,4	95,4
1986 [5]	1 639,4	+ 1,4	1 680,7	+ 1,8	98,5	96,1

[1] In Preisen von 1980.
[2] Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.
[3] Zur Methode siehe JG 1985/86 Anhang VI, Abschnitt A.
[4] Vorläufige Ergebnisse.
[5] Eigene Schätzung.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. „Zurechnen" heißt nicht notwendigerweise auf eine aktive Rolle der Lohnpolitik, verstärkten Lohndruck etwa, abheben. Eine Änderung der Reallohnposition würde sich auch ergeben, wenn etwa wegen Nachfrageschwäche die Preise sinken, während die Lohnkosten je Produkteinheit konstant bleiben. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

   Die Reallohnposition bleibt nach unserer Definition unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne je Produkteinheit im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen je Produkteinheit, diese vermindert um die übrigen Kosten je Produkteinheit, nicht verändern.

2. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.

3. Die wichtigste Einflußgröße für die Betrachtung von Veränderungen der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist die Veränderung des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft. Im Realwert des Sozialprodukts schlagen sich Änderungen in den Austauschbedingungen mit dem Ausland nieder: Er steigt, wenn unter sonst gleichen Bedingungen die im Exportgeschäft erzielten Preise stärker steigen als die Preise für die im Inland verwendeten Güter; er sinkt, wenn die für Importe zu zahlenden Preise stärker steigen als das Preisniveau der letzten inländischen Verwendung.

   Die Zuwachsrate des Realwertes des Sozialprodukts je Erwerbstätigen spalten wir auf in den Produktivitätseffekt im engeren Sinn, das ist die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je Erwerbstätigen im privaten Sektor, und in den Terms-of-Trade-Effekt, der für den isolierten Einfluß geänderter Austauschrelationen auf die Reallohnposition steht.

4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter

verändern; die Preisänderungen für ausgeführte Güter sind bereits im Realwert des Sozialprodukts berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Reallohnposition ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohlgemerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert hat. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kosten-Äquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.

5. Schließlich ist bedeutsam, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Reallohnposition verändern. Die Kapitalkosten setzen sich zusammen aus den Abschreibungen auf das Anlagevermögen und der Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

   Die Abschreibung vom Anlagevermögen setzen wir in jedem Jahr in der Höhe an, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors angefallen wären. Wir nehmen also insofern eine Konjunkturbereinigung vor. Denn eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde Schwankungen der Kapitalkosten, die über konjunkturelle Bewegungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials zustandekommen, nicht in Rechnung stellen.

   Die Rechnungen zur Abschätzung der Zinskosten trennen wir aus methodischen Gründen vorerst ab von den übrigen Bestimmungsfaktoren der Reallohnposition (JG 84 Ziffern 185ff. sowie Anhang IV, Abschnitt B).

6. Die Reallohnposition ohne Zinskosten ist danach definiert als

$$RLP_t^{oZ} = \frac{\frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}}}{\left(\frac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t^r} - \frac{AK_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \right) P_t^{oTS}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980
RSP	Realwert des Sozialprodukts in Preisen von 1980
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr
AK^r	Abschreibungskosten in Preisen von 1980. Sie sind definiert als $AK^r = D^{r,oSt} \cdot \frac{BIP^{r,oSt}}{PP^{r,oSt} \cdot 0{,}965}$
D^r	Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1980
PP^r	Produktionspotential in Preisen von 1980
P^{oTS}	Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen

7. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 5 ausgewiesen ist, gilt

$$q_{RLP^{oZ}} - 1 = \frac{\frac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} \cdot \frac{1 - \frac{AK_t^{r,oSt}}{BIP^{r,oSt} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t^r}}}{1 - \frac{AK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}}} \cdot q_{P^{oTS}}} - 1$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1, zum Beispiel:

$$q_{BLGS^{oSt}} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}$$

Die Werte in den Spalten der Tabelle 5 im Textteil errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.)

(1) $\frac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} - 1$ — die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer im privaten Sektor

(2) $\frac{1+\frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1+\frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$ — der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber im privaten Sektor

(3) $\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} - 1$ — die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in konstanten Preisen je Erwerbstätigen im privaten Sektor

(4) $\frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1$ — der Terms-of-Trade-Effekt

(5) $\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1$ — die Zuwachsrate des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen im privaten Sektor

$q_P{}^{oTS} - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_{P^{oTS}} = \frac{1-\frac{T_t-S_t}{PV_t+SK_t}}{1-\frac{T_{t-1}-S_{t-1}}{PV_{t-1}+SK_{t-1}}} \cdot q_P$$

Im einzelnen ist dabei:

(6) $\frac{1-\frac{T_t-S_t}{PV_t+SK_t}}{1-\frac{T_{t-1}-S_{t-1}}{PV_{t-1}+SK_{t-1}}} - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

P Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

T Indirekte Steuern

S Subventionen

PV Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen

SK Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

(7) $q_P - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

(8) $\frac{1-\frac{AK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}\cdot\frac{RSP_t}{BIP_t^r}}}{1-\frac{AK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}\cdot\frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}}} - 1$ — der Abschreibungseffekt

8. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Diesen haben wir aus der Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte zie-

hen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollten, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir versuchen, dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr einen geglätteten Wert des Realzinssatzes ansetzen. In diesen Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Realzinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Realzinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein.

Nicht nur über die kurzfristigen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit zu Schwankungen der Reallohnposition. Wir nehmen daher bei den Zinskosten — in gleicher Weise wie bei den Abschreibungskosten — eine Konjunkturbereinigung vor.

Es sind demzufolge

ZK^r die Zinskosten in Preisen von 1980. Sie sind definiert als

$$ZK_t^{r,oSt} = (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \left.\frac{P_{1980}^{PV}}{P_t^{PV}}\right] \cdot i_t \cdot \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0{,}965}$$

ALV Anlagevermögen in Preisen von 1980 im Jahresdurchschnitt

VV Vorratsvermögen in Preisen von 1980 im Jahresdurchschnitt

GV Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien

i Mittelfristiger Realzins, ermittelt als gewogenes arithmetisches Mittel aus den Realzinsen im laufenden und den jeweils vorhergehenden elf Jahren. Das jeweils laufende Jahr geht mit einem Gewicht von 20 vH ein; die Gewichte verringern sich von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.

P^{PV} Preisindex für den privaten Verbrauch (1980 = 100)

Der in Schaubild 18 im Textteil ausgewiesene Zinskosteneffekt ist also

$$1 - \frac{ZK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t^r}} \Bigg/ \frac{ZK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}} - 1$$

9. Im Jahre 1984 haben wir verschiedene Änderungen an der Berechnungsweise der Reallohnposition vorgenommen. Der Übergang zu der Größe „Realwert des Sozialprodukts", der auch eine Neuformulierung des Terms-of-Trade-Effekts mit sich brachte, ist im JG 84 in Ziffer 182 sowie in Anhang IV, Abschnitt B, Ziffer 3 erläutert. Die Gründe dafür, daß wir die Berechnungen zum Zinskosteneffekt vorläufig getrennt weiterführen, werden in JG 84, Ziffern 185 ff. angeführt; Anhang IV, Abschnitt B erläutert die Folgerungen für die Berechnungsweise der Reallohnposition und enthält eine Tabelle, in der die Ergebnisse der alten und der neuen Rechnung gegenübergestellt sind. Die Änderung des Berechnungsverfahrens für den geglätteten Realzinssatz wird dort ebenfalls erläutert.

Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition schon einmal im Jahre 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B, dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen, Tabelle 23 im JG 80 sowie die Tabelle im JG 82, Anhang V, Abschnitt B, zeigen die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr.

C. Zum Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist — in neuer Rechnung — definiert als

(1) $Z_t^{neu} = (BG_{oK_t} + MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t) \cdot KF_t$

oder

$Z_t^{neu} = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$

Dem entspricht in alter Rechnung die Formel

(1') $Z_t^{alt} = BG_{oK_t} + MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t + KP_t$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

BG_{oK} Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute

MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

ÜR Überschußreserven

KF Korrekturfaktor

KP Korrekturposten

t Zeitindex

Weiter gilt

(2) $BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} - K_t + \ddot{U}R_t$

BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute

K Kassenbestände der Kreditinstitute

2. Der Korrekturposten beziehungsweise der Korrekturfaktor ist eine Möglichkeit zur Bereinigung der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Die Idee ist, den expansiven oder kontraktiven Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, in der Zentralbankgeldmenge explizit zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

   Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. In der neuen Berechnung differenzieren wir — anders als früher — auch nach den Größenklassen der Banken, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1]) Während in der alten Rechnung Verlagerungen von Einlagen zwischen den unterschiedlichen Progressionsklassen über Änderungen des durchschnittlichen Reservesatzes zu einem von Null verschiedenen Korrekturposten führen, ist die Zentralbankgeldmenge in neuer Rechnung durch solche Verlagerungen nicht berührt.

   Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzsenkung wird berechnet als

   (3) $\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$

   mit

   (4) $\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$

   Dabei bedeuten

   i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

   r Reservesatz

   E reservepflichtige Einlagen

   In unserer alten Rechnung sind wir so vorgegangen, daß der Korrekturposten von einem bestimmten Basiszeitraum (Januar 1960) an aufsummiert und die Summe gemäß Gleichung (1') zur unbereinigten Zentralbankgeldmenge hinzugerechnet wurde. Das Niveau und die Veränderungsraten der bereinigten Zentralbankgeldmenge waren bei dieser Vorgehensweise mit von der Wahl der Basisperiode bestimmt. In jedem Falle unverzerrt wiedergegeben wurde bei dem Verfahren die absolute Veränderung der Zentralbankgeldmenge zwischen zwei Zeitpunkten.

   Unter anderem aus der Erwägung heraus, daß in der geldpolitischen Diskussion in der Regel nicht mit Niveaus oder absoluten Veränderungen, sondern mit den prozentualen Veränderungsraten der monetären Indikatoren argumentiert wird, haben wir eine Modifikation am Bereinigungsverfahren vorgenommen, die gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate unabhängig von der Wahl der Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß in der neuen Rechnung die Veränderungsraten (wohlgemerkt aber nicht mehr die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern. Zugleich haben wir die Basisperiode aktualisiert.

   Der in neuer Rechnung gemäß Gleichung (1) auf die unbereinigte Zentralgankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor bestimmt sich wie folgt:

   (5) $KF_t = \prod_{\tau=t_0}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$

   mit

   τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

   t_0 Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

   Im Unterschied hierzu war der additive Korrekturposten in der alten Rechnung wie folgt definiert:

   (5') $KP_t = \sum_{\tau=t_0}^{t} \Delta KP_\tau$

   mit der Basisperiode t_0 = Januar 1960.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

   (6) $Z^*_t = BG_{oK_t} + \overline{MRS}_{I_t}$

   Dabei ist:

   Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

   $\overline{MRS}_I$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

   Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie legt auf die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten konstante historische Mindestreservesätze an, bislang die vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank sind zum einen

[1]) Die zusätzliche Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

Unterschiede in der Abgrenzung und zum anderen Unterschiede im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1985 nur 2,8 Mrd DM, die Überschußreserven beliefen sich auf 0,3 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

   Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Auch die Unterschiede in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen können zu Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

   Schließt man sich der Vorstellung an, die der Berechnung des Korrekturpostens in der bereinigten Zentralbankgeldmenge zugrunde liegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die

Tabelle

Bereinigte Zentralbankgeldmenge in alter und neuer Rechnung

Zeitraum	Alte Rechnung [1]	Neue Rechnung [2]	Alte Rechnung [1]	Neue Rechnung [2]
	Mrd DM [3]		Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum in vH [4]	
1960	28,6	28,0	—	—
1961	31,8	30,9	11,3	10,6
1962	34,8	33,9	9,5	9,7
1963	37,5	36,6	7,5	7,9
1964	40,5	39,8	8,2	8,6
1965	44,5	43,8	9,8	10,1
1966	47,7	47,0	7,2	7,3
1967	50,1	49,5	5,0	5,3
1968	52,8	52,5	5,3	6,1
1969	56,3	56,7	6,7	7,9
1970	59,9	60,6	6,4	6,9
1971	65,7	66,3	9,6	9,5
1972	74,5	74,9	13,5	12,9
1973	83,9	83,3	12,6	11,3
1974	87,7	86,6	4,5	3,9
1975	95,1	93,4	8,4	7,9
1976	104,2	102,4	9,6	9,6
1977	113,4	111,3	8,8	8,8
1978	125,7	124,0	10,9	11,3
1979	137,0	135,5	9,0	9,3
1980	143,6	141,9	4,8	4,8
1981	148,7	147,3	3,5	3,8
1982	154,1	153,4	3,6	4,1
1983	164,2	165,1	6,6	7,7
1984	171,5	173,5	4,4	5,1
1985	177,9	181,0	3,7	4,3
1980 1. Vj.	141,6	139,8	4,5	4,5
2. Vj.	142,7	141,1	3,0	3,8
3. Vj.	143,9	142,2	3,5	3,1
4. Vj.	146,3	144,6	6,8	7,0
1981 1. Vj.	147,7	146,2	4,0	4,4
2. Vj.	148,3	147,1	1,6	2,5
3. Vj.	149,3	148,0	2,6	2,7
4. Vj.	149,6	148,2	0,9	0,3
1982 1. Vj.	151,2	149,9	4,3	4,9
2. Vj.	153,2	152,4	5,5	6,6
3. Vj.	155,0	154,4	4,8	5,4
4. Vj.	157,3	156,8	5,9	6,4
1983 1. Vj.	160,5	160,5	8,4	9,7
2. Vj.	163,6	164,2	8,0	9,6
3. Vj.	165,9	167,1	5,9	7,2
4. Vj.	167,5	168,7	3,7	3,8
1984 1. Vj.	168,9	170,1	3,4	3,4
2. Vj.	170,8	172,5	4,7	5,8
3. Vj.	172,5	174,7	4,1	5,2
4. Vj.	174,2	176,9	4,0	5,1
1985 1. Vj.	176,1	178,5	4,3	3,8
2. Vj.	176,9	179,8	2,0	2,9
3. Vj.	178,4	181,4	3,4	3,8
4. Vj.	180,4	184,3	4,6	6,6
1986 1. Vj.	183,3	187,9	7,6	7,9
2. Vj.	186,6	190,8	6,4	5,9
3. Vj.	189,1	194,0	5,4	7,4

[1] Basis für die Berechnung: Januar 1960.
[2] Basis für die Berechnung: Januar 1980.
[3] Jahresdurchschnittsbestände. Saisonbereinigte Vierteljahreszahlen. Durchschnitte aus saisonbereinigten Monatswerten. Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.
[4] Vierteljahreszahlen auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert. Zugunsten des Verfahrens der Bundesbank könnte angeführt werden, daß der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes von der Höhe der Mindestreservesätze abhängt. Allerdings sind die Reservesätze hier nur ein Faktor unter mehreren, der Bargeldkoeffizient und die Einlagenkoeffizienten haben eine ähnliche Bedeutung: Sie variieren im Konjunkturverlauf und mit ihnen der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes.

7. In der nebenstehenden Tabelle sind Bestände und Veränderungsraten der bereinigten Zentralbankgeldmenge in alter und neuer Rechnung gegenübergestellt. Die neue Rechnung unterscheidet sich von der alten — um es zusammenzufassen — im folgendem:
   - — Die Basisperiode für die Bereinigung ist Januar 1980 statt Januar 1960.
   - — Die Bereinigung wird mit Hilfe eines mulitplikativen Korrekturfaktors statt mit einem additiven Korrekturposten durchgeführt.
   - — Aufgrund der weitergehenden Disaggregation bei der Bereinigung (ab Juni 1978) führen Änderungen der durchschnittlichen Reservesätze, die ohne Änderung der offiziellen Sätze alleine aufgrund von Verschiebungen in der Einlagenstruktur entstehen, nicht mehr zu Bereinigungen; dieser Unterschied ist allerdings quantitativ nahezu bedeutungslos.

   Es ist darauf hinzuweisen, daß der Vergleich der Niveaus der alten und der neuen Meßgröße keinerlei Aussagekraft besitzt; entscheidend sind die Veränderungsraten des Zentralbankgeldbestandes. Diese sind in neuer Rechnung, anders als bei unserem früheren Vorgehen, unbeeinflußt von der Festlegung der Basisperiode und in diesem Sinne unverzerrt.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleichen, das wir als konjunkturneutral bezeichnen. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.
   - — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau:

     $$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

     Das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t-1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, setzen wir keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate an.
   - — Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

     Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

     $$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

     Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktions-

potentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, in dem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

$H_t > G_t$: kontraktiv
$H_t = G_t$: konjunkturneutral
$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t : Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Finanzierungssaldos F_t mit dem konjunkturneutralen Finanzierungssaldo F_t^n ermitteln

$F_t > F_t^n$ expansiv
$F_t = F_t^n$ konjunkturneutral
$F_t < F_t^n$ kontraktiv

wobei

$$F_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n) + \frac{t_t}{100}(Y_t^n - Y_t^i) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

F_t : Finanzierungssaldo im Jahr t

F_t^n : konjunkturneutraler Finanzierungssaldo im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. Steuermindereinnahmen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^n - Y_t^i)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomal hohe Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

Tabelle

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

Jahr	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[2])	Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985	Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[3])	Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im		Mehreinnahmen aufgrund		Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (2)+(6)+(7)	Tatsächliche Staatsausgaben	Konjunktureller Impuls[6]) (9)−(8)
				Basisjahr 1985	jeweiligen Jahr[4])	erhöhter Steuerquote (5) ./. (4)	eines erhöhten Dekkungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[5])			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
1962	368,4	110,1	356,5	88,7	86,9	− 1,8	− 6,5	101,8	95,4	− 6,4
1963	398,2	118,4	383,5	95,4	93,6	− 1,8	− 7,2	109,4	102,8	− 6,6
1964	429,8	128,0	414,7	103,2	100,8	− 2,4	− 7,6	118,1	113,7	− 4,4
1965	466,9	138,8	449,4	111,8	105,8	− 6,0	− 8,2	124,5	126,2	+ 1,6
1966	503,3	150,7	488,0	121,4	115,0	− 6,4	− 9,1	135,2	131,8	− 3,4
1967	527,7	158,2	512,4	127,5	121,8	− 5,6	− 9,4	143,1	136,8	− 6,4
1968	555,8	165,4	535,8	133,3	130,3	− 3,0	− 8,0	154,4	149,7	− 4,7
1969	600,0	175,6	568,8	141,5	144,8	+ 3,3	− 7,2	171,8	165,0	− 6,7
1970	675,2	193,5	626,8	155,9	150,2	− 5,8	− 6,8	181,0	188,3	+ 7,3
1971	762,7	217,7	704,9	175,4	172,2	− 3,2	− 7,4	207,1	216,4	+ 9,3
1972	837,9	244,3	791,1	196,8	192,9	− 3,8	−10,2	230,2	239,5	+ 9,3
1973	925,6	269,7	873,6	217,3	225,2	+ 7,9	−10,0	267,6	268,6	+ 0,9
1974	1 018,5	297,6	963,8	239,8	247,8	+ 8,0	−10,5	295,2	303,2	+ 8,0
1975	1 101,1	325,1	1 052,9	261,9	259,9	− 2,0	−13,2	309,9	343,6	+33,7
1976	1 167,9	349,1	1 130,7	281,3	286,9	+ 5,6	−12,3	342,5	363,3	+20,8
1977	1 240,0	368,5	1 193,4	296,9	315,6	+18,7	−10,9	376,3	385,2	+ 8,9
1978	1 325,1	388,4	1 257,8	312,9	326,3	+13,4	− 6,8	394,9	414,6	+19,6
1979	1 413,2	414,9	1 343,7	334,3	345,1	+10,8	− 6,2	419,5	448,9	+29,3
1980	1 519,4	447,0	1 447,7	360,2	371,5	+11,4	− 6,4	452,0	486,8	+34,8
1981	1 613,9	478,6	1 549,9	385,6	387,6	+ 2,1	− 5,2	475,4	513,9	+38,5
1982	1 715,7	504,3	1 633,0	406,3	404,0	− 2,3	− 2,5	499,4	530,9	+31,4
1983	1 795,6	533,9	1 729,0	430,1	427,2	− 3,0	− 0,6	530,3	538,8	+ 8,5
1984[7])	1 861,9	557,7	1 806,2	449,3	450,0	+ 0,7	− 1,0	557,3	557,4	+ 0,1
1985[7])	1 929,1	574,8	1 861,6	463,1	463,1	0	0	574,8	574,8	0

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[3]) Normalauslastungsgrad (96,5 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

[4]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

[5]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

[6]) Expansiv: +; kontraktiv: −.

[7]) Vorläufige Ergebnisse.

V.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .... Seite 189

Tabellenteil ..... Seite 193

A. Internationale Tabellen ..... Tabellen 1* bis 18*

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Tabellen 19* bis 74*

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	193
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	194
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	195
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	196
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	197
6*	Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	198
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	199
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	200
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	201
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	202
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	204
12*	Wechselkurse	205
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	206
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	208
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	210
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	211
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	212
18*	Wirtschaftszahlen der neuen EG-Mitgliedsländer	213
19*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	216
20*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	217
21*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	218
22*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	220
23*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	222
24*	Verteilung des Volkseinkommens	224
25*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	225
26*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	226

		Seite
27*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	227
28*	Verwendung des Sozialprodukts	228
29*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	230
30*	Bruttoinvestitionen	232
31*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	234
32*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	236
33*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	238
34*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	239
35*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	240
36*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	244
37*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	246
38*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	247
39*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	248
40*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	250
41*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	252
42*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	253
43*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	256
44*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	259
45*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	260
46*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	262
47*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	263
48*	Baugenehmigungen	264
49*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	265
50*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	267
51*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	268
52*	Einzelhandelsumsatz	269
53*	Zahlungsbilanz	270
54*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	272
55*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	274
56*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	275
57*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	276
58*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	277
59*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	278
60*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	279
61*	Index der Grundstoffpreise	280
62*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	281
63*	Index der Ausfuhrpreise	282
64*	Index der Einfuhrpreise	283
65*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	284
66*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	285
67*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	286
68*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	287
69*	Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	288
70*	Löhne und Gehälter	289
71*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	290
72*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	291
73*	Energieverbrauch nach Bereichen	292
74*	Entwicklung im Mineralölbereich	293

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen;** nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.** Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge

= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1980) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern Tabelle 1*

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55433	9153	45684	52373	48967	11486	7048	5429	93260	180671
1961	56185	9184	46163	52807	49156	11639	7087	5434	94100	183691
1962	56837	9221	46998	53292	49563	11806	7130	5574	94980	186538
1963	57389	9290	47816	53625	49936	11966	7175	5694	95900	189242
1964	57971	9378	48310	53991	50439	12127	7224	5789	96890	191889
1965	58619	9464	48758	54350	50840	12295	7271	5857	97950	194303
1966	59148	9528	49164	54643	51227	12456	7322	5918	98860	196560
1967	59286	9581	49548	54959	51664	12598	7377	5992	99920	198712
1968	59500	9619	49915	55214	52042	12730	7415	6068	101070	200706
1969	60067	9646	50315	55461	52376	12878	7441	6137	102320	202677
1970	60651	9651	50772	55632	52771	13039	7467	6270	103720	205052
1971	61284	9673	51251	55907	53124	13194	7500	6343	104740	207661
1972	61672	9709	51701	56079	53499	13329	7544	6401	106180	209896
1973	61976	9739	52118	56210	53882	13439	7586	6441	108660	211909
1974	62054	9768	52460	56224	54390	13545	7599	6460	110160	213854
1975	61829	9795	52699	56215	54764	13666	7579	6404	111520	215973
1976	61531	9811	52909	56206	55070	13774	7566	6333	112770	218035
1977	61400	9822	53145	56179	55266	13856	7568	6316	113880	220239
1978	61327	9830	53376	56167	55446	13942	7562	6333	114920	222585
1979	61359	9837	53606	56227	55602	14038	7549	6351	115880	225056
1980	61566	9847	53880	56314	55657	14150	7549	6385	116800	227738
1981	61682	9853	54182	56379	55774	14247	7564	6429	117650	230043
1982	61638	9856	54480	56335	55995	14313	7571	6467	118450	232345
1983	61423	9855	54729	56377	56228	14367	7549	6482	119260	234538
1984	61175	9855	54947	56488	56344	14424	7552	6505	120020	236681
					Erwerbstätige					
1960	25954	3447	18595	23660	20269	4182	3239	2701	44360	65778
1961	26238	3481	18608	23978	20366	4213	3244	2844	44980	65746
1962	26291	3534	18737	24185	20270	4297	3232	2954	45560	66702
1963	26319	3560	19065	24230	19982	4356	3214	2999	45950	67762
1964	26297	3609	19395	24522	19904	4445	3211	3046	46550	69305
1965	26418	3621	19540	24776	19432	4487	3191	3025	47300	71088
1966	26320	3635	19688	24934	19095	4519	3160	3014	48270	72895
1967	25461	3618	19763	24570	19315	4505	3105	3030	49200	74372
1968	25491	3615	19732	24436	19294	4552	3066	3048	50020	75920
1969	25871	3683	20041	24478	19112	4621	3064	3098	50400	77902
1970	26169	3658	20328	24381	19218	4679	3075	3143	50940	78678
1971	26317	3695	20441	24143	19176	4700	3111	3199	51210	79367
1972	26214	3689	20573	24115	18850	4673	3134	3243	51260	82153
1973	26411	3738	20865	24694	19006	4670	3187	3277	52590	85064
1974	26038	3792	21062	24786	19392	4672	3217	3273	52370	86794
1975	25285	3737	20885	24703	19491	4640	3202	3117	52230	85846
1976	25059	3708	21027	24491	19612	4654	3220	3024	52710	88752
1977	25014	3702	21202	24523	19791	4701	3250	3036	53420	92017
1978	25169	3701	21285	24681	19863	4757	3258	3067	54080	96048
1979	25516	3744	21317	25061	20057	4821	3265	3100	54790	98824
1980	25797	3743	21347	24983	20313	4973	3273	3170	55360	99303
1981	25610	3664	21226	23989	20361	5005	3276	3211	55810	100397
1982	25177	3615	21254	23570	20297	4999	3236	3190	56380	99526
1983	24793	3577	21154	23269	20350	4926	3199	3149	57330	100834
1984	24822	3579	20941	23657	20422	4965	3201	3142	57660	105005

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	20038	2545	12886	21894	11694	3296	.	.	23700	55179
1961	20377	2594	13047	22228	12032	3369	.	.	24780	55229
1962	20631	2655	13317	22447	12396	3465	.	.	25930	56524
1963	20836	2705	13774	22505	12639	3536	.	.	26720	57952
1964	21028	2782	14219	22812	12519	3623	.	.	27630	59496
1965	21289	2816	14470	23080	12144	3676	.	.	28760	61418
1966	21284	2838	14719	23253	11997	3722	.	.	29940	63627
1967	20565	2823	14892	22808	12245	3718	.	.	30710	66149
1968	20706	2823	15005	22650	12378	3775	2186	.	31480	67798
1969	21267	2897	15496	22625	12568	3865	2150	.	31990	69706
1970	21747	2965	15941	22479	12811	3933	2160	.	33060	70645
1971	22106	3026	16201	22122	12959	3972	2195	.	34120	71286
1972	22103	3038	16480	22121	12955	3942	2244	.	34650	74010
1973	22395	3096	16882	22664	13191	3958	2271	.	36150	76847
1974	22113	3158	17168	22789	13555	3972	2409	.	36370	78460
1975	21489	3107	17082	22710	13735	4033	2368	.	36460	77551
1976	21407	3085	17287	22543	13888	4064	2380	.	37120	80519
1977	21496	3081	17505	22619	14125	4130	2420	.	37690	83481
1978	21734	3080	17623	22777	14107	4175	2470	.	37990	87205
1979	22132	3118	17686	23158	14338	4229	2524	.	38760	89674
1980	22478	3119	17752	22972	14499	4362	2545	.	39710	89950
1981	22335	3042	17672	21871	14495	4374	2575	.	40370	91007
1982	21904	2993	17755	21400	14472	4377	2677	.	40980	89967
1983	21519	2951	17722	21048	14360	4323	2654	.	42080	91075
1984	21540	2942	17575	21162	14253	4365	2740	.	42650	95120
					Registrierte Arbeitslose					
1960	271	117	239	326	1215	30	.	1,2	750	3852
1961	181	89	185	287	1108	22	.	0,7	660	4714
1962	155	75	209	406	969	23	.	0,6	590	3911
1963	186	62	233	496	807	25	.	0,8	590	4070
1964	169	55	189	349	904	22	.	0,3	540	3786
1965	147	63	236	299	1110	25	.	0,3	570	3366
1966	161	67	244	281	1192	36	.	0,3	650	2875
1967	459	92	323	503	1106	75	.	0,3	630	2975
1968	323	110	545	542	1172	68	49	0,3	590	2817
1969	179	88	477	518	1160	49	62	0,3	570	2831
1970	149	71	510	555	1111	47	42	0,1	590	4093
1971	185	69	569	696	1109	62	38	0,1	640	5016
1972	246	88	595	778	1296	108	35	0,1	730	4882
1973	273	92	577	557	1303	110	33	0,1	680	4365
1974	582	97	618	528	1111	135	41	0,2	730	5156
1975	1074	175	911	838	1226	260	53	13	1000	7929
1976	1060	233	991	1266	1420	278	54	20	1080	7406
1977	1030	266	1122	1359	1538	271	49	11	1100	6991
1978	993	290	1206	1343	1560	273	64	10	1240	6202
1979	876	304	1371	1234	1686	280	65	10	1170	6137
1980	889	322	1471	1513	1684	326	58	6	1140	7637
1981	1272	416	1729	2395	1895	480	80	6	1260	8273
1982	1833	490	1920	2770	2052	655	116	14	1360	10678
1983	2258	545	1961	2984	2264	801	135	29	1560	10717
1984	2266	546	2319	3030	2390	822	128	35	1610	8539

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	302,71	557,02	296,51	25,73	23,21	44,42	162,89	37,37	15,87	505,37
1961	331,71	592,44	323,46	27,46	25,81	46,90	180,73	42,04	19,61	523,44
1962	360,78	633,71	361,16	28,76	29,00	50,49	192,13	46,62	21,75	563,65
1963	382,37	681,30	404,88	30,59	33,22	54,78	207,08	51,27	25,12	594,95
1964	420,18	762,53	449,16	33,33	36,36	64,45	226,73	56,83	29,69	635,80
1965	459,17	829,96	483,49	35,79	39,12	71,99	246,49	60,86	32,80	688,98
1966	488,23	892,11	523,42	38,17	42,39	78,38	268,53	65,36	38,09	754,24
1967	494,35	955,35	565,39	40,36	46,70	85,99	285,59	70,35	44,63	797,89
1968	533,28	1022,34	614,52	43,78	50,61	95,35	306,83	75,12	52,92	871,03
1969	596,95	1134,17	700,69	46,76	55,88	107,99	335,00	81,40	62,26	941,37
1970	675,30	1262,11	782,56	51,30	62,88	121,18	375,88	90,67	73,35	989,51
1971	750,56	1382,02	872,43	57,63	68,51	136,53	419,62	103,00	80,70	1074,19
1972	823,74	1545,39	981,12	63,81	75,12	154,26	479,54	116,71	92,40	1181,26
1973	917,27	1755,02	1114,20	73,58	89,75	176,04	543,46	130,06	112,50	1317,11
1974	984,58	2056,81	1278,30	83,77	110,72	199,78	618,56	141,10	134,24	1423,38
1975	1026,90	2271,14	1452,32	105,76	125,38	219,96	656,11	140,16	148,33	1542,18
1976	1121,72	2573,18	1677,97	126,18	156,66	251,93	724,75	141,96	166,57	1709,90
1977	1197,82	2776,78	1884,59	145,24	190,08	274,93	796,19	145,79	185,62	1907,53
1978	1285,32	2982,21	2141,08	167,46	222,25	297,01	842,33	151,68	204,41	2145,70
1979	1392,30	3182,92	2442,31	195,98	270,20	315,96	918,54	158,55	221,55	2388,40
1980	1478,94	3434,17	2769,32	229,46	338,74	336,74	994,70	170,33	240,18	2606,63
1981	1540,93	3549,87	3110,61	252,99	401,58	352,85	1055,97	184,76	257,36	2934,91
1982	1597,92	3859,07	3566,98	275,93	470,48	368,86	1136,86	195,98	269,63	3045,28
1983	1670,94	4101,66	3935,01	299,62	539,00	378,44	1206,59	203,87	280,09	3275,73
1984	1745,61	4381,53	4277,16	318,31	612,11	394,86	1289,67	214,09	298,09	3634,58
					in Preisen von 1980					
1960	728,94	1551,43	1127,81	144,07	142,90	154,27	437,54	94,88	56,23	1336,76
1961	762,72	1628,66	1189,92	148,78	154,63	154,72	460,78	102,57	64,42	1371,43
1962	798,82	1713,55	1269,31	150,32	164,22	165,31	471,82	107,48	68,96	1449,32
1963	820,95	1788,12	1337,18	156,69	173,43	171,30	491,07	112,73	76,21	1507,44
1964	875,69	1912,51	1424,34	164,61	178,28	185,48	520,72	118,65	86,28	1583,46
1965	923,70	1980,61	1492,40	168,45	184,11	195,22	535,60	122,43	90,70	1682,29
1966	950,87	2043,24	1570,22	171,65	195,13	200,56	565,83	125,44	100,19	1779,69
1967	949,74	2122,42	1643,83	176,36	209,14	211,16	582,84	129,28	110,58	1829,90
1968	1002,54	2211,61	1713,84	183,67	222,83	224,70	608,91	133,92	124,49	1903,37
1969	1077,35	2358,46	1833,64	186,08	236,41	239,15	647,13	141,46	139,53	1957,77
1970	1132,82	2508,51	1938,73	190,27	248,97	252,77	693,22	150,48	152,65	1953,54
1971	1165,60	2600,82	2043,58	195,38	253,06	263,44	728,67	156,61	159,11	2014,26
1972	1214,70	2737,70	2164,15	199,85	261,16	272,16	773,90	161,63	172,44	2122,11
1973	1271,65	2899,73	2280,28	215,10	279,53	284,92	811,72	166,55	186,02	2242,24
1974	1275,10	3018,69	2353,99	213,05	291,10	296,22	843,74	168,98	183,76	2222,47
1975	1254,83	2973,70	2358,37	211,58	280,52	295,95	840,68	156,67	188,54	2205,74
1976	1322,74	3130,02	2480,31	219,58	296,99	311,10	879,16	154,47	197,56	2309,89
1977	1361,79	3142,83	2556,06	221,85	302,62	318,31	917,48	158,23	208,00	2436,81
1978	1400,90	3236,88	2652,80	229,83	310,75	326,13	922,23	158,88	218,62	2552,01
1979	1459,04	3303,34	2740,50	234,93	325,99	333,86	965,65	162,84	229,96	2618,12
1980	1478,94	3434,17	2769,32	229,46	338,74	336,74	994,70	170,33	240,18	2606,63
1981	1481,39	3382,28	2782,15	226,24	339,33	334,37	993,22	172,80	249,45	2695,47
1982	1471,83	3433,89	2832,22	229,64	337,57	329,66	1005,29	170,85	256,53	2615,24
1983	1489,55	3429,93	2852,91	237,40	336,16	332,74	1025,99	172,01	264,44	2692,15
1984	1527,84	3479,23	2890,84	241,60	344,77	338,41	1046,62	175,53	279,73	2885,02

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 205.

Quelle: OECD

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					Volkseinkommen					
1960	239,82	447,30	223,46	20,87	18,81	37,08	123,12	31,05	12,82	408,84
1961	261,06	471,89	244,43	22,06	20,89	38,79	136,17	34,81	15,18	421,36
1962	282,39	505,25	273,92	23,08	23,58	41,64	144,16	38,70	17,40	454,19
1963	298,07	543,02	305,81	24,62	27,04	45,05	155,01	42,59	19,98	480,68
1964	327,83	608,75	338,25	26,73	29,54	53,39	168,90	47,08	22,92	516,65
1965	359,42	667,22	365,15	28,80	31,83	59,54	182,89	50,49	25,75	563,80
1966	380,61	710,61	395,01	30,34	34,64	64,34	198,39	54,11	30,02	619,16
1967	381,39	756,19	428,90	31,74	38,05	70,57	210,95	58,34	35,54	653,24
1968	417,67	812,94	473,83	34,11	41,55	77,95	224,92	62,20	41,82	712,64
1969	462,09	904,11	538,26	36,48	46,05	89,40	246,86	67,06	49,08	768,02
1970	530,00	1006,93	598,34	40,00	51,66	99,37	276,87	74,28	59,31	796,49
1971	586,95	1107,29	675,21	44,43	56,64	110,88	307,66	84,74	64,75	855,85
1972	643,98	1254,60	759,18	50,40	62,88	125,24	348,75	95,61	74,60	946,38
1973	720,26	1441,60	865,04	58,64	75,01	144,29	393,06	107,27	91,80	1061,89
1974	771,94	1682,13	986,41	65,62	91,41	164,56	453,09	117,48	109,31	1131,01
1975	801,07	1870,75	1118,56	83,04	104,47	179,74	486,16	117,48	121,18	1211,35
1976	877,67	2124,22	1272,35	96,61	129,33	206,72	543,50	119,44	137,28	1351,21
1977	936,95	2280,95	1453,16	112,45	155,43	223,96	593,01	121,78	151,49	1517,58
1978	1003,96	2448,60	1641,99	128,95	182,91	241,04	631,96	126,66	167,50	1716,67
1979	1083,62	2617,76	1859,10	148,63	224,92	256,87	690,00	132,96	180,43	1906,94
1980	1142,34	2832,51	2095,07	171,66	279,79	272,23	745,83	142,71	195,13	2055,22
1981	1183,08	2917,44	2350,39	185,59	331,36	284,33	785,15	154,70	206,07	2302,68
1982	1224,34	3156,33	2667,43	204,57	387,62	298,30	845,63	164,86	215,97	2384,33
1983	1277,55	3351,31	2946,52	223,94	436,47	304,98	898,45	171,65	223,51	2578,93
1984	1334,98	3602,74	3209,38	241,78	496,38	317,99	954,28	180,56	237,51	2893,12
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	143,16	256,69	130,64	15,21	9,86	20,59	73,49	19,35	6,56	295,93
1961	161,64	269,58	146,12	16,44	10,95	22,61	81,91	21,93	7,78	304,70
1962	178,84	296,17	165,14	17,35	12,75	24,85	89,20	24,60	9,28	326,32
1963	191,86	325,89	188,15	18,24	15,51	27,72	96,09	27,46	10,92	344,28
1964	209,93	367,39	210,09	19,78	17,35	33,08	105,76	30,52	12,63	369,57
1965	232,96	406,58	226,51	21,36	18,31	37,48	116,46	33,13	14,66	398,40
1966	250,83	445,61	244,28	22,90	19,59	42,16	128,35	35,30	16,78	441,60
1967	250,35	476,89	263,66	23,85	21,66	46,01	138,95	38,34	19,29	474,06
1968	268,84	506,84	294,75	25,52	23,56	50,74	147,31	40,93	22,48	522,90
1969	302,62	562,04	337,11	27,30	25,95	58,79	160,64	44,09	26,45	576,29
1970	359,29	630,65	382,29	30,63	30,35	67,17	175,82	49,61	31,90	615,87
1971	407,77	718,91	432,11	33,57	34,73	77,08	203,19	57,68	37,82	656,79
1972	449,12	823,49	483,79	37,95	38,75	86,28	230,88	65,56	44,03	723,39
1973	509,87	948,73	558,12	43,97	47,08	99,95	270,38	74,74	55,18	807,77
1974	562,05	1144,35	665,70	52,50	58,61	116,20	315,03	83,09	70,01	885,64
1975	585,93	1313,75	783,73	68,63	71,20	131,17	353,60	85,15	81,58	941,58
1976	630,02	1515,20	909,69	78,20	86,95	145,89	389,47	85,68	92,02	1048,04
1977	674,70	1644,37	1036,36	86,89	106,50	159,54	431,45	87,69	102,80	1165,07
1978	720,24	1768,51	1173,51	99,20	124,32	172,77	472,42	92,19	111,08	1315,84
1979	776,39	1891,53	1329,99	116,01	148,90	185,92	504,52	97,10	120,06	1475,01
1980	842,84	2066,64	1529,63	137,53	184,15	197,84	545,63	104,65	130,40	1620,22
1981	881,20	2148,64	1740,70	148,36	225,54	201,53	589,01	114,12	141,14	1789,20
1982	900,37	2286,86	1988,50	158,34	264,35	207,48	616,97	122,70	149,06	1890,57
1983	919,09	2398,42	2197,12	170,22	305,59	209,41	643,36	128,16	157,26	2012,78
1984	948,80	2554,62	2349,58	180,58	340,87	209,85	675,43	133,46	165,85	2200,24

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. – Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 205.

Quelle: OECD

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)									
1960	49,0	49,1	46,8	66,3	42,3	54,5	44,4	65,4	29,2	77,4
1961	50,7	51,0	49,3	67,6	45,5	54,2	46,7	67,1	33,0	79,5
1962	53,0	52,8	52,2	67,7	48,6	56,8	48,0	67,7	34,9	82,8
1963	54,4	54,7	54,1	70,4	52,0	58,1	50,3	70,0	38,2	84,7
1964	58,1	57,8	56,6	73,1	53,7	61,6	53,4	72,5	42,7	87,0
1965	61,0	59,6	58,9	74,0	56,8	64,3	55,2	75,3	44,2	90,2
1966	63,0	61,3	61,5	75,0	61,3	65,5	58,9	77,5	47,8	93,0
1967	65,1	63,9	64,1	78,2	64,9	69,2	61,8	79,4	51,8	93,7
1968	68,6	66,7	67,0	81,8	69,3	72,9	65,3	81,8	57,4	95,5
1969	72,6	69,8	70,5	82,8	74,2	76,4	69,5	85,0	63,8	95,7
1970	75,5	74,7	73,5	85,0	77,7	79,8	74,2	89,1	69,1	94,6
1971	77,3	76,7	77,1	88,1	79,1	82,8	77,1	91,1	71,6	96,7
1972	80,8	80,9	81,1	90,2	83,1	86,0	81,3	92,8	77,5	98,4
1973	84,0	84,6	84,2	94,8	88,2	90,1	83,8	94,6	81,5	100,4
1974	85,4	86,8	86,2	93,6	90,0	93,6	86,3	96,1	80,9	97,6
1975	86,6	86,7	87,0	93,3	86,3	94,2	86,4	93,5	83,2	97,9
1976	92,1	92,0	90,9	97,6	90,8	98,7	89,8	95,1	86,4	99,2
1977	95,0	92,5	92,9	98,5	91,7	100,0	92,9	97,0	89,7	100,9
1978	97,1	95,3	96,1	101,4	93,8	101,2	93,1	96,4	93,2	101,2
1979	99,7	96,2	99,1	102,1	97,5	102,3	97,3	97,8	96,7	100,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,9	100,6	101,0	102,7	99,9	98,7	99,8	100,2	103,0	102,3
1982	102,0	103,5	102,7	106,1	99,7	97,4	102,2	99,7	104,9	100,1
1983	104,8	104,5	104,0	111,1	99,1	99,8	105,5	101,7	106,3	101,7
1984	107,4	106,0	106,4	111,2	101,2	100,7	107,6	104,0	111,8	104,7
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[1])									
1960	19,1	15,2	11,8	11,6	6,6	13,8	.	21,7	8,4	29,8
1961	21,2	15,7	13,0	12,4	7,2	14,8	.	23,4	9,6	30,6
1962	23,1	16,8	14,4	12,9	8,1	15,8	.	25,2	10,9	32,1
1963	24,6	18,2	15,9	13,5	9,7	17,3	.	27,7	12,4	33,0
1964	26,6	19,9	17,1	14,5	10,9	20,1	.	30,4	13,9	34,5
1965	29,2	21,8	18,2	15,5	11,9	22,5	.	33,2	15,5	36,0
1966	31,4	23,7	19,3	16,4	12,9	25,0	.	35,5	17,1	38,5
1967	32,5	25,5	20,5	17,5	13,9	27,3	.	38,3	19,1	39,8
1968	34,6	27,1	22,8	18,8	15,0	29,6	31,4	40,7	21,7	42,8
1969	37,9	29,3	25,2	20,2	16,3	33,5	34,9	43,1	25,2	45,9
1970	44,1	32,1	27,8	22,8	18,7	37,7	38,0	47,8	29,4	48,4
1971	49,2	35,9	31,0	25,3	21,1	42,8	43,2	54,6	33,8	51,2
1972	54,2	40,9	34,1	28,7	23,6	48,3	48,0	61,2	38,7	54,3
1973	60,7	46,2	38,4	32,4	28,1	55,7	55,5	69,1	46,5	58,4
1974	67,8	54,7	45,0	38,5	34,0	64,5	61,0	76,9	58,6	62,7
1975	72,7	69,4	53,2	50,5	40,8	71,7	69,6	82,7	68,1	67,4
1976	78,5	74,1	61,1	57,9	49,3	79,1	76,3	85,8	75,5	72,3
1977	83,7	80,5	68,7	64,2	59,4	85,2	83,2	87,5	83,1	77,5
1978	88,4	86,7	77,3	72,7	69,4	91,2	89,2	91,1	89,0	83,8
1979	93,6	91,6	87,3	83,7	81,8	96,9	93,2	94,9	94,3	91,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,2	106,6	114,3	113,3	122,5	101,6	106,7	107,7	106,5	109,1
1982	109,6	115,3	130,0	123,6	143,8	104,5	107,5	116,5	110,8	116,7
1983	113,9	122,7	143,9	135,1	167,6	106,8	113,1	123,3	113,8	122,7
1984	117,5	131,0	155,2	142,5	188,3	106,0	115,0	128,7	118,4	128,4

[1]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6*

Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Lohnkosten je Produkteinheit [1]									
1960	34,5	27,5	21,0	17,6	12,7	22,7	30,6	33,2	21,5	35,6
1961	37,2	27,5	22,2	18,4	13,0	24,9	32,4	34,8	22,2	35,7
1962	39,3	28,7	23,6	19,3	14,3	25,6	34,5	37,2	24,8	36,2
1963	41,0	30,3	25,5	19,4	16,4	27,5	35,7	39,6	26,4	36,7
1964	42,1	31,9	26,7	20,0	17,9	30,4	37,0	41,9	27,0	37,5
1965	44,3	34,1	27,5	21,2	18,3	32,7	39,6	44,0	29,8	38,1
1966	46,3	36,2	28,2	22,3	18,5	35,8	41,4	45,8	30,8	39,9
1967	46,3	37,3	29,0	22,6	19,1	37,1	43,5	48,3	32,1	41,7
1968	47,1	38,1	31,1	23,2	19,4	38,4	44,1	49,7	33,3	44,2
1969	49,3	39,6	33,3	24,5	20,2	41,8	45,3	50,7	34,9	47,4
1970	55,7	41,8	35,7	26,9	22,4	45,2	46,2	53,7	38,5	50,7
1971	61,4	45,9	38,3	28,7	25,2	49,8	50,8	59,9	43,8	52,5
1972	64,9	50,0	40,5	31,7	27,3	54,0	54,4	66,0	47,0	54,8
1973	70,4	54,4	44,3	34,1	31,0	59,7	60,7	73,0	54,6	58,0
1974	77,3	63,0	51,2	41,1	37,0	66,8	68,1	80,0	70,2	64,1
1975	81,9	73,4	60,2	54,1	46,7	75,4	76,7	88,5	79,7	68,7
1976	83,6	80,4	66,4	59,4	53,9	79,8	80,8	90,3	85,8	73,0
1977	86,9	86,9	73,4	65,3	64,7	85,3	85,7	90,2	91,0	76,9
1978	90,2	90,8	80,1	72,0	73,6	90,2	93,4	94,4	93,6	83,0
1979	93,4	95,2	87,9	82,4	84,0	94,8	95,2	97,1	96,2	90,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,4	105,6	113,3	109,4	122,3	102,6	108,1	107,5	104,2	106,8
1982	107,3	110,7	127,1	115,0	144,0	107,1	111,9	116,9	107,0	116,3
1983	108,3	116,2	139,4	119,6	167,2	107,1	114,3	121,3	109,5	120,3
1984	109,0	122,0	147,1	124,7	181,9	105,5	117,6	123,7	109,2	122,7
	Reallohnposition [2]									
1960	82,2	80,5	95,3	91,5	86,3	80,1	84,7	82,6	109,8	95,7
1961	85,1	77,8	96,6	92,5	84,9	80,4	86,0	83,9	104,1	94,8
1962	86,4	79,6	96,3	92,7	85,2	85,0	87,7	85,1	105,6	93,8
1963	87,2	80,6	95,9	92,1	88,7	87,4	88,4	87,3	102,8	92,7
1964	86,5	80,0	94,7	91,5	92,5	90,5	88,2	88,0	98,0	93,1
1965	87,6	80,6	93,7	91,9	92,0	92,3	90,3	88,8	98,7	91,9
1966	88,1	82,0	92,3	92,4	89,9	95,1	92,2	87,8	95,4	92,9
1967	86,4	82,2	91,5	91,6	89,0	93,6	93,6	88,1	93,8	93,0
1968	86,1	81,5	92,5	90,4	88,6	92,9	92,4	88,0	91,1	94,3
1969	87,2	81,1	90,7	90,7	87,0	95,8	93,8	87,8	90,6	96,4
1970	93,4	82,5	91,5	94,0	90,4	99,3	92,3	90,1	90,7	98,3
1971	96,1	85,8	91,9	92,7	95,6	100,8	96,6	93,5	93,8	97,1
1972	95,8	87,6	90,4	95,7	95,6	97,5	95,2	94,9	93,7	97,5
1973	97,5	89,1	91,7	97,0	97,1	98,2	99,4	96,9	97,7	97,1
1974	101,5	92,0	95,2	102,7	97,9	101,2	98,1	97,8	104,9	98,5
1975	101,0	96,0	99,3	107,5	102,6	101,2	103,5	99,6	107,3	97,9
1976	98,5	97,5	99,5	102,2	100,3	97,5	102,7	98,0	105,3	98,2
1977	98,4	98,0	100,8	97,2	100,8	97,3	102,8	97,9	103,9	98,1
1978	98,0	98,2	99,8	96,8	101,1	98,4	105,1	99,4	101,4	98,5
1979	97,8	98,9	98,9	96,7	100,0	100,4	100,7	99,4	101,6	99,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	99,8	100,2	100,9	98,8	104,3	97,1	100,7	100,5	98,9	97,1
1982	97,9	97,8	100,4	96,0	103,8	94,7	92,5	102,0	98,7	99,3
1983	94,9	95,7	99,7	95,4	104,6	92,4	90,9	102,3	98,0	98,5
1984	92,8	95,0	98,0	96,1	103,4	88,3	85,3	100,9	95,4	96,4
1985	91,9	94,6	96,7	95,3	101,9	86,4	84,1	99,2	92,9	96,7

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts, aus Angaben in Landeswährung. Quelle für Grundzahlen: OECD.

[2]) Veränderung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD. Wegen unterschiedlicher Definition nicht ohne weiteres vergleichbar mit den Angaben in Tabelle 5 Seite 60.

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	171,84	385,27	183,43	17,06	14,56	25,97	97,12	23,33	9,35	322,54
1961	188,33	402,04	200,84	17,94	15,92	27,98	106,15	25,62	10,71	332,93
1962	204,79	422,31	224,39	19,01	17,97	30,47	114,50	28,60	12,45	353,59
1963	216,79	457,38	253,46	20,23	21,02	33,84	124,02	31,06	14,59	372,83
1964	233,50	488,89	276,90	21,60	22,78	38,27	133,05	33,90	16,99	398,98
1965	257,62	533,30	295,39	22,99	24,37	42,77	145,84	36,48	19,17	428,80
1966	275,06	570,13	319,47	24,32	26,87	46,52	155,66	39,33	22,06	463,45
1967	282,63	601,22	345,87	25,55	29,77	50,51	167,36	42,25	25,30	489,00
1968	300,74	651,58	377,45	27,48	31,76	55,21	178,37	45,02	28,92	536,64
1969	330,90	705,98	428,52	29,15	34,84	63,18	189,70	48,79	33,33	581,43
1970	368,85	755,20	469,34	31,69	39,37	70,82	205,29	53,46	38,33	621,74
1971	409,44	833,08	527,87	35,50	42,77	78,94	230,00	59,89	43,23	674,34
1972	452,10	930,16	592,24	40,16	47,06	88,45	259,81	67,96	49,90	739,90
1973	495,36	1063,35	668,98	45,73	56,06	99,83	291,78	76,14	60,31	815,24
1974	533,74	1230,32	781,33	52,79	69,57	113,39	330,61	83,35	72,91	891,43
1975	585,33	1390,43	898,75	64,81	80,57	128,95	368,26	86,27	84,76	979,83
1976	632,51	1568,98	1041,90	75,22	98,43	147,99	410,18	89,15	95,78	1090,48
1977	683,16	1719,25	1171,46	85,94	117,98	164,31	456,86	92,90	107,08	1210,91
1978	728,90	1836,33	1327,83	99,04	136,82	179,17	468,85	95,54	117,92	1349,84
1979	785,02	1993,10	1517,87	117,54	165,23	192,43	511,72	101,00	130,08	1510,05
1980	840,78	2159,35	1743,32	136,25	208,23	205,78	552,53	108,34	141,32	1675,38
1981	887,85	2324,56	2008,72	151,48	250,22	213,23	596,50	116,02	149,39	1864,03
1982	918,05	2519,40	2302,42	165,57	293,46	221,83	644,30	122,44	159,61	1998,86
1983	957,51	2664,62	2544,86	181,00	336,23	229,09	698,88	127,76	167,71	2167,43
1984	987,52	2850,48	2740,48	193,36	381,00	233,69	733,01	133,86	175,95	2355,06
					in Preisen von 1980					
1960	370,62	1038,10	681,00	87,59	82,83	79,86	252,09	56,55	37,37	813,79
1961	392,71	1055,12	721,49	89,48	89,02	79,76	265,01	60,40	40,53	830,91
1962	414,25	1096,56	772,45	91,44	95,38	89,17	273,84	64,26	44,38	868,06
1963	425,84	1145,34	825,72	95,65	104,23	95,45	288,98	67,37	48,64	900,79
1964	448,22	1175,25	872,22	98,55	107,68	101,08	298,88	70,54	54,30	950,36
1965	479,02	1225,40	907,19	99,98	111,20	108,64	313,64	72,99	57,34	1004,00
1966	493,66	1257,91	951,04	101,70	119,16	112,10	327,23	75,17	62,91	1055,48
1967	498,87	1293,66	999,48	104,11	127,96	118,19	338,67	77,37	68,84	1087,80
1968	522,51	1362,65	1039,24	106,99	134,57	125,98	352,24	80,37	74,54	1146,89
1969	564,14	1435,60	1101,96	107,59	143,45	135,93	362,52	84,75	82,05	1189,20
1970	606,81	1498,29	1148,93	110,45	154,36	145,98	377,62	89,31	87,70	1216,95
1971	638,14	1569,55	1224,83	113,87	158,88	150,80	402,99	93,56	92,61	1262,19
1972	666,60	1662,77	1299,22	120,87	164,29	156,08	427,49	98,65	101,24	1334,57
1973	686,98	1791,81	1374,02	127,04	173,94	162,32	450,46	101,37	110,54	1388,29
1974	691,49	1838,64	1414,01	125,19	178,52	168,33	463,93	100,88	110,23	1378,32
1975	713,88	1850,35	1462,00	124,27	175,73	173,88	479,00	97,93	115,09	1407,00
1976	740,35	1935,38	1543,88	124,65	181,77	183,10	500,77	98,97	119,11	1485,72
1977	771,83	1980,10	1592,39	123,98	184,32	191,52	529,32	101,97	124,16	1557,19
1978	801,45	2031,68	1659,85	130,93	189,34	199,81	520,69	104,23	130,90	1623,18
1979	830,41	2121,80	1718,24	136,85	198,68	205,76	544,47	105,56	139,34	1666,21
1980	840,78	2159,35	1743,32	136,25	208,23	205,78	552,53	108,34	141,32	1675,38
1981	836,38	2149,95	1780,07	135,88	209,95	200,61	554,52	108,83	143,14	1709,40
1982	825,23	2170,60	1834,48	136,84	210,39	198,26	562,54	108,83	149,04	1730,53
1983	834,36	2135,82	1851,39	142,24	209,38	199,08	592,71	110,57	153,79	1808,20
1984	839,56	2156,76	1857,28	144,60	213,64	198,02	588,20	112,06	158,04	1903,50

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 205.

Quelle: OECD

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	40,45	69,31	38,55	4,23	2,96	5,61	21,12	3,31	1,26	85,56
1961	45,78	70,68	42,51	4,56	3,27	6,16	22,78	4,06	1,47	93,24
1962	52,83	77,88	47,95	4,89	3,79	6,90	24,68	4,72	1,70	101,23
1963	59,39	88,56	54,38	5,16	4,61	7,91	27,49	5,40	2,01	105,70
1964	62,10	95,47	59,63	5,48	5,21	9,41	30,18	5,94	2,33	111,40
1965	69,65	106,23	63,48	6,01	5,92	10,48	32,93	6,39	2,69	117,75
1966	75,45	117,10	67,98	6,54	6,30	11,68	36,68	6,81	3,05	136,65
1967	80,05	128,77	73,26	7,23	6,73	13,13	41,57	7,24	3,41	154,51
1968	82,73	139,01	83,07	7,68	7,33	14,22	45,25	7,80	3,93	167,48
1969	93,12	154,50	93,52	8,02	7,95	16,22	50,48	8,56	4,56	177,94
1970	106,47	169,41	105,14	9,04	8,66	18,66	55,22	9,51	5,46	190,18
1971	126,82	194,66	117,33	10,30	10,61	21,85	61,98	11,24	6,42	198,87
1972	141,13	224,28	129,09	11,75	12,08	24,43	70,10	12,71	7,54	217,88
1973	163,16	255,26	146,71	13,40	13,91	27,42	81,91	14,62	9,34	234,19
1974	190,21	302,34	173,91	16,72	16,71	32,45	97,43	16,42	12,24	263,19
1975	210,01	373,59	209,14	23,13	19,36	38,25	113,05	17,69	14,89	294,61
1976	221,73	423,39	245,02	27,05	23,13	43,47	127,79	18,69	16,42	320,32
1977	234,96	467,28	277,71	29,49	28,99	47,85	138,74	18,90	18,24	347,78
1978	252,86	520,14	320,29	33,41	35,26	52,61	154,14	19,51	19,75	380,48
1979	273,34	561,06	363,46	38,87	43,89	57,17	165,96	20,52	21,49	420,98
1980	297,79	613,89	420,90	48,93	55,64	60,26	178,70	21,69	23,57	478,13
1981	318,16	669,94	491,78	55,38	73,30	62,75	195,24	23,55	25,59	534,89
1982	326,19	708,08	578,49	60,40	87,33	65,12	214,30	25,56	26,80	584,88
1983	336,53	732,05	644,66	65,73	103,82	66,79	227,16	27,36	27,93	631,38
1984	350,16	764,55	703,22	69,68	119,03	66,17	237,97	28,64	29,15	681,58
	in Preisen von 1980									
1960	137,53	242,13	208,06	31,31	27,98	34,06	91,12	10,10	8,07	276,62
1961	145,93	246,74	218,04	32,42	29,20	35,03	92,77	11,84	8,56	293,41
1962	159,72	267,96	228,33	33,41	30,34	36,19	94,96	12,82	9,28	309,05
1963	169,43	298,92	236,05	34,01	31,64	37,90	98,74	13,93	10,09	313,67
1964	172,51	311,47	245,86	34,56	32,98	38,56	103,61	14,31	10,69	321,57
1965	180,96	328,74	253,77	35,46	34,28	39,15	104,37	14,96	11,37	330,51
1966	186,71	344,29	260,65	36,41	35,64	39,83	109,21	15,25	12,02	364,08
1967	193,53	363,84	271,74	38,47	37,20	40,78	113,57	15,50	12,60	393,23
1968	194,43	376,50	286,98	38,62	39,13	41,68	117,14	16,09	13,32	405,22
1969	203,02	400,14	298,81	37,90	40,23	43,55	119,78	16,88	13,99	407,38
1970	211,92	412,53	311,31	38,53	41,26	46,18	123,73	17,69	14,79	402,30
1971	222,76	435,35	322,09	39,67	43,59	48,20	127,79	18,73	15,59	394,03
1972	232,13	460,99	330,65	41,35	45,91	48,58	133,05	19,27	16,46	403,78
1973	243,65	485,60	341,21	43,14	47,02	48,97	137,01	19,73	17,36	406,21
1974	253,39	502,16	345,13	43,94	48,34	50,05	144,83	20,07	17,89	419,57
1975	262,81	524,77	361,45	46,40	49,90	52,10	150,59	20,20	19,10	428,81
1976	266,78	544,10	383,92	46,97	50,99	54,24	157,00	20,75	19,99	437,14
1977	270,43	556,48	389,35	46,19	52,42	56,08	162,67	20,84	20,87	445,45
1978	280,81	590,09	406,12	47,24	53,63	58,26	168,90	21,26	21,96	454,76
1979	290,32	604,73	413,46	48,28	54,49	59,92	174,38	21,48	22,92	466,06
1980	297,79	613,89	420,90	48,93	55,64	60,26	178,70	21,69	23,57	478,13
1981	303,29	621,36	431,11	48,87	57,50	61,46	182,21	22,22	24,70	489,42
1982	300,74	613,87	441,64	49,29	58,89	61,86	186,35	22,41	25,18	503,21
1983	301,72	618,02	448,22	50,23	60,34	62,77	190,48	23,26	25,87	511,11
1984	308,84	617,47	449,56	50,71	61,97	61,75	192,13	23,66	26,47	528,93

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 205.

Quelle: OECD

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	73,58	107,74	59,49	4,23	5,24	10,72	40,66	9,27	4,68	90,28
1961	83,46	122,34	68,54	4,75	6,00	11,65	47,35	11,51	6,38	91,14
1962	92,88	134,78	77,14	4,90	6,86	12,36	49,57	13,44	7,15	98,94
1963	97,71	140,77	89,52	5,14	7,98	13,03	53,91	15,39	7,90	106,67
1964	111,70	170,48	102,87	6,12	8,08	16,45	59,92	17,45	9,41	114,78
1965	119,90	185,51	112,65	6,63	7,54	18,11	67,40	17,47	9,78	129,12
1966	124,17	204,33	124,04	7,06	7,97	20,58	74,76	17,91	11,56	139,65
1967	114,18	218,85	134,72	7,71	9,10	22,67	76,03	18,33	14,29	142,43
1968	119,39	219,67	143,45	8,51	10,28	25,63	78,86	19,20	17,57	157,57
1969	138,90	241,30	164,27	8,83	11,75	26,54	83,95	21,00	21,44	171,63
1970	172,05	286,18	183,04	9,74	13,43	31,36	97,18	24,96	26,04	174,02
1971	196,11	304,81	205,93	10,89	13,95	34,64	116,90	30,13	27,64	194,37
1972	209,17	329,75	232,05	11,94	14,84	36,40	144,91	34,64	31,52	221,04
1973	219,26	375,58	264,98	14,73	18,65	40,66	154,97	38,21	40,94	251,31
1974	212,71	467,37	310,90	17,50	24,78	43,85	175,72	38,89	46,70	261,69
1975	209,41	511,15	337,89	21,04	25,78	46,32	174,92	33,66	48,14	261,58
1976	225,65	568,73	390,67	24,50	31,40	48,97	188,71	29,23	51,95	292,61
1977	242,43	602,96	419,90	27,04	37,20	57,89	212,77	30,24	55,98	349,12
1978	265,96	647,53	458,88	31,06	41,49	63,30	215,26	32,49	62,15	418,07
1979	303,42	661,10	524,52	36,86	50,93	66,49	230,90	34,59	70,17	472,12
1980	335,80	728,20	606,37	41,59	67,02	70,79	254,08	40,50	75,82	481,46
1981	335,24	642,37	665,99	41,43	81,15	67,58	266,30	44,56	78,94	523,15
1982	326,89	671,31	742,18	45,39	89,56	67,16	261,94	45,30	79,99	503,64
1983	344,12	672,66	778,70	49,05	96,77	68,54	268,43	47,50	79,21	549,15
1984	354,58	705,95	808,48	55,32	109,71	72,74	280,85	49,80	82,92	649,59
					in Preisen von 1980					
1960	189,87	333,20	214,79	24,17	36,58	36,55	100,01	21,69	12,85	254,94
1961	202,52	374,39	238,13	26,53	40,81	38,75	112,60	25,10	16,42	258,93
1962	210,54	396,40	258,35	26,71	44,80	40,07	115,68	27,67	18,28	278,03
1963	213,46	396,99	281,06	27,08	48,42	40,52	119,67	29,69	20,18	298,50
1964	237,78	455,21	310,50	31,57	45,60	48,28	131,13	32,12	23,56	318,35
1965	248,89	473,98	332,20	33,22	41,77	50,85	137,92	31,32	24,31	351,13
1966	251,92	506,34	356,30	34,05	43,57	54,93	150,13	31,06	27,56	368,84
1967	234,54	521,05	377,79	37,03	48,69	59,58	150,24	31,11	32,43	363,96
1968	242,97	514,50	398,67	39,31	53,94	66,23	154,53	32,06	38,88	385,98
1969	266,84	541,94	435,21	39,10	58,12	64,74	162,12	33,97	46,09	395,14
1970	291,91	587,61	455,32	40,07	59,89	69,62	178,03	37,00	53,86	380,78
1971	309,61	576,44	487,70	40,83	57,96	70,68	202,59	40,65	56,10	401,20
1972	317,88	596,01	522,97	40,70	58,49	69,06	227,17	42,67	61,71	435,49
1973	316,81	637,87	555,03	43,35	63,01	71,95	227,97	43,91	69,52	467,23
1974	286,43	682,13	560,20	42,28	65,12	69,07	237,01	42,04	62,91	435,25
1975	271,27	669,39	542,22	41,54	56,82	66,06	225,28	36,33	62,15	386,58
1976	280,99	696,12	562,47	42,22	58,15	64,62	233,88	32,52	63,81	410,97
1977	291,05	696,42	557,98	41,44	57,94	70,92	245,99	33,04	66,34	454,29
1978	304,69	715,67	566,23	42,73	57,89	72,71	236,74	35,06	72,00	497,44
1979	326,72	696,19	587,44	43,86	61,26	71,46	245,28	36,85	75,80	512,79
1980	335,80	728,20	606,37	41,59	67,02	70,79	254,08	40,50	75,82	481,46
1981	319,69	609,22	599,70	37,70	67,45	63,42	248,68	41,47	78,21	486,61
1982	302,88	598,82	604,02	40,10	63,94	60,84	231,61	40,37	78,84	454,64
1983	312,44	575,17	590,38	41,95	61,48	61,09	229,53	42,09	78,72	491,37
1984	314,90	580,72	577,27	45,39	64,01	63,71	234,15	43,78	83,18	579,91

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 205. Quelle: OECD

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	57,49	213,90	44,44	5,42	3,26	21,18	39,51	10,96	1,71	25,78
1961	59,84	234,80	46,87	5,66	3,71	21,32	43,28	12,07	1,79	26,24
1962	62,66	261,20	48,25	5,81	4,13	22,62	47,71	13,22	2,07	27,55
1963	68,25	288,70	53,09	6,13	4,54	24,59	51,90	14,41	2,27	29,44
1964	75,86	329,20	59,09	6,48	5,24	28,04	56,21	15,94	2,80	33,16
1965	82,88	353,98	66,58	6,90	6,29	30,85	61,90	17,49	3,45	35,09
1966	93,54	395,30	72,41	7,44	7,01	32,69	67,26	19,21	4,03	38,72
1967	101,01	414,20	77,37	7,72	7,60	34,84	71,52	20,50	4,31	41,12
1968	113,89	465,50	84,28	9,37	8,68	39,08	78,80	23,17	5,35	45,31
1969	129,46	561,60	102,20	10,46	9,96	45,90	95,02	26,63	6,56	48,98
1970	143,00	654,50	127,89	11,94	11,18	54,30	116,75	29,71	7,93	56,39
1971	157,99	698,70	148,81	13,37	12,47	62,02	128,64	32,06	9,45	59,39
1972	172,57	789,10	169,14	14,04	14,18	69,40	146,44	35,77	9,78	66,91
1973	203,02	975,80	203,22	17,62	16,87	83,41	165,89	40,23	11,29	90,30
1974	262,48	1260,20	275,08	23,55	24,69	107,78	204,21	45,91	18,26	120,10
1975	254,70	1220,10	283,85	27,57	28,53	109,72	209,02	44,03	18,98	131,43
1976	289,70	1466,90	338,24	35,83	38,61	128,47	236,29	47,70	22,58	141,58
1977	306,64	1550,30	401,90	43,93	49,94	130,74	256,94	53,45	24,31	150,37
1978	321,25	1608,30	455,20	48,04	59,54	133,34	280,76	53,23	22,73	175,91
1979	351,06	1892,10	535,62	55,66	75,32	155,06	327,69	56,02	25,63	217,00
1980	391,85	2143,50	616,10	63,72	84,96	176,81	366,24	62,58	32,89	264,99
1981	445,68	2424,30	735,40	68,46	107,07	204,62	404,51	69,10	37,98	284,11
1982	479,03	2789,60	822,35	73,73	125,15	212,60	431,24	69,55	39,39	262,49
1983	486,60	3084,50	930,35	80,85	140,55	219,47	448,66	71,76	39,28	252,27
1984	542,08	3469,00	1088,37	92,51	164,35	249,07	482,37	80,38	45,30	272,74
					in Preisen von 1980					
1960	110,70	528,26	125,52	26,30	15,29	47,82	80,61	20,76	3,14	74,77
1961	114,91	576,67	131,94	27,11	17,54	48,94	85,17	22,42	3,36	75,24
1962	119,69	635,04	134,27	27,59	19,36	51,99	93,54	23,81	3,93	79,25
1963	129,18	687,36	143,75	28,84	20,61	55,10	100,21	25,05	4,21	84,58
1964	140,08	752,17	153,32	29,77	22,84	61,33	105,72	26,66	5,10	94,81
1965	149,26	797,86	170,97	31,11	27,40	65,97	113,27	28,66	6,25	97,06
1966	164,28	859,15	182,26	32,35	30,47	69,41	120,88	30,15	7,22	104,07
1967	177,05	895,85	195,55	32,84	32,65	74,01	127,92	31,19	7,63	108,55
1968	199,65	1005,18	213,96	36,79	37,18	83,47	138,73	34,30	9,39	117,00
1969	218,06	1159,20	247,62	40,08	41,55	95,94	163,15	38,88	11,23	122,68
1970	230,66	1277,70	287,54	42,06	43,97	107,32	190,06	41,54	13,12	134,37
1971	245,13	1335,70	319,20	45,00	47,04	118,75	202,24	43,15	15,23	135,63
1972	262,46	1483,40	360,44	45,19	52,03	130,57	222,76	45,90	15,87	148,37
1973	290,33	1693,40	403,10	50,39	53,75	146,37	234,88	49,51	16,80	177,27
1974	326,06	1757,00	444,86	53,83	58,30	150,16	260,04	50,02	20,78	193,12
1975	303,93	1612,60	438,39	52,33	60,52	145,45	253,80	46,73	20,95	190,62
1976	333,41	1832,70	484,70	56,87	68,04	159,82	281,87	51,08	24,49	198,13
1977	346,35	1868,30	528,20	60,37	73,85	156,99	294,76	56,04	27,36	202,20
1978	357,55	1916,20	562,85	61,38	81,35	162,17	312,35	58,13	27,09	221,25
1979	372,86	2067,20	601,82	63,83	89,04	174,18	346,18	59,56	27,99	240,61
1980	391,85	2143,50	616,10	63,72	84,96	176,81	366,24	62,58	32,89	264,99
1981	422,18	2213,90	647,83	62,57	88,44	179,54	380,04	65,49	37,56	262,08
1982	436,37	2253,50	635,14	63,41	89,54	179,51	387,49	63,54	37,93	239,02
1983	435,35	2321,20	661,96	64,85	92,65	185,99	399,56	64,15	40,54	226,53
1984	469,18	2428,60	710,96	69,19	98,44	198,92	413,47	68,05	47,89	237,13

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 205.

Quelle: OECD

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	49,85	218,80	38,18	5,77	3,31	20,39	40,76	11,06	1,64	22,19
1961	52,40	240,60	40,89	5,74	3,68	21,28	42,82	13,33	2,10	22,05
1962	58,08	262,40	44,83	5,85	4,25	22,45	45,09	14,89	2,03	24,20
1963	62,37	296,60	51,71	6,23	5,28	24,99	49,83	16,05	2,47	25,26
1964	69,38	333,20	60,04	7,05	5,13	29,39	56,19	17,80	2,86	27,21
1965	81,58	355,70	62,28	7,21	5,26	31,35	63,32	18,01	2,99	30,54
1966	85,29	403,40	71,04	7,48	6,11	33,80	71,09	19,16	3,43	35,96
1967	83,02	411,90	75,90	8,13	6,99	35,63	73,77	20,13	4,21	38,70
1968	94,57	462,70	84,74	9,70	7,45	39,12	79,58	21,98	4,76	45,24
1969	112,73	551,20	106,25	10,24	9,01	46,14	91,01	25,61	5,57	49,08
1970	129,27	623,70	123,91	11,48	10,84	56,41	113,07	31,25	6,99	54,32
1971	144,30	668,30	140,28	12,55	11,71	62,43	125,66	33,65	7,25	60,90
1972	156,03	735,30	159,79	14,10	13,50	65,15	143,71	36,82	7,65	72,58
1973	176,03	937,20	196,57	19,42	18,77	77,76	163,89	41,67	11,26	89,29
1974	219,56	1248,10	293,46	27,83	29,68	102,31	206,29	48,65	19,26	124,67
1975	227,15	1211,00	273,67	29,43	28,51	102,34	204,81	40,03	18,92	119,75
1976	265,07	1459,20	357,60	37,33	40,58	119,93	247,34	43,01	21,25	147,91
1977	278,87	1572,10	407,20	42,97	47,51	127,40	278,40	49,69	21,27	177,61
1978	290,05	1635,70	434,25	45,89	53,79	133,23	280,43	49,53	19,17	206,39
1979	344,04	1947,30	532,17	55,10	71,71	156,69	331,59	56,83	27,63	245,90
1980	401,08	2236,70	664,88	58,14	94,75	178,62	385,66	68,59	35,04	285,60
1981	434,60	2508,40	784,60	60,76	114,68	192,24	418,47	70,92	35,93	305,69
1982	440,74	2822,40	909,62	67,99	129,89	196,83	412,44	68,66	37,34	290,82
1983	452,32	3017,40	962,24	77,76	136,86	204,73	433,92	71,85	34,26	308,63
1984	500,03	3396,10	1076,89	92,39	166,24	228,86	485,57	81,08	36,86	380,36
					in Preisen von 1980					
1960	96,68	572,74	113,94	28,02	18,62	46,87	87,35	18,97	5,55	89,79
1961	104,15	613,96	121,84	27,84	21,18	49,87	89,77	22,75	7,06	89,99
1962	115,58	664,34	130,02	28,43	24,34	53,09	93,95	25,13	7,01	100,94
1963	121,26	721,81	148,33	29,55	29,82	58,30	102,93	26,34	8,27	103,88
1964	132,60	785,72	170,76	32,64	27,99	66,96	114,12	28,62	9,44	109,57
1965	151,53	837,35	174,60	32,86	28,55	71,06	126,16	28,64	10,10	121,70
1966	155,40	920,42	193,03	33,54	32,56	76,07	139,26	29,64	11,36	140,31
1967	153,45	935,00	209,03	36,02	36,95	80,89	142,41	30,84	14,13	150,17
1968	174,02	1044,51	235,99	38,69	39,12	91,43	152,71	33,41	15,66	173,34
1969	202,71	1206,27	282,06	39,72	46,67	104,35	166,48	37,73	17,65	183,55
1970	232,88	1298,50	299,74	41,57	54,14	119,67	194,71	42,96	21,51	190,61
1971	257,34	1345,60	327,09	43,79	55,53	126,99	206,95	45,64	22,78	202,79
1972	272,67	1474,80	379,32	47,75	61,62	133,97	232,09	48,96	25,12	225,21
1973	284,52	1747,80	436,84	53,42	67,94	147,71	254,26	52,14	31,23	235,74
1974	288,57	1825,30	459,38	53,94	68,78	146,46	271,81	51,63	32,66	228,38
1975	289,56	1660,60	429,24	50,15	62,10	140,51	259,18	43,71	29,41	200,25
1976	321,59	1881,70	516,41	52,23	71,24	154,73	304,32	49,41	31,18	240,57
1977	331,07	1966,70	531,30	52,71	71,21	159,20	328,74	53,98	32,41	261,32
1978	351,90	2023,70	559,75	54,65	77,00	169,21	324,38	59,88	34,25	290,26
1979	386,37	2212,50	621,71	60,41	87,42	179,41	362,53	63,98	38,35	295,05
1980	401,08	2236,70	664,88	58,14	94,75	178,62	385,66	68,59	35,04	285,60
1981	389,45	2204,80	675,49	56,14	89,90	168,16	379,77	67,72	35,64	302,95
1982	383,79	2195,80	717,04	58,96	91,41	169,97	367,14	65,95	35,80	307,71
1983	391,82	2193,50	712,55	62,60	91,56	175,59	388,04	68,87	34,83	341,90
1984	413,84	2298,80	729,15	68,35	100,44	185,99	417,97	73,75	39,17	434,09

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 205. Quelle: OECD

Tabelle 11*

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Salden der Handelsbilanz [1]					
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	− 0,73	+ 0,65	− 0,60	− 0,47	− 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	− 0,30	+ 0,33	− 0,71	− 0,59	− 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	− 1,64	− 0,02	− 0,58	− 0,47	− 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	− 1,70	+ 1,05	− 0,34	− 0,45	− 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	− 0,83	− 0,50	+ 0,54	− 0,42	− 0,34	− 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,75	+ 0,33	− 0,08	− 0,38	− 0,90	− 0,60	− 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,76	+ 0,67	+ 1,10	+ 0,46	+ 0,12	− 0,62	− 0,89	− 1,01	+ 7,79	− 2,26
1972	+ 8,37	+ 1,20	+ 1,27	− 1,87	+ 0,06	+ 0,44	− 1,17	− 1,05	+ 8,97	− 6,42
1973	+15,19	+ 1,41	+ 0,50	− 6,34	− 3,98	+ 1,00	− 1,50	− 1,40	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,21	+ 0,74	− 4,40	−12,52	− 8,49	+ 0,59	− 1,42	− 1,75	+ 1,44	− 5,51
1975	+17,59	+ 0,01	+ 1,45	− 7,38	− 1,17	+ 0,90	− 1,46	+ 0,43	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,54	− 0,21	− 4,67	− 7,06	− 4,24	+ 1,34	− 2,56	+ 0,80	+ 9,89	− 9,49
1977	+19,66	− 1,21	− 2,84	− 3,98	− 0,13	− 0,24	− 3,86	+ 0,25	+17,31	− 31,10
1978	+25,32	− 1,05	+ 0,75	− 2,96	+ 2,90	− 1,47	− 2,98	+ 0,72	+24,60	− 33,94
1979	+17,37	− 2,51	− 2,10	− 7,31	− 0,95	− 1,41	− 3,75	− 1,54	+ 1,85	− 27,54
1980	+10,10	− 3,71	−13,03	+ 3,16	−16,34	− 1,41	− 5,98	− 4,80	+ 2,13	− 25,49
1981	+17,78	− 2,94	−10,12	+ 6,75	−10,59	+ 3,81	− 4,16	− 2,60	+19,97	− 27,98
1982	+26,41	− 1,71	−15,54	+ 4,07	− 7,94	+ 4,59	− 3,09	− 1,32	+18,08	− 36,45
1983	+22,42	− 0,07	− 8,21	− 1,27	− 3,08	+ 4,26	− 3,36	− 2,23	+31,45	− 67,10
1984	+22,95	+ 0,19	− 4,11	− 5,84	− 6,14	+ 5,40	− 3,24	− 2,29	+44,26	−112,50
1985	+28,90	+ 1,10	− 5,40	− 2,70	− 7,00	+ 5,30	− 2,50	− 1,90	+56,00	−124,40
					Salden der Leistungsbilanz					
1965	− 1,56	+ 0,40	+ 0,35	− 0,08	+ 2,21	+ 0,05	− 0,04	− 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	− 0,26	+ 0,36	+ 2,12	− 0,21	− 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	− 0,74	+ 1,60	− 0,08	− 0,12	+ 0,24	− 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	− 0,86	− 0,58	+ 2,63	+ 0,07	− 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	− 1,48	+ 1,21	+ 2,34	+ 0,06	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 2,02	+ 0,77	− 0,49	− 0,07	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,80	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,75	+ 1,58	− 0,12	− 0,08	+ 0,08	+ 5,80	− 1,43
1972	+ 0,86	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,48	+ 2,04	+ 1,35	− 0,15	+ 0,22	+ 6,62	− 5,80
1973	+ 4,62	+ 1,33	+ 1,47	− 2,64	− 2,53	+ 2,42	− 0,27	+ 0,28	− 0,14	+ 7,15
1974	+10,28	+ 0,76	− 3,91	− 7,94	− 8,02	+ 2,22	− 0,47	+ 0,17	− 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,07	+ 0,16	+ 2,67	− 3,50	− 0,58	+ 1,99	− 0,19	+ 2,59	− 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,91	+ 0,39	− 3,42	− 1,64	− 2,82	+ 2,71	− 1,05	+ 3,50	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,08	− 0,56	− 0,43	− 0,22	+ 2,47	+ 0,61	− 2,14	+ 3,44	+10,92	− 14,51
1978	+ 8,96	− 0,84	+ 7,00	+ 1,86	+ 6,20	− 1,47	− 0,63	+ 4,40	+16,53	− 15,44
1979	− 6,02	− 3,05	+ 5,19	− 1,56	+ 5,48	− 2,05	− 1,05	+ 2,44	− 8,75	− 1,00
1980	−15,67	− 4,94	− 4,17	+ 7,21	− 9,68	− 2,94	− 1,65	− 0,54	−10,75	+ 1,87
1981	− 5,20	− 4,19	− 4,74	+12,51	− 8,12	+ 2,79	− 1,34	+ 2,76	+ 4,77	+ 6,33
1982	+ 4,07	− 2,41	−12,06	+ 7,04	− 5,48	+ 3,63	+ 0,71	+ 3,96	+ 6,85	− 8,05
1983	+ 4,14	− 0,37	− 4,40	+ 4,80	+ 0,78	+ 3,74	+ 0,22	+ 3,85	+20,80	− 46,60
1984	+ 6,99	− 0,04	− 0,75	+ 2,10	− 2,95	+ 5,00	− 0,20	+ 3,80	+35,00	−106,50
1985	+13,10	+ 0,80	− 0,20	+ 4,60	− 4,20	+ 5,20	+ 0,00	+ 4,50	+49,20	−117,70

[1]) Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Wechselkurse

Europäische Währungseinheit (ECU) und Kaufkraftstandard (KKS)[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					1 ECU =					
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1006,79	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1138,44	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1189,21	2,760	18,014	2,333	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1263,18	2,775	17,782	2,193	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1323,78	2,614	16,713	1,989	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1349,92	2,537	15,991	1,869	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1381,38	2,523	15,788	1,854	187,10	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1447,99	2,511	15,788	1,880	182,03	0,763
					1 KKS =					
1960	4,40	58,7	6,16	0,389	551	3,26			.	1,55
1961	4,51	57,3	6,13	0,387	545	3,22			.	1,50
1962	4,50	55,9	6,16	0,385	553	3,19			.	1,47
1963	4,43	55,1	6,27	0,376	574	3,20			.	1,43
1964	4,37	55,2	6,26	0,373	586	3,33			.	1,39
1965	4,30	55,9	6,19	0,377	588	3,40			300	1,37
1966	4,34	56,1	6,13	0,380	578	3,47			331	1,36
1967	4,28	56,3	6,16	0,381	579	3,52			338	1,36
1968	4,23	56,1	6,23	0,385	571	3,55			343	1,39
1969	4,19	55,9	6,31	0,386	565	3,60			334	1,39
1970	4,18	54,5	6,27	0,388	568	3,59			323	1,37
1971	4,20	53,5	6,16	0,395	566	3,61			317	1,35
1972	4,15	53,5	6,13	0,401	563	3,70			314	1,32
1973	4,07	52,8	6,10	0,397	580	3,72			327	1,28
1974	3,88	52,9	6,04	0,406	612	3,62			352	1,25
1975	3,58	51,6	5,96	0,449	626	3,47			330	1,18
1976	3,35	50,1	5,92	0,466	667	3,41			319	1,13
1977	3,14	48,8	5,86	0,480	719	3,29			306	1,08
1978	3,01	46,7	5,86	0,491	752	3,19			294	1,07
1979	2,85	44,4	5,88	0,511	791	3,01			276	1,05
1980	2,65	40,9	5,85	0,543	847	2,82			254	1,02
1981	2,49	38,8	5,92	0,549	907	2,69			237	1,01
1982	2,36	37,7	6,05	0,536	970	2,59			219	0,98
1983	2,26	37,3	6,15	0,523	1036	2,45			205	0,95
1984	2,18	37,1	6,24	0,516	1084	2,37			196	0,93

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1984, Heft 1986.

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[1])	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[2])	Mailand/Rom[3])
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir £	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1 000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1981 1. Vj.	91,398	6,176	3,698	32,262	3,751	4,817	2,485	2,084
2. Vj.	90,023	6,122	3,655	31,794	3,765	4,730	2,498	2,009
3. Vj.	90,038	6,114	3,649	31,868	3,717	4,470	2,484	2,002
4. Vj.	90,999	5,951	3,553	31,024	3,480	4,229	2,339	1,877
1982 1. Vj.	91,117	5,671	3,520	30,190	3,425	4,332	2,320	1,859
2. Vj.	90,211	5,286	3,457	29,322	3,242	4,232	2,244	1,802
3. Vj.	90,907	5,220	3,435	28,683	2,897	4,280	2,213	1,781
4. Vj.	91,347	5,135	3,377	28,433	2,753	4,129	2,090	1,743
1983 1. Vj.	90,437	5,088	3,300	28,216	2,581	3,690	1,854	1,721
2. Vj.	88,993	5,012	3,158	28,037	2,464	3,866	1,789	1,683
3. Vj.	89,403	4,980	3,149	27,808	2,172	3,990	1,759	1,680
4. Vj.	89,162	4,916	3,107	27,663	2,098	3,934	1,733	1,648
1984 1. Vj.	88,733	4,891	3,081	27,441	2,020	3,876	1,750	1,625
2. Vj.	88,755	4,905	3,064	27,261	1,963	3,783	1,772	1,617
3. Vj.	88,653	4,948	3,083	27,462	1,917	3,786	1,767	1,623
4. Vj.	88,651	4,959	3,105	27,755	1,866	3,713	1,791	1,616
1985 1. Vj.	88,435	4,983	3,115	27,972	1,822	3,630	1,809	1,611
2. Vj.	88,576	4,967	3,131	27,840	1,765	3,878	1,773	1,568
3. Vj.	88,878	4,951	3,118	27,672	1,686	3,917	1,706	1,5054
4. Vj.	88,758	4,927	3,089	27,584	1,595	3,711	1,625	1,4757
1986 1. Vj.	88,613	4,888	3,031	27,155	1,534	3,379	1,592	1,4684
2. Vj.	88,778	4,900	3,038	27,043	1,499	3,386	1,572	1,4585
3. Vj.	88,677	4,838	2,840	26,584	1,419	3,107	1,542	1,4524

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan $	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,7487	2,0866	39,016	42,945	45,827	1,0162	14,125	110,038	1981 1. Vj.
1,8995	2,2758	40,070	42,011	46,673	1,0358	14,144	111,842	2. Vj.
2,0091	2,4327	39,998	41,881	45,951	1,0500	14,231	116,048	3. Vj.
1,8841	2,2448	38,476	39,736	40,654	1,0013	14,260	122,879	4. Vj.
1,9416	2,3459	39,424	39,143	40,897	1,0051	14,255	125,203	1982 1. Vj.
1,9131	2,3780	39,145	37,910	40,277	0,9759	14,204	119,326	2. Vj.
1,9854	2,4812	37,421	35,734	40,312	0,9596	14,218	117,456	3. Vj.
2,0323	2,5012	35,010	35,365	34,153	0,9669	14,231	116,955	4. Vj.
1,9623	2,4075	33,868	34,974	32,499	1,0225	14,230	119,530	1983 1. Vj.
2,0192	2,4848	34,658	33,282	32,965	1,0465	14,203	119,727	2. Vj.
2,1447	2,6429	35,702	33,201	33,855	1,0904	14,223	123,066	3. Vj.
2,1624	2,6776	35,698	32,796	33,821	1,1443	14,204	124,038	4. Vj.
2,1541	2,7025	35,146	32,547	33,898	1,1703	14,190	123,004	1984 1. Vj.
2,0970	2,7095	35,013	32,533	33,849	1,1799	14,227	120,696	2. Vj.
2,2231	2,9189	34,877	32,582	34,710	1,1991	14,241	119,566	3. Vj.
2,3165	3,0529	34,535	32,615	35,072	1,2417	14,232	121,432	4. Vj.
2,4076	3,2563	34,775	32,705	35,123	1,2644	14,235	118,258	1985 1. Vj.
2,2549	3,0867	34,723	32,786	34,534	1,2316	14,227	119,127	2. Vj.
2,0954	2,8490	34,158	32,797	33,926	1,1947	14,231	121,379	3. Vj.
1,8742	2,5839	33,190	32,765	33,066	1,2474	14,227	121,106	4. Vj.
1,6708	2,3472	32,043	32,563	31,670	1,2511	14,232	118,773	1986 1. Vj.
1,6238	2,2464	30,411	31,441	31,211	1,3228	14,233	120,404	2. Vj.
1,5060	2,0856	28,234	30,763	29,929	1,3386	14,217	123,667	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Verbraucherpreise					
1960	47,2	36,5	26,8	18,6	18,6	32,4	38,2	44,4	24,2	35,9
1961	48,2	36,9	27,5	19,3	19,0	33,0	39,6	45,2	25,5	36,3
1962	49,7	37,4	28,9	20,1	19,9	33,7	41,3	47,1	27,2	36,7
1963	51,2	38,2	30,4	20,5	21,4	34,8	42,5	48,8	29,3	37,2
1964	52,4	39,8	31,3	21,2	22,6	36,8	44,1	50,3	30,4	37,6
1965	54,1	41,4	32,2	22,2	23,7	39,0	46,3	52,0	32,5	38,2
1966	56,0	43,1	33,0	23,0	24,2	41,3	47,3	54,4	34,1	39,4
1967	56,9	44,4	33,9	23,6	25,1	42,7	49,2	56,7	35,4	40,5
1968	57,8	45,6	35,5	24,7	25,5	44,3	50,5	58,0	37,3	42,2
1969	58,9	47,3	37,6	26,1	26,1	47,5	52,1	59,4	39,3	44,5
1970	61,0	49,1	39,9	27,7	27,4	49,3	54,4	61,6	42,3	47,1
1971	64,1	51,3	42,1	30,3	28,7	53,0	56,9	65,6	44,9	49,1
1972	67,7	54,1	44,7	32,5	30,4	57,2	60,5	70,0	46,9	50,8
1973	72,4	57,8	47,9	35,5	33,7	61,7	65,1	76,1	52,4	53,9
1974	77,4	65,2	54,5	41,1	40,1	67,6	71,3	83,5	65,2	59,8
1975	82,0	73,5	60,9	51,1	46,9	74,7	77,3	89,2	72,9	65,3
1976	85,6	80,2	66,8	59,6	54,8	81,3	83,0	90,7	79,7	69,1
1977	88,7	85,9	73,0	69,0	64,1	86,5	87,6	91,8	86,1	73,6
1978	91,1	89,8	79,7	74,7	71,9	90,1	90,7	92,8	89,4	79,2
1979	94,9	93,8	88,2	84,8	82,5	93,9	94,0	96,1	92,6	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,6	113,4	111,9	117,8	106,7	106,8	106,5	104,9	110,4
1982	111,9	117,0	126,8	121,5	137,2	113,0	112,6	112,5	107,7	117,1
1983	115,6	126,0	139,0	127,1	157,3	116,2	116,3	115,9	109,6	120,9
1984	118,4	134,0	149,3	133,4	174,3	120,0	122,9	119,3	112,1	126,1
1985	121,0	140,5	157,9	141,5	190,3	122,7	126,9	123,4	114,4	130,5
1986 1.Hj.	121,1	142,1	160,9	145,3	199,8	123,2	128,8	124,5	115,2	132,5
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[1])					
1960	53,4	49,4	34,7	20,7	18,5	45,9	45,8	59,6	42,6	35,3
1961	54,1	49,3	35,7	21,2	18,6	45,9	46,8	59,7	43,0	35,2
1962	54,6	49,8	36,0	21,7	19,1	45,9	49,3	61,7	42,3	35,3
1963	54,9	51,0	36,9	21,9	20,1	47,0	48,5	64,1	43,1	35,2
1964	55,5	53,4	38,3	22,6	20,8	49,9	51,1	65,0	43,1	35,2
1965	56,9	54,0	38,6	23,4	21,1	51,6	52,4	65,4	43,5	35,9
1966	57,8	55,1	39,6	24,1	21,5	54,4	53,4	66,6	44,5	37,1
1967	57,3	54,6	39,3	24,4	21,4	54,4	54,7	66,8	45,3	37,2
1968	56,9	54,7	38,6	25,3	21,5	55,5	55,2	66,8	45,7	38,1
1969	57,9	57,4	42,8	26,3	22,3	54,4	56,6	68,8	46,7	39,6
1970	60,8	60,2	46,0	28,0	24,0	56,6	59,2	71,6	48,4	41,1
1971	63,4	59,8	46,9	30,6	24,8	59,3	62,3	73,2	48,0	42,4
1972	65,1	62,2	49,1	32,2	25,8	62,3	64,7	75,8	48,4	44,3
1973	69,4	69,9	56,3	34,5	30,2	66,6	65,6	83,9	56,0	50,1
1974	78,7	81,7	72,7	42,6	42,5	73,0	75,5	97,5	73,7	59,5
1975	82,3	82,6	68,6	52,4	46,1	77,9	80,3	95,2	75,9	65,0
1976	85,4	88,5	73,6	60,9	57,1	84,0	85,0	94,6	79,7	68,1
1977	87,7	90,7	77,7	72,0	66,5	88,9	87,5	94,9	81,2	72,2
1978	88,7	88,9	81,1	79,1	72,1	90,0	88,4	91,6	79,1	77,9
1979	93,0	94,5	91,9	87,7	83,3	92,5	92,1	95,1	84,9	87,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	108,2	111,0	109,6	116,6	109,2	108,0	105,8	101,4	109,1
1982	114,1	116,5	123,3	118,0	132,8	116,4	111,5	108,5	103,2	111,3
1983	115,8	122,6	136,9	124,4	145,7	118,5	112,2	109,0	100,9	112,7
1984	119,2	131,7	155,1	132,1	160,8	123,5	116,4	112,6	100,7	115,4
1985	121,8	131,7	161,3	139,4	172,6	125,3	119,4	115,1	99,5	114,9
1986 1. Hj.	119,7	124,8	...	144,6	172,2	...	115,7	112,0	92,8	112,2

[1]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[2])									
1970	60,5	53	41,7	25,8	22,4	51	66,1	69	59,5	38,2
1971	62,9	52	44,1	27,3	23,6	52	68,4	72	60,7	39,4
1972	64,8	53	44,5	28,9	24,3	53	69,5	75	59,9	40,7
1973	68,0	57	49,0	32,6	28,8	56	73,4	77	63,6	47,4
1974	79,3	72	61,8	41,5	40,8	72	85,5	88	85,4	60,5
1975	85,8	75	65,2	50,9	45,3	76	88,7	90	87,4	67,6
1976	83,8	78	71,2	60,9	55,3	80	88,7	89	86,9	69,9
1977	85,9	79	78,2	72,1	65,9	83	91,5	91	87,1	72,4
1978	86,7	80	82,2	79,0	70,7	81	91,5	88	82,2	77,4
1979	91,3	90	90,2	87,5	82,8	88	95,2	90	89,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	109	113,0	108,8	122,3	116	106,1	103	103,0	109,2
1982	110,9	124	129,0	116,6	141,7	121	110,9	106	108,4	110,4
1983	112,4	132	142,5	125,7	149,8	120	110,6	108	101,1	111,6
1984	116,3	142	158,7	136,0	164,1	129	114,5	109	100,7	113,1
1985	120,8	145	166,3	143,4	177,4	132	116,5	112	100,7	112,2
1986 1. Hj.	117,8	136	...	136,8	...	119	114,0	112	89,5	112,9
	Durchschnittswerte der Einfuhr[2])									
1970	51,7	48	38,0	25,6	16,6	46	60,2	69	34,8	25,7
1971	52,4	49	39,3	26,8	17,5	48	62,9	70	35,4	27,0
1972	52,7	49	39,7	28,0	18,0	48	63,1	71	32,5	28,9
1973	56,5	52	42,6	35,6	23,4	52	65,5	76	35,9	34,4
1974	72,6	69	62,6	51,6	40,2	70	78,0	91	62,8	50,9
1975	74,7	71	61,5	58,6	42,4	73	80,9	87	67,9	55,5
1976	76,4	76	67,9	71,6	53,5	77	82,7	83	69,5	57,2
1977	79,1	77	75,8	82,7	62,0	79	85,8	88	67,4	62,0
1978	76,8	79	76,6	85,0	65,1	78	85,7	78	55,3	66,9
1979	85,5	86	84,4	90,7	77,6	87	90,4	83	72,0	79,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,8	115	118,5	107,7	136,6	116	110,5	97	100,5	105,5
1982	114,5	131	132,9	116,8	148,3	118	110,8	96	104,9	103,8
1983	114,1	141	143,2	126,4	153,2	119	109,5	97	95,2	99,5
1984	120,8	152	157,8	138,0	170,5	126	113,7	101	92,6	101,3
1985	123,9	152	161,1	143,1	183,2	127	118,0	104	89,3	98,8
1986 1. Hj.	108,2	134	...	132,8	...	111	110,6	98	62,0	96,0
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3])									
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	37,3	56,0	29,2	46,1
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,6	44	42,4	61,4	33,5	49,1
1972	56,3	38,8	33,0	29,6	20,3	49	47,3	66,7	38,8	52,6
1973	62,2	45,1	37,8	33,6	24,9	56	53,3	72,7	46,0	56,3
1974	68,5	54,4	45,2	39,5	30,0	65	61,7	80,2	57,6	60,7
1975	73,9	65,5	53,0	50,0	38,4	74	70,0	86,0	67,9	66,4
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,4	81	76,3	87,4	76,4	71,7
1977	84,2	79,4	68,1	63,7	59,2	87	82,9	89,2	83,5	78,0
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	87,6	91,8	89,4	84,9
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,7	94,6	94,6	92,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,5	110,1	114,5	113,4	123,9	103	106,1	102,4	105,1	109,9
1982	110,5	116,9	131,9	126,3	145,7	110	112,7	109,0	110,6	116,9
1983	114,1	122,0	146,7	137,1	167,9	113	117,8	93,2	115,0	121,4
1984	116,8	128,0	158,0	144,9	186,7	115	123,7	95,8	119,8	126,4
1985	121,3	132,6	167,1	161,1	207,5	120	131,2	103,0	124,6	131,1
1986 1. Hj.	123,7	136,1	171,8	...	215,0	121	128,8	...	128,5	133,5
	Anteil am Warenhandel[4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1980 bis 1985	×	*7,0*	*12,0*	*7,5*	*7,8*	*10,4*	*4,1*	*4,5*	*2,5*	*7,7*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Frankreich: Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1955	35	42,8	33	59,2	23,2	28	30	.	8,8	39,6
1956	38	45,6	35	59,7	24,8	31	31	.	10,8	41,4
1957	40	48,4	38	60,8	26,8	32	34	.	12,8	41,9
1958	42	44,1	40	60,2	27,6	32	34	.	12,5	39,2
1959	45	45,9	41	63,3	30,8	35	36	49	15,0	43,9
1960	50	49,4	45	67,6	35,2	39	39	54	18,7	44,9
1961	53	52,3	47	68,5	39,3	40	41	58	22,4	45,2
1962	56	55,2	49	69,1	43,1	42	42	61	24,3	49,0
1963	57	59,4	52	71,1	47,1	44	44	64	27,0	51,9
1964	62	63,5	59	77,2	47,6	53	47	66	31,3	55,4
1965	65	64,7	57	79,5	49,8	55	49	70	32,5	60,9
1966	66	66,1	60	80,8	55,5	57	52	73	36,8	66,2
1967	64	67,1	61	81,7	60,1	59	52	75	43,9	67,7
1968	70	70,8	64	86,9	63,9	64	56	78	50,7	71,4
1969	79	77,7	70	89,8	66,4	67	63	85	58,8	74,8
1970	84	80,4	74	90,3	70,7	73	68	92	66,9	72,3
1971	85	82,5	79	89,8	70,6	78	72	94	68,6	73,3
1972	88	87,5	83	91,4	73,7	81	78	96	73,6	80,4
1973	93	93,0	89	99,6	80,8	88	81	101	84,6	86,9
1974	91	96,5	91	97,6	84,5	92	85	103	81,2	85,6
1975	85	87,2	85	92,3	76,7	91	80	88	72,3	78,1
1976	91	94,9	92	95,3	86,2	97	85	89	80,4	85,3
1977	93	94,8	93	100,3	85,5	97	89	93	83,7	92,1
1978	95	96,7	96	103,3	88,8	97	91	94	89,0	98,0
1979	100	101,3	99	107,2	94,7	101	97	95	95,5	101,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98	97,4	99	96,6	98,5	98	99	99	101,0	102,2
1982	95	97,5	97	98,4	95,4	94	98	94	101,3	94,9
1983	95	99,3	98	101,9	92,3	96	98	94	104,9	100,5
1984	98	102,0	99	103,2	95,2	101	104	98	116,5	112,1
1985	103	103,4	99	107,9	96,5	104	109	102	121,9	114,6
1984 1. Vj.	99	102,7	100	104,3	93,1	101	102	98	112,4	109,8
2. Vj.	94	101,1	98	102,2	95,6	102	103	97	115,5	111,5
3. Vj.	100	101,7	100	102,7	96,9	102	105	99	117,4	113,0
4. Vj.	101	103,2	99	103,6	96,0	100	106	99	120,6	112,8
1985 1. Vj.	100	104,2	99	106,6	96,1	107	108	100	119,8	113,3
2. Vj.	102	104,6	98	108,5	97,2	104	108	102	123,0	113,7
3. Vj.	104	97,6	100	108,4	95,9	102	110	102	122,9	114,2
4. Vj.	105	109,0	100	108,4	96,8	104	109	104	122,0	114,8
1986 1. Vj.	104	...	98	109,3	98,8	106	111	...	121,8	115,1
2. Vj.	105	...	100	108,5	...	102	110	...	122,1	114,5

[1] Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.
[2] Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 16*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern

Petajoule[1])

Land	Insgesamt[2])		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984
Bundesrepublik Deutschland[3])	4 865	4 463	3 743	3 415	190	173	673	570	259	305
Belgien/Luxemburg	215	272	164	169	–	–	1	1	49	101
Dänemark	32	108	0	0	32	99	–	9	0	0
Frankreich	1 646	1 829	647	578	105	117	277	247	617	887
Griechenland	166	251	146	181	8	56	0	4	12	10
Großbritannien	8 452	8 302	3 108	1 221	3 817	5 379	1 374	1 493	153	209
Irland	107	142	51	52	–	–	52	88	3	2
Italien	789	822	14	12	67	101	533	521	174	188
Niederlande	3 336	2 861	0	0	347	578	2 975	2 270	13	14
Portugal	22	34	3	5	–	–	–	–	18	29
Spanien	670	783	503	552	52	99	0	0	114	132
EG-Länder[3])	20 300	19 867	8 379	6 185	4 618	6 602	5 885	5 203	1 412	1 877
Ägypten	1 382	1 930	–	–	1 271	1 784	74	108	37	38
Algerien	2 510	2 930	0	0	2 003	1 982	505	947	1	1
Argentinien	1 536	1 675	12	13	1 120	1 096	340	478	63	88
Australien	3 652	4 277	2 330	2 786	855	954	414	489	53	49
Brasilien	1 091	1 838	117	152	465	1 009	37	81	471	596
Indien	3 928	5 123	3 043	3 592	637	1 194	59	125	190	211
Indonesien	4 028	3 900	10	32	3 360	2 920	652	940	6	8
Irak	1 903	2 515	–	–	1 887	2 502	13	11	2	2
Iran	3 388	5 055	21	25	3 098	4 680	247	327	22	23
Japan	1 224	1 271	468	434	17	18	92	92	647	727
Kanada	7 998	9 099	969	1 396	3 176	3 510	2 748	2 969	1 105	1 223
Katar	1 073	1 004	–	–	879	839	194	165	–	–
Kuwait	2 750	2 833	–	–	2 516	2 619	234	215	–	–
Libyen	2 669	2 493	–	–	2 564	2 313	105	180	–	–
Mexiko	6 800	7 746	169	163	5 505	6 513	1 033	977	92	92
Nigeria	3 234	3 103	3	1	3 022	2 874	200	220	8	8
Norwegen	2 403	3 054	12	13	999	1 493	1 058	1 166	334	381
Österreich	265	245	40	38	58	51	58	51	109	104
Saudi-Arabien	21 547	10 324	–	–	21 507	10 274	40	50	–	–
Schweden	352	430	1	0	0	1	–	–	351	429
Schweiz	179	170	–	–	–	–	–	–	179	170
Sowjetunion	57 793	62 469	14 722	14 601	25 989	26 156	16 165	20 469	918	1 243
Venezuela	5 553	4 944	1	1	4 851	4 134	647	737	54	71
Vereinigte Staaten	59 557	60 200	18 202	19 589	20 350	21 056	19 057	17 181	1 949	2 375
Welt	265 610	274 267	77 240	82 741	124 554	121 866	54 471	58 294	9 345	11 366

[1]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[2]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: UN

Tabelle 17*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1984

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	74,9	0,47	4,8	43,0	38,7	14,3	0,0	4,0	– 50,2	16,6
Belgien	41,5	0,35	4,2	25,1	41,2	18,1	14,9	0,7	76,1	109,4
Dänemark	17,2	0,24	3,4	36,0	61,0	0,6	0,0	0,0	85,5	80,0
Bundesrepublik Deutschland	263,5	0,31	4,3	32,4	42,4	15,7	7,9	1,6	48,9	95,1
Frankreich	191,3	0,28	3,5	13,6	44,7	12,5	22,3	7,9	60,4	99,3
Griechenland	17,5	0,43	1,8	32,6	62,3	0,6	0,0	3,4	64,6	90,8
Großbritannien	191,8	0,34	3,4	24,1	45,9	23,0	6,3	0,7	– 11,7	– 45,1
Irland	8,6	0,41	2,5	25,6	48,8	22,1	0,0	2,3	60,5	100,0
Italien	136,0	0,34	2,4	11,3	58,5	19,9	1,1	7,9	83,7	103,4
Japan	377,2	0,31	3,1	18,5	59,0	8,8	8,7	5,1	84,4	102,1
Kanada	224,0	0,80	8,9	15,2	31,1	21,4	5,2	28,5	– 17,0	– 18,1
Luxemburg	3,2	0,65	8,6	46,9	31,3	9,4	0,0	3,1	93,8	100,0
Neuseeland	12,7	0,47	3,8	12,6	29,9	19,7	0,0	37,8	23,6	86,8
Niederlande	61,0	0,36	4,2	10,8	35,9	51,5	1,3	0,0	7,2	117,8
Norwegen	26,5	0,42	6,5	6,8	31,3	4,2	0,0	60,4	–188,7	–326,5
Österreich	26,8	0,33	3,5	22,4	37,3	16,4	0,0	24,6	59,3	87,0
Portugal	12,7	0,50	1,3	10,2	71,7	0,0	0,0	17,3	81,1	108,8
Schweden	51,3	0,39	6,2	14,4	33,1	0,0	22,2	29,8	33,5	85,3
Schweiz	25,3	0,24	3,9	4,7	48,2	4,7	16,2	27,7	54,2	100,8
Spanien	73,2	0,33	1,9	25,3	54,6	2,6	7,1	10,2	62,0	97,0
Türkei	37,9	0,55	0,8	46,4	44,9	0,0	0,0	7,9	43,8	88,8
Vereinigte Staaten	1 800,1	0,62	7,6	27,7	39,7	23,9	4,3	4,1	12,3	34,7
Insgesamt[5]	3 674,2	0,45	4,6	24,4	43,1	19,3	6,2	7,0	25,6	53,3

[1] Preis- und Wechselkursbasis 1980.
[2] Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3] Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4] Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5] Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

Tabelle 18*

Wirtschaftszahlen der neuen EG-Mitgliedsländer

Griechenland

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])
	in jeweiligen Preisen						in Preisen von 1980					
	Mrd Dr											
1960	105,17	84,43	12,31	20,01	9,60	17,56	518,10	371,02	83,28	129,95	43,80	87,17
1961	118,64	91,16	13,39	21,63	11,01	19,45	575,87	396,27	86,95	140,46	50,16	98,24
1962	126,01	96,25	14,60	25,31	12,25	21,27	584,70	413,15	92,75	152,29	55,16	108,18
1963	140,71	104,51	15,84	27,07	14,11	25,28	643,96	434,02	96,62	160,63	58,83	124,82
1964	158,00	116,23	18,41	33,24	14,47	30,02	697,14	472,14	105,64	193,87	59,80	143,86
1965	179,77	130,84	21,08	38,78	16,12	36,48	762,62	508,33	115,11	218,67	67,37	174,32
1966	199,99	144,52	23,62	43,32	22,52	37,50	809,14	542,67	122,32	225,65	90,56	173,50
1967	216,10	156,51	28,13	43,87	23,03	38,98	853,49	576,54	132,68	222,09	95,15	185,88
1968	234,51	168,50	30,23	54,38	22,49	43,10	910,37	616,11	134,46	269,51	94,19	205,11
1969	266,46	184,32	33,87	65,59	25,90	49,79	1000,49	654,19	144,77	319,74	107,93	236,87
1970	298,92	206,81	37,74	70,66	29,99	55,00	1080,08	711,74	153,32	315,33	121,27	251,47
1971	330,30	224,54	41,36	83,30	34,11	60,91	1156,97	751,30	160,89	359,48	135,65	270,69
1972	377,73	248,12	45,94	104,83	44,30	75,72	1259,71	803,76	170,01	414,90	166,70	312,42
1973	484,15	307,11	55,44	135,68	68,90	122,10	1351,95	865,08	181,57	446,65	205,63	413,15
1974	564,21	381,95	78,07	125,48	90,76	144,70	1302,77	870,87	203,50	332,45	205,87	345,83
1975	672,16	454,01	102,01	139,95	113,35	180,56	1381,59	918,47	227,79	333,16	227,77	367,62
1976	824,93	542,43	124,33	175,00	145,13	213,07	1469,45	967,28	239,48	355,88	265,08	390,22
1977	963,73	634,85	153,84	221,42	162,33	243,29	1519,83	1011,54	255,11	383,54	269,78	421,34
1978	1161,39	756,83	185,15	278,00	204,36	286,07	1621,62	1069,06	264,05	406,52	314,01	451,46
1979	1428,76	904,95	233,53	369,19	249,56	360,85	1681,47	1097,20	279,48	442,32	334,90	483,82
1980	1710,93	1094,39	280,05	413,69	356,84	451,82	1710,93	1094,39	280,05	413,69	356,84	451,82
1981	2046,83	1362,30	368,55	456,35	414,46	538,40	1705,53	1104,44	299,14	382,65	342,37	467,03
1982	2547,85	1694,75	469,65	513,50	461,85	713,45	1702,48	1133,27	304,71	375,29	311,58	490,63
1983	3065,77	2023,35	574,22	622,10	585,99	894,10	1708,11	1141,19	311,17	368,15	342,56	504,30
1984	3772,29	2413,90	715,80	703,05	792,64	1104,22	1752,99	1153,58	323,35	350,97	382,15	504,03

Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige	Beschäftigte Arbeitnehmer	Registrierte Arbeitslose	Verbraucherpreise	Großhandelspreise	Durchschnittswerte der Ausfuhr	Durchschnittswerte der Einfuhr	Verdienste[2])	Industrieproduktion[3])	Wechselkurs 1 ECU = ... Dr[4])
	1 000				1980 = 100						
1960	8327	3386	.	220	21,5	18,8	22,6	19,0	.	22,4	31,69
1961	8398	3424	.	215	21,9	19,1	22,7	18,7	7,4	23,5	32,02
1962	8448	3367	.	180	21,8	19,0	23,1	18,5	7,8	24,7	32,09
1963	8480	3320	.	174	22,4	19,9	26,5	18,5	8,2	27,6	32,09
1964	8510	3278	.	160	22,6	20,5	26,2	19,1	9,1	30,5	32,09
1965	8551	3255	1192	165	23,3	20,9	25,6	19,3	9,9	33,0	32,09
1966	8614	3225	1215	170	24,5	21,5	26,3	19,6	11,1	37,8	32,09
1967	8716	3186	1238	182	24,9	21,7	25,8	19,4	12,4	38,8	31,94
1968	8741	3149	1261	186	25,0	21,7	25,2	19,6	13,3	41,6	30,87
1969	8773	3138	1284	174	25,6	22,5	25,4	19,6	14,7	46,3	30,67
1970	8793	3134	1307	136	26,3	23,4	26,1	20,4	15,6	51,3	30,67
1971	8831	3143	1331	102	27,1	24,4	26,0	21,1	16,9	56,4	31,43
1972	8889	3159	1368	68	28,3	26,0	27,2	23,0	18,5	65,1	33,65
1973	8929	3191	1405	64	32,7	31,6	34,4	27,4	21,5	75,5	36,95
1974	8962	3195	1442	67	41,5	41,6	46,2	40,4	27,2	74,0	35,78
1975	9046	3198	1479	75	47,1	45,0	51,3	47,6	33,9	77,3	39,99
1976	9167	3235	1516	63	53,3	51,3	56,2	53,1	43,6	85,4	40,88
1977	9309	3262	1553	56	59,8	58,3	61,7	55,6	52,7	86,7	42,04
1978	9430	3276	1574	61	67,3	64,4	64,4	59,7	65,2	93,3	46,78
1979	9548	3311	1608	64	80,1	77,9	69,5	73,2	78,6	99,0	50,77
1980	9642	3356	1668	95	100	100	100	100	100	100	59,32
1981	9730	3529	1699	149	124,5	125,9	123,2	115,2	127,2	98,7	61,62
1982	9790	3491	1714	215	150,6	146,1	147,9	143,7	169,8	93,6	65,34
1983	9847	3508	1697	299	181,1	175,0	177,7	166,2	202,7	93,2	78,09
1984	9896	3501	1718	310	214,5	212,4	204,9	206,9	256,0	95,3	88,34

[1]) Waren und Dienstleistungen.
[2]) Bruttostundenverdienste.
[3]) Verarbeitendes Gewerbe.
[4]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit (ECU) siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1984, Heft 1986.

Quellen: OECD, IWF, EG

noch Tabelle 18*

Wirtschaftszahlen der neuen EG-Mitgliedsländer

Spanien

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]
	in jeweiligen Preisen						in Preisen von 1980					
	10 Mrd Ptas											
1960	68,55	49,10	5,07	12,27	7,10	5,13	518,90	358,72	68,66	83,29	40,37	27,05
1961	78,08	55,50	5,68	14,65	7,82	7,34	580,35	398,18	72,49	98,19	43,57	37,92
1962	90,23	63,59	6,52	17,29	9,24	10,06	634,31	433,17	77,31	109,37	49,16	50,99
1963	106,48	76,31	8,00	20,65	10,21	12,68	689,88	482,20	84,83	121,84	51,03	62,96
1964	120,22	84,90	8,73	24,91	13,17	14,66	732,56	502,90	85,91	140,14	64,05	71,17
1965	139,89	99,60	10,40	30,41	14,86	19,56	778,96	537,93	89,08	163,43	68,46	94,76
1966	161,83	114,27	12,50	35,57	18,09	23,33	833,91	575,05	90,59	184,24	78,84	112,78
1967	181,78	128,13	15,30	40,48	18,60	23,20	869,97	609,38	92,72	195,30	75,16	109,05
1968	203,75	142,74	16,68	46,49	24,04	27,75	928,88	645,65	94,42	213,72	89,01	117,88
1969	231,70	157,79	19,18	53,87	28,22	33,07	1011,96	690,57	98,39	234,65	102,83	136,45
1970	257,62	175,19	21,92	59,65	34,79	37,18	1053,25	719,44	103,54	241,58	120,77	145,99
1971	292,00	198,64	25,25	61,78	41,67	39,30	1105,42	755,01	108,41	234,57	136,47	146,93
1972	343,23	232,79	29,35	76,25	49,67	49,79	1195,40	817,76	114,36	271,75	153,09	183,16
1973	413,97	280,22	35,46	97,61	59,75	64,00	1289,31	883,50	122,02	310,66	166,88	213,27
1974	510,20	346,45	44,79	125,85	73,58	97,97	1363,07	929,25	132,08	331,31	168,26	229,68
1975	601,83	410,17	55,58	140,03	80,07	103,73	1377,99	951,59	139,03	318,39	165,83	227,21
1976	723,42	501,27	71,15	157,77	101,47	130,60	1419,49	995,86	146,45	312,08	182,53	250,05
1977	917,84	637,42	92,10	192,73	132,26	151,69	1466,30	1021,03	152,45	311,35	198,02	238,28
1978	1123,07	770,21	116,93	223,61	169,68	161,65	1492,63	1034,79	160,86	304,06	219,19	236,63
1979	1313,05	905,35	142,95	248,12	195,05	193,28	1495,49	1047,03	167,67	290,45	233,29	263,75
1980	1518,51	1060,54	174,99	294,34	234,71	273,88	1518,51	1060,54	174,99	294,34	234,71	273,88
1981	1732,74	1209,39	201,32	351,02	300,41	335,85	1525,26	1051,18	177,54	297,78	250,99	264,26
1982	1987,04	1390,63	238,99	390,63	361,73	397,45	1538,75	1058,12	189,17	290,49	267,83	276,98
1983	2268,29	1572,41	280,00	426,96	464,61	479,52	1571,09	1065,96	197,96	280,01	290,01	276,16
1984	2587,04	1729,26	318,18	459,38	603,76	527,66	1605,31	1055,28	201,88	270,21	333,61	276,16

Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige	Beschäftigte Arbeitnehmer	Registrierte Arbeitslose	Verbraucherpreise	Erzeugerpreise	Durchschnittswerte der Ausfuhr	Durchschnittswerte der Einfuhr	Verdienste[2]	Industrieproduktion	Wechselkurs 1 ECU = ... Ptas[3]
	1000				1980 = 100						
1960	30583	11353	.	283	13,6	20,9	23,6	17,9	3,2	20,9	63,37
1961	30904	11377	.	278	13,8	21,5	22,8	17,8	3,7	25,2	64,04
1962	31158	11477	7136	182	14,6	22,5	25,0	17,6	4,1	27,0	64,13
1963	31430	11538	7167	235	15,9	23,5	26,2	17,9	5,0	30,4	64,13
1964	31741	11599	7219	334	17,0	24,2	24,9	18,2	5,7	33,8	64,13
1965	32085	11704	7327	319	19,3	26,6	26,3	19,0	6,7	38,5	64,13
1966	32453	11819	7468	263	20,5	27,3	27,5	18,6	7,8	44,1	64,13
1967	32850	11876	7516	372	21,8	27,4	29,1	18,5	9,0	45,5	65,11
1968	33240	11977	7638	370	22,9	28,1	31,8	20,1	9,7	49,0	72,02
1969	33566	12095	7799	312	23,4	28,8	31,1	21,0	10,6	57,0	71,55
1970	33876	12220	7960	329	24,7	29,2	31,5	22,8	12,5	61,1	71,36
1971	34190	12289	8062	432	26,7	30,9	32,2	23,9	14,1	65,2	72,57
1972	34498	12306	8351	365	29,0	33,0	33,9	23,7	16,4	75,6	72,00
1973	34810	12608	8638	338	32,3	36,4	36,6	27,4	19,7	84,0	71,81
1974	35147	12670	8767	404	37,3	43,0	45,7	42,1	24,8	90,4	68,82
1975	35515	12442	8864	581	43,6	46,9	47,7	44,6	32,0	87,0	71,16
1976	35937	12333	8573	639	50,2	53,1	55,1	50,7	41,6	91,0	74,74
1977	36367	12237	8598	759	62,5	63,8	67,3	62,9	54,3	96,2	86,85
1978	36778	11935	8380	1009	74,8	74,3	78,6	69,6	68,5	98,5	97,43
1979	37108	11705	8176	1248	86,5	85,1	85,2	73,9	84,4	100,2	91,97
1980	37386	11254	7838	1638	100	100	100	100	100	100	99,70
1981	37751	10931	7629	2010	114,5	115,6	117,5	130,6	119,9	99,4	102,68
1982	37961	10876	7619	2260	131,0	129,7	132,7	146,9	138,1	97,6	107,56
1983	38173	10805	7513	2461	147,0	148,2	155,6	177,7	158,8	101,0	127,50
1984	38387	10382	7133	2901	163,6	166,3	178,4	198,2	178,7	101,7	126,57

[1]) Waren und Dienstleistungen.
[2]) Bruttolöhne.
[3]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit (ECU) siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1984, Heft 1986.

Quellen: OECD, IWF, EG

noch Tabelle 18*

Wirtschaftszahlen der neuen EG-Mitgliedsländer

Portugal

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]
	in jeweiligen Preisen						in Preisen von 1980					
	Mrd Esc											
1960	71,44	52,21	7,53	16,56	12,50	16,90	421,96	322,41	35,63	124,10	89,57	126,43
1961	76,88	56,60	9,59	17,85	12,60	21,30	445,04	344,14	45,15	131,57	87,21	157,70
1962	81,80	57,02	10,52	18,30	15,32	19,21	474,65	351,47	48,98	133,01	103,85	143,92
1963	88,74	61,62	10,92	21,07	16,94	21,54	502,75	375,18	50,46	152,47	104,81	158,23
1964	96,25	65,67	11,81	21,91	24,64	28,79	535,77	369,87	53,90	159,35	166,37	200,91
1965	107,48	72,93	12,85	24,50	28,80	33,81	575,83	386,68	57,88	176,04	184,80	220,15
1966	117,76	80,00	14,27	29,50	31,90	36,56	599,31	390,24	60,94	206,65	214,96	238,69
1967	131,63	86,11	17,21	35,01	35,83	38,85	644,52	409,40	67,47	218,63	222,67	224,33
1968	145,71	99,79	19,07	32,28	36,47	43,42	701,73	518,44	73,19	198,26	215,12	298,46
1969	159,80	110,40	20,66	36,06	39,04	45,72	716,61	541,41	75,73	216,07	221,33	321,15
1970	177,79	117,21	24,59	41,29	43,37	54,96	781,92	555,73	81,02	240,96	217,73	323,97
1971	199,09	135,91	26,93	49,23	49,93	63,90	833,77	626,21	86,22	264,64	239,25	370,98
1972	231,84	148,74	31,01	62,79	63,14	74,02	900,61	651,43	93,65	300,39	283,63	415,63
1973	282,21	183,00	36,14	75,65	75,42	95,18	1001,48	729,74	100,95	329,01	295,48	468,21
1974	339,28	246,54	47,85	88,20	91,16	143,11	1012,93	800,82	118,43	306,13	249,07	490,50
1975	377,20	290,95	56,47	97,76	76,95	123,60	968,89	793,73	126,27	271,52	210,24	366,80
1976	468,85	351,68	64,40	117,49	81,74	144,64	1035,74	821,51	135,11	273,75	210,24	379,27
1977	625,84	450,38	87,85	165,81	115,30	209,43	1093,77	826,44	151,05	306,60	222,64	424,78
1978	787,26	535,36	109,67	219,77	158,37	256,14	1130,82	812,03	157,47	328,46	247,28	424,08
1979	993,31	670,26	137,58	263,96	268,72	376,27	1200,85	819,63	171,47	325,34	322,05	472,73
1980	1254,88	845,86	182,61	358,85	343,95	528,04	1254,88	845,86	182,61	358,85	343,95	528,04
1981	1468,20	1011,20	220,00	472,50	408,40	696,30	1259,90	865,31	188,82	375,36	337,08	557,09
1982	1851,30	1263,50	273,60	598,10	492,30	856,30	1303,99	882,61	197,69	386,25	358,99	584,93
1983	2290,00	1570,00	341,50	694,60	734,00	1020,50	1300,08	873,78	202,04	357,28	422,54	542,24
1984	2826,70	1969,00	415,70	697,90	1097,80	1299,20	1277,97	847,56	205,68	292,96	484,66	524,90

Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige	Beschäftigte Arbeitnehmer	Registrierte Arbeitslose	Verbraucherpreise	Großhandelspreise	Durchschnittswerte der Ausfuhr	Durchschnittswerte der Einfuhr	Verdienste[2]	Industrieproduktion	Wechselkurs 1 ECU = ... Esc[3]
	1000				1980 = 100						
1960	9077	3290	.	65	12,6	16,1			.	23	30,37
1961	8986	3298	.	77	12,8	16,0			12,2	26	30,69
1962	9054	3280	2438	86	13,1	16,3			13,0	27	30,76
1963	9109	3270	2431	86	13,4	16,4			13,7	30	30,76
1964	9136	3261	2423	86	13,8	16,6			14,3	33	30,76
1965	9122	3251	2416	88	14,3	17,1			15,1	35	30,76
1966	9096	3264	2406	88	15,0	17,7			16,4	37	30,76
1967	9110	3284	2395	88	15,9	18,4			17,8	42	30,61
1968	9120	3304	2385	90	16,8	19,2			19,3	46	29,58
1969	9075	3324	2374	91	18,1	19,9			21,5	50	29,39
1970	9014	3345	2561	91	18,9	20,5			24,1	53	29,38
1971	8967	3335	2546	90	20,3	21,0			26,6	57	29,64
1972	8974	3314	2534	90	22,1	22,2			28,9	65	30,48
1973	8978	3286	2532	90	24,4	24,6			32,9	72	30,27
1974	9218	3694	2417	67	31,2	31,7			43,6	74	30,25
1975	9633	3724	2451	178	37,6	35,8			51,7	70	31,50
1976	9699	3789	2456	261	44,5	42,7			57,8	73	33,62
1977	9773	3784	2410	309	56,5	55,0			64,8	82	43,59
1978	9830	3772	2447	334	69,4	72,4			71,9	88	55,86
1979	9883	3854	2496	345	85,7	93,8			82,6	94	67,04
1980	9819	3940	2663	335	100	100			100	100	69,55
1981	9892	3918	2652	320	120,0	121,3			121,6	101	68,49
1982	9969	3928	2733	317	147,3	154,8			148,0	106	78,01
1983	10050	4145	2836	377	184,3	180,6			172,7	106	98,69
1984	10129	4068	2739	403	237,6	230,2			203,6	105	115,67

[1]) Waren und Dienstleistungen.
[2]) Bruttotagesverdienste.
[3]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit (ECU) siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1984, Heft 1986.

Quellen: OECD, IWF, EG

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 19*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[1])	Erwerbstätige[2])			Offene Stellen[4])	Arbeitslose[4])	Arbeitslosenquote[5])
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusammen	darunter Ausländer[3])			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6])	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	27 002	*44,1*	26 817	22 606	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 672	26 990	*43,8*	26 744	22 633	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	27 195	*43,9*	26 922	22 906	2 498	572	273	*1,2*
1974	62 054	27 147	*43,7*	26 565	22 640	2 381	315	582	*2,5*
1975	61 829	26 884	*43,5*	25 810	22 014	2 061	236	1 074	*4,7*
1976	61 531	26 651	*43,3*	25 591	21 939	1 925	235	1 060	*4,6*
1977	61 400	26 577	*43,3*	25 547	22 029	1 872	231	1 030	*4,5*
1978	61 327	26 692	*43,5*	25 699	22 264	1 857	246	993	*4,3*
1979	61 359	26 923	*43,9*	26 047	22 663	1 924	304	876	*3,7*
1980	61 566	27 217	*44,2*	26 328	23 009	2 018	308	889	*3,7*
1981	61 682	27 416	*44,4*	26 144	22 869	1 912	208	1 272	*5,3*
1982	61 638	27 542	*44,7*	25 709	22 436	1 787	105	1 833	*7,6*
1983	61 423	27 589	*44,9*	25 331	22 057	1 694	76	2 258	*9,3*
1984	61 175	27 623	*45,1*	25 357	22 075	1 609 [7])	88	2 266	*9,3*
1985	61 024	27 846	*45,6*	25 542	22 248	1 568	110	2 304	*9,4*
1983 1. Hj.	61 478	27 552	*44,8*	25 221	21 945	1 696	76	2 331	*9,6*
2. Hj.	61 368	27 626	*45,0*	25 441	22 169	1 693	76	2 185	*9,0*
1984 1. Hj.	61 248	27 533	*45,0*	25 185	21 904	1 627 [7])	86	2 348	*9,7*
2. Hj.	61 102	27 712	*45,4*	25 529	22 246	1 590 [7])	90	2 183	*8,9*
1985 1. Hj.	61 020	27 743	*45,5*	25 335	22 043	1 562	105	2 408	*9,8*
2. Hj.	61 029	27 949	*45,8*	25 749	22 453	1 573	115	2 200	*8,9*
1986 1. Hj.	...	27 955	...	25 589	22 282	...	148	2 366	*9,6*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).
[6]) Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland.
[7]) Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.

Tabelle 20*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
					Erwerbstätige[4]					
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 995	1 481	11 506	496	8 956	2 054	4 921	3 474	3 844	769
1980	26 278	1 437	11 586	501	8 995	2 090	4 974	3 582	3 903	796
1981	26 092	1 408	11 328	508	8 779	2 041	4 942	3 641	3 968	805
1982	25 651	1 395	10 919	508	8 468	1 943	4 842	3 667	3 996	832
1983	25 272	1 391	10 541	502	8 141	1 898	4 761	3 700	4 026	853
1984 [5]	25 297	1 390	10 449	493	8 065	1 891	4 766	3 773	4 036	883
1985 [5]	25 482	1 388	10 440	489	8 149	1 802	4 772	3 873	4 090	919
					Beschäftigte Arbeitnehmer[4]					
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 611	245	10 877	496	8 526	1 855	4 149	2 727	3 844	769
1980	22 959	244	10 966	501	8 574	1 891	4 222	2 828	3 903	796
1981	22 817	242	10 723	508	8 370	1 845	4 199	2 880	3 968	805
1982	22 378	243	10 314	508	8 060	1 746	4 100	2 893	3 996	832
1983	21 998	247	9 945	502	7 733	1 710	4 014	2 913	4 026	853
1984 [5]	22 015	252	9 860	493	7 660	1 707	4 012	2 972	4 036	883
1985 [5]	22 188	252	9 855	489	7 746	1 620	4 014	3 058	4 090	919

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	Wohnbevölkerung[1])					
Europa	3 955 309	4 093 389	4 107 665	3 988 235	3 811 161	3 763 838
Belgien	16 600	17 320	17 841	18 089	18 357	18 852
Dänemark	11 527	12 278	12 656	12 690	12 851	13 381
Frankreich	68 620	72 304	72 921	71 863	72 372	74 850
Griechenland	297 518	299 300	300 824	292 349	287 099	280 614
Großbritannien[3])	81 090	88 879	90 574	88 036	87 341	88 089
Irland	5 677	6 249	6 195	5 865	6 039	6 332
Italien	617 895	624 503	601 621	564 960	545 111	531 338
Luxemburg	4 444	4 526	4 612	4 613	4 705	4 891
Niederlande	107 771	108 746	108 975	108 572	108 642	108 419
Portugal	112 270	109 417	106 005	99 529	82 991	77 046
Spanien	179 952	176 952	173 526	165 998	158 843	152 781
EG-Länder	1 503 364	1 520 474	1 495 750	1 432 564	1 384 351	1 356 593
Jugoslawien	631 842	637 307	631 692	612 798	600 314	591 001
Österreich	172 573	176 256	174 988	171 586	172 133	172 534
Polen	60 140	82 711	91 371	87 588	95 868	104 755
Schweiz	29 423	29 866	29 699	29 368	29 589	29 923
Tschechoslowakei	24 420	25 573	26 714	26 891	27 668	28 167
Türkei	1 462 442	1 546 280	1 580 671	1 552 328	1 425 798	1 401 932
Ungarn	20 144	21 722	22 200	21 090	21 093	21 355
Übriges Europa	50 961	53 200	54 580	54 022	54 347	57 578
Afrika	103 432	115 138	123 955	125 204	124 481	133 456
Ägypten	8 587	9 077	9 157	8 762	8 458	8 333
Marokko	35 854	39 374	42 590	44 192	45 137	48 132
Übriges Afrika	58 991	66 687	72 208	72 250	70 886	76 991
Amerika	113 354	118 052	120 190	120 342	122 270	127 046
Kanada	7 752	7 871	7 811	7 739	7 943	8 210
Vereinigte Staaten	77 436	79 543	80 252	80 074	81 763	85 655
Übriges Amerika	28 166	30 638	32 127	32 529	32 564	33 181
Asien	219 710	242 016	254 511	241 914	247 288	295 459
Indien	27 929	28 630	28 285	24 474	22 404	24 315
Iran	28 360	31 287	32 246	33 046	38 432	51 351
Israel	8 173	8 812	8 785	8 443	8 170	8 243
Japan	14 188	15 233	16 147	16 675	16 560	17 551
Jordanien	13 260	13 221	12 870	12 035	11 428	11 103
Pakistan	26 220	26 272	24 412	16 757	14 266	16 193
Übriges Asien	101 580	118 561	131 766	130 484	136 028	166 703
Australien und Ozeanien	6 654	6 687	6 551	6 233	6 209	6 308
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	54 849	54 447	54 045	52 935	52 239	52 835
Insgesamt	4 453 308	4 629 729	4 666 917	4 534 863	4 363 648	4 378 942

[1]) Jeweils am 30. September.

Tabelle 21*

nach der Staatsangehörigkeit
zahl

1980	1981	1982	1983	1984	1985	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[2])			
1 819 897	1 751 838	1 654 479	1 572 645	1 458 808	1 448 505	Europa
9 801	9 852	9 357	9 457	8 704	7 927	Belgien
3 439	3 491	3 348	3 424	3 125	2 804	Dänemark
52 428	52 145	48 481	46 604	43 623	41 285	Frankreich
132 980	123 767	116 421	108 800	98 041	102 936	Griechenland
34 828	34 479	33 007	31 227	30 237	30 554	Großbritannien[3])
2 299	2 148	1 772	1 631	1 476	1 430	Irland
309 226	291 066	261 020	238 850	214 078	202 392	Italien
1 418	1 391	1 343	1 301	1 214	1 108	Luxemburg
40 215	39 569	36 998	37 327	34 381	31 013	Niederlande
58 780	55 085	51 102	46 423	39 651	35 425	Portugal
86 547	81 845	76 754	72 348	67 376	67 407	Spanien
731 961	694 838	639 603	597 392	541 906	524 281	EG-Länder
357 427	340 573	320 335	305 945	288 766	293 483	Jugoslawien
87 212	87 441	84 811	82 187	80 596	80 644	Österreich
8 772	8 213	8 575	9 797	10 985	12 959	Polen
8 248	8 195	7 935	7 616	7 552	7 459	Schweiz
11 486	9 519	8 530	8 989	9 114	9 653	Tschechoslowakei
590 623	580 868	564 567	540 496	499 947	499 322	Türkei
8 060	6 967	6 282	6 408	6 372	6 567	Ungarn
16 108	15 224	13 841	13 815	13 570	14 137	Übriges Europa
41 133	39 266	36 605	34 174	32 129	33 038	Afrika
2 692	2 375	2 025	1 803	1 809	1 816	Ägypten
16 109	15 343	14 622	14 452	13 824	14 567	Marokko
22 332	21 548	19 958	17 919	16 496	16 655	Übriges Afrika
28 822	28 096	26 140	25 514	25 614	26 571	Amerika
2 269	2 163	1 999	1 946	1 930	1 915	Kanada
18 559	18 706	17 460	17 097	17 324	18 193	Vereinigte Staaten
7 994	7 227	6 681	6 471	6 360	6 463	Übriges Amerika
74 982	70 712	63 710	55 688	52 247	53 496	Asien
13 986	12 106	10 129	7 783	6 827	6 654	Indien
4 044	4 285	4 338	4 243	4 279	4 456	Iran
2 265	2 227	2 062	1 861	1 777	1 721	Israel
2 795	2 942	3 008	3 047	3 018	3 159	Japan
3 915	3 339	2 855	2 483	2 277	2 241	Jordanien
15 060[4])	12 657	8 658	5 291	4 018	3 815	Pakistan
32 917	33 156	32 660	30 980	30 051	31 450	Übriges Asien
2 488	2 365	2 167	1 997	1 852	1 831	Australien und Ozeanien
104 336[b])	37 460	25 880	23 627	21 991	20 457	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
2 071 658	1 929 737	1 808 981	1 713 645	1 592 641	1 583 898	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.
[3]) Einschließlich Nordirland.
[4]) Einschließlich Bangladesch.
[b]) Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1])	Dienstleistungsunternehmen[2])	Staat	Private Haushalte[3])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen[4])									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968 A	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968 B	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983	1 631,00	32,22	685,06	62,69	524,93	97,44	254,86	430,44	195,79	32,63
1984	1 705,89	34,80	710,21	65,32	546,99	97,90	267,30	459,25	200,07	34,26
1985 [5])	1 791,20	31,07	755,59	70,20	593,62	91,77	275,89	484,51	207,73	36,41
1986 1. Hj.	907,58	6,48	395,04	36,35	316,04	42,65	135,85	251,35	100,99	17,87
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968 A	*100*	*4,2*	*51,5*	*3,9*	*40,1*	*7,6*	*16,8*	*17,1*	*8,8*	*1,5*
1968 B	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,3*	*3,4*	*38,7*	*8,2*	*16,2*	*18,3*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,1*	*3,3*	*37,6*	*8,2*	*16,4*	*19,1*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,8*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*16,0*	*19,4*	*11,0*	*1,7*
1974	*100*	*2,7*	*47,7*	*3,5*	*37,2*	*7,0*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,8*
1975	*100*	*2,9*	*45,7*	*3,8*	*35,5*	*6,3*	*15,8*	*21,4*	*12,3*	*1,9*
1976	*100*	*2,9*	*46,0*	*3,9*	*35,8*	*6,3*	*16,0*	*21,3*	*11,9*	*1,9*
1977	*100*	*2,7*	*45,6*	*3,7*	*35,7*	*6,3*	*16,0*	*21,8*	*11,9*	*1,9*
1978	*100*	*2,6*	*45,2*	*3,6*	*35,3*	*6,3*	*16,1*	*22,3*	*11,9*	*1,9*
1979	*100*	*2,3*	*45,3*	*3,6*	*35,1*	*6,6*	*16,0*	*22,6*	*11,9*	*1,8*
1980	*100*	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*
1981	*100*	*2,1*	*43,1*	*3,6*	*32,9*	*6,6*	*15,9*	*24,6*	*12,3*	*1,9*
1982	*100*	*2,3*	*42,2*	*3,8*	*32,3*	*6,1*	*15,7*	*25,6*	*12,2*	*2,0*
1983	*100*	*2,0*	*42,0*	*3,8*	*32,2*	*6,0*	*15,6*	*26,4*	*12,0*	*2,0*
1984	*100*	*2,0*	*41,6*	*3,8*	*32,1*	*5,7*	*15,7*	*26,9*	*11,7*	*2,0*
1985 [5])	*100*	*1,7*	*42,2*	*3,9*	*33,1*	*5,1*	*15,4*	*27,0*	*11,6*	*2,0*
1986 1. Hj.	*100*	*0,7*	*43,5*	*4,0*	*34,8*	*4,7*	*15,0*	*27,7*	*11,1*	*2,0*

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 22*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[1])	Dienstleistungsunternehmen[2])	Staat	Private Haushalte[3])	Zeitraum
Mrd DM in Preisen von 1980										
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
958,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 444,06	32,84	609,43	48,54	469,36	91,53	231,43	362,35	178,64	29,37	1983
1 485,77	35,59	621,58	47,99	482,17	91,42	240,41	377,19	180,59	30,41	1984
1 529,72	34,56	640,81	49,82	506,34	84,65	246,28	392,90	183,52	31,65	1985 } 5)
761,58	6,91	320,05	25,38	256,09	38,58	122,95	202,40	92,97	16,30	1986 1. Hj.
Anteil in vH										
100	*3,6*	*46,8*	*4,7*	*32,7*	*9,3*	*15,2*	*19,8*	*11,7*	*2,9*	1960
100	*3,2*	*47,1*	*4,5*	*33,2*	*9,4*	*15,3*	*19,9*	*11,9*	*2,7*	1961
100	*3,2*	*47,1*	*4,4*	*33,3*	*9,3*	*15,4*	*19,8*	*12,0*	*2,5*	1962
100	*3,2*	*46,7*	*4,4*	*33,0*	*9,3*	*15,4*	*20,0*	*12,2*	*2,5*	1963
100	*3,0*	*47,8*	*4,2*	*33,7*	*9,8*	*15,3*	*19,8*	*11,8*	*2,3*	1964
100	*2,7*	*48,1*	*3,9*	*34,5*	*9,7*	*15,4*	*19,9*	*11,7*	*2,2*	1965
100	*2,7*	*47,7*	*3,9*	*34,1*	*9,8*	*15,3*	*20,1*	*12,0*	*2,1*	1966
100	*3,0*	*46,4*	*3,7*	*33,4*	*9,3*	*15,2*	*20,9*	*12,3*	*2,2*	1967
100	*3,0*	*47,2*	*3,6*	*34,8*	*8,8*	*15,2*	*20,6*	*11,9*	*2,1*	1968
100	*2,7*	*48,1*	*3,6*	*36,2*	*8,3*	*15,5*	*20,2*	*11,5*	*2,0*	1969
100	*2,6*	*48,3*	*3,7*	*36,3*	*8,3*	*15,6*	*19,9*	*11,6*	*1,9*	1970
100	*2,5*	*47,9*	*3,6*	*35,7*	*8,6*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,9*	1971
100	*2,4*	*47,6*	*3,5*	*35,4*	*8,7*	*15,5*	*20,8*	*11,8*	*1,9*	1972
100	*2,4*	*47,8*	*3,6*	*35,8*	*8,4*	*15,4*	*20,7*	*11,8*	*1,9*	1973
100	*2,5*	*46,8*	*3,7*	*35,4*	*7,7*	*15,4*	*21,2*	*12,3*	*1,9*	1974
100	*2,4*	*45,2*	*3,6*	*34,3*	*7,3*	*15,4*	*22,1*	*12,9*	*2,0*	1975
100	*2,3*	*46,0*	*3,7*	*35,1*	*7,2*	*15,5*	*22,0*	*12,3*	*1,9*	1976
100	*2,3*	*45,5*	*3,6*	*34,7*	*7,2*	*15,8*	*22,4*	*12,1*	*1,9*	1977
100	*2,3*	*44,9*	*3,6*	*34,3*	*7,0*	*15,9*	*22,9*	*12,1*	*1,9*	1978
100	*2,1*	*45,0*	*3,6*	*34,4*	*7,0*	*15,9*	*23,1*	*12,0*	*1,9*	1979
100	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*	1980
100	*2,1*	*43,3*	*3,4*	*33,3*	*6,6*	*16,1*	*24,2*	*12,3*	*1,9*	1981
100	*2,5*	*42,3*	*3,4*	*32,6*	*6,3*	*15,9*	*24,7*	*12,5*	*2,0*	1982
100	*2,3*	*42,2*	*3,4*	*32,5*	*6,3*	*16,0*	*25,1*	*12,4*	*2,0*	1983
100	*2,4*	*41,8*	*3,2*	*32,5*	*6,2*	*16,2*	*25,4*	*12,2*	*2,0*	1984
100	*2,3*	*41,9*	*3,3*	*33,1*	*5,5*	*16,1*	*25,7*	*12,0*	*2,1*	1985 } 5)
100	*0,9*	*42,0*	*3,3*	*33,6*	*5,1*	*16,1*	*26,6*	*12,2*	*2,1*	1986 1. Hj.

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1]	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2]	Einfuhrabgaben[3]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen[5]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	−0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	−0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	−0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	−0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	−0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	−0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	−0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968 A	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968 B	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	−0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983	1 549,28	109,35	16,21	1 674,84	+4,46	1 679,30	211,43	1 467,87	214,51	31,78	1 285,14
1984 } [6]	1 621,82	116,01	16,48	1 754,31	+8,79	1 763,10	221,50	1 541,60	226,24	36,25	1 351,61
1985 } [6]	1 706,85	116,31	16,75	1 839,91	+7,09	1 847,00	230,77	1 616,23	229,81	36,92	1 423,34
1980 1. Hj.	660,37	47,72	6,51	714,60	+2,80	717,40	85,08	632,32	93,38	14,56	553,50
2. Hj.	708,60	48,77	6,97	764,34	+3,46	767,80	88,66	679,14	100,01	15,97	595,10
1981 1. Hj.	679,32	50,66	6,61	736,59	+1,91	738,50	92,66	645,84	95,47	13,59	563,96
2. Hj.	746,75	50,12	7,47	804,34	+2,26	806,60	95,98	710,62	102,87	15,54	623,29
1982 1. Hj.	713,53	51,34	7,03	771,90	−2,10	769,80	99,58	670,22	98,11	12,36	584,47
2. Hj.	768,20	50,04	7,78	826,02	+1,28	827,30	101,53	725,77	103,78	17,06	639,05
1983 1. Hj.	741,46	53,04	7,68	802,18	+1,32	803,50	104,27	699,23	101,26	14,09	612,06
2. Hj.	807,82	56,31	8,53	872,66	+3,14	875,80	107,16	768,64	113,25	17,69	673,08
1984 1. Hj.	775,54	57,66	7,91	841,11	+2,99	844,10	109,56	734,54	108,52	15,79	641,81
2. Hj.	846,28	58,35	8,57	913,20	+5,80	919,00	111,94	807,06	117,72	20,46	709,80
1985 1. Hj. } [6]	810,60	57,69	7,94	876,23	+2,57	878,80	114,49	764,31	109,75	16,41	670,97
2. Hj. } [6]	896,25	58,62	8,81	963,68	+4,52	968,20	116,28	851,92	120,06	20,51	752,37
1986 1. Hj. } [6]	864,69	57,84	8,23	930,76	+0,84	931,60	118,67	812,93	111,32	17,12	718,73

[1] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2] Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 23*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
			in Preisen von 1980					
679,26	45,24	4,44	728,94	+2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	−1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	−0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	−0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	−0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 384,91	94,42	14,59	1 493,92	+3,88	1 497,80	190,81	1 306,99	1983
1 425,12	94,74	15,01	1 534,87	+7,53	1 542,40	195,65	1 346,75	1984 } 4)
1 466,28	92,65	15,92	1 574,85	+5,95	1 580,80	200,44	1 380,36	1985 } 4)
672,76	48,55	6,58	727,89	+2,81	730,70	86,08	644,62	1980 1. Hj.
696,21	47,94	6,90	751,05	+3,45	754,50	87,66	666,84	2. Hj.
668,60	48,80	6,54	723,94	+1,86	725,80	89,27	636,53	1981 1. Hj.
704,34	46,21	6,90	757,45	+2,05	759,50	90,71	668,79	2. Hj.
670,15	47,52	6,59	724,26	−1,96	722,30	91,98	630,32	1982 1. Hj.
695,69	45,09	6,79	747,57	+1,13	748,70	93,24	655,46	2. Hj.
672,97	47,99	7,16	728,12	+1,18	729,30	94,75	634,55	1983 1. Hj.
711,94	46,43	7,43	765,80	+2,70	768,50	96,06	672,44	2. Hj.
691,33	47,64	7,33	746,30	+2,60	748,90	97,22	651,68	1984 1. Hj.
733,79	47,10	7,68	788,57	+4,93	793,50	98,43	695,07	2. Hj.
708,37	46,45	7,70	762,52	+2,18	764,70	99,61	665,09	1985 1. Hj. } 4)
757,91	46,20	8,22	812,33	+3,77	816,10	100,83	715,27	2. Hj.
728,31	46,56	8,45	783,32	+0,68	784,00	102,10	681,90	1986 1. Hj.

[1]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.
[3]) Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[4])	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne[5])	des Staates[6])
		brutto[1])	netto[2])	brutto	netto[3])			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	− 1,39
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	197,52	23,18	− 4,33
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,61	32,07	− 6,82
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,75	32,99	− 9,44
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	252,66	44,75	− 8,81
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	267,50	51,55	− 8,98
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	270,25	45,74	−11,80
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	268,40	50,61	−14,71
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	286,22	48,61	−13,83
1983	1 285,14	920,73	513,63	364,41	304,38	320,68	63,09	−19,36
1984	1 351,61	952,85	522,70	398,76	334,86	351,64	67,83	−20,71
1985	1 423,34	989,43	534,78	433,91	363,67	454,23		−20,32
1980 1. Hj.	553,50	397,76	231,03	155,74	125,05	161,78		− 6,04
2. Hj.	595,10	446,65	256,16	148,45	117,05	154,21		− 5,76
1981 1. Hj.	563,96	416,67	240,51	147,29	118,21	155,98		− 8,69
2. Hj.	623,29	466,28	265,30	157,01	127,06	163,03		− 6,02
1982 1. Hj.	584,47	427,43	243,69	157,04	127,67	161,30		− 4,26
2. Hj.	639,05	475,09	267,15	163,96	131,69	173,53		− 9,57
1983 1. Hj.	612,06	432,83	243,71	179,23	151,00	186,28		− 7,05
2. Hj.	673,08	487,90	269,92	185,18	153,38	197,49		−12,31
1984 1. Hj.	641,81	448,40	248,43	193,41	163,11	205,18		−11,77
2. Hj.	709,80	504,45	274,27	205,35	171,75	214,29		− 8,94
1985 1. Hj.	670,97	464,21	253,64	206,76	173,54	219,25		−12,49
2. Hj.	752,37	525,22	281,14	227,15	190,13	234,98		− 7,83
1986 1. Hj.	718,73	487,02	266,87	231,71	196,75	243,47		−11,76

[7])

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[5]) Vor der Umverteilung.
[6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen[1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983	918,49	8,02	439,54	28,95	344,05	66,54	152,56	105,27	183,59	29,51
1984 } 5)	950,59	8,52	454,84	29,36	357,07	68,41	157,97	111,03	187,23	31,00
1985 } 5)	987,03	8,75	470,51	30,29	376,68	63,54	162,85	117,49	194,38	33,05
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*3,1*	*41,6*	*9,2*	*16,5*	*8,7*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,1*	*3,0*	*40,5*	*9,6*	*16,8*	*8,8*	*17,7*	*2,7*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,4*	*9,2*	*16,9*	*8,9*	*18,2*	*2,7*
1974	*100*	*0,8*	*51,2*	*3,0*	*39,8*	*8,3*	*16,8*	*9,3*	*19,2*	*2,8*
1975	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,2*	*38,8*	*7,7*	*16,8*	*9,8*	*20,0*	*3,0*
1976	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,7*	*10,0*	*19,6*	*2,9*
1977	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,5*	*7,3*	*16,7*	*10,1*	*19,5*	*2,9*
1978	*100*	*0,8*	*49,8*	*3,1*	*39,4*	*7,3*	*16,8*	*10,2*	*19,5*	*2,9*
1979	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,5*	*16,6*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1980	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,1*	*39,0*	*7,6*	*16,7*	*10,5*	*19,3*	*2,9*
1981	*100*	*0,8*	*49,0*	*3,1*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*10,8*	*19,6*	*3,0*
1982	*100*	*0,8*	*48,4*	*3,2*	*38,0*	*7,3*	*16,7*	*11,2*	*19,8*	*3,1*
1983	*100*	*0,9*	*47,9*	*3,2*	*37,5*	*7,2*	*16,6*	*11,5*	*20,0*	*3,2*
1984 } 5)	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,1*	*37,6*	*7,2*	*16,6*	*11,7*	*19,7*	*3,3*
1985 } 5)	*100*	*0,9*	*47,7*	*3,1*	*38,2*	*6,4*	*16,5*	*11,9*	*19,7*	*3,3*

[1]) Inlandskonzept.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Produktivität[2]		Lohnstückkosten[3]
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	
1960	4 332	23,2	6 148	20,5	5 178	24,5	27 968	49,7	39,1
1961	4 641	24,9	6 775	22,6	5 661	26,7	28 862	51,3	41,7
1962	4 963	26,6	7 395	24,7	6 146	29,0	30 124	53,5	43,6
1963	5 189	27,8	7 850	26,2	6 494	30,7	30 885	54,9	45,1
1964	5 645	30,3	8 556	28,5	7 036	33,2	32 916	58,5	45,8
1965	6 115	32,8	9 336	31,1	7 736	36,5	34 524	61,3	47,8
1966	6 421	34,4	10 014	33,4	8 191	38,7	35 649	63,3	49,9
1967	6 422	34,4	10 349	34,5	8 428	39,8	36 806	65,4	49,9
1968	7 027	37,7	10 988	36,6	8 830	41,7	38 819	69,0	50,5
1969	7 707	41,3	12 003	40,0	9 495	44,8	41 076	73,0	52,2
1970	8 745	46,9	13 841	46,1	10 726	50,7	42 651	75,8	58,3
1971	9 598	51,4	15 403	51,4	11 732	55,4	43 621	77,5	63,7
1972	10 464	56,1	16 821	56,1	12 842	60,7	45 561	81,0	67,0
1973	11 648	62,4	18 711	62,4	13 826	65,3	47 363	84,2	72,3
1974	12 456	66,8	20 742	69,2	15 124	71,4	48 122	85,5	79,3
1975	12 997	69,7	22 071	73,6	16 145	76,2	48 739	86,6	84,0
1976	14 337	76,8	23 618	78,7	16 854	79,6	51 811	92,1	85,2
1977	15 282	81,9	25 237	84,1	17 818	84,2	53 424	94,9	88,1
1978	16 473	88,3	26 596	88,7	18 971	89,6	54 629	97,1	91,0
1979	17 730	95,0	28 106	93,7	20 124	95,0	56 128	99,7	93,8
1980	18 656	100	29 995	100	21 174	100	56 281	100	100
1981	19 248	103,2	31 457	104,9	22 118	104,5	56 776	100,9	104,3
1982	19 850	106,4	32 750	109,2	22 769	107,5	57 379	102,0	107,5
1983	20 923	112,2	33 811	112,7	23 286	110,0	59 114	105,0	108,3
1984 [4]	22 094	118,4	34 812	116,1	23 678	111,8	60 674	107,8	109,1
1985 [4]	23 324	125,0	35 809	119,4	24 037	113,5	61 802	109,8	110,4
1980 1. Hj.	9 000	96,5	14 192	94,6	10 109	95,5	27 845	98,9	95,9
2. Hj.	9 655	103,5	15 792	105,3	11 058	104,4	28 433	101,0	104,0
1981 1. Hj.	9 147	98,1	14 834	98,9	10 533	99,5	27 773	98,7	100,8
2. Hj.	10 101	108,3	16 621	110,8	11 584	109,4	29 001	103,1	107,6
1982 1. Hj.	9 476	101,6	15 496	103,3	10 871	102,7	28 253	100,4	103,5
2. Hj.	10 374	111,2	17 253	115,0	11 897	112,4	29 126	103,5	111,4
1983 1. Hj.	9 956	106,7	15 949	106,3	11 105	104,9	28 937	102,8	104,5
2. Hj.	10 968	117,6	17 852	119,0	12 176	115,0	30 171	107,2	111,8
1984 1. Hj. [4]	10 479	112,3	16 507	110,1	11 342	107,1	29 703	105,6	105,7
2. Hj. [4]	11 617	124,5	18 291	122,0	12 329	116,5	30 962	110,0	112,3
1985 1. Hj. [4]	10 996	117,9	16 951	113,0	11 507	108,7	30 169	107,2	107,1
2. Hj. [4]	12 328	132,2	18 840	125,6	12 521	118,3	31 622	112,4	113,4
1986 1. Hj. [4]	...	...	17 599	117,3	11 977	113,1	30 684	109,0	109,3

[1] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[3] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept) / Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Staat	Private Haushalte[5])
	Produktivität[1]) (DM)									
1960	26062	6976	25901	43722	23522	30409	22137	57982	38518	26191
1961	26869	6628	26621	45055	24276	31175	23035	59913	38555	26781
1962	27988	7421	27606	47980	25365	31158	24179	61053	38722	27819
1963	28696	8047	28158	51459	26049	30408	24706	61354	38899	28132
1964	30538	8268	30532	53089	28338	33367	26415	63510	38594	28685
1965	32000	8202	32018	52977	30049	34580	28121	65600	39087	29538
1966	33071	8892	33115	55828	30936	36162	28773	66800	39908	30156
1967	34163	10197	34234	56942	32056	37479	29269	68198	39996	30441
1968	36090	11308	36685	62815	35158	36770	31115	69440	40838	31014
1969	38166	11587	38950	68108	37756	37254	33912	72140	41256	31615
1970	39549	12657	40227	73230	38804	38594	35386	73437	41971	32326
1971	40358	13187	41067	72182	39524	40378	35533	74806	42026	32624
1972	42115	13548	43408	76102	41680	43246	36241	78723	42001	32897
1973	43891	15286	45647	84757	44168	43281	37360	80535	42557	33128
1974	44729	16694	46452	88569	44968	43006	37800	81608	42929	33357
1975	45125	16452	46776	83210	45283	44196	38056	82545	43174	33528
1976	47977	17081	51077	91321	49800	46505	40752	85208	42968	33702
1977	49459	19144	52258	93353	50810	48237	42582	88596	43210	33832
1978	50539	20410	53049	96391	51738	48078	43959	91596	43524	33960
1979	52000	20230	54977	102339	53908	48203	45387	93405	43762	34057
1980	52096	21134	54568	100200	53679	47459	45366	93543	44169	34171
1981	52619	21697	54657	96929	54166	46252	46491	94762	44448	34335
1982	53247	25814	55130	93957	54812	46361	46859	95978	44437	34387
1983	54800	23609	57815	96693	57654	48224	48610	97932	44372	34431
1984	56336	25604	59487	97343	59785	48345	50443	99971	44745	34439
1985	57542	24899	61380	101881	62135	46976	51609	101446	44870	34440
	Lohnstückkosten[2]) (1980 = 100)									
1960	38,8	58,4	39,1	41,2	41,7	30,3	39,8	32,9	26,8	26,2
1961	41,5	67,1	42,1	44,1	44,5	33,9	41,4	35,8	28,9	28,1
1962	43,5	67,9	44,6	45,1	47,0	37,0	42,9	38,9	29,8	29,5
1963	45,0	67,0	45,8	45,0	48,0	39,2	45,9	41,4	31,6	31,0
1964	45,7	70,4	46,0	44,5	47,8	40,9	46,9	42,4	33,5	32,6
1965	47,8	77,4	47,8	49,8	49,4	42,1	48,6	44,0	36,4	35,4
1966	49,7	77,1	49,5	49,5	51,3	43,5	51,6	46,0	38,7	37,8
1967	49,7	68,9	49,0	50,6	50,8	42,2	53,0	47,7	39,9	38,7
1968	50,2	64,3	49,3	48,6	50,5	44,6	52,6	48,9	41,2	40,3
1969	52,0	67,7	50,7	49,3	51,6	47,2	52,7	51,0	45,3	44,1
1970	58,2	70,4	57,9	53,8	58,7	55,9	57,7	57,4	50,2	47,9
1971	63,7	75,2	62,6	61,4	63,1	60,7	64,1	63,0	57,5	54,7
1972	67,1	79,7	65,6	63,7	65,7	65,6	69,1	65,7	61,6	59,5
1973	72,2	78,1	69,7	65,1	69,7	71,2	75,4	71,9	68,5	66,9
1974	79,0	82,2	76,1	71,3	76,3	77,4	82,3	79,5	76,1	74,2
1975	83,9	89,9	81,3	83,8	81,3	80,2	87,1	84,4	80,3	79,8
1976	85,2	95,4	81,8	81,8	82,0	81,3	87,5	87,5	83,8	83,6
1977	88,1	91,8	85,8	86,2	86,7	81,6	88,5	89,6	88,3	88,7
1978	91,1	90,8	89,7	88,9	90,4	86,3	91,1	91,4	91,3	91,5
1979	93,7	97,4	92,5	91,1	92,8	91,3	93,0	94,5	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,2	102,0	105,3	108,4	104,8	106,6	102,5	104,5	104,0	104,4
1982	107,2	90,5	109,5	114,9	108,4	113,0	106,1	108,3	106,3	107,6
1983	108,1	102,3	109,2	114,7	108,1	112,4	106,3	110,1	108,9	111,1
1984	108,8	98,3	110,7	117,7	109,2	115,5	106,1	111,5	109,9	112,7
1985	109,7	103,8	111,1	116,9	109,6	116,3	106,9	113,0	112,3	115,5

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[2]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungen.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Verwendung des

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]
				zusammen	Ausrüstungen	Bauten				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+43,94
1975	1029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	− 5,40	271,23	241,18	+30,05
1976	1126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+29,11
1977	1199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+29,15
1978	1291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+37,48
1979	1396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+11,32
1980	1485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97
1981	1545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	−11,40	482,11	466,86	+15,25
1982	1597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	−11,50	517,54	480,07	+37,47
1983	1679,30	964,16	336,21	343,82	135,60	208,22	− 1,80	524,63	487,72	+36,91
1984	1763,10	1002,84	350,23	354,63	137,58	217,05	+ 5,10	587,97	537,67	+50,30
1985 [3]	1847,00	1041,79	365,71	359,30	153,85	205,45	+ 7,50	647,34	574,64	+72,70
1986 1. Hj.	931,60	519,26	175,98	169,79	74,51	95,28	+18,70	316,63	268,76	+47,87
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,7*	*13,3*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+3,0*	*20,0*	*17,4*	*+2,6*
1961	*100*	*56,8*	*13,8*	*25,2*	*9,5*	*15,7*	*+2,0*	*19,1*	*16,9*	*+2,2*
1962	*100*	*56,8*	*14,7*	*25,8*	*9,7*	*16,1*	*+1,6*	*18,4*	*17,2*	*+1,2*
1963	*100*	*56,7*	*15,5*	*25,6*	*9,3*	*16,2*	*+0,7*	*18,9*	*17,4*	*+1,5*
1964	*100*	*55,6*	*14,8*	*26,6*	*9,3*	*17,3*	*+1,5*	*19,0*	*17,6*	*+1,4*
1965	*100*	*56,2*	*15,2*	*26,2*	*9,5*	*16,7*	*+2,3*	*19,0*	*19,0*	*+0,1*
1966	*100*	*56,4*	*15,5*	*25,5*	*9,0*	*16,5*	*+1,1*	*20,2*	*18,7*	*+1,5*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*−0,1*	*21,6*	*18,0*	*+3,5*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+2,1*	*22,5*	*18,8*	*+3,7*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,2*	*9,0*	*14,3*	*+2,9*	*23,0*	*20,0*	*+2,9*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,7*	*15,7*	*+2,1*	*22,6*	*20,5*	*+2,1*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,1*	*9,7*	*16,4*	*+0,6*	*22,6*	*20,6*	*+2,0*
1972	*100*	*54,8*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,5*	*+0,6*	*22,4*	*20,3*	*+2,2*
1973	*100*	*53,9*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+1,4*	*23,6*	*20,5*	*+3,1*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,3*	*14,2*	*+0,5*	*28,3*	*23,8*	*+4,5*
1975	*100*	*56,9*	*20,4*	*20,3*	*7,6*	*12,8*	*−0,5*	*26,3*	*23,4*	*+2,9*
1976	*100*	*56,2*	*19,7*	*20,0*	*7,6*	*12,4*	*+1,5*	*27,4*	*24,9*	*+2,6*
1977	*100*	*57,0*	*19,6*	*20,2*	*7,9*	*12,3*	*+0,8*	*27,2*	*24,7*	*+2,4*
1978	*100*	*56,4*	*19,6*	*20,6*	*8,2*	*12,4*	*+0,5*	*26,7*	*23,8*	*+2,9*
1979	*100*	*56,2*	*19,6*	*21,7*	*8,5*	*13,2*	*+1,7*	*27,0*	*26,2*	*+0,8*
1980	*100*	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+0,9*	*28,4*	*28,6*	*−0,2*
1981	*100*	*57,5*	*20,6*	*21,7*	*8,3*	*13,4*	*−0,7*	*31,2*	*30,2*	*+1,0*
1982	*100*	*57,5*	*20,4*	*20,5*	*7,8*	*12,6*	*−0,7*	*32,4*	*30,1*	*+2,3*
1983	*100*	*57,4*	*20,0*	*20,5*	*8,1*	*12,4*	*−0,1*	*31,2*	*29,0*	*+2,2*
1984	*100*	*56,9*	*19,9*	*20,1*	*7,8*	*12,3*	*+0,3*	*33,3*	*30,5*	*+2,9*
1985 [3]	*100*	*56,4*	*19,8*	*19,5*	*8,3*	*11,1*	*+0,4*	*35,0*	*31,1*	*+3,9*
1986 1. Hj.	*100*	*55,7*	*18,9*	*18,2*	*8,0*	*10,2*	*+2,0*	*34,0*	*28,8*	*+5,1*

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 28*

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
					Mrd DM in Preisen von 1980					
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	− 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	− 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	− 1,04	1970
1168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	− 9,81	1971
1217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	− 7,91	1972
1274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	− 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	− 8,95	1979
1485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97	1980
1485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	−10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	− 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1497,80	839,60	301,44	312,44	119,90	192,54	− 1,50	468,81	422,99	+45,82	1983
1542,40	851,88	308,82	314,90	119,36	195,54	+ 4,20	508,66	446,06	+62,60	1984
1580,80	866,93	315,48	313,90	130,53	183,37	+ 5,80	545,60	466,91	+78,69	1985
784,00	432,77	155,88	146,61	62,78	83,83	+17,10	269,57	237,93	+31,64	1986 1. Hj.
					Anteil in vH					
100	*50,7*	*18,8*	*25,9*	*7,3*	*18,6*	*+2,3*	*16,5*	*14,2*	*+2,3*	1960
100	*51,4*	*19,1*	*26,5*	*7,8*	*18,7*	*+1,4*	*16,4*	*14,8*	*+1,5*	1961
100	*51,8*	*20,0*	*26,3*	*8,0*	*18,3*	*+1,3*	*16,2*	*15,6*	*+0,6*	1962
100	*51,8*	*20,6*	*26,0*	*7,8*	*18,1*	*+0,5*	*16,9*	*15,9*	*+1,1*	1963
100	*51,2*	*19,7*	*27,2*	*7,9*	*19,2*	*+1,1*	*17,1*	*16,3*	*+0,9*	1964
100	*51,9*	*19,6*	*27,0*	*8,1*	*18,9*	*+1,9*	*17,3*	*17,6*	*−0,4*	1965
100	*52,0*	*19,7*	*26,5*	*7,7*	*18,8*	*+1,0*	*18,4*	*17,6*	*+0,9*	1966
100	*52,5*	*20,4*	*24,7*	*7,1*	*17,6*	*−0,1*	*19,9*	*17,4*	*+2,4*	1967
100	*52,0*	*19,4*	*24,2*	*7,2*	*17,0*	*+1,7*	*21,2*	*18,5*	*+2,7*	1968
100	*52,3*	*18,8*	*24,7*	*8,1*	*16,6*	*+2,6*	*21,6*	*20,0*	*+1,6*	1969
100	*53,5*	*18,7*	*25,7*	*9,0*	*16,7*	*+2,2*	*21,9*	*22,0*	*−0,1*	1970
100	*54,6*	*19,1*	*26,5*	*9,1*	*17,4*	*+0,6*	*22,7*	*23,5*	*−0,8*	1971
100	*54,8*	*19,1*	*26,1*	*8,6*	*17,6*	*+0,7*	*23,2*	*23,8*	*−0,6*	1972
100	*53,9*	*19,1*	*24,9*	*8,1*	*16,7*	*+1,4*	*24,4*	*23,7*	*+0,6*	1973
100	*54,2*	*19,9*	*22,4*	*7,2*	*15,2*	*+0,5*	*27,3*	*24,2*	*+3,0*	1974
100	*56,7*	*20,9*	*21,6*	*7,3*	*14,3*	*−0,6*	*25,8*	*24,4*	*+1,4*	1975
100	*55,7*	*20,1*	*21,2*	*7,3*	*13,8*	*+1,7*	*26,9*	*25,6*	*+1,3*	1976
100	*56,6*	*19,8*	*21,3*	*7,7*	*13,7*	*+1,0*	*27,0*	*25,8*	*+1,2*	1977
100	*56,9*	*19,9*	*21,6*	*8,0*	*13,6*	*+0,6*	*27,3*	*26,4*	*+0,9*	1978
100	*56,7*	*19,8*	*22,3*	*8,5*	*13,8*	*+1,7*	*27,4*	*28,0*	*−0,6*	1979
100	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+0,9*	*28,4*	*28,6*	*−0,2*	1980
100	*56,3*	*20,4*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	*−0,7*	*30,8*	*28,3*	*+2,5*	1981
100	*56,1*	*20,4*	*20,6*	*7,7*	*12,9*	*−0,7*	*32,0*	*28,5*	*+3,5*	1982
100	*56,1*	*20,1*	*20,9*	*8,0*	*12,9*	*−0,1*	*31,3*	*28,2*	*+3,1*	1983
100	*55,2*	*20,0*	*20,4*	*7,7*	*12,7*	*+0,3*	*33,0*	*28,9*	*+4,1*	1984
100	*54,8*	*20,0*	*19,9*	*8,3*	*11,6*	*+0,4*	*34,5*	*29,5*	*+5,0*	1985
100	*55,2*	*19,9*	*18,7*	*8,0*	*10,7*	*+2,2*	*34,4*	*30,3*	*+4,0*	1986 1. Hj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Vierteljahresergebnisse der

Verwendung des

Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]
	in jeweiligen Preisen									
1975 1. Vj.	236,70	131,95	45,81	44,52	16,15	28,37	+ 4,20	64,58	54,36	+ 10,22
2. Vj.	251,20	144,58	50,23	53,22	19,36	33,86	− 3,40	67,18	60,61	+ 6,57
3. Vj.	261,50	146,34	50,42	52,96	18,52	34,44	+ 7,60	66,62	62,44	+ 4,18
4. Vj.	280,00	162,46	63,55	58,71	24,02	34,69	− 13,80	72,85	63,77	+ 9,08
1976 1. Vj.	260,20	146,23	49,33	46,23	18,57	27,66	+ 10,20	72,62	64,41	+ 8,21
2. Vj.	277,00	155,75	52,90	59,08	21,95	37,13	+ 2,30	76,26	69,29	+ 6,97
3. Vj.	284,90	156,43	52,57	56,83	19,52	37,31	+ 14,70	77,57	73,20	+ 4,37
4. Vj.	304,10	174,10	66,93	63,51	26,04	37,47	− 10,00	82,58	73,02	+ 9,56
1977 1. Vj.	280,60	156,79	52,06	51,73	20,11	31,62	+ 12,20	78,17	70,35	+ 7,82
2. Vj.	293,80	168,24	55,83	61,97	23,38	38,59	+ 0,50	81,19	73,93	+ 7,26
3. Vj.	298,60	170,06	55,84	61,58	22,92	38,66	+ 9,80	79,76	78,44	+ 1,32
4. Vj.	326,20	188,07	71,23	67,15	28,91	38,24	− 13,00	86,71	73,96	+ 12,75
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+ 10,10	82,09	71,65	+ 10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	− 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	− 12,20	91,69	79,43	+ 12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+ 17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	− 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+ 16,50	95,22	97,97	− 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	− 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+ 16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	− 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+ 10,30	103,28	108,92	− 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	− 15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+ 13,20	109,99	111,38	− 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	− 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	− 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	− 25,30	134,94	117,96	+ 16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+ 10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	− 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	− 27,50	134,48	116,17	+ 18,31
1983 1. Vj.	394,10	228,17	77,41	67,91	27,66	40,25	+ 8,90	127,96	116,25	+ 11,71
2. Vj.	409,40	236,23	77,76	88,30	32,69	55,61	− 2,60	129,09	119,38	+ 9,71
3. Vj.	420,70	237,26	80,91	89,53	32,04	57,49	+ 12,20	126,12	125,32	+ 0,80
4. Vj.	455,10	262,50	100,13	98,08	43,21	54,87	− 20,30	141,46	126,77	+ 14,69
1984 1. Vj.	421,20	238,61	79,74	73,05	28,93	44,12	+ 19,70	142,05	131,95	+ 10,10
2. Vj.	422,90	246,81	81,89	88,08	29,95	58,13	− 2,20	140,28	131,96	+ 8,32
3. Vj.	442,60	246,97	83,11	92,63	34,21	58,42	+ 13,80	143,82	137,73	+ 6,09
4. Vj.	476,40	270,45	105,49	100,87	44,49	56,38	− 26,20	161,82	136,03	+ 25,79
1985 1. Vj. [3]	431,80	244,35	83,21	69,77	32,37	37,40	+ 21,50	157,64	144,67	+ 12,97
2. Vj.[4]	447,00	255,87	85,25	91,66	36,25	55,41	− 3,10	160,83	143,51	+ 17,32
3. Vj.	469,40	259,52	87,87	94,78	36,40	58,38	+ 13,30	161,61	147,68	+ 13,93
4. Vj.	498,80	282,05	109,38	103,09	48,83	54,26	− 24,20	167,26	138,78	+ 28,48
1986 1. Vj.	452,20	253,09	86,14	71,83	34,03	37,80	+ 18,00	155,32	132,18	+ 23,14
2. Vj.	479,40	266,17	89,84	97,96	40,48	57,48	+ 0,70	161,31	136,58	+ 24,73

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 29*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum	
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten						
					in Preisen von 1980						
298,20	164,05	61,68	58,27	19,31	38,96	+ 7,20	77,94	70,94	+ 7,00	1975	1. Vj.
308,20	176,65	64,23	68,87	22,76	46,11	− 5,00	80,55	77,10	+ 3,45		2. Vj.
322,10	177,97	65,76	68,70	21,74	46,96	+ 9,60	79,81	79,74	+ 0,07		3. Vj.
329,50	195,21	71,14	75,43	28,07	47,36	−19,30	86,34	79,32	+ 7,02		4. Vj.
316,10	173,04	63,81	58,29	21,11	37,18	+15,50	85,20	79,74	+ 5,46	1976	1. Vj.
328,10	182,51	65,27	73,53	24,62	48,91	+ 2,20	88,22	83,63	+ 4,59		2. Vj.
335,20	183,14	65,63	70,96	22,15	48,81	+14,80	88,94	88,27	+ 0,67		3. Vj.
348,80	201,66	72,07	78,21	29,44	48,77	− 9,70	94,31	87,75	+ 6,56		4. Vj.
328,60	179,02	64,58	63,09	22,20	40,89	+16,70	89,20	83,99	+ 5,21	1977	1. Vj.
334,10	190,09	65,59	74,55	25,68	48,87	− 1,90	91,59	85,82	+ 5,77		2. Vj.
341,80	191,67	66,33	73,86	25,29	48,57	+13,30	90,13	93,49	− 3,36		3. Vj.
358,90	211,05	73,93	79,55	31,75	47,80	−14,90	97,57	88,30	+ 9,27		4. Vj.
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978	1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	− 2,40	95,34	91,55	+ 3,79		2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	− 1,39		3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	−12,50	100,92	96,23	+ 4,69		4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979	1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	− 0,90	98,42	102,38	− 3,96		2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	− 7,06		3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	−11,40	104,96	104,25	+ 0,71		4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980	1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31		2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	− 5,92		3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	−15,80	106,73	104,16	+ 2,57		4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981	1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	− 4,50	109,26	102,35	+ 6,91		2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18		3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	−25,60	125,56	103,63	+21,93		4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982	1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	− 2,50	116,74	105,02	+11,72		2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22		3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	−25,70	121,27	100,07	+21,20		4. Vj.
359,20	200,50	73,64	62,48	24,84	37,64	+ 8,40	115,90	101,72	+14,18	1983	1. Vj.
370,10	206,57	74,00	80,53	28,87	51,66	− 1,70	116,09	105,39	+10,70		2. Vj.
375,70	205,55	73,68	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,29	108,26	+ 4,03		3. Vj.
392,80	226,98	80,12	88,19	37,88	50,31	−19,40	124,53	107,62	+16,91		4. Vj.
374,60	203,53	74,37	65,26	25,29	39,97	+17,50	124,40	110,46	+13,94	1984	1. Vj.
374,30	209,48	75,96	78,51	26,14	52,37	− 1,20	121,84	110,29	+11,55		2. Vj.
389,50	209,66	75,53	82,21	29,67	52,54	+12,20	124,26	114,36	+ 9,90		3. Vj.
404,00	229,21	82,96	88,92	38,26	50,66	−24,30	138,16	110,95	+27,21		4. Vj.
376,60	203,88	75,47	60,87	27,62	33,25	+18,60	133,84	116,06	+17,78	1985	1. Vj.
388,10	212,11	77,09	80,39	30,69	49,70	− 1,90	135,05	114,64	+20,41		2. Vj.[4])
403,30	215,61	77,94	82,98	30,79	52,19	+11,50	135,68	120,41	+15,27		3. Vj.
412,80	235,33	84,98	89,66	41,43	48,23	−22,40	141,03	115,80	+25,23		4. Vj.
383,00	210,50	76,87	61,95	28,77	33,18	+15,90	131,78	114,00	+17,78	1986	1. Vj.
401,00	222,27	79,01	84,66	34,01	50,65	+ 1,20	137,79	123,93	+13,86		2. Vj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

[4]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 30*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen[1]			Bauten[2]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[3]	Staat	zusammen	Unternehmen[3] zusammen	darunter Wohnbauten	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	76,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	−11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	−11,50
1983	342,02	135,60	130,94	4,66	208,22	171,11	106,79	37,11	− 1,80
1984	359,73	137,58	132,47	5,11	217,05	180,42	112,43	36,63	+ 5,10
1985	366,80	153,85	148,13	5,72	205,45	169,04	101,98	36,41	+ 7,50
1980 1. Hj.	176,78	58,24	56,13	2,11	99,74	77,36	48,67	22,38	+18,80
2. Hj.	172,82	69,10	65,75	3,35	108,72	83,47	51,90	25,25	− 5,00
1981 1. Hj.	166,24	59,19	57,20	1,99	99,05	78,08	48,87	20,97	+ 8,00
2. Hj.	157,60	68,46	65,35	3,11	108,54	84,79	52,40	23,75	−19,40
1982 1. Hj.	158,66	57,17	55,33	1,84	94,79	76,32	46,76	18,47	+ 6,70
2. Hj.	156,73	67,73	64,90	2,83	107,20	85,08	52,41	22,12	−18,20
1983 1. Hj.	162,51	60,35	58,63	1,72	95,86	79,29	49,42	16,57	+ 6,30
2. Hj.	179,51	75,25	72,31	2,94	112,36	91,82	57,37	20,54	− 8,10
1984 1. Hj.	178,63	58,88	56,97	1,91	102,25	86,18	54,27	16,07	+17,50
2. Hj.	181,10	78,70	75,50	3,20	114,80	94,24	58,16	20,56	−12,40
1985 1. Hj.	179,83	68,62	66,55	2,07	92,81	77,43	47,28	15,38	+18,40
2. Hj.	186,97	85,23	81,58	3,65	112,64	91,61	54,70	21,03	−10,90
1986 1. Hj.	188,49	74,51	72,22	2,29	95,28	78,69	46,38	16,59	+18,70

[1]) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

[2]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

Tabelle 30*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[1]			Bauten[2]				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen[3]	Staat	zusammen	Unternehmen[3] zusammen	Unternehmen[3] darunter Wohnbauten	Staat		
				in Preisen von 1980					
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	− 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	− 7,50	1975
303,79	97,32	93,19	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	−10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	− 9,60	1982
310,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	− 1,50	1983
319,10	119,36	114,92	4,44	195,54	161,07	98,41	34,47	+ 4,20	1984 } 4)
319,70	130,53	125,69	4,84	183,37	149,46	88,05	33,91	+ 5,80	1985 } 4)
178,67	58,71	56,58	2,13	101,36	78,63	49,49	22,73	+18,60	1980 1. Hj.
170,93	68,63	65,30	3,33	107,10	82,20	51,08	24,90	− 4,80	2. Hj.
162,05	57,08	55,17	1,91	95,17	74,89	46,77	20,28	+ 9,80	1981 1. Hj.
146,94	64,73	61,75	2,98	102,71	79,92	49,22	22,79	−20,50	2. Hj.
147,84	52,27	50,58	1,69	88,77	71,01	43,22	17,76	+ 6,80	1982 1. Hj.
145,44	61,32	58,71	2,61	100,52	79,09	48,20	21,43	−16,40	2. Hj.
149,71	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 6,70	1983 1. Hj.
161,23	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	− 8,20	2. Hj.
160,07	51,43	49,77	1,66	92,34	77,21	47,71	15,13	+16,30	1984 1. Hj.
159,03	67,93	65,15	2,78	103,20	83,86	50,70	19,34	−12,10	2. Hj.
157,96	58,31	56,57	1,74	82,95	68,60	40,91	14,35	+16,70	1985 1. Hj. } 4)
161,74	72,22	69,12	3,10	100,42	80,86	47,14	19,56	−10,90	2. Hj.
163,71	62,78	60,90	1,88	83,83	68,63	39,52	15,20	+17,10	1986 1. Hj.

[2]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984 } [7]	143,00	7,82	66,54	13,62	49,21	3,71	26,14	36,07		6,43
1985 } [7]	159,67	7,92	...	...	...	...	...	...		7,14
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983	208,22	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,44	99,77	39,52
1984 } [7]	217,05	1,97	20,26	9,81	9,66	0,79	19,81	31,65	104,19	39,17
1985 } [7]	205,45	1,93	...	...	...	...	...	...	94,54	38,53

[1]) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.
[2]) Einschließlich produzierendes Handwerk.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 31 *

nach Wirtschaftsbereichen

DM

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2])	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983
124,03	6,54	57,41	11,79	42,44	3,18	22,85	31,68		5,55	1984 }[7])
135,41	6,47	...	...	...	...	...	...		6,01	1985 }[7])
				Neue Bauten						
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,46	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,66	9,38	8,52	0,76	17,39	26,69	90,12	37,81	1983
195,54	1,78	19,09	9,60	8,79	0,70	18,73	28,03	91,14	36,77	1984 }[7])
183,37	1,73	...	...	...	...	...	...	81,53	35,82	1985 }[7])

[5]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3]) laufende Übertragungen	Geleistete[4]) laufende Übertragungen	Verfügbares Einkommen insgesamt[5])
	insgesamt[2])	Erwerbseinkommen: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Erwerbseinkommen: Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit[2])	Vermögenseinkommen				
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,48	587,20	160,41	43,87	6,76	219,11	326,44	677,39
1976	863,52	631,29	186,81	45,42	6,62	236,93	367,18	726,65
1977	921,83	676,03	197,03	48,77	7,05	251,83	395,15	771,46
1978	981,95	721,64	210,63	49,68	7,65	265,80	415,50	824,60
1979	1054,98	777,85	219,31	57,82	9,63	284,05	444,77	884,63
1980	1128,51	844,41	210,39	73,71	13,85	303,57	484,70	933,53
1981	1168,82	882,95	197,13	88,74	17,47	329,48	511,05	969,78
1982	1208,18	902,52	206,65	99,01	19,44	348,25	530,71	1006,28
1983	1259,45	920,73	245,30	93,42	18,04	355,00	544,95	1051,46
1984 } 6)	1322,40	952,85	267,12	102,43	17,91	362,79	574,26	1093,02
1985 }	...	989,43	...	108,09	18,32	373,50	605,77	...
1980 1. Hj.	545,74	397,76	147,98		6,48	149,58	227,36	461,48
2. Hj.	613,26	446,65	166,61		7,37	153,99	257,34	502,54
1981 1. Hj.	577,09	416,67	160,42		8,30	162,81	240,40	491,20
2. Hj.	647,64	466,28	181,36		9,17	166,67	270,65	534,49
1982 1. Hj.	597,69	427,43	170,26		9,69	173,28	250,55	510,73
2. Hj.	656,64	475,09	181,55		9,75	174,97	280,16	541,70
1983 1. Hj.	612,61	432,83	179,78		9,11	176,56	255,69	524,37
2. Hj.	680,57	487,90	192,67		8,93	178,44	289,26	560,82
1984 1. Hj.	645,77	448,40	197,37		8,90	180,81	269,59	548,09
2. Hj.	715,90	504,45	211,45		9,01	181,98	304,67	584,20
1985 1. Hj. } 6)	675,13	464,21	210,92		9,10	185,95	283,60	568,38
2. Hj.	751,56	525,22	226,34		9,22	187,55	322,17	607,72
1986 1. Hj.	705,16	487,02	218,14		9,08	191,02	296,40	590,70

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 32*

verwendung der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote[2]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	− 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	− 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	92,06	−11,86	103,92	*15,1*	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	94,14	− 2,95	97,09	*13,3*	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	88,30	− 6,40	94,70	*12,2*	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	95,70	− 4,08	99,78	*12,0*	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	99,61	−13,43	113,04	*12,6*	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	92,75	−30,49	123,24	*12,8*	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	81,93	−55,91	137,84	*13,4*	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	88,23	−46,15	134,38	*12,8*	19,76	37,52	116,62	1982
964,16	87,30	−33,73	121,03	*11,2*	22,26	39,12	104,17	1983
1002,84	90,18	−39,27	129,45	*11,4*	23,03	41,55	110,93	1984 } 3)
1041,79	...	...	134,31	*11,4*	22,74	42,04	115,01	1985 }
401,88	.	.	59,60	*12,9*	10,41	17,75	52,26	1980 1. Hj.
438,90	.	.	63,64	*12,7*	11,25	19,24	55,65	2. Hj.
423,30	.	.	67,90	*13,8*	10,56	18,43	60,03	1981 1. Hj.
464,55	.	.	69,94	*13,1*	11,35	19,65	61,64	2. Hj.
442,58	.	.	68,15	*13,3*	9,36	18,54	58,97	1982 1. Hj.
475,47	.	.	66,23	*12,2*	10,40	18,98	57,65	2. Hj.
464,40	.	.	59,97	*11,4*	10,88	19,18	51,67	1983 1. Hj.
499,76	.	.	61,06	*10,9*	11,38	19,94	52,50	2. Hj.
485,42	.	.	62,67	*11,4*	11,35	20,32	53,70	1984 1. Hj.
517,42	.	.	66,78	*11,4*	11,68	21,23	57,23	2. Hj.
500,22	.	.	68,16	*12,0*	11,16	20,74	58,58	1985 1. Hj. } 3)
541,57	.	.	66,15	*10,9*	11,58	21,30	56,43	2. Hj.
519,26	.	.	71,44	*12,1*	11,01	21,53	60,92	1986 1. Hj.

[1]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[2]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1])
Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[2]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[3])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für die Haushaltsführung	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr[4]) und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit[5])	Güter für die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[6])
					in jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983	935,14	227,52	84,21	140,56	54,49	88,54	44,97	144,24	92,95	57,66
1984 [7])	975,73	232,25	86,59	150,09	59,76	91,25	47,46	149,54	95,83	62,96
1985 [7])	1014,06	235,66	90,10	159,34	64,88	92,44	49,47	156,54	99,36	66,27
					in Preisen von 1980					
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983	815,84	199,45	74,74	122,26	44,10	77,99	38,21	124,34	84,54	50,21
1984 [7])	831,48	200,67	75,08	125,74	46,72	78,86	39,57	126,03	85,42	53,39
1985 [7])	846,71	202,10	76,33	129,33	49,22	78,65	40,51	128,85	87,35	54,37

[1]) Im Inland, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [3]) Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [4]) Einschließlich Kraftstoffe. — [5]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [6]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr[1]	Letzte Verwendung von Gütern[2]	Ausfuhr[1]	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt[3]	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983	112,1	115,3	112,8	111,9	113,1	114,8	111,5	110,0	113,1	108,1
1984 } [4]	114,3	120,5	115,7	115,6	115,7	117,7	113,4	112,6	115,3	111,0
1985 } [4]	116,8	123,1	118,3	118,6	118,1	120,2	115,9	114,5	117,9	112,0
1981 1. Vj.	100,6	106,6	101,9	102,7	101,7	103,6	97,7	102,7	102,7	102,7
2. Vj.	102,9	110,6	104,6	105,1	104,4	105,7	101,0	104,9	104,6	105,1
3. Vj.	103,9	113,4	106,1	106,6	105,9	107,0	102,7	105,2	104,5	105,7
4. Vj.	108,4	113,8	109,6	107,5	110,3	108,0	117,6	106,2	106,9	105,7
1982 1. Vj.	105,9	113,4	107,6	108,1	107,4	109,5	102,0	107,2	108,2	106,6
2. Vj.	107,3	113,9	108,8	109,9	108,4	110,7	103,0	108,1	110,4	106,9
3. Vj.	108,6	114,3	109,9	110,2	109,8	112,2	106,3	107,9	109,7	106,9
4. Vj.	112,4	116,1	113,1	110,9	113,9	112,4	121,9	108,3	111,0	106,4
1983 1. Vj.	109,7	114,3	110,7	110,4	110,8	113,8	105,1	108,7	111,4	106,9
2. Vj.	110,6	113,3	111,2	111,2	111,2	114,4	105,1	109,6	113,2	107,6
3. Vj.	112,0	115,8	112,8	112,3	113,0	115,4	109,8	110,2	113,2	108,6
4. Vj.	115,9	117,8	116,3	113,6	117,2	115,6	125,0	111,2	114,1	109,1
1984 1. Vj.	112,4	119,5	114,0	114,2	114,0	117,2	107,2	111,9	114,4	110,4
2. Vj.	113,0	119,6	114,5	115,1	114,3	117,8	107,8	112,2	114,6	111,0
3. Vj.	113,6	120,4	115,2	115,7	115,0	117,8	110,0	112,7	115,3	111,2
4. Vj.	117,9	122,6	118,9	117,1	119,6	118,0	127,2	113,4	116,3	111,3
1985 1. Vj. } [4]	114,7	124,7	117,0	117,8	116,7	119,8	110,3	114,6	117,2	112,5
2. Vj.	115,2	125,2	117,5	119,1	116,9	120,6	110,6	114,0	118,1	111,5
3. Vj.	116,4	122,6	117,8	119,1	117,4	120,4	112,7	114,2	118,2	111,9
4. Vj.	120,8	119,8	120,6	118,6	121,4	119,9	128,7	115,0	117,9	112,5
1986 1. Vj.	118,1	115,9	117,6	117,9	117,5	120,2	112,1	115,9	118,3	113,9
2. Vj.	119,6	110,2	117,3	117,1	117,4	119,8	113,7	115,7	119,0	113,5

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — [2]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — [3]) Einschließlich Vorratsveränderung. — [4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 35*

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen [2]	insgesamt	Staatsverbrauch [3]	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte [4]	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983	774,14	414,87	290,37	68,90	816,44	336,21	357,19	295,04	62,15
1984 [10]	815,33	439,26	304,63	71,44	849,01	350,23	370,15	298,98	71,17
1985 [10]	854,96	459,49	320,29	75,18	874,79	365,71	377,86	306,19	71,67
1980 1. Hj.	322,32	180,30	118,41	23,61	343,78	137,45	152,80	125,30	27,50
2. Hj.	357,07	200,84	130,20	26,03	378,58	160,34	156,34	127,63	28,71
1981 1. Hj.	337,03	182,37	128,14	26,52	368,76	148,77	164,25	136,33	27,92
2. Hj.	372,49	204,08	140,68	27,73	397,41	169,39	167,05	138,25	28,80
1982 1. Hj.	359,00	186,68	136,65	35,67	383,02	152,93	172,60	145,64	26,96
2. Hj.	384,50	208,39	147,83	28,28	412,96	173,26	176,57	145,43	31,14
1983 1. Hj.	369,16	192,40	138,32	38,44	391,22	155,17	176,66	147,53	29,13
2. Hj.	404,98	222,47	152,05	30,46	425,22	181,04	180,53	147,51	33,02
1984 1. Hj.	386,54	207,18	143,81	35,55	405,14	161,63	182,63	149,91	32,72
2. Hj.	428,79	232,08	160,82	35,89	443,87	188,60	187,52	149,07	38,45
1985 1. Hj. [10]	403,06	215,52	150,97	36,57	417,56	168,46	187,42	153,35	34,07
2. Hj. [10]	451,90	243,97	169,32	38,61	457,23	197,25	190,44	152,84	37,60
1986 1. Hj.	421,72	221,97	158,61	41,14	432,05	175,98	191,99	156,80	35,19

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[2] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

[3] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 35*

gaben des Staates[1])

gaben				Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen[5])	Bruttoinvestitionen	Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo[6])	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[7])	Staatsquote[8])	Abgabenquote[9])	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	303,9	*32,8*	*33,3*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	335,2	*33,8*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,4	*35,2*	*35,0*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	398,2	*35,3*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	429,8	*35,6*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	466,9	*36,5*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,3	*36,1*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,7	*36,7*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,8	*38,0*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,0	*38,9*	*37,4*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	*39,1*	*36,5*	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	762,7	*39,9*	*37,5*	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	837,9	*40,7*	*38,0*	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,03	918,90	925,6	*41,8*	*40,3*	1973
12,15	40,13	21,62	− 12,78	985,60	1 018,5	*43,7*	*40,9*	1974
14,18	40,33	22,68	− 57,61	1 029,40	1 101,1	*46,2*	*40,9*	1975
17,45	39,49	27,85	− 38,13	1 126,20	1 167,9	*46,8*	*42,1*	1976
20,41	39,34	30,10	− 28,88	1 199,20	1 240,0	*47,0*	*43,2*	1977
21,53	42,78	28,02	− 31,44	1 291,60	1 325,1	*46,8*	*42,4*	1978
24,10	47,81	30,85	− 35,63	1 396,60	1 413,2	*47,4*	*42,2*	1979
28,55	53,59	33,29	− 42,97	1 485,20	1 519,4	*47,5*	*42,4*	1980
35,47	50,02	31,22	− 56,65	1 545,10	1 613,9	*47,5*	*42,4*	1981
44,03	45,26	31,33	− 52,48	1 597,10	1 715,7	*46,4*	*42,5*	1982
50,09	41,77	31,18	− 42,30	1 679,30	1 795,6	*45,5*	*42,0*	1983
52,72	41,74	34,17	− 33,68	1 763,10	1 861,9	*45,6*	*42,2*	1984 } [10])
55,30	42,13	33,79	− 19,83	1 847,00	1 929,1	*45,3*	*42,2*	1985 }
14,43	24,59	14,51	− 21,46	717,40				1980 1. Hj.
14,12	29,00	18,78	− 21,51	767,80				2. Hj.
19,36	23,16	13,22	− 31,73	738,50				1981 1. Hj.
16,11	26,86	18,00	− 24,92	806,60				2. Hj.
24,35	20,31	12,83	− 24,02	769,80				1982 1. Hj.
19,68	24,95	18,50	− 28,46	827,30				2. Hj.
27,54	18,29	13,56	− 22,06	803,50				1983 1. Hj.
22,55	23,48	17,62	− 20,24	875,80				2. Hj.
28,40	17,98	14,50	− 18,60	844,10				1984 1. Hj.
24,32	23,76	19,67	− 15,08	919,00				2. Hj.
30,18	17,45	14,05	− 14,50	878,80				1985 1. Hj. } [10])
25,12	24,68	19,74	− 5,33	968,20				2. Hj.
32,46	18,88	12,74	− 10,33	931,60				1986 1. Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Überschuß: +, Defizit: −.
[7]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[10]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 35*

Einnahmen und
Gebietskörperschaften
Mrd

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[2])	insgesamt	Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[5])
						zusammen[3])	darunter		
							private Haushalte[4])	Unternehmen und übrige Welt	
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,19	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983	496,54	414,87	81,67	538,79	232,25	186,14	87,22	58,31	50,08
1984 } [1])	523,96	439,26	84,70	557,41	238,73	193,13	87,79	65,03	52,70
1985 }	548,73	459,49	89,24	574,83	248,32	198,60	90,11	66,52	55,28

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3]) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 35*

Ausgaben des Staates[1])
und Sozialversicherung
DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen[6])	Finanzierungssaldo[7])	insgesamt[8])	Sozialbeiträge[9])	insgesamt[10])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo[7])	Zeitraum
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971
33,45	17,42	−12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972
34,61	18,61	− 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+13,41	1973
39,36	21,42	−16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974
39,67	22,54	−55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	− 2,31	1975
38,81	27,30	−38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976
38,63	29,18	−25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	− 3,61	1977
42,21	26,89	−29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	− 1,66	1978
47,15	29,88	−35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979
52,77	32,28	−46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980
48,89	30,29	−62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981
44,05	30,32	−60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982
40,48	29,84	−42,25	318,38	270,18	318,43	210,96	103,96	− 0,05	1983
40,57	32,28	−33,45	331,82	283,79	332,05	214,86	111,50	− 0,23	1984
41,09	31,54	−26,10	348,33	298,46	342,06	219,24	117,39	+ 6,27	1985 [11])

[7]) Überschuß: +, Defizit: −.
[8]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[9]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[10]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.
[11]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	−55,29	56,16
1984	583,10	185,27	156,97	53,26	47,80	537,00	414,69	.	−46,06	49,83
1985	603,40	191,64	163,44	55,78	49,78	564,38	437,00	.	−38,96	40,53
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,79	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	−22,74	22,39

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1984 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1984 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1985 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1984 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 36*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder[2])									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64
1984	234,30	100,29	22,86	17,53	10,14	215,94	150,18	23,39	−18,34	19,39
1985	243,31	103,74	24,71	18,60	10,42	226,31	159,12	24,00	−16,97	17,19
	Gemeinden und Gemeindeverbände[3])									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68
1984	154,09	49,52	24,31	8,01	30,54	155,77	52,66	30,57	+ 1,68	1,27
1985	162,59	51,22	26,60	7,99	31,98	163,45	56,35	32,39	+ 0,86	1,13

[1]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[2]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 37*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz[2]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer[3]
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 199	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1983 1. Vj.	91 858	28 750	7 629	5 208	26 660	3 579	2 108	1 252	1 603	6 698
2. Vj.	91 665	28 485	5 714	5 819	24 694	5 384	3 342	1 231	1 915	6 536
3. Vj.	99 914	32 895	7 076	5 315	25 991	6 075	3 658	1 199	1 905	6 443
4. Vj.	113 138	38 758	7 857	7 332	28 527	8 300	4 773	1 310	1 561	6 508
1984 1. Vj.	99 299	31 961	7 083	5 746	29 013	3 646	2 155	1 136	1 746	7 282
2. Vj.	97 187	30 193	5 337	6 789	26 877	5 844	3 423	1 100	2 010	6 941
3. Vj.	101 923	34 072	6 253	5 873	26 109	6 167	3 608	1 096	1 942	6 853
4. Vj.	116 288	40 124	7 695	7 903	28 485	8 376	5 244	1 160	1 586	7 245
1985 1. Vj.	101 943	33 439	7 598	6 894	28 540	3 650	2 099	1 092	1 810	7 449
2. Vj.	102 918	33 140	5 522	8 255	26 530	5 797	3 555	1 061	2 199	7 577
3. Vj.	109 163	37 180	6 951	8 273	25 736	6 439	3 607	1 048	1 834	7 632
4. Vj.	123 175	43 870	8 497	8 414	29 019	8 634	5 191	1 085	1 506	8 100
1986 1. Vj.	105 297	33 680	8 512	7 989	28 588	3 681	2 102	1 048	1 928	7 477
2. Vj.	107 458	34 521	5 273	8 434	26 692	6 420	3 480	1 050	2 954	7 951
3. Vj.[5]	...	38 760	7 156	7 640	26 525	6 748	3 795	1 062	2 587	...

[1] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[4] Ohne Saarland.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 38*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])	Darlehen von Nichtbanken: Sozialversicherungen[8])	Darlehen von Nichtbanken: sonstige[9])
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1985 Mär	736 424	348 230	232 297	113 300	181 596	456 887	9 508	27 832
Jun	740 683	384 353	236 655	113 200	189 707	458 923	9 252	27 862
Sep	745 376	387 342	237 879	113 700	198 835	457 768	9 074	27 756
Dez	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986 Mär	771 405	401 324	249 167	114 500	220 384	460 034	8 592	26 401
Jun	770 709	397 590	252 018	114 800	227 745	456 759	8 505	26 494

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3 bis 8 erläutert.
[3]) Ab Ende 1973 einschließlich Auftragsfinanzierung Öffa und Krankenhausfinanzierung; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[8]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.
[9]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [4]	Finanzielle Sektoren zusammen [1] [5]	Sektoren insgesamt [1]
	private Haushalte	Unternehmen einschl. [1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [2]	Sozialversicherung [3]	zusammen [1]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	28,36	20,66	7,70	14,55	2,79	61,81	– 3,93	1,27	59,15
1961	19,09	24,30	16,47	7,83	14,32	5,10	62,81	– 2,30	2,53	63,04
1962	19,32	27,51	20,56	6,95	14,79	3,30	64,92	1,30	1,13	67,35
1963	23,00	22,10	14,78	7,32	15,92	3,07	64,09	– 0,17	1,40	65,32
1964	28,39	27,14	17,93	9,21	18,42	3,77	77,72	– 0,17	1,59	79,14
1965	34,44	28,07	18,55	9,52	12,46	3,71	78,68	6,57	2,04	87,29
1966	33,91	27,71	16,15	11,56	14,79	3,42	79,83	– 0,55	2,42	81,70
1967	31,93	30,05	16,68	13,37	10,63	– 1,00	71,61	–10,35	1,90	63,16
1968	38,64	33,67	19,71	13,96	14,32	– 0,32	86,31	–11,71	2,24	76,84
1969	45,46	29,84	19,65	10,19	26,36	1,14	102,80	– 7,92	3,12	98,00
1970	54,67	32,95	21,46	11,49	22,88	6,49	116,99	– 3,14	4,37	118,22
1971	60,01	32,46	15,92	16,54	21,51	7,44	121,42	– 2,11	3,77	123,08
1972	69,60	30,29	15,65	14,64	16,50	8,81	125,20	– 2,59	6,00	128,61
1973	72,28	26,89	15,94	10,95	27,71	13,79	140,67	–11,36	7,86	137,17
1974	83,24	19,87	2,51	17,36	17,18	4,76	125,05	–25,89	12,09	111,25
1975	96,38	13,51	0,41	13,10	–21,17	– 1,82	86,90	–10,06	11,23	88,07
1976	87,15	34,71	21,75	12,96	– 6,14	1,30	117,02	– 8,74	10,31	118,59
1977	83,41	29,08	19,84	9,24	6,75	– 3,14	116,10	– 8,26	11,13	118,97
1978	86,04	41,79	40,13	1,66	5,22	– 1,35	131,70	–16,95	14,14	128,89
1979	97,73	37,63	38,70	– 1,07	3,18	0,64	139,18	13,20	17,90	170,28
1980	107,91	15,40	11,51	3,89	– 3,26	4,46	124,51	30,63	20,72	175,86
1981	121,67	–7,86	–13,07	5,21	–24,13	7,07	96,75	14,96	23,49	135,20
1982	115,71	2,11	– 9,55	11,66	–27,12	8,66	99,36	– 5,87	20,79	114,28
1983	104,17	22,83	19,11	3,72	–13,29	0,81	114,52	– 8,07	24,14	130,59
1984	110,93	21,89	13,05	8,84	– 4,97	0,47	128,32	–15,67	25,58	138,23
1985	115,01	27,41	17,30	10,11	2,42	6,81	151,65	–38,04	22,42	136,03
1986 1. Hj.	60,92	35,17	25,28	9,89	1,78	0,04	97,91	–31,52	3,43	69,82
	II. Nettoinvestitionen [7] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	49,82	32,51	17,31	8,41	0,19	58,42	—	0,73	59,15
1961	—	51,92	32,94	18,98	10,06	0,14	62,12	—	0,92	63,04
1962	—	53,48	33,05	20,43	12,67	0,21	66,36	—	0,99	67,35
1963	—	48,77	27,73	21,04	15,33	0,21	64,31	—	1,01	65,32
1964	—	58,88	34,06	24,82	18,95	0,19	78,02	—	1,12	79,14
1965	—	67,02	40,36	26,66	18,72	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,11	32,77	28,34	18,78	0,27	80,16	—	1,54	81,70
1967	—	45,09	17,76	27,33	16,34	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,08	98,00
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,87	0,25	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,97	47,15	48,82	29,40	0,28	125,65	—	2,96	128,61
1973	—	103,56	51,53	52,03	30,10	0,38	134,04	—	3,13	137,17
1974	—	72,65	29,58	43,07	34,30	0,61	107,56	—	3,69	111,25
1975	—	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	—	3,70	88,07
1976	—	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	—	3,80	118,59
1977	—	83,11	40,07	43,04	32,10	0,47	115,68	—	3,29	118,97
1978	—	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	—	2,59	128,89
1979	—	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	—	2,13	170,28
1980	—	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	—	3,41	175,86
1981	—	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,71	—	3,49	135,20
1982	—	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	—	4,34	114,28
1983	—	95,18	35,22	59,96	28,96	0,86	125,00	—	5,59	130,59
1984	—	103,37	40,81	62,56	28,46	0,70	132,53	—	5,70	138,23
1985	—	102,00	52,10	49,90	28,50	0,54	131,04	—	5,00	136,03
1986 1. Hj.	—	56,30	36,84	19,46	11,84	0,28	68,42	—	1,41	69,82
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,25	0,81	9,11	2,67	35,57	8,37	34,80	78,75
1961	20,41	9,82	9,84	0,27	9,52	4,77	42,52	3,62	41,71	87,85
1962	21,53	5,80	6,53	– 0,42	5,70	3,04	35,72	5,03	33,02	73,77
1963	24,45	8,67	8,86	0,22	7,03	2,86	42,42	7,32	41,46	91,20
1964	29,72	10,54	10,57	0,45	6,38	3,58	49,18	8,02	42,85	100,05
1965	36,28	11,56	12,06	– 0,04	3,37	3,54	53,25	10,28	47,88	111,41
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	4,73	3,19	49,59	7,70	46,26	103,54
1967	33,75	18,71	18,95	0,28	10,25	– 1,12	59,98	4,53	60,05	124,56
1968	42,06	17,88	17,55	0,62	8,41	– 0,61	68,44	12,85	78,54	159,83
1969	50,58	19,21	19,90	– 0,32	6,89	0,86	78,15	12,16	81,48	171,79
1970	59,02	22,70	23,49	– 0,56	4,12	6,30	91,76	33,22	102,00	226,98
1971	67,22	30,33	30,56	0,11	7,24	7,27	110,01	20,85	112,14	243,01

[1] Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [2] Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[3] Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [4] Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

noch Tabelle 39*

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [4]	Finanzielle Sektoren zusammen [1] [5]	Sektoren insgesamt [1]
	private Haushalte	Unternehmen einschl. [1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [2]	Sozialversicherung [3]	zusammen [1]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1972	80,04	35,72	35,64	0,64	4,01	8,61	126,42	19,53	138,03	283,97
1973	77,56	24,85	24,62	0,75	17,96	13,28	129,73	26,11	132,13	287,97
1974	83,64	33,31	34,06	– 0,36	8,33	4,17	127,93	17,10	116,72	261,75
1975	104,03	31,45	31,77	– 0,14	14,23	0,20	142,72	28,01	168,20	338,93
1976	101,77	45,49	45,00	0,55	2,77	0,79	155,86	36,60	157,74	350,20
1977	98,56	40,22	39,04	1,00	9,59	–3,58	146,82	29,77	166,96	343,56
1978	104,46	52,47	50,71	1,50	12,96	–1,60	169,90	41,60	225,15	436,65
1979	118,20	45,56	43,40	1,80	5,98	0,22	170,58	42,18	186,06	398,81
1980	120,34	42,36	40,07	2,00	7,76	4,06	175,09	63,43	189,84	428,35
1981	128,96	57,34	55,12	2,00	13,37	6,37	206,20	60,20	210,87	477,27
1982	124,93	50,22	47,72	2,20	8,60	7,70	191,71	34,34	202,37	428,41
1983	116,47	65,63	62,56	2,80	14,47	–0,00	196,33	28,79	208,66	433,78
1984	121,19	59,22	58,84	1,20	14,04	–0,38	194,49	61,74	205,21	461,44
1985 [6]	127,39	46,57	50,64	– 1,00	18,30	6,35	198,39	70,58	225,34	494,30
1986 1. Hj.	67,18	9,02	9,05	– 0,56	2,53	–0,11	78,71	40,72	82,15	201,58
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	28,21	18,10	10,42	2,97	0,07	32,18	12,30	34,26	78,75
1961	1,32	37,43	26,30	11,42	5,26	–0,19	41,82	5,92	40,11	87,85
1962	2,21	31,77	19,02	13,06	3,58	–0,05	37,16	3,73	32,88	73,77
1963	1,45	35,34	21,81	13,94	6,44	0,00	42,64	7,49	41,08	91,20
1964	1,33	42,28	26,70	16,06	6,91	0,00	49,48	8,19	42,38	100,05
1965	1,84	50,50	33,86	17,10	9,63	0,03	60,50	3,71	47,19	111,41
1966	0,68	41,93	25,38	17,11	8,72	0,04	49,92	8,25	45,38	103,54
1967	1,82	33,75	20,03	14,24	15,96	0,14	50,06	14,88	59,62	124,56
1968	3,42	41,18	27,44	14,02	12,09	–0,09	57,30	24,56	77,98	159,83
1969	5,12	64,30	47,04	17,63	1,31	–0,07	71,27	20,08	80,43	171,79
1970	4,35	77,70	57,94	19,99	9,09	–0,02	90,74	36,36	99,88	226,98
1971	7,21	88,32	65,25	23,41	15,60	0,08	109,16	22,96	110,88	243,01
1972	10,44	101,40	67,14	34,82	16,91	0,08	126,87	22,12	134,99	283,97
1973	5,28	101,52	60,21	41,83	20,35	–0,13	123,10	37,47	127,40	287,97
1974	0,40	86,09	61,13	25,35	25,45	0,02	110,44	42,99	108,32	261,75
1975	7,65	67,68	45,03	22,83	69,54	2,51	140,19	38,07	160,67	338,93
1976	14,62	92,27	65,04	27,29	41,74	–0,04	153,63	45,34	151,23	350,20
1977	15,15	94,25	59,27	34,80	34,94	0,03	146,40	38,03	159,12	343,56
1978	18,42	101,66	54,62	46,78	42,75	0,06	164,50	58,55	213,60	436,65
1979	20,47	136,61	77,68	58,57	41,90	–0,05	199,55	28,98	170,29	398,81
1980	12,43	155,32	94,65	60,39	54,63	0,09	223,04	32,80	172,51	428,35
1981	7,29	157,37	100,94	56,21	76,27	0,07	241,16	45,24	190,87	477,27
1982	9,22	124,06	78,50	45,26	68,90	–0,15	202,29	40,21	185,92	428,41
1983	12,30	137,98	78,67	59,04	56,72	0,05	206,81	36,86	190,11	433,78
1984	10,26	140,70	86,60	54,92	47,47	–0,15	198,70	77,41	185,33	461,44
1985 [6]	12,38	121,16	85,44	38,79	44,38	0,08	177,77	108,62	207,92	494,30
1986 1. Hj.	6,26	30,15	20,61	9,01	12,59	0,13	49,22	72,24	80,12	201,58
	V. Finanzierungssaldo [6] (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1960	16,11	– 21,46	–11,85	– 9,61	6,14	2,60	3,39	– 3,93	0,54	—
1961	19,09	– 27,62	–16,47	–11,15	4,26	4,96	0,69	– 2,30	1,61	—
1962	19,32	– 25,97	–12,49	–13,48	2,12	3,09	– 1,44	1,30	0,14	—
1963	23,00	– 26,67	–12,95	–13,72	0,59	2,86	– 0,22	– 0,17	0,39	—
1964	28,39	– 31,74	–16,13	–15,61	– 0,53	3,58	– 0,30	– 0,17	0,47	—
1965	34,44	– 38,95	–21,81	–17,14	– 6,26	3,51	– 7,26	6,57	0,69	—
1966	33,91	– 33,40	–16,62	–16,78	– 3,99	3,15	– 0,33	– 0,55	0,88	—
1967	31,93	– 15,04	– 1,08	–13,96	– 5,71	–1,26	9,92	–10,35	0,43	—
1968	38,64	– 23,30	– 9,90	–13,40	– 3,68	–0,52	11,14	–11,71	0,57	—
1969	45,46	– 45,10	–27,15	–17,95	5,58	0,93	6,88	– 7,92	1,05	—
1970	54,67	– 55,00	–34,45	–20,55	– 4,97	6,32	1,02	– 3,14	2,12	—
1971	60,01	– 57,99	–34,69	–23,30	– 8,36	7,19	0,85	– 2,11	1,26	—
1972	69,60	– 65,68	–31,50	–34,18	–12,90	8,53	– 0,45	– 2,59	3,04	—
1973	72,28	– 76,67	–35,59	–41,08	– 2,39	13,41	6,63	–11,36	4,73	—
1974	83,24	– 52,78	–27,07	–25,71	–17,12	4,15	17,49	–25,89	8,40	—
1975	96,38	– 36,23	–13,26	–22,97	–55,31	–2,31	2,53	–10,06	7,53	—
1976	87,15	– 46,78	–20,04	–26,74	–38,97	0,83	2,23	– 8,74	6,51	—
1977	83,41	– 54,03	–20,23	–33,80	–25,35	–3,61	0,42	– 8,26	7,84	—
1978	86,04	– 49,19	– 3,91	–45,28	–29,79	–1,66	5,40	–16,95	11,55	—
1979	97,73	– 91,05	–34,28	–56,77	–35,92	0,27	–28,97	13,20	15,77	—
1980	107,91	–112,95	–54,56	–58,39	–46,87	3,97	–47,94	30,63	17,31	—
1981	121,67	–100,03	–45,82	–54,21	–62,90	6,30	–34,96	14,96	20,00	—
1982	115,71	– 73,84	–30,78	–43,06	–60,30	7,85	–10,58	– 5,87	16,45	—
1983	104,17	– 72,35	–16,11	–56,24	–42,25	–0,05	–10,48	– 8,07	18,55	—
1984	110,93	– 81,48	–27,76	–53,72	–33,43	–0,23	– 4,21	–15,67	19,88	—
1985 [6]	115,01	– 74,58	–34,79	–39,79	–26,08	6,27	20,62	–38,04	17,42	—
1986 1. Hj.	60,92	– 21,13	–11,56	– 9,57	–10,06	–0,24	29,49	–31,52	2,03	—

[5] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [6] Vorläufige Ergebnisse. — [7] Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8] Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 40*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland[3]			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen[2]	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	− 1,88
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	−12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 3,06
1985	+ 98,13	−2,47	+100,60	+ 81,68	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 0,35
1983 1. Vj.	+ 4,35	+5,18	− 0,84	− 5,08	+ 4,24	+ 6,74	+12,40	− 5,66	+ 3,79
2. Vj.	+ 30,57	−3,03	+ 33,61	+ 30,22	+ 3,39	− 9,05	−13,71	+ 4,66	+ 2,87
3. Vj.	+ 25,71	−0,21	+ 25,93	+ 25,41	+ 0,52	− 5,03	− 2,44	− 2,59	− 1,25
4. Vj.	+ 52,55	−0,05	+ 52,60	+ 41,47	+11,13	+ 8,54	− 0,32	+ 8,86	+ 2,66
1984 1. Vj.	− 0,99	−0,99	− 0,00	+ 6,20	− 6,21	+ 7,11	+ 6,81	+ 0,30	− 1,08
2. Vj.	+ 28,29	−0,92	+ 29,21	+ 26,28	+ 2,93	− 1,78	− 0,70	− 1,08	+ 4,63
3. Vj.	+ 33,13	−0,85	+ 33,98	+ 24,93	+ 9,05	− 9,60	− 7,24	− 2,36	+ 1,10
4. Vj.	+ 47,63	+0,82	+ 46,81	+ 33,52	+13,28	+ 5,10	− 2,02	+ 7,12	− 1,59
1985 1. Vj.	+ 20,48	+3,86	+ 16,62	+ 13,08	+ 3,54	− 0,87	−12,66	+11,79	+ 6,10
2. Vj.	+ 20,75	−6,17	+ 26,91	+ 23,32	+ 3,60	+ 9,99	+ 5,97	+ 4,02	− 0,74
3. Vj.	+ 11,70	−0,96	+ 12,66	+ 9,70	+ 2,97	+ 4,23	+ 5,69	− 1,47	− 1,36
4. Vj.	+ 45,20	+0,80	+ 44,40	+ 35,58	+ 8,82	+16,61	+ 2,25	+14,36	− 3,66
1986 1. Vj.	+ 6,14	+3,81	+ 2,33	+ 8,38	− 6,05	+ 5,55	+ 2,15	+ 3,41	− 4,48
2. Vj.	+ 23,77	−1,96	+ 25,73	+ 25,80	− 0,07	+ 5,40	− 8,04	+13,45	− 0,72
3. Vj.	+ 14,21	−0,34	+ 14,55	+ 12,55	+ 2,00	+17,39	+ 8,85	+ 8,54	− 3,36

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 40*

stände im Bilanzzusammenhang[1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen[4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse[7])	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
						Geldvolumen M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
	darunter				insgesamt	zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen)[8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
insgesamt[5])	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist[6])						zusammen	darunter unter 3 Monaten		
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	– 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	– 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	– 0,40	+21,40	–21,79	–17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	–10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	– 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	– 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	– 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	– 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	– 2,16	+39,54	+23,51	– 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	– 9,58	– 9,38	+32,20	1983
+69,73	+26,27	+22,33	– 1,18	– 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+74,99	+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,45	+45,39	+23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+12,18	+ 5,90	– 3,37	+ 0,42	+10,49	–12,01	–24,17	– 9,64	–14,52	–11,53	+12,16	1983 1. Vj.
+18,28	+ 7,01	+ 3,38	+ 1,01	– 4,68	+ 6,92	+ 7,00	+14,46	– 7,46	– 6,13	– 0,08	2. Vj.
+ 6,34	+ 6,29	– 4,47	+ 0,96	+ 7,20	+ 6,20	+ 2,31	– 3,91	+ 6,22	+ 5,25	+ 3,89	3. Vj.
+30,35	+ 8,04	+15,50	– 1,49	–12,00	+44,24	+28,01	+21,82	+ 6,19	+ 3,03	+16,23	4. Vj.
+28,52	+ 6,49	+ 3,28	+ 1,95	+ 5,19	–29,55	–29,64	–23,25	– 6,38	– 6,74	+ 0,08	1984 1. Vj.
+16,39	+ 6,11	+ 3,27	+ 0,62	– 2,80	+12,30	+16,01	+10,26	+ 5,76	+ 6,46	– 3,72	2. Vj.
+ 6,86	+ 4,73	– 0,27	+ 2,34	+ 6,71	+ 7,62	+ 8,02	– 1,36	+ 9,39	+ 3,16	– 0,41	3. Vj.
+17,96	+ 8,94	+16,04	– 6,09	–10,06	+50,91	+32,54	+32,78	– 0,25	– 0,73	+18,38	4. Vj.
+33,77	+ 9,31	+ 1,07	+ 2,05	+10,04	–26,24	–30,91	–29,01	– 1,90	+ 0,79	+ 4,67	1985 1. Vj.
+13,06	+ 6,48	+ 5,52	+ 2,64	+ 1,26	+13,79	+16,80	+ 9,19	+ 7,61	+ 0,88	– 3,01	2. Vj.
+ 5,50	+ 9,16	+ 0,28	+ 0,86	+ 8,03	+ 1,53	– 1,16	+ 3,39	– 4,55	– 4,75	+ 2,68	3. Vj.
+22,66	+ 9,51	+14,73	– 4,28	–12,88	+56,32	+29,09	+31,94	+ 7,15	+10,29	+17,23	4. Vj.
+25,67	+ 9,93	+ 5,65	+ 2,14	+ 9,17	–25,29	–29,11	–20,66	– 8,45	– 8,08	+ 3,82	1986 1. Vj.
+11,18	+ 8,72	+ 3,81	+ 1,89	– 0,31	+16,40	+14,95	+15,88	– 0,94	+ 0,31	+ 1,46	2. Vj.
+11,81	+ 9,02	+ 0,72	– 2,38	+ 9,96	+12,21	+ 7,78	– 2,34	+10,12	+ 3,97	+ 4,43	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.
[6]) Einschließlich Sparbriefe.
[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).
[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen M 1			Geldvolumen M 2 [3]			Geldvolumen M 3 [4]		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	davon: Bargeldumlauf [1]	davon: Sichteinlagen inländischer Nichtbanken [2]	insgesamt	darunter: Quasigeldbestände zusammen	darunter: Quasigeldbestände mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt	darunter: Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	insgesamt [5]	darunter: kurzfristig [6]	
1955 [7]	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	.	.	66,95	29,28	15,88
1956 [7]	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	.	.	76,03	30,81	17,25
1957 [7]	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	18,85
1958 [7]	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,45
1959	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	24,95
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,24
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,76
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,87
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1985	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	1 548,16	344,78	465,75
1983 1.Vj.	263,40	90,79	172,61	478,03	214,63	147,27	818,95	340,92	1 284,27	296,07	412,95
2.Vj.	277,86	91,46	186,40	485,03	207,17	141,14	825,87	340,84	1 314,48	305,53	416,33
3.Vj.	273,98	94,05	179,92	487,36	213,38	146,39	832,11	344,75	1 339,92	309,57	416,85
4.Vj.	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984 1.Vj.	272,54	94,62	177,92	485,73	213,19	142,72	845,29	359,56	1 384,46	318,51	421,57
2.Vj.	282,80	97,31	185,49	501,74	218,95	149,17	857,59	355,84	1 410,37	328,96	424,50
3.Vj.	281,46	97,37	184,09	509,79	228,33	152,33	865,26	355,47	1 435,34	335,33	433,55
4.Vj.	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1985 1.Vj.	285,22	98,65	186,57	511,41	226,19	152,39	889,92	378,51	1 480,21	342,28	450,37
2.Vj.	294,41	99,76	194,65	528,21	233,80	153,27	903,71	375,50	1 503,22	348,97	453,97
3.Vj.	297,80	100,04	197,76	527,05	229,25	148,52	905,24	378,18	1 512,91	340,72	456,94
4.Vj.	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	1 548,16	344,78	465,75
1986 1.Vj.	313,44	104,19	209,25	547,99	234,55	153,64	960,17	412,18	1 579,21	349,66	460,96
2.Vj.	329,32	105,41	223,92	562,94	233,62	153,95	976,57	413,63	1 606,20	353,38	460,69
3.Vj.	326,98	107,09	219,89	570,26	243,28	157,92	988,32	418,06	1 618,80	343,91	463,34

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3]) Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4]) Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[6]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[7]) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

noch Tabelle 42*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,4	37,1	28,8	38,9	56,5	58,5	51,3	65,9
1963	34,3	37,4	30,0	39,9	57,8	59,1	53,2	66,4
1964	39,5	44,0	34,6	44,7	66,0	69,0	61,0	73,3
1965	42,0	44,3	37,8	48,5	68,3	67,5	64,6	77,8
1966	40,6	44,7	35,2	47,5	64,7	67,6	58,7	74,7
1967	39,2	43,3	33,7	46,4	63,4	67,5	56,6	73,7
1968	45,1	49,1	39,9	51,8	77,8	81,7	71,5	86,8
1969	55,9	58,3	53,8	57,2	94,0	94,8	93,3	93,9
1970	59,1	60,8	57,7	59,7	92,6	93,5	91,3	93,8
1971	59,8	60,4	56,7	66,1	89,1	90,5	83,5	100,0
1972	63,7	64,6	59,7	71,5	92,2	95,3	85,5	103,7
1973	70,8	74,6	67,4	73,6	98,6	105,7	93,4	101,1
1974	73,2	84,8	65,9	74,7	89,9	99,5	83,7	91,5
1975	75,6	77,4	74,6	74,8	89,7	91,2	88,5	89,9
1976	82,0	86,9	78,4	83,3	94,2	99,0	89,9	97,1
1977	84,5	82,6	84,8	86,0	94,7	93,6	93,6	98,2
1978	88,8	85,1	90,6	89,7	98,3	97,1	97,8	100,8
1979	97,1	96,1	98,1	96,4	103,2	103,6	102,9	103,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,8	100,2	98,3	98,2	94,2	94,5	94,3	93,6
1982	98,3	97,3	99,7	96,7	89,3	87,2	90,8	88,9
1983	103,1	103,5	103,6	101,4	92,1	92,7	91,9	91,6
1984	109,5	110,3	110,9	105,5	95,0	95,4	96,1	92,3
1985	116,4	114,0	122,4	107,4	98,5	95,8	103,5	91,5
1981 1. Vj.	101,2	98,9	102,1	102,5	98,7	96,3	99,6	99,7
2. Vj.	98,7	102,8	97,7	95,7	94,5	97,6	94,0	91,6
3. Vj.	94,9	100,1	92,2	93,9	89,6	93,2	87,8	88,7
4. Vj.	100,5	99,1	101,3	100,7	94,0	91,1	95,9	94,3
1982 1. Vj.	101,2	99,3	101,9	102,4	92,8	89,1	94,2	94,7
2. Vj.	96,8	101,2	94,8	95,5	87,8	90,4	86,2	87,8
3. Vj.	91,6	94,3	90,5	90,6	82,8	84,4	81,9	82,9
4. Vj.	103,5	94,3	111,8	98,5	93,6	84,8	100,8	90,0
1983 1. Vj.	106,9	99,3	113,4	103,1	96,3	89,5	101,5	93,8
2. Vj.	100,1	104,4	97,9	99,4	89,6	93,8	86,8	90,1
3. Vj.	97,2	103,0	93,8	96,9	86,6	92,2	82,8	87,3
4. Vj.	108,2	107,5	109,4	106,4	95,9	95,3	96,4	95,2
1984 1. Vj.	115,7	112,6	119,6	111,9	101,5	98,4	104,5	99,1
2. Vj.	104,8*)	110,2*)	103,0*)	101,9	91,2*)	95,5*)	89,4*)	89,4
3. Vj.	104,8	107,7	105,5	99,6	90,6	92,6	91,2	86,6
4. Vj.	112,6	110,9	115,5	108,8	96,9	95,0	99,4	94,1
1985 1. Vj.	117,6	112,3	123,8	111,6	100,3	95,0	105,9	95,8
2. Vj.	114,0	115,9	117,7	104,1	96,3	96,9	99,6	88,7
3. Vj.	113,8	115,3	117,3	104,8	95,9	96,4	98,9	88,9
4. Vj.	120,3	112,6	130,5	109,3	101,4	94,8	109,8	92,7
1986 1. Vj.	119,4	109,6	128,6	112,8	100,4	92,0	107,4	95,4
2. Vj.	120,6	113,8	130,8	108,4	101,5	98,1	108,4	91,4
3. Vj.	116,2	110,5	123,0	109,6	97,9	96,7	101,3	92,3

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

*) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 43*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1985	1 496 553	35 749	1 460 804	461 216	629 266	194 698	175 624
1984 1. Vj.	342 339	9 064	333 275	108 557	135 185	48 067	41 466
2. Vj.	332 978[4])	8 105	324 873[4])	109 989	127 393[4])	44 217	43 273
3. Vj.	345 400	7 928	337 472	110 276	138 619	46 472	42 104
4. Vj.	377 743	9 782	367 961	113 065	161 284	48 850	44 761
1985 1. Vj.	363 345	9 661	353 684	113 157	149 333	48 925	42 269
2. Vj.	371 526	8 455	363 071	118 808	153 986	46 234	44 043
3. Vj.	367 311	8 088	359 224	116 296	150 323	48 981	43 624
4. Vj.	394 370	9 545	384 826	112 955	175 623	50 559	45 689
1986 1. Vj.	357 910	8 932	348 977	105 088	151 577	49 794	42 518
2. Vj.	372 281	7 756	364 525	106 810	165 235	48 421	44 059
3. Vj.	355 875	7 064	348 811	98 943	155 407	50 659	43 802

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[4]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 43*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 052 167	31 216	1 020 951	333 034	373 249	155 611	159 057
1984 1. Vj.	244 947	7 900	237 047	78 443	81 664	39 232	37 708
2. Vj.	239 236[a])	6 880	232 356[a])	80 255	76 612[a])	35 912	39 578
3. Vj.	247 108	6 614	240 494	81 106	83 559	37 567	38 262
4. Vj.	264 644	8 378	256 266	82 078	93 738	39 864	40 586
1985 1. Vj.	255 120	8 369	246 750	80 198	89 018	39 209	38 326
2. Vj.	260 979	7 336	253 643	85 639	91 065	36 917	40 022
3. Vj.	260 224	7 009	253 216	84 925	90 002	38 847	39 443
4. Vj.	275 843	8 501	267 342	82 273	103 164	40 639	41 266
1986 1. Vj.	250 023	7 956	242 067	74 535	89 593	39 425	38 515
2. Vj.	260 256	6 789	253 467	76 368	98 419	38 538	40 141
3. Vj.	252 868	6 291	246 578	71 423	94 941	40 334	39 880

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 43*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	444 386	4 533	439 853	128 182	256 017	39 087	16 567
1984 1. Vj.	97 392	1 163	96 229	30 114	53 521	8 835	3 759
2. Vj.	93 742 *)	1 225	92 517 *)	29 734	50 782 *)	8 305	3 696
3. Vj.	98 292	1 313	96 978	29 171	55 060	8 905	3 843
4. Vj.	113 098	1 404	111 695	30 987	67 546	8 986	4 175
1985 1. Vj.	108 225	1 292	106 933	32 959	60 315	9 716	3 943
2. Vj.	110 547	1 119	109 429	33 169	62 922	9 317	4 021
3. Vj.	107 087	1 079	106 008	31 371	60 321	10 134	4 181
4. Vj.	118 527	1 044	117 484	30 682	72 459	9 920	4 422
1986 1. Vj.	107 887	976	106 911	30 554	61 984	10 369	4 004
2. Vj.	112 025	967	111 058	30 442	66 816	9 883	3 917
3. Vj.	103 006	773	102 233	27 520	60 466	10 325	3 922

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

*) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 44*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1985 1. Vj.	98,9	102,4	101,2	102,4	98,0	107,9	96,1	99,9	103,1	102,6
2. Vj.	104,2	105,1	85,5	105,9	102,5	112,6	95,5	102,1	108,3	99,3
3. Vj.	99,3	99,8	83,8	100,4	98,1	105,3	90,2	100,8	104,5	91,2
4. Vj.	109,7	111,1	94,0	111,8	97,8	124,8	98,5	113,1	129,5	102,3
1986 1. Vj.	100,8	104,4	96,3	104,7	97,7	112,9	97,1	99,8	109,2	102,8
2. Vj.	108,8	110,4	86,1	111,3	103,0	122,8	98,4	102,9	120,3	104,9
3. Vj.	100,7	101,4	79,1	102,2	95,8	108,9	92,8	104,7	106,7	93,0

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff. und 12/1983, S. 931 ff.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 45*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [1]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1983 1. Vj.	6 963	4 776	230	185	6 734	4 591
2. Vj.	6 907	4 742	227	183	6 680	4 559
3. Vj.	6 930	4 771	227	182	6 703	4 588
4. Vj.	6 908	4 745	226	182	6 682	4 563
1984 1. Vj.	6 826	4 679	222	178	6 604	4 500
2. Vj.	6 815	4 674	217	174	6 597	4 500
3. Vj.	6 882	4 734	216	172	6 667	4 561
4. Vj.	6 892	4 731	215	173	6 676	4 558
1985 1. Vj.	6 861	4 702	213	170	6 648	4 532
2. Vj.	6 891	4 730	211	169	6 680	4 561
3. Vj.	7 004	4 824	214	172	6 789	4 653
4. Vj.	7 016	4 819	212	170	6 804	4 649
1986 1. Vj.	6 994	4 796	210	168	6 784	4 628
2. Vj.	7 027	4 822	209	167	6 818	4 655
3. Vj.	7 122	4 896	210	168	6 913	4 729

[1] Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 45*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1 000

arbeitendes Gewerbe								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 395	916	3 538	2 362	1 349	1 019	451	293	1983 1. Vj.
1 394	920	3 499	2 337	1 337	1 010	449	292	2. Vj.
1 398	924	3 506	2 347	1 340	1 014	459	303	3. Vj.
1 389	914	3 500	2 340	1 336	1 010	456	299	4. Vj.
1 365	893	3 467	2 313	1 328	1 005	444	289	1984 1. Vj.
1 370	899	3 459	2 308	1 325	1 003	443	289	2. Vj.
1 380	907	3 501	2 345	1 330	1 008	456	301	3. Vj.
1 372	897	3 524	2 359	1 327	1 003	454	299	4. Vj.
1 350	879	3 538	2 368	1 317	996	443	288	1985 1. Vj.
1 364	894	3 563	2 389	1 313	993	440	286	2. Vj.
1 382	908	3 635	2 446	1 321	1 000	452	298	3. Vj.
1 375	899	3 663	2 461	1 318	996	447	293	4. Vj.
1 351	877	3 684	2 474	1 313	993	436	284	1986 1. Vj.
1 363	889	3 709	2 490	1 310	991	436	285	2. Vj.
1 378	901	3 765	2 532	1 318	998	451	298	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1983 1. Vj.	2 014	73	1 941	385	985	434	136
2. Vj.	1 979	66	1 913	392	968	419	134
3. Vj.	1 915	64	1 851	379	926	406	140
4. Vj.	2 011	68	1 943	391	981	430	141
1984 1. Vj.	2 049	69	1 980	393	1 009	443	135
2. Vj.	1 886[3])	61	1 825[3])	383[3])	899[3])	411	132
3. Vj.	1 894	61	1 833	374	925	398	135
4. Vj.	2 012	62	1 950	385	1 000	425	140
1985 1. Vj.	2 003	65	1 938	372	1 010	424	131
2. Vj.	1 950	60	1 890	378	979	404	129
3. Vj.	1 948	63	1 885	376	975	398	135
4. Vj.	2 009	62	1 947	380	1 015	416	136
1986 1. Vj.	1 964	63	1 901	361	1 004	409	127
2. Vj.	2 012	61	1 951	377	1 039	406	129
3. Vj.	1 969	60	1 909	369	1 008	396	135

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[3]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 47*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
	1970 = 100						
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
	1976 = 100						
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
	1980 = 100						
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1985 1. Vj.	110,6	102,7	110,9	110,2	111,1	110,4	112,5
2. Vj.	115,4	94,6	116,2	116,0	117,6	111,5	118,3
3. Vj.	115,2	92,0	116,0	116,3	115,9	114,1	119,0
4. Vj.	121,2	100,3	122,0	111,3	129,3	115,8	127,8
1986 1. Vj.	114,7	99,9	115,2	112,1	116,4	114,2	120,0
2. Vj.	118,7	93,4	119,6	117,3	121,4	115,1	125,2
3. Vj.	116,4	93,1	117,3	116,0	116,4	117,2	124,9

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff., 5/1981, S. 315ff. und 12/1983, S. 931ff.

Tabelle 48*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[1])				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[2])			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[3])	öffentliche Bauherren[4])			nichtöffentliche Bauherren[3])	öffentliche Bauherren[4])
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1984 1. Vj.	68 823	42 683	22 278	3 861	21 809	15 184	4 698	1 927
2. Vj.	74 348	44 733	25 711	3 906	22 944	15 868	5 010	2 065
3. Vj.	77 129	42 235	30 312	4 580	23 167	15 291	5 714	2 162
4. Vj.	59 134	30 048	24 278	4 807	18 324	10 981	4 816	2 527
1985 1. Vj.	51 867	29 031	19 712	3 127	16 049	10 438	4 002	1 610
2. Vj.	69 279	36 127	29 325	3 821	20 493	13 233	5 199	2 061
3. Vj.	72 005	33 970	32 510	5 527	21 688	12 507	6 440	2 741
4. Vj.	59 964	25 947	28 178	5 845	18 273	9 481	5 811	2 981
1986 1. Vj.	52 986	25 490	23 624	3 874	16 328	9 337	4 874	2 117
2. Vj.	74 232	35 847	33 600	4 784	23 074	13 008	7 210	2 856
3. Vj.	71 786	32 554	33 591	5 634	21 657	11 952	6 792	2 913

[1]) Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2]) Alle Baumaßnahmen.
[3]) Unternehmen und private Haushalte.
[4]) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 49*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	67,0	69,6	70,8	68,4	70,3	63,0	65,9	61,5	60,5
1972	70,3	76,3	85,9	68,9	70,3	61,2	64,7	59,3	61,0
1973	67,5	70,8	70,0	68,5	77,4	62,5	67,6	59,8	60,7
1974	60,4	59,8	53,1	54,6	85,4	61,1	68,9	56,8	60,3
1975	64,5	63,3	55,6	63,8	80,4	66,3	71,0	63,6	67,6
1976	60,5	60,9	58,9	60,1	67,1	60,0	70,0	54,5	57,7
1977	70,0	67,8	70,8	64,4	68,1	73,6	87,3	66,0	68,2
1978	86,3	84,4	93,2	74,4	83,8	89,4	101,5	82,7	88,4
1979	97,3	96,1	101,3	89,7	96,1	99,3	109,9	93,4	96,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85,3	90,5	89,6	92,0	89,9	77,1	78,6	76,3	71,1
1982	85,9	90,3	90,4	92,4	86,0	78,9	81,4	77,6	70,7
1983	94,4	101,7	109,3	102,5	81,9	82,9	83,4	82,7	71,3
1984	88,9	88,0	87,9	91,3	82,1	90,4	89,0	91,1	78,6
1985	87,4	82,9	68,2	100,0	85,5	94,4	92,9	95,3	84,3
1979 1. Vj.	81,9	85,4	91,7	80,5	80,0	76,4	77,1	76,0	74,3
2. Vj.	110,6	108,5	115,3	100,6	107,4	113,8	134,0	102,6	107,8
3. Vj.	105,5	98,9	100,3	94,7	103,7	116,0	135,8	105,0	110,3
4. Vj.	91,4	91,6	97,8	83,1	93,2	90,9	92,8	89,9	93,2
1980 1. Vj.	95,7	96,3	99,9	97,7	85,5	94,6	86,1	99,4	99,6
2. Vj.	109,5	106,0	106,5	105,8	105,1	115,1	119,9	112,4	112,0
3. Vj.	105,0	103,5	99,2	101,3	118,3	107,4	117,0	102,1	100,2
4. Vj.	89,8	94,0	94,4	95,2	91,2	82,9	77,1	86,2	88,3
1981 1. Vj.	82,5	89,8	97,0	87,8	76,7	70,9	62,6	75,5	71,1
2. Vj.	96,2	102,4	104,9	101,8	98,1	86,2	93,1	82,4	76,0
3. Vj.	90,4	92,9	85,9	98,3	99,4	86,5	94,5	82,1	77,9
4. Vj.	72,2	76,8	70,4	80,2	85,5	64,9	64,3	65,3	59,5
1982 1. Vj.	72,0	78,3	80,8	81,0	67,5	62,0	55,5	65,7	58,5
2. Vj.	94,0	96,2	97,7	95,1	94,9	90,5	103,5	83,2	78,2
3. Vj.	93,8	95,8	90,9	98,4	102,4	90,6	101,1	84,9	81,3
4. Vj.	83,7	90,8	92,2	95,1	79,3	72,5	65,3	76,5	65,0
1983 1. Vj.	82,9	96,0	109,5	96,1	63,4	62,3	57,3	65,0	57,5
2. Vj.	105,1	112,7	122,7	113,0	88,2	93,2	101,2	88,7	84,1
3. Vj.	103,9	107,7	108,4	112,0	97,9	97,9	103,6	94,8	76,9
4. Vj.	85,8	90,4	96,8	88,9	78,2	78,4	71,4	82,3	66,8
1984 1. Vj.	81,0	87,5	96,1	85,4	71,1	70,6	61,6	75,7	64,0
2. Vj.	98,2	95,8	100,7	94,0	87,3	102,1	109,3	98,0	87,7
3. Vj.	97,9	91,2	81,5	99,6	98,2	106,4	115,0	104,8	92,0
4. Vj.	78,7	77,6	73,3	86,0	71,9	80,4	70,2	86,0	70,8
1985 1. Vj.	69,4	67,4	58,8	83,6	56,9	72,7	58,6	80,4	69,0
2. Vj.	99,8	93,2	77,4	112,7	93,6	110,2	118,7	105,4	93,3
3. Vj.	100,7	95,2	75,0	113,6	108,4	109,5	117,5	105,1	96,0
4. Vj.	79,6	75,9	61,6	89,9	82,9	85,4	76,8	90,2	79,0
1986 1. Vj.	74,9	71,5	57,6	90,4	68,5	80,3	59,8	91,7	74,6
2. Vj.	109,4	99,9	77,2	130,5	95,5	124,5	122,9	125,4	108,8
3. Vj.	113,0	106,0	67,6	129,2	153,4	124,2	125,4	123,5	107,6

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 49*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	108,2	113,3	118,0	109,7	100,1	104,8	97,5
1972	108,7	117,5	134,5	105,0	95,1	101,4	91,5
1973	99,4	103,2	103,6	102,7	93,3	102,5	88,3
1974	84,0	83,5	74,9	89,7	84,3	95,4	78,1
1975	88,5	87,4	77,3	94,8	89,6	96,2	86,1
1976	80,8	81,3	79,5	82,4	79,8	93,4	72,4
1977	89,6	86,1	90,8	82,4	95,1	113,8	84,9
1978	104,5	101,6	112,8	92,8	109,4	124,7	100,9
1979	108,4	106,9	113,3	101,4	111,0	123,2	104,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	81,5	85,8	84,8	86,5	74,7	76,4	73,8
1982	81,7	84,0	83,8	83,8	78,0	81,0	76,3
1983	89,3	93,3	100,2	87,7	83,0	84,2	82,3
1984	83,5	79,6	79,3	79,9	89,6	89,0	89,8
1985	81,7	75,1	61,6	86,2	92,1	91,2	92,6
1979 1. Vj.	96,1	99,8	107,7	93,0	90,4	91,5	89,6
2. Vj.	124,6	121,8	130,2	114,7	129,0	152,5	116,1
3. Vj.	114,9	107,5	109,6	105,6	126,6	148,7	114,4
4. Vj.	98,1	98,3	105,6	92,3	98,0	100,2	96,6
1980 1. Vj.	99,5	100,3	103,9	97,2	98,1	89,3	102,9
2. Vj.	109,6	106,2	106,6	105,7	115,0	119,8	112,2
3. Vj.	103,1	101,6	97,2	105,3	105,4	114,9	100,1
4. Vj.	87,9	91,9	92,2	91,8	81,6	75,9	84,6
1981 1. Vj.	80,1	87,0	93,8	81,3	69,3	61,3	73,8
2. Vj.	91,5	96,8	98,8	95,1	83,1	90,0	79,3
3. Vj.	85,7	87,2	80,5	92,7	83,3	91,3	78,9
4. Vj.	68,6	72,1	66,0	76,9	63,2	62,9	63,3
1982 1. Vj.	68,5	73,3	75,3	71,3	60,8	54,7	64,1
2. Vj.	89,2	89,3	90,4	88,0	89,0	102,7	81,5
3. Vj.	89,3	89,0	84,1	92,5	89,8	100,8	83,6
4. Vj.	79,8	84,5	85,4	83,4	72,3	65,7	75,9
1983 1. Vj.	78,8	89,1	101,5	78,8	62,4	57,9	64,9
2. Vj.	99,5	103,5	112,5	96,1	93,2	102,1	88,3
3. Vj.	98,2	98,4	98,8	98,0	97,9	104,5	94,3
4. Vj.	80,9	82,4	88,1	77,8	78,4	72,1	81,9
1984 1. Vj.	76,0	79,5	87,1	73,2	70,5	62,0	75,1
2. Vj.	92,1	86,3	90,5	82,9	101,3	109,5	96,7
3. Vj.	91,9	82,3	73,3	89,7	107,2	114,7	103,0
4. Vj.	73,8	70,2	66,1	73,6	79,3	69,9	84,5
1985 1. Vj.	65,2	61,2	53,1	67,8	71,5	58,1	78,9
2. Vj.	93,6	84,6	70,0	96,6	107,8	117,0	102,8
3. Vj.	94,0	86,1	67,6	101,2	106,5	115,0	101,8
4. Vj.	74,0	68,5	55,5	79,1	82,7	74,9	87,0
1986 1. Vj.	69,3	64,3	51,8	74,6	77,2	57,8	87,9
2. Vj.	100,8	89,2	68,9	105,8	119,1	118,4	119,5
3. Vj.[1])	103,7	94,2	60,1	122,1	118,6	120,6	117,5

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 50*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	71,1	78,0	82,5	74,0	76,4	60,6	63,3	59,2	57,2
1972	74,6	86,4	104,2	74,7	71,7	56,9	62,5	53,9	50,4
1973	74,5	83,9	95,0	76,4	75,3	60,2	68,4	55,9	53,0
1974	64,0	65,4	57,9	63,4	81,9	61,7	75,4	54,5	55,3
1975	63,2	65,0	53,5	68,1	81,6	60,3	69,6	55,5	57,6
1976	63,6	65,7	62,6	68,1	68,4	60,4	63,9	58,5	60,5
1977	60,2	59,8	56,4	64,2	61,4	61,2	72,4	55,4	57,5
1978	76,5	74,1	76,8	71,5	73,9	80,7	90,8	75,4	79,3
1979	96,3	95,3	99,8	91,1	92,2	98,1	110,5	91,6	95,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	93,5	97,7	93,9	99,6	102,1	86,8	81,3	89,7	84,9
1982	82,8	88,1	84,7	95,5	84,5	74,4	70,4	76,5	70,0
1983	89,2	97,6	102,9	107,7	73,8	75,9	67,0	80,6	67,4
1984	82,6	81,6	82,6	90,0	68,3	84,2	73,0	90,1	70,4
1985	77,3	69,9	59,6	85,2	68,3	89,1	75,6	96,1	74,0
1979 Mär	92,8	90,6	96,9	84,3	87,1	96,4	107,7	90,5	93,2
Jun	99,6	98,2	103,8	94,1	92,9	101,8	120,0	92,2	94,4
Sep	99,1	97,8	100,9	95,2	95,3	101,3	117,8	92,6	95,0
Dez	93,8	94,5	97,7	90,6	93,4	92,8	96,4	90,9	98,3
1980 Mär	101,2	99,9	103,7	96,9	96,7	103,3	105,9	101,8	102,0
Jun	102,2	100,2	100,6	101,9	97,0	105,4	107,8	104,1	104,2
Sep	99,9	101,0	99,2	102,3	102,6	98,3	99,0	97,9	97,1
Dez	96,6	98,8	96,4	98,7	103,7	93,0	87,1	96,1	96,8
1981 Mär	102,3	105,2	104,8	104,6	106,6	97,8	91,4	101,1	95,3
Jun	99,7	103,6	101,1	107,3	103,3	93,6	88,9	96,0	90,7
Sep	89,2	93,8	88,2	97,9	98,8	82,0	77,5	84,4	80,1
Dez	82,6	86,0	81,6	88,7	99,5	73,9	67,3	77,4	73,3
1982 Mär	86,1	91,5	85,7	99,3	91,9	77,5	73,9	79,5	73,3
Jun	86,6	90,5	88,4	96,4	86,5	80,4	80,7	80,3	73,7
Sep	81,2	86,5	81,7	94,7	84,4	72,7	71,0	73,6	68,5
Dez	77,3	83,8	82,8	91,6	75,1	66,9	55,8	72,7	64,5
1983 Mär	88,6	97,5	102,5	105,6	76,6	74,5	66,7	78,6	67,3
Jun	93,5	102,2	107,7	113,5	76,1	79,7	75,6	81,8	69,6
Sep	89,4	97,7	102,7	108,8	73,1	76,2	68,0	80,5	66,3
Dez	85,4	93,1	98,5	102,8	69,3	73,3	57,6	81,6	66,4
1984 Mär	89,6	94,2	102,0	100,0	71,5	82,3	70,8	88,4	70,0
Jun	87,8	86,6	89,7	95,0	69,1	89,8	81,3	94,3	74,3
Sep	82,5	79,1	75,9	89,6	70,9	87,7	79,7	91,9	71,7
Dez	70,6	66,6	62,8	75,5	61,7	76,9	60,0	85,8	65,7
1985 Mär	78,2	71,0	64,8	83,7	65,2	89,5	74,0	97,7	74,1
Jun	82,0	73,7	63,8	91,8	67,6	95,2	83,6	101,2	76,1
Sep	78,3	71,4	59,0	86,9	73,7	89,4	80,2	94,2	74,2
Dez	70,6	63,3	50,9	78,2	66,6	82,1	64,4	91,4	71,7
1986 Mär	80,1	70,7	57,5	88,3	71,9	95,0	78,0	103,9	81,4
Jun	86,5	75,7	60,2	97,1	76,0	103,5	87,2	112,0	88,6

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 51*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum	Umsatz[2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte[3])	Geleistete Arbeitsstunden[4])	Nettoproduktionsindex[5])
	Mio DM				1 000	Mio	1980 = 100[6])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	94,8
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	102,0
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	100
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	92,7
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	88,4
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	86,3
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	89,2
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	83,7
1984 1. Vj.	18 338	7 339	5 709	5 290	1 050	284	64,9
2. Vj.	26 189	10 848	7 186	8 155	1 125	400	100,4
3. Vj.	30 085	11 640	8 192	10 253	1 145	404	99,5
4. Vj.	34 338	12 887	9 346	12 105	1 103	372	92,2
1985 1. Vj.	15 358	5 421	5 361	4 575	966	195	47,5
2. Vj.	24 002	8 743	6 842	8 417	1 036	359	98,5
3. Vj.	28 908	9 676	8 164	10 869	1 063	382	99,5
4. Vj.	31 908	10 241	9 076	12 591	1 037	333	89,4
1986 1. Vj.	14 251	4 438	4 901	4 912	923	190	49,9
2. Vj.	23 858	7 718	7 077	9 062	999	352	99,2
3. Vj.	29 914	8 956	9 139	11 819	1 030	369	100,5

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. — [2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [5]) Für Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — [6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. — [7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 52*

Einzelhandelsumsatz

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[1]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[2]	Fahrzeugen[3]
	in jeweiligen Preisen								
1970	49,5	49,4	53,2	47,8	53,4	49,4	51,5	40,3	54,3
1971	54,6	54,2	59,0	54,8	59,4	54,6	56,7	46,2	57,6
1972	59,8	59,3	65,1	62,0	67,3	58,5	61,5	49,2	60,1
1973	64,2	64,3	67,3	66,5	71,8	62,4	66,9	57,0	59,0
1974	67,7	67,7	71,0	69,1	78,5	66,0	73,1	58,5	54,9
1975	73,8	72,7	76,5	72,0	80,1	70,5	79,2	61,3	70,0
1976	79,0	78,6	78,8	76,0	82,7	74,2	83,7	69,7	81,1
1977	84,7	84,1	84,0	84,8	89,8	80,3	86,8	70,7	92,7
1978	89,1	88,0	89,3	88,5	91,9	85,4	90,9	78,2	100,5
1979	94,7	92,6	92,2	92,4	92,5	92,4	94,6	95,4	104,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	103,8	107,1	101,6	101,6	104,7	103,6	105,4	120,3	100,7
1982	104,8	112,3	99,5	98,5	105,9	105,4	107,1	120,0	102,1
1983	108,4	114,7	101,9	103,0	107,6	108,6	113,2	116,8	114,5
1984	111,3	117,2	104,6	105,8	109,7	111,4	119,1	124,3	117,5
1985	114,0	119,2	108,6	103,4	111,8	115,1	124,4	122,6	121,3
1985 1. Vj.	104,5	112,5	93,3	91,8	102,1	105,2	119,8	112,1	111,9
2. Vj.	111,5	119,7	102,6	99,7	93,6	100,3	122,1	127,4	134,0
3. Vj.	109,6	116,2	98,4	97,5	99,5	112,5	121,7	128,4	118,2
4. Vj.	130,3	128,1	140,0	125,5	151,4	143,1	134,4	122,1	121,6
1986 1. Vj.	107,6	114,6	94,8	92,2	103,4	108,9	124,3	104,4	125,5
2. Vj.	117,2	122,8	108,2	102,7	101,1	106,0	127,0	113,1	154,5
3. Vj.[4]	111,2	118,9	104,8	100,8	101,5	114,8	125,9	106,1	130,5
	in Preisen von 1980								
1970	78,2	73,5	90,2	76,5	78,5	76,0	74,6	.	84,8
1971	82,6	78,1	94,4	83,7	84,9	78,6	78,8	.	84,1
1972	86,3	81,2	98,3	91,4	93,3	81,8	82,0	.	84,3
1973	87,0	82,6	94,8	92,8	94,0	83,0	85,5	.	79,8
1974	85,5	83,0	92,9	89,8	94,0	81,5	88,5	.	69,4
1975	88,4	84,3	95,3	89,1	92,4	81,1	91,2	.	82,7
1976	91,5	87,4	95,2	90,9	94,6	82,4	93,9	.	93,0
1977	94,4	89,1	96,8	97,6	101,8	86,6	94,6	.	103,1
1978	97,3	92,4	98,7	98,4	103,0	90,2	98,1	.	108,9
1979	99,8	96,2	97,6	99,4	101,4	95,9	99,0	.	109,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,3	102,0	96,6	94,6	102,1	98,7	102,1	105,9	95,5
1982	94,8	101,1	90,7	87,8	101,8	95,3	99,8	104,6	91,9
1983	95,7	100,8	90,3	89,2	104,2	94,8	101,7	100,9	97,0
1984	96,1	101,4	90,7	89,5	106,9	96,1	104,7	105,4	95,2
1985	96,8	102,6	92,1	85,8	110,3	97,4	106,5	101,1	95,0
1985 1. Vj.	89,0	96,8	79,9	76,7	100,3	90,1	103,7	92,7	89,2
2. Vj.	94,1	101,7	87,3	82,9	91,9	85,4	104,6	103,8	104,8
3. Vj.	93,2	100,4	83,5	80,9	98,1	94,7	103,9	106,9	92,1
4. Vj.	110,9	111,1	117,9	103,5	150,3	119,8	114,3	101,1	94,4
1986 1. Vj.	91,5	98,1	79,6	75,8	102,8	90,8	105,2	94,8	96,4
2. Vj.	99,9	104,1	92,1	84,2	100,7	87,3	107,3	109,7	118,7
3. Vj.[4]	95,2	101,8	87,4	82,5	101,2	94,0	106,1	105,9	99,3

[1] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte.
[2] In Tankstellen mit Absatz im eigenen Namen.
[3] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 53*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz[1]	Ergänzungen zum Warenverkehr[2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz[3]		Übertragungsbilanz[5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr[4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt
1950	− 427	− 3 012	− 50	+ 570	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 301	− 149	− 66	+ 987	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 478	+ 706	− 77	+ 1 689	+ 30	+ 160	—
1953	+ 3 873	+ 2 516	− 121	+ 1 929	+ 13	− 451	—
1954	+ 3 669	+ 2 698	− 169	+ 1 614	+ 180	− 474	—
1955	+ 2 235	+ 1 245	− 249	+ 2 073	+ 282	− 834	—
1956	+ 4 459	+ 2 897	− 306	+ 3 089	+ 486	− 1 221	—
1957	+ 5 901	+ 4 083	− 281	+ 3 981	+ 498	− 1 882	—
1958	+ 5 998	+ 4 954	− 417	+ 3 461	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 152	+ 5 361	− 580	+ 2 650	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 4 783	+ 5 223	− 187	+ 3 235	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 3 193	+ 6 615	− 451	+ 1 459	− 1 439	− 4 430	− 78
1962	− 1 580	+ 3 477	− 576	+ 729	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 991	+ 6 032	− 565	+ 619	− 2 138	− 5 095	− 139
1964	+ 524	+ 6 081	− 900	+ 654	− 2 154	− 5 311	− 151
1965	− 6 223	+ 1 203	− 442	− 607	− 2 766	− 6 377	− 168
1966	+ 488	+ 7 958	− 701	− 474	− 3 403	− 6 295	− 247
1967	+ 10 006	+ 16 862	− 452	+ 18	− 3 034	− 6 422	− 470
1968	+ 11 856	+ 18 372	− 702	+ 1 498	− 3 106	− 7 312	− 1 906
1969	+ 7 498	+ 15 584	− 422	+ 1 086	− 3 888	− 8 750	− 2 551
1970	+ 3 183	+ 15 670	− 1 601	− 1 127	− 5 377	− 9 759	− 1 985
1971	+ 2 770	+ 15 892	+ 256	− 1 763	− 7 300	− 11 615	− 455
1972	+ 2 730	+ 20 278	− 598	− 4 195	− 8 572	− 12 756	− 1 172
1973	+ 12 354	+ 32 979	− 82	− 6 153	− 10 920	− 14 390	− 1 931
1974	+ 26 580	+ 50 846	− 1 263	− 8 421	− 12 397	− 14 581	− 1 740
1975	+ 10 023	+ 37 276	− 1 236	− 9 334	− 14 701	− 16 683	− 3 491
1976	+ 9 858	+ 34 469	− 408	− 7 718	− 14 645	− 16 485	− 3 332
1977	+ 9 478	+ 38 436	− 260	− 12 632	− 16 380	− 16 066	− 3 695
1978	+ 18 003	+ 41 200	+ 1 712	− 8 518	− 19 018	− 16 391	− 2 283
1979	− 11 031	+ 22 429	+ 25	− 13 930	− 21 595	− 19 555	− 4 103
1980	− 28 480	+ 8 947	− 585	− 14 252	− 25 246	− 22 590	− 4 099
1981	− 11 741	+ 27 720	+ 601	− 15 771	− 25 716	− 24 291	− 6 412
1982	+ 9 866	+ 51 277	+ 1 522	− 17 423	− 26 195	− 25 510	− 7 510
1983	+ 10 573	+ 42 089	+ 3 464	− 10 113	− 24 759	− 24 867	− 6 017
1984	+ 19 893	+ 53 966	− 1 507	− 3 030	− 24 432	− 29 536	− 7 272
1985	+ 38 863	+ 73 353	− 1 057	− 2 604	− 25 610	− 30 829	− 8 343
1984 1. Vj.	+ 3 821	+ 11 373	− 31	− 1 170	− 4 378	− 6 352	− 1 361
2. Vj.	+ 1 003[a]	+ 8 602[a]	− 516	− 156	− 6 026	− 6 928	− 1 878
3. Vj.	− 1 856	+ 12 100	− 1 218	− 5 223	− 10 052	− 7 515	− 1 766
4. Vj.	+ 16 926	+ 21 891	+ 257	+ 3 519	− 3 976	− 8 742	− 2 269
1985 1. Vj.	+ 5 106	+ 13 624	− 23	− 1 280	− 5 005	− 7 214	− 1 678
2. Vj.	+ 9 324	+ 18 542	− 2 508	+ 342	− 6 135	− 7 052	− 2 084
3. Vj.	+ 5 782	+ 17 555	+ 124	− 4 645	− 10 265	− 7 252	− 1 762
4. Vj.	+ 18 651	+ 23 633	+ 1 350	+ 2 978	− 4 205	− 9 310	− 2 818
1986 1. Vj.	+ 16 072	+ 22 236	+ 1 876	− 1 331	− 5 292	− 6 709	− 1 922
2. Vj.	+ 18 611	+ 28 035	− 1 235	− 1 637	− 6 380	− 6 551	− 2 193
3. Vj.	+ 16 818	+ 29 391	− 885	− 5 053	− 10 889	− 6 635	− 1 481

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reiseziellander mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5] Eigene Leistungen: —.
[6] Kapitalexport: —.

Tabelle 53*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[6]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[7]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[8]	Devisenbilanz[9]	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	− 774	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 280	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 416	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 471	—	+ 3 646	1953
− 106	− 438	+ 332	− 592	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	+ 256	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 713	—	+ 5 010	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+1 876	—	+ 5 122	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	− 225	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	+ 554	—	− 1 692	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+1 964	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 994	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+1 300	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+1 129	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+1 236	—	+ 435	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	—	− 1 283	1965
− 599	− 342	− 257	+2 063	—	+ 1 952	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	+1 702	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+1 278	—	+ 7 009	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	− 4 099	−14 361	1969
+15 113	− 934	+16 047	+3 616	+ 738	+22 650	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+2 701	− 5 370	+10 986	1971
+11 933	+15 552	− 3 620	+1 028	− 495	+15 195	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+ 931	−10 279	+16 149	1973
−25 298	− 6 282	−19 015	−3 188	− 7 231	− 9 136	1974
−13 282	−18 231	+ 4 949	+1 039	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 337	− 780	+ 443	− 732	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 33	−12 611	+12 644	+ 940	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 4 783	− 2 805	+ 7 588	−3 014	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 262	+12 200	− 2 938	−3 185	− 2 334	− 7 288	1979
+ 1 761	+ 5 491	− 3 730	−1 175	+ 2 164	−25 730	1980
+ 6 499	+ 7 856	− 1 357	+2 959	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 4 383	−14 888	+10 505	−2 405	− 411	+ 2 667	1982
−15 636	− 7 046	− 8 590	+ 989	+ 2 430	− 1 644	1983
−32 292	−15 668	−16 624	+9 300	+ 2 118	− 981	1984
−46 994	− 6 469	−40 524	+9 974	− 3 104	− 1 261	1985
− 74	+ 6 012	− 6 087	+3 065	− 908	+ 5 904	1984 1. Vj.
− 2 412	− 8 942	+ 6 530	+ 707	− 304	− 1 007	2. Vj.
− 9 218	− 6 059	− 3 159	+3 834	+ 2 149	− 5 092	3. Vj.
−20 587	− 6 679	−13 908	+1 693	+ 1 181	− 787	4. Vj.
−15 691	− 3 084	−12 607	−2 059	+ 4 206	− 8 438	1985 1. Vj.
−10 051	− 448	− 9 603	+6 683	− 2 709	+ 3 247	2. Vj.
− 388	− 1 697	+ 1 308	+ 310	− 2 311	+ 3 393	3. Vj.
−20 864	− 1 241	−19 623	+5 039	− 2 290	+ 537	4. Vj.
−10 709	+21 359	−32 068	−3 201	− 1 030	+ 1 131	1986 1. Vj.
−26 340	+ 561	−26 901	− 331	+ 1 075	− 6 984	2. Vj.
− 6 769	+10 538	−17 308	−1 188	− 982	+ 7 879	3. Vj.

[7]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[8]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.
[9]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 54*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2])							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])	sonstige Anlagen[6])	zusammen[7])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+ 3 285	− 1 010
1968	− 11 201	− 13 503	− 2 185	− 11 305	− 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	− 23 040	− 24 444	− 3 142	− 21 292	− 10	+ 1 404	+ 1 989	− 465
1970	− 934	− 10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 556	− 350	+ 12 428	+ 3 827	+ 8 666
1972	+ 15 552	− 959	− 5 760	+ 4 947	− 146	+ 16 510	+ 6 054	+ 10 703
1973	+ 12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+ 15 852	+ 5 465	+ 10 414
1974	− 6 282	− 11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 281	+ 5 609	− 289
1975	− 18 231	− 24 116	− 5 353	− 18 155	− 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	− 780	− 19 397	− 6 576	− 12 576	− 244	+ 18 618	+ 3 324	+ 15 377
1977	− 12 611	− 22 338	− 5 551	− 16 525	− 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	− 23 521	− 7 835	− 15 321	− 365	+ 20 716	+ 3 202	+ 17 546
1979	+ 12 200	− 20 316	− 9 108	− 10 788	− 419	+ 32 516	+ 3 180	+ 29 344
1980	+ 5 491	− 28 417	− 8 858	− 18 772	− 787	+ 33 908	+ 622	+ 33 366
1981	+ 7 856	− 27 404	− 10 659	− 15 672	− 1 073	+ 35 260	+ 743	+ 34 497
1982	− 14 888	− 29 060	− 8 061	− 20 048	− 951	+ 14 172	+ 1 844	+ 12 278
1983	− 7 046	− 36 526	− 9 431	− 25 074	− 2 022	+ 29 480	+ 4 420	+ 25 065
1984	− 15 668	− 41 979	− 10 407	− 29 999	− 1 573	+ 26 311	+ 3 100	+ 23 179
1985	− 6 469	− 59 128	− 12 411	− 44 746	− 1 972	+ 52 658	+ 2 936	+ 49 733
1984 1. Vj.	+ 6 012	− 5 567	− 1 639	− 3 631	− 298	+ 11 580	+ 1 200	+ 10 377
2. Vj.	− 8 942	− 10 622	− 1 977	− 8 097	− 549	+ 1 681	+ 377	+ 1 305
3. Vj.	− 6 059	− 7 020	− 1 602	− 5 021	− 398	+ 961	+ 666	+ 304
4. Vj.	− 6 679	− 18 769	− 5 188	− 13 251	− 330	+ 12 090	+ 857	+ 11 195
1985 1. Vj.	− 3 084	− 10 821	− 2 311	− 7 972	− 538	+ 7 738	+ 1 021	+ 6 717
2. Vj.	− 448	− 11 844	− 3 050	− 8 306	− 488	+ 11 396	+ 1 079	+ 10 319
3. Vj.	− 1 697	− 14 875	− 2 928	− 11 459	− 488	+ 13 178	+ 734	+ 12 453
4. Vj.	− 1 241	− 21 587	− 4 121	− 17 008	− 458	+ 20 346	+ 102	+ 20 244
1986 1. Vj.	+ 21 359	− 8 628	− 1 130	− 6 922	− 575	+ 29 986	+ 1 200	+ 28 788
2. Vj.	+ 561	− 17 406	− 2 681	− 14 346	− 379	+ 17 967	+ 598	+ 17 370
3. Vj.	+ 10 538	− 8 618	− 2 933	− 5 257	− 429	+ 19 156	+ 77	+ 19 078

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 54*

mit dem Ausland[1])

export: –)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr[8])					
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	Zeitraum
	zusammen	Kreditinstitute	Unternehmen und Privatpersonen		
+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	– 10	–1 006	1960
– 956	– 735	– 380	– 355	– 221	1961
– 414	– 254	– 259	+ 5	– 160	1962
– 1 186	– 1 177	+ 684	– 1 861	– 9	1963
– 431	+ 610	+ 85	+ 525	–1 041	1964
+ 1 005	– 47	– 478	+ 431	+1 052	1965
– 257	– 594	– 574	– 20	+ 337	1966
– 8 918	– 8 557	– 4 823	– 3 734	– 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	– 29	1969
+16 047	+16 344	+ 7 927	+ 8 417	– 297	1970
+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+ 2 007	+1 412	1971
– 3 620	– 4 012	– 420	– 3 592	+ 393	1972
+ 194	+ 26	– 5 149	+ 5 175	+ 168	1973
–19 015	–19 020	– 9 733	– 9 287	+ 5	1974
+ 4 949	+ 4 263	– 2 261	+ 6 524	+ 685	1975
+ 443	+ 1 046	+ 6 731	– 5 685	– 603	1976
+12 644	+12 684	+ 8 120	+ 4 564	– 39	1977
+ 7 588	+ 6 436	+10 089	– 3 653	+1 152	1978
– 2 938	– 2 629	+ 4 093	– 6 722	– 310	1979
– 3 730	– 3 372	– 8 863	+ 5 491	– 358	1980
– 1 357	– 4 151	–10 269	+ 6 118	+2 794	1981
+10 505	+ 9 768	+ 8 089	+ 1 679	+ 737	1982
– 8 590	– 5 327	+ 1 777	– 7 104	–3 263	1983
–16 624	–14 845	+ 53	–14 898	–1 780	1984
–40 524	–40 656	–27 697	–12 959	+ 131	1985
– 6 087	– 6 121	– 659	– 5 462	+ 35	1984 1. Vj.
+ 6 530	+ 7 629	+ 5 111	+ 2 518	–1 100	2. Vj.
– 3 159	– 3 171	+ 3 639	– 6 810	+ 12	3. Vj.
–13 908	–13 182	– 8 038	– 5 144	– 727	4. Vj.
–12 607	–11 721	– 6 490	– 5 231	– 887	1985 1. Vj.
– 9 603	–10 067	– 4 229	– 5 838	+ 464	2. Vj.
+ 1 308	+ 1 786	+ 537	+ 1 249	– 478	3. Vj.
–19 623	–20 654	–17 515	– 3 139	+1 032	4. Vj.
–32 068	–30 638	– 7 799	–22 839	–1 430	1986 1. Vj.
–26 901	–27 472	–13 737	–13 735	+ 571	2. Vj.
–17 308	–16 667	–12 085	– 4 582	– 640	3. Vj.

[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 55*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen[1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade[2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955 [3]	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1983 1. Vj.	105 591	93 675	94 274	82 327	112,0	113,8	98,4
2. Vj.	106 117	95 909	94 582	86 190	112,2	111,3	100,8
3. Vj.	103 411	95 092	92 351	82 922	112,0	114,7	97,6
4. Vj.	117 162	105 517	103 332	90 388	113,4	116,7	97,2
1984 1. Vj.	120 113	108 740	104 842	91 003	114,6	119,5	95,9
2. Vj.	115 088 [a]	106 486 [a]	100 580 [a]	89 545 [a]	114,4	118,9	96,2
3. Vj.	117 969	105 869	100 472	86 944	117,4	121,8	96,4
4. Vj.	135 053	113 162	113 875	91 981	118,6	123,0	96,4
1985 1. Vj.	133 844	120 220	110 802	93 534	120,8	128,5	94,0
2. Vj.	134 073	115 531	110 300	91 639	121,6	126,1	96,4
3. Vj.	130 759	113 204	107 538	92 716	121,6	122,1	99,6
4. Vj.	138 488	114 855	115 934	96 539	119,5	119,0	100,4
1986 1. Vj.	130 282	108 045	109 936	96 201	118,5	112,3	105,5
2. Vj.	135 016	106 981	115 384	102 722	117,0	104,1	112,4
3. Vj.	125 940	96 548	108 238	96 080	116,4	100,5	115,8

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[a] Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 56*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1985 1.Vj.	133 844	1 434	5 813	293	2 342	36 250	70 531	15 036	29 781	18 176
2.Vj.	134 073	1 597	5 880	235	2 332	36 339	70 494	14 798	30 108	17 318
3.Vj.	130 759	1 581	5 728	151	2 083	34 936	67 731	16 046	28 337	17 581
4.Vj.	138 488	1 748	6 205	279	1 622	34 107	75 797	15 979	33 191	18 638
1986 1.Vj.	130 282	1 650	5 617	349	1 362	33 136	69 988	15 795	29 724	18 339
2.Vj.	135 016	1 627	5 594	237	1 227	33 735	74 591	15 467	32 151	17 633
3.Vj.	125 940	1 554	5 498	128	1 003	30 704	68 362	16 263	29 299	17 291
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 666	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1985 1.Vj.	120 220	9 439	7 342	328	19 565	32 071	31 870	17 157	10 893	19 132
2.Vj.	115 531	9 501	7 060	335	16 224	34 241	31 050	14 594	9 879	16 972
3.Vj.	113 204	7 958	7 008	376	14 303	35 064	29 510	16 253	9 248	20 155
4.Vj.	114 855	8 323	7 133	328	15 141	32 088	33 250	15 824	10 652	19 230
1986 1.Vj.	108 045	8 573	6 557	301	12 720	29 739	30 899	16 670	9 607	19 757
2.Vj.	106 981	8 607	7 097	345	8 038	30 789	33 450	15 553	10 093	19 306
3.Vj.	96 548	6 975	6 485	381	6 540	26 404	30 536	16 796	9 639	18 494

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 57*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	38 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1983 1. Vj.	105 591	5 685	99 216	1 708	8 525	88 983	17 354	71 630
2. Vj.	106 117	5 694	99 701	1 760	7 894	90 047	17 828	72 219
3. Vj.	103 411	5 923	96 795	1 713	8 613	86 469	17 593	68 876
4. Vj.	117 162	6 322	110 017	2 022	9 296	98 698	19 681	79 018
1984 1. Vj.	120 113	6 470	112 862	2 032	10 042	100 788	20 922	79 866
2. Vj.	115 088 [3]	6 364	107 990 [3]	2 028 [3]	9 946 [3]	96 017 [3]	21 111 [3]	74 906 [3]
3. Vj.	117 969	6 583	110 599	2 037	9 626	98 936	20 944	77 992
4. Vj.	135 053	7 256	126 891	2 202	10 557	114 131	22 179	91 952
1985 1. Vj.	133 844	6 754	126 282	2 186	10 842	113 254	23 310	89 944
2. Vj.	134 073	6 941	126 324	2 272	10 832	113 220	23 884	89 336
3. Vj.	130 759	6 853	123 064	2 059	9 950	111 055	22 737	88 318
4. Vj.	138 488	7 477	130 142	2 048	9 415	118 679	22 735	95 944
1986 1. Vj.	130 282	6 828	122 668	1 849	8 341	112 478	22 290	90 188
2. Vj.	135 016	6 728	127 426	1 914	8 202	117 310	23 201	94 109
3. Vj.	125 940	6 639	118 447	1 712	6 752	109 983	20 841	89 142

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[3] Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 58*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1983 1. Vj.	93 675	12 088	80 349	12 750	18 209	49 390	11 989	37 401
2. Vj.	95 909	12 500	81 808	12 767	17 648	51 393	12 942	38 451
3. Vj.	95 092	11 875	81 835	13 195	17 184	51 456	12 661	38 795
4. Vj.	105 517	14 012	89 788	13 491	20 103	56 194	13 164	43 030
1984 1. Vj.	108 740	13 448	93 801	14 876	20 920	58 005	14 517	43 487
2. Vj.	106 486 [a]	14 075	90 734 [a]	14 547 [a]	19 942 [a]	56 245 [a]	14 544 [a]	41 701 [a]
3. Vj.	105 869	12 973	91 362	14 211	19 995	57 156	13 719	43 437
4. Vj.	113 162	14 110	97 073	14 603	20 546	61 924	14 312	47 612
1985 1. Vj.	120 220	15 000	103 395	16 425	22 334	64 636	15 012	49 624
2. Vj.	115 531	14 938	98 702	15 026	21 601	62 075	15 854	46 220
3. Vj.	113 204	13 695	97 649	13 443	22 075	62 131	15 263	46 869
4. Vj.	114 855	14 320	98 537	12 562	20 783	65 192	15 439	49 752
1986 1. Vj.	108 045	13 886	92 274	10 278	18 599	63 397	15 104	48 293
2. Vj.	106 981	14 494	90 135	7 693	16 463	65 979	16 205	49 774
3. Vj.	96 548	12 603	82 179	6 391	12 681	63 108	14 770	48 338

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[a] Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 59*

Warenausfuhr nach Ländergruppen
Verbrauchsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955 [7]	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1983 1. Vj.	105 591	55 298	17 570	5 289	10 189	6 515	16 909	8 224
2. Vj.	106 117	54 181	17 945	5 589	11 478	7 503	16 603	7 766
3. Vj.	103 411	50 870	17 872	5 485	12 508	8 240	16 309	7 849
4. Vj.	117 162	57 328	20 436	6 242	15 632	10 589	17 156	7 738
1984 1. Vj.	120 113	60 777	20 186	5 185	16 217	10 931	17 385	7 810
2. Vj.[8]	115 088	57 579	20 009	5 662	15 094	9 950	16 375	6 705
3. Vj.	117 969	58 340	20 185	5 838	17 502	11 825	15 721	6 370
4. Vj.	135 053	66 943	22 834	6 639	20 232	14 129	16 004	7 063
1985 1. Vj.	133 844	67 999	22 794	6 125	19 321	13 454	17 220	6 958
2. Vj.	134 073	67 630	23 431	6 770	19 758	13 828	16 075	6 273
3. Vj.	130 759	63 292	23 364	7 397	19 732	13 693	16 514	5 981
4. Vj.	138 488	68 343	25 216	7 591	20 399	14 558	16 556	5 989
1986 1. Vj.	130 282	67 312	23 226	6 163	18 939	13 359	14 259	5 031
2. Vj.	135 016	69 328	24 667	6 501	20 343	14 645	13 937	4 597
3. Vj.	125 940	62 180	24 391	6 449	19 051	13 150	13 635	4 299

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1986: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1986: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [8]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 60*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 764
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	73 399	32 624
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1983 1. Vj.	93 675	48 052	13 094	5 122	11 854	6 808	15 506	6 793
2. Vj.	95 909	50 223	13 452	5 148	12 362	6 831	14 660	5 942
3. Vj.	95 092	47 254	13 538	5 567	12 267	6 803	16 389	7 237
4. Vj.	105 517	53 415	15 404	6 320	13 796	7 270	16 515	7 311
1984 1. Vj.	108 740	54 646	15 747	6 281	14 492	7 742	17 531	7 085
2. Vj.[8]	106 486	53 518	14 855	6 347	14 296	7 477	17 411	7 401
3. Vj.	105 869	52 257	14 735	6 553	14 197	7 548	18 047	6 714
4. Vj.	113 162	56 849	16 284	7 250	15 901	8 330	16 827	6 090
1985 1. Vj.	120 220	61 454	16 893	6 033	16 559	9 094	19 229	7 117
2. Vj.	115 531	57 814	16 765	6 654	16 199	8 543	18 035	7 090
3. Vj.	113 204	56 794	16 456	6 729	14 487	7 224	18 648	7 043
4. Vj.	114 855	59 602	17 072	6 893	15 425	7 480	15 787	5 850
1986 1. Vj.	108 045	56 577	16 011	5 960	14 678	6 847	14 769	4 851
2. Vj.	106 981	56 664	16 360	5 371	15 549	7 021	12 981	3 280
3. Vj.	96 548	49 580	15 347	4 897	13 989	5 957	12 659	2 627

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1986: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1986: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [8]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 61*

Index der Grundstoffpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[2])	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe[2])						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter					Verarbeitende Gewerbe[4])	Baugewerbe[4])
				Erdöl und Mineralölerzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug[3])	Chemische Erzeugnisse		
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,4	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1985	122,1	108,8	124,1	134,9	148,8	119,5	104,4	122,0	119,1	117,7
1981 1. Vj.	106,6	104,3	106,9	122,3	110,9	97,4	98,8	104,0	106,4	102,9
2. Vj.	110,3	105,5	111,0	130,6	116,2	98,6	101,6	108,1	110,2	105,2
3. Vj.	114,4	108,2	115,3	138,3	126,5	102,3	104,7	111,2	114,2	107,0
4. Vj.	114,0	110,8	114,4	130,3	132,6	106,1	97,6	112,3	112,4	107,9
1982 1. Vj.	115,7	112,0	116,2	131,5	136,4	111,8	95,8	113,4	113,9	110,7
2. Vj.	115,0	111,2	115,5	127,5	136,4	113,3	91,9	113,1	112,8	111,4
3. Vj.	115,6	110,7	116,4	132,5	137,7	111,9	92,3	113,0	113,4	111,6
4. Vj.	115,6	110,6	116,4	135,4	136,4	108,5	92,7	113,0	113,1	111,0
1983 1. Vj.	113,7	108,9	114,4	125,2	135,6	106,1	95,2	112,5	110,6	111,6
2. Vj.	113,6	108,7	114,3	120,5	135,2	106,8	100,6	112,1	110,4	112,2
3. Vj.	116,2	111,8	116,8	126,2	136,1	107,9	106,5	113,6	113,8	112,9
4. Vj.	117,5	113,7	118,1	128,1	136,5	109,7	105,2	116,8	115,4	113,3
1984 1. Vj.	119,6	114,5	120,4	130,2	139,4	114,1	109,4	118,7	117,8	114,2
2. Vj.	120,5	114,6	121,5	129,8	143,4	115,2	109,5	119,3	118,4	115,4
3. Vj.	121,7	112,7	123,1	134,5	146,4	116,8	107,4	119,3	119,4	115,8
4. Vj.	122,9	112,8	124,4	139,5	146,1	118,0	107,6	119,1	120,9	115,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0
4. Vj.	117,9	105,8	119,6	122,3	147,9	117,8	92,1	121,3	113,1	117,7
1986 1. Vj.	112,4	105,2	113,4	97,5	146,1	115,9	86,9	117,9	106,2	117,7
2. Vj.	105,5	101,4	106,1	66,6	143,9	112,2	84,0	112,3	97,2	117,2
3. Vj.	101,2	99,2	101,5	53,6	139,0	108,2	79,2	108,4	92,2	116,3

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 62*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2])	Elektrischer Strom[3]), Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])[5])
1962	54,6	29,8	50,5	56,0	55,3	54,0	54,7	63,6	48,3	51,5
1963	54,9	30,3	50,4	56,2	54,9	54,2	55,7	64,4	48,8	52,0
1964	55,5	30,2	50,8	56,9	55,4	54,9	56,8	64,8	49,7	52,5
1965	56,9	31,5	52,2	58,3	56,5	56,5	58,1	65,8	51,2	53,7
1966	57,8	31,4	52,8	59,3	57,1	57,6	59,6	67,2	52,4	55,0
1967	57,3	31,4	53,3	58,7	55,7	57,0	59,2	67,8	52,3	55,3
1968	56,9	31,4	53,5	58,2	55,0	57,0	59,0	66,9	52,4	54,8
1969	57,9	32,3	52,8	59,4	55,8	58,8	60,1	67,5	54,5	54,7
1970	60,8	36,7	53,0	62,3	58,2	63,4	62,4	69,1	59,4	57,1
1971	63,4	40,6	54,7	65,0	59,7	67,4	64,7	71,6	64,1	59,8
1972	65,1	42,9	58,4	66,5	59,7	69,2	67,0	74,4	66,5	61,9
1973	69,4	45,2	61,0	71,0	64,9	72,1	72,0	80,6	69,5	66,6
1974	78,7	57,9	65,8	80,5	80,2	78,9	80,5	85,2	75,8	74,4
1975	82,3	72,3	78,6	83,1	79,4	84,6	82,6	88,5	82,3	78,5
1976	85,4	77,1	83,9	85,8	81,8	87,5	85,1	91,8	85,9	81,4
1977	87,7	77,5	85,8	88,3	81,7	90,7	87,6	98,1	89,5	83,0
1978	88,7	82,5	88,8	88,9	81,0	92,8	89,0	97,4	92,3	84,8
1979	93,0	85,2	90,5	93,5	89,6	95,5	93,4	97,7	95,5	91,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	115,8	119,5	106,0	109,7	104,1	104,9	104,6	104,4	108,2
1982	114,1	124,7	134,7	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8
1983	115,8	127,3	136,5	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7
1984	119,2	131,7	141,0	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4
1985	121,8	133,9	146,1	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5
1982 1. Vj.	112,7	123,5	133,8	109,7	113,3	108,1	108,1	107,8	108,6	109,9
2. Vj.	113,8	123,9	134,4	110,8	113,0	110,1	108,9	110,2	110,4	110,1
3. Vj.	114,8	123,8	135,3	111,8	114,3	110,7	109,4	112,6	111,3	112,8
4. Vj.	115,2	127,7	135,4	112,2	114,9	111,1	109,6	112,7	111,8	114,4
1983 1. Vj.	114,9	128,8	136,1	111,8	112,1	111,9	110,1	112,6	112,6	111,4
2. Vj.	115,3	127,2	136,2	112,2	112,1	112,9	110,6	112,4	113,8	111,6
3. Vj.	116,2	126,2	137,2	113,1	113,9	113,4	111,3	113,3	114,3	113,6
4. Vj.	116,9	127,0	136,5	114,0	115,5	113,6	112,0	114,5	114,7	114,2
1984 1. Vj.	118,0	131,2	137,6	115,1	116,9	114,5	113,0	114,9	115,7	114,6
2. Vj.	118,9	131,2	140,4	115,7	117,5	115,3	114,1	115,0	116,5	114,7
3. Vj.	119,4	131,5	142,1	116,1	117,9	115,8	115,1	114,6	117,0	115,2
4. Vj.	120,3	132,8	143,7	116,9	119,5	116,3	115,7	114,7	117,8	117,2
1985 1. Vj.	121,5	134,2	144,2	118,2	122,4	117,2	116,4	114,5	118,7	118,8
2. Vj.	122,0	134,7	145,0	118,7	121,9	118,4	117,4	114,3	120,0	118,8
3. Vj.	122,0	134,1	147,5	118,4	120,4	118,8	117,8	114,1	120,5	118,2
4. Vj.	121,8	132,6	147,9	118,0	119,0	119,1	117,9	113,8	121,0	118,2
1986 1. Vj.	120,6	132,8	147,9	116,7	113,3	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9
2. Vj.	118,8	128,9	144,8	115,1	107,0	120,9	118,6	114,0	123,1	110,7
3. Vj.	117,6	125,3	143,1	114,0	102,8	121,6	118,7	113,2	124,0	108,9

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 63*

Index der Ausfuhrpreise[1])
1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[3])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1983	112,3	110,1	112,4	113,7	115,2	112,1	113,1	111,1
1984	116,2	114,2	116,3	122,5	121,1	115,7	116,3	113,4
1985	119,4	113,6	119,8	125,6	123,8	119,2	120,1	116,2
1982 1. Vj.	109,6	107,6	109,7	116,4	115,9	108,9	108,4	108,3
2. Vj.	110,4	108,3	110,5	115,2	114,4	110,0	109,8	109,2
3. Vj.	110,8	107,7	111,0	114,5	115,5	110,5	110,6	109,8
4. Vj.	110,8	107,8	111,0	114,7	115,5	110,5	111,0	110,1
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4
4. Vj.	113,5	113,7	113,5	116,2	117,0	113,0	113,9	111,7
1984 1. Vj.	114,8	114,4	114,9	119,9	118,8	114,3	115,1	112,4
2. Vj.	115,8	114,5	115,9	120,5	120,2	115,3	116,0	113,1
3. Vj.	116,6	113,3	116,8	123,7	121,7	116,1	116,7	113,7
4. Vj.	117,5	114,8	117,7	125,7	123,7	116,9	117,4	114,3
1985 1. Vj.	119,2	116,1	119,3	129,4	127,2	118,2	118,7	115,1
2. Vj.	120,1	115,6	120,4	128,8	127,2	119,4	120,1	116,2
3. Vj.	119,7	112,2	120,2	123,7	123,2	119,7	120,6	116,7
4. Vj.	118,7	110,5	119,2	120,6	117,6	119,3	120,9	116,7
1986 1. Vj.	118,1	109,4	118,6	117,9	109,1	119,7	122,2	115,6
2. Vj.	117,4	107,8	117,9	114,3	101,0	119,9	123,5	115,2
3. Vj.	116,3	104,9	117,0	110,5	94,3	119,5	123,8	115,0

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 64*

Index der Einfuhrpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[3])	Halbwaren[3])	Fertigwaren[3])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1983	115,8	113,2	116,3	123,8	120,2	112,1	114,4	111,5
1984	122,8	121,1	123,0	134,0	131,6	116,0	119,1	114,3
1985	124,6	118,5	125,5	135,6	133,5	119,0	122,3	116,7
1982 1. Vj.	116,3	111,2	117,0	130,4	122,7	110,1	111,8	110,4
2. Vj.	115,4	110,6	116,1	126,1	121,8	110,5	111,9	111,7
3. Vj.	116,4	106,5	117,9	131,4	123,9	110,8	112,7	112,7
4. Vj.	116,8	107,4	118,3	133,0	123,7	111,0	112,9	114,0
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,3	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6
4. Vj.	118,5	119,6	118,4	127,1	123,2	113,4	115,9	112,8
1984 1. Vj.	120,7	122,2	120,4	129,7	127,2	114,6	117,4	113,8
2. Vj.	121,7	123,4	121,4	129,8	130,3	115,2	118,0	113,4
3. Vj.	123,5	119,2	124,1	135,9	133,5	116,5	119,8	114,3
4. Vj.	125,2	119,8	126,1	140,6	135,2	117,6	121,1	115,8
1985 1. Vj.	129,0	125,6	129,5	147,6	139,9	119,2	123,3	118,8
2. Vj.	127,5	123,0	128,2	142,0	137,5	119,8	123,3	117,1
3. Vj.	123,3	113,2	124,8	132,0	133,3	119,2	122,3	115,8
4. Vj.	118,6	112,3	119,5	120,8	123,4	117,7	120,3	115,1
1986 1. Vj.	110,9	114,8	110,3	97,5	105,4	116,7	119,0	108,2
2. Vj.	102,2	108,7	101,1	67,3	93,6	116,1	118,6	104,2
3. Vj.	96,4	102,0	95,5	55,0	83,2	114,6	117,8	101,6

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 65*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963[3])	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1985	114,5	115,0	116,8	116,5	114,3	102,6	120,9	141,6
1982 Feb	107,9	108,2	108,9	109,4	107,9	101,2	109,7	128,7
Mai	109,1	109,4	110,2	110,5	109,1	100,7	111,3	130,3
Aug	109,5	109,7	110,6	111,0	109,4	100,0	112,6	134,5
Nov	109,1	109,3	110,3	110,7	109,0	99,2	112,6	141,3
1983 Feb	109,3	109,5	110,6	110,9	109,1	98,8	113,0	136,3
Mai	110,7	111,0	112,0	112,3	110,6	99,1	114,5	144,6
Aug	112,3	112,6	113,7	114,0	112,2	100,0	116,4	143,9
Nov	112,5	112,8	114,1	114,3	112,4	99,9	116,5	150,6
1984 Feb	113,0	113,4	114,9	114,9	112,9	100,0	117,0	143,7
Mai	114,2	114,5	115,9	116,0	114,0	100,8	118,7	141,1
Aug	114,4	114,7	116,2	116,0	114,2	101,2	119,5	150,2
Nov	114,2	114,5	116,1	115,7	114,0	101,3	119,6	145,0
1985 Feb	114,2	114,5	116,3	115,8	114,0	101,6	119,9	140,4
Mai	114,2	114,7	116,5	116,2	113,9	102,4	120,5	136,9
Aug	114,8	115,3	117,1	116,9	114,5	103,0	121,4	131,8
Nov	114,9	115,5	117,3	117,2	114,7	103,5	121,6	147,1
1986 Feb	115,2	115,8	117,8	117,6	114,9	104,2	122,2	148,0
Mai	116,1	116,6	118,6	118,5	115,7	104,8	123,0	143,9
Aug	116,7	117,3	119,3	119,5	116,3	105,0	123,9	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 66*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])
1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	196,0	178,9	177,9	205,1	289,8	168,3	204,8	188,3	203,4	210,4
1983 1. Vj.	185,5	173,4	175,5	188,4	268,0	162,4	193,0	180,0	188,2	198,0
2. Vj.	186,6	175,9	174,6	190,6	266,0	162,7	194,3	180,7	190,2	197,8
3. Vj.	188,3	175,1	173,4	192,2	273,7	162,4	195,5	181,9	195,0	202,7
4. Vj.	189,2	175,2	173,7	193,7	276,0	163,7	197,0	182,6	195,7	203,5
1984 1. Vj.	190,8	178,3	174,3	195,6	278,2	165,4	198,1	183,1	196,2	204,2
2. Vj.	191,7	180,0	174,7	197,4	277,3	165,6	199,4	183,6	197,4	204,1
3. Vj.	191,7	177,7	174,9	199,2	278,4	165,2	200,1	183,9	199,1	203,6
4. Vj.	193,2	176,5	175,5	201,7	285,1	166,3	202,0	184,4	200,0	207,5
1985 1. Vj.	195,1	179,5	176,3	203,3	292,0	168,4	203,1	187,5	201,0	208,4
2. Vj.	196,5	181,5	177,0	204,6	288,1	168,4	204,3	188,1	202,6	212,2
3. Vj.	195,9	177,9	178,2	205,8	288,6	168,0	205,0	188,5	204,6	210,4
4. Vj.	196,5	176,8	179,9	206,6	290,3	168,6	206,9	188,9	205,5	210,8
1986 1. Vj.	196,7	179,4	180,7	207,8	278,2	170,7	207,9	190,9	206,9	206,6
2. Vj.	196,1	180,5	182,7	208,7	263,8	170,6	208,6	191,4	208,2	202,3
3. Vj.	195,2	178,2	183,1	209,7	250,8	169,5	209,1	191,8	209,6	201,9

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 67*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])
1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	50,5	47,3	56,4	49,6	36,8	38,2	58,5	47,0	47,7	55,4	48,1
1963	52,1	48,8	58,1	50,7	38,8	39,2	59,6	48,4	49,9	56,2	49,7
1964	53,3	50,0	59,3	51,7	41,2	39,8	60,5	49,6	50,4	57,3	51,3
1965	55,1	51,5	61,5	53,1	43,6	40,5	62,1	51,3	50,9	58,9	52,8
1966	57,0	53,6	63,2	54,8	47,7	41,1	63,3	54,2	53,0	60,5	54,5
1967	57,8	55,0	63,2	55,6	50,8	41,5	63,3	55,3	54,5	61,8	56,7
1968	58,6	56,7	62,5	55,5	54,3	44,4	63,1	58,9	55,5	63,8	59,1
1969	59,8	57,8	63,8	56,0	58,3	44,5	63,2	59,7	55,2	64,4	60,1
1970	61,7	59,9	65,3	58,3	60,6	45,9	65,4	62,1	56,7	67,6	61,4
1971	64,8	63,4	67,8	61,9	64,2	47,4	68,5	65,6	60,3	70,8	67,8
1972	68,3	66,7	71,6	65,6	67,9	49,2	71,1	68,9	64,0	73,4	71,1
1973	72,9	71,0	76,9	70,5	72,4	55,2	73,7	72,9	68,4	77,3	75,0
1974	77,9	76,6	80,6	75,7	76,5	63,1	79,0	78,3	75,2	84,1	79,1
1975	82,6	81,7	84,9	79,5	82,3	70,9	83,7	83,2	80,0	89,4	81,8
1976	86,3	85,0	89,1	82,3	86,6	75,4	85,8	86,3	84,0	92,0	84,2
1977	89,3	87,5	93,2	86,4	89,4	76,1	88,4	89,1	85,6	93,5	88,7
1978	91,6	90,2	94,5	90,3	92,0	78,0	91,4	92,2	88,1	95,2	91,6
1979	95,0	94,4	96,2	94,4	95,0	91,0	94,3	95,5	92,4	97,6	95,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,0	104,8	105,2	104,5	117,4	105,8	104,6	109,3	104,3	106,6
1982	112,0	112,2	111,2	110,0	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4
1983	115,6	116,3	114,0	113,4	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984	118,4	119,4	115,7	116,3	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985	120,9	122,7	116,6	119,1	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1981 1. Vj.	103,8	104,1	103,0	103,3	102,5	111,3	103,5	102,7	104,8	103,3	103,9
2. Vj.	105,7	105,9	105,2	104,6	103,9	113,4	105,3	104,2	108,2	103,9	105,2
3. Vj.	107,2	108,2	104,8	105,5	105,2	120,5	106,6	105,2	112,0	104,0	108,4
4. Vj.	108,6	109,6	106,2	107,3	106,4	124,3	107,9	106,3	112,3	106,1	108,9
1982 1. Vj.	110,0	110,6	108,5	108,5	107,8	125,1	109,2	111,3	110,5	108,5	110,9
2. Vj.	111,4	111,2	111,8	109,6	109,1	125,0	110,4	112,1	109,8	109,1	111,7
3. Vj.	112,8	112,8	112,5	110,3	110,5	127,0	111,1	112,9	114,2	108,9	113,1
4. Vj.	113,7	114,4	112,0	111,6	112,0	130,9	111,9	113,8	116,1	110,1	113,7
1983 1. Vj.	114,4	114,8	113,5	112,4	114,0	124,7	112,6	118,1	115,2	111,8	115,6
2. Vj.	115,1	115,4	114,6	113,0	115,4	123,8	113,2	118,8	115,0	112,1	116,5
3. Vj.	116,2	117,1	114,0	113,7	116,4	127,4	114,1	119,8	118,3	113,3	118,4
4. Vj.	116,7	117,8	114,1	114,6	117,3	128,5	114,7	120,4	118,8	114,3	118,5
1984 1. Vj.	117,7	118,6	115,7	115,2	118,5	129,5	115,2	121,0	119,0	115,5	118,8
2. Vj.	118,3	118,9	116,6	115,9	119,6	129,1	115,7	121,4	119,0	115,5	119,4
3. Vj.	118,3	119,3	115,5	116,4	120,6	129,6	116,1	121,8	118,6	115,4	120,4
4. Vj.	119,2	120,8	114,9	117,5	122,1	132,8	116,4	122,1	121,2	116,4	120,7
1985 1. Vj.	120,4	121,9	116,6	118,2	123,2	136,1	116,9	122,7	121,0	117,7	123,5
2. Vj.	121,2	122,6	117,7	118,8	123,9	134,2	117,5	123,1	123,4	117,6	124,6
3. Vj.	120,9	122,8	116,1	119,2	124,6	134,4	117,9	123,5	122,3	117,4	125,9
4. Vj.	121,2	123,3	115,8	120,3	125,1	135,2	118,3	123,8	122,4	117,9	126,3
1986 1. Vj.	121,3	122,9	117,3	120,8	125,9	129,4	118,6	124,3	118,6	119,4	129,5
2. Vj.	121,0	122,2	118,1	121,3	126,4	122,5	118,9	124,6	115,8	119,5	130,1
3. Vj.	120,5	121,8	117,0	121,6	127,0	116,2	119,2	124,8	115,8	119,0	130,7

[1]) Gliederung nach Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 68*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

Alle privaten Haushalte

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	49,7	46,8	56,1	50,9	38,4	33,7	56,4	40,4	47,6	53,5	51,9
1963	51,2	48,2	57,7	51,9	40,5	34,8	57,5	41,7	49,2	55,0	52,9
1964	52,4	49,4	59,0	52,6	42,8	35,4	58,0	43,2	49,7	57,0	53,7
1965	54,1	50,9	61,1	53,8	45,2	36,1	59,1	45,3	50,1	58,9	55,0
1966	56,0	52,9	63,0	55,3	48,8	36,6	60,3	48,3	52,1	61,0	56,4
1967	56,9	54,4	62,9	55,9	52,1	37,1	60,4	49,9	53,8	63,0	57,7
1968	57,8	56,0	62,4	55,9	55,9	39,2	60,5	52,6	55,3	64,7	59,4
1969	58,9	56,9	63,8	56,5	59,4	39,2	60,9	53,9	55,0	65,3	60,4
1970	61,0	59,2	65,3	58,8	62,0	40,9	63,4	56,9	56,6	68,5	61,6
1971	64,1	62,8	67,8	62,2	65,8	43,2	66,7	60,8	60,4	71,6	66,1
1972	67,7	66,1	71,7	66,0	69,8	45,1	69,6	64,7	64,5	74,1	68,9
1973	72,4	70,6	77,0	70,9	73,9	52,5	72,5	69,2	69,4	77,9	72,5
1974	77,4	76,3	80,7	76,3	77,6	61,3	78,0	75,0	76,4	84,5	76,6
1975	82,0	81,1	84,9	80,1	82,6	67,7	83,0	80,4	81,2	89,6	79,7
1976	85,6	84,5	88,8	82,8	86,7	72,4	85,5	84,1	84,7	92,4	82,3
1977	88,7	87,2	93,2	86,8	89,6	73,0	88,2	87,4	86,5	93,9	86,7
1978	91,1	90,0	94,5	90,7	92,3	74,8	91,3	90,9	89,0	95,5	90,0
1979	94,9	94,4	96,1	94,6	95,3	90,4	94,3	94,7	93,1	97,9	94,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	106,8	104,8	105,1	104,4	116,3	105,8	105,2	108,7	103,7	107,1
1982	111,9	112,1	111,3	109,8	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5
1983	115,6	116,0	114,3	113,0	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984	118,4	119,2	116,0	115,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985	121,0	122,3	116,9	118,4	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1981 1. Vj.	103,8	104,1	103,0	103,2	102,4	110,6	103,5	103,3	104,4	103,0	104,5
2. Vj.	105,7	105,8	105,3	104,6	103,9	112,5	105,3	104,7	107,4	103,4	106,0
3. Vj.	107,2	108,0	104,9	105,4	105,1	119,3	106,5	105,8	111,2	103,2	108,5
4. Vj.	108,6	109,4	106,2	107,2	106,4	122,7	108,0	107,0	111,7	105,2	109,3
1982 1. Vj.	110,0	110,5	108,5	108,3	107,7	123,7	109,2	109,7	110,4	107,6	111,9
2. Vj.	111,3	111,1	111,8	109,4	109,0	123,5	110,3	110,6	110,0	108,0	113,1
3. Vj.	112,7	112,6	112,7	110,1	110,4	125,6	111,1	111,4	114,1	107,4	114,2
4. Vj.	113,7	114,2	112,2	111,3	111,8	129,7	111,9	112,4	116,0	108,8	115,0
1983 1. Vj.	114,4	114,7	113,7	112,0	113,8	123,1	112,6	114,7	115,4	110,6	117,1
2. Vj.	115,0	115,1	114,8	112,7	115,2	122,0	113,3	115,2	115,4	110,6	117,8
3. Vj.	116,2	116,8	114,2	113,3	116,2	125,9	114,2	116,0	118,6	111,6	119,4
4. Vj.	116,7	117,5	114,3	114,1	117,2	127,2	114,7	116,6	119,2	112,7	119,6
1984 1. Vj.	117,7	118,4	116,0	114,7	118,3	128,3	115,3	117,4	119,6	114,2	119,9
2. Vj.	118,3	118,7	116,9	115,4	119,4	127,6	115,8	117,9	119,7	114,0	120,3
3. Vj.	118,3	119,1	115,8	115,8	120,4	128,1	116,1	118,1	119,4	113,7	121,4
4. Vj.	119,2	120,5	115,2	116,9	121,8	131,3	116,4	118,5	121,9	114,9	121,6
1985 1. Vj.	120,5	121,7	116,8	117,5	122,8	135,1	116,9	119,1	121,8	116,5	124,4
2. Vj.	121,2	122,3	118,0	118,1	123,6	132,4	117,6	119,6	124,2	116,1	125,3
3. Vj.	120,9	122,4	116,5	118,4	124,3	132,5	118,0	119,9	123,2	115,7	126,3
4. Vj.	121,3	123,0	116,1	119,5	124,8	133,4	118,4	120,3	123,6	116,3	126,6
1986 1. Vj.	121,3	122,6	117,5	120,0	125,6	126,4	118,7	121,1	120,3	118,0	129,5
2. Vj.	121,0	121,7	118,5	120,4	126,1	119,0	119,0	121,3	117,9	118,0	130,1
3. Vj.	120,4	121,3	117,5	120,8	126,8	112,5	119,2	121,6	117,8	117,2	130,5

[1]) Gliederung nach Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

BAD

Tabelle 69* 288

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2])	Wohnungsnutzung [3])	Dienstleistungen [4])	Sonstige Waren [5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2])	Wohnungsnutzung [3])	Dienstleistungen [4])	Sonstige Waren [5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [6])				
1962	49,7	56,7	38,9	40,4	55,0	50,5	56,8	37,3	42,0	54,9
1963	51,2	58,4	41,0	42,4	55,7	52,1	58,7	39,3	44,1	55,6
1964	52,4	59,8	43,3	44,1	56,2	53,3	60,0	41,7	45,6	56,3
1965	54,1	62,3	45,7	45,8	56,9	55,1	62,7	44,1	47,2	57,3
1966	56,0	64,0	49,3	48,8	58,0	57,0	64,2	48,3	49,7	58,6
1967	56,9	63,4	52,6	50,4	58,6	57,8	63,6	51,3	51,1	59,4
1968	57,8	62,0	56,3	53,1	59,1	58,6	62,1	54,9	53,8	60,0
1969	58,9	64,0	59,8	54,2	59,1	59,8	63,9	58,8	54,9	60,0
1970	61,0	65,2	62,4	56,7	61,0	61,7	65,2	61,1	57,4	61,9
1971	64,1	67,8	66,2	61,1	63,8	64,8	68,0	64,5	62,0	64,6
1972	67,7	71,9	70,2	65,3	66,8	68,3	71,9	68,3	66,1	67,6
1973	72,4	77,6	74,3	69,9	71,3	72,9	77,2	72,7	70,8	71,9
1974	77,4	81,8	77,9	75,1	77,0	77,9	81,7	76,7	76,2	77,3
1975	82,0	86,8	82,9	80,1	81,3	82,6	86,6	82,4	80,7	81,7
1976	85,6	91,0	87,0	83,8	84,2	86,3	91,3	86,9	84,2	84,6
1977	88,7	93,1	89,8	87,9	87,3	89,3	93,4	89,6	88,1	87,8
1978	91,1	94,3	92,4	91,2	89,7	91,6	94,4	92,2	91,3	90,1
1979	94,9	95,9	95,3	95,5	94,1	95,0	96,0	95,1	95,6	94,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,3	105,3	104,4	106,2	107,3	106,3	105,2	104,4	106,0	107,6
1982	111,9	110,4	110,2	112,0	112,9	112,0	110,4	110,1	111,8	113,4
1983	115,6	112,1	116,5	116,6	115,9	115,6	112,2	116,3	116,5	116,5
1984	118,4	114,2	120,9	119,3	118,4	118,4	114,2	120,6	119,3	118,9
1985	121,0	114,4	124,7	122,3	121,1	120,9	114,6	124,6	122,5	121,6
1981 1. Vj.	103,8	103,8	102,4	103,8	104,3	103,8	103,7	102,4	103,6	104,5
2. Vj.	105,7	106,4	103,8	105,3	106,3	105,7	106,0	103,8	105,0	106,6
3. Vj.	107,2	104,7	105,0	107,3	108,6	107,2	104,7	105,0	107,2	109,0
4. Vj.	108,6	106,3	106,6	108,3	110,0	108,6	106,5	106,6	108,2	110,5
1982 1. Vj.	110,0	109,4	108,1	110,4	110,6	110,0	109,5	108,1	110,2	110,9
2. Vj.	111,3	112,6	109,4	111,5	111,5	111,4	112,2	109,4	111,1	111,9
3. Vj.	112,7	110,4	110,8	112,7	113,9	112,8	110,4	110,7	112,5	114,6
4. Vj.	113,7	108,9	112,4	113,5	115,7	113,7	109,3	112,3	113,2	116,2
1983 1. Vj.	114,4	111,1	114,6	115,1	115,0	114,4	111,4	114,5	114,8	115,6
2. Vj.	115,0	113,1	116,1	115,8	114,9	115,1	113,0	116,0	115,6	115,5
3. Vj.	116,2	112,1	117,1	117,5	116,4	116,2	112,3	116,9	117,6	117,0
4. Vj.	116,7	112,0	118,1	117,9	117,2	116,7	112,2	117,8	117,9	117,7
1984 1. Vj.	117,7	114,5	119,2	118,6	117,8	117,7	114,5	119,0	118,6	118,3
2. Vj.	118,3	115,9	120,3	119,0	118,0	118,3	115,6	120,0	119,0	118,5
3. Vj.	118,3	113,8	121,3	119,7	118,0	118,3	113,9	121,1	119,7	118,5
4. Vj.	119,2	112,5	122,7	120,0	119,6	119,2	112,9	122,5	120,1	120,1
1985 1. Vj.	120,5	114,9	123,7	121,5	120,7	120,4	115,1	123,5	121,6	121,0
2. Vj.	121,2	116,6	124,4	122,1	121,1	121,2	116,5	124,3	122,3	121,7
3. Vj.	120,9	113,5	125,0	122,8	121,0	120,9	113,8	124,9	123,0	121,5
4. Vj.	121,3	112,4	125,6	123,0	121,7	121,2	113,0	125,5	123,3	122,3
1986 1. Vj.	121,3	114,4	126,4	124,5	120,2	121,3	114,8	126,2	125,0	120,7
2. Vj.	121,0	115,4	126,9	125,1	118,6	121,0	115,6	126,8	125,5	119,2
3. Vj.	120,4	113,5	127,5	125,5	117,5	120,5	113,8	127,4	126,0	118,3

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege, u. a. m.
[6]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 70*

Löhne und Gehälter

1980 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]	Brutto- stunden- verdienste[2] Industrie[4]	Brutto- wochen- verdienste[2] Industrie[4]	Brutto- monats- verdienste[2] Industrie[4] und Handel[5]	Tarifliche Stundenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Stundenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Wochenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Monatsgehälter[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	20,5	20,6	22,5	22,6	22,1	21,8	24,3	24,0	25,4	26,4
1961	22,6	22,8	24,8	24,6	23,9	23,5	26,1	25,9	27,4	28,5
1962	24,7	25,4	27,3	26,7	26,4	25,9	28,3	28,0	29,5	30,6
1963	26,2	27,3	29,2	28,5	28,1	27,6	29,9	29,7	31,2	32,4
1964	28,5	29,6	31,5	30,3	30,0	29,4	31,5	31,2	32,7	33,9
1965	31,1	32,4	34,7	32,8	32,3	31,7	33,6	33,3	34,9	36,0
1966	33,4	34,6	36,7	35,2	34,6	34,0	35,8	35,6	37,0	38,2
1967	34,5	35,7	36,4	36,6	36,2	35,5	36,9	36,6	38,2	39,4
1968	36,6	37,3	38,9	38,3	37,7	37,0	38,3	38,1	39,5	40,7
1969	40,0	40,6	43,1	41,3	40,2	39,5	40,8	40,5	41,9	43,2
1970	46,1	46,6	49,6	46,5	45,5	44,7	45,7	45,5	46,6	47,7
1971	51,4	51,7	54,1	51,2	51,4	50,8	51,6	51,4	51,7	53,1
1972	56,1	56,3	58,3	55,7	55,9	55,7	56,1	56,2	56,4	57,6
1973	62,4	62,2	64,4	61,3	61,2	61,2	61,3	61,7	62,0	63,3
1974	69,2	68,5	69,5	67,7	68,4	68,5	68,5	68,9	69,2	70,5
1975	73,6	73,9	72,6	73,2	74,5	74,7	74,5	74,9	75,4	76,4
1976	78,7	78,6	78,8	77,9	78,7	78,9	78,7	79,0	79,7	80,4
1977	84,1	84,2	84,5	83,2	84,4	84,4	84,4	84,5	85,3	85,7
1978	88,7	88,7	89,0	88,0	88,8	88,9	88,8	89,0	89,6	89,9
1979	93,7	93,8	95,0	93,4	93,9	93,9	93,9	93,9	94,2	94,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,9	105,5	104,4	105,0	105,7	105,5	105,7	105,5	105,4	104,9
1982	109,2	110,5	108,1	110,1	110,3	110,1	110,3	110,0	110,1	109,4
1983	112,7	114,1	111,0	113,7	114,1	113,9	114,1	113,8	113,9	113,2
1984	116,1	116,8	114,7	117,4	117,3	116,9	117,2	116,8	117,1	115,9
1985	119,4	121,3	118,5	121,9	122,5	121,7	120,5	120,1	120,8	119,5
1983 Jan	103,0	111,8	105,7	111,5	111,8	111,7	111,8	111,6	111,6	111,0
Apr	109,7	114,2	110,9	113,3	114,3	114,1	114,3	114,0	114,1	113,4
Jul	111,6	115,2	113,7	114,8	115,0	114,9	115,0	114,8	114,9	114,1
Okt	126,5	115,3	113,6	115,1	115,2	115,0	115,2	114,9	115,0	114,2
1984 Jan	109,0	115,0	111,2	115,5	115,3	115,1	115,3	115,0	115,1	114,3
Apr	111,1	116,1	113,8	116,3	116,1	116,1	116,1	116,0	116,3	115,3
Jul	113,6	118,0	116,7	118,4	118,6	118,1	118,6	118,0	118,4	116,8
Okt	130,3	118,1	117,1	119,3	119,0	118,4	118,9	118,2	118,7	117,0
1985 Jan [7]	109,6	118,2	115,3	119,9	119,4	119,2	119,2	118,8	119,0	118,2
Apr	116,4	121,6	118,4	121,7	122,7	121,8	120,2	119,9	120,8	119,4
Jul	117,2	122,5	120,0	122,8	123,5	122,5	121,0	120,5	121,5	120,0
Okt	134,0	123,0	120,4	123,2	124,2	123,1	121,6	121,1	121,8	120,3
1986 Jan	113,5	123,1	118,5	123,6	124,6	124,2	122,0	122,0	122,3	121,6
Apr	121,2	124,2	121,5	124,9	125,5	125,2	122,9	122,8	123,5	122,6
Jul	...	127,3	124,6	127,4	128,6	127,6	125,9	125,2	126,1	124,4

[1] Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3] Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[5] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6] Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

Tabelle 71*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase[2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom[3])	Sonstige Energieträger[4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 72*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 74*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr [1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe [3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner [2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt [2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis [3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule [4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule [5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule [4]	1980 = 100	Petajoule [4]	1980 = 100	Petajoule [4]	1980 = 100
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	0,82	138	22,9	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	0,87	185	20,7	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	0,92	281	20,1	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	0,92	381	20,0	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	1,05	572	20,5	401	24,5	516	49,0
1963	2,88	41 210	4 357	1,14	744	21,5	455	24,9	563	48,9
1964	3,13	47 213	4 914	1,17	838	20,5	522	22,3	636	48,8
1965	3,43	53 993	4 994	1,09	1 011	19,6	577	21,4	692	48,7
1966	3,76	60 408	5 584	1,15	1 134	18,8	610	22,7	762	46,8
1967	3,93	62 882	6 566	1,33	1 196	20,3	604	23,4	783	50,2
1968	4,16	70 134	7 855	1,47	1 366	21,7	633	22,2	838	53,6
1969	4,36	78 263	7 914	1,32	1 641	20,3	677	22,3	903	49,6
1970	4,63	86 429	8 583	1,27	1 853	21,5	733	24,6	993	48,7
1971	4,67	88 816	11 168	1,49	1 962	23,7	742	32,3	1 080	51,2
1972	4,74	93 332	10 621	1,29	2 064	21,9	792	26,6	1 136	53,8
1973	4,81	98 780	15 009	1,63	2 217	36,3	799	28,4	1 181	60,5
1974	4,33	88 939	32 226	3,27	1 926	47,3	687	56,5	1 129	72,7
1975	4,23	85 785	28 988	2,82	1 907	45,5	622	56,2	1 216	72,2
1976	4,34	93 303	35 264	3,13	2 087	50,1	630	61,1	1 281	77,2
1977	4,17	92 541	34 442	2,87	2 007	50,0	592	62,9	1 361	75,0
1978	4,25	97 168	31 800	2,46	2 131	48,9	595	58,0	1 436	76,7
1979	4,15	98 796	47 791	3,42	2 121	87,2	586	74,4	1 485	84,7
1980	3,68	88 409	62 879	4,23	1 748	100	535	100	1 506	100
1981	3,31	79 586	70 808	4,58	1 546	117,1	440	138,6	1 448	119,5
1982	3,18	75 960	68 094	4,26	1 403	123,8	378	131,1	1 475	117,0
1983	3,11	75 623	63 373	3,77	1 398	113,8	334	132,5	1 506	116,1
1984	3,02	75 701	68 543	3,89	1 425	120,5	311	157,9	1 550	116,5
1985	2,97	76 544	70 084	3,79	1 536	126,1	261	150,8	1 546	119,7

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 284, 312

Agrarpolitik 135, 213, 342ff.

Alterssicherung 212, 310ff.

Angebotsbedingungen 65ff.

Angebotspolitik 201ff., 209f.

Arbeitskräfte 89ff.

Arbeitslosigkeit
— in Europa 32
— Struktur der Arbeitslosigkeit 103f.
— voraussichtliche Entwicklung 179

Arbeitsmarkt 98ff.

Arbeitsproduktivität 296, 300

Arbeitszeit
— Flexibilisierung 303ff.
— Verkürzung der Wochenarbeitszeit 302ff.

Aufwertung
— s. Höherbewertung

Ausbildungsplätze 101

Ausfuhr 59ff.
— voraussichtliche Entwicklung 168f.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 78, 83f.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 185, 194f.

Austauschverhältnis (Terms of Trade) 50

Bauwirtschaft 75, 174, 176f.

Beschäftigung 89ff., 196f.
— Frauen 90, 95
— voraussichtliche Entwicklung 178f.

Bevölkerungsentwicklung 310

Bruttoinlandsprodukt 37, 78, 186

Deindustrialisierung 14

Deregulierung 213
— s. a. Marktöffnung

Devisenmarkt
— s. Wechselkurse

Einfuhr 44

Einfuhrpreise 48ff.

Einkommen 53, 180

Einkommensteuer 136
— s. a. öffentliche Finanzen

Energiepreise
— Prognoseannahme 153, 167
— Wirkungen des Preisverfalls 2, 5, 28, 31, 35f., 48ff., 54, 329ff.

Entwicklungsländer 5, 154

Erwerbstätigkeit
— von Akademikern 105f.
— von Frauen 99

Europa 28ff.
— Geldpolitik 31
— Kapitalexporte 9
— Konsolidierung der öffentlichen Haushalte 33
— Preise 31, 33
— voraussichtliche Entwicklung 161
— Wechsel der Auftriebskräfte 28ff.

Europäisches Währungssystem 124, 259

Finanzpolitik 126, 139ff., 184, 207, 267ff.
— Finanzausgleich 273f.
— kommunale Finanzreform 285ff.
— Steuerreform 280ff.

Geldbasis 108f.
— s. a. Zentralbankgeldmenge

Geldmenge 113

Geldmengenziel 108ff., 264ff.

Geldpolitik 107ff., 206, 260ff.
— Beurteilung 116, 261
— Geldversorgung der Wirtschaft 112
— in den Vereinigten Staaten 8, 10, 220
— Instrumentarium 117ff.
— s. a. Zentralbankgeldmenge

Geldwertstabilität 191 ff.

Gesundheitspolitik 212, 319 ff.
— Kostendämpfung 321
— Krankenhausbereich 323 f.
— Selbstbeteiligung 327

Gesundheitswesen 319 ff.

Gewerbesteuer 287, 290 f.

Gewinne
— Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 53
— Gewinnmargen 66 f.

Handelsbeschränkungen 4, 230 f., 344

Höherbewertung der D-Mark 3, 24 ff., 123 f.

Industrieproduktion 28

Inflation
— s. Preisentwicklung

Internationale Wirtschaftspolitik 218 ff., 245 ff.

Investitionen 65 ff.
— öffentliche 76 f.
— voraussichtliche Entwicklung 170 ff.

Investitionsförderung 280 ff.

Japan 3, 9, 24 ff.

Kapazitätsauslastung 78, 83 f.

Kapitalkosten 70 f., Anhang IV. B.

Kapitalmarkt 121 f.

Kapitalverkehr 247

Kernenergie, Nutzung der 334 ff.

Kohlepolitik 134, 215, 332 ff.

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 37 ff.
— in der Welt 1 ff.
— voraussichtliche 165 ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 140 ff., Anhang IV. D.

Krankenversicherung, gesetzliche 319 ff.

Leistungsbilanz
— s. Zahlungsbilanz

Löhne
— Effektivverdienste 53, 296
— Lohnstückkosten 69, 296
— Tariflöhne 69, 294 ff.

Lohnpolitik 208, 292 ff.

Lohnsteuer 136

Marktöffnung
— Ladenschluß 213
— Telekommunikation 213

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 128 ff., 269
— Finanzausgleich 273 ff.
— Finanzierungssaldo 139, 146, 269
— Finanzplanungsrat 127, 268
— kommunale Finanzreform 285 ff.
— konjukturelle Wirkungen 144, 270
— konjunkturneutraler Haushalt 140 ff., Anhang IV. D.
— mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte 278 f.
— Staatsnachfrage 76 f.
— Steuereinnahmen 136 ff.
— Steuerpolitik 280 ff.
— Subventionen 134 f., 272

Ölpreisentwicklung
— s. Energiepreise

Preisentwicklung
— Einfuhrpreise 48 ff.
— in Europa 31, 33
— und Lohnpolitik 300 f.
— Verbraucherpreise 54
— voraussichtliche Entwicklung 183

Produktion
— Gesamtwirtschaft 37, 78
— voraussichtliche Entwicklung 186

Produktionspotential 79 ff., Anhang IV. A.

Produktivität 69, 300

Prognose 150 ff.

Protektionismus 4, 230 f., 344
— s. a. Handelsbeschränkungen

Qualifizierte Arbeitskräfte 103

Reallohnposition 68 ff., Anhang IV. B.

Realwert des Sozialprodukts 50, 86

Reformaufgaben 212 ff.

Rentabilität der Investitionen 66ff., 171ff.

Sozialprodukt, Realwert des 50, 186

Sozialversicherung 146ff., 307ff.

Staatsquote 269

Steueraufkommen 136ff.

Steuerquote 138, 269

Steuerreform 280ff.
— in den Vereinigten Staaten 16ff.

Subventionen 134f., 272

Tarifpolitik 208, 292ff.

Terms of Trade (Austauschverhältnis) 50

Überstunden 91

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 112

Umsatzsteuer 137

Umweltpolitik
— Sanierung von Altlasten 216

Verbrauch, privater 52ff., 181ff.

Vereinigte Staaten 6ff.

Verschuldungsprobleme 5

Vorausschätzung
— s. Prognose

Wachstum 85ff., 198f.

Währungspolitik 245ff.

Wechselkurse
— Entwicklung 246ff.
— feste 259
— flexible 248f., 251, 259
— gestaltete 251ff.
— Zielzonen 251, 254, 256

Welthandel 1, 61, 155

Weltkonjunktur
— s. konjunkturelle Entwicklung

Wertschöpfungsteuer 288ff.

Wettbewerb, dynamischer 209ff.

Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland 61, 152, 168

Wirtschaftspolitische Aufgabenverteilung 201ff.

Wohnungsbau 75, 176

Zahlungsbilanz
— Kapitalverkehr 119f.
— Leistungsbilanz und Handelsbilanz 119f.

Zentralbankgeldmenge 108ff., Anhang IV. C.

Ziele, gesamtwirtschaftliche 188ff.

Zinsen
— im Ausland 10, 33
— in der Bundesrepublik 71, 118, 121f.